

GRAUE REIHE

Gerhard Ziskovsky

**Der Nationalsozialismus
in Bezirk und Stadt Amstetten**

11 Bände in drei Teilen

Verlag NÖ Institut für Landeskunde

St. Pölten 2021

Medieninhaber (Verleger und Herausgeber):
NÖ Institut für Landeskunde
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4

Verlagsleitung: Elisabeth Loinig

Redaktion: Elisabeth Loinig, Reinelde Motz-Linhart

Layout: Elisabeth Loinig, Sebastian Steininger

Land Niederösterreich
Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht
Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Landesbibliothek
NÖ Institut für Landeskunde
www.noel.gv.at/landeskunde

© 2021 NÖ Institut für Landeskunde, St. Pölten

DOI: doi.org/10.52035/noil.2021.gz.amstetten

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernsehsendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten. Das Werk wird spätestens ein Jahr nach der Veröffentlichung im Druck als Open-Access-Publikation zur Verfügung stehen. Alle Texte inklusive der Grafiken und Tabellen unterliegen der Creative-Commons-Lizenz BY International 4.0 („Namensnennung“), die unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> einzusehen ist. Jede andere als die durch diese Lizenz gewährte Verwendung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieser Lizenz sind Abbildungen. Die Inhaber*innen der Rechte sind im Bildnachweis genannt und diese Rechte werden auch in der elektronischen Veröffentlichung maßgeblich bleiben.

Gerhard Ziskovsky

Der Nationalsozialismus in Bezirk und Stadt Amstetten

Teil I

Das Werden des Nationalsozialismus und die „Anschluss“-Phase

Band 1

Die Entstehungsphase des Nationalsozialismus in seinem Vor- und Umfeld

Verlag NÖ Institut für Landeskunde

St. Pölten 2021

EDITORIAL von Elisabeth Loinig IX**EINLEITUNG 1**

Motivation und Anliegen	1
Themenstellung (Gliederung)	2
Situation des Einzelnen zwischen Selbstbestimmung und Ausgeliefertsein angesichts zunehmender Polarisierung der politischen Lager.....	6
Die Aufbereitung des Nährbodens	7
Aspekte der Lokalhistorie	11
Zunehmender Zuspruch.....	13
Österreich und die Reichsdeutsche	14
Maßnahmen der Herrschaftskonsolidierung.....	16
Funktionieren des Regimes.....	17
Für und Wider das Regime.....	20
Auswirkungen der Kriegssituation	23
Auswirkungen der Rezeption der NS-Herrschaft: Erinnerungskultur und Forschung	24

1. DIE SITUATION AM ANFANG DER ERSTEN REPUBLIK IM POLITISCHEN BEZIRK UND IN DER STADT AMSTETTEN.....27

1.1. Neubeginn der politischen Arbeit	27
1.2. Umsturztag in Amstetten 1918-1919: Protest, Demonstration, Auflösungserscheinungen, revolutionsähnliche Vorfälle	36
1.2.1. Rolle der Volkswehr als erste Ordnungsmacht der Republik	43
1.2.2. Zusammenbruch des Harter Kriegsgefangenenlagers	44
1.2.3. „Heimkehr der Truppen“, organisierter Diebstahl auf dem Bahnhof und Schleichhandel: eine Fallgeschichte	48
1.2.4. Hungerdemonstration und Plünderungen zu Beginn der Ersten Republik in Amstetten, ein revolutionsaffines Geschehen?	55
1.3. Politische Organisationsformen in der Gründungsphase: Räte in allen politischen Lagern	77
1.4. Politische Lager und Räteorganisation	89
1.4.1. Sozialdemokraten, bereit zur Zusammenarbeit	89
1.4.2. Das bürgerliche Lager, vereint in der Räteorganisation	92
1.4.3. Gemeinsame Präsenz der Christlichsozialen und der Deutschnationalen	96
1.5. Identifikation mit der demokratischen Republik als Bestimmungsgröße für die politische Einstellung	97
1.5.1. Eintreten der lokalen Sozialdemokratie für die demokratische Republik: die jährliche „Republikfeier“ am „Staatsfeiertag“	104
1.5.2. „1. Mai Feier“ in der Ersten Republik, ein öffentlichkeitswirksames Ritual mit sozialem Anspruch	115
1.5.3. Anschlussgedanke 1918-1932: Konsens zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen, Haltung der Sozialdemokratie	122

1.6.	Antisemitismus als integrative Ideologiekomponente des bürgerlichen Lagers zu Beginn der Ersten Republik	131
1.6.1.	Amstettner „Volksbildungsverein“ im Dienst der „Rassenkunde“	142
1.6.2.	Organisierter christlich-bürgerlicher Antisemitismus: „Schutzverein Antisemitenbund“	143
1.6.3.	„Notgeld“ als Werbeträger	146
1.6.4.	Vielseitige Aktivitäten des „Antisemitenbundes“: Kontrolle beim Hausankauf in der Stadt Amstetten	147
1.7.	Sieg der repräsentativen Demokratie in Amstetten und der vorgezeichnete Weg ihres Scheiterns	152
2.	NÄHRBODEN UND REKRUTIERUNGSFELD DES NATIONALSOZIALISMUS 1919-19. JUNI 1933: WAHLEN ALS PARAMETER.....	179
2.1.	Zusammenstellung der für die Untersuchung relevanten Ergebnisse der Nationalrats- und Landtagswahlen.....	183
2.2.	Deutschnationales bzw. deutsch- „völkisches“ Lager in der Wahlbewegung 1919-1932: fließende Übergänge zur NS-Partei im politischen Bezirk Amstetten (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs Stadt).....	186
2.3.	Amstetten, Zentrum des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers	187
2.3.1.	Aus dem Aktivitätsfeld der „Großdeutschen Partei“ in der Stadt Amstetten	197
2.4.	Kandidaten und gewählte Mandatare als Beleg für die Präsenz des politischen Bezirks Amstetten in überregionalen Gremien	199
2.4.1.	Aus der Landtagswahl 1919	199
2.4.2.	Aus der Nationalratswahl 1920	200
2.4.3.	Aus der Landtagswahl 1921	201
2.4.4.	Aus der Nationalrats- und Landtagswahl 1927	201
2.4.5.	Aus der Nationalratswahl 1930	202
2.4.6.	Aus der Landtagswahl 1932	205
3.	DIE PRÄSENZ DER NS IN DEN ORTSGEMEINDEN ANHAND DER WAHLERGEBNISSE DER NATIONALRATS- UND LANDTAGSWAHLEN 1919-1932.....	212
3.1.	Erstes Sichtbarwerden der Präsenz der NS in einzelnen Ortsgemeinden, Größenordnung der politischen Lager gemäß Nationalratswahl 16. Februar 1919	212
3.2.	Die Christlichsoziale Partei und ihre Spaltung in zwei wahlwerbende Flügel anlässlich der Nationalratswahlen 1919 und 1920	214
3.3.	Niederlage Zerdiks bei der Nationalratswahl vom 17. Oktober 1920	226
3.4.	Präsenz der NS zur Zeit der Nationalratswahl 1920	229
3.5.	Die NS-Partei zur Zeit der Landtagswahlen vom 4. Mai 1919 und vom 24. April 1921	230
3.6.	Die NS-Partei zur Zeit der Nationalrats- und Landtagswahl vom 24. April 1927	233
3.6.1.	NS-Richtungsstreit innerhalb einzelner Ortsgemeinden nach dem Ergebnis der Nationalratswahl 1927	237
3.7.	Politische Verhältnisse zur Zeit der Nationalratswahl vom 9. November 1930 unter besonderer Berücksichtigung der NS	238
3.7.1.	Wahlanalyse der Nationalratswahl 1930	240

3.8.	Konsolidierungsphase der NS 1930-1932 am Beispiel der Nationalrats- und Landtagswahlen.....	241
3.8.1.	Verankerung des Nationalsozialismus in den einzelnen Ortsgemeinden des politischen Bezirks.....	245
3.9.	Landtagswahl vom 24. April 1932	248
4.	DIE PRÄSENZ DER NS IN DEN ORTSGEMEINDEN AM BEISPIEL DER GEMEINDERATSWAHLEN 1919, 1924 UND 1929	256
4.1.	Ergebnisanalyse der Gemeinderatswahlen 1919, 1924 und 1929 im politischen Bezirk.....	261
4.2.	Gemeinderatswahlen in der Stadt Amstetten 1919, 1924 und 1929	266
4.2.1.	Gemeinderatswahl 22. Juni 1919	268
4.2.2.	Gemeinderatswahl 30. November 1924.....	282
4.2.3.	Gemeinderatswahl 10. November 1929.....	286
5.	DIE PRÄSENZ DER NS AM BEISPIEL DER WAHL VON MANDATAREN UND DER BESTELLUNG VON FUNKTIONÄREN IN VERSCHIEDENE INTERESSENSVERTRETUNGEN IN DEN EINZELNEN GERICHTSBEZIRKEN.....	303
5.1.	Wahlen in die Landwirtschaftskammern.....	303
5.1.1.	Wahlwerbende Gruppierungen.....	303
5.1.2.	Wahlanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ und NS	309
5.2.	„Wahlen“ (Umlegungen von Landtagswahlergebnissen) in die Bezirksstraßenausschüsse, in die Bezirksfürsorgeräte und in den Bezirksschulrat	310
5.2.1.	Neubestellung der Bezirksstraßenausschüsse und der Bezirksfürsorgeräte nach der Landtagswahl 1932	311
5.2.2.	Neubestellung der „Gemeindevertreter“ im Bezirksschulrat im Juni 1930	315
6.	DEUTSCHNATIONALES BZW. DEUTSCH-„VÖLKISCHES“ LAGER 1919-1933	318
6.1.	Die Rolle der Kommunalpolitik 1850-1914.....	318
6.1.1.	Reichsrats- und Gemeindeausschusswahl 1891.....	339
6.1.2.	Gemeindeausschusswahl 1894.....	344
6.1.3.	Die drei politischen Lager ab den 1890er Jahren	348
6.1.4.	Landtagswahl 1896.....	352
6.1.5.	Reichsratswahl 1897.....	353
6.1.6.	Gemeindeausschusswahl 1900.....	354
6.1.7.	Reichsratswahl 1901.....	355
6.1.8.	Nationale Ressentiments im lokalen Bereich als Widerspiegelung des monarchieweiten Nationalitätenproblems	356
6.1.9.	Landtagswahl 1902	363
6.1.10.	Gemeindeausschusswahl 1905.....	369
6.1.11.	Reichsratswahl 1907.....	373
6.1.12.	Landtagswahl 1908.....	377
6.1.13.	Gemeindeausschusswahl 22. Mai-30. Mai 1911 und Reichsratswahl 13. Juni 1911	379

6.2.	Erste Organisationsformen auf vereinsrechtlicher Grundlage, Kernzellen der „Deutsch-völkischen Partei“ in Amstetten	387
6.2.1.	„Freiheitlich-nationaler Volksverein Amstetten“ und „Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Amstetten“	394
6.2.2.	Deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Gewerkschaften: auffallende Dichte der Organisation	400
7.	VON DER GRÜNDUNG DER NS-PARTEI BIS ZUM WAHLERFOLG 1932	408
7.1.	Akzeptanz der nationalsozialistischen Ideologie im deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager	408
7.2.	Gründung und Aufstieg der Amstettner NS-Partei.....	411
7.2.1.	Gründungsphase.....	411
7.2.2.	Amstettner NS-Gruppierungen im österreichischen Kontext: Wahlverhalten und Parteibezeichnungen	413
7.2.3.	Organisation des vorherrschenden Antisemitismus: der „Antisemitenbund“	417
7.3.	Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der Riehl-Partei: Verbreiterung der sozialen Basis	419
7.4.	Folgen der Spaltung der NS-Partei	430
7.5.	„Ortsgruppe“ der NSDAP in Amstetten bis zum Verbot am 19. Juni 1933	435
7.5.1.	Verstärkte Aktivitäten ab den 1930er Jahren.....	435
7.5.2.	Amstetten profiliert sich als NS-Zentrum: „1. Kreistag“ in Amstetten, „Gliederungen und Verbände“ der NS-Partei im Einsatz	440
7.5.3.	„Versammlungsstürme“	445
7.5.4.	Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des NS-„Kulturbetriebes“	446
7.5.5.	Ein neuer politischer Gegner im Parteienspektrum	448
7.5.6.	Reaktion auf die „Machtergreifung“ Adolf Hitlers in Deutschland.....	454
7.5.7.	Rivalitäten mit dem Amstettner „Heimatschutz“ angesichts wachsender NS-„Volksgemeinschaft“	455
7.5.8.	„Anschluss“hoffnungen im März 1933	457
7.5.9.	Wirksame NS-Propaganda: Leistungsbericht des NS-Winterhilfswerks in der Öffentlichkeit	458
7.5.10.	„Adolf Hitler-Geburtstagsfeier“ und andere Propagandaaktionen im April 1933	460
7.5.11.	Folgen der Beseitigung der österreichischen Demokratie durch Dollfuß für die NS	461
7.5.12.	Öffentlichkeitswirksame NS-Aktionen vor dem Parteiverbot: „Jugendaustausch“	462
7.5.13.	Ein NS-„Gewerbering“ in der Stadt Amstetten	463
7.5.14.	Beschlagnahme von Zeitungen	464

Editorial

von Elisabeth Loinig

Im Jahr 2004 legte Gerhard Ziskovsky an der Universität Wien seine Dissertation „Der Nationalsozialismus im politischen Bezirk Amstetten unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Amstetten“ vor. Sie umfasste bereits damals fast 1100 Seiten in zwei Bänden. Grundlage waren umfangreiche Quellenrecherchen, die Gerhard Ziskovsky auch nach dem Abschluss seiner Dissertation fortsetzte. So ist das Werk stetig gewachsen und der Autor selbst wurde mit seiner alleinstehenden Expertise Anlaufstelle für alle, die sich in Bezirk und Stadt Amstetten mit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen oder selbst forschen wollten. Eine Publikation seiner ergänzten Dissertation schien daher wünschenswert, um seine neuen Erkenntnisse wie auch die Verweise auf die mittlerweile erschienenen neuen Publikationen zur NS-Zeit, die er laufend in seinen Text einarbeitete, einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Das NÖ Institut für Landeskunde wollte die Dissertation ursprünglich in die Reihe der „Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde“ aufnehmen. Doch dies scheiterte letztlich am gewaltigen Umfang der Arbeit. Inzwischen war sie nämlich weiter gewachsen (u.a. erweitert um die Vorgeschichte des Nationalsozialismus zurück bis in die 1920er Jahre und die Aufbereitung seines Vorfelds in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg) und umfasst heute 52 Kapitel auf rund 6.400 Seiten; sie enthält mehrere hundert Abbildungen, einen Fußnotenapparat, umfangreiche, weiterführende Anmerkungen sowie ein aktuelles Literaturverzeichnis. Wir haben uns daher entschlossen, mit der Studie von Gerhard Ziskovsky eine Graue Reihe zu beginnen. Die drei Teile mit insgesamt 12 Bänden werden nur in wenigen Exemplaren gedruckt und im Buchhandel nicht erhältlich sein. Als Printversion stehen sie jedoch in der NÖ Landesbibliothek, der Bibliothek des NÖ Landesarchivs sowie dem Stadtarchiv Amstetten zur Einsicht zur Verfügung. Im Lauf des Jahres 2022 erscheint die Arbeit außerdem als Open Access Publikation des NÖ Instituts für Landeskunde und wird in digitaler Form online kostenfrei zur Einsicht und zum Download bereit gestellt

(www.noel.gv.at/landeskunde). Damit ist das Ziel einer leichten Zugänglichkeit und Benützbarkeit erreicht. Da wir angesichts der schieren Größe der vorliegenden Publikation auf die Erstellung von Registern verzichten mussten, bietet eine digitale Publikation den unschätzbaren Vorteil einer leichten und raschen Suche über alle 6.400 Seiten und macht das Werk zu einer Enzyklopädie des Nationalsozialismus auf regionaler Ebene.

Zuletzt möchte ich mich bedanken, bei Reinelde Motz-Linhart, die als erste im Verlag des Instituts für Landeskunde grundlegende Redaktionsarbeiten des ersten Teils übernommen hat, bevor das Werk in meine Hände überging. Sebastian Steininger danke ich für seine besondere Sorgfalt bei der Formatierung und den immer wieder notwendigen Ergänzungen und Adaptierungen in den umfangreichen Dateien. Ganz besonders danke ich dem Autor, der mit unermüdlicher Energie seine Arbeit immer wieder erweiterte und verbesserte und mit großer Geduld den Fortgang der Publikation begleitete.

Einleitung

Motivation und Anliegen

Die besondere Motivation des Historikers, sich mit dieser Phase der österreichischen Geschichte aus der lokalhistorischen Perspektive auseinanderzusetzen, lag darin, den von Anfang an objektiv real bestehenden, aber oft nicht erkannten und von einer wachsenden Zahl zugelassenen Widerspruch von Inhalt und Form des versuchten demokratisch-pluralistischen Wegs aufzudecken, der vermittels der Vorstufe des autoritär-faschistischen Modells in fließenden Übergängen in den realen Faschismus in der Ausformung des Nationalsozialismus führte. Das österreichische Experiment setzte das Ideal der Identität von Form und Inhalt voraus, demokratische Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen und die politische Mündigkeit, Bereitschaft und Wissen um die demokratischen Spielregeln. Dieses Wechselspiel der Prioritätensetzung als eine Art Gleichgewicht, in dem sich Form und Inhalt bedingten, änderte sich mit der politischen Einstellung der Bevölkerung. Gegen das verhängnisvolle Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität wurde von ihr nach einer nur kurz dauernden Aufbruchszeit in Richtung demokratischen Selbstverständnisses und verantwortlicher Selbstbestimmung, wenn auch mit vielen Selbstzweifeln, immer weniger gekämpft, sodass immer mehr konträr wirkende ideologisch-politische Inhalte dominieren konnten, die sich in die bestehenden Formen und Strukturen des Zusammenlebens einschlichen und sie konsequent untergruben. Der innere Widerspruch der Realisierung von verengenden ideologischen Inhalten und der Beibehaltung der Offenheit eines politischen Systems führte geradewegs in die nationalsozialistische Katastrophe. Beschleunigt wurde diese verhängnisvolle Entwicklung durch die immer wieder sich bewahrheitende Unfähigkeit, immer mehr aber auch zunehmende Nichtbereitschaft einer Gesellschaft, nach dem hoffnungsvollen Neustart der Ersten Republik nicht nur historisch gewachsenen und tradierten Fehlentwicklungen, sondern auch einem durch zunehmende Polarisierung zwischen politisch dominanten Parteigruppierungen, letztlich durch Inkompetenz der Regierenden und temporäre Krisenphänomene, die auf das politische Geschehen mit ihrer besonderen Eigendynamik starken Einfluss nahmen, hervorgerufenen Zustand Einhalt zu gebieten.¹

In den 1980er Jahren mit noch schwer zugänglichen Quellenunterlagen beginnend und sich mit ständigen Anfeindungen in der Öffentlichkeit auseinandersetzend wurde folgendes Ziel verfolgt: Die sicherlich nicht nur in Amstetten bisher vernachlässigte und gern tabuisierte Lokalgeschichte der NS-Zeit, erweitert um die Entwicklung der NS-Herrschaft in den einzelnen Ortsgemeinden des politischen Bezirks Amstetten, soll einer umfassenden Aufarbeitung zugeführt werden. Außerdem

¹) Hanna Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben (München, Zürich 1981) 49ff.

wurden als Vorgeschichte der im „Anschluss“ gipfelnde Weg, das in euphorischem Jubel abgeschlossene Werden der regionalen NS-„Bewegung“ thematisiert, einschließlich ihrer Wurzeln, die in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts führten.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf politik-, wirtschafts-, kulturgeschichtlichen Ausführungen zur Stadt Amstetten 1918-1948, die auch voraussetzende Aspekte der Zeit von 1848-1918 miteinschließen. Ihr Kernbereich umfasst nicht nur die vorgefundenen Rahmenbedingungen, in die das zentrale Geschehen eingebettet war, sondern es wurden im Besonderen festgestellte Handlungsweisen von Herrschaftsträgern und Reaktionen in der Bevölkerung auf Stadt- und Bezirksebene, die Realität des politischen Geschehens auf Gemeindeebene und überhaupt die Frage der Handlungsspielräume des Einzelnen angesichts der der sie immer stärker einengenden Wirkungsfelder der Staats-, Landes- und Kommunalpolitik in ihren personellen und inhaltlichen Verzahnungen behandelt.

Anhand einzelner vorgefundener Beispiele politischer Sozialisation lassen sich prägnante Gruppen- und Einzelbilder der jeweiligen Einstellungen und Mentalitäten, auch in ihrer Zuordnung zu Mehr- oder Minderheiten, aufzeigen. Somit zeigen einzelne prägende Lebensläufe bzw. Charaktere von Entscheidungsträgern Einsichten in persönlichen Handlungsebenen auf.²

Themenstellung (Gliederung)

Aus der Themenstellung ergibt sich eine Gliederung in zwei Teile (I und II), die folgende Trennung in zwei Phasen umfasst: die Phase des Werdens mit dem krönenden Abschluss des inszenierten „Anschlussereignisses“ und die Phase des Nationalsozialismus an der Macht, die Versuche der Konsolidierung vor dem Krieg, die Kriegssituation und das Scheitern der Herrschaft. Besondere Berücksichtigung erfuhr die Parteigeschichte in ihrem historischen Umfeld und im Zusammenhang mit den verantwortlichen Personen, untersucht im regionalen bzw. lokalen Bereich des politischen Bezirks und der Kleinstadt Amstetten.

Der erste Teil umfasst zuerst das demokratische Umfeld der Ersten Republik (mit einem Rückgriff auf die Wurzeln besonders der deutsch-„völkischen“ Entwicklung bis in das 1848er Jahr), die Aktivitäten der NS im autoritär-faschistischen „Ständestaat“, vor allem nach dem Verbot der NS-Partei, die „illegalen“ Vorbereitungen zur Machtübernahme in Österreich. Übergreifendes zentrales Thema ist die im zweiten Teil positionierte quantifizierende Untersuchung die soziale Basis der Träger des Nationalsozialismus im politischen Bezirk Amstetten, die in numerischen Tabellen und Diagrammen

² S. dazu auch Pfefferle Roman, Politische Kultur in Niederösterreich: Kontinuitäten und Brüche. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 339.

dokumentiert ist. Besonderes Interesse galt dabei der jeweiligen parteipolitischen Konstellation in den Ortsgemeinden, der berufssozialen Zuordnung der Einwohnerschaft, der Altersstruktur der Parteimitglieder, besonders im Beitrittsjahr, und dem Anteil der Illegalen und der Frauen. Unter dieser Voraussetzung konnten Akzeptanz und Dominanz des Nationalsozialismus in den einzelnen Ortsgemeinden nachgewiesen werden. Die separate Zusammenstellung aller „Ortsgruppen“, besonders die Untersuchung der „Ortsgruppenstäbe“ und ihrer personellen Zusammensetzung, zeigen die jeweils realisierte Herrschaftsorganisation und Machtausübung auf.

In diesem zweiten Teil werden Maßnahmen der Herrschaftsstabilisierung, vor allem am besonderen Beispiel der Stadt Amstetten, thematisiert. Es geht hier die um Realisierung der NS-Herrschaftsideologie, um die Instrumente der Umsetzung und um die verantwortlichen Träger dieses totalitären Systems. Der Schluss der Arbeit befasst sich mit der Katastrophe des Zusammenbruchs des Regimes mit allen ihren Konsequenzen für die Bevölkerung. Ein besonderer Abschnitt am Ende des zweiten Teils umfasst Effizienz und Effektivität österreichischer Entnazifizierungsmaßnahmen, soweit die notwendigen Quellenunterlagen dem Verfasser für dieses bis heute problematisch gebliebene Kapitel österreichischer Geschichte zugänglich waren.

Folgende Fragestellungen eröffneten den Zugang zum Thema: Wie wirkte sich die totalitäre Ideologie in den Ortsgemeinden, exemplarisch in der Kleinstadt Amstetten, aus? Wie sahen die Auswirkungen des Kriegs im Alltag an der inneren Front aus? Mit Fortdauer des Kriegs wurde notwendigerweise die Diskrepanz zwischen propagandistisch vermittelter Scheinrealität und tatsächlichem Geschehen immer größer. Es zeichnete sich nach dem Überfall auf die Sowjetunion eine Zäsur in der Akzeptanz des Nationalsozialismus ab. Das schrittweise Abweichen von der bisher in großen Teilen der Bevölkerung gelebten Konformität wurde immer mehr zum Problem der Herrschaftsträger. An verschiedenen Parametern lässt sich dieser Rückzug auf der lokalen Basis aufzeigen.

Da es sich um eine regional- bzw. lokalgeschichtliche Forschungsarbeit handelt, interessiert auch folgender eher ereignisgeschichtliche Aspekt: Wie spiegeln sich Haupt- und Staatsereignisse an der Basis wider?

Dem Werden des Nationalsozialismus in der Bedingtheit seines Umfeldes, im historisch-politischen und sozioökonomischen Kontext, ist besonderes Augenmerk gewidmet. Trotz des zeitweise, besonders am Beginn der Ersten Republik vermittelten generellen Anspruchs der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, verstärkten sich in Einzelbereichen unkontrollierte Machtausübung vonseiten der Herrschenden und restriktive Maßnahmen gegenüber dem demokratisch-pluralistischen Prinzip, unter Missachtung der Freiheitsrechte und Autonomie des Einzelnen. Die zunehmend unreflektiert hingenommene, als selbstverständlich empfundene Konfliktlösung durch Gewalt steuerte ideologiegestützt das Handeln im Alltag. Missbräuchlich eingesetzte Staatsgewalt wurde als sachlich erforderlich, notwendig vermittelt, erfuhr ihre Scheinbegründung über die

zusehends gesteuerten Medien und schränkte somit den Handlungsspielraum der Menschen kontinuierlich ein. Diese Situation des Zusammenspiels und der Verflechtung verschiedener, immer mehr willkürlich einwirkender, den Rechtsstaat missachtender Auflagen, umgesetzt durch Regierung, Parteien, Interessensverbände und Medienapparate, führte zu kontrollierter und überwachter Abhängigkeit, zur Handlungsunfähigkeit auf Basis demokratischer Wertvorstellungen, zur Funktionalisierung für die Interessen eines Regimes, das Konformität einforderte, und somit zur systematischen Deformierung des Menschen. In letzter Konsequenz führte dies zu Ausgrenzung und Verfolgung mit strafrechtlichen und menschenunwürdigen Konsequenzen.

Voraussetzung für einen derartigen Missbrauch der Freiheitsrechte des Einzelnen und des menschlichen Zusammenlebens auf der Basis demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte ist ein Herrschaftssystem, dessen Machterhaltung auf der Degradierung des Menschen zum Untertanen, auf permanenter Überwachung durch Polizeistaatsmethoden, auf der offenen und versteckten Disziplinierung des Menschen, der Erziehung zu Untertanengeist und Autoritätsgläubigkeit beruht. Die unreflektierte Orientierung an Scheinautoritäten, das Akzeptieren von Scheinlegitimation, das nach gezielter Verbreitung von Unsicherheit und Angst von Herrschaftsseite geförderte Bedürfnis nach Ritualisierung als Stabilisierungsfaktor und Normierung als Sicherheitsfaktor für vorgegebenen Handlungsabläufe und eine wachgerufene „Führersüchtigkeit“ gehörten zum Herrschaftsinstrumentarium.

In einem derartigen System bewegt sich der Einzelne mit seinen existentiellen Ängsten entweder in einem Spannungsfeld, in dem ihn ein ständiges, in der Regel lebenserhaltendes, manchmal jedoch auch lebensbedrohendes Lavieren zwischen Extremen aufrechterhält, auch mit der Bereitschaft zu Protest und Widerstand, oder er entschließt sich zu unterwürfiger Konformität mit verschiedenen Abstufungen der Partizipation.

Wie kam das NS-Herrschaftssystem dem Einzelnen entgegen, der Befriedigung seiner existentiellen Bedürfnisse suchte? Wo liegen überhaupt die wesentlichen Voraussetzungen für das Funktionieren derartiger Herrschaftssysteme? Ist es der autoritäre Charakter, der sich aufgrund von bestimmten Sozialisationsbedingungen entwickelt hat, der autoritär agierende Mensch, der sich in einem adäquaten System als dessen Träger verwirklichen konnte, sind es eher temporäre Rahmenbedingungen, die die Verwirklichung autoritär-faschistischer Herrschaftsansprüche fördern, oder gehören beide zusammen zu den Vorbedingungen derartiger Herrschaftssysteme?

Muss der schrittweise erfolgte Abbau der demokratischen Strukturen als Konsequenz einer gesellschaftlichen Bewusstseinshaltung gesehen werden oder waren die von der regierenden Führungselite gezielt herbeigeführten Veränderungen der Herrschaftsformen die Vorgabe, nach der bisherige politische Einstellungen verändert bzw. erzwungen wurden?

In Anbetracht der Auswirkungen der klerikal-konservativen Sozialisation als eines retardierenden Elements aufgrund ihrer immanenten Inflexibilität und Immobilität und der geringen Risikobereitschaft zu verändernden Ideen muss man grundsätzlich allen, die sich damals Veränderungen wünschten, die größere politische Mündigkeit und Reife zugestehen. Aber die Kluft zwischen diesen und den Politikhörigen, die sich bereitwillig autoritären Strukturen und Führerfiguren anvertrauten, wurde immer größer.

Gerade die das Geschehen der 1920er und 1930er Jahre prägende Unkenntnis ideologisch-politischer Vorgaben und die fehlende Auseinandersetzung in weiten Teilen der Bevölkerung bedingten die schleichende Akzeptanz der nationalsozialistischen Ideologie oder wenigstens von Teilen im verordneten autoritären Rahmen, was noch dadurch gefördert wurde, dass Tragweite und Konsequenzen derartiger politischer Willensentscheidung nicht abschätzbar waren. Dass diese Ideologie außerdem Freiräume für das Ausleben menschlicher Sadismen und menschlich entarteten Triebens bieten konnte und unter bestimmten Bedingungen mit letztmöglicher Steigerung zu sogenannten „Endzeitverbrechen“ auch tatsächlich bot, dass auch die „legalisierte“ Vernichtung menschlichen Lebens bis zum Genozid durchführbar war, hätte in ihren Ansätzen bei genauerem Hinsehen erkannt werden müssen.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, die Ausgrenzung und Ausschaltung des Einzelnen und ganzer Gruppen aus politischen, rassenideologischen und sonstigen „sozialen“ Gründen („Asozialer“), konkret aus dem betrügerischen Scheinharmonisierung vermittelnden Modell der „Volksgemeinschaft“, und letztlich der Weg in die Massentötungen werden unter der Annahme einer Kontinuitätslinie von 1919 bis 1938 bzw. 1945 untersucht.

Der Erklärungsversuch zu den zahlreichen Verbrechen impliziert folgende Voraussetzungen: Der Verlust von errungenen Machtstellungen und ihre mit allen Mitteln betriebene Wiedergewinnung, die persönliche Befriedigung als Kompensation und Überkompensation von realen oder vermeintlichen Schwäche-, Mangel- und Minderheitspositionen und von Minderwertigkeitsgefühlen verschiedener Art und letztlich die Angst, angesichts des Zusammenbruchs des Regimes die Idealvorstellungen, für die man gelebt hatte, scheitern zu sehen, auch materiell alles zu verlieren, bewirkten letztlich noch einmal Gewaltausbrüche und führten zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Deutschnationalismus in seinen vielgestaltigen ideologisch-politischen Ausformungen, Antijudaismus und Antisemitismus waren Allgemeingut der Gesellschaft und hatten auch unter den sittlich-moralischen Ansprüchen der vorherrschenden römisch-katholischen (und auch evangelischen) Kirche ihre extremen Ausformungen erlebt.³

³ Es wird zwischen deutschnational und deutsch“-„völkisch“ unterschieden: Die Wurzeln dieser Begriffsunterscheidung liegen bereits in der Monarchie, wenn auch mit gewissen Modifikationen in der Ersten Republik. Seit der Niederlage von Königgrätz bildeten sich zwei Lager: ein deutschösterreichisches

Wie ist es anders erklärbar, dass Menschen, die sich an anderen gewalttätig vergriffen, die andere in den Tod schickten, ohne Gewissenskonflikte seelenruhig als aktiv praktizierende Katholiken auftraten und die Kirche als amtliche Institution keinerlei Anstalten traf, nur irgendetwas dagegen zu unternehmen, ja selbst diese Vorgangsweise in der Regel duldete und manchmal sogar direkt oder indirekt sanktionierte, besonders wenn es sich wie z. B. in der Phase des österreichischen politischen Katholizismus und des „Ständestaats“ um ihren Gegner handelte?

Die öffentliche Zustimmung zum „Anschluss“ durch die katholische Kirchenführung war trotz der nachweisbaren Enttäuschung zahlreicher Pfarrer für viele Katholiken bekanntermaßen die Legitimation dafür, dass hier nichts potentiell Menschenverachtendes am Werk sein konnte, ja dass die siegreiche politische Ideologie eine Art Veredelung durch die Kirche erfahren könnte, der es aber realpolitisch damals nur um den Machterhalt in ihrem Einflussbereich ging. Diesen Vertrauensvorschuss glaubte man vonseiten des Einzelnen der Autorität einer solchen Instanz schuldig zu sein, auch wenn sich damals schon Widerstand regte.⁴

Situation des Einzelnen zwischen Selbstbestimmung und Ausgeliefertsein angesichts zunehmender Polarisierung der politischen Lager

Was die politischen Programme zum Neuaufbau des Staates zu Beginn der Ersten Republik betraf, umfasste das Spektrum der gesellschaftspolitischen Intentionen sozialdemokratische Vorstellungen eines Mehrparteienstaates im Rahmen des repräsentativ-demokratischen Systems bis zu räte- bzw. basisdemokratischen (weniger rätediktatorischen nach sowjetischem Vorbild) Zielsetzungen und die Ideen bzw. Ideologien des in sich geteilten bürgerlichen Lagers mit seinen vielen Schattierungen, deren Bandbreite von ebenfalls liberal-demokratischen Vorstellungen (Herrschaftsformen) eines Teils der Christlichsozialen und Deutschnationalen (Großdeutschen) bis zu autoritär-diktatorischen

habsburgloyales und damals vorwiegend katholisches einerseits und ein deutschösterreichisches, „völkisches“ und propreußisches gemäß den radikalen Vorstellungen der „Alldeutschen“ Schönerers andererseits. Die Begeisterung für die germanische Welt- und Lebensanschauung erlebte ihren Kulminationspunkt in den Parolen „Los von Juda! Los von Rom!“. Das Deutschtum dieser direkt in den Nationalsozialismus führenden Richtung wurde nun zu einer Art Religion. In der Zwischenkriegszeit lassen sich diese beiden Richtungen in den 1920er und den beginnenden 1930er Jahren vor allem auf der lokalhistorischen Ebene immer wieder unterscheiden, sie existierten nebeneinander, so lange, bis beide in der NSDAP „Hitlerbewegung“ aufgingen. Die deutschnationale Richtung, mit gewissen Modifikationen gegenüber der Monarchie auf die Deutschliberalen bzw. Freisinnigen zurückgehend, hatte in Amstetten ihre Exponenten, wie z.B. den langjährigen Amstettner Bürgermeister Ludwig Resch (1924-1934). Um die Unterscheidung eines gemäßigten und eines radikal rassistischen Teils aufrecht zu erhalten, wobei es immer fließende Grenzen gab, wird die Formulierung „deutschnational bzw. deutsch-völkisch“ verwendet.

³ Klösch Christian, Das „nationale“ Lager in Niederösterreich 1918-1938 und 1945-1996. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 569; s. S. 570 Tabelle: Berufliche Gliederung der Mitglieder der GDVP in Wien und Niederösterreich 1929.

⁴ In den 1980er und frühen 1990er Jahren wurden vonseiten der katholischen Kirche wissenschaftlichen Forschungen, wie der Verfasser selbst erfahren musste, große Hindernisse in den Weg gelegt. Bei seinen Forschungsarbeiten war es dem Verfasser damals trotz mehrmaliger Urgenzen nicht möglich, in die für ihn notwendigen Quellenunterlagen des Diözesanarchivs Einsicht zu nehmen.

des anderen Teils der Christlichsozialen und deutsch-„völkischen“ bis zu faschistischen des anderen Teils der Deutschnationalen reichte.

Die Konzepte der bürgerlichen (Koalitions-) Regierungen waren von ständigen Ängsten vor einer vermeintlich drohenden Gefahr einer „Bolschewisierung“ der Gesellschaft nach sowjetischem Muster geprägt, die aber bald immer stärker instrumentalisiert und zur propagandistischen Inszenierung eines generell zu bekämpfenden Feindbilds bis zur realen Ausschaltung hochstilisiert wurden. Hier offenbarte sich ein entscheidender Wesenszug des Autoritarismus: Gezielte Panikmache durch hypertrophe Übertreibungen, Schüren von Ängsten und Unsicherheit, unklare Informationen bis zu gezielten Falschmeldungen suggerierten eine labile Situation, verbunden mit Orientierungs- und scheinbarer Ausweglosigkeit beim Einzelnen bzw. bei größeren Teilen der Gesellschaft, die diese Strategie nicht durchschauten. Evidenzbasierte Informationen über politische Handlungsvollzüge (Gesetzgebungs- und Regierungsakte) und die demokratischen Spielregeln immanente Offenheit wurden bewusst, immer mehr willkürlich hintangehalten. Der Ruf nach einer starken Führung ist immer die unmittelbare Konsequenz, wenn der Einzelne so weit manipuliert wurde, dass er seiner autonomen Selbstbestimmung nicht mehr vertraut. Die bezweckte Diskrepanz zwischen tatsächlicher Realität, zu der nur wenige Zugang haben, und ihrer medialen Präsentation führt eine Gesellschaft in völlige Abhängigkeit von den Regierenden. Die auf diese Weise in der verunsicherten und verängstigten Bevölkerung gezielt herbeigeführte Präferenz für die autoritäre Staatsform war die unausweichliche Konsequenz. Der Weg Österreichs war somit ab einem gewissen Zeitpunkt vorgezeichnet.

Die Aufbereitung des Nährbodens

Zu den diese autoritäre Richtung bestimmenden ideologischen Grundlagen gehörte einerseits das in seiner gemäßigten Form in der katholischen Soziallehre verankerte berufsständische Prinzip zum Neuaufbau der „ständestaatlichen“ Gesellschaftsorganisation auf Kosten des demokratischen Mehrparteiensystems, wobei die faschistische Auslegung des berufsständischen Modells nach dem vertikal funktionierendem Führerprinzip ebenfalls in Erwägung gezogen wurde. Das Ergebnis war eine Mischform, auf der die NS problemlos aufbauen konnten. Gemäß den faschistischen Staatsmodellen in Italien und Deutschland, die erfolgreich die Macht usurpiert hatten, gewannen die analoge Gesellschafts- bzw. Herrschaftsform bzw. wenigstens Teile von ihr in Österreich immer mehr Einfluss, in oft peinlich epigonenhafter Nachahmung, aber für immer größere Teile der Bevölkerung akzeptabel und von vielen sogar erwünscht. Die medialen Scheinmanöver und Lügengebäude wurden nicht mehr durchschaut, der Realisierung des totalitären Prinzips mit der erzwungenen Unterordnung des Einzelnen nahm seinen tragischen Weg. Dieser schien immer mehr als einzig

mögliches Alternativkonzept gegen die medial aufgebauschte Schimäre einer drohenden Bolschewisierung auch in konservativ-bürgerlichen Gruppierungen Anklang zu finden, vor allem aber auch von den Regierenden (bürgerliche Koalitionen mit der faschistischen Heimwehr) präferiert zu werden, um die eigenen politische und wirtschaftliche Positionen halten zu können.⁵

Gegenseitige Abwehrhaltungen und Verhinderungsaktionen, die vermeintlich notwendige Defensivstellungen gegenüber dem politischen Gegner manifestierten, den politischen Gegner ausgrenzende Stabilisierungsversuche bereits erreichter Positionen vor allem von Regierungsseite prägten die politische Kultur dieser Zeit, aber auch aggressives Vorschreiten und Versuche des direkten Eindringens in die Pfründe des politischen Gegners waren zu beobachten.

Abgesehen von der zunehmenden ideologischen Polarisierung zwischen den großen Lagern hatten viele Gemeindeverwaltungen mit großen wirtschaftlichen und folglich finanziellen Problemen zu kämpfen, die nicht nur regional bedingte Ursachen hatten, sondern auch in den gegensätzlichen Auffassungen der politischen Parteien auf Bundes- und Landesebene, der Christlichsozialen und Großdeutschen einerseits und der Sozialdemokraten andererseits, zu aktuell anstehenden Problemen lagen. Vor allem der Ausbruch der großen Wirtschaftskrise ab 1929 zeitigte für viele Gemeindebudgets katastrophale Auswirkungen, kommunale Interessenspolitik musste in dieser Krisenzeit ihre Beschränkung durch die strenge Sparpolitik ihrer Geldgeber in Bund und Land zu Kenntnis nehmen. Die daraus resultierende Arbeitslosigkeit brachte viele Ortsgemeinden in äußerste Bedrängnis.

Hier setzte das Wirken einer bisher unbedeutenden, immer breitere Gesellschaftsschichten umfassenden neuen politischen Kraft ein, des Nationalsozialismus, wenn auch in seiner anfangs noch bestehenden breiten Vielfalt der ideologischen Prämissen. Dies war nur möglich auf Kosten der bestehenden politischen Gruppierungen, die sehr unterschiedliche Muster des Umgehens mit den Auflagen der Austeritätspolitik entwickelten, vom Arrangement bis zu Konfrontation. Das Regierungskonzept des Einsparens lieferte ein wirtschaftspolitisches Angriffsfeld für die NS, die diese ruinöse Entwicklung anprangerten, wann immer es ging und wann immer es für sie opportun war. Die Wirtschaftskrise verstärkte die bereits eingesetzte politische Krise. Einander ausschließende Ideologien beherrschten zunehmend das politische Feld, zu dem immer mehr die Straße gehörte. Die Agitation der Selbstschutzorganisationen hatte sich seit dem 15. Juli 1927, dem Justizpalastbrand, einem entscheidenden Wendepunkt, verstärkt. Dieser gab einen Anstoß zur Wiederbelebung und Neugründung von Heimwehrgruppen, unterstützt und subventioniert von einflussreichen Industriellen und Großgrundbesitzern. Diese Heimwehrformationen gerieten in ihrer überwiegenden

⁵) Die NS hatten ebenfalls den Kampf gegen den ‚Bolschewismus‘ in ihrem Feinbildrepertoire, die SS hatte hier eine besondere Rolle: s. Rede Himmlers v. 12. November 1935 ‚Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation‘; Wolfgang SCHNEIDER, Die Waffen-SS (Berlin 2002) 61 ff; siehe auch Hitlers ‚Kommissar-Befehl‘ v. 6. Juni 1941, ebenda 112 ff.

Mehrheit immer mehr in das Fahrwasser des Faschismus, entweder des deutschfaschistisch-nationalsozialistischen oder eines speziellen österreichisch ausgerichteten Faschismus, der zum Konkurrenzfaschismus des Hitler-Faschismus wurde. Dieses Spannungsfeld spiegelt auf besondere Weise die Lokalgeschichte Amstettens wider. Immer mehr beanspruchten beide Gruppen die Beteiligung an der Staatsführung. Wahlgemeinschaften und Koalitionsbündnisse mit anderen politischen Gruppierungen des bürgerlichen Lagers auf Gemeindeebene entsprechen im Großen und Ganzen den Verhältnissen auf Bundesebene.

Im Unterschied aber zu den Sozialdemokraten, die den Republikanischen Schutzbund als bewaffnete Parteitruppe ausgebaut hatten, konnten die Christlichsozialen die Heimwehren aufgrund der vorherrschenden faschistischen Ideologien nicht dauernd an die politischen Prinzipien der Partei binden. Zu groß waren letztlich die ideologischen und machtpolitischen Interessen beider politischen Gruppierungen, wobei die deutschfaschistischen Heimwehrgruppen Anfang der 1930er Jahre zu den NS übergingen, den österreichfaschistischen es gelang, sich für eine bestimmte Zeit im „Ständestaat“ der ehemaligen Christlichsozialen dem nunmehrigen VF-Regime als Koalitionspartner anzubiedern, worauf dieses auch einwilligte, sich aber in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre dem „Ständestaat“ eingliedern mussten.

Die Nährbodengestaltung erfuhr eine Bereicherung durch die Verlagerung der Politik auf die Straße. Diese förderte durch gewaltsame Auseinandersetzungen der paramilitärischen Kampfgruppen der zwei großen politischen Lager, aber auch innerhalb der bürgerlichen Kampfgruppen der Regierungspartei, das Bewusstsein in der Bevölkerung, darin eine mögliche Konfliktlösung zu sehen, bewirkte eine Abstumpfung der Abwehrreaktionen. Wenn man nicht selbst in irgendeiner Form beteiligt war (Störung politischer Versammlungen, Wirtshausraufereien und lokale Überfälle, gewalttätige Auseinandersetzungen paramilitärischer Formationen, letztlich Terrorakte der NS-Gruppen), ließ man es geschehen, schaute zu. Im „Ständestaat“ verstärkte die den paramilitärischen „Hilfstruppen“ der staatlichen Exekutive, den „Assistenzkörpern“ des Bundesheers und vor allem den „freiwilligen Schutzkorps“ der Polizei verliehene staatliche Legitimation die Gewaltbereitschaft. Außer der vorausgehenden Eingewöhnung in autoritär-faschistische Strukturen bzw.

Organisationsformen ist als wesentlicher, die NS-Ideologie fördernder Kernbereich die deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Ideologie in ihren vielfältigen Schattierungen anzuführen, im demokratischen System noch im Konkurrenzkampf mit den anderen politischen Gruppierungen. Es geht hier um die Analyse des ideologischen Substrats, auf dem sich der Nationalsozialismus entwickeln, entfalten und letztlich realisieren konnte. Die Vielfalt und Offenheit des politischen Lebens im politischen Bezirk, die Politisierung der Gesellschaft am Beispiel einer Kleinstadt, die systematische Einengung durch Ideologisierung mit der Erstarrung der politischen Fronten, begleitet von Unverständnis, Nichtakzeptanz bzw. Intoleranz und Gewaltbereitschaft, die Neigung zum

traditionellen Autoritarismus im katholisch-konservativen Lager bzw. in großen Teilen des christlichsozialen Lagers, besonders präsent in deutsch-„völkischen“ Machtgruppierungen, prägten die erste Phase. Diese immer mehr demokratiefeindliche Polarisierung innerhalb der neuen staatstragenden Kräfte trug in sich bereits das Scheitern des staatlichen Experiments nach dem Ersten Weltkrieg.

Die zweite Phase, eine weitere Aufbereitung des Nährbodens in der logischen Fortsetzung, war geprägt vom autoritär-faschistischen Österreich. Man gewöhnte sich an den autoritären Herrschaftsanspruch mit diktatorischen Akzenten, an den autoritär-faschistischen Alltag (beeinflusst und geprägt durch die Koalitionen mit dem Heimwehrfaschismus, wenn auch oft nur dem Anspruch das Wort geredet wurde) und an die politische Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft, vor allem durch staatliche Gewalt, wiederum stark gefördert und gefordert durch faschistische Orientierung bzw. Nachahmung (Italien und „Heimatschutz“).

Die entscheidenden Maßnahmen und Ereignisse ab dem 4. März 1933, die gewaltsame Beendigung des demokratischen Versuchs, sind als der mittragende Nährboden für das Heranwachsen und das spätere unreflektierte Akzeptieren des Nationalsozialismus anzusehen. Der schrittweise Abbau des Meinungspluralismus und der politischen Vielfalt des demokratischen Systems unter der Regierungsverantwortlichkeit der Christlichsozialen Partei muss als Wegbereiter für den Totalitarismus des Nationalsozialismus bezeichnet werden. Für große Teile des bürgerlichen Lagers stellten derartige Verhältnisse den Normalfall dar, sie hatten sich daran gewöhnt.

Alle politischen Maßnahmen der autoritär-faschistischen „Ständestaats“regierungen wurden auch von der römisch-katholischen Kirche unterstützt und getragen. Dieser in seinen verhängnisvollen Auswirkungen bekannte politische Einfluss der Kirche, der sich trotz vorangegangener konträrer Veröffentlichungen (z. B. Hirtenbriefe) in ihrer in der „Anschluss“phase überraschenden Kompromissbereitschaft einer Akzeptanz des Nationalsozialismus noch einmal deutlich zeigte, stieß alle Andersdenkenden vor den Kopf, die eher Unterstützung und Abwehr erwartet hatten. Es war für viele unvorstellbar, wie die christlich-humanitäre Lehre des Neuen Testaments mit extrem gegensätzlichen Ideologeelementen des Nationalsozialismus vereinbar war.

Durch das Verbot der NS-Partei und in der Folge der Sozialdemokraten waren zwei Fronten im Innern des Staates permanent zu bekämpfen, was zu einer folgeschweren Schwächung des VF-Regimes führen musste. Der Zwangscharakter der VF mit dem Monopol der politischen Willensbildung, die als Einheitssammelbecken für den Aufbau eines neuen staatlichen Selbstverständnisses gedacht war, führte nicht zum erhofften Erfolg der Zustimmung. Das vom VF-Regime immer wieder betonte Bekenntnis zum deutschen Kulturkreis, die These vom zweiten deutschen Staat, präzierte wenig die Österreich-Idee und verwässerte das Österreichbewusstsein. Es war gerade die künstlich erzeugte Fassade des deutschen Kurses von Bundeskanzler Schuschnigg, hinter der sich die kontinuierliche

Infiltration und die Aggressionen Hitlerdeutschlands verbergen und umso leichter ihre Aktionen setzen konnten.

In der „illegalen“ Phase drohte die verbotene NS-Partei in der Zeit unmittelbar nach dem gescheiterten „Juliputsch“ nachweislich im politischen Bezirk Amstetten (überregionale Kontakte zeigen aber ein ähnliches Bild) zusammenzubrechen bzw. zu verschwinden, aber mit zunehmender reichsdeutscher Unterstützung und Einflussnahme kam es Anfang 1935 zu einem Neustart, zu einer Neuorganisation und einem neuen Weg, der in Konfrontation mit den Vertretern der alten Richtung letztlich die erfolgreiche Machtübernahme vorbereiten konnte.

Aspekte der Lokalhistorie

Die lokalhistorischen Ereignisse sind im Kontext mit den Haupt- und Staatsaktionen zu sehen, wobei es nicht nur um deren Widerspiegelung auf der untersten Ebene des kommunalen Bereichs geht, sondern auch um dessen wenn auch seltene Einflussnahme auf den obersten Bereich.

Es ist der Einfluss der sprachlichen Idiome zu berücksichtigen, besonders des NS-Idioms, das sich immer mehr abzeichnete, wobei die bürgerliche Lokalpresse bereits in der „Bewegungs“-phase der NS-Partei ihren gewichtigen Teil dazu beitrug. Es zahlreichen Presseartikeln ist ersichtlich, dass der politische Gegner aus dem bürgerlichen Lager, nicht nur aus den sich anfangs mehrheitlich noch abgrenzenden deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Kreisen, sondern auch aus dem Regierungslager, lange Zeit mitspielte, wenn auch manchmal aus abweichenden Motiven.

Aus der lokalhistorischen Sicht sollen den zeitgenössischen Kontext der jeweiligen Regierungsform berücksichtigend (demokratische Phase und autoritär-faschistische Phase der Ersten Republik)-das jeweils Eigenständige, das Spezifische bzw. die Unterschiede der NS-Partei gegenüber dem politischen Gegner herausgearbeitet werden.

Grundsätzlich sind zwei Ebenen der nicht einsichtigen, konträre Entwicklungen und Gegenströmungen nicht erkennenden oder nicht wahrhaben wollenden Regierungspolitik festzustellen, die eine durchgehende Zerrissenheit der „Ständestaats“-regierungen, eine Ambivalenz ihrer Handlungsweisen belegen: ein immer stärker artikulierter Österreichpatriotismus auf staatlicher Ebene in Richtung selbständiges Österreich und eine deutschnationale, oft sogar deutsch-„völkische“ Zuordnung in sonstigen Bereichen, vor allem auf kulturellem Gebiet, als „deutsche Kulturation“, als „besserer deutscher Staat“, explizit ausgedrückt auch in der Selbstdefinition anlässlich der Verfassungserklärung vom 1. Mai 1934. Gerade das zögerliche Vorgehen, die Entscheidungsunfähigkeit gegenüber deutsch-„völkischen“ Vereinen wie dem „Deutschen Turnverein“ und dem „Deutschen Schulverein Südmark“ und das damit verbundene Gewährenlassen derartiger Tarnorganisationen der „illegalen“ NS, vermutlich in manchen Fällen auch trotz besseren

Wissens (im nicht verbotenen „Deutschen Schulverein Südmark“ saßen bis 1938 die Vertreter aller Parteien des bürgerlichen Lagers beisammen, VF-Funktionäre und „illegale“ NS), bestätigen das Nichtvorhandensein einer eindeutigen Regierungslinie, wodurch sehenden Auges in den drohenden Abgrund gearbeitet wurde. Es wurden auf Lokalebene Freiräume geschaffen, die einzelne Personen mit Führungsqualitäten des NS-Lagers beharrlich ausnützten, wobei Teile des Verwaltungs- bzw. Behördenapparats und der Exekutive mitspielten. Die selbst herbeigeführte Zweifrontenproblematik und der zunehmende Druck von außen, zuerst vor allem aus dem faschistischen Italien (besonders auf das Regierungsmitglied Heimwehr), dann aus dem nationalsozialistischen Deutschland ergänzten die Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen, den österreichischen Staat aus den Fängen seines faschistischen Umfelds herauszuführen. Trotz einer wahren Gesetzes- und Verordnungsflut klafften durch Unklarheit und Ineffizienz der behördlichen und polizeilichen Maßnahmen nicht nur legislative Ebene und Realität immer mehr auseinander, sondern es ergab sich auch eine deutliche Diskrepanz zur medial vermittelten manipulierten Realität, was sich besonders im Alltagsgeschehen der Bevölkerung nachweisen lässt. Oft unkontrollierte Agitationsräume und durch nichts gedeckte Anmaßungen der polizeilichen Exekutive (später der zusätzlichen paramilitärischen „Hilfskräfte“ nahmen zu.

Das zu erwartende, relativ problemlos erfolgte Durchgreifen der NS-Politik, einmal an der Macht, hatte seine bereits bekannte Vorgeschichte: Aufgrund der bereits erwähnten vorangegangenen autoritär ausgerichteten Sozialisation des Österreicher muss davon ausgegangen werden, dass die daraus resultierende vorherrschende Immobilität und die geringe Neigung zu Umstürzen welcher Art auch immer den Österreicher davon abschreckte, selbsttätig eine Neuordnung, Neuausrichtung, eben einen politischen Umsturz herbeizuführen. Letztlich förderte diese Autoritätsgläubigkeit seine Unterwürfigkeit und ließ als stark retardierendes Element ihn vor den letzten Schritten im entscheidenden Augenblick zurückschrecken.

So waren als logische Konsequenz der gewaltsamen „Machtergreifung“ mit Steuerung von außen, mit einem starken Zustimmungspotential von innen, Tür und Tor geöffnet. Der vom neuen „evolutionären“ Konzept betriebene „Marsch durch die Institutionen“ war nach dem Scheitern der „revolutionären“ Planungen gelungen. Dafür ist gerade die Stadt Amstetten ein Musterbeispiel, wobei auch die bürgerliche Geschäftswelt (und Gaststättenbesitzer) eine entscheidende Rolle spielten. Schon in der Vorbereitungsphase war es daher für die NS wichtig, abzuschätzen, auf wen man sich nach einer Machtübernahme verlassen konnte, d. h., wer von den alten Autoritäten, die in den Augen der Bevölkerung verankert waren und deren Meinung und Verhalten in autoritären Sozialisationsfeldern als richtungsweisend und Legitimation für Geschehenes angesehen wurden, die Veränderungen unterstützte und bejahte.

Es kann auf lokaler Ebene nachgewiesen werden, dass die „illegalen“ NS auch in diese Richtung gute Vorbereitungsarbeit leisteten. Wiederum kam ihnen die deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Ausrichtung in weiten Bevölkerungskreisen sehr entgegen. Der österreichischen Regierung wurde das vermittelte Deutschtum weniger geglaubt, und wenn, dann wurde ihr die realpolitische Umsetzung nicht zugetraut bzw. ihr Lavieren zwischen den Fronten nicht als ehrlich abgenommen. Das politische Bekenntnis zu einem freien, d. h. staatsrechtlich autonomen Österreich schien auf unsicherem Boden zu stehen. Vor dem letzten Schritt aber, sich Hitler-Deutschland anzuschließen, schreckte eine anzunehmende Mehrheit zurück bzw. war von sich aus nicht bereit. Diese labile Situation wollte Schuschnigg ausnützen, indem er die mit seiner überraschend angekündigten Volksabstimmung die Flucht nach vorne antrat. Diese eindeutige Bedrohung der Pläne Hitlers provozierte den Einmarsch der „Deutschen Wehrmacht“. Die von Hitler gewaltsame herbeigeführte militärische Lösung (ohne Widerstand vonseiten Österreichs) war der Endpunkt des seit Weltkriegsende bestehenden „Anschluss“problems.

Zunehmender Zuspruch

Es werden die amtlichen Urheber der Erlässe und Verordnungen, aber auch die beauftragen bzw. ausführenden Institutionen angeführt, um die Diskrepanz zwischen behördlichem Anspruch und Alltagsrealität aufzuzeigen. Diese lässt sich vor allem durch die Gegenüberstellung der Erlässe und Verordnungen der Bezirkshauptmannschaft Amstetten und der vielen Einzelfälle handelnder Personen, die ihre Vorgehensweisen aus ideologisch-politischen Gründen gegen die behördlichen Vorgaben ausrichteten, bestätigen. Ihre Taten geschahen immer in Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung und/oder einer dieser zuzuordnenden Institution wie einem Verein, wobei die wesentlichen Unterschiede der demokratischen Phase der Ersten Republik gegenüber der vom christlichsozialen/VF-Lager herbeigeführten autoritär-faschistischen Phase, besonders in der Behandlung der zwei verbotenen politischen Gegner (Sozialdemokraten und NS), eine Themenstellung sind.

Der Schwerpunkt liegt bei den agierenden NS. Detaillierte Aufzählungen von Einzelbeispielen mit Namensnennungen vermitteln ein anschauliches Bild der Alltagsszene, oft nur Momentaufnahmen, wo nicht nur der Einzelne und Minderheitsgruppen, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft mit den Aktionen der NS konfrontiert war und sah, wozu sie fähig waren. Deshalb sind auch die lokalen Treffpunkte der NS (besonders auch in der „illegalen“ Zeit), die jeder kannte, von Bedeutung. Neben den ideologischen Argumenten und der Gewöhnungsphase an ein autoritär-faschistisches System kam quer durch alle Gesellschaftskreise ein auffallendes Staunen, eine gewisse Bewunderung für die NS hinzu, die wagemutig, oft sogar dreist, draufgängerisch, glaubhaft Veränderung und

Wechsel bringend in den Augen vieler vertrauenerweckend zu agieren schienen. Die lange geschürten Erwartungen und Hoffnungen auf den Wandel wurden zuletzt noch überhöht durch die Inszenierung des „Führer“-auftritts und des „Anschluss“-ereignisses, worauf vor allem die spontan ausgebrochene, wenn auch nur kurz dauernde Massenhysterie und die euphorischen Jubelzustimmungen auch derer, die vorher noch Schuschnigg zugejubelt hatten, zurückzuführen waren.

Gerade das subjektive Erleben des Einzelnen, das oft sehr gut dokumentiert ist, bringt Licht in die jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Daher sollen oft wörtlich gebrachte Aussagen den Alltag erhellen, auch um die Authentizität zu wahren. Gerade die zwischenmenschlichen Kontakte, die entsprechende Kommunikation und die Beziehungen untereinander erhellten die zunehmende Anfälligkeit weiter Kreise für den Nationalsozialismus, den es eigentlich gemäß Regierungskonzept abzuwehren galt. Dieser sich ständig erweiternde Kreis derjenigen, die dieser Ideologie zusprachen, das zunehmende Wählerpotential quer durch alle Gesellschafts- bzw. Berufsgruppen, die neuen Parteimitglieder, die Sympathisanten können aus zahlreichen vorliegenden Listen durch die Jahre hindurch-auch namentlich-verfolgt werden, vom deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Aspiranten bis zum Parteimitglied und/oder Gliederungsangehörigen der NS-Partei. Dazu kommen auch Beispiele aus dem christlichsozialen und sozialdemokratischen Lager. Letztlich kann durch einen Vergleich von Namensnennungen vor und nach dem „Anschluss“ dieser Weg der Zugehörigkeit auch über die Verbotszeit exakt nachvollzogen werden. Der jeweilige Stand der „illegalen“ NS, deren Zugehörigkeit zu einzelnen Ortsgemeinden bzw. bereits bestehenden „Ortsgruppen“ und „Stützpunkten“ des politischen Bezirks Amstetten sind vor allem aus den vorgefundenen Listen zu ersehen, die aus verschiedenen Gründen wie Verhaftungen, „Geisel“-nahmen („Geiseln“ als potenziell Zahlungskräfte für den Kostenersatz für Terrorakte und „Anhaltungen“ und als Abschreckung) und Überwachungsmaßnahmen in behördlichen Institutionen amtlicherseits zusammengestellt wurden. Es wurde immer auch anhand der vorliegenden Daten eine Zuordnung nach Alters- und Berufsgruppen durchgeführt, um die jeweilige daraus ableitbare Motivation zur Entscheidung für den Nationalsozialismus besser verstehen zu können. Außerdem soll sie als eine Ergänzung zur umfassenden Untersuchung der „Sozialen Basis“ gesehen werden.

Österreich und die Reichsdeutsche

Eine gewisse „Blindheit“ bzw. Nichtzurkenntnisnahme der eigentlichen Absichten Hitlers ist aber bereits bei den österreichischen NS, besonders in der „illegalen“ Zeit, festzustellen. Für die Mehrheit der Planungen und Vorgehensweisen der österreichischen NS gab es reichsdeutsche Anweisungen,

besonders nach der Ermordung Bundeskanzlers Dollfuß und dem Neustart der NS-„Bewegung“, ganz offensichtlich im Fall von zu erwartenden Verhaftungen, wo jeder Kontakt zum Deutschen Reich geleugnet werden musste. Dass damit von vornherein jede Selbständigkeit der österreichischen NS-„Bewegung“ unterhöhlt wurde, dass den österreichischen NS nichts zugetraut wurde, kam beinahe einer politischen Entmündigung gleich. Daraus resultierende politische Konsequenzen zeigten sich nicht nur im Konflikt der zwei österreichischen NS-Richtungen vor dem „Anschluss“ (Leopold- und Seyss-Inquart-Lager), sondern auch in der Behandlung der österreichischen NS nach dem „Anschluss“ durch die Reichsdeutschen aus dem „Altreich“. Voraussetzung war im Fall Amstettens die inszenierte Fassadengestaltung, die Stadtgemeinde als Bühne mit Fassadengestaltung, auf der nicht nur das Indoktrinationsprogramm gegenüber dem gewöhnlichen „Volksgenossen“/„Volksgenossin“ ablaufen sollte, sondern auch, möglichst hinter den Kulissen, Spannungen und Konflikte um Machteinfluss zwischen einheimischen und „Altreich“-Führern abliefen. Die Eindeutschungsphase hatte schon lange vor der „Machtergreifung“ begonnen.

Das Spannungs- und Konfliktfeld von Anspruch und Wirklichkeit wird in der vorliegenden Arbeit von vier Betrachtungsebenen aus analysiert: die Handlungsebene des einfachen „Volksgenossen“/„Volksgenossin“, die aber ihr Untertanendasein nur wenig durchschauten bzw. eingestehen wollten, die reale Ebene des Geschehens selbst, zu der nur wenige Auserwählte Zugang hatten, wo die Entscheidungen der verschiedenen Führerfunktionäre fielen, die separate Realität des Medien- und Propagandaapparates, die für das perfekte Täuschungsmanöver verantwortlich war, und die monatliche Berichterstattung der Gendarmerie an das „Landratsamt“ über das jeweilige Geschehen im zu überwachenden Rayon, die der subjektiven Einschätzung der jeweiligen Situation entsprach und von verschiedenen Einflüssen abhängig war, aber im Kern einen glaubhaften Realitätsbezug hatte. Ergänzend dazu kommen noch die möglichst wörtlich wiedergegebenen Beschreibungen einzelner NS in der Registrierungsphase, in der Regel durch dieselben Gendarmeriebeamten, aber auch durch andere Personen, die sicherlich, wenn auch subjektive Eindrücke aus der Erinnerung vermittelt wurden, den Realitätsgehalt von Zuständen deutlich erkennen lassen und ein oft bedrückendes Geschehen ans Licht bringen. Ganz offensichtlich stützt sich die überwiegende Zahl der Berichte auf reale Erfahrungen der betroffenen Menschen in der jeweiligen Ortsgemeinde, wodurch eine gewisse Plausibilität und ein Mindestmaß an zutreffendem Wahrheitsgehalt gewahrt sind. Dazu trägt auch der Umstand bei, dass oftmals Tätigkeiten von NS von mehreren Augenzeugen übereinstimmend berichtet werden. Bei der Untersuchung von verschiedenen Sichtweisen entspricht es der Intention des Verfassers, das Regime in seinem Agieren auf kommunaler Ebene möglichst authentisch darzustellen, die handelnden oder beobachtenden Personen selbst sprechen zu lassen, um auf diese Weise zu erfahren, wie die selbst gesetzte Handlung oder die erlebte Situation die Erinnerung prägte. Deshalb wird auch in solchen Fällen die

nachträgliche Beschreibung möglichst im Originalwortlaut gebracht. Um die verschiedenen Handlungsebenen und auch ihr ideologisches Fundament möglichst einsichtig dazustellen, sind Verordnungen bzw. Erlässe der verschiedenen Apparate ebenfalls wörtlich wiedergegeben. Hier geht es auch darum, dadurch, dass der Selbstentlarvung des Regimes durch entsprechende Zitierungen der notwendige Raum gegeben wird, die Glaubwürdigkeit der Ausführungen zu unterstreichen. Nur durch die Einbeziehung der typischen sprachlichen Ausdrucksweise, wenn sie auch selbst nicht Gegenstand der Untersuchung ist, kann man sich ein umfassendes Bild eines derartigen Herrschaftssystems machen.

Maßnahmen der Herrschaftskonsolidierung

In der Phase der Herrschaftskonsolidierung nach dem „Anschluss“ galt es vor allem, die mentale Akzeptanz durch die „Volksgenossen“/„Volksgenossinnen“ mit Hilfe verschiedener Strategien zu gewinnen. Hier geht es vor allem um die Auswirkungen der breitgefächerten Propagandamaßnahmen, vorrangig um die „freiwillige“ Bereitschaft, sich in die „Volksgemeinschaft“ einzugliedern. Der Rahmen für das Funktionieren der „Volksgemeinschaft“ auf kommunaler Ebene war die historisch gewachsene Dorf-, Markt- und Stadtgemeinschaft, der unterste Bereich der Kontroll- und Überwachungstätigkeit eines Systems des Ineinandergreifens von Organisationen und Institutionen, welches nach dem Führerprinzip funktionierte.

Diese durchorganisierte Forum der Herrschaftskonsolidierung mit ihrem absoluten Identifikationsanspruch beruhte wesentlich auf dem ideologischen Fundament des Mythos von „Blut und Rasse“, der „Blutgemeinschaft“, die nach Schutz verlangte, wie die „Blutschutzgesetze“ und die Verpflichtung zur „Reinhaltung“ belegen. Alle, die aus Gründen, die von den NS definiert wurden, nicht in die „Volksgemeinschaft“ hineinpassten, wurden grundsätzlich ausgegrenzt, wenn nicht „ausgemerzt“: sowohl Menschen, denen entsprechend der NS-Rassenideologie oder als „lebensunwert“ eingestuft das Existenzrecht abgesprochen wurde, als auch alle nicht herrschaftskonform sich verhaltenden „Volksgenossen“/„Volksgenossinnen“ und sonstige als missliebig bzw. unerwünscht eingestufte Gesellschaftsgruppen.

Die „Volksgenossen“/„Volksgenossinnen“ wurden gemäß den vorgegebenen ideologischen Richtlinien in dieses Herrschaftssystem eingeordnet und für dessen Zwecke auf berechnende Weise funktionalisiert. Das Instrument dazu war die „Volksgemeinschaft“, deren funktionierender Bestandteil jeder zu sein hatte, wollte er sich nicht einer existentiellen Bedrohung letztlich durch den NS-Terrorapparat aussetzen. Rückmeldung war der adäquate und somit in blindem Gehorsam erfolgte Handlungsvollzug.

Funktionieren des Regimes

Eine selbsternannte Elite bestimmte mit ihrem Ausführungsinstrumentarium das Funktionieren des Einzelnen. Sie konnte unter Vorspiegelung und Vortäuschung einer Gemeinwohlerhaltung im Rahmen der „Volksgemeinschaft“ zu ihrem Nutzen und Vorteil agieren, indem sie an den ihre Vorrangstellung erhaltenden Strukturen und Ordnungsprinzipien festhielt bzw. diese weiter abzusichern versuchte. Dazu gehörten die Funktionäre auf den jeweiligen Machtebenen, die sich selbst als Privilegierte verstanden und somit erste Systemträger waren. Sie hatten für die Masse der Systemerhalter zu sorgen. Vor allem hing von ihnen das Funktionieren des Systems auf der untersten Ebene ab, wo der „Ortsgruppenstab“ eines lokal begrenzten Herrschaftsbereiches seine Verantwortung für die Herrschaftsausübung wahrzunehmen hatte. Führer der „Gliederungen und angeschlossenen Verbände“ und der wenigen noch weiterbestehenden Vereine hatten ebenfalls nach ihrer „Gleichschaltung“ die gleichen Aufgabenstellungen, damit der Totalitätsanspruch des Systems lückenlos war, damit das Netzwerk der Kontrolle, der „Erfassung“ möglichst engmaschig gestaltet werden konnte. Ergänzend fungierten die Instrumente der staatlichen Verwaltung wie die Führereliten der Ortsgemeinden und die gesamte Verwaltung des Staates und der Partei („Landrats“behörde und „Kreisleitung“).

Von Anfang an unterstützte ein maßgeblicher Teil der Österreicher das NS-Regime, und wer sich Widerstandstätigkeiten anschloss, konnte kaum mit der Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen. Auf das Denunzianten- und Spitzelwesen in der Bevölkerung konnten sich die NS verlassen. Der Zugriff von Staatsmacht und Partei hatte viele, die das Regime ablehnten, massiv unter Druck gesetzt und mit entsprechenden Methoden, letztlich durch Terror, eingeschüchtert. Der Herrschaftsapparat verlangte die gegenseitige Kontrolle durch permanente Bespitzelung. Dazu kam noch der permanent gesteigerte Verfolgungsdruck des Polizeiapparats. Der NS-Herrschaftsapparat legte ein dichtes Überwachungssystem über die Bevölkerung, mit dem er sein Unterdrückungssystem zur vollen Entfaltung und Wirksamkeit bringen konnte. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Herrschaftsumsetzung einschließlich der „Endlösung“ nur möglich war, weil zahlreiche gesellschaftliche Institutionen und Gruppen, unzählige Einzelpersonen, die auf den Schreibtischen Schicksale entschieden, eben ein ganzer Apparat, mitmachten, der in allen Bereichen von Verwaltung und lokaler Infrastruktur verhängnisvoll wirksam wurde.

Es dauerte einige Zeit von der ursprünglichen, anfangs eher noch echten, aber im Laufe der Zeit immer mehr unreflektiert akzeptierten, weil erzwungenen Zustimmung bis zum ersten Abrücken, zu einem Distanzieren, einer Ernüchterung, die sich in Unmutsäußerungen, Kritik, Verweigerung, Protest und Widerstand äußerte.

Das NS-System hatte in seinem Totalitätsanspruch für jeden Bereich, auch den kleinsten im menschlichen Lebensalltag, ein fertiges Modell der „Erfassung“ und Kontrolle, von der Beherrschung

des Einzelnen bis zum inszenierten Kollektiv einer Ortsgemeinschaft. Die Eingliederung des Einzelnen wurde durch permanente Druckausübung abgesichert, wozu auch die kontrollierte Teilnahme an Versammlungen im NS-Feierjahr und das Ergebnis von Sammlungen anlässlich des jährlich wiederkehrenden Winterhilfswerks als Parameter von Zustimmung und Ablehnung gehörten. Die Herrschaftsstruktur bestand in einem Ineinandergreifen von Parteiorganisation und Staatsstruktur, ein Netzwerk, das den Einzelnen in allen seinen Lebensäußerungen kontrollierte. Bis in den hintersten Winkel des Privatlebens sollte der Arm von Partei und Staatsbürokratie reichen. Die möglichste Engmaschigkeit dieses Systems, eines Koordinatensystems der permanenten Erfassung aller Lebensvollzüge, war konkretes Ziel des Zusammenwirkens von Propaganda und realer Maßnahmensetzung. Man sollte nicht mehr entkommen, die schaurige Vision einer total überwachten Gesellschaft schwebte über dem Einzelnen, mit den Methoden der Gesinnungsschnüffelei bis zur physischen Beseitigung sollte Nichtkonformen, Unwilligen, „Asozialen“, „Volksschädlingen“ von vornherein jedes Teilnahme- bzw. Lebensrecht abgesprochen werden. Wer sich nicht den vorgegebenen Normen einfügte, wurde der Aggression von anderen ausgesetzt, Verfolgungsmaßnahmen wurden gebilligt, wenigstens gleichgültig hingenommen. Die Vermittlung des Scheins, möglichst undurchdringlich, war der Kern dieses breitangelegten Täuschungsmanövers. Hinter die Kulissen durfte nicht geschaut werden. Dazu gehörten die versuchte Ästhetisierung der Politik, eine pseudoreligiöse Argumentationslinie und gezielt eingesetzte Visualisierungsmechanismen zwecks hermetischer Abschirmung. Dahinter arbeitete der institutionalisierte Terror, dafür sorgten auch entsprechende Verordnungen, der unmenschliche Strafvollzug, das „gesunde Volksempfinden“ als Kategorie der Rechtspflege, nachdem rechtsstaatliche Garantien abgebaut worden waren, und die notwendigen Polizeiinstanzen mit Gerichtskompetenz.

Einsicht und Durchsicht fehlten vielen. Man kannte nur die durch perfekte Propaganda vermittelte, suggerierte Realität. Eine zweifach erlebte Wirklichkeit bestimmte die Entscheidungen im NS-Alltag, die vermittelte Propagandarealität unterschied sich immer mehr von der eigentlichen Realität. An dem regional genau definierten Bereich des politischen Bezirks Amstetten und auch exemplarisch an der Kleinstadt Amstetten sollen die Dichte des Netzes unter Berücksichtigung topographischer Bedingungen, die Überlagerungen bzw. Überlappungen der Herrschaftsinstrumente von Partei und Staat, hinter denen die Zielsetzung möglicher Vereinheitlichung zwecks kontrollierender Machtausübung stand, aufgezeigt werden. Die Macht der NSDAP sollte flächendeckend im politischen Bezirk institutionalisiert, der Bürger zum reinen Befehlsempfänger der Partei degradiert werden.

Die Einflussnahme der hierfür ausersehenen Institutionen muss in ihrem Wirkungsgrad abgestuft gesehen werden. Dazu gehörten als staatliche Organe die neue Aufsichtsbehörde der

Ortsgemeinden, die nach preußischem Muster installierte „Kreiskommunalverwaltung“ im „Landratsamt“, die „Gleichschaltungs“maßnahmen im kommunalen Bereich der Ortsgemeinden (insgesamt 60 bzw. 61). Die Polizeiorganisation, die Gendarmeriereyone im politischen Bezirk (22 und 2 zusätzlich hinzugekommene: Neuhofen an der Ybbs 1942 und Haidershofen 1943), die „Schutzpolizeidienstabteilungen“ in Amstetten und Waidhofen an der Ybbs, die im Laufe des Kriegs zusätzlich requirierten Polizeikräfte der Stadtwacht im urbanen Bereich, der Landwacht im ländlichen Bereich aufgrund der Kriegshilfsdienstverordnung, außerdem so manche „Volkssturm“einheiten und die dem „Volksgenossen“/„Volksgenossin“ meistens unbekannten Gestapostellen, verstreut im politischen Bezirk, hatten besonders als Aushorch-, Beobachtungs- und Kontrollinstanzen, ein flächendeckender Überwachungsapparat, nicht nur ein effizientes Abschreckungsszenario aufgebaut, sondern auch entsprechende Funktionen der Verfolgung, in der Regel mit abschließender Verhaftung, ausgeübt. Nicht zu vergessen sind die Gemeindeärzte, vielfach eingeschriebene „Parteigenossen“, in vielen Ortsgemeinden, die ebenfalls eine wichtige Rolle in diesem Überwachungssystem spielten.

Dieses Kontrollsystem des staatlichen Bereichs wurde von den in der Regel alles dominierenden Parteiinstanzen überlagert, manchmal auch in einer gewissen Konkurrenzsituation. So fungierte als Zentralstelle im „Landkreis“ die „Kreisleitung“, ihr untergeordnet waren – auf den gesamten politischen Bezirk verteilt – die 40, zuletzt 42 NSDAP-„Ortsgruppen“, die vom Konzept her möglichst nicht nur die existierenden Ortsgemeinden mit Grenzberichtigungen (Eingemeindungen zwecks Vereinheitlichung bzw. Gleichsetzung von „Ortsgruppe“ und entstandener Großgemeinde), sondern auch die Pfarren abdecken sollten. Zur Organisationsstruktur der „Ortsgruppen“ gehörten die strategisch überlegt, aber auch machtpolitisch zugeteilten „Zellen“ und „Blöcke“. Es sollte eine möglichst große Organisationsdichte erreicht werden. Dazu kamen die parallele Organisationsstruktur der NSF-„Ortsgruppen“, die Organisationsformen der „Gliederungen und angeschlossenen Verbände“, vor allem der bezirksumfassenden NSV, die sehr starken Druck ausüben und Abhängigkeiten schaffen konnte, die besonders engmaschige angelegte Organisationsstruktur des DAF-Imperiums mit ihren „Ortswaltungen“ und der untersten Instanz der „Blockwarte“, besonders auch mit ihrer effizient agierenden Unterorganisation der „NSG, „KdF“, und sonstige NS-Interessensvertretungen wie der NSLB etc. Das regionale Überwachungsnetz komplettierte besonders im ländlichen Bereich die Organisation der „Ortsbauernschaften“ mit dem oft sehr einflussreichen „Ortsbauernführer“, der ab 1943 auch in einer neuen kriegsbedingten Organisationsform, dem „Ortsdreieck“, vertreten war, wo gemeinsam mit dem „Ortsgruppenleiter“ und dem Bürgermeister zur Bewältigung kriegswirtschaftlicher Anforderungen, auch in der verschärften Überwachung der „Volksgenossen“/„Volksgenossinnen“, enger und effizienter zusammengearbeitet werden sollte. Die einzelnen „Ortsgruppenstäbe“ waren durchorganisiert, die

Stäbe selbst personell mit verlässlichen Parteimitgliedern besetzt, jedenfalls bis zum jeweiligen „Zellenleiter“, meist auch bis zum „Blockleiter“.

Die Vereinheitlichung der Herrschaftsstrukturen an der Basis war eine nachweisbare Zielsetzung, die eine möglichst wirksame Realisierung des NS-Herrschaftsanspruchs beinhaltete. Diese Vorstellungen konnten aber nur – kriegsbedingt – in Ansätzen verwirklicht werden. Man muss sicherlich die topographischen Gegebenheiten berücksichtigen, die regional unterschiedliche Bevölkerungsdichte, die unterschiedliche Besiedlungsstruktur im Flachland und im Bergland, wenn man Erfolg oder Scheitern der Herrschaftsrealisierung, wenn man die Möglichkeiten von Protest, Verweigerung und Widerstand untersuchen will.

Nachweislich war es aber auch der einzelne Mensch, der für die gegenseitige Bespitzelung, für das funktionierende Denunziantentum verantwortlich war. Die Motive, systemkonform zu funktionieren, waren mannigfaltig.

Für und Wider das Regime

Es muss – so belegen es untrüglich die Quellen – jedem, vom Mitläufer bis zum aktiven Funktionär, bewusst gewesen sein, dass er ein Unrechtssystem mitträgt. Die Frage, an der Verwirklichung einer menschenverachtenden Ideologie mitgetan, aber die Konsequenzen nicht abgesehen bzw. gewollt zu haben, stellt sich in vielen Fällen. Dabei ist, wie schon erwähnt, für eine bestimmte Handlungsebene immer zu berücksichtigen, dass das System bis zuletzt alles unternahm, um Information für eine Veränderung der Einstellungen, die eine entscheidende Wandlung herbeiführen hätte können, mit letzter Konsequenz abzuschirmen.

Wenn es auf Täter-, Mittäter-, Mitläufer- und Sympathisantenseite um die persönliche Auseinandersetzung und Aufarbeitung, um die Enttabuisierung und somit die befreiende Lösung eines möglichen persönlichen Konflikts geht, ist dies sicherlich eine Frage der Bereitschaft aufgrund von Charakterreife jedes Einzelnen, letztlich eine Frage des Gewissens. Vertreter dieser Generation sind aber in der Mehrzahl der Fälle bereits verstorben. Um diese Auseinandersetzung auch für die nachfolgenden Generationen der betroffenen Familien zu erleichtern, soll durch die vorliegende Arbeit eine Hilfestellung zur persönlichen Information und Orientierung geboten werden. Auch aus diesem Grund hat sich der Verfasser auch entschlossen, die handelnden Personen namentlich zu erwähnen.

Mit Dauer des NS-Regimes beeinflusste immer mehr die ernüchternde Erfahrung über das Regime das Verhalten der Menschen, der Prozess einer zuerst nur zaghaften Österreichwerdung („Ausdeutschung“) war in Gang gekommen, indem man die schrittweise Selbstentlarvung des NS-Regimes aufgrund der direkt erlebten Kriegsfolgen, weniger angesichts eines laufenden Genozids,

miterlebte. Die „innere Front“, die immer in engem Kontakt mit der kämpfenden Front war, für die, wie auf lokaler Ebene deutlich zu beobachten ist, der Einsatz immer fordernder und schwerer erträglich wurde, erlebte eine einschneidende Zäsur: Ein entscheidender und nachhaltiger Bruch in dem bisherigen unreflektierten mentalen Kontinuum der wenn auch differenzierten Zustimmung und Akzeptanz lässt sich mit dem Überfall auf die Sowjetunion und dem Beginn des Vernichtungskrieges am dem 22. Juni 1941 feststellen, wenn auch oft aus rein persönlichen und materiellen, weniger aus ideologischen Gründen. Jedenfalls entfernte man sich von der Zugehörigkeit zur deutsch-„völkischen“ bzw. nationalsozialistischen Ideologie des Großdeutschen Reiches. An aussagekräftigen Parametern lassen sich Reaktionen der „Volksgenossen“/„Volksgenossinnen“, die sich trotz verschärfter Kontrolle und Überwachung der verordneten „Volksgemeinschaft“ immer mehr entzogen, nachvollziehen: Die berichtenden Polizeikräfte mussten zunehmende Kritik (Gerüchteverbreitung, vernehmbares Murren, Äußerungen mit vorgehaltener Hand etc.) an den prekären Verhältnissen, an den Alltag belastenden Erschwernissen, besonders der Mangelbewirtschaftung in vielen lebensnahen Bereichen, den vermehrt erfolgenden Einrückungen und der potenziellen Bedrohung durch Luftangriffe, aber auch Verweigerung, Protest und Zuwiderhandeln beobachten. Man besann sich in dieser offensichtlich persönlichen Krise im eigenen Selbstverständnis – auch aus einer gewissen Hilf- und Orientierungslosigkeit – in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung wieder auf das vorher so schwach internalisierte „Österreichertum“, sicherlich situationsbezogen aus emanzipatorischen Gründen, gegen das NS-Regime, aber noch weit entfernt von einem österreichischen Nationalgefühl. Die Identifikation mit der deutschen Kulturnation blieb aber über das Kriegsende hinaus weiter in breiten Kreisen tief verwurzelt, wie spätere Erhebungen bestätigen. Trotz der immer deutlicher sichtbar werdenden Zeichen des Zusammenbruchs gab es noch viele, die weiter mitmachten, vor denen man Angst haben musste. Die permanente Unsicherheit, die die Angst vor dem fanatischen Anhänger, aber oft auch unbekannten Mitläufer erzeugte, blieb bestehen.

Im Alltag, an der Basis, wo jeder jeden kennt, im Dorf, in der Marktgemeinde, in der Kleinstadt gab es wenig zu verheimlichen: Man wusste voneinander, es gab menschliche Konfliktfelder, Beziehungen, hautnahes Erleben. Angst und Opportunismus, vorseilender Gehorsam waren schwer zu verbergen.

Wenn man ideologische Vorgaben, Methoden und Instrumente dieses Herrschaftssystems rechtzeitig durchschaut und mit stringenter Konsequenz sich ergebende, bald auch absehbare Folgen bereits vom Ansatz her ernst genommen und reflektiert hätte, hätte ideologisch definierter Idealismus als Handlungsmotiv spätestens nach den ersten Terrorakten nicht mehr Platz greifen dürfen, außer man verschloss die Augen davor, oder der Terror war eine der akzeptierten Methoden zur Durchsetzung politischer Programme.

Der Erfolgswang der ersten Phase des Aufbaues des Regimes – notwendigerweise gegenüber den vorangegangenen Systemen, in der Umbruchsphase als Rechtfertigung für die vorher betriebene Kritik und die hochtrabenden Versprechungen, bestimmte die inszenierten Kampagnen dieser Zeit. Die Bevölkerung war subtil, aber konsequent auf den ideologiebedingt und durch entsprechende Maßnahmen vorprogrammierten Krieg vorzubereiten. Berechnend wurden Begehrlichkeiten geweckt, besonders wenn in der NS-Propaganda die Leistungsbereitschaft, zuletzt die Opferwilligkeit angesprochen wurde: Man war zum Einsatz bereit, wenn nur irgendeine Form der Belohnung in Aussicht gestellt wurde, auch wenn nur ehrenhalber der Name in der Lokalpresse erwähnt wurde. Wenn es Erfolgsmeldungen gab, egal ob vorgetäuscht und propagandistisch aufgebläht oder einer tatsächlichen Realität entsprechend, wenn die entsprechende Leistungsbereitschaft, der Leistungswille zum Erfolg geführt hatten, auch wenn nur einige Socken in einer NSF-„Ortsgruppe“ für die Front gestopft wurden, gab es dafür Anerkennung und Belohnung. Oft fehlte der Titel „Helden“ nicht.

Wenn bisher unbefriedigten existenziellen Bedürfnissen rasch entsprochen wurde, wie z. B. dem Problem der Arbeitslosigkeit, wenn gleichzeitig versucht wurde, den Zufriedengestellten auch über die Medien zwecks Kenntnisaufnahme durch die Öffentlichkeit eine Art von Schuld- und Dankbarkeitsgefühl zu suggerieren, um sie weiter problemlos einsetzen und deren Leistungskraft besser ausnutzen zu können, dann fühlte sich das Regime bestätigt. Verunsicherung und sogar Ängste traten auf, wenn dies in bestimmten lokalen Bereichen nicht gelang, wenn Gleichgültigkeit, Verweigerung, Protest und Ablehnung vorherrschten. Entsprechende Kampagnen – wahre Propagandafeldzüge setzten besonders seit der Kriegszeit ein, um die Bereitschaft der inneren Front für die Kriegsziele zu sichern. Mit zunehmender Kriegsdauer fiel dies immer schwieriger, weshalb in den Lokalmedien in stereotypen Wiederholungen „Opferbereitschaft“ und „ungebrochener Leistungswille“ für den „Endsieg“ suggeriert wurden. Tatsächlich steckte ein brutaler Leistungsdruck dahinter, die totale Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die nur mehr unter permanent sich verschärfender Strafandrohung zu erreichen war.

Die Phase des Kriegs unterbrach die friedliche Herrschaftskonsolidierung, trug aber – anfangs wenigstens – zur Identifikation mit dem siegreichen Regime und somit ebenfalls zu einer Art Herrschaftssicherung bei. Die Dauer des Kriegszustands erhellt aber andererseits das immer deutlicher sich abzeichnende Scheitern, wenn es auch durch den Propagandaapparat vor der Bevölkerung abgeschirmt werden sollte. Für eine langdauernde Kriegssituation war das Regime in keiner Weise gerüstet. Der „Endsieg“ musste letztlich suggeriert werden. Falls er nicht möglich war,

sollte, wie bekannt ist, das gesamte Volk untergehen, wenn es nach den Intentionen des „Führers“ gegangen wäre.⁶

Auswirkungen der Kriegssituation

Folgende Fragestellung für einzelne Untersuchungen drängt sich auf: Wie lange konnte diese Art der Herrschaftsausübung unter den zunehmenden Belastungen einer vorher nicht in ihren letzten Konsequenzen eingeschätzten Kriegssituation durchgehalten werden? Wie lassen sich

Veränderungen im jeweiligen Bewusstseinszustand der Bevölkerung nachweisen?

Der Übergang zu einer gestrafft durchorganisierten Kriegswirtschaft nach dem sich abzeichnenden Fiasko 1942/43 in Stalingrad und vor allem die Erklärung des totalen Krieges anfangs 1944 führten zu einer umfassenden Umstrukturierung in allen Bereichen. Diese ist besonders am Beispiel der Kleinstadt Amstetten nachweisbar, z.B. in der zukunftsorientierten Ankündigungspolitik („Friedensplanungen“), im Kulturbetrieb, in der Verwaltung, in der Versorgungswirtschaft etc. Die kriegsbedingte Notlage führte paradoxerweise in manchen Bereichen – wenn man vom sich abzeichnenden Zusammenbruch der Endphase absieht – zu differenziertem Vorgehen der politisch Verantwortlichen. So gab es im Sinne eines notwendig gewordenen Delegationsprinzips in manchen Bereichen mehr Handlungsautonomie und letztlich zaghafte Ansätze zu einer Eigenverantwortung unter Negierung des Führerprinzips. Die Notlage führte zu einer Dezentralisierung in manchen Verwaltungsbereichen.

Hier muss man von der Überlegung ausgehen, wie weit überhaupt Autonomie im Verwaltungsbereich, wie sie von den NS mehrfach im Kommunalbereich propagiert wurde, real möglich oder ob diese Ankündigung nur eine propagandistische Täuschung war. Hier geht es neben der sogenannten „Kreisselbstverwaltung“ nach preußischem Muster auf der Ebene des politischen Bezirks, des „Landkreises“, auch um die Stellung einer Ortsgemeinde (wie der Stadt Amstetten) innerhalb des Gemeindeverbandes, um die Autonomie der politischen Entscheidungen. Kann sich eine starke Führerpersönlichkeit trotz der vorgegebenen systemimmanenten totalitären Strukturen im kommunalen Bereich zeitweise bzw. situationsbedingt durchsetzen?

⁶) Siehe dazu auch Das Ende des 'Führerstaates': Die Deutschen steigen aus: Norbert Frei, Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945 (München 2001) 269ff.

Auswirkungen der Rezeption der NS-Herrschaft: Erinnerungskultur und Forschung

Der Verfasser hatte zwei Gründe, um sich zur bewussten Namensnennung der handelnden Personen zu entschließen: In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begannen heftige Auseinandersetzungen innerhalb den Familien der Nachkommen der NS-Täter und NS-Mitläufer (bisher war wenig über die NS-Zeit gesprochen worden) und auch öffentliche Diskussionen, die vorerst bis zum ersten großen Gedenken im Rahmen einer einsetzenden österreichischen Erinnerungskultur 1995 andauerten. Deren Grundtenor war einerseits ein Hinterfragen der bisher offiziell kolportierten Opferrolle und eine kritische Öffnung gegenüber diesem Teil der österreichischen Geschichte, andererseits das Bestreben, die bisher gepflegte Haltung der Leugnung und Tabuisierung fortzusetzen. Gezielt formulierte, oft als „wissenschaftlich“ deklarierte „Gegendarstellungen“ und sogar versteckte Drohungen, sogar strafrechtlicher Natur (angeblich nicht eingehaltene Datenschutzgründe, „Ehrenbeleidigung“ oder Geschäftsstörung bei Betrieben) waren an der Tagesordnung, falls „falsche“ Daten veröffentlicht würden.

In der vorliegenden Regional- bzw. Lokalstudie sollen Erkenntnisse betreffend die Realisierung des Nationalsozialismus unter besonderer Berücksichtigung des unmittelbar beobachtbaren Handelns des Einzelnen im totalitären Machtgefüge und seines Stellenwerts im unmittelbaren Bezugsumfeld das bereits vorhandene gesicherte Wissen ergänzen und im möglichen Vergleich mit anderen Regionalstudien zu neuen Schlussfolgerungen anregen.

Vor allem sollen die Bestandsaufnahme der vielfältigen Wurzeln des Aufstiegs, aber auch die Darlegung der Gründe für die Niederlage des Nationalsozialismus an der kommunalen Basis und die Analyse eines Herrschaftssystems an der Macht, das in seiner Entartung menschlichen Handelns wenig Vergleichbares aufweist, die Regional- bzw. Lokalstudie in der Ausarbeitung der entsprechenden Themen leiten.

Der Verfasser versteht seine Arbeit nicht nur als eine umfassende nach spezifischen Themen sich orientierende Darstellung des Nationalsozialismus im lokalen bzw. regionalen Bereich, sondern auch auch als eine Art Nachschlagwerk, in dem lokal- bzw. regionalhistorische Daten und Fakten, aber auch sehr persönliche Bezüge zu einzelnen Familien hergestellt werden, die in der von ihm behandelten Zeit im politischen Bezirk in irgendeiner Art und Weise eine Rolle gespielt haben, angeführt werden. Veranlasst und motiviert wurde er dazu durch ein seit den 1990er Jahren ständig zunehmendes Nachfragen der involvierten bzw. betroffenen Familien, besonders deren Nachkommen, derzeit der Enkelgeneration, die steigendes Interesse zeigt, etwas über die NS-Zugehörigkeit ihrer Familie zu erfahren, weil ihre Großeltern in der Regel einen Mantel des Schweigens über diese selbst erlebte Zeit bis zu ihrem Tod legten. Diese Tatsache war ebenfalls ein Grund, weshalb viele Personen namentlich genannt wurden. Auch sieht er keinen Anlass, in einem

nach objektiv-wissenschaftlichen Kriterien verfassten Werk Personen der Täterkreise nicht namentlich zu nennen und ihre biographischen Daten bzw. Karriereschritte und ihr in erhaltenen Erhebungsbögen beschriebenes Verhalten, das den erhebenden Beamten (im Rahmen der Registrierung zur „Entnazifizierung“) in vielen Zeugenaussagen geschildert wurde, anzuführen. Im Gegenteil, im Sinne einer gleichwertigen Behandlung und somit gerechten Ausgewogenheit in der Beschreibung von Opfer- und Tätergruppe sah sich der Verfasser dazu verpflichtet, gemäß dem Anspruch auf Vollständigkeit alle ihm zur Verfügung stehenden Daten zu bringen. Außer der historisch-objektiven Darstellung ist vom Rechtsstandpunkt gesehen auch nach dem Tod eines NS-Täters, den die Quellen als solchen ausweisen, der aber strafrechtlich nicht belangt wurde, die Unschuldsvermutung zu berücksichtigen.

In der historiografischen Zuordnung ist nach mehr als einem halben Jahrhundert Distanz die Gleichwertigkeit dieser Phase der österreichischen Geschichte mit anderen Phasen nicht nur zu postulieren, sondern auch zu realisieren. Vorausgesetzt wird, dass gerade Österreich allein schon aus moralischen Gründen sich dazu verpflichtet sehen und dass sich niemand aus den Kreisen der Nachkommen in irgendeiner Form in seinem wenn auch oft sehr persönlichen Bezug negativ betroffen wähnen muss, sondern vielmehr jeder sich in der bewussten aufklärenden Auseinandersetzung nur Gewinn für sein persönliches Selbstverständnis hinsichtlich seiner Vorfahren verschaffen kann.

Die in zwei Hauptteilen vorliegende Publikation mit dem Thema „Der Nationalsozialismus im politischen Bezirk Amstetten unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Amstetten“ umfasst einen ersten Teil in drei Bänden mit entsprechender inhaltlicher Zuordnung der Vorgeschichte zum zweiten Teil, und einen zweiten Teil mit sieben Bänden, die die NS-Herrschaft vor allem in der Kleinstadt Amstetten unter verschiedenen Aspekten behandeln. Beide Teile nehmen immer wieder aufeinander Bezug, um dadurch die umfassende Darstellung dieses komplexen Themas auch in ihren Bezugslinien zu ermöglichen. Vor allem der Hauptteil „Der Nationalsozialismus an der Macht“ wird die Kontinuitätslinie, beginnend in der Vor- bzw. Aufbauphase, vor allem in personeller, aber auch in organisatorischer und planerischer Hinsicht, auch was die Einhaltung der propagierten großen Versprechungen betrifft, die nur ein Ziel hatten, nämlich die Basis durch verschiedene Methoden ins Massenhafte („Volksgemeinschaft“) zu steigern, aufzeigen.

Die sieben Bände des zweiten Teils werden von drei großen thematischen Schwerpunkten überlagert: erstens die aktive Trägergruppe bzw. Tätergruppe, die „Gleichschaltung“ und die „Ortsgruppen“ im politischen Bezirk und in der Stadt Amstetten, zweitens die NS-Modell-Kleinstadt Amstetten, drittens die Phase des Niedergangs (auch Widerstand, Protest, Verweigerung, nichtkonformes Verhalten und die NS-Gegenmaßnahmen) und die Katastrophe, die die NS-Herrschaft zu verantworten hatte, wobei auch die sogenannte „Entnazifizierung“ behandelt wird.

Im zweiten Teil werden die gesamte Bibliographie, das vollständige Abkürzungsverzeichnis und der Bildnachweis angeführt.

Ausgewählte Fotos sollen in beiden Teilen nicht nur die sich entwickelnde NS-Trägerschicht vor allem aus dem gewerblichen Mittelstand und ihre Organisationsformen aufzeigen (einzelne Personen und Personengruppen, auch Vereine), die das lokale Geschehen beeinflussten, die notwendige topographische Orientierung durch Anführung besonderer Lokalitäten in der Stadt Amstetten erleichtern und auch den historischen Wandel, z.B. von Ideologien an entsprechenden Symbolen, dokumentieren, sondern generell sowohl ereignisgeschichtliche als auch überregionale personelle Bezüge verbildlichen und somit entscheidende Aspekte des Umfelds visualisieren.⁷

⁷) Dazu auch F. Martin Polaschek, Rechtliche Fragen im Umgang mit Gerichtsakten als historischer Quelle. In: Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha (Hrsg.), Keine Abrechnung. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945 (Leipzig, Wien 1998) 285 ff; Rudolf Jerabek, Justizakten im Österreichischen Staatsarchiv, Archiv der Republik. In: Ebenda, 306 ff.

1. Die Situation am Anfang der Ersten Republik im politischen Bezirk und in der Stadt Amstetten

1.1. Neubeginn der politischen Arbeit

Politisch prägend ist für die Umbruchs- bzw. Übergangszeit ein kurzzeitiges politisches Vakuum, das auf kommunaler Ebene sowohl zum Experiment des basisorientierten Rätessystems in differenzierten Formen als politische Organisationsform anregte als auch die Fortführung der bisher wenn auch nur beschränkt ausgereiften repräsentativen Demokratie auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts förderte. Da die Weiterführung der Monarchie in den politischen Gruppierungen undenkbar war (mit Ausnahme eines Teils der Christlichsozialen), das Rätessystem nach einer Art Probephase im Wesentlichen keine Anhänger fand, blieb nur die parlamentarische Demokratie als allein konsensfähig übrig.

Für die politische Auseinandersetzung auf der kommunalen Ebene besonders wichtig waren die Abhaltung von sogenannten „Freien Volksversammlungen“, parteiübergreifende politische Versammlungen unter Anwesenheit aller politischen Gegner, die Parteigrenzen überschreitende damalige intensive Feier- und Festkultur in der Stadt mit der entsprechenden Infrastruktur (Gasthäuser, Gastgärten, Säle, Musikensembles, besonders die Eisenbahnerkapelle bzw. Bundesbahn-Musikkapelle) und Vereine verschiedener Art mit ihren Großveranstaltungen. Die Aufbauarbeit konnte deshalb funktionieren, weil damals die parteiübergreifende Zusammenarbeit funktionierte, zwischen Funktionären, die sich seit der Monarchie gut kannten und als „Honoratioren“ respektierten, ständig zu bestimmten Gelegenheiten trafen und miteinander relativ friktionsfrei kommunizieren konnten.



Einer der schönsten Säle Amstettens war der Saal des Hotels Ripka (später Brunner, dann Ita, 1972 wurde das Gebäude abgerissen), Veranstaltungen verschiedener Art fanden hier vor und nach dem Weltkrieg, ein zentrales Kommunikationsforum. (Bild 1)

Es kristallisierte sich in der Folge ein Zweilagersystem heraus: ein bürgerliches (christlichsozial und deutschnational mit sich entwickelnden Differenzierungen vor allem auf deutsch-„völkischer“ Seite) und ein sozialdemokratisches, mit zunehmender Konfrontation. Die seit den letzten Jahrzehnten der Monarchie vorgegebene politische Kontinuitätslinie eines schrittweisen Demokratisierungsprozesses (mit Einschränkungen, Unterbrechung durch den Ersten Weltkrieg) hielten mehr oder weniger bis zur entscheidenden Zäsur, dem Bruch der demokratisch legitimierten Herrschaft: der Regierungsdiktatur des VF-Regimes unter Dollfuß und Schuschnigg, der die zweite noch gravierendere Zäsur folgte: die NS-Herrschaft, basierend auf faschistischer Ideologie.¹



Folgeschwere Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung gegen Ende des Weltkriegs.
(Bild 1A)

¹ Potenzielle Revolutionsgefahr bestand aufgrund der Missstimmung und dauernden Proteste der Bevölkerung, besonders der unteren Gesellschaftsschichten, aufgrund der ständigen Herabsetzung der Zuteilungsquoten von Grundnahrungsmitteln wie besonders Milch, Mehl, Fleisch, Beschlagnahmungen von Ernten (Kartoffel), nachlesbar im „AW“ besonders während der Jahre 1917 und 1918, Entrüstung wegen der vorhandenen Vorräte für die begüterten Teil der Einwohnerschaft, wodurch es zum Amstettner „Beinahe-Fenstersturz“ am 4. Jänner 1919 kam (s. II.18.11.9.3), Erstürmung der Bezirkshauptmannschaft und Plünderungen des „Beamtenkonsums“, aufgrund des überraschenden Zusammenbruchs des Harter Kriegsgefangenenlagers (russische Kriegsgefangene) und der nachfolgenden Plünderung des gesamten Vorrats durch Angehörige aller Amstettner Gesellschaftsschichten (AZ 45 10.11.1918, S. 4), aufgrund von Plünderungen auf dem Bahnhof durch Kriegsrückkehrer, auch in Zusammenarbeit mit Amstettnern am 5. Jänner 1919 (AZ 45 10.11.198, S. 4), aufgrund zunehmender Unruhe und steigender Ängste durch große Zahl der Diebstähle (ebenfalls nachzulesen in der AW und AZ für die Jahre 1918 und 1919), Unruhe auch wegen der grassierenden Spanischen Grippe, die in Amstetten ebenfalls ihre Opfer forderte. Zur potenziellen Revolutionsgefahr in Amstetten s. maschinschriftliche Ausführungen, 24. Mai 2018 (Vortrag zum Thema „Amstetten 2018. Demokratische Revolution in der Kleinstadt? Rathausaal Amstetten), Sammlung Ziskovsky; zu den revolutionären Einflüssen von außen s. Holzer Anton (Hrsg.), Krieg nach dem Krieg. Revolution und Umbruch 1918/19, Darmstadt 2017, passim.

Die Neuformierung der politischen Lager am Beginn der Ersten Republik, als sich die alten politischen Kräfte aus der Zeit der ausgehenden Monarchie konsolidierten, zeigte Kontinuitäten in den parteipolitischen Grundtendenzen. Dazu kamen Parteineugründungen, die meist extreme Fraktionierungen bzw. Abspaltungen von den bestehenden Massenparteien vor allem auf „völkischer“ Grundlage am rechten Rand, nach marxistisch-revolutionärem Vorbild am linken Rand. Die junge Republik stand im Frühjahr 1919 an einer entscheidenden Weggabelung: parlamentarische Demokratie oder Räterepublik, wie sie kurzzeitig in Bayern und Ungarn Bestand hatte. Da die erst neugegründete KPÖ (bzw. KPDÖ) vor allem in Wien und in den niederösterreichischen Industriegebieten verstärkten Zulauf hatte (vor allem Arbeitslose, Frontheimkehrer, Invalide, Wohnungsuchende sahen sich von ihr vertreten) und verstärkt neben ihren Aktivitäten in den Arbeiter- und Soldatenräten, bereits auch in Betriebszellen, den Druck der Straße einsetzte, versuchten die von Renner geführten Regierungen diesen durch eine entsprechende Sozialgesetzgebung wegzunehmen.² Die großen Parteilager spielten in der Anfangszeit die wegweisende Rolle, indem an der kommunalen Basis die politische Entscheidung aufgrund der unmittelbaren Experimentierstadien völlig offen blieb.

In einer kurzen Übergangszeit in der Gründungsphase der Republik versuchten die alten Kräfte der Sozialdemokratie, der Christlichsozialen und der Deutschnationalen sowohl mit dem Aufbau einer dem parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystem, dem demokratischen Parteienstaat, entsprechenden Parteiorganisation als auch mit einem basisdemokratischen Modell, einem Räte-System mit unterschiedlichen Formen von Räteorganisationen, dem spontanen Streben der verschiedenen sozialen Schichten der Nachkriegsgesellschaft nach unmittelbarer Teilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten entgegenzukommen, was zu einer politischen Mobilisierung der Bevölkerung führte. Es spielte aber auch das unmittelbar notwendige Bestreben eine Rolle, möglichst schnell mit der letztgenannten Organisationsform die allgemein vorherrschende Notsituation in weiten Teilen der Bevölkerung in den Griff zu bekommen. Da das ursprüngliche Räte-Modell nicht parteiorientiert ausgerichtet war, muss bei den in Amstetten vorgefundenen Modellen von einem modifizierten System gesprochen werden. Die lokalen Räteorganisationen wurden von den drei großen politischen Lagern getragen. Parallel wurden am 21. und 30. Oktober 1918 die ersten Organe des parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystems ins Leben gerufen, die aus den alten Reichsratsabgeordneten bestehende „Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich“, die die vom Sozialdemokraten Dr. Karl Renner ausgearbeitete „provisorische Verfassung“ annahm,

² Die ersten bemerkenswerten Ergebnisse im Amstettner Bezirk erreichte die KPÖ erst bei der Nationalratswahl im Herbst 1920, 69 Stimmen im Amstettner Bezirk (ohne die Stadt Amstetten, vor allem in den Industrieorten des Ybbstals) und 25 Stimmen in der Stadt Amstetten. S. Tabellen A01-A02.

einen „Staatsrat“ mit drei Präsidenten aus den Großparteien und die erste deutsch-österreichische Regierung unter Staatskanzler Karl Renner berief.

Während die Sozialdemokraten (und auch die Kommunisten) mit ihren Arbeiter- und Soldatenräten (in einzelnen Betrieben und in der „Volkswehr“) nach dem Vorbild der „Sowjets“ im revolutionären Russland eine neue Art der politischen Willensbildung, des Wahlmodus, der Beschlussfassung und Durchsetzung anstrebten, konnte diese Art rätendemokratischer Prinzipien, die auf „linker“ Seite eine zusätzliche ideologische Fundierung hatten, bei den Bürgerlichen auf wenig Gegenliebe stoßen, während sie diese Organisationsform als ein mögliches politisches Basisgremium eher ansprach. Die „Bürger- und Ständeräte“ der Christlichsozialen und Deutschnationalen, analog zur linken Rätebewegung errichtet, waren daher Organe der Selbstverwaltung auf der kommunalen und bezirklichen Ebene, die politische Strukturen in der Umbruchphase aufbauten, die nicht nur Kommunikations-, sondern auch Kontrollfunktion über aktuelle Stimmungslagen an der Basis hatten, sich vor allem aber wirtschaftlichen Aufgaben widmeten. Neben den „Arbeiterräten“ in den Fabriken wurden auch die in der am 2. November gegründeten „Volkswehr“, der damaligen republikanischen Wehrmacht, gewählten „Soldatenräte“ immer mehr zu Trägern der politischen Autorität, auf die die Sozialdemokratie großen Einfluss hatte. Für den politischen Bezirk Amstetten war vorerst das „Volkswehrbataillon Amstetten“ zuständig, zu dessen Aufgaben auch die Bewachung des am Gründungstag geplünderten russischen Kriegsgefangenenlagers Hart (bzw. was von ihm übrig blieb) gehörte. In der Stadt Amstetten war das Kommando der Kompanie zuerst in der Hutfabrik Ita, dann im Kloster der Schulschwestern untergebracht. Weitere Kompanien gab es in der Folge in Waidhofen a.d.Ybbs und in St. Valentin. Dass im Offizierskorps nicht nur Sozialdemokraten vertreten waren, beweist die Zugehörigkeit Majors Eduard Baar-Baarenfels, des späteren Heimwehrführers, Vizekanzlers und niederösterreichischen Landeshauptmannstellvertreters zum Amstettner Bataillon.³ Das langsame Verschwinden des Räteystems, das letztlich auf Wien zentriert blieb, ab dem Frühjahr 1920 hatte mehrere Ursachen: Grundsätzlich war der basisdemokratische Ansatz durch die Ereignisse in Russland schwer diskreditiert, als Lenin am 19. Jänner 1918 die demokratisch gewählte, nach dem „Sowjetsystem“ strukturierte Verfassunggebende Versammlung, mit der bewaffneten Gewalt der Bolschewiki auflösen ließ und damit die demokratische Struktur für immer beseitigte, negativen Einfluss hatten auch die kommunistischen Umsturzversuche (Räterepubliken) in Budapest und München. Die Sozialdemokratie hatte über ein Netz von Vertrauensmännern und die Soldatenräte Einfluss auf die „Volkswehr“, die aus der Sicht der Sozialdemokratie Gewähr für demokratisch-republikanische Zustände und Schutz gegen Restaurationsbestrebungen bieten sollte. Das Wehrgesetz vom 18. März 1920 löste die Soldatenräte in der zwischen März und November 1920 neu aufgestellten Armee (zuerst „Österreichische Wehrmacht“, ab 1. Jänner 1922 „Bundesheer“) auf,

³ Schweidler Friedrich, Amstetten-Garnisonsstadt. In: Amstettner Beiträge 1988, Amstetten 1988, S. 12-13.

bestehen blieben die „Vertrauensmänner“, in deren Rahmen die Sozialdemokraten bei Vertrauensmännerwahlen bis 1922 die überwiegende Mehrheit hatten. Am 13. April 1920 wurde die „Volkswehr“ aufgelöst. Hatten die Sozialdemokraten den republikanisch-demokratischen Charakter des Heeres forciert, wobei sie sich vor allem auf die niederen Chargen und Mannschaften verließen, so betrieben die Christlichsozialen, besonders Carl Vagoin und ein Großteil des Offizierskorps, das als elitäre Gruppe noch in der k.u.k. Tradition verhaftet war und die uneingeschränkte Kommandogewalt wieder innehatte, eine Umfärbung in Richtung „unpolitische“ Armee, was tatsächlich bedeutete, dass die Armee immer mehr ein verlässliches Instrument der politischen Rechten wurde. Treibende Kraft bei der Heeresreform und gegen den sozialdemokratischen „Militärverband“ war ab 1920 der lang amtierende christlichsoziale Heeresminister Carl Vagoin, der im Rahmen der politischen Säuberungen im Kampf gegen die sozialdemokratischen Vertrauensmänner ab 1922 die Unterstützung durch die christlichsozialen Gewerkschafter um Kunschak und Staud bekam. Diese Maßnahmen waren von Erfolg begleitet, die christlichsoziale Soldatengewerkschaft, der „Wehrbund“, erlangte bald beträchtlichen Einfluss auf Kosten der Sozialdemokraten. Die Errichtung von Interessensvertretungen der Arbeitnehmer im Rahmen der Sozialgesetzgebungspakete der Koalitionsregierungen zu Beginn der Ersten Republik machte die Arbeiterräte immer mehr bedeutungslos. Weitere Gründe der Abnahme des Einflusses des Räteystems waren die Konsolidierung der traditionellen Herrschaftsinstanzen, der Institutionen der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie, und die Wahrnehmung der Aufgaben der Räte durch neu geschaffene Institutionen wie die Betriebsräte und die Arbeiterkammern. Dazu gehörten das Betriebsrätegesetz vom Mai 1919 (für Betrieb ab 20 Beschäftigten) und die Einführung der Kammern für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammern) durch Beschluss der konstituierenden Nationalversammlung am 20. Februar 1920. Die sozialdemokratischen Arbeiterräte lösten sich endgültig in ganz Österreich am 31. Dezember 1924 auf, nachdem schon vorher die bürgerlichen Räteorganisationen systematisch verschwunden waren.⁴

⁴ Wenninger Florian, Dimensionen organisierter Gewalt. Zum militärhistorischen Forschungsstand über die österreichische Zwischenkriegszeit. In: Wenninger Florian, Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg – Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien Köln Weimar, 2013, S. 498-499; S. 530-534; Pellar Brigitte, Kampf um die Arbeiterschaft. Forschungsstand und offene Forschungsfelder zu Politik und Ideologie von Regierungslager und illegaler Opposition 1933-1938. In: Ebenda, S. 264 ff und S. 268-265; zum Linzer Programm 1923 s. ebenda, S. 262-262; zum Linzer Programm 1926 s. Kleindl, Chronik, a.a.O., S. 328; zu den Räten s. allgemein Hautmann Hans, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Wien 1987; Hautmann Hans, Räte Demokratie in Österreich 1918-1924. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1, Wien 1972.

In der Folge wird zwischen deutschnational und deutsch“-„völkisch“ unterschieden: Die Wurzeln dieser Begriffsunterscheidung liegen bereits in der Monarchie, wenn auch mit gewissen Modifikationen in der Ersten Republik. Seit der Niederlage von Königgrätz bildeten sich zwei Lager: ein deutschösterreichisches habsburgloyales und damals vorwiegend katholisches einerseits und ein deutschösterreichisches, „völkisches“ und propreußisches gemäß den radikalen Vorstellungen der „Alldeutschen“ Schönerers andererseits. Die

Hatten Sozialdemokraten und Christlichsoziale rasch ihre zentrale Parteiorganisation auf der Basis von „Aktionsprogrammen“ mit politischen Leitsätzen für Massenparteien aufgebaut, so dauerte es für das Sammelbecken der deutschliberalen, deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Kräfte (in der Umbruchphase vor allem „Deutsch-Freiheitliche“, „National-Freiheitliche“, „Deutsch-Völkische“), die noch am stärksten als Honoratiorenparteien organisiert waren, relativ lange, bis sie sich in der Großdeutschen Volkspartei (Gründungsparteitag in Salzburg vom 5.-7. September 1920) eine zentrale Organisationsform gegeben hatten. 17 deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Parteien schlossen sich beim ersten „Reichsparteitag“ in Salzburg zur Großdeutschen Volkspartei zusammen. Ihr Programm lautete, den „Moskauer Internationalismus“ der Marxisten und den „Römischen Internationalismus“ der Christlichsozialen gleichermaßen zu bekämpfen. Von der berufssozialen Zuordnung gesehen waren die Großdeutschen die Partei der Beamten, der Lehrer, besonders auch der Gewerbetreibenden und Kaufleute.⁵

Die Parteiprogramme der anderen zwei Großparteien folgten mit richtungsweisenden und polarisierenden ideologischen und politischen Inhalten einige Jahre später: das 1923 beschlossene „Linzer Programm der Christlichen Arbeiterbewegung“, das Linzer Parteiprogramm der Sozialdemokraten 1926. Die Großdeutsche Partei stellte sich trotz zahlreicher Fraktionierungen besonders auf dem rechten Flügel immer als eine grundsätzlich dem demokratischen Spektrum zuzuordnende Partei den jeweiligen Wahlen auf allen Ebenen. Bereits aus der Monarchie bestehende extreme „völkische“ Gruppierungen („Arierparagraph“, „Los-von-Rom-Bewegung“) wie die Schönerer-Bewegung und in der Folge weitere Separationen wie letztlich die Abspaltung des rechten Flügels und dessen Anschluss an die politisch viel aktiveren, wenn auch in sich vorerst noch gespaltenen österreichischen NS-Fraktionen, zu deren Vorfeldorganisationen die in den „sudetendeutschen“ Gebieten Deutschböhmens bzw. Deutschmährens aus einer Minderheitenposition stark gewordene „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) und als Nachfolgepartei die noch in der Monarchie (Mai 1918) gegründete DNSAP gehörten, und der geschlossene Übertritt der

Begeisterung für die germanische Welt- und Lebensanschauung erlebte ihren Kulminationspunkt in den Parolen „Los von Juda! Los von Rom!“. Das Deutschtum dieser direkt in den Nationalsozialismus führenden Richtung wurde nun zu einer Art Religion. In der Zwischenkriegszeit lassen sich diese beiden Richtungen in den 1920er und den beginnenden 1930er Jahren vor allem auf der lokalhistorischen Ebene immer wieder unterscheiden, sie existierten nebeneinander, so lange, bis sie beide in der NSDAP „Hitlerbewegung“ aufgingen. Die deutschnationale Richtung, mit gewissen Modifikationen gegenüber der Monarchie auf die Deutschliberalen bzw. Freisinnigen zurückgehend, hatte in Amstetten ihre Exponenten, wie z.B. den langjährigen Amstettner Bürgermeister Ludwig Resch (1924-1934). Eine exakte Trennung ist mehrheitlich schwer durchführbar, daher die Formulierung „deutschnational bzw. deutsch-„völkisch““.

⁵ Klösch Christian, Das „nationale“ Lager in Niederösterreich 1918-1938 und 1945-1996. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 569; s. S. 570 Tabelle: Berufliche Gliederung der Mitglieder der GDVP in Wien und Niederösterreich 1929.

deutschfaschistischen Heimwehr (allen voran die steirische Pfrimer-Gruppe) zur damals bereits gefestigten alleinigen NS-Gruppierung, der NSDAP „Hitlerbewegung“ am Anfang der 1930er Jahre, sollten letztlich zum sukzessiven Bedeutungsverlust des großdeutschen Lagers führen. Die ersten Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 und die Bildung der zweiten Regierung Renner am 15. März 1919, nachdem es am 14. März im Gesetz über die Volksvertretung und die Staatsverfassung geheißen hatte, dass die Nationalversammlung als höchstes Organ die oberste Gewalt in der Republik übernimmt, festigten das repräsentative parlamentarische System.

Im politischen Umfeld der DNSAP sollten in Amstetten „sudetendeutsche“ und aus anderen deutschen Sprachinseln (Amstetten betreffend besonders aus slowenischen Gebieten) der ehemaligen Monarchie Vertriebene bzw. Ausgewanderte – vor allem des bürgerlichen Lagers – vorerst ihre einzige „natürliche Heimat“ finden. Als die NS-Gruppierungen, gleichsam wegbereitende Vorfeldorganisationen der NS-Einheitsbewegung Adolf Hitlers, in der NSDAP „Hitlerbewegung“ aufgingen, fanden die ehemaligen „Sudetendeutschen“ und Angehörigen anderer Sprachinseln vorerst noch im großdeutschen Lager – besonders wegen ihres berufssozialen Status – ihren adäquaten politischen Rückhalt, sollten jedoch bald wechseln und eine entscheidende Führungsrolle in der aufstrebenden NSDAP „Hitlerbewegung“ übernehmen. Es waren aber immer Kontakte mit den NS-Parteien, deren soziale Basis in ihrer Anfangsphase ganz konträr zu diesen eher großbürgerlichen Zugewanderten zusammengesetzt war, in der Kleinstadt Amstetten nachzuweisen. Zu einem stärkeren Zusammenhalt des „nationalen“ Lagers trug anfangs auch ein übermächtiger politischer Gegner bei.



Bürgermeister Carl Kubasta (mit Bürgermeisterkette, 6. Mai 1903-30. November 1924), bei der Landesausstellung in Amstetten im September 1908, links von ihm Bezirkshauptmann Alfred Freiherr von Lederer, rechts Sparkassendirektor Ignaz Putz und Vizebürgermeister Johann Schreihofer. (Bild 1B)

Mit den vielfältigen Problemen der Krisen- und Notsituation nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie hatten sich Bürgermeister (seit 6. Mai 1903) und Direktor der Sparkasse Amstetten (seit 1908) Carl Kubasta und Bezirkshauptmann Dr. Moritz Willfort (seit 12. April 1918) auseinanderzusetzen. Vor allem waren es Versorgungsprobleme der Einwohnerschaft und der rückkehrenden Frontsoldaten, aber auch politische Probleme in einer Zeit des Umbruchs und Neubeginns. Es wurde nach neuen politischen Formen gesucht, die Einführung von Räten verschiedener Kategorien, teilweise nach russischem Vorbild, quer durch alle politischen Lager, parallel dazu der Aufbau eines parlamentarischen Repräsentativsystems beherrschten die politische Szene. Das sich immer stärker differenzierende politische Spektrum führte zu zahlreichen Vereinsgründungen bzw. zur Wiederbelebung alter Vereine.

Die DAP war ursprünglich als politische Vertretung der bereits bestehenden deutschnationalen Arbeiter- und Angestelltenvereine gedacht, welche gegen Ende der Monarchie (1904) in Trautenau in Böhmen („Sudetenland“) gegen den verstärkten Zustrom ungelernter tschechischer Arbeitskräfte gegründet worden war und vorerst nur auf das böhmische Industriegebiet beschränkt blieb. Ihre Nachfolgegründungen (mit unterschiedlichen Bezeichnungen) waren als einzelne Stadtortsgruppen, später auch schon als einzelne Ortsgruppen in den Marktgemeinden des politischen Bezirks Amstetten tätig, in denen sie die entsprechende soziale Basis vorfanden. Es war naheliegend, dass die erste im politischen Bezirk nachweisbare Ortsgruppe in der Stadt Amstetten, dem Eisenbahnknotenpunkt und Bezirksverwaltungszentrum, gegründet wurde, wo sie, in ihrer berufssozialen Zusammensetzung vor allem als Eisenbahnerortsgruppe entstanden, anfangs eng mit den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiter- und Angestelltenvereinen zusammenarbeitete. Diese ursprüngliche Eisenbahner-, Arbeiter- und Angestelltenfraktion des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers, die sich vorerst auch als solche in ihrem Selbstverständnis in der Öffentlichkeit präsentierte, wie aus Wahlanzeigen und -aufrufen zu den ersten demokratischen Wahlen zu ersehen ist, sollte in kurzer Zeit in der Amstettner NS-Ortsgruppe (genauso in der NS-Ortsgruppe der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs) der DNSAP ihr Rekrutierungsfeld erweitern, d. h. in die Schichten des damaligen bürgerlichen Mittelstands und auch des großdeutschen Besitz- und Bildungsbürgertums eindringen. Im gleichen Ausmaß büßte sie aber ihre starke Präsenz in ihrer ursprünglichen Zielgruppe ein, wobei aber gerade in Amstetten ihr Einfluss niemals verloren ging.⁶

⁶ Klaus-Dieter Mulley, Die NSDAP in Niederösterreich 1918-1938. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 33 (1989) Heft 3/4, 171.



Amstettener Ortsgruppe des „Reichsbunds deutscher Eisenbahner Österreichs“, Vereinsversammlung am Tag des Waffenstillstands, am 3. November 1918, Thema „Deutsch-Österreich“. (Bild 1C)

Treibende Kraft waren in der Gewerkschaftsbewegung die örtlichen Eisenbahner, die in allen politischen Lagern organisiert waren. Ihre Mehrheitsgruppe war in den Freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie, eine kleinere Gruppe bei den Christlichen und eine auffallend aktive Gruppe eine auffallend aktive Gruppe innerhalb der Deutschnationalen, die einen hypertrophen Nationalismus propagierte und wesentlich zur Gründung der DAP beitrug. Die Amstettener Ortsgruppe des „Reichsbunds deutscher Eisenbahner Österreichs“ hielt eine Vereinsversammlung am Tag des Waffenstillstands, am 3. November 1918, ab. Das Thema war „Deutsch-Österreich“, wobei damals weder zugehöriges Territorium noch Staats- und Regierungsform offiziell bekannt waren. Die DAP konnte auch in einigen Städten Niederösterreichs Einfluss bzw. AnhängerInnen gewinnen, bevor sie am letzten Reichsparteitag in Wien am 5. Mai 1918 ihren Namen in „Deutsche nationalsozialistische Arbeiter Partei“ (DNSAP) änderte. Der in Wiener Neustadt geborene Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl (1881-1955) übernahm den österreichischen Teil der DNSAP, nachdem sie durch den Zerfall der Monarchie von ihren Hochburgen in Böhmen abgeschnitten war. Als Leiter der „zwischenstaatlichen Kanzlei“ hatte er auch die Führung aller drei Schwesterparteien in der Tschechoslowakei, in Bayern und in Österreich inne. Vorher war aufgrund der Führungs- und Orientierungslosigkeit die St. Pöltner Ortsgruppe (unter Führung von Stephan Bugner) am 21. November 1921 zur Sozialdemokratie übergetreten, wodurch die DNSAP einen Teil der IndustriearbeiterInnen verlor. Es dominierten nun Staatsbeamte (Eisenbahner, Postbeamte) und die freien Berufe, wie dies auch die Amstettner Ortsgruppe belegt.⁷

⁷ Klösch „Nationales“ Lager, a.a.O., S. 577.

1.2. Umsturztag in Amstetten 1918-1919: Protest, Demonstration, Auflösungserscheinungen, revolutionsähnliche Vorfälle

Für die in der Monarchie herrschenden Gesellschaftsteile war es prioritäres Anliegen, die überkommene, unbewegliche, verknöcherte und verkrustete Gesellschaftsordnung, die zum Untergang wesentlich beigetragen hatte, an der Epochenwende 1918/1919 in das 20. Jahrhundert hinüberzubringen. Dieser Versuch einer politischen Kontinuität misslang mit der Installierung der demokratischen Republik. Gab es außer dem Bruch der demokratischen Revolution und ihren Auswirkungen auf der kommunalpolitischen Ebene ein revolutionäres Potenzial im klassischen Sinn in der Stadt? Was waren die Gradmesser der Unzufriedenheit der Bevölkerung? Es gab eine Vorgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg: Proteste der Industriearbeiter aus dem Ybbstal und der Stadt Amstetten: Die Gründe waren vor allem die arbeitsrechtliche Situation und politische Forderungen, vor allem das allgemeine, gleiche Wahlrecht. In zwei neuen Organisationsformen, die noch Experimentcharakter hatten, versuchte man sich politisch-organisatorisch wiederzufinden: im Rätssystem und im parlamentarischen Repräsentativsystem.

In Amstetten begannen Anfang November 1918 mit dem Zusammenbruch des Harter Kriegsgefangenenlagers Anzeichen des Zusammenbruchs der kommunalen Ordnung evident zu werden und erlebten Anfang Jänner 1919 ihren Höhepunkt, parallel zum revolutionären Geschehen in Deutschland, das Ende Oktober 1918 mit den Matrosenaufständen in Kiel und Wilhelmshaven begonnen hatte und in die Novemberrevolution 1918 führte.

Gleichzeitig waren auch in der österreichisch-ungarischen Monarchie bzw. der neuen Republik Deutsch-Österreich Reaktionen auf die durch den endgültigen Zusammenbruch hervorgerufene Krisen- und Notsituation festzustellen: Man bezog sich auf zwei Revolutionen 1918/1919: Auf die einzige bürgerlich-liberale Revolution vom März bis Oktober 1848 und auf die Verfassungsversuche 1848/1849 und auf die eben erst vollzogene russische Revolution vom Oktober bzw. November 1917 zwecks revolutionärer Orientierung: Es gab ein revolutionäres Programm der österreichischen Sozialdemokratie nach russischem Vorbild Anfang Jänner 1918, schrittweise trat in der Folge Mäßigung ein, der gemäßigte Flügel und Viktor Adler gewann die Oberhand.

Anzeichen eines revolutionären Sturms nahmen zu. In den Industriegebieten kam es zum großen Jännerstreik 1918. Flugblätter riefen auf, dem Beispiel der Oktoberrevolution in Russland zu folgen: „Schon das vierte Jahr liegen Millionen im Schmutz der Schützengräben, Millionen hungern und darben im Hinterland und gehen an Unterernährung und Tuberkulose zugrunde (...). In Rußland wird das Land unter das Volk aufgeteilt, Fabriken und Bergwerke gelangen in den Besitz der Allgemeinheit. Nur der russischen Revolution verdanken wir es, daß es zu Friedensverhandlungen gekommen ist (...)

Wählt Arbeiter- und Soldatenräte! Zum Kampf für den sofortigen allgemeinen Frieden! Zum Kampf für politische und soziale Freiheit! Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“⁸

Auf der in Cattaro stationierten Flotte brach bereits am 1. Februar 1918 eine Meuterei aus, ihre Anführer wurden verhaftet und am 3. Februar 1918 standrechtlich hingerichtet.

Die österreichische Staatsgründung vollzog sich als „demokratische Revolution“ in geordneten Bahnen, weshalb realiter besser von einem evolutionären Weg gesprochen werden sollte. Es gab aber gleichzeitige temporäre revolutionäre Phänomene, wie die Rätebewegung und die Demonstrationen mit Protest- und Aufstandscharakter zeigen. Der Grad der Zustimmung oder Ablehnung der Bevölkerung sind als Parameter für den revolutionären oder evolutionären Weg zu sehen. Die Tendenz ging in Richtung des repräsentativen Aufzeigens des Volkswillens in der parlamentarischen Demokratie immer mehr auf Kosten des ausprobierten Rätesystems, sicherlich gemischt mit direkten öffentlichen Kundgebungen aufgrund von Krisen- und Notsituationen und dem temporär zunehmender Einsatz der „Straße“, was die partizipative Demokratie als Direktbeteiligung stärkte. Das nur temporär bestehende Rätesystem als Substitut für eine fehlende funktionierende Verwaltungsordnung blieb im Experimentierstadium und ist als Revolutionsansatz zu sehen, aber gegen parlamentarisches Repräsentativsystem, das sich letztlich durchsetzte.

Unruhen, Plünderungen, Diebstähle bieten sich als Parameter der eskalierenden Krisensituation und der steigenden Ängste, die Unsicherheit in der Bevölkerung war auch der Grund für die zunehmende Bereitschaft zum Protest. Dazu kam noch die grassierende Spanische Grippe. Verunsicherung und Resignation angesichts der sich ausbreitenden Epidemie wurde noch durch zu wenig ärztliche Betreuung gesteigert. In der „AZ“ vom 6. Oktober 1918 hieß es zur Spanischen Grippe: „Auch in Amstetten sind sehr viele Erkrankungsfälle zu verzeichnen und wurden deshalb die Schulen geschlossen.“ Viele Kinder im schulpflichtigen Alter waren betroffen, in einzelnen Klassen waren „24 bis 28 Schüler abwesend“. Der Bezirksschulrat hatte daher in allen Schulen Amstettens den Unterricht „vom 1. bis 15. Oktober sistiert“.⁹

Die kriegsbedingte Bewirtschaftung von Grundnahrungsmitteln bekam die Behörde trotz des neugegründeten und damit befassten Gemeindevirtschaftsrats immer weniger in den Griff. Sensibel reagierte man auf Kürzung der Mehl-, Brot- und Milchrationen, Versammlungen und Demonstrationen der großen politischen Lager fanden bereits im letzten Kriegsjahr statt. Arbeiterunruhen vor allem wegen Kürzung der Mehl- und Brotrationen fanden nach dem großen Jännerstreik 1918 in der Folge um die Jahresmitte in der Wiener Industrie, auch in Budapest statt, wo es Tote bei Schießereien gab.¹⁰

⁸ Holzer, Ideen, a.a.O., S. 214.

⁹ AZ 40 6.10.1918 S. 5.

¹⁰ AZ 25 23.6.1918 S. 11.

Anfang Juli 1918 wurde angesichts der prekären Lage der Lebensmittelbewirtschaftung in Amstetten eine politische Versammlung im Saal Schillhuber abgehalten. Die Christlichsoziale Partei bot Gemeindeausschussmitglied und Landtagsabgeordneten Hans Zerdik auf, der über das System der staatlichen Bewirtschaftung der meisten Bedarfsartikel sprach. Er übte Kritik an der Zentralisierung: Das System sei von Grund auf verfehlt, es habe zum Bankrott des Versorgungsdienstes geführt.¹¹ Rasche Abläufe waren auf der staatlichen Ebene zu beobachten: Hier ging es innerhalb eines Monats Schlag auf Schlag. Man war auf den kriegsbedingten endgültigen Zusammenbruch des Habsburger Großreiches, das bereits vor dem Weltkrieg sowohl an der demokratiepolitischen als auch an der nationalen Frage gescheitert war, vorbereitet. Auf der staatlichen Ebene wurde aufgrund der militärischen Niederlage der Zusammenbruch der Monarchie staatspolitisch und verwaltungsorganisatorisch in die neue demokratische Republik übergeleitet. Am 3. Oktober 1918 gab der sozialdemokratische Parlamentsklub das Zeichen zum Umbau, indem er das Selbstbestimmungsrecht aller Völker Österreichs gemäß dem 14 Punkte-Programm Wilsons anerkannte, und „nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk Österreichs in Anspruch“, am 16. Oktober 1918 versuchte der letzte Kaiser noch einmal die Monarchie zu retten, viel zu spät verkündete er das sog. Völkermanifest „An meine Völker“, am 21. Oktober 1918 wurden die deutschen Abgeordneten aus den Reichsratswahlen 1911 in den Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtags in der Herrengasse einberufen (Deutscher Nationalverband 104, Christlichsoziale 65, Sozialdemokraten 38 Abgeordnete). Josef Redlich, der letzte k.u.k Finanzminister der Monarchie, kommentierte die momentane Situation treffend folgendermaßen: „Nachmittag von 5 bis 6 Uhr wurde im Landhause der deutschösterreichische Staat konstituiert. Adler verlangt die Republik, die Christlichsozialen die Monarchie, die Deutschnationalen den Anschluß an das Deutsche Reich. Der sofort gewählte zwanziggliedrige Nationalausschuss soll die Regierung und Verwaltung übernehmen und die konstituierende Nationalversammlung vorbereiten. Also: trotz des recht ‚gemütlichen‘ Tones der erste Akt einer Revolution.“¹² Am 30. Oktober 1918 trat die Provisorische Nationalversammlung zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Mit der Einsetzung des Staatsrates wurde die Staatsgründung vollzogen. Karl Renner bildete als Staatskanzler die erste Regierung. In der Herrengasse hatten sich zahlreiche Demonstranten, Sozialdemokraten und Deutschnationale eingefunden. Die von der „Arbeiter-Zeitung“ beschworene Einheit war nicht erkennbar: „Wacht am Rein, Deutschland-Lied, Internationale“ klangen durcheinander, Beschimpfungen wie „Hohenzollernknechte“ und

¹¹ AZ 27 7.7.1918 S. 10.

¹² Holzer, Ideen, a.a.O., S. 215.

„internationales Gesindel“ waren zu hören, vom Balkon konnten sich Abgeordnete nicht verständlich machen bei der Ausrufung der Republik Deutschösterreich.

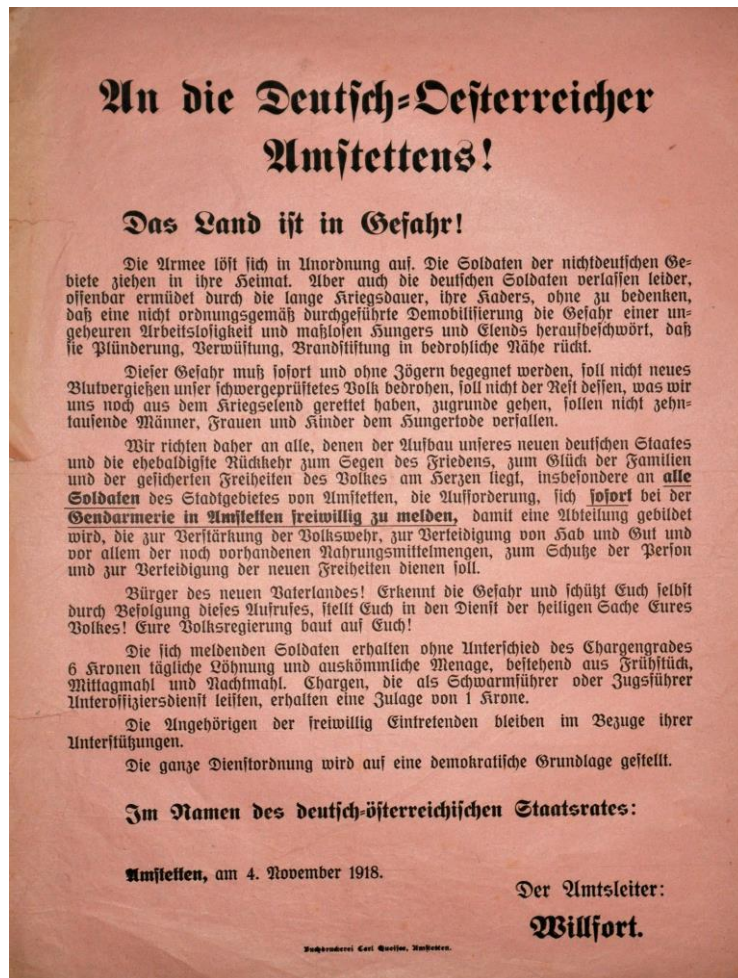
Am 3. November trat der Waffenstillstand in Kraft, mit großen Einbußen der Österreicher. Durch ein peinliches Missverständnis in der Übermittlung aus der Villa Giusti an das Badener Kommando-der letzte Unfähigkeitsbeweis des Militärkommandos einer Militärdiktatur neben vielen vorausgegangenen-kamen ca. 300.000 Österreicher völlig schuldlos in die italienische Kriegsgefangenschaft.¹³

Sogar Russland wurde damals auf Österreich aufmerksam: Am 3. November 1918 erschien in der Prawda ein Appell Lenins und Swerdlows „An die Arbeiter, Soldaten und Bauern aller Völkerschaften Österreich-Ungarns! Vereinigt euch zu einem brüderlichen Bund freier Völker! Es leben die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Österreich-Ungarn! Es lebe ihr Bündnis untereinander und mit den Sowjets Rußlands zum gemeinsamen Kampf!“ Am selben Tag sprach Lenin „zu Ehren der österreichisch-ungarischen Revolution“.

Der Konnex zwischen Französischer Revolution und Russischer Revolution wurde deutlich. Die Jakobiner wurden von russischer Seite als Vorbild proklamiert: Der Paradigmenwechsel von 1917 bezog sich auf die jakobinischen Wurzeln des Bolschewismus, in seiner Parteidoktrin „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“: „Der Jakobiner, der untrennbar verbunden ist mit der Organisation des Proletariats, das sich seiner Klasseninteressen bewußt geworden ist-das ist eben der revolutionäre Sozialdemokrat.“¹⁴

¹³ Ebenda, S. 217 Die Anfangskrise.

¹⁴ Zit. nach ebenda, S. 216. Jakow Michailowitsch Swerdlow, russischer Revolutionär, Bolschewik, Mitkämpfer Lenins, kurzzeitig Staatsoberhaupt Russlands.



Aufruf des Bezirkshauptmanns einen Tag nach dem Waffenstillstand an alle Soldaten im Stadtgebiet, sich für eine „Abteilung zu Verstärkung der Volkswehr“ zu melden. (Bild 1C1)

Die erste kommunistische Partei außerhalb Sowjetrusslands wurde in Wien gegründet, am 3.

November 1918 in Wien Favoriten. Am 1. November 1918 hatte sich beim Deutschmeisterdenkmal vor der Rossauerkaserne die Rote Garde formiert.

Die Kundgebung der Roten Garde vor dem Parlament bei der Proklamation der Republik Deutsch-Österreich am 12. November 1918 kann als Putschversuch gesehen werden. Die Diskussion ist offen. Jedenfalls gab das Transparent auf der Rampe für die „sozialistische Republik“, das Aufziehen der roten Fahnenbahnen statt der rot-weiß-roten Fahne eine angespannte Situation. Das Missverstehen einer Filmkamera als Maschinengewehr und das ratternde Herunterlassen der Fensterbalken verursachten eine Paniksituation, in der der Gründungsakt endete.

In der Folge sind aufseiten der kommunistischen Agitation auch Einflüsse von außen festzustellen:

Die ungarische Räterepublik seit 21. März 1919 (parallel Bayern seit 7. April 1919) suchte Unterstützung in Österreich. Der ungarische Emissär Dr. Ernő Bettelheim lenkte die KPDÖ zu illusionären Aktionen. Belege dafür sind ein Aufmarsch von Arbeitern, Arbeitslosen, Kriegsheimkehrern und Invaliden am Gründonnerstag, 17. April 1919, zum Parlament mit Kundgebung. Diese wurde von der Volkswehr und berittener Polizei gewaltsam aufgelöst. Es gab

sechs Tote und 50 Verletzte. Die Rote Garde wurde diszipliniert, dezimiert, weil ca. 1.200 Freiwillige nach Ungarn abmarschierten. Für den 15. Juni 1919 war ein weiterer Erhebungsversuch geplant. Im Einvernehmen mit Friedrich Adler, der auf den Arbeiterrat beruhigend einwirkte, wurde die Führungsriege der KPDÖ verhaftet. Der Befreiungsversuch durch eine Massendemonstration mit einem Transparent für die „Diktatur des Proletariats“ scheiterte infolge eines neuerlichen Polizeieinsatzes. Die Opferzahl war größer: 20 Tote, 70 Schwerverletzte.¹⁵

Erst die Verzichtserklärung Kaiser Karls vom 11. November 1918, dem Todestag Viktor Adlers, öffnete formell den Weg zu Ausrufung der Republik am 12. November 1918, dem ersten „kaiserfreien“ Tag. Realpolitisch war die Republik bereits seit dem 30. Oktober 1918 mit dem Staatsgründungsakt vollzogen.

Zur gleichen Zeit, am 30. Oktober 1918, fand in Amstetten eine sozialdemokratisch organisierte Kundgebung für den Frieden statt, die von den Arbeitern der Fabriken Pohl, Rütgers und Scheid und den Eisenbahnern der Betriebswerkstätte veranstaltet wurde: Ab 14 Uhr ruhte die Arbeit, der Aufmarsch nach der Arbeitsniederlegung führte zum Hauptplatz. Es gab Hochrufe auf die Republik „Deutschösterreich“. Der Obmann des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts“, Ackerl, und Gemeinderat Falk, der Obmann des Metallarbeiterverbandes Raidl und andere Redner verlangten, „dass die alten Machthaber des Staates abzutreten haben und dass auch in Amstetten das Volk seine Geschicke selbst bestimmen werde.“ Die Kundgebung verlief ohne Ausschreitungen.¹⁶

¹⁵ Ebenda, S. 217.

¹⁶ Organisatorische Basis für die politische Agitation der Sozialdemokraten auf kommunaler Ebene waren damals vor allem Vereine, in denen Protestaktionen vorbereitet werden konnten. Während es in Russland 1905 zur ersten großen Demonstration in St. Petersburg kam, die revolutionären Charakter hatte, aber zusammengeschossen wurde, wurden 1905 in Amstetten nach der Gründung des Wahlvereins „Vorwärts“ Demonstrationzüge organisiert. Dazu kam noch die Gründung des Vereins „Arbeiterheim“, der seinen ersten Stützpunkt im ebenfalls erst eröffneten Arbeiterheim Kosler hatte. Es wurde 1905 ein Demonstrationzug auf den Hauptplatz organisiert, wo die Kundgebungsteilnehmer das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht forderten. Diese Demonstrationzüge wurden im Amstettner Bezirk, besonders in der Stadt Amstetten, regelmäßig weiter abgehalten, meist parallel zu Wien. (Ornazedner, Bürgermeister, a.a.O., S. 10). Bereits am 14. Juni 1903 fand eine Protestversammlung im Saal des Gasthauses Refenner gegen den Brotpreis und die Zollerhöhung stattgefunden. Freihammer Josef, Stadtzeitschrift, Nr. 10, Oktober 2002, Geschichte S. 18; AW 23 7.6.1903, S. 3. Fritz Pohl, Büroartikel (Schnellhefter- und Briefordner-Fabrik), Guido Rütgers, Imprägnierung von Bahnschwellen und Telegrafmasten, Georg Adam Scheid, metallverarbeitender Betrieb, später Berndorfer Metallwerke Krupp AG.) Im gleichen Jahr protestierten zum ersten Mal in der Stadt Amstetten auch die Bauern, obwohl es zu diesem Zeitpunkt noch keine entsprechende Organisation gab. Am 6. Juni 1903 demonstrierten 2.000 Bauern aus dem Amstettner Bezirk gegen die neue Personaleinkommenssteuer. Es gelang aber den zuständigen Bauernführern Stöckler aus St. Valentin, Plaim aus Aschbach und Sengstbratl aus Sindelburg gemeinsam mit Bürgermeister Carl Kubasta, die Demonstranten von gewalttätigen Ausschreitungen gegen den in ihren Augen verantwortlichen Steueroberinspektor Dr. Puhlovsky und seine Beamten abhalten. Die NÖ.-Bauern waren erst ab 1906 im Niederösterreichischen Bauernbund organisiert, in dessen Programm die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund stand. Hilfreich war auch die seit den 1890er Jahren laufende Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften mit ihrer Lagerhausorganisation. Erst in der Ersten Republik bekam die Bauernschaft ihre schlagkräftigen Organisationen, besonders auch

In den größeren Gemeinden, vor allem in den Industriegemeinden, ergriffen die Sozialdemokraten in den Oktobertagen 1918 die Initiative, so auch in Amstetten.¹⁷ Einen Tag später, am 31. Oktober 1918, gab es eine wiederum eine ähnliche Kundgebung, unter gleicher Führung. "Eine Kundgebung für den Frieden und die Republik Deutsch - Österreich" lautete die dazugehörige Überschrift am Tag des Waffenstillstandes in der "AZ". "Die Arbeiter der Firmen G.A. Scheid, Pohl und Rütgers, die Eisenbahner der hiesigen Betriebswerkstätte und eine großer Teil des Fahrpersonals der deutschösterreichischen Eisenbahner", insgesamt ungefähr 800 Personen, veranstalteten am 31. Oktober 1918 eine "imposante Kundgebung", in der die Errichtung der Republik gefordert wurde. Eine "gewaltige Menschenmenge" zog unter "Hochrufen auf die Republik Deutsch - Österreich" durch die Straßen. "Für Ruhe und Ordnung sorgten die Vertrauensmänner der Gewerkschaften und Berufsvereinigungen." Auf die geschichtliche Bedeutung dieses Tages wurde vom "Obmann des sozialdemokratischen Wahlvereines", Ackerl, hingewiesen. Die politische Prominenz der lokalen Sozialdemokratie und auch sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre waren anwesend: "Gemeindevertreter" Falk, der "Obmann des österr. Metallarbeiterverbandes" Raidl, dessen Stellvertreter Zimmer, die "Gemeindevertreter" Eisler und Fellingner. Insgesamt waren "etwa 800 Personen" bei dieser Großveranstaltung anwesend.¹⁸

Am 4. November 1918, einen Tag nach dem Waffenstillstand, fand ein Streik der Arbeiter und Eisenbahner in Amstetten statt, zu dem die Sozialdemokraten aufgerufen hatten. Der Demonstrationszug mit ungefähr 1.500 Teilnehmern endete auf dem Hauptplatz, wo Gemeinderat Falk vom Balkon des Hotels Kunze zu den Arbeitern sprach.¹⁹

Zwei Tage vorher, am 2. November 1918, kam es zum völlig überraschenden Zusammenbruch einer während der Kriegsjahre bestehenden Einrichtung in der näheren Umgebung Amstettens, des Kriegsgefangenenlagers Hart. Am gleichen Tag wurde die sog. „Volkswehr“ gegründet.

deshalb, weil sie im Regierungslager standen. Prioritäre Zielsetzung war die Steigerung der agrarischen Produktion, die den kriegsbedingten Lebensmittelmangel nicht decken konnte. Für die überwiegend agrarischen Teile des Bezirks war die Gründung Reichsbauernbunds im Jänner 1920 von großer Bedeutung. Innerhalb seiner Organisationsstruktur, den Ortsgruppen, bekam die katholische Kirche wie auch in der Politik über ihre Geistlichen, die oft wichtige Funktionen innehatten, zunehmend Einfluss. Der politische Bezirk Amstetten wurde in der Folge aufgrund seiner agrarischen Strukturen eine Hochburg des NÖ.- Bauernbundes, der als Landesgruppe dem Reichsbauernbund angehörte. Als Konkurrenz traten die Ortsgruppen des „Unabhängigen deutschen Bauernbundes“ auf, besonders stark in Neuhofen a.d.Ybbs. Der erste Kreisbauerntag fand in Amstetten am 24. April 1920 statt, an dem ca. 2.000 Bauern teilnahmen. Ihre Hauptforderung war die Trennung Niederösterreichs von Wien aus einsichtigen politischen Gründen, die ein Jahr später vollzogen wurde. Im Juni 1922 bekamen die Bauern ihre eigene Berufs- und Interessensvertretung durch die Errichtung der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer. Freihammer, Republik, a.a.O., S. 12; Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S. 10.

¹⁷ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 14.

¹⁸ AZ 44 v. 3. November 1918, S. 8.

¹⁹ AZ 45 10.11.1918, S. 4.

Die Amstettner Sozialdemokratie gedachte, auch nach dem Friedensvertrag und seinen Konsequenzen für Österreich, als einzige politische Fraktion weiterhin der Republikgründung und veranstaltete alljährlich auf dem Hauptplatz eine "Republik - Feier" in der Regel am 12. November, dem Republikgründungstag, der von ihr immer allein gefeiert wurde. Die bürgerliche Seite feierte den „Staatsfeiertag“ nicht, kommentierte dieses Entstehen für die demokratische Republik mit herablassender Geste.

1.2.1. Rolle der Volkswehr als erste Ordnungsmacht der Republik²⁰

Aus Erkenntnis der dringenden Notwendigkeit, die nötigen „Schutzmaßnahmen für die allgemeine Sicherheit der gesamten Einwohnerschaft der Stadt“ zu treffen, regte die Stadtgemeinde und im Einvernehmen mit der Bezirkshauptmannschaft eine bewaffnete Schutztruppe mit polizeilich-militärischen Befugnissen an: die sog. „Volkswehr. Die Gründung wurde als notwendige als Sicherheitsmaßnahme“ verstanden. Diese konstituierte sich am 2. November 1918, am gleichen Tag, als das Harter Lager überraschend zusammenbrach. Die „AZ“ vom 10. November 1918 konnte berichten, dass ihr „bereits eine große Anzahl von Männern aus der Bürgerschaft, der Geschäftswelt, aus Beamtenkreisen und aus der Arbeiterschaft angehört, besonders zahlreiche Meldungen kamen seitens der Angestellten der Staatsbahn (Werkstätte, Heizhaus, Bahnamt), aus den Fabrikbetrieben G.A. Scheid und Rütgers.“ Das Kommando übernahm Bürgerschullehrer Leutnant Walter Unterberger (später „illegaler“ NS, Bürgerschuldirektor und Leiter der Abteilung „Schulwesen“ im NS-„Landrat“). Diese „Volkswehr“ wurde mit den zahlreich vorhandenen Waffen ausgerüstet, um den Schutz der wichtigsten Gebäude und Einrichtungen der Stadt zu übernehmen. Es folgte der „Aufruf des Bürgermeisters an alle waffenfähigen Männer, sich zur Volkswehr, der bisher 180 Mann angehören, unverzüglich zu melden, Rathausstraße 2“, ebenso für die „neu zu schaffende Nationalgarde“, zu der in Amstetten „die Anmeldungen bei Gendarmerieabteilungskommando 8 zu erfolgen haben“. „Es sind bereits über 100 Soldaten zum freiwilligen Dienst für den deutsch-österreichischen Nationalrat gemeldet, sie werden vorläufig zur Verstärkung der Amstettner Volkswehr herangezogen.“²¹ Ob diese Soldaten nach dem Vorbild der 1848er Nationalgarde eingesetzt werden sollten oder ob sie, aus der Region und der Stadt stammend, bereits ein erster Teil der Planungen zum Aufbau eines deutsch-österreichischen Bundesheeres als Gegenpol zur sozialdemokratisch beherrschten Volkswehr gedacht waren, ist nicht feststellbar. Jedenfalls wurden sie vorläufig der Volkswehr übergeben.

Der Dienst bei der Volkswehr führte zu Problemen bei der damals dringend notwendigen Informationsweitergabe an die Bevölkerung. Unter dem Titel „Die Unsicherheit am Lande“ berichtete

²⁰ Zur weiteren Entwicklung s. Freihammer Josef, 140 Jahre Bezirkshauptmannschaft, 1850-1990 Hrsg. Verein zur Heimatkundlichen Forschung im Bezirk Amstetten, Amstetten 1990, S.66-69.

²¹ AZ 45 10.11.1918, S. 4.

die „AZ vom 14. Juli 1919, dass die regelmäßig abgehaltenen „Bürgerabende“ nicht mehr („bis auf weiteres“) stattfinden konnten, „infolge der auf 9 Uhr festgelegten Sperrstunde in den Gasthausbetrieben und weil viele Geschäftsleute durch Dienstleistungen bei der Volkswehr verhindert sind.“²²

Plünderungen, Diebstähle, Schwarz- bzw. Schleichhandel, Ratlosigkeit der Bevölkerung angesichts der zunehmenden Aggressionen und auffallende Orientierungslosigkeit der Frontheimkehrer („revoltierende Soldaten“) sind als Zeichen einer sich auflösenden Ordnung festzustellen.

1.2.2. Zusammenbruch des Harter Kriegsgefangenenlagers

Das völlig überstürzte Verlassen des Harter Kriegsgefangenenlagers am 2. November 1918, einen Tag vor Abschluss des Waffenstillstands, durch die Leitungsgruppe und in der Folge durch alle dort Festgehaltenen ist als prärevolutionäres Phänomen einzustufen. Es handelte sich um ein Geschehen in der Nähe der Stadt, das in der Phase des Zusammenbruchs einerseits die potenzielle Revolutionsgefahr durch eigenmächtiges Handeln großer Teile der Einwohnerschaft quer durch alle Gesellschaftsschichten zum eigenen materiellen Nutzen (Plünderung des Vorräte des Lagers) zum ersten Mal steigerte, andererseits in der Amstettner Bevölkerung angesichts der sich auflösenden Ordnung Unruhe, Angst und Unsicherheit hervorrief. Bisherige positive Einschätzungen des Verhaltens der Offiziere der österreichisch-ungarischen Armee mussten revidiert werden, das Erlebte war bisher unvorstellbar: Es brach angesichts eines bisher sakrosankten Offiziersehrenkodex etwas zusammen, das jahrhundertlang gehalten hatte.²³

Die Schließung des Kriegsgefangenenlagers war zu erwarten, aber nicht in dieser Form, wie es tatsächlich geschah, nämlich dass „innerhalb weniger Stunden das ganze Lager wie ein lockeres

²² AZ 28 14.7.1918, S. 8.

²³ Die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers bei Amstetten, in der Ortschaft Hart der Gemeinde St. Georgen am Ybbsfelde, nahm ihren Anfang mit dem 18. März 1915 im Rahmen einer Kommissionierung. Das Terrain befand sich vier Kilometer „unterhalb Amstettens, linksseitig der Reichsstraße“. Es wurden 250 Baracken in einer Ausdehnung von 1.400 Metern erstellt, in denen „vorläufig 20.000 russische Kriegsgefangene und 2.000 Mann Bewachung untergebracht werden“ sollten. Der elektrische Strom wurde vom E-Werk Amstetten geliefert. Vom Bahnhof Amstetten wurde eine eigene Gleisanlage in das Barackenlager geführt. Es wurde eine Barackenstadt errichtet. Man hatte Bedenken wegen der sanitären und wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie würden „hoffentlich grundlos bleiben“, meinte das berichtende Lokalblatt. (AW 12 v. 21. März 1915 S.17) Am 31. Mai 1915 waren die ersten Kriegsgefangenen eingetroffen, 1.607 Gefangene wurden dem Barackenlager Wieselburg/Mühling entnommen, weitere Gefangene (aus Knittelfeld) wurden erwartet. Die erste Beunruhigung in der Stadt hatte folgenden Grund: „Einiges Aufsehen erregte es, als bereits mehrere Male-natürlich unter Bewachung-einige Russen, die Einkäufe zu besorgen hatten, in der Stadt sichtbar waren.“ (AW 23. Juni 1915 S. 15) Am 20. Mai 1915 traf „FML Feldmarschallleutnant Linhart ein, zwecks Inspizierung“, am 24. Juni traf „zur Verstärkung der Lagerwache das 2. Wachbataillon, etwa 900 Mann, aus Ungarn“ ein. Die Erweiterung des Lagers war geplant, indem „für 6.000 Kriegsgefangene Zeltbaracken errichtet werden“. Außerdem dachte man an die „Errichtung einer neuen Anlage für 250 kriegsgefangene Offiziere, bis zu diesem Zeitpunkt waren 8.000 Russen untergebracht.“ (AZ 26 Juni 1915, S. 17.).

Kartenhaus zusammenbrach“. Man hatte bisher andere Vorstellungen vom „Pflichtbewusstsein aktiver Offiziere und solcher, die in aktiven Dienst gestellt“ worden waren. Sie hatten „das Lager einfach sein lassen und sich schleunigst empfohlen“. Ob die Offiziere wirklich Angst um ihr Leben durch meuternde Kriegsgefangene haben mussten, wie es gerüchteweise kolportiert wurde, muss offen gelassen werden. Jedenfalls verließen „auf Grund des Gerüchts, dass die Mannschaft die Kommandanten, Oberst von Babitsch (vorletzter) und Oberst Weiß (letzter Kommandant) in irgendeiner Weise aus dem Leben schaffen wolle“, diese beiden Offiziere, mit ihnen andere Offiziere des österreichischen Kommandos und das ungarische Wachbataillon, am 2. November 1918 früh das Lager, „ohne nur im Geringsten daran zu denken, welchen enormen materiellen Schaden sie durch dieses plötzliche Verlassen dem allgemeinen Volkseigentum zufügen“, und dass „das Lager samt allen seinen Vorräten ohne jeden Schutz der Willkür der Bevölkerung und der noch internierten kriegsgefangenen Italiener preisgegeben war“. In der Stadt „verlautete, dass sämtliche Kriegsgefangenen des Lagers, in dem sich fast nur Italiener befanden, freigelassen werden und möglicherweise in die Stadt kämen.“ Man befürchtete Plünderungen, doch die italienischen Offiziere und Mannschaften waren „bemüht, das Lager und unser Eigentum zu schützen, bis geeignete Maßnahmen durchgeführt“ wären. „Mit Abscheu und Entrüstung muß aber die traurige Tatsache festgestellt werden, daß eigene Soldaten und auch die Bevölkerung in unverantwortlicher Weise sich plündernd an dem Nationaleigentum vergriffen. Die politische Behörde und die Stadtgemeindevorstellung mussten Maßnahmen einleiten, um die nicht geringen Vorräte zu sichern und die Ruhe im Lager aufrechtzuerhalten.“ Die Abreise der italienischen Kriegsgefangenen erfolgte am folgenden Tag. Die Volkswehr übernahm die Bewachung des Lagers und hatte „reichlich Mühe, den Plünderungen, die durch die Bevölkerung ununterbrochen ausgeübt wurden, teilweise sogar mit Waffengewalt Einhalt zu gebieten. Es gelang dennoch, mit Hilfe eines geregelten Wachdienstes den Großteil der Vorräte zu sichern. Die vorgefundenen beträchtlichen Vorräte an Lebensmitteln verschiedenster Art wurden im Laufe der Woche von Lastenautomobilen, die rückfahrenden Truppen mit Rücksicht auf den notwendigen Zweck abgenommen wurden, in die Stadt befördert und eingelagert.“²⁴

Die Bezirkshauptmannschaft musste als Behörde reagieren, als es um „widerrechtlich bezogenes Gut aus dem Kriegsgefangenenlager Harth (sic!)“ ging. Von den Bezirkshauptmannschaften Amstetten und Melk wurde amtlich verlautbart: „Jene Personen, welche sich ärarisches oder Privatgut aus dem Kriegsgefangenenlager Harth sowie Waffen, sei es entgeltlich, sei es unentgeltlich, angeeignet haben, werden aufgefordert, dieses widerrechtlich bezogene Gut längstens bis 10. November d. J. der Lagerwache des Kriegsgefangenenlagers Harth bzw. bei den Gemeinden Amstetten, Ulmerfeld, Euratsfeld, Mauer-Öhling, Neustadt a.d.D., Blindenmarkt, Ybbs a.d.D., Steinakirchen und St. Georgen

²⁴ AZ 28 14.7.1918, S. 8.

am Ybbsfelde abzugeben.“ Es gab also eine Schonfrist für die Delinquenten. „Nach dem 10. November würden bei den bereits zur Anzeige gebrachten Personen sowie verdächtigen Personen Hausdurchsuchungen vorgenommen und alle jene Personen, bei welchen widerrechtlich bezogenes Gut vorgefunden wird, überdies der strengsten Bestrafung zugeführt werden.“²⁵

Diebstähle lassen sich bereits vor Kriegsende nachweisen, als Zeichen für die zunehmende Notlage. Sie förderten die Unsicherheit in der Bevölkerung. Einige Beispiele von Sommer bis Herbst 1918 vor dem Zusammenbruch und im Winter Anfang 1919 sollen die Situation verdeutlichen.

Diebstahl und Plünderung sind gerade in Krisenzeiten ein Zeichen der Pauperisierung von Teilen der Gesellschaft und der Schwäche, oft auch von Auflösungstendenzen der staatlichen bzw. kommunalen Ordnungsgewalt. Das Problem ist konkret an der Quantität der Fälle in einem kurzen Zeitraum erkennbar. Unter den Tätern befanden sich auch heimkehrende Soldaten.

Das Lokalmedium berichtet laufend über diese Delikte: „Frecher Einbruchsdiebstahl am 19.9.1918 gegen 3 Uhr früh“. Im Kleidergeschäft Nathan Pollak, Linzerstraße 5, wurde mit einem Nachschlüssel eingebrochen, das Dienstmädchen hatte den Schwiegersohn des Geschäftsinhabers, Max Fialla, geweckt, die Täter ergriffen die Flucht, es gab einen Schusswechsel, die zwei Männer wurden von Fialla auf der Straße verfolgt, der darauf folgende Schusswechsel verlief ohne Verletzte, die Täter konnten entkommen. Die Diebe hatten „einen großen Rucksack Seidenstoffe und sonstige wertvolle Waren im Wert von ca. 20.000 Kronen“ mitgenommen, einen zweiten Rucksack ließen sie im Hausflur liegen, darin befanden sich „Stoffe im Wert von ca. 1.000 Kronen“. Die Diebe vom Einbruch in Fiallas Geschäft konnten nicht gefasst werden.²⁶

Am gleichen Tag wurde ein Wäschediebstahl im Gasthof „Zur Stadt Wien“ gemeldet.²⁷ Die polizeilichen Maßnahmen umfassten vor allem eine verschärfte Kontrolle der mit der Bahn abreisenden Gäste. Zufällig fand Wachführer Ramharter einen großen Rucksack im Bahnhofwartesaal. Es konnte der Infanterist Robert Bittersberger ausgeforscht werden. Er gab an, dass er den Inhalt von seiner Geliebten aus Linz habe. Er wollte nach Zell am See fahren, um dort dafür Lebensmittel einzutauschen. Er hatte im Restaurant „Zur Stadt Wien“ genächtigt, wo er aus dem Zimmer zusätzlich Folgendes gestohlen hatte: „Pölster, Betttuch, Überzüge, Duchente (sic!) im Wert insgesamt von 1.525 Kronen“.

Bereits in der Nacht vom 13. auf den 14. Jänner 1919 waren ebenfalls zwei Bettzeugdiebe erwischt worden. „Zwei elegant gekleidete Herren“ hatten im Hotel Kunze „sämtlich in den Zimmern

²⁵ AZ 45 10.11.1918 S. 4. Interessant ist, dass sich 27 Jahre später Verhalten von Offizieren und sonstigen hochgestellten Verantwortlichen des NS-Regimes wie besonders SS-Angehörigen und sonstigen Funktionären und die Aktionen der Bevölkerung beim Zusammenbruch des Regimes im Mai 1945 wiederholten: Die in der Stadt angelegten Geheimplager (städtische und private), aber auch Geschäfte von bekannten wurden von Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen total ausgeplündert.

²⁶ AZ 38 22.9.1918 S. 5.

²⁷ AZ 38 22.9.1918 S. 5.

befindliche Bettwäsche beim Verlassen des Hotels am Morgen entwendet: 2 Steppdecken, 4 Polsterüberzüge, 3 Deckenkappen, 1 Leintuch, 2 Tuchentüberzüge, 2 Tischdecken, 2 Bettdecken, 2 Wachseleinwanddecken, 1 Handtuch, Gesamtwert 136 Kronen.“ Sie hatten sich unter falschem Namen eingetragen und übernachtet. Sie wurden im Gasthaus Danzer in Winkarn aufgegriffen und verhaftet. Das Bettzeug war bereits am Tisch ausgebreitet, sie wollten es dort verkaufen oder eintauschen.²⁸

Der eklatante Mangel an notwendiger Kleidung, besonders Unterwäsche für die Soldaten, erforderte bereits Zwangsmaßnahmen während des Kriegs, wie „Wäscherequirierungen“. Im September 1918 hieß es dazu: „Wäscheabgabe, freiwillig abgegebene Wäschestücke, und zwar Herrenhemden und Unterhosen“, unter folgender Bedingung: „Wer je drei Stück hievon, eines unentgeltlich, die beiden übrigen Stücke gegen Bezahlung von je 12 Kronen abgibt, hat keine Wäscherequisition zu erwarten. Aus Anlass der bevorstehenden Wäscherequirierung schickt das k.k. Militärstationskommando einen Offizier nach Amstetten.“²⁹

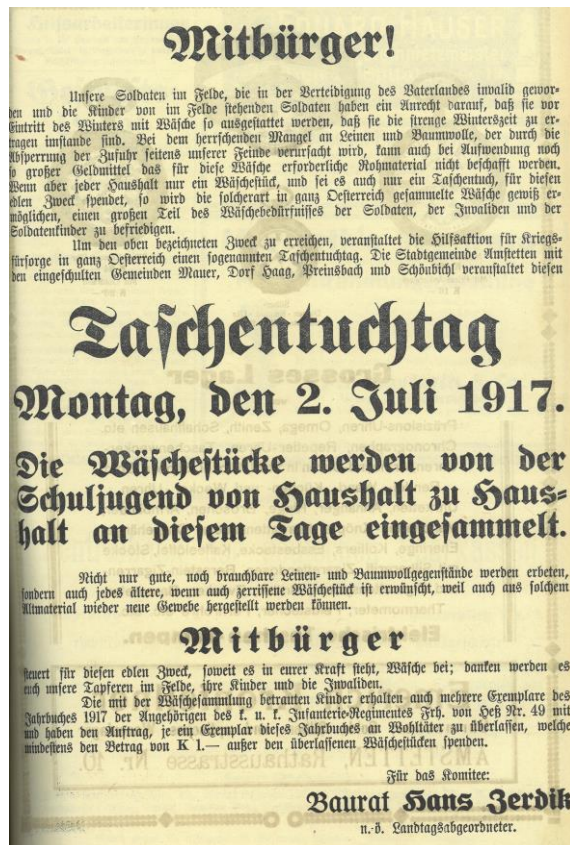
Für den 15. Juni, 17. Juni und 2. Juli 1917 wurde der „Taschentuchtag“ ausgerufen, als Synonym für die allgemeine Sammlung von Wäschestücken durch Schulkinder. Wer nicht ablieferte, musste als Ersatz zahlen.³⁰ Wäsche- bzw. Kleidungsbedarf herrschte auch nach Kriegsende in besonderem Ausmaß vor. Am 18. Jänner 1919 erließ die Bezirkshauptmannschaft einen Aufruf „Bekleidung für Heimkehrer und Invalide!“, der für alle „Heimkehrer und Invalide“ galt, „welche bei ihrem seinerzeitigen Einrücken ihre Zivilkleider abgegeben und bei der Abrüstung nicht zurückerhalten haben“. Sie konnten sich nun bei zwei Kommissionen in Amstetten „in Vertretung der Heimkehr-Bekleidungsaktion des Staatsrates für Heereswesen (Vertreter des Wiener Soldatenrates) und des Zentralverbandes Deutschösterreichs für invalide Kriegsbeschädigte“ melden: Heimkehrer Hauptplatz 30, Altes Bezirksgericht, Invalide Gemeindeamt, Sitzungssaal.³¹

²⁸ AZ 3 19.1.1918 S. 4.

²⁹ AZ 38 22.9.1918 S. 5.

³⁰ AW 24 17.6.1917, S. 13; AW 26 1.7.1917, S. 5.

³¹ Plakatsammlung Josef Freihammer, STA.



Für den 2. Juli 1917 wurde wieder ein „Taschentuchtag“ ausgerufen, an dem die Schulkinder angehalten wurden, den ganzen Tag Wäschestücke einzusammeln. (Bild 1C2)

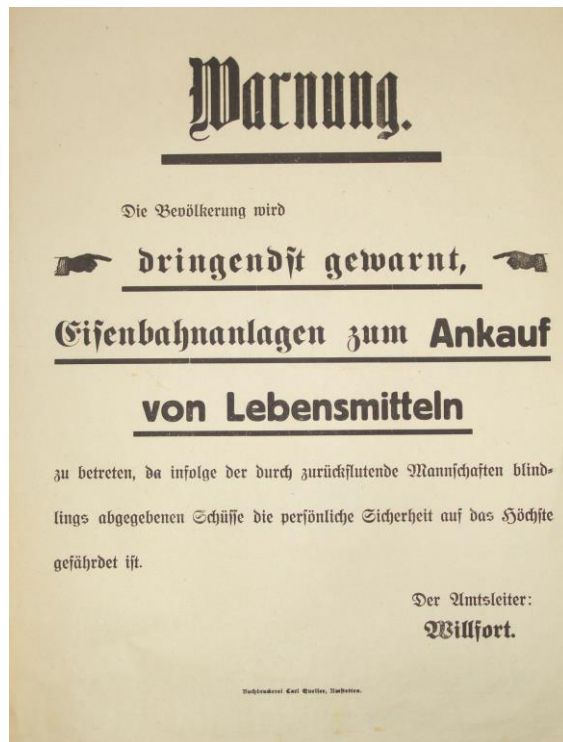
Gerade die Notsituation von Arbeitslosen, Heimkehrern und Invaliden, die den Kern der Enttäuschten und Unzufriedenen bildeten, hatte der KPÖ in Wien großen Zulauf gebracht. Sie wurde kurzzeitig zur tonangebenden Partei, die im Frühjahr 1919 Protestkundgebungen veranstaltete. Amstetten versuchte vonseiten der Behörden dieser Gefahr vorzubeugen.

Eine weitere Meldung über einen Diebstahl findet sich Anfang Oktober 1918: „Frecher Einbruch und beim Wirtschaftsbesitzer Leopold Loibl in Schieming, Lebensmittel, Vorräte, Wäschestücke, Fleisch und 150 Eier, Flasche mit 5 Liter Branntwein.“ In der folgenden Nacht wurde bei seinem Nachbarn Florian Reickersdorfer in Wieden ein „großes Quantum Lebensmittel“ gestohlen, zweifellos die gleichen Täter.³²

1.2.3. „Heimkehr der Truppen“, organisierter Diebstahl auf dem Bahnhof und Schleichhandel: eine Fallgeschichte

Berichte in den Lokalmedien über die „Heimkehr der Truppen“ zeigen die damaligen Probleme auf, als die Bevölkerung zur Selbsthilfe griff. Alle Teile der Bevölkerung beteiligten sich am florierenden Schleichhandel.

³² AZ 40 6.10.1918 S. 5.



Warnung der Bezirkshauptmannschaft Amstetten, auf Eisenbahnanlagen Schleichhandel zu betreiben. (Bild 1C3)

Ansätze zu revolutionärem Potenzial waren mehrheitlich in den unteren Gesellschaftsschichten zu finden, wenn man die Reihe der Plünderungen in der Stadt aufgrund der eskalierenden Lebensmittelversorgung verfolgt. Sie hatten einen einzigen Grund: Hunger. Nachweislich waren aber auch Angehörige höherer Gesellschaftsschichten beteiligt, die sich, obwohl bei ihnen der Hunger nicht im Vordergrund stand, ebenfalls am Schleichhandel mit heimkehrenden Soldaten an den Bahngeleisen beteiligten. Da Behörde und Exekutive die gewaltsamen Aktionen der heimkehrenden Soldaten auf dem Bahnhof, an denen auch die Bahnwache und Amstettner Gewerbetreibende mitmachten, nur schwer in den Griff bekamen, muss von schwerwiegenden Auflösungserscheinungen des bisherigen Ordnungssystems ausgegangen werden. Sicherlich wurde hinsichtlich der Gewaltausbrüche zurückkehrender Soldaten Amstetten nur im Vorbeifahren tangiert: Es waren fremde Rückkehrer, die auf dem Bahnhof plünderten („revolutionäre Aktionen“), aber dieses Geschehen repräsentiert sehr deutlich die prekäre Gesamtsituation, von denen Amstetten unmittelbar betroffen war.

„In großen Massen“ erfolgte der Rücktransport der Truppen von der italienischen Front, es betrug die Zahl der täglich in Amstetten mit der Bahn durchfahrenden Soldaten „ungefähr 30.000“. ³³ In der Regel erfolgte eine ruhige und glatte Abwicklung des Massenverkehrs. Dies wurde als „Verdienst des Bahnbetriebsamtes“ angesehen. Der Maschinenwechsel erfolgte normalerweise außerhalb des

³³ Ein ähnliches Phänomen zeigt sich zur Kriegsende 1945, nur kamen auch KZ-Transporte nach Mauthausen und zuletzt nach Ebensee dazu.

Bahnhofs beim Semaphor (Signalmast, abgewinkelt Haltesignal). Die Züge passierten dann die Station selbst ohne Aufenthalt. Wenn Züge in der Station aus technischen Gründen anhalten mussten, wurden deren Soldaten entwaffnet. Der Umstand, dass viele Züge außerhalb der Stadt bei der Kaiserallee hielten, führte dazu, „daß die Bevölkerung das Halten dieser Züge dazu benutzte, um sich dort in Scharen anzusammeln und allerlei Waren, besonders Lebensmittel, von den durchfahrenden Soldaten käuflich zu erwerben. Es ist zum Staunen, was da an Eßwaren, Kleidungsstücken, und sonstigen Gebrauchsgegenständen alles verkauft und gekauft wird, es ist aber auch zum Staunen, daß sich nicht nur Leute aus der ärmeren Bevölkerung (denen man ja die Erwerbung billiger Waren nicht mißgönnen kann), sondern auch Leute aus den besten und wohlhabenden Kreisen dort einfanden und allerlei Waren käuflich erwerben, die möglicherweise von dem einen oder anderen Käufer wieder zu weitaus höheren Preisen verkauft werden.“ Der Bezirkshauptmann hat zu diesem „gefährlichen Handel auf den Schienen“ Stellung genommen: „Die Bevölkerung wird dringend gewarnt, Eisenbahnanlagen zum Ankauf von Lebensmitteln zu betreten, da infolge der durch zurückflutende Mannschaften blindlings abgegebenen Schüsse die persönliche Sicherheit auf das Höchste gefährdet ist. Die Namen jener Personen, die am Bahnhofs und längs der Eisenbahnanlagen geplündertes Staats- und Volkseigentum gekauft und zu Wucherpreisen weiterverkauft haben, in deren Besitz geplünderte Waren aus dem Kriegsgefangenenlager vorgefunden werden, werden öffentlich verlautbart und der verdienten Strafe zugeführt und derart als Schädlinge des deutschen Volkes gebrandmarkt.“³⁴



³⁴ AZ 45 10.11.1918 S.4. Die spätere NS-Diktion „Volksschädlinge“ wurde hier bereits vorweggenommen, wenn es auch nur „Schädlinge“ hieß.

Verschärfte Überwachung des Bahnhofs ab 5. Oktober 1918 wegen des florierenden Schleichhandels.
(Bild 1C4)

Ein Blick in die Mikrohistorie, in das Alltagsgeschehen im Bahnhof eines Bahnknotenpunkts soll Probleme der zusammenbrechenden Monarchie aufzeigen. Während ein großer Teil der Bevölkerung hungerte, es zu „Teuerungsdemonstrationen und „Hungerkrawallen“ kam, konnten zur Kontrolle und Überwachung ausersehene Organe die Situation-selbst unkontrolliert-zu ihrem eigenen Vorteil ausnützen. Die aufliegenden Details sollen die damalige Lage im Sommer 1918 veranschaulichen. Diebstähle auf dem Bahnhof wurden zum Dauerproblem.

Bereits am 13. Juni 1918 lässt sich auf dem Amstettner Bahnhof ein „von der hießigen Bahnhofswache verübter Diebstahl“ nachweisen, für den der „AZ ein „sozusagen offizieller Bericht zukam“. „Aus zuverlässiger Quelle“ konnten „recht liebliche Einzelheiten“ entnommen werden. „Die dem hiesigen Bahnhofkommando zugeteilt gewesenen drei Wachsoldaten Johann Höplinger, Johann Schwingenschlögl und Josef Beran wurden am 13. Juni l. J. um 4 Uhr früh durch Herrn K.K. Wachtmeister des hiesigen Gendarmeriepostens Josef Pollak dabei betreten, wie sie in der Wohnung der Theresia Fink in Amstetten, Schmidlstraße 6, wo Schwingenschlögl seit einigen Tagen ein Bett gemietet hatte, drei Kisten mit feinem Zigarettentabak auspackten und den Inhalt unter sich verteilten.“ Jeder der drei hatte ungefähr „450 Pakete“ zugeteilt bekommen. In derselben Nacht um „zirka 3 Uhr früh“ hatten die drei Wachsoldaten die Kisten „im Wert von 4500 K“ gemeinsam aus einem Waggon gestohlen. Dass hier vermutlich ständig Waren gestohlen wurden, belegt Höplinger mit seiner Aussage, dass Kisten in dem Waggon bereits „erbrochen und ihres Inhaltes beraubt gewesen sein sollen“. Bei ihrem Diebstahl „hinderten sie die Gewehre, die sie zu tragen hatten, bei der Beschaffung der Kisten“. Deshalb „lehnten sie dieselben an die Planke zwischen der Reichsstraße und der Bahnhofsanlage“, von wo sie Beran später in das Wachzimmer schaffte. „Da der Verdacht bestand, daß die drei beanständeten Wachsoldaten schon öfters Diebstähle an Bahngütern verübt haben, wurde bei denselben eine Durchsuchung vorgenommen und bei Höplinger 1 ½ Kg. Polentamehl, 1 Kg. Mehl, 3 Kg. Margarinebutter, Käse, Speck, Seife, italienisches Olivenöl, Tabak, Sardinien, italienische Konserven und drei Zigarrentaschen gefunden. Diese Gegenstände rührten von einem Diebstahl an Bahngütern und von Diebstählen bei Liebesgabensendungen her; 10 Kg. Rosinen stammten von einem Diebstahl aus einem Waggon, der in der Nacht zum 12. Juni ausgeführt wurde. Bei Schwingenschlögl fand man drei Schachteln Bäckerei, die einige Tage vorher aus einer Bahnsendung entnommen wurden.“ Die drei verhafteten Wachsoldaten gaben an, dass nicht nur sie, sondern „der größte Teil der zur Bahnhofswache abkommandierten Soldaten Diebstähle an Bahngütern und Liebesgabensendungen durchführten“. Es erfolgte eine Untersuchung der gesamten Mannschaft. „Eine prächtige Kollektion wurde hiebei zutage gefördert. Beim Pionier Zettler fand man Konserven, Wurst, Käse, Seife, Konserven, beim Pionier Julius August Wäschestücke, Zigarren,

Zigaretten, Tabak, Seife, Konserven, Zwieback (zumeist italienischer Herkunft), bei den Pionieren Georg Käs, Karl Eibl, Christian Blos, Alfred Staritz, Johann Müller, Michael Staric und Menapace Wolle, Messer, Spiegel, Geldbörsen, Taschen, Bleistifte usw. In der Wohnung der Wachsoldaten Eibl, Käs, Blos und Staric fand man nicht weniger als 35 Rehpasteten-Konservendosen“. Das gesamte Diebsgut wurde in der Stadtgemeinde deponiert. Höplinger, Schwingenschlögl und Beran wurden „in der Wohnung der Fink“ verhaftet und im Polizeiarrest interniert, „von wo aus sie merkwürdigerweise über Verfügung des Bahnhofskommandos auf freien Fuß gesetzt wurden. Heute ist die nette Gesellschaft nicht mehr hier; jedenfalls hat die Militärbehörde deren Abtransport von Amstetten veranlasst und die weitere Strafbtshandlung durchführen lassen.“ Die Militärbehörde hielt schützend ihre Hand über sie, wenn ihnen für ihre wiederholten Tathandlungen jedes Mal „Unzurechnungsfähigkeit“ zugutegehalten wurde. Die Redaktion der „AZ“ kommentierte die Argumentation der Militärbehörde: „Davon, daß die Soldaten die Diebstähle in trunkenem Zustande verübt haben sollen (...) ist maßgebendenorts keine Silbe bekannt.“ Es folgte noch ein abschließender Gedanke der Redaktion, der auf die Gesamtproblematik der sich auflösenden Ordnung hinwies: „Es ist ein Jammer, wenn man bedenkt, daß Gaben für die im Felde stehenden Soldaten glattweg gestohlen werden und es drängt sich die Frage auf, wie es überhaupt vorkommen konnte, daß eine so reiche und vielseitige Beute, natürlich von diversen Diebstählen herrührend, möglich war.“³⁵

Zentrum der Diebstähle wurde seit Sommer 1918 und besonders in der unmittelbaren Zusammenbruchphase immer mehr der Amstettner Bahnhof. Diese Bahnhofdiebstähle häuften sich, oft mit Beteiligung der Bahnhofswache und Amstettner Gewerbetreibenden bzw. Handwerkern. Sie konnten in der Regel aufgeklärt werden: So wurde genau ein Monat später, am 13. Juli 1918, wiederum ein Diebstahl durch Soldaten der Amstettner Bahnhofswache verübt.³⁶

Bereits am 1. Oktober 1918 gab es eine Warnung der k.k. Bezirkshauptmannschaft, die ihre Gründe haben musste: „Mit 5. Oktober 1918 setzt eine verschärfte Ueberwachung des Lebensmittel-Verkehrs insbesondere auf Bahnhöfen ein. Von der Verschleppung verbotswidrig gekaufter Lebensmittel, wie insbesondere Getreide, Mehl, Butter, Eiern, Kartoffel, auch in der kleinsten Menge, wird nicht nur im Interesse der allgemeinen Versorgung, sondern im eigenen Interesse jedes Einzelnen gewarnt.

Zu widerhandelnde haben außer der Beschlagnahme (Abnahme) ohne Entschädigung empfindliche Bestrafung zu gewärtigen.“³⁷

³⁵ AZ 24 16.6.1918, S. 3.

³⁶ AZ 28 14.7.1918, S. 8.

³⁷ Warnung Plakatsammlung Josef Freihammer, STA.

Ein weiterer Bahnhofsdiebstahl ereignete sich am 11. Oktober 1918: Durch Verabredung des Schuhmachermeisters Konstantin Werner mit Wachsoldaten der Bahnhofswache wurden in der Nacht vom 10. auf den 11. Oktober 1918 „ca 60 kg. Sohlenleder“ gestohlen, welches er „in seine Wohnung schaffen“ hatte lassen.³⁸ Von der Polizei wurden „unter der Assistenz der Volkswehr bei Schleichhändlern Lebensmittelquanten am 21. und 22. Februar 1919 requiriert: 51 kg. Schweinefleisch, 47 kg. Kalbfleisch, 25 ½ kg. Butter, 83 kg. Mehl“.³⁹ Gleichzeitig wurde eine Diebsgesellschaft ausgehoben, die 38 Stück Hühner geraubt hatte. Es wurde gewarnt, „dass Leute in Uniformen herumziehen, die sich als Volkwehrrpatrouillen ausgeben und Lebensmittel requirieren. Solche falsche Patrouillen wären sofort dingfest zu machen.“⁴⁰

Die Aufforderung zur Rekrutierung „aller waffenfähigen Männer“ drückt drastisch die damalige Notlage aus. Die Gefahr eines „Volks in Waffen“, einer ansatzweisen Militarisierung der Gesellschaft, die gerade erst einen Weltkrieg überstanden hatte, war sicherlich nicht gegeben, weil die Zahl der „Waffenfähigen“ zu diesem Zeitpunkt nicht groß gewesen ist. Die vorausschauenden Maßnahmen Kubastas bezüglich der breiten Aufstockung der „Volkswehr“ schienen zu diesem Zeitpunkt berechtigt, was auch in der damaligen Schwäche der Städtischen Sicherheitswache und der Gendarmerie begründet war. Wenige Tage nach der Gründung der Volkswehr kam es zum ersten Einsatz auf dem Amstettner Bahnhof. Den nächsten Vorfall gab es nämlich am 5. November 1918, auf den der Bürgermeister in einem Aufruf in der „AZ“ reagierte, der die Ausweitung der Volksbewaffnung forderte: „Volkswehr! Aufruf an die wehrfähigen Männer Amstettens. Im Interesse der Sicherheit für das Leben und Eigentum der gesamten Bewohnerschaft der Stadt Amstetten, und um Ausschreitungen, wie sie sich am letzten Dienstag (5. November 1918, Anm. d. Verf.) am Bahnhöfe ereigneten, in Hinkunft zu verhindern, ist die Ausgestaltung der nötigen Schutzmaßregeln zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Ich ersuche daher alle waffenfähigen Männer Amstettens, sich unverzüglich für die bereits errichtete Volkswehr in der Kanzlei Rathausstraße 2 zum Dienste zu melden. Amstetten, am 8. November 1918. Der Bürgermeister.“⁴¹

Der Rücktransport der Truppen von der italienischen Front erfolgte per Bahn. Am 15. November 1918 hielt ein hauptsächlich mit tschechischen und ungarischen Heimkehrern besetzter Transport gegen 15 Uhr in der Station, um sich vom Labedienst des Roten Kreuzes auf dem Bahnhof versorgen zu lassen. Dieser Labedienst funktionierte bisher klaglos. Diesmal kam es aber anders: „Unter Gejohle und Schüssen sprangen Soldaten aus den Waggons und stürmten das Bahnhofsgebäude und die Bahnpost, um Beute zu machen, die Begleitmannschaft war machtlos, Bahn- und Postbedienstete verbarrikadierten die Amtsräume, Volkswehr und Gendarmerie konnten nur durch Waffengebrauch

³⁸ AZ 44 3.11.1918 S. 9.

³⁹ AZ 9 2.3.1919 S. 5.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ AZ 45 10.11.1918, S. 7.

die Plünderer in die Waggons zurückdrängen, entwaffnen und den Zug zur Weiterfahrt bringen, es gab insgesamt vier Tote und vier Verletzte.“

Immer wieder gab es Kritik „minderbemittelter“ bzw. „unbemittelter“ Bevölkerungskreise an der damals real existierenden Zweiklassengesellschaft: Wie der verhinderte „Amstettner Fenstersturz“ bzw. „Beinahe-Fenstersturz“ aufzeigt, gab es Privilegien bestimmter Berufsgruppen in der Stadt, Missstände in der Verteilung von Lebensnotwendigem, was die Reaktionen der unteren Gesellschaftsschichten auf die ständigen Teuerungen von Lebensmitteln und Reduzierungen von Quoten verschärfte. Die illegalen Beschaffungsaktionen in Form von Plünderungen und Diebstählen nahmen nachweislich zu. Jede Möglichkeit, die sich bot, war recht, der Schwarz- bzw. Schleichhandel aller Bevölkerungskreise Amstettens besonders auf den Schienen mit den rückflutenden laufenden Heimkehrtransporten nahm eklatant zu.

Der 5. Jänner 1919 war in zweifacher Hinsicht ein Tag der Plünderungen: So wurde der „Beamtenkonsum“ in der Stadt zum zweiten Mal geplündert, außerdem gab es eine Plünderung auf dem Bahnhof. Über diesen Vorfall, der zu einer Plünderung durch „revoltierende Soldaten“ führte, konnte der Augenzeuge Lehrer und Gemeinderat Ludwig Resch berichten. „Am 5.1.1919 führte ein zumeist aus ungarischen und tschechischen Soldaten bestehender Truppentransport eine großangelegte Plünderung auf dem Bahnhof durch. Ein mit Truppen überfüllter Zug rollte gegen 3 Uhr Nachmittag in die Halle, plötzlich verließen einige Soldaten die Waggons und riefen ‚Bereitschaft antreten‘. Auf diesen Ruf sprangen weitere 20 Mann aus verschiedenen Wagen und eilten sofort dem Postpaketauraum zu. Deutsche Mannschaften, die im Gespräch mit Amstettnern waren, sagten, dass diese Soldaten dies seit Innsbruck schon fünfmal getan hätten. Postamtsdiener versuchten die Eindringlinge abzuwehren, schlossen Fenster und Türen. Diese wurden aber eingeschlagen, etliche Schüsse fielen, das Bahnhofskommando feuerte von der Straßenseite in den Postraum, worauf die Plünderer eiligst zu ihren Wagen liefen. Zuerst kurz Stille, dann springen mit ungeheurem Gejohle und unter zahlreichen Schüssen weitere Hunderte von den Wagen und stürmen ebenfalls dem Postraum zu, Schüsse von rückwärts, drei Soldaten liegen auf dem Boden, neuerdings hundertfaches Hurra und wieder springen Leute aus den Wagen. Es hatte den Anschein, als ob der wilde Haufen die Bahnhofsgastwirtschaft plündern wollte, geschah aber nicht. Die Plünderer schienen sich über ihr weiteres Vorgehen nicht einig zu sein. Vordringende Gendarmen und herbeigeeilte Volkswehr kreisten mit vorgehaltener Waffe die revoltierende Menge ein, worauf dann die Entwaffnung der nichtdeutschen Soldaten vorgenommen werden konnte. Der deutschen Mannschaft wurden die Waffen belassen, sie beklagte sich über die schlechte Behandlung durch die Magyaren, die in großer Überzahl waren und ihnen die Lebensmittel abgenommen, ihre guten Kleider und Schuhe durch schlechte vertauscht hatten. Diese Plünderergruppe hatte bereits fünfmal ohne Widerstand zu finden Ausschreitungen unternommen. In Amstetten traf sie zum ersten Mal auf Abwehr. Es gab vier

Tote und vier Verwundete, sämtlich ungarischer und rumänischer Nationalität. Das Verhalten der deutschen Soldaten und einiger russischer Kriegsgefangener war einwandfrei. In der Stadt hatten sich in kürzester Zeit die wildesten Gerüchte verbreitet. Es wurde befürchtet, dass die plündernden Soldaten in die Stadt gelangen würden und man der Situation nicht Herr werden würde. Die Geschäfte wurden eiligst geschlossen und zwei Maschinengewehre auf dem Bahnhofsplatz aufgestellt. Die Plünderer wurden aber bereits auf dem Bahnhof entwaffnet und von der Bahnhofswache mit Unterstützung der Volkswehr in die Waggons zurückgebracht.“⁴²

Die von den Fronten zurückströmenden Heimkehrer, die oft Grausames erlebt hatten, manche auch geschockt, traumatisiert, von Entbehrungen gezeichnet, aufgebracht, aggressiv, sich ausgenutzt, enttäuscht, frustriert über den verlorenen Krieg fühlten, wie die Plünderungen auf dem Bahnhof zeigten, wurden von der Behörde als die Protestbereitschaft von Teilen der eigenen Einwohnerschaft verstärkendes revolutionäres Potenzial gesehen, besonders im Fall der Niederlassung von fremden Rückkehrern in der Stadt. Sie standen unter ständiger Kontrolle, weil vermutet wurde, dass sie auch von bolschewistischen Agenten unterwandert bzw. selbst stark beeinflusst waren.

Die Rückkehrer aus der Einwohnerschaft versuchte man zu beruhigen und zu integrieren, was die vielen Heimkehrer-Kränzchen in den Gasthäusern belegen, so am 2. Februar 1918 in den Saallokaltäten Schneider (ehemals Brunner), am 1. Februar 1918 im Gasthaus Datzberger in Schafferfeld (sic!) gemeinsam mit ihren Familien aus den Gemeinden Dorf Haag und Schönbichl.⁴³

1.2.4. Hungerdemonstration und Plünderungen zu Beginn der Ersten Republik in Amstetten, ein revolutionsaffines Geschehen?

1.2.4.1. Kriegsbedingte Krisensituation als Vorspiel

Gerade die Quotenzuteilungen bei den Grundnahrungsmitteln waren in den letzten Weltkriegsjahren und in der ersten Zeit der neuen Republik eine der großen Sorgen der Gemeindevertretung, weil ihnen sicherlich bekannt war, dass die Mehlquote der Anlass für den großen, über eine Woche dauernden Jännerstreik (im südlichen Niederösterreich und in Wien, vom 14. Jänner 1918 bis zum 20.1.1918). Die Arbeiter forderten vor allem die Beendigung des Kriegs. In Amstetten sind für diesen Zeitraum keine Aktivitäten nachzuweisen. Am 14. Jänner 1918 gab es in den Daimler-Werken in Wiener Neustadt einen Aufstand. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und besetzten das Rathaus, wo sie die Verantwortlichen vermuteten und Abhilfe erhofften. Am gleichen Tag legten auch die Arbeiter der Daimler-Motorenwerke in Wien die Arbeit nieder. Der Grund war die Herabsetzung der Mehlrations auf die Hälfte. Der Streik dehnte sich rasch auf andere österreichische Industriebetriebe aus. Die gewaltige Streikwelle, die das ganze Reich erfasst hatte,

⁴² AZ 2 12.1.1919, S. 8.

⁴³ AZ 3 19.1.1918 S. 4.

sah bedrohlich aus, wenn man die Ursachen für den Ausbruch von Revolutionen kennt. Ein Jahr später sollte sich dasselbe in Amstetten ereignen. Von Galizien bis Triest gab es „Hungerunruhen“. Ein besonderes Phänomen zeigt sich immer wieder: Man verließ sich auf die sozialdemokratischen Führer, die diese Aufstände in den Griff bekommen sollten, auch gegen die radikalen bolschewistischen Parolen der Kommunisten, die nach dem Vorbild der Russischen Revolution zum „Kampf für Frieden und Freiheit“ aufriefen. Die Stimmung war damals revolutionär. Es wurden in den Betrieben Arbeiterräte gebildet.

Im letzten Moment konnte die Sozialdemokratie, in Österreich von Beginn an staatstragend und patriotisch, die Bremse einlegen, ein Blutvergießen verhindern, wie es in Deutschland sich ereignete, aber auch in Ungarn. Die „Arbeiter Zeitung“ rief zur Rückkehr an die Arbeitsplätze auf, die sozialdemokratischen Führer, vor allem Viktor Adler, Karl Seitz und Karl Renner, unterbreiteten der Regierung ein Forderungsprogramm: Diese versprach, die Friedensverhandlungen nicht scheitern zu lassen, die Ernährung der Bevölkerung neu zu organisieren, die bisherige Unterstellung der Betriebe unter Militärverwaltung aufzuheben.

Das Amstettner Lokalblatt „AW“ vom 20. Jänner 1918 informierte über diese Vorgänge folgendermaßen: „Die Aufstandsbewegung. Die Ursache der Arbeiteraufstände.-Forderungen der Arbeiter an die Regierung. Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Österreich halte eine Beruhigung der Arbeitermassen nur dann für möglich, wenn die Regierung die Zusicherung geben könne, daß die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht an irgendwelchen territorialen Forderungen scheitern, daß sie einer gründlichen Reorganisation des Verpflegsdienstes zustimme, daß sie einwillinge, die Gemeindevertretungen zu demokratisieren, also die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen vorschlage, und daß die Entrechtung der Arbeiter durch die Militarisierung der Betriebe aufgehoben werde. Im Interesse der Arbeiterschaft werden die Parteienvertreter dahin wirken, daß die Arbeiter (...) die Arbeit nicht niederlegen. Solche Ausstände würden die Lage überaus verschärfen, müssen daher unterbleiben. Es wird als dringendes Erfordernis der Lage betrachtet, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.“⁴⁴ Weiters konnte man dem „AW“ vom 20. Jänner 1918 Folgendes entnehmen: „Ein Friedensaufruf aus der Arbeiterschaft. Die Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Österreich und der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten richteten in der ‚Arbeiter-Zeitung‘ vom 16.1.1918 an die Arbeiter und Arbeiterinnen Österreichs einen Aufruf, ihre Stimme für die schleunigste Beendigung des Krieges zu erheben.“ Angesichts der Tatsache, dass vor allem die Verpflegungsschwierigkeiten eklatant zugenommen hatten, drängten

⁴⁴ AW 3 20.1.1918 S.8. AW 3 20.1.1918 S.3: Die enge Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie bestand also schon vor Kriegsende, später kam es, wie bekannt ist, zu Geheimverhandlungen zwecks Anschlusses vor den Friedensschlüssen in Paris.

die Arbeiter auf den Friedensschluss. Sie sahen aber aufgrund der Haltung der OHL den Frieden mit Russland gefährdet, obwohl es eine generelle Verzichtserklärung auf Gebiete abgegeben hatte. Der generelle Frieden „kann sofort abgeschlossen werden“. Daher wurde „die sofortige Beendigung des Krieges“ verlangt. Die Sozialdemokraten traten „für den Frieden ohne Eroberungen, auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ laut den Forderungen des 18-Punkteprogramms Wilsons vom 18. Jänner 1918 ein. Diese Haltung wurde, wie bekannt ist, diesen später von den deutschnationalen, deutsch-„völkischen“ und NS als „Dolchstoßlegende“ vorgeworfen und als solche in der Wahlpropaganda benützt.⁴⁵

Die schwierige Situation auf dem Verpflegungs- und Ernährungssektor war auch eines der Motive, die vom 14.-16. Jänner die Arbeiter der Daimler-Werke in Wiener Neustadt zum Streik veranlasste. Dieser breitete sich rasch aus, bald befanden sich über 300.000 Arbeiter in Niederösterreich, Wien und der Steiermark im Ausstand.

Laut Bericht des „AW“ über die „Arbeiteraufstände in Niederösterreich“ war in Wiener Neustadt (wovon die „Arbeiter-Zeitung“ mit Bewilligung der Zensur berichtete) die gesamte Arbeiterschaft in den Daimler-Motorenwerken wegen der Kürzung der Mehlquote in den Streik getreten. Der Grund lag darin, dass die Grenze zu Ungarn, woher bisher die Lieferungen kamen, gesperrt war. Dem Streikaufruf schlossen sich die Arbeiter anderer Betrieben Wiener Neustadts an: der Sieglischen Lokomotivfabrik, der Radiatoren-Werke, der Flugzeugfabriken, der Munitionswerke der Firma Roth. Dies wurde als Affront gegen die Unternehmer und die Werksleitung gesehen, mitten im Krieg, wo die Arbeitskräfte rar waren. Am 15. Jänner 1918 wurden weitere Betriebe im südlichen Niederösterreich erfasst, Hirtenberg, Wöllersdorf, Leobersdorf, Ternitz, Wimpassing, Neukirchen. Am 16. Jänner wurde in Wiener Industriebetrieben der Streik ausgerufen, „wo sämtliche Betriebe in Floridsdorf feiern“. Bald darauf traten auch in der Steiermark, Oberösterreich, Böhmen und Ungarn traten Arbeiter in den Ausstand, am 20. Jänner erreichten die Proteste den Höhepunkt: „Knapp 750.000 Arbeiter befanden sich im Streik, ein Proteststurm, der imstande war, die gewaltige Kriegsmaschinerie völlig lahmzulegen, eine Hungerrevolte, die zur politischen Revolution zu werden drohte.“ In Wien kam es zu Demonstrationen und Ausschreitungen. Eine Abordnung der Arbeiterschaft aus den Großbetrieben der Industrie im Süden Niederösterreichs unter Führung des Abg. Dr. Renner sprach beim Ernährungsminister Höfer vor.⁴⁶ Derartige Aktionen waren damals in Amstetten nicht nachweisbar, obwohl es immer wieder aufgrund der prekären Versorgungslage zu Streiks und Demonstrationen kam. Die Monarchie stand ganz nahe am Abgrund und es drohte der Ausbruch einer Revolution nach sowjetischem Vorbild. Es fehlt nur mehr wie immer der zündende

⁴⁵ AW 3 20.1.1918 S. 3.

⁴⁶ Ebenda.

Funke und das Habsburgerreich wäre kollabiert. Österreich wäre möglicherweise wie kurz zuvor in Russland durch eine wirkliche Revolution hinweggefegt worden.

Wenn man dennoch in Österreich 1918 von einer Revolution spricht, dann muss von einer friedlichen, einer Fast-Revolution, einem Revolutiönchen gesprochen werden, ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo die Arbeiter ebenfalls streikten und im Herbst 1918 das Kriegsende in eine weit blutigere Revolution als in Österreich mündete (am 12. November 1918 gab es zwei Tote und vier Verletzte, durch Eingreifen der sogenannten „Roten Garde“).

Die wenige Wochen vorher stattgefundene Oktoberrevolution in Russland, die letztlich einen totalitären Staat zur Folge hatte, war von ihren ersten Stunden an bereits eine Diktatur durch das Eingreifen Lenins. Sie hatte nachweislich großen Einfluss auf die österreichischen Proteste, analog waren die Forderungen nach Brot und Frieden, die Zulassung von Arbeiterräten, die Forderung nach freien, allgemeinen und gleichen Wahlen.⁴⁷

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die hungernde Bevölkerung prägte das damalige Erscheinungsbild der Kleinstadt Amstetten: Es gab Hungerdemonstrationen und es wurde wenigstens dem Anschein nach behördlicherseits versucht, Maßnahmen zur Linderung der Hungersnot zu setzen.⁴⁸

Die Umsturztage zu Ende des Ersten Weltkriegs waren durch die Notlage der Bevölkerung gekennzeichnet. Verschiedene rasch gesetzte Maßnahmen von Bezirkshauptmannschaft und Gemeinde sollten die ärgste Not lindern. Doch sie reichten bei Weitem nicht aus, außerdem liefen sie langsam an. Zum Teil konnten diese Versorgungseinrichtungen, die bereits gegen Ende der Kriegszeit installiert worden waren, von der neuen Republik übernommen werden. Der strenge Winter 1917/1918 hatte im Amstettner Bezirk die kriegsbedingte wirtschaftliche Lage noch verschärft. Amstetten wurde kriegsbedingt zu einer Stadt der Notdienste- bzw. Noteinrichtungen. Es gab laufend Not- und Krisenmaßnahmen, die aber, wie sich noch herausstellen sollte, in bestimmten Fällen eine Zweiklassengesellschaft konstituierten. Die Privilegierung der bürgerlichen Oberschichte durch das Kurien- und Zensuswahlrecht setzte sich, besonders die höhere Beamtschaft betreffend, unter anderen Vorzeichen fort.

⁴⁷ Erste Anlassfälle zum Protest zeigten auch eine wiederholten Forderung auf: die Abschaffung der Zweiklassengesellschaft-auch in der Flottenmannschaft. Österreich war Vorreiter im Bereich Aufstand und Revolution: Am 1. Februar 1918 gab es eine Meuterei bei der österreichischen Marine der gesamten fünften k.u.k. Flotte, in Cattaro. Auf der „St. Georg“ erfolgte der Startschuss, auf insgesamt 40 Schiffen wurden rote Fahnen gehisst. Es wurden sofortiger Frieden, Selbstbestimmungsrecht der Völker und gleiche Verpflegung für Offiziere und Mannschaft gefordert. Dazu kamen noch die eklatante Mangelernährung, die Sorge um das Leben in der Heimat, um die Familien und das Ungewisse des Bevorstehenden, vor allem die katastrophale Kriegslage, Kriegsmüdigkeit und die katastrophal schlechte Versorgung der Bevölkerung. Am 3. Februar wurde der Aufstand niedergeschlagen, die Rädelsführer zum Tode verurteilt und vier von ihnen hingerichtet.

⁴⁸ S. Dazu I. 18.11.9.3.

Drei wichtige öffentliche Versorgungsstellen gab es damals in Amstetten: Auf dem Bahnhof war der Labedienst des Roten Kreuzes eingerichtet, der von Spenden der Amstettner Bevölkerung lebte. Er war zuständig für die Versorgung zurückkehrender Frontsoldaten, für die Betreuung von Verwundeten und für den Krankentransport auf dem Bahnhof. Die Spender wurden immer namentlich im „AW“ angeführt. Für den vom Roten Kreuz betriebenen freiwilligen Labedienst auf dem Bahnhof wurden immer wieder Wohltätigkeitsveranstaltungen durchgeführt, wie z. B. am 12. April 1917 im Speisesaal des Hotels Bahnhof.⁴⁹ Ständig wurde gesammelt, vor allem für den Labedienst, aber auch für andere Einrichtungen. Es gab ständige Spendenaufrufe in der Lokalzeitung.⁵⁰ Wohltätigkeitskonzerte wurden auch vom Witwen- und Waisenfonds des österreichischen Heeres veranstaltet, so am 14. März 1918.⁵¹

Notdürftig Abhilfe schaffen konnte vor allem das Kloster der Schulschwestern in Amstetten, das 1917-1919 eine öffentliche Suppenküche betrieb, bei der sich die notleidende Bevölkerung, vor allem auch die Schulkinder, kostenlos täglich zu Mittag um eine warme Suppe anstellen konnten.⁵² Die Schulschwestern versorgten auch „Kriegsbeschädigte“.

Eine Notstands- bzw. „Kriegsküche“ war seit dem 15. Oktober 1917 im Rathaushof eingerichtet. Sie wurde zur unentbehrlichen Einrichtung, lebte von Spenden. Täglich wurde für „fast 600 Gäste“ Essen bereitet, dazu kamen ebenfalls arme Schulkinder, die täglich eine Suppe kostenlos bekamen.⁵³ In der Kriegsküche gab es eine warme nahrhafte Mittagssuppe um 30 Heller.⁵⁴

Das Rekonvaleszentenheim der Stadtgemeinde wurde 1914 geschaffen.⁵⁵ Seit August 1917 wurde das Rekonvaleszentenheim der Staatsbahn durch das Rote Kreuz für 120 Mann in Amstetten geführt. Insgesamt gab es diese zwei Rekonvaleszentenheime in der Stadt. Vom Roten Kreuz wurden auch der Labedienst für Verwundete und der Krankentransport auf dem Bahnhof betreut. Frauen arbeiteten in diesem Hilfsverein, unter der Leitung von Marie von Bernardt, der Eigentümerin von Schloss Edla.⁵⁶ Es wurden von der Gemeinde unter Weltkriegsbürgermeister Kubasta laufend Zuwendungen für den Bahnhofslabedienst, den Invalidenfond und die bestehenden Kriegsküchen organisiert. Diese Einrichtungen lebten hauptsächlich von Spenden.⁵⁷

Die Gründungsversammlung des „Vereins des k. k. Militär- Witwen- und Waisenfonds, sowie für Kinderschutz und Jugendfürsorge im Gerichtsbezirke Amstetten“ fand am 27. März 1918 im Gasthof

⁴⁹ AW 22.2.1917, S. 10

⁵⁰ AZ 11 17.3.1918 S.5 Rotes Kreuz.

⁵¹ Ebenda.

⁵² AW 4.3.1917, S. 9.

⁵³ AZ 24.2.1918 S.5.

⁵⁴ AW 26.9.1917, S. 5.

⁵⁵ AZ 3 19.1.1918 S. 4

⁵⁶ Ebenda, S. 19.

⁵⁷ Ebenda, S. 23.

„Zur Stadt Wien“ statt. Einberufen zu dieser Gründungsversammlung wurde von der „Gesellschaft ‚Eiserner Wehrmann‘“ mit ihrem Präsidenten Hans Zerdik, im Rahmen einer Generalversammlung. Der „Eiserne Wehrmann“ stand mitten auf dem Hauptplatz Amstetten in einem eigens errichteten Pavillon („Kiosk“). Seine „Uebergabe an die Öffentlichkeit“ erfolgte am 20. Juni 1915.⁵⁸

Ein „Opfer“ in Form von Geld konnte durch Kauf auch erbracht werden, indem der „Eiserne Wehrmann“ in Kleinformat bei Juwelieren (z. B. als Anhänger) angeboten wurde. Das „Reinerträgnis“ bei Ankauf dieses „Erinnerungs-Gegenstandes“ wurde „zum Zwecke der Unterstützung der Witwen und Waisen von aus dem Gerichtsbezirke stammenden Kriegern, die (...) gefallen sind, abgeführt.“⁵⁹ Mit dem „Opfer“ für den „Eisernen Wehrmann“ wurde die Gutgläubigkeit der Einwohner ausgenützt. Eine Krone musste für das „patriotische“ Einschlagen eines Nagels gezahlt werden. Unter der Devise „Gold gab ich für Eisen“ konnte mit jedem Nagel für den „Eisernen Wehrmann“ die Bevölkerung ihren Beitrag leisten. Außerdem wurde sie zur Zeichnung von Kriegsanleihen, die letztlich alle verloren gingen, ständig im „AW“ bis knapp vor Kriegsende ermuntert. Die Stadtverwaltung musste diese Opfer beispielhaft unterstützen.⁶⁰

Seitens der Stadtgemeinde Amstetten war „die vom landwirtschaftlichen Bezirksverein ins Leben gerufene Freibank“ bereits am 14. November 1913 eröffnet worden. Diese städtische Freibank befand sich im ehemaligen Brazda-Haus in der Ardaggerstraße 1. Sie wurde erst während der NS-Herrschaft 1943 durch den in Amstetten von den NS errichteten „Seuchenschlachthof“ zur Verwertung minderwertigen Fleisches, das vor allem für die kämpfende Front bestimmt war, abgelöst. Die Freibank hatte den Zweck, als „eine Ausschrottungsstätte für vollkommen genießbares, jedoch nicht bankmäßiges, also von Notschlachtungen herrührendes Fleisch, und ist in erster Linie bestimmt, die ärmere städtische Bevölkerung von Fall zu Fall mit billigerem, jedoch vollkommen genießbarem Fleisch zu versehen“. Sie „ist eine reine Wohlfahrtseinrichtung, keine Konkurrenz für die Fleischhauer, da die Ärmsten der Armen wohl kaum in der Lage sind, sich bankmäßiges Fleisch zu kaufen, noch ein Erwerbsunternehmen der Stadtgemeinde“.⁶¹

⁵⁸ AW 13 v. 31.3.1918, S. 8; s. dazu I.18.3.1.1 Nahaufnahme des „Eisernen Wehrmanns“ und Ausschnitt aus der „AZ“ bezgl. des Aufrufs zum Kauf im Kleinformat.

⁵⁹ AZ 25 23.6.1918, S. 11.

⁶⁰ Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S. 18 ff. AZ 24 16.6.1918 S. 5 Österreichische Kriegsanleihe, Aufruf zur Zeichnung von verschiedenen Bankinstituten; AZ 25 23.6.1918 S.7 Dauernde Aufrufe Mai-Juni 1918 im „AW“ (Hitler hat derartige Anleihen nicht eingeführt, im Wissen, dass die Menschen alles verloren haben).

⁶¹ AW 47 v. 23.11.1913, S. 23; zu den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen im Ersten Weltkrieg s. AW 1914 - 1918, bes. auch Jg. 1917. Die Einführung der Brotkarte erfolgte 1915, der Fleischkarte erst gegen Ende des Kriegs, nachdem es vorher nur eine Legitimationskarte gegeben hatte. Regelung des Brot- und Mehlverkaufs AW 6. 11.2.1917, S.12; Maßnahmen gegen die beabsichtigte Reduzierung der Milchversorgung AW 7 18.2.1917, S.10. Höchstpreise für Kartoffel, Rohzucker für Kaffeeersatz, wird geröstet und karamelisiert, einen „Schwarzen“ konnte man damit nicht machen, man hatte aber einen bitteren Geschmack hergestellt AW 11 18.3.1917, S. 9; Regelung des Milchverbrauchs im gesamten Bezirk, Kundgebung der Bürgermeister im Viertel ob dem Wienerwald, im Sitzungssaal des Rathauses St. Pölten getroffen, auch eine Abordnung aus Amstetten

Außer der Versorgung der Bevölkerung waren es vor allem die zunehmende Inflation und die Teuerungswelle, die für die nächste Zeit bis zur Währungsreform keine Beruhigung zuließen. Die Stadt selbst hatte ebenfalls im Rahmen des Gemeindevirtschaftsrats die Versorgung der Stadtbevölkerung übernommen. Aufmärsche bewaffneter Verbände, besonders rückflutender Soldatenverbände, kennzeichneten das Bild der Stadt, aber auch der anderen Ortsgemeinden.

dort am 14.3.1917, 14 AW 8.4.1917, S. 1. Es wurde keine Fleischkarte beschlossen, aus Sorge, weil die Ärmsten sie gegen bares Geld an die Reichen verkaufen würden AW 16 22.4.1917, S. 4; permanente Herabsetzung der Zuteilungsquoten und gleichzeitige Preiserhöhungen: Einschränkung des Fleischverbrauchs AW 17 29.4.1917, S. 5; Gemeinderatssitzung vom 23.4.1917 gegen neuerliche Preiserhöhung von Milch, Gemeinderat Leopold Asböck war entschieden dagegen. Er wies darauf hin, dass eines Tages von der notleidenden Bevölkerung der Laden gestürmt wird AW 19 13.5.1917, S. 11; 3.6. Kundmachung vom 24.5.1917: Freibank für die gleichmäßige Verteilung des in der städtischen Freibank ausgeschrotteten Fleisches, man hatte sich im Mehlggeschäft Heinrich Berger Hauptplatz 26 anzumelden AW 3.6.1917, S. 4; Gemeinderatssitzung vom 22.5.1917: Anmeldung der Bezieher von Fleisch bei Berger, es musste eine Legitimationskarte ausgestellt werden, die der Fleischkarte nahe kam, beschränkt auf ein Quantum von 15 Dekagramm für jedes Familienmitglied ab 6 Jahren, 10 Dekagramm unter 6 Jahren AW 21 27.5.1917, S. 12; Heizmaterialengpässe: Kohlenversorgung, neue Milchkürzungen AW 26 1.7.1917, S. 11; Kartoffelversorgung neu geregelt, 20 Millionen Meterzentner für die Versorgung, Verordnung vom 26.7. 1917 verfügte Beschlagnahme der Kartoffelernte AW 38 26.9.1917, S. 2; Bericht von der Kriegsküche, Erhöhung der Zuckerpreise, Wäschsammlung für unsere im Felde stehenden Soldaten AW 39 30.9.1917, S. 10; Herabsetzung des Zuckerverbrauchs AW 42 21.10.1917, S. 9; Kundmachung Milch-Rayonierung im Stadtgebiete Amstetten am 26.11.1917: Die freie Beziehung der Milch vom Erzeuger hört somit auf, alle Verbraucher haben in der von ihnen gewählten Verschleißstelle den Tagesbedarf zu beziehen, Verschleißstellen wurden angeführt AW 48 2.12.1917, S. 3; eine große Überschrift: „Die Milchnot“ musste öffentlich eingestanden werden; Einführung von Marmeladekarten, ab damals gab es genau festgelegte Rationierungen AW 50 16.12.1917, S. 8; „Aufruf zum Einsammeln von Brombeer- und Erdbeerblättern als Tee-Ersatz für Soldaten im Oktober 1916, weil der Armee „für die Wintermonate ein empfindlicher Teemangel drohte“, daher sollten große Mengen gesammelt und „dem patriotischen Zwecke“ zugeführt werden, es wurden auch „Sammelprämien in der Höhe von 8 Kronen für 100 Kilogramm getrockneter Blätter“ in Aussicht gestellt Plakatsammlung Josef Freihammer, STA; AZ 29 21.7.1918 S.10 Neueinschreibung für den Lebensmittelbezug; AZ 28 14.7.1918, S. 8 Information für die Fleischversorgung in Amstetten; AZ 9 3.3.1918 S. 3 Für die Einschreibung für die Kundenliste der Fleischhauer musste man sich im Rathaus anmelden. AZ 3 20.1.1918 S. 8 Am 15. Jänner 1918 wurden die Tabakpreise abermals erhöht. Die neuerliche Preissteigerung wurde von Amtswegen mit der schwierigen Beschaffung des Rohmaterials und der enormen Verteuerung desselben begründet. Außerdem gab es eine neuerliche Drosselung des Verschleißes, eine große Anzahl von Fabrikaten wurde aufgelassen. AZ 28 14.7.1918 S.8 Ständig gab es den Streit um die Zuteilung von Fleisch. So hatte sich im Juli 1918 das Gerücht in der Bevölkerung verbreitet, wegen Mangels müsste die Zuteilung aus dem Kontingent der Zivilbevölkerung bestritten werden, was eine Schmälerung der Fleischration bedeutet hätte. Es werde besonders billig für den Mittagstisch der Soldaten angeboten. Der Kontrollor der nö. Viehverteilungsstelle, Amstetten, Veterinärarzt Franz Markiel, konnte dieses Gerücht entkräften. Die Kriegsküche habe eine eigene Zuteilung von Rindern Anfang an- Die Behörde musste derartige Einrichtungen unter allen Umständen unterstützen, weil ja den Kriegsküchenbesuchern auch die Fleischkarten abgenommen werden. Die Offiziere der Truppentransporte kamen im Bahnhofsrestaurant zur Abspeisung. Fleisch wurde in den letzten Monaten nicht mehr aus dem Zivil-, sondern aus dem Militärkontingent entnommen. Neuerliche Mehl- und Brotpreiserhöhung AZ 6 9.2.1919, S. 1; Sitzung des Gemeindevirtschaftsrats am 27.2.1919: Kartoffelzuweisung, Fleischversorgung, Aktion „Bekleidung armer Kinder“: Wenn es Aktionen gab bzw. sie angekündigt wurden, waren sie nur für Kinder gedacht. Es waren aber ganze Familien betroffen. Verpflegung der Volkswehr, Maßnahmen gegen Schleichhandel, Schwarzmarkt AZ 10 9.3.1919, S. 8.

Zurückflutende Soldaten und die zusammenbrechende industrielle Infrastruktur führten zu einer steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Erleichterung für die Betroffenen brachte die Errichtung eines eigenen Arbeitsamtes bzw. „Arbeitslosenamtes“ in der Stadt Amstetten für den gesamten politischen Bezirk, sodass der übergroße Arbeitsmarktbezirk des Arbeitsamtes St. Pölten, zu dem der politische Bezirk bisher gehört hatte, verkleinert werden konnte, die Arbeitsmarktverwaltung jetzt für den Einzelnen eine leichter erreichbare Anlaufstelle hatte. Dieses „Arbeitslosenamt“ als „Arbeitslosenvermittlungsstelle“ für einen Teil des politischen Bezirks in der Stadt Amstetten wurde noch im November 1918 errichtet. Die „AZ“ vom 24. November 1918 brachte die diesbezügliche Meldung: „Die industrielle Bezirkskommission für den Aufsichtsbezirk des Gewerbeinspektorats St. Pölten hat in Amstetten, Innere Wieden 11, ein Arbeitslosenamt errichtet, welches die Gerichtsbezirke Amstetten, Haag und St. Peter i.d.Au umfaßt.“ Bei der Arbeitsvermittlungsstelle sollten die Anträge auf die „vom Staat gewährte Arbeitslosenunterstützung“ eingebracht werden.⁶²

1.2.4.2. Die Vorfälle am 4. und 5. Jänner 1919 in Amstetten

Ein Zeichen, die Öffentlichkeit wachzurütteln, waren die „Hungerdemonstrationen“ der Amstettner Industriearbeiter gemeinsam mit ihren Frauen und Kindern, die die emotionale Komponente des Protests unterstreichen sollten, aber auch der Arbeiter aus den Industriebetrieben des Ybbstals. Es gab bereits zu Beginn der Ersten Republik im politischen Bezirk eine erste „Hungerdemonstration“, in deren Rahmen es zur Erstürmung der Bezirkshauptmannschaft Amstetten durch die Demonstranten kam. Weitere Hungerdemonstrationen in den 1920er und 1930er Jahren sollten folgen. Es wäre in der Umbruchsphase die Aufgabe der noch aus der Monarchie übernommenen Bezirksverwaltungsbehörde unter Leitung des bürgerlichen Juristen Dr. Moritz Willfort gewesen, sukzessive die Agenden der notbedingten Übergangseinrichtungen, vor allem der seit 1917 bestehenden Gemeindewirtschaftsräten bzw. des Bezirkswirtschaftsrats, was vor allem die Lenkung der den gesamten politischen Bezirk betreffenden Versorgungsmaßnahmen zur Folge gehabt hätte, zu übernehmen. Es klappte weder die Versorgung der Industriearbeiter Amstettens noch des Ybbstals.

Die erste schwere Belastungsprobe für die Bezirkshauptmannschaft Amstetten brachte der Hunger des Jahres 1919, verschärft durch den strengen Winter. Es waren die ständigen Verteuerungen der Grundnahrungsmittel, die die vorherrschende Hungersnot für viele unerträglich machten und am 4. Jänner 1919 zu einer Demonstration gegen die Bezirkshauptmannschaft Amstetten führten, die in die Lokalgeschichte als „Amstettner Fenstersturz“ bzw. „Beinahe-Fenstersturz“ einging, obwohl laut vorliegender Quellenlage niemand aus einem Fenster geworfen wurde. Sehr wohl gab es aber die Androhung. Die Bezirkshauptmannschaft hatte in der Linzerstraße ein eigenes Lebensmittellager, von der Bevölkerung spöttisch-sarkastisch als „Beamtenkonsum“ bezeichnet, eingerichtet, das ein für die

⁶² AZ 47 v. 24.11.1918, S. 4.

damalige Notzeit luxuriöses Warenangebot nur für die Beamtenschaft enthielt. Dies hatte sich in der Bevölkerung herumgesprochen, in ihren Augen erschien dies als ein Privileg für die Beamten, hier Nahrungsmittel, an die die notleidende Bevölkerung nicht einmal denken konnten, zu erhalten. Dem Verfasser liegen mehrere Berichte vor, einer von einem glaubwürdigen Berichterstatte, der sich noch auf Augenzeugenberichte berufen konnte. Deshalb, so schildert Ernst Werner, „marschierte ein Zug von Leuten, Arbeitern, aus den Böhlerwerken nach Amstetten. Die Menge stürmte das Konsumgeschäft und warf die Waren auf die Straße. Auch die Bezirkshauptmannschaft Amstetten wurde belagert. Frauen drangen in das Amt ein, stürmten das Amtszimmer des Bezirkshauptmannes und warfen einen Teppich auf die Straße mit der Drohung, den Bezirkshauptmann selbst gleich nachzuwerfen.“ Bezirkshauptmann Moritz Willfort konnte mit den Demonstranten verhandeln und „die Demonstranten mit der Freigabe eines 1/8 kg. des rationierten Mehls beruhigen“. Es muss eine Sonderabgabe je Person gemeint gewesen sein. Angeblich waren die Demonstranten „vor allem deshalb so erregt, weil eine im zweiten Stock der Bezirkshauptmannschaft Amstetten herabschauende Frau auf sie gespuckt haben soll, was natürlich die Emotionen hochgehen ließ“. Diese wurde „auch erfaßt und an den Haaren gezerrt.“ Er meinte aber, dass der „Beinahe-Fenstersturz von Amstetten“ unbestreitbar sei. Freihammer spricht von 1.500 Teilnehmern an dieser Hungerdemonstration, in deren Verlauf „sogar sozialdemokratische Gemeinderäte und Mitglieder des Wirtschaftsrates mißhandelt wurden“. Neben den augenscheinlichen Privilegien der Beamten sollen vor allem die unzulängliche Milchlieferung und die Fleischverteuerung der eigentliche Anlass gewesen sein.

Es gab damals ein revolutionäres Potenzial auf der „linken“ Seite, wobei auffallend viele Frauen als unmittelbar Betroffene engagiert waren. Die Führer der revolutionsbereiten Gruppen werden aber nicht genannt. Die sozialdemokratischen Funktionäre waren jedenfalls gemäßigt und griffen beruhigend ein. Es ist ihnen zu verdanken, dass es zu keinen revolutionsartigen Ausbrüchen kam. Ein Vorspiel zur großen „Hungerdemonstration“ vom 4. Jänner 1919, dem „Beinahe-Fenstersturz“ Amstettens, gab es schon elf Monate vorher. Dass Frauen immer stärker sowohl in der letzten Phase des Weltkriegs als auch zu Beginn der neuen Republik in das politische Geschehen eingriffen, beweist bereits der 3. Februar 1917, als eine „Frauenversammlung“ auf dem Hauptplatz vor der k.k. Bezirkshauptmannschaft stattfand. „Hauptsächlich Frauen“ protestierten, „um bei der Behörde die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu erwirken.“ Mehrere Deputationen, darunter die Vorstände des Arbeitervereins und des Konsumvereins, Ackerl und Schmidt, begaben sich zum Leiter der k.k. Bezirkshauptmannschaft Dr. Friedrich Graf Larisch von Mönnich (seit 28. September 1916), berichteten über den Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln und trugen die Wünsche der Einwohnerschaft vor und „die dringenden Bitten um Abhilfe“. Larisch versprach „diese Kalamitäten“ abzustellen. „Die mehrere hundert Köpfe zählende Menge, die sich in begreiflicher Aufregung

befand, aber gewiß keine drohende Haltung einnahm, zerstreute sich um die Mittagsstunde.“ Es gab keine Zwischenfälle, die das Eingreifen der Gendarmerie erfordert hätten. Es wurde von der Redaktion damals die Hoffnung ausgesprochen, „daß es der Behörde endlich gelingt, recht bald die Bevölkerung, besonders aber die minderbemittelten Klassen, welche auf die unentbehrlichsten Lebensmittel angewiesen und sich keinen Ersatz zu schaffen in der Lage sind, versorgen zu können.“⁶³

Als die Milchversorgung in der Stadt nicht mehr funktionierte, gab es gegen Ende März 1917 eine Demonstrationsversammlung auf dem Hauptplatz Amstetten. „Sonntag den 25. März versammelten sich auf dem Hauptplatze von Amstetten Tausende von Menschen, um gegen die Verordnung des Statthalters von Niederösterreich vom 14. März 1917 betreffend die Regelung des Milchverbrauchs mit Ausnahme von Wien Protest einzulegen.“ Auf Wunsch der Versammelten begaben sich Bürgermeister Kubasta, Landtagsabgeordneter Zerdik und Gemeinderat Falk auf den Balkon des Hotels Kunze und nahmen von dort zu den Fragen Stellung. Zuerst richtete Gemeinderat Falk an die Anwesenden die Bitte, „sich jedweder Ausschreitungen zu enthalten, damit die Demonstration ernst und würdig verlaufe und dadurch einen umso größeren Eindruck auf die Behörden mache.“ Dann sprach Zerdik „unter lautloser Stille“ über die Verordnung, die „das Gedeihen jeder Familie, ob arm, ob reich, jedes Mitgliedes derselben, vom Kinde bis zum Greise, in schwerster Weise bedrohe.“ Es ging wieder um eine weitere Reduktion: „Nach dieser Verordnung soll ein Kind im ersten Lebensjahre 1 Liter, ein solches im zweiten Lebensjahre $\frac{3}{4}$ Liter, ein Kind von zwei bis sechs Jahren $\frac{1}{4}$ Liter und eine Person über sechs Jahren $\frac{1}{8}$ Liter als maximales tägliches Milchquantum erhalten.“ Zerdik wies darauf hin, „daß die wichtigsten Nahrungsmittel der breiten Schichten, Brot, Mehl und Kartoffel, in einem so ungenügendem Maße in den Konsumzentren auf dem flachen Lande zur Zuweisung gelangen und daß die verschiedenen Fleischsorten und Fettstoffe eine so schwindelnde Preishöhe erreicht haben, daß alle diese Nahrungsmittel für eine halbwegs genügende Ernährung der breiten Bevölkerungsschichten kaum mehr in Betracht kommen und daß als einziger Ersatzstoff für all diesen Mangel nur die Milch bleibt.“ Er beklagte auch den Mangel an „entsprechend eingerichteten Milchsammelstellen“ und wies auf die Gefahr hin, „daß immer breitere Schichten der Bevölkerung von der furchtbaren Krankheit der Tuberkulose erfaßt werden.“ Außerdem deponierte er die Forderung, „daß nicht immer Niederösterreich allein zur Approvisionierung Wiens hauptsächlich herangezogen werde“. Die von ihm zur Verlesung gebrachte Entschließung sollte von einer Deputation dem Ernährungsminister und dem Statthalter vorgelegt werden. Darin war u.a. enthalten, „daß von der Sammlung als tägliche Verbrauchsmenge an Milch für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr 1 Liter, für Personen über zwei Jahren $\frac{1}{2}$ Liter gefordert wird.“ Der basisdemokratische Prozess, der zum ersten Mal die versammelte Einwohnerschaft in den Prozess

⁶³ AW 5 4.2.1917, S. 11.

zur Erstellung einer Resolution miteinbezog, wurde durch eine erstmalige öffentliche demokratische Abstimmung fortgesetzt: Die Resolution wurde einstimmig angenommen, in die Abordnung wurden folgende Frauen und Männer gewählt: „Frau Landesgerichtsrat Jessernigg, Gastwirtsgattin Frau Refenner und Kondukteursgattin Frau Graf“, Bürgermeister Kubasta, Abgeordneter Zerdik und Gemeinderat Falk. Zerdik brachte abschließend, von seiner deutschnationalen Gesinnung geleitet, obwohl Christlichsozialer, noch ein zusätzliches Argument gegen die Herabsetzung der Milchzuteilung, indem er darauf hinwies, „daß die in Rede stehende Verordnung auch eine nationale Gefahr für das deutsche Volk bedeute, weil sie für eines der wenigen rein deutschen Kronländer erlassen worden sei.“ So wie später den NS schwebte ihm der drohende „Volkstod“ vor Augen. „Das deutsche Volk habe in diesem Kriege die größten Opfer an Gut und Blut gebracht und keine der übrigen Nationen in der diesseitigen Reichshälfte habe so einheitlich das Bekenntnis zum Staate abgelegt wie die deutsche Nation. Sie hat in diesem Kriege bewiesen, daß sie das Rückgrat des Staates ist.“ Angesichts der Erkenntnis „furchtbar sind die Reihen gelichtet“, fügte er hinzu: „Bei dieser Erschütterung des Menschenbestandes, der staatserhaltendsten aller Nationen der Monarchie, müsse die Regierung vom Standpunkte des Staates aus alles aufwenden, um die restlichen Bestände der deutschen Nation im Hinterlande zu hegen und zu pflegen, soweit es nur immer möglich ist, und ihre ganze Aufmerksamkeit dem kostbarsten Gute, dem Nachwuchs, dem Kinde, zuwenden.“ Die Maßnahmen der NS zur Hebung der Geburtenquote in Österreich nach dem „Anschluss“ erfüllten den hier mehr als 40 Jahre vorher bereits ausgesprochenen Wunsch. In dieser Auffassung fühlte er sich „dem deutschen Dichter im Priesterrocke Kernstock, welcher die deutsche Nation mit der Eiche im Walde der übrigen Nationen verglichen und ausgerufen hat, verbunden:

Daß man deine Eiche schone,
Kaiseradler, habe acht!
Denn in dieses Baumes Krone
Hat der Herr dein Nest gemacht.
Schau den tückischen Gesellen
Tatenlos nicht länger zu,
Laß des Waldes Stolz nicht fällen,
Denn, wenn er fällt, fällst auch du!“

Die Versammlung dankte „in stürmischem Beifall“ dem Redner und Vortragenden.⁶⁴

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Aktivitäten der internationalen sozialistischen Frauenbewegung, die auch in der Habsburgermonarchie in Wien zu Frauendemonstrationen anlässlich des seit 1911 eingeführten Frauentages und des 1. Mai führten, zur systematischen

⁶⁴ AW 13 1.4.1917, S. 1. Der „AA“ 1936-1938, das Lokalblatt der „illegalen“ NS, war voll von Warnungen der als bedrohlich kolportierten Vorstellung vom deutschen „Volkstod“.

gesellschaftlichen Aufwertung der Frau in Sinne der Gleichberechtigung wesentlich beitrugen. Vor allem der Erste Weltkrieg brachte hier eine entscheidende Zäsur: Die Rolle der Frau an der inneren Front und die damit verbundenen unabdingbaren Aufgabenstellungen wie Einsatz in der Rüstungsindustrie und in der beinahe zusammenbrechenden Versorgungswirtschaft, besonders der Betreuung und Verpflegung der Kriegsheimkehrer, bewirkten ein vorerst radikales Umdenken auf gesellschaftlicher und politischer Ebene, das aber in der Zwischenkriegszeit wieder von Rückschritten durch den autoritär-faschistischen „Ständestaat“ und durch den Nationalsozialismus geprägt war. Den sozialdemokratischen Vorkämpferinnen (oft in der Art der englischen Suffragetten, zu denen auf kommunaler Ebene auch die Amstettnerin Katharina Graf gehörte) schlossen sich auch aus Solidarität die christlichsozialen Frauen, die in der Regel in sozialkaritativen Vereinen tätig waren, an. Dazu kamen auch angesichts der Krisensituation gegen Ende des Ersten Weltkriegs. Frauen aus der gehobenen bürgerlichen Mittelschicht. Sie alle zeigten sich solidarische, wenn es um die zusammenbrechende Versorgung der Einwohnerschaft ging, und waren sogar bereit, in öffentlichen Demonstrationen auf dieses gravierende Problem aufmerksam zu machen und sogar entsprechende, damals für Frauen untypische Aktivitäten zu setzen. Dies belegen die Vorfälle vom 4. und 5. Jänner 1919. Der „Kampf auf der Straße“ gemäß revolutionären Vorbildern, aber auch das politische Engagement durch Teilnahme an Delegationen zu den verantwortlichen höheren politischen Gremien gehörten in der Wendezeit der Jahre 1918/1919 zu den selbstverständlichen und von der immer noch dominierenden Männerwelt akzeptierten Tätigkeitsbereichen der Frauen aller gesellschaftlichen Lager und politischen Parteien. Sicherlich waren die sozialdemokratisch organisierten Frauen federführend, aber aufgrund der berichteten Massenaufläufen muss vorausgesetzt werden, dass sich die christlichsozial, vielleicht auch die deutschnational organisierten Frauen solidarisch erklärt hatten, gerade in prekären Situationen, wenn es um existenzielle Fragen ging.

Es war nach dem 4. Jänner 1919 und der nochmaligen Plünderung am 5. Jänner 1919 eine zweite große Demonstration für den 8. Jänner 1919 geplant, die bedrohliche Ausmaße angenommen hätte. Sie stand bereits vor der unmittelbaren Ausführung. Es war ein „ähnlicher Aufzug, nur stärker, durch bedeutende Zuzüge von auswärts“. Hier wären die Industriearbeiter aus dem Ybbstal als Verstärkung zum „Einsatz“ gekommen. Nur durch den Einsatz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner und durch den unter sozialdemokratischer Führung stehenden Gemeindewirtschaftsrat gelang es, diese in weitaus größerem Ausmaß geplante Demonstration „hintanzuhalten“. Auffallend war, dass „viele Frauen mit Körben und Taschen sich bereits darauf vorbereitet“ hatten, um für den Fall, dass „wieder Plünderungen vorkämen, zum Empfang solcher Waren rechtzeitig zur Stelle zu sein und die

„Verteilung“ sofort vornehmen zu können“. Diese Vorbereitung galt auch für die zweite Plünderung am 5. Jänner.⁶⁵

Der Gemeindevirtschaftsrat machte in seiner außerordentlichen Sitzung vom 5. Jänner 1919 eine Eingabe an die Landesregierung bzw. an das Staatsamt für Volksernährung „zum Zwecke der Herabsetzung des Preises für Schweine- und Rindfleisch“: „Hoffentlich nicht ohne Erfolg.“

Grundsätzlich gehörte zu den Aufgaben dieser „Wirtschaftsräte“ die Brot- und Meherversorgung, die Sorge um den Fleischvorrat und die Fleischpreise, die Milch- und Butterpreise. In der ersten Oktoberhälfte 1918 hatte man die „neuerliche Kürzung der Fleischquote“ akzeptiert, nämlich „25 % für Spitäler, 50 % für Gasthäuser, Hotels“ akzeptieren müssen. Anliegen war auch ein anderes Grundbedürfnis, nämlich die Versorgung der Bevölkerung mit entsprechender Kleidung, vor allem wenn es in der kalten Jahreszeit um die Kinder verarmter Familien ging.⁶⁶

Der Gemeindevirtschaftsrat kümmerte sich auch um die Bekleidung armer Kinder, wobei der Mangel an Kleidern besonders bei der Schuljugend festgestellt werden konnte: „Viele Kinder gehen tatsächlich in Lumpen gehüllt und nicht selten wird das Ausbleiben vom Unterricht damit begründet, daß die Geschwister abwechselnd dieselben Kleider und Schuhe tragen müssen.“ Über das Einwirken des Gemeindevirtschaftsrats wurden von Kindern „besser bemittelter Familien Wäsche- und Kleidungsstücke an arme Kinder“ abgegeben. Der Bezirksarmenrat „brachte 50 Anzüge zur Verteilung“. Außerdem sollten aus Gemeindemitteln und durch eine Sammlung größere Beträge aufgebracht werden, durch welche „die beim Staatsamt für soziale Fürsorge angesprochene Stoffmenge bezahlt würde“. Man vertraute dabei „auf den bewährten Wohltätigkeitssinn der Bevölkerung“.⁶⁷

Das Zusammenfallen verschiedener Notlagen trug zur aufgebrauchten und aufgestauten Stimmungslage bei, der nur mehr der zündende Funke fehlte, wie dies am 4. Jänner der Fall war. Zu diesen Vorfällen am 4. und 5. Jänner liegen die Berichte der Lokalzeitung „AZ“ vor, die in diesem Fall immer stärker unter Kuratel der Bezirkshauptmannschaft gestellt wurde, nachdem sie im ersten Artikel ziemlich offen berichtet hatte. Ob vielleicht doch einige von den Bediensteten der Bezirkshauptmannschaft aus den untersten Fenstern des Rathauses „geworfen“ (bzw. aus dem Fenster gesprungen sind und unverletzt blieben) oder wenigstens aus den Räumen auf die Straße getrieben wurden, später sprach man, wie erwähnt, vom „Amstettner Fenstersturz“ oder wie Werner vom „Beinahe-Fenstersturz“, muss offengelassen werden. Das Lokalblatt erwähnt jedenfalls davon nichts.

⁶⁵ AZ 3 19.1.1918 S. 4.

⁶⁶ AZ 40 6.10.1918 S. 9. AZ 41 13.10.1918 S.9 neuerliche Kürzung der Fleischquote, 25 % für Spitäler, 50 % für Gasthäuser, Hotels. AZ 9 2.3.1919 S.5 Gemeindevirtschaftsrat sorgt sich u.a. um die Bekleidung armer Kinder, Protokoll der Sitzung vom 27.2.1919.

⁶⁷ AZ 13 30.3.1919, S.5.

1.2.4.3. „Der gewaltsame Volksaugenschein“ der „Volksmenge“ in Amstetten

„Der gewaltsame Volksaugenschein“ ließ sich zu Folgendem hinreißen: Laut Bericht der „AZ“ vom 12. Jänner 1919 fand in Amstetten am 4. Jänner 1919 eine „Demonstration gegen die Teuerung. Ruhiger Beginn.-Stürmisches Ende.“ statt.⁶⁸ „Am 4. Jänner 1919 versammelte sich gegen 3 Uhr Nachmittag am oberen Hauptplatz vor dem Rathaus eine große Menschenmenge, bis in die Rathausstraße, auf einer Seite Männer-auf der anderen Seite Frauen, eine Volksmenge von ungefähr 1.500 Personen insgesamt. Sie brachte ihre Unzufriedenheit über verschiedene Mißstände in der Approvisionierung der Stadt zum Ausdruck.“ Konkreter Anlass zu dieser Demonstration („von vollkommen verlässlicher Seite“ mitgeteilt) war folgender: „Schon längst wurde es in der Bevölkerung, besonders aber unter den Arbeitern und deren Frauen übel vermerkt, daß für die hier angestellten Zivil-Staatsbeamten seinerzeit eine eigene Organisation ins Leben gerufen wurde, kraft deren sie sich eine Bevorzugung im Lebensmittelbezug gegenüber anderen minderbemittelten Familien der Stadt sicherten.“ Sicherlich funktionierte die Verteilung nur „auf Kartenbezug, aber die Organisation verschaffte ihnen Aushilfen an Lebensmitteln, hatte ein eigenes Lebensmittelmagazin“, das „wie der gewaltsame Volksaugenschein erwies“ auch „reichlich ausgestattet“ war. Das dürfte der Hauptgrund des spontanen Protests gewesen sein. Dazu kam aber noch die letzte Milchpreiserhöhung, die verminderte Milchzufuhr, die eine Reduzierung in der Zuteilung von Milch zur Folge hatte. Außerdem wurde Aufklärung über die Verwendung der am Amstettner Bahnhof von Polizeikräften den Schleichhändlern abgenommenen Lebensmittel verlangt, die „ganz einfach verschwunden“ waren. Die „über Nacht eingetretene Fleischverteuerung“ verstärkte ebenfalls den Unmut der Bevölkerung. Die Amstettner Vertreter der Sozialdemokratie nahmen sich der Sache an: Sie waren in dieser Situation aber nicht revolutionsbereit, im Gegenteil, sie versuchten zu vermitteln und griffen beruhigend ein. Dahinter stand ein bereits aufflammender Spannungszustand zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten auf kommunaler Ebene, weil für die prekäre Versorgungssituation in der Stadt die Christlichsozialen verantwortlich gemacht wurden, an ihrer Spitze der Bezirkshauptmann Dr. Moritz Willfort und die christlichsozialen Gemeindevertreter, die sich angesichts der Vorfälle in keiner Weise engagierten. Ziel des Protests war die Bezirkshauptmannschaft im Rathaus. Der Gemeindevirtschaftsrat wurde von ihr als Vermittler eingeschaltet. Vor allem die sozialdemokratischen Vertreter waren angesprochen. „Hauptmann Josef Mitterbacher-Degenhardt als Obmann des Wirtschaftsrates, Frau Käthe Graf als Mitglied desselben, Gemeinderat Eisl als Vertrauensmann der Arbeiterschaft, Gemeinderat Falk machten sich als Führer

⁶⁸ AZ 2 12.1.1919 S.3. S. auch Bericht AA 20 17.5.1994 S. 8. Laut Volkszählung vom 7.3.1923 gab es in Amstetten: 748 Häuser und Einwohner 8.344 (bei der Volkszählung 1831 wurden 103 Häuser und 732 Einwohner verzeichnet, laut Volkszählung 22.3.1934 gab es 969 Häuser, vorhandene Haushaltungen 2662, Summe der anwesenden Bevölkerung 9416, davon männlich 4547, weiblich 4869, Summe der Ausländer unter Wohnbevölkerung: 141.

einer Deputation erbötig, um die Anliegen der Volksmenge an den Bezirkshauptmann heranzutragen. Diese Deputation, der sich neun weitere Herren anschlossen, begab sich zum Amtsleiter der Bezirkshauptmannschaft Dr. Willfort, um bezgl. der Übelstände zu intervenieren.“ Wer die „neun weiteren Herren“ waren, wird nicht erwähnt, weshalb offen gelassen werden muss, ob auch nichtsozialdemokratische Gemeindevertreter dabei waren. Laut Bericht in der „AZ“ zeigte er „Geneigtheit, Abhilfe zu schaffen“. Die laufenden Verhandlungen wurden aber „durch das Eindringen ungestümer Elemente in die Amtsräume vor ihrem Abschluß gestört und es kam am Verhandlungsort zu turbulenten Szenen. Das Eindringen der Leute in die Amtsräume soll angeblich dadurch verursacht worden sein, daß von einzelnen an den Kanzleifenstern stehenden Mädchen die auf der Straße stehende Menge durch höhnische Gesten provoziert wurde, daß die Intervention resultatlos verlaufen sei-woran sie eigentlich durch ihr unruhiges Verhalten selbst schuldtragend war. Dadurch wurde die Menge derart erregt, daß einzelne Personen sich an den unter ihnen befindlichen Parteigenossen, öffentlichen Funktionären, die beschwichtigend einwirken wollten, tätlich vergriffen. So wurde u.a. Herr Fellingner zu Boden geworfen und getreten, die Herren Mitterbacher-Degenhardt und Zemanek erhielten Schläge ins Gesicht, alle drei Gemeinderäte gehörten der sozialdemokratischen Partei, also der Partei der Demonstranten, an. Diese zogen hierauf vor das Lebensmittelmagazin der Staatsbeamten, sprengten die Türen auf und plünderten die dortigen Vorräte. Große Mengen Mehl wurden dabei verstreut, Kisten erbrochen und der Inhalt an die Anwesenden geworfen. Mit einem Wagen wurden Lebensmittel weggeführt. Die Aufregung der Menge dauerte bis in die späten Abendstunden an. Am 5. Jänner (Sonntag) wurden aus dem Magazin weitere Lebensmittel entnommen und verteilt.“ Interessant ist folgende abschließende Bemerkung dieses ersten Berichts in der „AZ“: „Den Führern der Demonstration ist in diesem Falle der Einfluß auf die Menge verloren gegangen. Für die späteren Vorgänge auf der Straße können sie eigentlich nicht verantwortlich gemacht werden. Das Verhalten der sozialdemokratischen Vertreter war auch hernach ein korrektes, was schon daraus hervorgeht, daß Herr Gemeinderat Falk, an den das Ansinnen gestellt wurde, die vom Magazin entnommenen Vorräte zu verteilen, dieses Ansinnen mit der Begründung von sich wies, daß er sich mit unrechtmäßig entnommenem Gut nicht die Hände beschmutzen wolle. Gemeinderat Falk versicherte, dass die bestehenden Übelstände abgestellt werden, soweit es die Möglichkeit erlaubt.“

Dem bisherigen Geschehen ist zu entnehmen, dass der Auflauf der „Volksmenge“ spontan geschah und bedrohliche Ausmaße annahm. Die Sozialdemokraten boten sich als Vermittler an, waren die Initiatoren der Deputation mit einer Petition an den Bezirkshauptmann. In führender Funktion sprachen deren Funktionäre beim Bezirkshauptmann vor, ließen aber gleichsam als Rückendeckung und Druckmittel die demonstrierende Menge auf dem Hauptplatz auf das Verhandlungsergebnis warten. Die Demonstration war ihnen aber entglitten, die aufgebrachte „Volksmenge“ hatte sich

verselbständigt und agierte ohne Führung, vor allem was die Plünderungen am Samstag, dem 4. Jänner, und am Sonntag, dem 5. Jänner, betraf. Durch Einflussnahme des Wirtschaftsrats und der sozialdemokratischen Politiker konnte eine Ausweitung der Proteste verhindert werden. Dass das Plünderungsziel der aufgebrachten Menge, der in der Bevölkerung bekannte „Beamtenkonsum“, ein riesiges Sonderlager mit angehäuften Lebensmittelvorräten war, obwohl die hungernde Bevölkerung immer mehr reduzierte Quoten gegen sich ständig erhöhende Preise, oft aber gar nichts für ihre Bezugsmarken bekam, beweist die selbstentlarvende Aufzählung eines Bezirkshauptmannschaftsberichts. Die Sichtweise der Bezirkshauptmannschaft lässt sich aus der dem ersten „AZ“-Bericht folgenden amtlichen Verlautbarung zur „Teuerungsdemonstration“, „Aufruf der Bezirkshauptmannschaft an die Bevölkerung“ vom 9. Jänner 1919, ersehen: „Während die Anführer der am letzten Samstag veranstalteten Teuerungsdemonstrationen in den Amtsräumen zur Beratung über die Ernährungsfrage versammelt waren, stürmte eine größere Menschenmenge, beunruhigt und aufgeregt durch gewissenlose Ausstreuung unwahrer Gerüchte, mit Brachialgewalt die Amtsräume; den Tumult ausnutzend haben jugendliche Elemente dort das Mobiliar beschädigt, Teppiche und Amtsschriften im Übermut auf die Straße geschleudert, Amtseinrichtungsgegenstände entwendet und die Beratungen durch Lärmen und Schreien unmöglich gemacht. Ein irregeleiteter Teil der Bevölkerung ist am Abend dieses Tages in das kaufmännisch geführte, versperrte Lebensmittellager der Staatsbediensteten mit Gewalt eingebrochen und hat dort 1000 kg. Salz, 6 Kisten Seife, 10 Kisten Feigen, 27 Säcke Roggenmehl, 7 Säcke Weizenmehl, 1 ½ Sack Weizenkochmehl, 2 ½ Fässer Heringe, 2 Waagen samt Gewichten, Werkzeuge, 9 kg, Paprika und diverse andere Einrichtungs- und Bedarfsgegenstände geraubt, das gestohlene Gut unter die Plünderer verteilt. Weiters wurden 34 Kisten dem Bezirk Amstetten gehörige Teigwaren geraubt, wovon 30 Kisten für stillende Mütter, Kinder- und Suppenanstalten sowie Mindestbemittelte bestimmt waren. Die Beteiligung dieser Bedürftigsten ist daher unmöglich gemacht. Der entstandene Schaden von 14.000 Kronen belastet den deutsch-österreichischen Staat.“ Die für viele für den Lebensunterhalt unerschwinglich gewordene laufende Teuerung wurde eingestanden, es gab aber auch eine der wenigen konkreten Hinweise auf die Teilnehmer der Protestaktion, die revolutionsähnliche Zustände hervorrief: „Die allgemeine Teuerung ist gewiß beklagenswert, darf aber nicht zum Anlass derartiger Aktionen benutzt werden. Alle diejenigen aber, welche zur Selbsthilfe, zum Plündern auffordern, gegen die Behörden hetzen, wollen bewußt die Ruhe und Ordnung stören und die Bildung und den Aufbau der Freiheit Deutschösterreichs erschweren. Die Gesamtbevölkerung wird daher aufgefordert, sich von gewissenlosen Elementen nicht verhetzen, sich zu Ausschreitungen nicht hinreißen zu lassen und derartige Aufzüge und Ansammlungen zu unterlassen, weil deren Folgen unabsehbar sind. Charakterschädigend und darum tief bedauerlich

war (sic!) die Teilnahme schulpflichtiger Kinder und deren Verwendung zum Abholen gestohlener Waren.“

Der Gemeindewirtschaftsrat wurde von der Bezirkshauptmannschaft beauftragt, sich mit den „erforderlichen Aufklärungen“ und den „gestörten Beratungen“ auseinanderzusetzen. Er hatte jedenfalls bewirkt, dass eine geplante zweite Demonstration für den 8. Jänner 1919 nicht stattfand.⁶⁹ In der „AZ“ vom 19. Jänner 1919 findet sich überraschend ein Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Amstettner Neidgesellschaft oder Privilegiengesellschaft? Demonstration gegen Teuerung“, der die Ursachenlage bzw. Schuldfrage offen lässt, aber sichtlich gezwungenermaßen eine neue Version der Bezirkshauptmannschaft brachte. Folgendes musste nun als offizielle Version eingestanden werden: „In der letzten Ausgabe wird das Lebensmittellager der Staatsangestellten betreffend behauptet, daß sich die Mitglieder derselben eine Bevorzugung im Lebensmittelbezug sicherten.“ Dies musste nun von der Redaktion als unrichtig eingestanden werden. Es wurde „nun berichtet, daß mit dem Inslebenrufen dieser Organisation, welche auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, RGBl. Nr. 307, angeordnet wurde, auf eine bessere Verpflegung nicht abgesehen war.“ Es sei „gerechtfertigt, dass die Zivil-Staatsangestellten ebenso ein eigenes Lebensmittellager besäßen wie die Angestellten der Eisenbahn, die Fabriksangestellten und Arbeiter.“ Die Schaffung des Lebensmittellagers für Staatsangestellte in Amstetten war „eine rein soziale Fürsorge und Wohlfahrtsunternehmung für die im Staatsdienste und in anderen öffentlichen Diensten stehenden Personen, weil ihr Einkommen nicht die Höhe erreichte, dass sie sorgenlos leben konnten. (...) Diese trugen ihre Sorgen ruhig und willig, da sie wußten, daß sie mit Schreien und Skandalen nichts ändern konnten.“ Der Vorwurf der auffallend „reichlichen Ausgestaltung des Lebensmittellagers“ wurde damit entkräftet, „dass mit dem vorgefundenen Mehl zur Versorgung der Mitglieder 261 Köpfe 2 Monate das Auslangen finden mussten, alle anderen staatlich bewirtschafteten Artikel wurden genau nach Vorschrift gegen Karte und Kopfbzahl abgegeben. Es wurde noch ergänzt, dass die Mitglieder dieser Organisation nicht nur Zivil-Staatsbeamte waren, sondern sich auch auf folgende Berufe verteilten, und zwar Staatsbeamte und Pensionisten 125, Lehrer und Pensionisten 27, Gemeindeangestellte und Pensionisten 23, Gendarmerie und Pensionisten 19, Aushilfsangestellte 9.“⁷⁰

Auffallend ist der Schwenk der Lokalzeitung innerhalb von drei Berichten. Es dürfte vonseiten der Bezirkshauptmannschaft eine Intervention zugunsten der Versorgungsprivilegierten in der Redaktion erfolgt sein, für die Hortung von Lebensmitteln der gehobenen Klasse (für die damalige Zeit), die die Bezirkshauptmannschaft zu verantworten hatte. Die „AZ“ zog sich geschickt aus der Affäre, indem sie mit der Schlagzeile des letzten Artikels „Amstettner Neidgesellschaft oder Privilegiengesellschaft?“ den Fall offenließ. Als einzige Begründung für den Protestanlass einigte man sich auf „Demonstration

⁶⁹ AZ 2 12.1.1919 S. 3.

⁷⁰ AZ 2 12.1.1919, S. 3; AZ 3 19.1.1919 S. 4.

gegen Teuerung“. Die letztlich veröffentlichten fadenscheinigen Begründungen für die eindeutige Vorteilslage sollten den Beweis dafür bieten, dass der „Beamtenkonsum“ zu Recht bestand. Die Selbstentlarvung wird aber im vorgelegten Text deutlich, wenn sich die Bezirkshauptmannschaft auf das „Gesetz vom 24.7.1917“ berief, das für die Kriegssituation in wirtschaftlichen Belangen das Notverordnungsrecht vorsah. Dass auch eine Kommunalbehörde wie die Bezirkshauptmannschaft auf dieser legislativen Basis Notverordnungen erlassen konnte, ist aus dem Gesetzestext nicht ersichtlich. Eher ist von einer anmaßenden und issbräuchlichen Auslegung bzw. Anwendung dieses Gesetzes in der bestehenden Friedenszeit auszugehen, die gezielte Täuschung der Bevölkerung in der damaligen Situation ist offensichtlich. Derartiges Verhalten der obersten Kommunalbehörde konnte einem beginnenden Demokratisierungsprozess nur abträglich sein, wenn die Bezirkshauptmannschaft davon ausging, dass die Bevölkerung über die gesetzliche Realität kein Wissen hatte. Dieses Gesetz war nur für die Kriegssituation anzuwenden, die Überleitung in die neue österreichische Verfassung (Bundesverfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920) war damals noch offen. Auf dasselbe Gesetz in missbräuchlicher Anwendung sollte sich einige Jahre später Bundeskanzler Dollfuß bei der Abschaffung der österreichischen Demokratie und der Installierung der neuen „Ständestaats“verfassung vom 1. Mai 1934 berufen. Dollfuß schaltete mit dem angemäßen Notverordnungsrecht systematisch alle demokratischen Institutionen einschließlich des Verfassungsgerichtshofs aus.⁷¹ Amstettens Bezirkshauptmannschaft unter der Leitung von Moritz Willfort muss hier als Wegbereiter zur Infragestellung der demokratischen Regeln gesehen werden. Besonders überrascht, dass am 4. und 5. Jänner weder Polizeikräfte noch die Volkswehr eingriffen. Es finden sich auch keine Eintragungen in den Polizeiprotollen bzw. -Chroniken (Gendarmerie und Städtische Sicherheitswache). Die Angst aufseiten der Behörde und der Gemeindeführung vor einer Eskalierung der Situation in Richtung revolutionäres Geschehen dürfte zu groß gewesen sein, sodass von einem Einsatz abgesehen wurde.

Ein gewisser Zynismus anlässlich der veröffentlichten Rechtfertigung für die Selbstermächtigung der beschuldigten Behörde wird insofern offensichtlich, als der Eindruck erweckt werden sollte, dass es sich um einen Normalzustand handelte, weil andere Berufsgruppen in gleichem Ausmaß privilegiert wären. Diese Ausweitung hat sicherlich nicht den Tatsachen entsprochen, allein schon, wenn „Arbeiter“ genannt werden. Gerade die Proteste der benachteiligten Gruppen beweisen das Gegenteil.

⁷¹ Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz vom 24. Juli 1917: „Gesetz vom 24.7.1917, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den1 Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf1 wirtschaftlichem Gebiete zu treffen.“ Das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ wurde in die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 zwar übernommen, aber nur für den eventuellen Kriegsfall (genauso wie der Notverordnungsartikel 48 von der Weimarer Verfassung übernommen wurde). Dieses Gesetz wurde endgültig am 25. Juli 1946 außer Kraft gesetzt. https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegswirtschaftliches_Ermächtigungsgesetz, 3.9.2018. www.aeiou.at/aeiou.encyclop.k/k845383.htm, 3.9.2018.

Die Gefahr revolutionsähnlicher Unruhen konnte in Amstetten nicht beseitigt werden. Weiter bestehende Missstände in der Versorgung, noch immer Anzeichen einer sich auflösenden in ihren Zuständigkeiten nicht klaren Ordnung beherrschten die ersten Tage und Monate des Jahres 1919. Die größte Gefahr, die prekäre Versorgungslage, schien die Behörde nicht in den Griff zu bekommen. So sah sich der Gemeindevirtschaftsrat zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung am 5. Jänner 1919 gezwungen, aus „Anlass der Vorfälle vom 4.1.1919“. An diesem 5. Jänner 1919 erfolgte nicht nur eine zweite Plünderung des „Beamtenkonsums“, sondern es kam auch zu einem bedenklichen Vorfall auf dem Bahnhof, hervorgerufen durch rückkehrende Frontsoldaten.

Gerade die unzulängliche Quotenzuteilung von Grundnahrungsmitteln wie Milch hatte zu dem emotionalen Ausbruch in der Einwohnerschaft gegen die vermeintlich verantwortliche Behörde geführt. Die Situation wurde als dramatisch eingeschätzt, weshalb mit personellen Konsequenzen reagiert wurde. Es kam zur Neubesetzung der Stelle eines Leiters der Milchverteilung, nach dem Rücktritt von Wilhelm Sternbauer, des bisherigen Leiters. Der neue Leiter Josef Baumgartner sprach sofort eine „Bitte um Unterstützung durch den Wirtschaftsrat und die Konsumenten“ aus, wobei letztere höchstwahrscheinlich wie immer um Verständnis und Nachsicht gebeten werden sollten. Gemeinderat Josef Seidl, welcher seine Stelle als Milchkommissär ebenfalls zurücklegen wollte, wurde von Bürgermeister Kubasta überredet, sein Amt weiterzuführen, indem eine bessere Zulieferung von Milch und Kartoffeln vom ebenfalls anwesenden Bezirkshauptmann versprochen wurde.⁷²

Probleme bereitete auch der aktuelle Fleischpreis: Bürgermeister Kubasta nahm zur Erhöhung des Fleischpreises Stellung: Diese war am 2. Jänner 1919 auf Grund der Vollzugsanweisung der niederösterreichischen Landesregierung in Kraft getreten. Es gab aber eine irrtümliche Auffassung: Diese war tatsächlich nur „als eine Erhöhung auf den gesetzlichen Höchstpreis zu verstehen“-die Behörde werde daher „gegen zur Anzeige gebrachte Preisüberschreitungen mit schwersten Strafen vorgehen“. Der Wirtschaftsrat versprach, dass er sich bei der Landesregierung „um Herabsetzung des Fleischpreises“ bemühen werde. Der Bürgermeister berichtete auch über die „Sicherstellung eines größeren Quantums Hirse zwecks Verteilung“, dieses werde „als Zubeiße zu den gesetzlich zustehenden Lebensmitteln ausgegeben werden“, und über „ein größeres Quantum Schmierseife aus dem Lager Hart ebenfalls zwecks Verteilung“.

In dieser Sitzung wurde auch über die Ausweitung der Funktionen des Gemeindevirtschaftsrats bzw. über eine effizientere Organisation gesprochen: „Zwecks einer weiteren Entfaltung der Tätigkeit und Erlangung eines größeren Einflusses des Gemeindevirtschaftsrates wird ein besonderes Komitee,

⁷² AZ 3 19.1.1919 S. 4. Es wurde ein Verzeichnis über die Verwendung der beschlagnahmten Waren vom Bezirkshauptmann vorgelegt (im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 4. Jänner 1919 und mit Plünderungen anlässlich der Auflösung des Harter Kriegsgefangenenlagers: Waren, die nicht im Eigentum des Lebensmittellagers waren, wurden in der Amtlichen Verlautbarung der erwähnten „AZ“ gekennzeichnet.

bestehend aus den Gemeinderäten Josef Loy, Thomas Zemanek, Josef Purwitzer und Josef Mitterbacher-Degenhardt (drei Sozialdemokraten, ein Deutsch-„völkischer“ bzw. späterer Nationalsozialist, Anm. d. Verf.) gebildet, welchem die Vorberatung der Gegenstände des Gemeindegewirtschaftsrates obliegt. Außerdem wird dieses Komitee einen engeren Zusammenschluss der Bezirkswirtschaftsräte Niederösterreichs einzuleiten versuchen, damit gerechtfertigten Forderungen ein größerer Nachdruck verliehen werden kann.“ Sicherlich machte man sich Sorgen über die Proteste in der Bevölkerung: „Die Beseitigung der Fettknappheit wird versucht, reichlichere Anlieferung von Butter und Fett, damit endlich die 3 Dekaquote wieder wenigstens auf 12 Deka per Kopf und Woche erhöht werden könnte.“⁷³

Da Ende März 1919 die Funktionsdauer der bisherigen Mitglieder des Gemeindegewirtschaftsrates abgelaufen war, wurden seitens des Bürgermeisters die von der Bezirkshauptmannschaft Amstetten neu ernannten Mitglieder zur konstituierenden Sitzung einberufen. Gemeindebeirat Ludwig Resch, der nachfolgende Bürgermeister, vertrat den dienstlich verhinderten Bürgermeister und leitete die von der politischen Behörde geforderte Neuwahl „der Behörde“ (gemeint war der Wirtschaftsrat, der als „Behörde“ bzw. Teil einer Behörde eingestuft war): Der bisherige Obmann wurde einstimmig wiedergewählt: Josef Mitterbacher-Degenhardt. Zur Verlesung gelangte auch „eine Zuschrift des Soldatenrates wegen Beibehaltung eines Mitgliedes desselben zu den Sitzungen des Wirtschaftsrates, dem bereits entsprochen war“. Sonst wurden wie immer Erlässe der Bezirkshauptmannschaft über die Futtermittelversorgung, den Verkauf von Rindfleisch, die „Belassung der im hiesigen Bezirk aufgetragenen Kartoffel“ und das „Öffnen der Hausbrechmühlen“ zur Kenntnis gebracht. Außerdem wurde am Ende der Sitzung wiederum ein schön öfters vorgetragener Gedanke ausgesprochen, nämlich „der Zusammenschluss der Wirtschaftsräte zu einem Landeswirtschaftsrat angeregt“.⁷⁴

Der Aufbau einer entsprechenden behördlichen Infrastruktur war damals das Gebot der Stunde. Ein Invalidenamt und auch ein Ernährungsreferat in der Bezirkshauptmannschaft mussten eingerichtet werden. Letzteres wurde in den Jahren 1919 bis 1929 vom Juristen Dr. Paul Scherpon geleitet. Getreideinspektor war vom April 1918 bis zum Jahr 1922 Florian Pickl, der spätere Kanzleileiter. Als Milchinspektor fungierte Karl Hintermayer. Vor allem die Milchversorgung bedeutete ein großes Problem. Es war damals keine Milch in der Stadt Amstetten aufzutreiben. Erst im Jahre 1921 wurde die Molkerei Aschbach kommissioniert und damit die Milchversorgung im Amstettner Bezirk organisiert, wenn auch in kleinem Ausmaß. Die Molkerei war ursprünglich für einen „Milchanfall von 2.000-5.000 Liter“ geplant.⁷⁵

⁷³ AZ 2 12.1.1919, S. 3.

⁷⁴ AZ 13 30.3.1919 S. 5.

⁷⁵ Werner Ernst, Chronik der Bezirkshauptmannschaft Amstetten, maschineschriebenes Manuskript, STA, S. 13-21 passim, bes. Fenstersturz S. 16; zit. nach Freihammer, Republik, a.a.O., S. 9.

Manche gut gemeinten Projekte wurden nicht realisiert. Die Industriebetriebe in der Stadt Amstetten betreffend versuchte die Stadtgemeinde in Eigeninitiative für deren Belegschaften die Versorgung zu organisieren. Die „AZ“ vom 21. September 1919 berichtete von der „Anregung für eine Gemeinschaftsküche“. „Die in den Betrieben G. A. Scheid, F. Pohl, G. Rütgers und Hutfabrik sowie der städtischen Sicherheitswache und Gendarmerie zugesendeten Informationsbögen mit Unterschrift für Reflektanten für die zu errichtende Gemeinschaftsküche muss einem Gemeinderat zurückgesandt werden. Von der Beteiligung hängt die weitere Behandlung in der Gemeinde ab.“ Diese Gemeinschaftsküchen wurden später von den NS eingerichtet.⁷⁶

In diesem Winter 1918/1919 verschärfte sich wirtschaftliche Lage, weshalb es in der Folge zur Zuspitzung der politischen Gegensätze kam: Preissteigerungen und Hungersnot führten zu spontanen Demonstrationen der Stadtbevölkerung, die auch Auswirkungen auf den Amstettner Gemeinderat hatten. Dort legten im Verlauf einer hitzigen Debatte, in der es um die Ursachen für die fehlenden Lieferungen an Grundnahrungsmitteln ging, alle sozialdemokratischen Gemeinderäte ihre Mandate nieder, aus Protest, dass die Christlichsozialen über „ihre Bauernschaft“ die Versorgungslage nicht in den Griff bekamen. Es wurden schwere Vorwürfe gegen die Bauernschaft erhoben, denen die Stadtbevölkerung die Schuld an der prekären Versorgungslage gab, besonders an der nicht funktionierenden Lieferung der lebensnotwendigen Grundnahrungsmittel, für die die christlichsozialen Gemeindepolitiker genauso wie der christlichsoziale Bezirkshauptmann verantwortlich wären. Die dauernde Niederlegung der Mandate war aber nicht im Sinne der Versammelten, weshalb sie zur Wiederaufnahme überredet werden konnten. Man besann sich bald wieder und begnügte sich schließlich mit einem Bericht an die Landesparteileitung.⁷⁷

Die Eisenbahner, damals die führende Gruppe der Amstettner Sozialdemokratie, und die Arbeiter der wichtigsten Industriebetriebe der Stadt schlossen sich immer wieder Streikaufrufen der Sozialdemokratie an. Bereits am 23. März 1919 fand wiederum wegen der katastrophalen Versorgungslage eine Hungerdemonstration der Eisenbahner und Industriearbeiter unter Führung der Sozialdemokratie statt. Interessant ist, dass von der bürgerlichen Lokalpresse immer wieder die sozialdemokratischen Gemeindevertreter dafür verantwortlich gemacht wurden, wenn man die „Unruhen“ nicht den Griff bekam. Von ihnen wurde jedes Mal erwartet, die aufgeregten Protestierenden zu beschwichtigen. Es formierte sich wie bei der vorangegangenen Hungerdemonstration vom 4. Jänner 1919 wiederum ein 1.500 Personen starker Demonstrationszug aus Eisenbahnern und Arbeitern der Industriebetriebe, der von den sozialdemokratischen Gemeinderäten und Mitgliedern des Wirtschaftsrats nur mit größter Mühe in geordnete Bahnen

⁷⁶ AZ 38 v. 21.9.1919, S. 8.

⁷⁷ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 12.

gelenkt und beschwichtigt werden konnte.⁷⁸ Er hatte den Hauptplatz als Ziel, wo auf die prekäre Situation aufmerksam gemacht wurde. Es fand gleichzeitig auch ein Protest der Kaufmannschaft gegen ungerechte und ungenügende Warenteilung statt.⁷⁹

Der Einfluss der Sozialdemokratie war damals auf kommunalpolitischer Ebene sehr dominant. Diese Position konnte sie deshalb besonders in der Anfangszeit der Republik und noch bis in die erste Hälfte der 1920er Jahre halten, weil sie zu diesem Zeitpunkt sowohl in den Augen der Eisenbahner als auch der in den Industriebetrieben beschäftigten Arbeiterschaft als die Hauptinitiatorin der Republikgründung durch Staatskanzler Renner vor allem durch ihre gewerkschaftliche Präsenz großen Rückhalt hatte, eine Tatsache, die sich in der Folge in einzelnen Betrieben zugunsten deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Gewerkschaften ändern sollte.⁸⁰

Erst im Juni 1921 fand wiederum ein Streik der Arbeiter der Firma Scheid wegen der noch immer prekären Versorgungslage statt, der durch Abschalten des elektrischen Stroms durch Gesinnungsgenossen im städtischen E-Werk unterstützt wurde. Dies rief wiederum heftige Debatten im Gemeinderat gegen derartige Maßnahmen, die als „Willkürakte“ bezeichnet wurden, hervor. Bürgermeister Kubasta gelang es dennoch, der Mehrheit der Bürger noch für seine Amtszeit bis 1924 das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau demokratischer Verhältnisse beizubringen.

Einer der Gründe für Unruhe und Protest war die Wohnungsnot in Amstetten: Bürgermeister Kubsta ermöglichte auch die Gründung und den Ausbau der Invalidensiedlung, durch die die Wohnungsnot bekämpft und Hauseigentum für Kriegsteilnehmer, Witwen und Waisen geschaffen werden konnte. Bei der Grundsteinlegung am 29. Mai 1921 auf den Gründen der alten Dampfsäge waren, obwohl ein sozialdemokratisches Projekt, der Bischof von St. Pölten und der Abt von Seitenstetten anwesend, was zusätzlich die Bedeutung dieses Siedlungswerks unterstrich. Die Schlüsselübergabe für das erste fertige Haus (im Selbstbau) erfolgte durch Obmann Mundigler am 2. Oktober 1921, mit Musik, Festzug und Tanzkränzchen gefeiert. Der Sozialdemokrat Mundigler dankte dem Bürgermeister Kubasta.⁸¹

⁷⁸ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 9, S.11-12; STA, Werner, Chronik, S. 13-21 passim, bes. Fenstersturz S. 16; Ziskovsky Gerhard, Grabner Barbara, Amstettner Metamorphosen. Ein Stadtführer als Zeitreise. In: Bildergeschichten, Erfurt 2010, S. 9, S. 11 ff.

⁷⁹ In der damaligen Versorgungskrise wurden die Amstettner Kinder von Ausland (vor allem von den USA gesponserte Kinderausspeisungen) versorgt.

⁸⁰ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 5-9; STA, Werner Ernst, Chronik der Bezirkshauptmannschaft Amstetten, maschineschriebenes Manuskript, S. 13-21 passim; zu den Hungerdemonstrationen s. I.18.11.9.3. Die Sozialdemokratie war auch für die Aufforderung zum Proteststreik gegen das Friedensdiktat von Saint-Germain-en-Laye im September 1919 verantwortlich.

⁸¹ Ornazeder, Bürgermeister Kubasta, a.a.O., S. 24.

1.3. Politische Organisationsformen in der Gründungsphase: Räte in allen politischen Lagern

Der Zusammenbruch der Ordnung in der Umbruchszeit 1918 und der Übergang vom monarchischen zum republikanisch-demokratischen System führten im Amstettner Bezirk zu Selbstorganisationsformen, die sich an bereits existierenden Mustern orientierten. Die Auswirkungen der erfolgreichen Russischen Revolution hatten großen Einfluss im letzten Kriegsjahr, ein modifiziertes Rätesystem mit differenzierten Organisationsstrukturen etablierte sich in der Übergangszeit und mündete letztendlich in die parlamentarische Demokratie.⁸² Es kam in der formalen Nachahmung von Arbeiter- und Soldatenräten auf bürgerlicher Seite zur Gründung von Bürger-, Stände- und Bauernräten, die in der Regel parteiübergreifend aufgrund der vorherrschenden Notlage eng mit dem politischen Gegner zusammenarbeiteten.⁸³ Nach deutschem Vorbild wurden in zahlreichen größeren Ortsgemeinden Arbeiter- und Soldatenräte nach sowjetrussischem Muster gegründet, ursprünglich als demokratische Selbstverwaltungsorgane und als Träger der Autorität an der Basis konzipiert. Ihre Aufgabenbereiche als öffentliche Funktionsträger waren sehr unterschiedlich: So unterschieden sich die Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer vorwiegend politischen Funktion deutlich von den Bürger-, Stände- und Bauernräten, wenn auch die Wahlverfahren angeglichen waren. Beide standen den von einzelnen Gemeinden gegründeten Gemeindegewirtschaftsräten gegenüber, deren Mitglieder ernannt wurden, bereits aus der Kriegszeit (1917) stammten und im März 1919 zum letzten Mal für eine weitere Funktionsperiode neu bestimmt wurden. Wenn man das Gründungsdatum des Amstettner Bürger- und Ständerats am 3. August 1919 in Bezug zum Ergebnis der ersten Nationalratswahl vom 16. Februar 1919 setzt, ist die Annahme naheliegend, dass für das bürgerliche Lager der Hauptgrund für diese Einrichtung die fehlende politische Basisorganisation war, als gemeinsame Abwehrfront gegen die Sozialdemokratie. Man erhoffte, dass die neue Organisationsform, in der beide bürgerlichen Lager vertreten waren, effizienter arbeitet als die bisher bestehende christlichsoziale „Städteorganisation“ bzw. die in sich

⁸² Der ursprünglich demokratische Wahlvorgang läuft folgendermaßen ab: Die Wähler sind in Basiseinheiten organisiert, Wahlen erfolgen in Betrieben und Kasernen in Vollversammlungen, auch in Wohnbezirken. Durch diese werden direkt die Räte als öffentliche Funktionsträger bestimmt, die Gesetzgebung, Regierung und Gerichtsbarkeit in ihrem Gremium vereinigten. Somit gibt es keine Gewaltenteilung wie in der repräsentativen Demokratie. Es besteht eine jederzeitige Abwählbarkeit der gewählten Abgeordneten durch ihre Wähler und die Bindung der Abgeordneten an Aufträge ihrer Wähler (imperatives Mandat). Alle Beratungen sind öffentlich. Fortgesetzt besteht ein indirektes Wahlsystem. Die Räte werden auf mehreren Ebenen gewählt, die örtlichen Räte delegieren wiederum Mitglieder in die nächsthöhere Ebene, Bezirksräte. Das System der Delegation setzte sich bis auf die staatliche Ebene fort, den Zentralrat. Die einzelnen Ebenen sind meist an Verwaltungsebenen gebunden.

⁸³ Mulley Klaus-Dieter, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“? Die Heimwehr in Niederösterreich. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 425.

zersplitterten deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereine. Der Zweigleisigkeit der Basisorganisationsformen kam auch entgegen, dass viele der damaligen Räte der politischen Lager gleichzeitig gewählte Gemeinderäte in Personalunion waren und somit die Verbindung zwischen beiden demokratischen Organisationsformen aufrechterhielten. Insgesamt waren alle politischen Räte eine erste Kommunikations-, Ordnungs- und auch Kontrollinstanz mit verschiedenen Funktionen an der Basis. Sie spielten nicht nur in der direkten politischen Partizipation der Bevölkerung (wenigstens in der ersten Instanz), sondern auch in vielen lebensnotwendigen Belangen eine wichtige Rolle, so vor allem bei der Lebensmittelaufbringung und -verteilung in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Einrichtungen der Gemeinden und der Volkswehr. In bürgerlich-bäuerlichen Kreisen wurden diese Räte als Organisationsform einerseits akzeptiert, andererseits wurde die Kontrolle der Räte, vor allem des politischen Gegners, als unzulässiger Eingriff in den eigenen Bereich angesehen. Die Volkswehr wurde als sozialdemokratische Parteieinrichtung bewertet, dazu kam die Angst vor einer drohenden „Bolschewisierung“ aufgrund der durch die Räterepubliken in Ungarn und Bayern im Frühjahr 1919 hervorgerufene Unruhe, die in der katholisch-konservativen Landbevölkerung die antistädtischen und antisozialistischen Tendenzen verstärkte.⁸⁴ Von einer Sozialisierung großer Teile der Wirtschaft und einer angestrebten Leitung von Unternehmen, die sich paritätisch aus Vertretern lokaler Gebietskörperschaften als Eigentümervertreter, Arbeitern und Konsumenten zusammensetzte, wie es sich Otto Bauer vorstellte, war auf kommunaler Ebene trotz medialer bürgerlicher Angstmake nicht einmal im Ansatz etwas zu bemerken. Unterstellungen, dass die Installierung von Betriebsräten, die aufgrund des Betriebsrätegesetzes vom 15. Mai 1919 gewählt wurden, als erster Schritt zu dieser Sozialisierung bzw. als Vorstufe von Arbeiterräten in sozialisierten Betrieben gedacht war, entbehrten jeglicher Realität. Doch das Bedrohungsszenario bezüglich der Funktion von Arbeiterräten blieb existent.

Dieses machtpolitisch unterschiedlich funktionierende aktuelle RATESystem quer durch die politischen Lager gehörte zum Charakteristikum der Übergangszeit auf kommunaler bzw. bezirklicher Ebene, wobei sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend waren. Für das bürgerliche Lager schien es vorerst schwierig, in die bürgerlichen Erwerbs- und Lebensformen, aber auch in die alten politischen Strukturen und Organisationsformen der Vorkriegszeit zurückzukehren. Man sah sich einem neuen Feindbild gegenüber: der „Linken“ und ihren das bürgerliche Selbstverständnis bedrohenden Errungenschaften.

Als am 12. November 1918 die Erste Republik „Deutschösterreich“ ausgerufen wurde, begann ein demokratischer Prozess, der aber ein Experiment bleiben sollte, das in der Folge zu einer starken Politisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche auf der Grundlage des demokratischen Modells führen

⁸⁴ Prinz Josef, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918-1938. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 45-46.

sollte. Die Entfaltung eines intensiven kleinstädtischen politischen Lebens war die unmittelbare Konsequenz.⁸⁵

Als politische Organisationsform und lokal überschaubare Verwaltungseinheiten mit basisdemokratischer Funktion wurden zu den bereits bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten weitere Räte gegründet: Bauern- und Landarbeiterräte, die eher sozialdemokratisch ausgerichtet waren, und Bürger- und Ständeräte des bürgerlichen Lagers, wie sie auch in Amstetten 1919 und 1920 bereits als erste Form der gesellschaftspolitischen Polarisierung an der Basis politisch mitbestimmten. Ihre Hauptaufgaben sahen sie vor allem in der Lösung dringlicher wirtschaftlicher Aufgaben der Stadt, wozu rasch funktionierende verwaltungsorganisatorische Strukturen benötigt wurden. Sie traten in der Folge immer weniger in Erscheinung, weil sie von den sich als Teil der politischen Szene konstituierenden bürgerlichen Parteien, die ihre Organisationsstrukturen immer mehr nach dem repräsentativ-demokratischen System ausrichteten, abgelöst wurden. Gesellschaftliche und politische Sicherheit gewann überraschenderweise die Klientel der Sozialdemokratie, wobei als Basisorganisation die Rätestrukturen vorerst weiter vorherrschten. Es waren aber vor allem die sozialen Errungenschaften (besonders Achtstundentag, Gründung der Arbeiterkammer als gesetzliche Interessensvertretung der Arbeitnehmer, Betriebsrätegesetz, international vorzeigbares soziales Engagement im „roten“ Wien), die sie in den Augen vieler politisch Andersdenkender eine für sie bedrohliche Position einnehmen ließ. Es war der Sozialdemokratie in der großen Koalition schon 1918-1920 gelungen, durch die tiefgreifenden Sozialreformen in einer epochemachenden Sozialgesetzgebung die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheidend zu verbessern.

Diese sozialen Errungenschaften wurden aber durch zunehmende wirtschaftliche Probleme, die in der Wirtschaftskrise ab 1929 ihren Höhepunkt erfuhren und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer existenziell durch die Massenarbeitslosigkeit spürbar wurden, immer mehr in Frage gestellt und letztendlich durch das autoritär-faschistische Regime systematisch abgebaut. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierungen, die Integrationsaufgabe der Sozialpolitik zu begreifen, die vor allem darin bestanden hätte, die angespannte Arbeitssituation zu verbessern und die revolutionsfreudigen Massen in die Republik zu integrieren, führte zur Polarisierung.

Die bürgerlichen Parteien selbst waren im Kampf um die gesellschaftliche Mittelschicht erfolgreich. Anstelle der Auseinandersetzung zwischen kleinbürgerlichem Lager und Großbürgertum, die das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts beherrscht hatte, trat der Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, der letztlich in gegenseitiger Gewaltanwendung eskalierte. Vorerst konzentrierten sich die politischen Kräfte auf Formen der Institutionalisierung der Auseinandersetzung auf

⁸⁵ Karl R. STADLER, Die Gründung der Republik. In: Erika WEINZIERL und Kurt SKALNIK, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik 1 (Graz 1983) 73ff., bes. auch 77 ff.

kommunaler Ebene. Hier fehlten seit Beginn der Ersten Republik Erfahrungen mit politischen Organisationsformen, die den neuen Verhältnissen entsprachen. In dieser Zeit der versuchten Neuorientierung gab man im kommunalen bzw. bezirklichen Bereich dem basisdemokratischen System von Räten in der politischen Organisation den Vorzug, denen man effiziente Lösungskompetenz zutraute, solange bis man in Hinblick auf die Festlegung der ersten republikweiten Wahlen der repräsentativen Demokratie immer mehr Vertrauen schenkte. Vorerst schien sich kurzfristig auf der untersten Ebene breitflächig diese Rätestruktur zu etablieren, innerhalb derer die Vertreter der großen politischen Lager in der Gründungsphase der Ersten Republik ihre Organisationsform des politischen Handelns zu finden glaubten. Die gesetzlich festgelegten Betriebsräte, auf die die NS später mit ihrer innerbetrieblichen Interessensvertretung der NSBO zurückgriffen, blieben als ständige Einrichtung dieser Zeit erhalten.

Zu dieser Zeit versuchten auch die Christlichsozialen, Räte als Organisationsstruktur aufzubauen. Innerhalb der damaligen Räteorganisationen der verschiedenen politischen Lager wurden auch ideologische Inhalte transportiert. Als im Oktober 1918 das Vereinswesen liberalisiert wurde und 1919 der vermutete Einfluss der „linken“ Rätebewegungen im Umfeld Österreichs als bedrohlich empfunden wurde, wurde im Bauernbund die Wahl der bisherigen Vertrauensmänner als Orts- und Bezirksbauernräte laut Protokoll des Niederösterreichischen Bauernbunds vom 4. Juni 1919 beschleunigt, um prioritär die ideologischen Inhalte sicher zu verankern. Diese Orts- und Bezirksbauernräte konnten außerdem als Mitglieder der Gemeinde- und Bezirkswirtschaftsräte wirtschaftliche Maßnahmen beeinflussen. Der Organisationsform nach lehnte man sich hier noch eng an das Vorbild eines Rätesystems an.⁸⁶

Erst der Neuaufbau einer bezirklichen Verwaltungsorganisation sollte dieses damals entstehende Rätesystem ersetzen. Die Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform, wonach die Verfassung der Gemeinden, Bezirke und Kreise nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung des Volkes (nach Art des demokratischen Rätesystems als Selbstverwaltungsorganisation) beruhen sollte, scheiterte aber am Widerstand der Christlichsozialen, die erst nach dem Wegfall der Selbstverwaltungsforderung der Sozialdemokraten dem Bundesverfassungsgesetz 1920 zustimmten. Die Bezirkshauptmannschaften blieben in der bisherigen Form bestehen, wurden aber in Landesbehörden umgewandelt. Die Kompetenz der Verwaltung der direkten Steuern ging auf die neu errichteten Bezirkssteuerämter über. Zu den Aufgabenbereichen der Bezirkshauptmannschaften gehörten hauptsächlich die Anliegen der „klassischen Hoheitsverwaltung“ wie Gewerbe-, Wasser- und Verkehrsrecht. Sie waren in der Gemeindeaufsicht, Gesundheits-, Veterinär-, Forstverwaltung etc. tätig, zu ihren Agenden zählten auch die Besorgung

⁸⁶ Enderle-Burcel Getrude, Schmitz Georg, Politische Eliten in Niederösterreich im 20. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, S. 238.

der erstinstanzlichen Sicherheitsverwaltung wie Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, Fremdenpolizei, Passwesen, Versammlungspolizei etc.), die Ausstellung von Führerscheinen, das Verwaltungsstrafverfahren und Agenden der Sozialhilfe. Die Kompetenzen der Statutarstädte wie Waidhofen a.d.Ybbs gingen ebenfalls zurück auf die sozialdemokratische Forderung nach einer Demokratisierung der mittleren und unteren Verwaltungsebene, deren Organe zugleich Gemeinde- und Bezirksinstanz waren und die Aufgaben der Bezirkshauptmannschaft vollzogen. Erst 1938 schafften die NS mit ihren ersten Zentralisierungsmaßnahmen in der Verwaltung diese Sonderstellung ab.⁸⁷

Als einzige hatte die Lokalorganisation der Sozialdemokratie noch aus den letzten Kriegsjahren eine funktionierende Infrastruktur, auf deren Grundlage sie sofort außerparlamentarische Mittel für ihre Öffentlichkeitsarbeit einsetzen konnte. Sie ergriff die Hauptinitiative zur Bewältigung der wirtschaftlichen Notsituation, während die anderen politischen Gruppierungen noch mit ihrer Neuorganisation beschäftigt waren und daher in ihren politischen Reaktionen anfangs noch vielfach handlungsunfähig waren. Deren organisatorische Aufbauarbeit trug den Stempel eines Nachhol- und Aufholbedürfnisses.

Es ist bemerkenswert, dass sich die Bürgerlichen, die Christlichsozialen, aber auch die Großdeutschen beim Aufbau einer kommunalen bzw. bezirklichen politischen Organisationsstruktur ebenfalls die Rätestruktur als demokratische Infrastruktur zum Vorbild nahmen und auch innerhalb dieser Räte zusammenarbeiteten.

Alle diesen neuen Organisationsformen gehörten zum vorerst stark basisorientierten Aufbau erster gesellschaftlicher und politischer Strukturen, die notgedrungen prioritär Organisationscharakter (als Ersatz für fehlende Verwaltungsstrukturen) hatten. Es erfolgte der Aufbau von Räten verschiedener Art, gleichsam eines Räteystems, das sehr unterschiedlich funktionierte: Es gab vom Bezirkshauptmann ernannte Räte wie den Gemeindewirtschaftsrat, der aber nach den Vorstellungen der Sozialdemokratie zur politischen Einrichtung verändert werden sollte. Die Bürgerräte waren politisch, ebenso die Arbeiter- und Soldatenräte, die immer mehr auch in der Volkswehr verankert waren. Es waren hier alle Bevölkerungsschichten vertreten. Es gab auch kurz eine Nationalgarde, ein Anklank, wie es scheint, an die 1848er Revolution. Alle diese neuen Räteorganisationen auf der linken Seite enthielten revolutionäres Potenzial. Hemmschuh gegen einen möglichen revolutionären Umsturz waren die Amstettner sozialdemokratischen Funktionäre: Sie waren von vornherein gegen ein revolutionäres Agitieren. Den sozialdemokratischen Initiatoren der Demonstrationen, wie sie in

⁸⁷ Bezemek Ernst, Eminger Stefan, Das Land und seine Meister. Verfassung und Verwaltung. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 168-169.

Amstetten am 4. und 5. Jänner 1919 stattfanden, die sicherlich von ihnen gesteuert kontrolliert ablaufen hätten sollen, waren aber die Abläufe entglitten, sodass es zu revolutionäre Ansätzen kam. Neben den „Bürger- und Ständeräten“ der Christlichsozialen und Deutschnationalen, den Arbeiter- und Soldatenräten der Sozialdemokraten finden sich noch andere Räteexperimente. Am Anfang der Übergangszeit sollte auf kommunaler Ebene ein sogenannter „Volksrat“ bzw. „Nationalrat“ als allen Institutionen übergeordnete Einrichtung die gesamte politische Vollzugsgewalt, aber auch militärische Befugnisse innehaben. Er wurde als das entscheidende Instrumentarium zur Demokratisierung der Gesellschaft verstanden. Am 11. November 1918, am Tag der Verzichtserklärung des letzten Kaisers, fand eine außerordentliche Gemeinderatssitzung statt, die einen einzigen Tagesordnungspunkt hatte: die Einsetzung eines „Volksrates“. Unter dem Eindruck der gefährlichen Lage befasste er sich mit der geplanten Einführung eines sogenannten „Volksrates“. Der Bürgermeister erklärte, dass die durch den verlorenen Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse, die Auflösung des Reiches und die Änderung der Regierungsform eine Demokratisierung aller dem Gemeinwesen dienenden Ämter und Behörden erfordere: „Wie alle Gemeinwesen müsse auch Amstetten nunmehr den demokratischen Verhältnissen Rechnung tragen.“ Die Gemeinde müsse daher einen „Volksrat“ einsetzen, womit er in der ersten Euphorie eine kommunale demokratische Institution an der Basis nach dem Vorbild des provisorischen Parlaments auf staatlicher Ebene (zusammengerufen am 21. Oktober 1918, zusammengesetzt aufgrund der letzten Reichsratswahl 1911) gemeint haben dürfte. Die Sozialdemokraten forderten in dieser Gemeinderatssitzung die Einsetzung eines überparteilichen „Nationalrates“, der als vorerst wichtigste Aufgabe die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen sollte. Gemeinderat Falk wies darauf hin, dass er von seinen Parteigenossen in St. Pölten und Wiener Neustadt Informationen habe, wonach nicht ein „Volksrat“, sondern ein „Nationalrat“ auf lokaler Ebene gebildet werden müsse, dessen Befugnisse über die eines „Volksrates“ hinausgehen. Dieser sollte die Vollzugsgewalt so lange ausüben, bis aufgrund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts eine endgültige Regierung bestellt sei. Die zivilen und militärischen Behörden und Dienststellen unterständen der Aufsicht des „Nationalrats“. Der Nationalrat des Bezirks Amstetten habe „demnach die Agenden der Bezirkshauptmannschaft zu überwachen sowie die Beamten der staatlichen und zivilen Behörden der Stadt auf die neue Verfassung zu vereidigen“. Dieser „Nationalrat“ hatte auch die Lebensmittelaufbringung und -verteilung zu überwachen, ihm sollten die Gemeindewirtschaftsräte unterstehen. Auf Weisung des Staatsrates hatte sich der aus der Monarchie übernommene Gemeindevorstand „auf seinen vollen Stand zu ergänzen und „sind die hiezu erforderlichen Wahlen auf Grund des proportionalen Wahlsystems sofort vorzunehmen“.⁸⁸

⁸⁸ Ornazeder Karl, Carl Kubasta, Bürgermeister von 1903 bis 1924. In: Amstettens Bürgermeister von 1903 - 1955, Amstettner Beiträge 1978 (Eigentümer, Herausgeber,

Verwaltungsorganisatorisch bestehende Lücken waren zu schließen bzw. wenig funktionierende Verwaltungseinrichtungen zu ersetzen, um die Notlage im Bezirk in den Griff zu bekommen. Dieses neue Gremium sollte, wenn es notwendig sei, auch die Agenden der Bezirkshauptmannschaft übernehmen. Diesem „Volksrat“ bzw. „Nationalrat“ gehörten je vier Vertreter der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen und der Deutschnationalen („Deutsch-Freiheitlichen“) an. Für die Wahl in den „Nationalrat“ von Amstetten hatte Gemeinderat Falk die vier Kandidaten seiner Parteigruppe namhaft gemacht: „Anton Ackerl, Hauptmann Mitterbacher-Degenhardt, Gemeinderat Falk und der Hauptvertrauensmann der Metallarbeitergruppe Raidl“. Seine Partei sei interessiert, so stellte Falk abschließend fest, „im Einklange mit den übrigen Parteien zum Wohle der Bevölkerung zu wirken“. Der Bürgermeister nannte die Kandidaten der bürgerlichen Parteien: für die „nationale Gruppe“ „Ludwig Resch (Lehrer), Alois Hofmann (Bahnhofsgastwirt), Emil Rothleitner (Vorstandstellvertreter des Bahnbetriebsamtes) und van de Castell (Maschinenmeister der Staatsbahnen)“, für die „christlichsoziale Parteigruppe“ „Andreas Götzl (Kaufmann), Ingenieur Gallee, Official Leopold Scholz und Briefträger Anton Blab“. Bei der konstituierenden Sitzung des „Nationalrates“ wurde ein koalitionsfähiges Gremium mit Mitterbacher-Degenhardt, Resch und Scholz als Vorsitzende der einzelnen Parteigruppen gewählt. Es wurde beschlossen, dass der „Nationalrat“ in der Folge durch vier Mandate aus der bäuerlichen Bevölkerung ergänzt wird, „damit auch der Bauernstand seine Interessen voll zu wahren in der Lage ist.“ Die Amstettner dürften damals, kurz vor der ersten Nationalratswahl am 16. Februar 1919, nicht ganz am letzten Stand der Informationen gewesen sein, weil der Terminus „Nationalrat“ zu diesem Zeitpunkt anstelle des bisherigen monarchistischen Reichsrats bereits für das republikanische Parlament vorgesehen war. Wie aber zu beobachten ist, verliefen sich bald die Spuren dieses Amstettner „Nationalrats.“

Zum Schluss der Sitzung wies Kubasta noch darauf hin, dass bezüglich der Lebensmittelversorgung auch die „aus dem Lager Hart geborgenen Vorräte“ verwendet würden, warnte aber eindringlich „vor einer vorzeitigen Mehrausgabe“ und wies darauf hin, „daß noch 9 Monate bis zur nächsten Ernte hin sind und daß es bei den derzeit noch ungeklärten Verhältnissen nicht ausgeschlossen sei, daß die staatlichen Zuschüsse zeitweilig eine Unterbrechung erleiden könnten.“ In diesem Fall hätte sich Amstetten selbst versorgen müssen, weshalb es „ein unbedingtes Erfordernis ist, in der Zeit zu sparen“.⁸⁹

In den „Gemeindewirtschaftsräten“ gab es eine überparteiliche Zusammenarbeit aller drei großen politischen Lager. In der Folge bildete sich ein für den gesamten Bezirk zuständiger „provisorischer Bezirkswirtschaftsrat“ in der Stadt. Die ebenfalls überparteiliche Zusammenarbeit in diesem

Verleger Stadtgemeinde Amstetten, Kulturamt, Kühhaas Alois), Amstetten 1978, S.12 ff „Volksrat“.

⁸⁹ AZ 46 17.11.1918, S. 4.

„Bezirkswirtschaftsrat“ erfolgte „zur Behebung der Notlage“. Dementsprechend war auch die politische Zusammensetzung. Wenn man die personelle Situation des „provisorischen Bezirkswirtschaftsrates“ näher ansieht, so finden sich die Vertreter aller Parteien. Vorsitzender: Bezirkshauptmann Dr. Moritz Willfort, Schriftführer: Hauptmann Mitterbacher-Degenhardt. Es werden die „Mitglieder der Produzentengruppe“ und die „Mitglieder der Konsumentengruppe“ angeführt. Darunter war auch eine Reihe bekannter örtlicher Sozialdemokraten wie der Schriftführer selbst.

Schon seit dem Frühjahr 1917 gab es in einzelnen Gemeinde des Amstettner Bezirks als Ersatz für die fehlende Verwaltungsorganisation, besonders wirtschaftliche und Versorgungsangelegenheiten betreffend, die sogenannten „Wirtschaftsräte“. Sie wurden vom Bezirkshauptmann ernannt. Die Sozialdemokraten, unter deren Führung der Amstettner Gemeindewirtschaftsrat stand, hätten sie gerne stärker politisiert und zu einem demokratischen Instrument landesweit gemacht.

Eine Erläuterung zu dieser Neueinführung findet sich im Lokalblatt „AZ“, wo zur Sitzung des Gemeindewirtschaftsrats am 6. Februar 1918 Stellung genommen wird: „Der Wirtschaftsrat. Über die Bedeutung desselben.“ Das System der Wirtschaftsräte beinhaltete von Grund auf eine Fülle von Kompetenzen, dürfte aber von der Behörde systematisch zurückgefahren worden sein. Die Gründe sind nicht eindeutig ersichtlich. Zuletzt hatten die Wirtschaftsräte nur mehr rein beratende Funktion. Entweder war ihre Funktion aufgrund der sich etablierenden Bezirksverwaltungsorganisation nicht mehr nötig oder man hatte Angst vor „linker“ Unterwanderung und Ausnutzung für politische Zwecke bzw. Agitation. Vorsitz im übergeordneten Bezirkswirtschaftsrat hatten die Sozialdemokraten, ihre Vorsitzender Mitterbacher-Degenhart plädierte jedenfalls einmal in einer Grundsatzrede für die Ausweitung der Kompetenzen.

Die Gemeindewirtschaftsräte waren über den gesamten politischen Bezirk verteilt und arbeiteten eng mit dem jeweiligen Gemeindeausschuss zusammen. Es wurde die Wahl eines Ausschusses nach dem Zusammenschluss aller Gemeindewirtschaftsräte des politischen Bezirks angeregt.

Mit Erlass der k. k. nö. Statthalterei vom 28. April 1917 wurde in den politischen Bezirken die Errichtung von „Gemeinde-Wirtschaftsräten“ genehmigt. „Einzelne einander angrenzende Gemeinden bilden ein Gemeinde-Wirtschaftsgebiet, welches 6-8 Mitglieder in den Gemeinde-Wirtschaftsrat entsendet.“ Im politischen Bezirk Amstetten bestanden 17 solcher Gemeinde-Wirtschaftsgebiete.

Aus den Ausführungen Mitterbacher-Degenharts ist zu schließen, dass diesen Gremien mehr Bedeutung durch Aufwertung als politische Instanzen zukommen sollte: „Den Wirtschaftsräten war und ist noch derzeit die Mitwirkung zugeordnet hinsichtlich der Produktionssteigerung der Lebens- und Futtermittel, der wichtigsten Bedarfsartikel, der Arbeitskräfte und Betriebsmittel, weiters die Erfassung der Lebens- und Futtermittel sowie der wichtigsten Bedarfsartikel, die Verteilung dieser

Produkte, die Überwachung des Handels mit diesen Artikel, Verhinderung der Preistreiberei und des Wuchers.“

Es sollte mit dieser Information Mitterbacher-Degenharts, der die Absicht der Behörde zur konsequenten Entmachtung durchschaut zu haben glaubte und als Sozialdemokrat mehr, nämlich politisches Gewicht und Partizipation von dieser Einrichtung erwartete, in der Lokalzeitung Kritik an dieser Einrichtung geübt werden, indem „der Allgemeinheit vor Augen geführt werde, welch geradezu wohltätigen Einfluss eine richtige Auswahl von Wirtschaftsräten auf das ganze in dieser Zeit so schwere Leben nehmen könnte, wenn dem Wirtschaftsrat überhaupt ein Wirkungskreis eingeräumt wäre. Wie bei so vielen Schöpfungen, denen zweifellos ein ausgezeichneter Grundgedanke zuerkannt werden muß, haben wir es auch hier mit einer Halbheit zu tun. Hatte man von Haus aus die Absicht, nur ein Scheingebäude zu errichten, eine Art Beruhigungsmittel für die große Masse zu schaffen, oder war tatsächlich nur praktische Kurzsichtigkeit die Ursache der direkten Drosselung der Arbeitstätigkeit der Wirtschaftsräte.“

Der Kommentar der bürgerlichen Lokalzeitung war eindeutig: „Aber er war auf dem Rückzug, gab klein bei: das zu entscheiden oder darüber eine Meinung zu haben ist heute nicht angebracht (...) nicht den Zweck, eine öffentliche Kritik und Stellungnahme heraufzubeschwören, zumindest wäre dies unnütz (...) daher weg mit allem, was nutzlos Gegensätze schafft.“

Es folgten grundsätzliche Ausführungen zur Erweiterung der Kompetenzen dieser Einrichtung, eines Forums, in dem alle Berufsschichten zwecks Allgemeinwohls zusammenarbeiten sollten.

Übrig blieb (sehr allgemein formuliert, aber etwas verklausuliert) Folgendes: „Zusammenschluss zu zielbewusster wirtschaftlicher Arbeit, dies sei unser Leitwort. Die Gegenwart fordert ihr Recht und die nächste Zukunft braucht vordenkende Praktiker, die mit Hilfe der Behörden den notwendigen Übergang zu einer geregelten Wirtschaft vorbereiten müssen. Hier ist das reiche und ersprießliche Arbeitsfeld des Wirtschaftsrates gegeben. Frei von Verfolgung national- oder parteipolitischer Ziele, zusammengesetzt aus allen Schichten der Bevölkerung, Konsumenten und Produzenten, kann diese Vereinigung ohne jede andere Ablenkung sich dem zweifellos wichtigsten Teile des Lebens, dem Wirtschaftsgebiete, befassen. Gerade der Umstand, dass alle Kreise im Wirtschaftsrat vertreten sind, berührt äußerst sympathisch. Denn Wünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Interessentengruppen werden dem gegenseitigen Verständnis nähergebracht, bei einigem guten Willen können auch viele bestehende Gegensätze überbrückt werden, denn vielfach sind diese nur auf die Unkenntnis der Lebensbedingungen der einzelnen Bevölkerungsschichten oder auf eine egoistischen Sonderzwecken dienende Hetze zurückzuführen.“

Welche segensvolle Bedeutung könnte der Wirtschaftsrat haben, welche Stütze könnte er den Behörden, die ja doch dem praktischen Leben etwas ferner stehen, sein, wenn er befugt wäre, irgendetwas Tatsächliches zu leisten, wenn er einen Wirkungskreis hätte. Doch er hat nur eine

beratende Stimme, und damit ist er auch als totgeborenes Kind gekennzeichnet. Was nützt stundenlanges Beraten, Erörtern, was alle wenn auch noch so nötigen und vernünftigen Anträge, was nützt es, wenn bei diesen Beratungen die Vertreter sonst sich leider schroff bekämpfender Gruppen Hand in Hand am Werke sind, einander zu helfen und dadurch die Vereinigung der arbeitenden Menschen anbahnen, wenn dem Wirtschaftsrat nur eine beratende Stimme zukommt, die selbstverständlich nicht gehört wird, und wenn er eigentlich kaum einen Antrag stellen kann? (...) Dem Entgegenkommen unserer politischen Behörde, das, wenn man Vergleiche zu ziehen in der Lage ist, dankbarst empfunden werden muß, ist es zuzuschreiben, daß der hiesige Wirtschaftsrat noch nicht erlahmt (...mißmutig und bereut es, seine Zeit einfach nutzlos vergeudet zu haben) ist, im Gegenteil sich in der letzten Sitzung am 6. d. M. dazu aufgerafft hat, einen bestimmten Antrag zu stellen, der dem Wirtschaftsrat den ihm mit Rücksicht auf das Volkswohl zukommenden Wirkungskreis schaffen soll. Dem Antrag (...) kann leicht der beabsichtigte Zusammenschluß aller Wirtschaftsräte und der weitere Ausbau dieser Einrichtung entnommen werden. Der Profitgier einzelner auf Kosten der arbeitenden Allgemeinheit zu steuern, die Existenzbedingungen Aller möglichst gerecht zu bedenken, die heute schwer kämpfende Produktion zu ermöglichen, zu heben, wäre dann das Arbeitsfeld des Wirtschaftsrates, das ja dem Wortlaute nach auch ursprünglich geplant war.“⁹⁰

In der Sitzung des Wirtschaftsrats am 6. Februar 1918 im Sitzungssaal der städtischen Sparkasse, unter Beiziehung der Obmänner der benachbarten Wirtschaftsräte, in Gegenwart des Vertreters der politischen Behörde k. k. Bezirkskommissärs Dr. Langsteiner und des Ernährungs-Aufsichtsorganes, des k. k. Steueroffizials Franz Kaspar und des Gemeinderats Seidl als Obmann des Wirtschaftsrats, wurden wirtschaftlich anstehende Probleme erörtert. Vor allem ging es um die Versorgung, die verminderte Heuernte, daher auch um die „kommende Milchnot“, die „Unmöglichkeit, alle Schichten der Bevölkerung mit der gleichen Mehlquote zu beteiligen“, um die Milchlieferung der Stadt Amstetten. Durch die Anlieferung größerer Quantitäten sollte den „Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen“ werden. Außerdem wurden die „Futtermittelbeschaffung für Wirtschaftspferde“ und die „gerechte prozentuelle Fettablieferrung von den Schlachtschweinen“ besprochen. Ein belastendes Problem wurde ebenfalls angesprochen, nämlich „möglichste Abhilfe gegen das unbeaufsichtigte, überall unangenehm empfundene Herumziehen von kriegsgefangenen Russen“ zu schaffen.

In Form eines Antrags wurde die „Wichtigkeit des Zusammenschlusses der Gemeinde-Wirtschaftsräte und die erforderliche Wahl eines Ausschusses angeregt“.

Im Bewusstsein des Angewiesenseins der städtischen Einwohnerschaft auf die bäuerliche Umgebung wurde als Schwerpunktaufgabe die „Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Produzenten“ angesehen,

⁹⁰ AZ 7 17.2.1918, S. 6.

um „dem Konsumenten in dieser schweren Zeit (...) helfend beizustehen“. Es sollte daher das „Bestreben der engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeit der bäuerlichen Bevölkerung mit der Bewohnerschaft der Stadt“ im Vordergrund stehen.

An den Debatten waren vor allem auch die Vertreter der Stadtgemeinde beteiligt: der Vorsitzende Gemeinderat Seidl, Bürgermeister Kubasta, Gemeinderat Falk und Gemeinderat Ackerl, auch als Obmann des Konsumvereins. Gutsbesitzer Hauptmann Mitterbacher-Degenhardt, Angehöriger der SDAP, war der Obmann.⁹¹



Gemeinderat, Obmann des Konsumvereins, später Vizebürgermeister Anton Ackerl, führte die Amstettner SDAP. (Bild 1D)

Gerade die Quotenzuteilungen waren damals einer der großen aktuellen Sorgen der Gemeindevertretung, weil ihnen sicherlich bekannt war, dass die Mehlsquote der Anlass für den großen, über eine Woche dauernden Jännerstreik vor allem im südlichen Niederösterreich und in Wien ab dem 14. Jänner 1918 war. Die potenzielle Revolutionsgefahr war nicht zu übersehen. Diese konnte trotz verschiedener Maßnahmen in der Kleinstadt Amstetten innerhalb des nächsten Jahres nicht beseitigt werden, wie bedenkliche Vorfälle am 4. und 5. Jänner 1919 belegen.

Noch 1922 war es möglich, trotz differierender Anschauungen zu bestimmten politischen Themen gemeinsam politische Veranstaltungen zu besuchen, um über vorgegebene Themen zu diskutieren.

⁹¹ AZ 6 10.2.1918 S. 3.

So fand am 4. Mai 1922 im Schillhubersaal in Amstetten eine Veranstaltung der Christlichsozialen statt, die von Staatssekretär a.D. Hans Zerdik eröffnet wurde. Als Landtagsabgeordneter Hans Höller in seiner Rede als Funktionär des Hausbesitzervereins den Abbau des Mieterschutzes verlangte, löste er einen Sturm der Entrüstung bei den im Saal anwesenden Sozialdemokraten aus. Der sozialdemokratische Gemeinderat Zemanek stellte sich in seiner Gegenrede gegen die Absichten Höllers. Der Deutschnationale Dr. Karl Schicklberger, Primar im Amstettner Krankenhaus, verurteilte das Parteiengzänk und trat in seiner Rede für den Anschluss an Deutschland ein. Damals funktionierten die demokratischen Spielregeln noch, wenn Veranstaltungen von politischen Gegnern aufgesucht wurden und Gelegenheit zur Darlegung ihrer Ansichten hatten. Der gemeinsame Nenner, den die parteipolitischen Gruppen am Anfang gefunden hatten, weil sie die vorgefundene Notsituation noch geeint hatte, sollte bald verlassen werden.⁹²

Es kann am Beispiel einzelner an politischen Versammlungen teilnehmender Agitatoren dieses Lagers ersehen werden, dass zu diesem Zeitpunkt fast alle bürgerlichen Gruppierungen der verschiedenen parteipolitischen Richtungen gemeinsam vorgingen, eine Zusammenarbeit, die in ideologischen Teilbereichen besonders bei den Bürgerlichen fort dauerte, wenn man ziemlich idente antisemitische Aussagen in den damaligen Parteiprogrammen (Aktionsprogramm der „Vollversammlung des christlichsozialen Klubs“ vom 3. März 1919, Salzburger Parteiprogramm der Großdeutschen Volkspartei vom 7. September 1920, christlichsoziales Parteiprogramm, beschlossen vom christlichsozialen Parteirat unter Dr. Ignaz Seipel am 29. November 1926) und Wahlaufufen, das öffentliche Zusammengehen in der 1920 gegründeten Ortsgruppe des „Antisemitenbunds“ als einer Abwehr- und Schutzfront gegen das „Ostjudentum“ und die im Rahmen von pragmatisch-politischen Zweckbündnissen zustande gekommenen Koalitionen und Einheitsparteien („Wirtschaftsparteien“) auf Gemeinderatsebene sowohl in der Stadt als auch in der überwiegenden Zahl der Ortsgemeinden des politischen Bezirks kennt.⁹³

Sicherlich gab es von christlichsozialer Seite Ressentiments gegenüber den radikalen deutsch-„völkischen“ Gruppierungen, im Besonderen den NS. Ihnen gelang es während dieses Zeitraums in nur ganz wenigen Ortsgemeinden, vor allem aber in der Stadt Amstetten, in diese Gemeindekoalitionen aufgenommen zu werden. Auf der kommunalen Ebene können die politischen Karrieren einflussreicher Persönlichkeiten in Stadt und Bezirk Amstetten, die bei der ideologischen, aber auch organisatorischen Entwicklung einzelner politischer Gruppierungen eine tragende Rolle spielten, nachvollzogen werden, um Brüche und Kontinuitäten in ihren politischen Einstellungen aufzuzeigen. Es interessieren hier sowohl Wechsel bzw. Übertritte als auch Kontinuitäten in Richtung

⁹² AZ 50 v. 15.12.1918, S. 4; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 5-6 und S. 14-15.

⁹³ Zu den einzelnen Parteiprogrammen s. Kleindl Walter, Österreich Chronik. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1978, S. 319, S. 321, S. 329.

nationalsozialistische Ideologie. Vorrangig deutschnationales bzw. deutsch-„völkisches“ Gedankengut, autoritäre Grundeinstellungen und die aktive Umsetzung bzw. Teilnahme am politischen Leben, sowohl während der Phase der politischen Vielfalt des demokratischen Pluralismus als auch im politischen Agitationsfeld der ständigen Einengung der demokratischen Grundlage, trugen wesentlich zur Vorbereitung und zum Aufbau der NS-Herrschaft bei. Viele dieser Angehörigen von Familien aus dem Amstettner Bezirk, vor allem aus dem großdeutschen Bürgertum, auch aus bäuerlichen Schichten, die vorerst dem „Landbund für Österreich“ angehört hatten, aber auch aus dem christlichsozialen Lager, wie es angesichts der Karriere eines der Adjutanten des Kommandanten von Auschwitz/Birkenau (1943-1944), eines Amstettners, der Fall war, standen aufgrund der genannten Vorgaben und unter bestimmten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor der Entscheidung, sich einer der zwei sich anbietenden antidemokratischen bzw. faschistischen Richtungen anzuschließen, indem sie sich entweder für den Konkurrenzfaschismus der Heimwehren (deutsch- oder patriotische österreichfaschistische Richtung) oder für die sich konsolidierende NS-Partei, der es trotz oder wegen der zunehmenden politischen Gewaltanwendung gelang, noch in der Wahlbewegung immer stärkeren politischen Rückhalt in weiten Kreisen des großdeutschen Bürgertums, in den bäuerlichen Kreisen des „Landbundes“, in den deutschnational-„völkischen“ Gruppen der Heimwehren zu finden und sich somit als eine akzeptable „modernere“ Alternative zum anderen, eher an Italien orientierten österreichischen Faschismus, zu präsentieren.

1.4. Politische Lager und Räteorganisation

1.4.1. Sozialdemokraten, bereit zur Zusammenarbeit

Aufgrund der Notlage unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg sahen sich die politischen Lager auch auf der kommunalen Ebene zur Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg veranlasst. Vertrauend auf ihre ersten politischen Organisationsformen, vornehmlich Räte verschiedener Art, glaubten sie nicht nur anstehende wirtschaftliche Probleme lösen, sondern gleichzeitig auch Anspruch auf die politische Realisierung ideologischer Zielsetzungen erheben zu können. Die Sozialdemokratie öffnete sich als politisch tonangebende Partei gegenüber dem politischen Gegner. So ergingen Einladungen zur Zusammenarbeit an die politischen Vertreter der bürgerlichen Parteien, die aber zu diesem Zeitpunkt noch über keine arbeitsfähigen Bezirksorganisationen verfügten. Ihre einzigen Organisationsformen waren weniger Parteieinrichtungen, sondern eher für die ersten Nationalratswahlen geschaffene Wahlorganisationen bzw. -plattformen. Erst mit den diesen Nationalratswahlen folgenden Gründungen im lokalen und regionalen Bereich, ab dem Juli 1919, sollte eine feste, entscheidungs- und handlungsfähige Organisationsstruktur aufgebaut werden. Diese ersten politischen Organisationsformen der Ersten Republik hatten ihre Begründung und

pragmatisch-politischen Zielsetzungen vor allem in der bestehenden wirtschaftlichen Situation. Ihre begriffliche Fixierung bzw. Namensgebung ist daher mehrheitlich als Reflex auf diese augenblickliche Lage zu verstehen. Die Phase der aus der allgemeinen Notlage resultierenden Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinweg erfolgte unter der Initiative der Sozialdemokratie. Sie dominierte in dieser Anfangsphase das politische Geschehen durch ihre Initiativen. Grundlage des politischen Agierens war die damals bestehende Bezirksorganisation der Sozialdemokratie, die in der Folge „Arbeiter- und Wirtschaftsräte“ vor allem in den sozialdemokratisch dominierten Ortsgemeinden gegründet hatte. Die bezirkliche Dachorganisation war der „Bezirksarbeiter- und Bezirkswirtschaftsrat“. Dieser trat auf Gemeindeebene in engerer personeller Besetzung als „Arbeiter- und Wirtschaftsrat“ der Stadt Amstetten auf, der aufgrund seiner veränderten Bezeichnung andeutete, dass er sich von den ursprünglichen Arbeiter- und Soldatenräten als revolutionärer Organisationsbasis entfernt hatte. Diese traten nun immer mehr gemeinsam als „Arbeiter- und Wirtschaftsrat“ in Amstetten auf, der auch als Plattform für die Zusammenarbeit mit den anderen politischen Gruppierungen diente.⁹⁴ Anstehende wirtschaftliche Fragen beherrschten die kommunale Tagespolitik. Politische Initiativen setzte damals die Sozialdemokratie. Im Artikel der „AZ“ vom 22. Juni 1919 über den erforderlichen „Preisabbau“ wird die Organisationsform der Sozialdemokratie als Forum der politischen Arbeit aller Vertreter der bestehenden politischen Lager und der leitenden Vertreter der Behörden des politischen Bezirks und der Stadt vorgestellt: „Eine Konferenz der Arbeiter- und Wirtschaftsräte des politischen Bezirkes Amstetten. Mitglieder des Bezirkswirtschaftsrates Amstetten, so die Wirtschafts- und Arbeiterräte Mitterbacher, Falk, Raidl, Graf (alle der Sozialdemokratie angehörig, Anm. d. Verf.) und andere [...] beschäftigten sich mit der Frage des von der Bevölkerung längst ersehnten Preisabbaues der Lebensmittel.“ Der politische Gegner aus christlichsozialen und deutschnationalen Kreisen war ebenfalls anwesend. Diese „Konferenz über wirtschaftliche Fragen“ war vom Bezirksarbeiterrat, einer sozialdemokratischen Einrichtung, einberufen worden, „wo es vor allem um die Regelung der Lebensmittelversorgung im politischen Bezirk Amstetten ging.“ Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg war das Gebot der Stunde. Gemeinsam versuchte man, die Notsituation in den Griff zu bekommen. So waren auch der „Vertreter der Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Bürgermeister Karl Kubasta, die legitimierten Einkäufer der nö. Viehverkehrsstelle Karl Freisleben, Engelbert Hürner, Leopold Maurer, dann Nationalrat Grim, Frau Landesrat Graf, von der Volkswehr Hauptmann Ratzenberger vom Bat.-Soldatenrat Amstetten, Obmann des Gemeinde-Wirtschaftsrates Amstetten Hptm. i. R. Mitterbacher“, dazu noch „mehrere Gemeinderäte“, „Wirtschafts- und Arbeiterräte“ (v. a. die sozialdemokratischen Ortsgemeinden des politischen Bezirks wurden hier genannt) und Soldatenräte aus anderen Ortsgemeinden des politischen Bezirkes vertreten.

⁹⁴ AZ 25 v. 22.6.1919, S. 16.



Die Amstettner Eisenbahner (mehrheitlich SDAP-Mitglieder, aber auch Gründungsgruppe der NS-Partei) hatten Verbindungen zu allen politischen Gruppierungen, Bürgermeister Carl Kubasta (Christlichsozialer) im Kreis des Amstettner „Pfeifenclubs“, Bahnamtsvorstand Anton Dengler und andere Bahnbeamte, 1909. (Bild 1E)

Gemeinderat Falk sprach von der „unabweislichen Notwendigkeit eines engen, freundschaftlichen Zusammenwirkens von Bauer und Arbeiter, von Produzenten und Konsumenten zum Nutzen aller.“ Angesichts der wirtschaftlichen Not war es möglich, dass in einer solchen Versammlung trotz großer ideologischer Differenzen zwischen den Parteien alle politischen Richtungen vertreten waren. Es gab Kritik am Preisabbau, Klagen über die Bürgermeister hinsichtlich der Ausübung ihrer Funktionen im Ernährungswesen, auch „die Ausstellung der Legitimationen an die Ortswirtschaftsräte“ werde „von einzelnen Gemeindevorstehern verzögert“.

Anlässlich der „Spenden für Invaliden (sic!)“ wurde von einem „Kreisausschuss Amstetten“, der die Spenden zu verwalten hatte, und von der Unterstützung durch den „Bezirks-Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat Amstetten“ und den „Soldatenrat, Volkswehrbaron Amstetten“ gesprochen.⁹⁵

Die Sozialdemokratie veranstaltete zwecks Information der Bevölkerung laufend sogenannte „Volksversammlungen“, die seit Mitte 1919 belegt sind.⁹⁶ Am 20. Juli 1919 fand auf dem Hauptplatz „eine von der sozialdemokratischen Organisation veranstaltete Volksversammlung“ statt. Redner aus Wien sprachen „über den Protest der Arbeiterschaft der Entente-Staaten gegen den Gewaltfrieden“.

⁹⁵ AZ 35 v. 31.8.1919, S. 9. S. auch I.18.3.

⁹⁶ AZ 29 v. 20.7.1919, S. 8.

1.4.2. *Das bürgerliche Lager, vereint in der Räteorganisation*

Anfangs bestehende ideologische Querverbindungen, begründet in dem in der Anfangsphase der Ersten Republik herrschenden bürgerlichen Ideologiekonsens, bewirkten vorerst fließende Grenzen innerhalb eines großen Teils des bürgerlichen Lagers.

In einer parteioffiziellen Kommentierung des Parteiprogramms von 1926 durch Richard Schmitz 1932, die das an Heimwehren und NS verlorene Wählerpotenzial zurückgewinnen sollte, hieß es: Die Christlichsoziale Partei sei „die bodenständige Partei der christlichen Deutschen Österreichs“, sie bekenne „sich offen zum Gesamtdeutschtum, mit dem die österreichischen Deutschen nicht nur durch Blutsverwandtschaft, sondern auch durch eine tausendjährige Geschichte und durch die Gemeinsamkeit von Sprache und Kultur unzerreißbar sich verbunden“ fühlten, sie sei „der moderne Nachfahre der germanischen und altdutschen Heerbanntreue“, wodurch auch eine Abwehr der „Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet“ begründet sei.

Nicht lange nach dem Erlass der Nürnberger Rassengesetze veröffentlichte Leopold Kunschak Anfang 1936 einen Gesetzesentwurf (bereits von ihm 1919 verfasst), in dem die Juden und Jüdinnen in Österreich unter ein Sondergesetz gestellt werden sollten, das die Rassentrennung festlegte: Sie sollten als nationale Minderheit vom „deutschen Mehrheitsvolk“ geschieden werden, wozu Beschränkungen im öffentlichen Dienst, in bestimmten akademischen Berufen und Wirtschaftsunternehmen gehörten, aber auch im politischen Bereich eigene Vertretungskörper und auf kulturellem Gebiet eigene Schulen errichtet werden sollten.⁹⁷

Ideologische Gemeinsamkeiten zwischen den Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ und den Christlichsozialen wurden in der politischen Einstellung des sehr einflussreichen christlichsozialen Gemeinderats, Landtagsabgeordneten, seit Republikbeginn Staatssekretärs der ersten provisorischen Regierung Johann Zerdik sichtbar, der den rechts von der Mitte stehenden Wirtschaftsflügel der Partei vertrat bzw. um sich zu sammeln suchte, wobei er vor allem Gewerbetreibende, die zu den „Nationalen“ vor allem wegen der antisemitischen Einstellung abzuwandern drohten, mit den entsprechenden Parolen, besonders in Wahlkampfzeiten, ansprechen konnte. Auffallend war in allen seinen Wahlkundgebungen seine Haltung gegenüber dem Judentum, wie ein „Aufruf des christlichdeutschen Volkes. Wähler und Wählerinnen der christlichsozialen Partei! Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung“ beweist. In diesem Aufruf heißt es dazu: „Ein strenges Gericht wollen wir halten mit allen Schädlingen unseres Volkes, antisemitisch bis in die Knochen! Wehren wir uns gegen jüdisches Schmarotzertum und jüdische Tyrannei auf wirtschaftlichem und

⁹⁷ Zit. nach Staudinger Anton, Austrofaschistische „Österreich“-Ideologie. In: Talos Emmerich, Neugebauer Wolfgang (Hrsg.), „Austrofaschismus“. Politik-Ökonomie-Kultur 1933 - 1938, Wien 2014 (Politik und Zeitgeschichte, Talos Emmerich, Hrsg., Bd. I), S. 30; ebenda S.45.

geistigem Gebiete.“ Gezeichnet von: „Christlichsoziale Bürger- und Arbeiterpartei für das Viertel ob dem Wienerwald. Listenführer Johann Zerdik“.⁹⁸

Er ließ es sogar zu einer Abspaltung von der christlichsozialen Partei kommen, als er unter einer eigenen christlichsozialen Namensliste kandidierte. Damals erst sollte das christlichsoziale Lager seine Identität – auch in kurzzeitiger Abgrenzung zur katholischen Bauernfraktion – für einige Zeit finden, bis eine neue Phase der Spaltung durch die erstarkende Heimwehrbewegung mit ihrer faschistischen Ausprägung eine neuerliche ideologische Krise herbeiführte, die man aber politisch-pragmatisch durch Wahlbündnisse und ständige Koalitionen mit dem faschistischen „Heimatblock“, ab dem gescheiterten Pfrimerputsch und dem Ausscheiden der NS-Sympathisanten in der Heimwehr mit dem österreichfaschistischen Lager zu überbrücken versuchte. Dabei mussten die Christlichsozialen relativ starke Einbußen zugunsten des „Heimatblocks“ hinnehmen.

„Politische Versammlung in Amstetten“ betitelte die „AZ“ vom 7. Juli 1918 eine der ersten Zusammenkünfte der Christlichsozialen in der Stadt Amstetten. Am 1. Juli 1918 war, von der „christlichsozialen Städteorganisation einberufen“, im Gasthof Schillhuber eine Versammlung des christlich-sozialen Lagers abgehalten worden. Obmann der „hiesigen Lokalorganisation“ war Gemeinderat Götzl.⁹⁹

Es fehlte den bürgerlichen Gruppierungen, die noch während des Kriegs besonders unter der Führung der Deutschnationalen regelmäßig „politische Versammlungen“ zu bestimmten Themen abhielten, eine ständige Organisationsform für die politische Agitation, was nach einer längeren Anlauf- bzw. Vorbereitungszeit zu einer Neugründung einer den Räten der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei gegenüberstehenden politischen Organisation führen sollte, des „Bürger- und Ständerates“. Immer wieder wurden alle Bürgerlichen zur Teilnahme aufgefordert. Er sollte eine neue, vorerst gemeinsame Agitationsplattform der Christlichsozialen und der Großdeutschen darstellen, sowohl auf Stadt- als auch auf Bezirksebene. Es bestand eine enge Zusammenarbeit mit dem „Freiheitlich-nationalen Volksverein“.

Diese Querverbindungen und fließenden Grenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers zwischen christlichsozialem und deutsch-nationalem bzw. deutsch-„völkischem“ Lager in der Organisationsform eines „Bürger- und Ständerates“ in der Gründungsphase der Ersten Republik lassen darauf schließen, dass das Terrain an der Basis noch lange nicht sondiert war, obwohl die erste Nationalratswahl am 16. Februar 1919 bereits zur Stabilisierung des parlamentarischen Systems beigetragen hatte.

Das Beispiel der „Organisationsversammlung“ dieses Vereins vom August 1919 soll dessen Zielsetzungen und die gemeinsame inhaltliche Basis klar machen: „Ein aus Vertretern der

⁹⁸ Plakatsammlung Josef Freihammer, STA.

⁹⁹ AZ 27 v. 7.7.1918, S. 10 Volksversammlung.

Geschäftswelt, Beamtenschaft und Festangestellten gebildeter Ausschuss richtet an alle bürgerlich empfindenden Männer, Frauen und Mädchen von über 18 Jahren, welche sich zum Grundsatz der Unantastbarkeit des Privateigentums, zur Wahrung der privaten Initiativen in Ansehung des Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslebens und zur Wahrung der Demokratie bekennen, die Einladung zu einer am 3. August 1919 stattfindenden Organisationsversammlung der freien Bürgerschaft von Amstetten und Umgebung zwecks notwendigen Zusammenschlusses aller bürgerlich empfindenden Elemente in der Stände- und Bürgerrats-Organisation.“¹⁰⁰

Die Zweckbestimmung der oben genannten neugegründeten organisatorischen Infrastruktur aufseiten der Bürgerlichen dürfte darin bestanden haben, eine Konkurrenzeinrichtung gegenüber den Sozialdemokraten und Kommunisten aufzubauen. So fand am 3. August 1919 in Amstetten im Gasthof Schillhuber die „gründende Versammlung der Stände- und Bürgerratsorganisation“ statt. Diese hatte unter den Tagesordnungspunkten auch folgenden: „Bedeutung, Zweck und Ziele der Stände- und Bürgerratsorganisation“ war auch die „Wahl des Stände- und Bürgerrates Amstetten“. Wie aus der Reaktion der „AZ“ zu ersehen ist, trug die Gründung dieser bürgerlichen Organisation zur wesentlichen Beunruhigung des „linken“ Lagers bei, was durch die Anwesenheit ihrer Vertreter in dieser offen zugänglichen Versammlung dokumentiert wird. Die Führungsschicht rekrutierte sich aus der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung. Bis zur Gründung eines eigenen „Bezirks-Bürgerrates“ hatte dieses Stadtgremium provisorisch die Agenden im politischen Bezirk zu übernehmen. Es wurde aber damals noch die Gründung des „Bezirks-Bürgerrates“ beschlossen und „bis zu dessen Konstituierung“ wurde „mit Genehmigung des Landes-Bürgerrates die einstweilige Geschäftsführung dem Stände- und Bürgerrat übertragen“.

Es ist bemerkenswert, dass ein führendes Mitglied der „Alldeutschen“, Richard Pazelt, später ein überzeugter NS, zum Obmann des von den Christlichsozialen dominierten „Bürger- und Ständerates“ gewählt wurde.¹⁰¹ Waren am Anfang auch Angehörige des deutschnationalen Lagers vertreten, so muss dieser als „überparteilich“ apostrophierte Verein parteipolitisch in seiner Mehrheit den Christlichsozialen zugeordnet werden. Bald wurde er eine Organisationsform aller christlichen Bürgerlichen. Gegenüber den Deutschnationalen hatte man keine Berührungsängste, im Gegenteil, ihre Teilnahme war in einem großen bürgerlichen Sammelbecken trotz ideologischer Gegensätze erwünscht. Die Gründung bzw. Formierung extrem rechts stehender deutsch-„völkischer“ Gruppierungen als deutliche ideologische Abgrenzung hatte hier ihre Wurzel.

Außer den obigen nur kurz ausgeführten Programmpunkten finden sich anlässlich der Gründung trotz einer ganzen Seite Berichterstattung in der „AZ“ keine weiteren Ausführungen dieses

¹⁰⁰ AZ 31 v. 3.8.1919, S. 10; AZ 32 v. 10.8.1919, S. 10; Anton STAUDINGER, Christlichsoziale Partei. In: Weinzierl, Skalník, Österreich 1918–1938, a.a.O., S. 257. 1919 sind Versuche einer Gegenorganisation von „Angestellten, Bürger- und Bauernräten“ festzustellen. Sie brachten aber nicht den erhofften Erfolg.

¹⁰¹ AZ 42 v. 19.10.1919, S. 2 Stände- und Bürgerrat Amstetten.

politischen Gremiums, weshalb anzunehmen ist, dass ein fertiges Programm noch nicht existierte. Die Zielvorgaben für politisches Handeln waren eher pragmatisch ausgerichtet. Es fand die Wahl des Vorsitzenden, des Mechanikers Richard Pazelt, statt. Auch Vertreter der umliegenden Ortsgemeinden aus dem ganzen politischen Bezirk Amstetten waren anwesend. Dazu gab es einen Kommentar der „AZ“: „Welche Wichtigkeit die hiesigen Sozialdemokraten, namentlich aber die Kommunisten, dieser Versammlung beigemessen haben, zeigte ihr ziemlich zahlreiches Erscheinen, und es war von allem Anfang klar, dass die ganze Sache ihnen große Beunruhigung verursachte und äußerst unangenehm war“.

Anschließend gab es eine Stellungnahme „des eingeladenen Präsidenten Dr. Theodor Bernhard“. Interessant ist die Person, die den einzigen Diskussionsbeitrag geliefert hat. Als die Frage gestellt wurde, „ob die Gegenseite auf die Ausführungen des Dr. Bernhard zu erwidern wünsche, meldete sich [...] und ein gänzlich ortsfremder, wie es sich nachher herausstellte, kommunistischer Jude namens Oskar Mandler zum Worte“. Kritik des politischen Gegners war damals bereits unerwünscht. Man reagierte von bürgerlicher Seite „auf die Versuche der Unterwanderung durch die Linken“, und versuchte eine deutliche Abgrenzung herbeizuführen. Um eine „Gegenrede auszuschließen, als die Kritik zu stark wurde“, schloss man die Versammlung und verlegte sie in das Bahnhofshotel Hofmann, das spätere Agitationslokal des „nationalen“ Lagers, wo man ganz unter sich war. Die Deutschnationalen dürften die Führung an sich gerissen haben.¹⁰²

Aus der Wahl „des geschäftsführenden Ausschusses des Stände- und Bürgerrates Amstetten“ ist ersichtlich, dass zu diesem Zeitpunkt das deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Lager in der Abgrenzung gegenüber der „Linken“ eine gemeinsame Agitationsbasis mit den Christlichsozialen gefunden hatte: Die Zusammensetzung der Führungsgruppe liest sich wie eine Koalitionsabmachung zwischen deklarierten Christlichsozialen und „Nationalen“, wobei die Obmannschaft bezeichnenderweise die Deutschnationalen innehatten, den Stellvertreter die Christlichsozialen. Bei einigen Vertretern dieser bürgerlichen Führungsgruppe lässt sich für den damaligen Zeitpunkt eine eindeutige politische Zuordnung nicht nachvollziehen, standen sie doch in einem politischen Bereich mit noch fließenden Grenzen und waren somit für beide Lager gesinnungsmäßig engagiert.

Aus den besonderen Aufgabenbereichen der Räte der verschiedenen politischen Lager ist folgender situationsbedingt längere Zeit aktuell gewesen: Als „Kriegsbeschädigte“ und Kriegsoffer Hilfe durch eine Art Vermögensabgabe forderten, wurden sie durch den Bezirks-Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat und die Volkswehr unterstützt. (Es wurden die Gebühren für Krankenhaus, Friedhof, Strom- und Wasserbezug und die öffentlichen Abgaben erhöht bzw. an die zunehmende Inflation angepasst.) Diese Räte waren sozialdemokratisch ausgerichtet und geführt. In dieser Anfangszeit hielt man den politischen Konsens noch für opportun. Die politische Gegenseite unterstützte mit

¹⁰² AZ 32 v. 10.8.1919, S. 10.

ihrem Stände- und Bürgerrat von Amstetten unter dem Vorsitz des Präsidenten des nö. Landesbürgerrates, Dr. Theodor Bernhard, ebenfalls dieses Anliegen.

Aber es kristallisierten sich bereits zu diesem Zeitpunkt politische Fronten heraus. Diese in der Folge parteipolitisch eindeutig zuzuordnenden Kernfamilien in beiden Lagern und die pragmatisch-politische Zusammenarbeit im Amstettner Gemeinderat zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ und zuletzt auch NS-Partei sollten einer der ausschlaggebenden Faktoren für die politische Kontinuitätslinie der bürgerlichen Stadtparlamente sein, die erst durch das Ausscheiden zweier auf der christlichsozialen Liste kandidierter Angehöriger des „Heimatschutzes“ und eines großdeutschen Mandatars mit großer Sympathie für die faschistische Ideologie aus dem Gemeinderat im Herbst 1931 einen Bruch erlebte, der sich nachhaltig auf die politische Arbeit auswirkte. Die Anziehungskraft der politischen Funktionäre der NSDAP „Hitlerbewegung“, die vor allem durch familiäre, aber auch im Laufe der Zeit gewachsene politische Bindungen einer Kerngruppe innerhalb des großdeutschen, dann deutsch-„völkischen“ Lagers verstärkt wurde, war so groß, dass letztlich beinahe sämtliche dem deutschnationalen und deutsch-„völkischen“ bzw. nationalsozialistischen Schulz/Riehl-Lager (der ersten im Amstettner Bezirk agierenden NS-Gruppe unter Dr. Walter Riehl und seinem Nachfolger Karl Schulz) zugehörigen Familien des städtischen Bürgertums zur NSDAP „Hitlerbewegung“ überwechselten, wie sich anhand der einzelnen Namen nachweisen lässt, und sogar ohne Rücksicht auf berufliche Risiken auch in der „illegalen“ Zeit Mitglieder der NS-Führungsschicht blieben.

1.4.3. Gemeinsame Präsenz der Christlichsozialen und der Deutschnationalen

Die erste in der Ersten Republik nachweisbare Führungsschicht des bürgerlichen Lagers im Amstettner „Stände- und Bürgerrat“ umfasste Vertreter des christlichsozialen und des „nationalen“ Lagers.

Die Führungsgruppe im „Stände- und Bürgerrat“:

Obmann Richard Pazelt, Mechaniker, Amstetten [„national“ = Anm. d. Verf.]

erster Obmannstellvertreter: Hans Höller, Privatbeamter, Amstetten (christlichsozial, Anm. d. Verf.)

zweiter Obmannstellvertreter: Eduard Vogel, öffentlicher Notar, Amstetten [„national“]

Schriftführer Franz Platzer, Privatbeamter, Amstetten [„national“]

Schriftführerstellvertreter: Florian Sengstschmid, Schlossermeister, Amstetten [„national“]

Zahlmeister Emil Korner, Kaufmann, Amstetten [„national“] Zahlmeisterstellvertreter: Adolf

Boneschitzky, Staatsgeometer, Amstetten [„national“]

Beisitzer Carl Kubasta, Bürgermeister, Amstetten [christlichsozial]

Julius Hofmann, Hotelbesitzer, Amstetten [„national“]; Franz Dedek, Schaffner der d.-ö.

Staatsbahnen, [nicht bekannt]

Hans Sieder, Bäckermeister, Amstetten [christlichsozial]; Richard Bachbauer, Kaufmann, Euratsfeld [nicht bekannt]

Franz Gruber, Gasthaus- und Fleischhauereibesitzer, Euratsfeld [christlichsozial] Rechnungsprüfer

Rudolf Prinz, Oberrevident der d.-ö. Staatsbahnen, Amstetten [„national“]

Richard Wawrowetz, Baumeister und Architekt, Amstetten [„national“]

In Anbetracht der späteren politischen Ausrichtung dieser Personen kann festgehalten werden, dass eine größere Anzahl von Angehörigen deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Familien in den verschiedenen Gremien des „Stände- und Bürgerrats“, in denen es in der Folge vorrangig um wirtschaftliche Fragen, besonders um Gewerbeangelegenheiten, ging, vertreten waren, aus denen sich später Mitglieder und Sympathisanten der NS-Partei rekrutierten. Die Familien der mit „national“ gekennzeichneten Mitglieder bzw. mehrheitlich die Personen selbst des Führungsstabs gehörten später zu den Führungskreisen der Amstettner NS-Elite.¹⁰³

1.5. Identifikation mit der demokratischen Republik als Bestimmungsgröße für die politische Einstellung

Um die Auswirkungen der politischen Gesamtsituation nach der Republikgründung auf das Werden des Nationalsozialismus im politischen Bezirk und in der Stadt Amstetten aufzuzeigen, ist der Einblick in die gesamte Parteienlandschaft in der Gründungsphase der Republik, besonders in deren damalige Konfliktfelder, eine notwendige Voraussetzung. Das Eintreten der gemäßigten Kräfte innerhalb der großen politischen Lager für die neue Staats- und Regierungsform (Aufruf der „Provisorischen Nationalversammlung“ vom 12. November 1918: „Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik“, nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye Gesetz über die Staatsform vom 21. Oktober 1919: „Deutschösterreich in seiner durch den Staatsvertrag von Saint-Germain bestimmten Abgrenzung ist eine demokratische Republik unter dem Namen ‚Republik Österreich‘.“), trotz der allgemeinen Ablehnung der für die junge Republik negativ beurteilten Friedensschlüsse, zeigte sich an den politischen Aktionen, die die nächste Zeit bestimmten. Gerade die Frage des Bejahens oder Negierens der demokratischen Herrschaftsform, aber auch der selbständigen Republik Österreich und damit einer österreichischen Identität durch einzelne politische Gruppierungen sollte in der Folgezeit entscheidend zu Polarisierungen, zum Aufheizen des emotionalen Klimas in der Zeit von 1918 bis 1933 beitragen. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten unter Adolf Hitler in Deutschland am 30. Jänner 1933, aber schon die gezielte Ausschaltung des Parlaments in Österreich am 4. März 1933 durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß bedeuteten eine Zäsur, hinter die man in der österreichischen politischen Entwicklung nicht mehr zurückkam. Bis 1933 sollte der

¹⁰³ Im Klammerausdruck versuchte politische Zuordnung durch den Verfasser, die aus der gewissenhaften Verfolgung der politischen Karriere der angeführten Personen (bzw. der politischen Zugehörigkeit ihrer Familien) resultierte. AZ 50 v. 15.12.1919, S. 4.

Anschlussgedanke quer durch die politischen Lager, jedenfalls in den Parteiprogrammen, ein bewusstseinsprägendes Element des mentalen Nährbodens werden, als einer der Kontinuitätslinien, auf denen der Nationalsozialismus seine Früchte ernten konnte.¹⁰⁴

Die grundsätzliche ideologisch-inhaltliche Polarisierung und die daraus resultierenden parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen den großen politischen Lagern des Bürgertums und der Linksparteien prägten trotz anfänglicher Übereinstimmungen in der Ablehnung der monarchischen Herrschaftsform auch die Kommunalpolitik (in Widerspiegelung der staatlichen Verhältnisse) bereits in der Phase der Errichtung der Republik. Interessant sind die ersten Organisationsformen, in deren Rahmen sich die politischen Kräfte formierten. Innerhalb neu geschaffener kommunaler Institutionen des politischen Agierens begann man die Öffentlichkeitsarbeit.

In beiden politischen Großlagern hatte man sich, wie schon ausgeführt, in der unmittelbaren Gründungsphase neben dem Aufbau der jeweiligen Parteistrukturen ansatzweise für ein politisches System entschieden, das auf einer mehr oder weniger demokratisch verstandenen Rätestruktur – wenn auch unter verschiedenen ideologischen Voraussetzungen – in bestimmten Bereichen der kommunalen politischen Verwaltung beruhte, mit der Hauptaufgabe der wirtschaftlichen Konsolidierung, die sich auch in der politischen auswirken sollte. Dazwischen schienen politische Kleingruppierungen, zu denen auch die damals gegründete DNSAP gehörte, vorerst mit ihren politischen Ambitionen chancenlos zu sein, ja eher zerrieben zu werden, weil die politischen Großlager, wie sie sich bereits in der Wahlbewegung zur konstituierenden Nationalversammlung formiert hatten, alle sozialen Schichten, auch das eigentliche deutschnational bzw. deutsch-„völkische“ Rekrutierungsfeld der Arbeiter- und Angestelltenschicht, der Beamtschaft, besonders der Berufsgruppe der Post- und Eisenbahnbediensteten, aber auch und immer mehr Teile der Handel- und Gewerbetreibenden und Vertreter halbakademischer bzw. akademischer Berufe, abzudecken schienen. Es sollten sich jedoch gerade in der Stadt Amstetten erste Erfolge der sehr aktiven NS ergeben, wie die Wahlergebnisse bestätigen. Diese Gründungsphase der politischen Parteien der Ersten Republik war auch von einer regen Versammlungstätigkeit der sich neu formierenden politischen Gruppierungen, die die bereits bestehenden ideologisch-politischen Anliegen der verschiedenen Gesellschafts- und Berufsgruppen artikulierten, gekennzeichnet. Die allgemein vorherrschende Unsicherheit auf kommunaler Ebene förderte Experimente mit neuen Organisationsformen aufgrund der Unkenntnis bzw. Unerfahrenheit mit politischen Organisationsstrukturen. Diese Versuche gingen mit der mit der allgemeinen politischen Neuorientierung verbundenen Aufbauarbeit konform. Die jeweiligen politischen Programme nahmen mit der Zeit Gestalt an.

¹⁰⁴ Kleindl, Chronik, a.a.O., S. 316, S. 320, S. 321.

Ein Charakteristikum dieser ersten Phase war eine sich abzeichnende Polarisierung zwischen den geistigen Initiatoren der Republikgründung, den Sozialdemokraten (und Kommunisten), und den bürgerlichen Kräften. Dennoch waren bei vielen politischen Versammlungen am Anfang der Republik noch alle politischen Gruppierungen gemeinsam vertreten, gab es doch in einzelnen politischen Fragen einen Konsens, wenn sich auch innerhalb dieser Übereinstimmung die Gegensätze, vor allem im sozialpolitischen Bereich, immer deutlicher zeigten. Die ideologischen Programme und politischen Wege ihrer Umsetzung können aus den jeweiligen politischen Programmen entnommen werden. Eines sollte sich nach einem kurz dauernden konsensualen Einvernehmen in den drei ersten Koalitionsregierungen unter Renner bald herauskristallisieren: Immer mehr nahmen neben den radikalen auch die gemäßigten bürgerlichen Gruppierungen eine abwehrende Haltung gegenüber den sozialpolitischen Anliegen der Sozialdemokratie ein, die die damalige Umbruchsituation zur raschen Durchführung ihrer Programme benutzen wollte. Während alle anderen politischen Gruppierungen erst um ihr Programm rangen, hatte die Sozialdemokratie als gemäßigte politische Richtung ein fertiges Programm, das letztlich zu den bekannten Polarisierungen gegenüber den Bürgerlichen führte.

Dazu kamen auch die Gegensätze innerhalb des letztgenannten Lagers, vor allem durch das ideologisch bedingte Festhalten der Christlichsozialen an den katholisch-christlichen Grundlagen, das seine Entsprechung in der Absicherung des politischen Einflusses der katholischen Kirche hatte (Höhepunkt unter den Regierungen von Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel), während die „nationalen“ Gruppierungen die mehr oder weniger starke Loslösung von der katholischen Kirche betrieben, wobei die Unterscheidung von gemäßigt deutschnationalen und radikalen „völkischen“ Gruppierungen auf der kommunalen Ebene manchmal nur schwer nachzuvollziehen ist. Diese Hypothek der schwer zu ziehenden Trennungslinien innerhalb dieses Lagers und des temporären Zusammengehens in Wahlbündnissen und Koalitionen auf kommunaler Ebene ist ein die nachträgliche Aufarbeitung hemmender Faktor, wenn es darum geht, Kontinuitäten in Richtung Nationalsozialismus festzuhalten. Dafür ist das Verfolgen der personellen Komponente vor allem bei der Anhängerschaft der Schönerer-Richtung einer der am besten belegten Nachweise. Sind aus der Bezeichnung der einzelnen politischen Gruppierungen in dieser Gründungs- und Konsolidierungsphase programmatische Richtungen herauszulesen, so lässt sich aus der jeweiligen Einstellung der politischen Führer am ehesten eine ideologisch-politische Linie bestimmen. Bereits seit der ausgehenden Monarchie gibt es traditionelle politische Einstellungen bestimmter Familien, die besonders in der Stadt Amstetten nachweisbar sind. Interessant ist ihr Verhalten angesichts des Auftretens der NSDAP „Hitlerbewegung“, eine Zäsur, die das Überschwenken, wenn auch zeitlich gestaffelt, der meisten politischen Funktionäre dieses vorher doch in einzelne Fraktionen gespaltenen Lagers bewirkte. Einziges retardierendes Element war noch für einzelne „Führer“ die

deutschfaschistische steirische Heimwehr Pfrimers, die österreichweit einige Zeit lang Angehörige dieses Gesinnungsspektrums an sich binden konnte. In diesem politischen Spektrum war die stärkste Ablehnung der demokratischen Republik verankert.

Die Sozialdemokratie agierte dagegen mit ihrem in der städtischen Öffentlichkeit artikulierten Eintreten für die demokratische Republik, nachweisbar an der Organisation der jährlichen „Republikfeier“ am „Staatsfeiertag“ und auch an den medialen Aktivitäten, so besonders in ihren Sprachrohren der „Volkswacht“ und dann der „EW“, wie aus vielen Artikeln erkennbar ist. Es fehlte die grundsätzliche antisemitische Ideologiekomponente in ihrem Programm (abgesehen von der durch die marxistische Kapitalismuskritik bestimmten antijüdischen Blattlinie, besonders wenn es um die Familie Rothschild ging), die bei allen anderen politischen Gruppierungen mit Ausnahme der Monarchisten, die aber auf der kommunalen Ebene schwer von den Christlichsozialen auseinanderzuhalten waren, nachzuweisen ist. Eine Trennungslinie im politischen Sinn ist trotz eigener Organisation der Monarchisten in Form einzelner Vereine schwer zu ziehen, weil sie niemals als eigene wahlwerbende Partei auftraten, sondern ihre Vertreter immer auf den Listen der Christlichsozialen und Heimwehren kandidierten, wobei einer ihrer bedeutendsten Exponenten der Führer der Christlichsozialen selbst, der spätere Amstettner Bürgermeister des „Ständestaats“, Hans Höller, war.



Grüßkarte aus der Marktgemeinde Amstetten, Ende 1896, auch Schloss Seisenegg (links oben). (Bild2)

Durch die Präsenz des Kaiserhauses im Schloss Wallsee und im nicht weit entfernten Persenbeug hatte der Legitimus sicher einen nicht zu unterschätzenden politischen Einfluss im Bereich des politischen Bezirks.



Kaiser Franz Josef beim Verlassen des Amstettner Bahnhofs anlässlich seines ersten Besuchs am 26. November 1897, Weiterfahrt mit dem Auto nach Wallsee zu seiner ältesten Tochter Valerie. (Bild 2A)

Immer wieder waren zur Zeit der ausgehenden Monarchie Vertreter des Kaiserhauses, einige Male sogar der Kaiser selbst, entweder zu bestimmten Anlässen wie der Stadterhebung im September 1898, auf der Durchreise zu seiner Tochter Marie Valerie in das Schloss Wallsee oder zu Betriebsbesuchen in der Stadt anwesend gewesen. Ein hochrangiger Vertreter des Kaiserhauses, Erzherzog Eugen, war am 17. Mai 1936 anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerurkunde an das damalige Oberhaupt des Hauses Habsburg, Otto, und deren in der Stadt inszenierten Entgegennahme (medial als „Dankschreiben-Überreichungsfeier“ präsentiert) anwesend, in einer Phase des „ständestaatlichen“ Regimes, in der gerade in der Stadt der Legitimus, wenn auch unter der Kontrolle des Regimes, sehr stark durch den Einfluss Hans Höllers auflebte. In der christlichsozialen Partei hatte es von Anfang an starke legitimistische Tendenzen gegeben, die in den ersten Jahren der Republik immer wieder Angriffspunkt der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen waren.

Vor allem 1921 ging es anlässlich der zweimaligen Restaurationsversuche Karls I. in Ungarn um die Verhinderung der Wiederkehr der „schuldbeladenen deutschfeindlichen Habsburger“, wie dies auf der Gründungsversammlung der „Deutschvölkischen Partei für das Viertel ober dem Wienerwald“ am 27. Jänner 1919 formuliert wurde. Sozialdemokraten und Deutschnationale griffen immer wieder die Christlichsozialen wegen ihrer angeblich monarchistischen Tendenzen an, weshalb sich die christlichsozialen Politiker bemühten, besonders die Wahlredner, wenigstens im Rahmen der Wahlbewegungen ein Bekenntnis zur Republik abzulegen und sich für die Bekämpfung der Wiederkehr der Habsburger auszusprechen. Dieses Bestreben ging aber nicht soweit, dass sie an den

Republikfeiern der Sozialdemokratie teilnahmen, obwohl sich auf oberster Ebene von Anfang an die christlichsozialen Bauern und der Flügel um Leopold Kunschak dem von den Sozialdemokraten vorgegebenen eindeutigen Bekenntnis zur Republik angeschlossen hatten. Man hatte von der kriegswirtschaftlichen Zwangsbewirtschaftung und der beinahe absolut regierenden adeligen Militärführung mit ihren Rekrutierungsforderungen genug und trat für die neue Staats- und Regierungsform ein.

Bereits in den zahlreichen Wahlveranstaltungen anlässlich der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung traten beide christlichsozialen Listenführer, Josef Stöckler, Listenführer des Bauernbundes, und Hans Zerdik, der die christlichsoziale Bürger- und Arbeiterliste anführte, offen für die demokratische Republik ein, versprachen, die Wiederkehr der monarchischen Staatsform zu bekämpfen, verlangten aber den Anschluss an Deutschland. Dabei wurden sie von der katholischen Kirche unterstützt, indem viele katholische Geistliche bei den Wählerversammlungen als Redner auftraten. Landeseseelsorger Dompfarrer in St. Pölten Michael Memelauer trat Ende 1918 in einer Wählerversammlung in Aschbach als Redner auf, wo er das „Gerede über monarchistische Strömungen und weiße Garden in der christlichsozialen Partei“ als eine „Erfindung und Lüge der Judenpresse“ bezeichnete.



Kaiser Franz Josef im Auto auf der Fahrt durch Amstetten in Richtung Wallsee zu seiner ältesten Tochter Valerie, 10. April 1909.(Bild 2A1)

Er behauptete, dass die Gegner die Juden und daher alle Christen und Deutschen auch Gegner der Sozialdemokraten seien.¹⁰⁵ Auch führende Persönlichkeiten aus der Heimwehrbewegung standen dem Legitimus sehr nahe, wie Eduard Baar-Baarenfels, der seinen Stammsitz im Schloss Rohrbach in der Nähe von Weistrach hatte. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Haltung der einzelnen politischen Gruppierungen hinsichtlich der Demokratieverwirklichung durch Identifikation oder Ablehnung in verschiedener Intensität bestimmt ist, was aber letztlich das Aufkommen des Nationalsozialismus nicht verhinderte. Letztlich waren es bis zur autoritär-faschistischen Phase ab 1933 nur drei politische Gruppen, die geschlossen eine kompromisslose Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus durch ihr politisches Handeln aufzubauen versuchten: die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Monarchisten. Mit zunehmender Intensität unterstützten alle deutsch-„völkischen“ Gruppierungen die NS-„Bewegung“. Das großdeutsche Lager schwenkte ebenfalls immer mehr zu den NS über. Das ursprünglich breite Spektrum der „Nationalen“ schränkte sich immer mehr auf eine schlagkräftige, die anderen politischen Gruppierungen dieses Lagers rezipierende Gruppe ein, nämlich die NSDAP „Hitlerbewegung“. Innerhalb dieser „nationalen Opposition“ kam es aber bezüglich der ideologisch-inhaltlichen Auseinandersetzung und des politischen Vorgehens – besonders auf Landes- bzw. Bundesebene – zu immer stärkeren Differenzen innerhalb der Führungsschicht und somit auch zu entsprechende Fraktionierungen, die aber auf regionaler Ebene des politischen Bezirks außer in der Stadt Amstetten nur schwer nachweisbar sind.¹⁰⁶

Das Zusammengehen des christlichsozialen bzw. „Vaterländische Front“-Lagers mit der faschistischen Heimwehrbewegung (vorerst auch der deutschfaschistischen) und auch „nationalen“ Gruppierungen beweist die Ambivalenz einer Haltung, die einerseits von grundsätzlicher Gegnerschaft bestimmter Fraktionierungen, andererseits von manifestem ideologischen Teilkonsens geprägt war. Das Vorgehen der „Ständestaats“-regierungen gegen die NS schwankte zwischen Abwehrkampf und versuchter Integration, wenn auch letztlich unter äußerem Druck.

¹⁰⁵ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 8, S. 6.

¹⁰⁶ S. dazu Mulley, NSDAP Niederösterreich, a.a.O., S. 184-189. Zu Zerdik und Stöckler s. I.3.2 (Biografisches in Anm.)



Kaiser Franz Josef war anlässlich der Landesausstellung 1908 in Amstetten und besuchte die Carbolineumfabrik Avenarius, mit Frau Elise Avenarius. (Bild 2A3)

1.5.1. Eintreten der lokalen Sozialdemokratie für die demokratische Republik: die jährliche „Republikfeier“ am „Staatsfeiertag“

Die Ambivalenz in der Haltung der SDAP (bzw. SDAPDÖ), einerseits des Einstehens für die eben erst offiziell ausgerufenen Republik am 12. November 1918 („Gesetz über die Staats- und Regierungsform“ von der Provisorischen Nationalversammlung verabschiedet) auf der Parlamentsrampe und somit des Eintretens für die „demokratische Republik“, andererseits der Forcierung des Anschlussgedankens (als Staatsziel wurde festgehalten: „Österreich ist ein Teil der Deutschen Republik“.), prägte die Haltung der Amstettner Sozialdemokratie in der Anfangszeit der jungen Republik. Die erste Zielvorgabe, gleichsam der Startschuss der Neugründung der republikanischen Verfassungsordnung, hatte ihre eigentliche Fundierung bereits zwei Wochen vorher, am 30. Oktober 1918, im Staatgründungsakt (Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung zur „grundlegenden Einrichtung der Staatsgewalt“) im Landhaus in der Herrengasse mit der versuchten Verkündung vom Balkon aus gehabt (nur hörte niemand von den in der Herrengasse versammelten Sozialdemokraten und Deutschnationalen zu, zu laut war ihr Absingen der Internationale, des „Deutschlandlieds“ und der „Wacht am Rhein“, die christlichsoziale Anhängerschaft war hier wegen ihrer immer noch vorhandenen monarchistischen Ambitionen nicht vertreten).

Nach dem Vorbild des Feiertags des Ausbruchs der Französischen Revolution am 14. Juli 1789 und der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika am 4. Juli 1776 bestimmte die Konstituierende Nationalversammlung per Gesetz am 25. April 1919 den 12. November 1918 als „Staatsfeiertag“ zum „immerwährenden Gedenken an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich“ (übrigens gemeinsam mit dem 1. Mai, den sie ebenfalls als „Staatsfeiertag, als „allgemeinen Ruhe- und Feiertag“, beschloss). Er sollte nach dem Willen der neu gewählten Abgeordneten angesichts der Zweifel in der Bevölkerung am Bestehen „Restösterreichs“, die einige Monate nach der Ausrufung der Republik aufgrund der allgemeinen Krisensituation (Hunger, Heizmaterialmangel, Wohnungselend, schlechte Gesundheitsversorgung, orientierungslose Frontheimkehrer, Unsicherheit über Friedensverträge, erste innenpolitische Spannungen) am größten waren, die junge demokratische Republik im Bewusstsein verankern. Nicht 1919 scheiterte aber die österreichische Demokratie, sondern 14 bzw. 15 Jahre später, als Bundeskanzler Dollfuß die Diktatur begründete und mit der endgültigen Abschaffung der demokratischen Verfassung durch das „gesäuberte“ Parlament am 30. April 1934 symbolisch auch den „Staatsfeiertag“, den Erinnerungstag an die Gründung der Republik, ersatzlos streichen ließ. Gleichsam als Ersatz wurde der 1. Mai zum „Staatsfeiertag“ umfunktioniert, um an die neue „ständestaatliche“ Verfassung zu erinnern und den 12. November, den Gründungstag der demokratischen Republik, vergessen zu lassen. In einem Aufwischen wurde somit der bisherige Festtag der Arbeiterbewegung, vor allem von der Sozialdemokratie begangen, abgeschafft.¹⁰⁷

Begeisterter Konsens, wenn auch aus verschiedenen Gründen, herrschte in allen Bevölkerungskreisen, wenigstens in den ersten Monaten 1919, in der Hoffnung auf einen Anschluss an Deutschland. Gab es in Amstetten Anschlusskundgebungen, war die lokale Amstettner Sozialdemokratie, jedenfalls am Anfang, selbstverständlich dabei, was sich aber in der Folgezeit gegen die Vorgaben der obersten Führungsebene (im Parteiprogramm verankert) ändern sollte. Dazu dienten auch die sogenannten „Freien Volksversammlungen“, auch nur als „Volksversammlungen“ bezeichnet, der Jahre 1918 und 1919, ein Beleg für die damals noch funktionierende Zusammenarbeit der großen politischen Lager in Bezirk und Stadt Amstetten. Hier wurde damals von allen politischen Gruppierungen gerade der Anschlussgedanke angesichts der eben erst ausgerufenen Republik „Deutschösterreich“ artikuliert, wenn auch Teile der Christlichsozialen aufgrund ihrer monarchistischen Gesinnung nicht einverstanden waren. Wie aus den Zeitungsberichten zu entnehmen ist, gab es aber damals auf der kommunalen Basis keine

¹⁰⁷ Häusler Wolfgang, Ideen können nicht erschossen werden. Revolution und Demokratie in Österreich 1789-1848-1918, Wien 2018, S. 219.

<https://www.google.at/search?q=staatsfeiertag&oq=Staats&aqs=chrome.4.69i57j0l5.7416j0j7&sourceid=chrome&ie=UTF-8>, 5.12.2018 Beschluss am 30. Oktober 1918 Staatsgesetzblatt Nr. 1/1918, Beschluss am 12. November 1918 Staatsgesetzblatt Nr. 5/1918.

Unvereinbarkeitsprobleme, für die bürgerlichen Parteien auch später nicht, als der Anschluss bereits verboten war. Ein derartige „Volksversammlung“ wurde entweder von einer politischen Gruppe oder von der Gemeinde selbst veranstaltet.¹⁰⁸



Ankündigung der „Volksversammlung“, einberufen von deutsch-nationalen Kreisen, am 14. Dezember 1918. (Bild B3)

Grundsätzlich war in der Nationalversammlung seit Republikbeginn in der christlichsozialen Partei genauso wie bei den Sozialdemokraten die Entscheidung für den Anschluss an Deutschland gefallen. Es waren vor allem Teile der Wiener Christlichsozialen, die bezüglich der Staatsform monarchistisch eingestellt und eher gegen den Anschluss waren, was aber insgesamt nicht ins Gewicht fiel, die Länder und die Arbeiterbewegung waren republikanisch eingestellt. Gerade im kommunalpolitischen Bereich Amstettens finden sich in der Folge Abweichungen der Lokalparteien gegenüber der oberen Führungsgruppe der beiden Großparteien, wobei sich bei den Christlichsozialen ein starker

¹⁰⁸ Zu einer derartigen „Volksversammlung“ s. Näheres unten Kap. „Anschlussgedanken“.

monarchistischer Zug (der unter Bundeskanzler Schuschnigg Rückendeckung bekam), bei den Sozialdemokraten eine Abweichung von der offiziellen Führungslinie durchsetzte.

Gerade die Sozialdemokraten verstanden sich als Vorkämpfer der neuen, republikanisch-demokratischen Ordnung, die die „Einheit von Thron und Altar“ brechen und durch die Herrschaft des Proletariats ersetzen sollte. Dieses Programm wurde auch regelmäßig der Öffentlichkeit vermittelt, wozu besonders die von den Amstettner Sozialdemokraten allein veranstalteten „Republikfeiern“ gehörten, wobei die Selbständigkeit Österreichs gerade an der lokalen Basis immer mehr Gewicht bekam.

In Amstetten wurden jährlich im November die sogenannten „Republikfeiern“ im Gedenken an die Ausrufung der „Republik Deutschösterreich“ abgehalten. Nach dem Verbot des Anschlusses und der Verfügung der Bezeichnung „Republik Österreich“ durch die Siegermächte wäre zu erwarten gewesen, dass die Amstettner Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten gemeinsam diese Feier gestalten. Sie wurde aber nur von den Sozialdemokraten veranstaltet. Die Christlichsozialen nahmen an diesen Feiern von Anfang an nicht teil, weil sie als verordnete „Republikaner“ ihre Anschlussbestrebungen damals nicht mit einer österreichischen Republik vereinbaren konnten, während die Amstettner Sozialdemokraten trotz der Anschlussforderung der Bundespartei diesen Gedanken nicht prioritär sahen und ihn deshalb mit dem öffentlichen Eintreten für die österreichische Republik im Rahmen der von ihnen jährlich veranstalteten Republikfeiern, die zuerst auch gegen immer noch bestehende monarchistische Vorstellungen innerhalb der Christlichsozialen und später gegen zunehmende autoritär-faschistische Tendenzen gerichtet waren, vereinbaren konnten. Dass die Amstettner Christlichsozialen trotz schwächer werdender Anschlussbereitschaft weiter an ihrer Verweigerungshaltung gegenüber den „Republikfeiern“ festhielten, hing auch mit der generell praktizierten Opposition der Christlichsozialen gegenüber den Wiener Sozialdemokraten zusammen, die den 12. November für Arbeiterdemonstrationen benutzten.¹⁰⁹

Trotz des im Friedensdiktat von Saint-Germain-en-Laye ausgesprochenen Anschlussverbots und des von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes über die Staatsform vom 21. Oktober 1919 blieb der Anschlussgedanke in allen politischen Lagern bis 1922 sehr lebendig, mehr in den lokalen bürgerlichen Parteien, aber auch noch in der lokalen Sozialdemokratie.¹¹⁰ Er verlor aber generell noch in der ersten Hälfte der 1920er Jahre an Attraktivität, weil andere Themen in den Vordergrund traten (galoppierende Inflation, drohender Staatsbankrott, Forderung nach Währungssanierung, sich verschlechternde politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland). Der Anschlusswille der

¹⁰⁹ Leidinger Hannes, Mueller Wolfgang, Die Christlichsozialen und die Vaterländische Front in Niederösterreich 1918-1938. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 402-404. Zur Haltung der Christlichsozialen bezgl. „Republikfeiern“ s. auch I.1.5.3.

¹¹⁰ Ornazeder, Bürgermeister Kubasta, a.a.O., S. 28; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S.18-20.

Christlichsozialen, aber auch der Großdeutschen trat vorerst für kurze Zeit in den Hintergrund.¹¹¹ Er stand auch, wie aus den Berichten der sozialdemokratischen Lokalzeitungen „Volkswacht“ und ihres Nachfolgers, der „EW“, zu ersehen ist, in der regionalen Organisation der Sozialdemokratie nicht mehr im Vordergrund der politischen Zielsetzungen. Die Amstettner Sozialdemokraten blieben ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre den Anschlusskundgebungen fern, ohne grundsätzlich den Anschlussgedanken aufzugeben.

Die deutlich gegenüber einem Anschluss resignierende Einstellung der Amstettner Sozialdemokratie ist auch aus den von ihr abgehaltenen „Republikfeiern“ zu schließen, die das konsequente Eintreten für die demokratische Republik Österreich unter allen politischen Gruppierungen am stärksten dokumentierten. Der Gedanke eines Zusammenschlusses mit der deutschen Sozialdemokratie verlor in der regionalen Organisation an Bedeutung – in Abweichung von der gesamtösterreichischen Parteilinie, wie sie in den Parteiprogrammen, so vor allem im Linzer Programm vom 3. November 1926 verankert war. Bei keiner anderen politischen Gruppe fiel diese Demonstration für einen selbständigen Staat Österreich in der Zeit von 1919 bis 1932 auf lokaler Ebene so eindeutig aus. Das letzte Mal ist die „Republikfeier“ der Sozialdemokratie in der Stadt Amstetten am 12. November 1932 nachzuweisen, weil nach der Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß keine „Republikfeiern“ der Sozialdemokratie mehr möglich waren.

Artikel wie „Sympathiekundgebung für die demokratische Republik Deutschösterreich“ in der „AZ“ vom 17. August 1919 wiesen auf die Anstrengungen behördlicherseits hin, die Bevölkerung für die Republik, wenn auch noch unter dem programmatischen Titel „Deutschösterreich“, zu gewinnen und diese Staats- und Regierungsform auch unter den realpolitisch bestehenden Rahmenbedingungen als akzeptierenswert darzustellen. Damals befanden sich in Versailles bzw. Saint-Germain-en-Laye die Friedensverhandlungen in der Endphase. Im September 1919 wurden die Bedingungen der österreichischen Delegation übergeben.

In der Zwischenzeit hatten vom 27. Februar bis zum 2. März 1919 Geheimverhandlungen in Berlin zwischen dem deutschen Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau und dem deutsch-österreichischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Dr. Bauer stattgefunden, in denen der Zusammenschluss des Deutschen Reiches mit Deutsch-Österreich durch einen Staatsvertrag vereinbart wurde. Deutsch-Österreich sollte als Ganzes in das Deutsche Reich eintreten.

Bereits am 9. November 1918, sechs Tage nach dem Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und den Ententemächten, hatte sich die Provisorische Nationalversammlung an den deutschen Reichskanzler mit der Bitte gewandt, Deutschösterreich in die Neugestaltung des Deutschen Reiches mit einzubeziehen. Die Dimensionen eines Kleinstaates waren für viele nicht realpolitisch vorstellbar.

¹¹¹ Eine Rolle spielte sicherlich auch, dass die Währungssanierung durch Bundeskanzler Seipel den Anschlussverzicht als Bedingung hatte.

Ihnen erschien „Restösterreich“ angesichts des Umstandes, dass wirtschaftlich bedeutende Regionen nicht mehr zum Staatsgebiet gehörten, als nicht lebensfähig, was durch die Notsituation besonders der Winters 1918/19 und 1919/20 noch verstärkt wurde. Nicht nur die Deutschnationalen traten für den Zusammenschluss bzw. Anschluss ein. Die Sozialdemokraten sahen sich im vorwiegend ländlich-konservativ geprägten Deutschösterreich politisch in die Defensive gedrängt und erhofften sich mit dem Zusammengehen mit den deutschen Sozialdemokraten, der sehr gut organisiert waren, mehr Kraft und Beschleunigung bei der Umsetzung des Sozialismus im Rahmen des großen Staates der deutschen Republik. Während Deutschland stark industrialisiert war und somit über eine große Menge an Arbeitnehmern verfügte, war Österreich zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend agrarisch dominiert. Da die Bauern traditionsgemäß christlich-sozial wählten, war die politische Basis für die Sozialdemokratie in der österreichischen Bevölkerung dementsprechend geringer. Bei den Christlichsozialen spielte hingegen besonders die Abneigung gegen den ihren föderalen Konzepten entgegenstehenden Wiener Zentralismus eine entscheidende Rolle. Die Anschlussbewegung verlagerte sie sich ab den 1920er Jahren in christlich-sozial und konservativ-monarchistisch dominierte Bundesländer Österreichs, die sich vom „Roten Wien“ lossagen wollten. Nach dem gescheiterten Restaurationsversuch des ehemaligen Kaisers Karl I., der am 26. März 1921 als König von Ungarn aus dem Exil in der Schweiz in Ungarn versucht hatte, die Regierung wieder zu übernehmen, erstarkte vor allem in den noch monarchistisch-konservativ geprägten Bundesländern in christlichsozialen Kreisen Widerstand gegen die republikanische Regierung in Wien. Mit Unterstützung aus dem benachbarten Bayern bildeten sich in Salzburg und Tirol die ersten österreichischen Heimwehren, welche sich damals vehement für den Zusammenschluss mit dem inzwischen vielfach konservativ regierten Deutschland einsetzten. Die Anschlussbefürworter stellten sich einen Zusammenschluss gleichberechtigter Bundesstaaten vor, wie es auch im Protokoll der „Geheimverhandlungen“ vom 2. März 1919 festgehalten war. Die politischen Vertreter des Deutschen Reichs, die Volksbeauftragten Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, stimmten dem Wunsch Deutschösterreichs zu, schon vor der Inkraftsetzung der Weimarer Verfassung wurde Deutschösterreich Beteiligungsrechte eingeräumt, was zu berechtigten Hoffnungen der Deutschösterreicher Anlass gab. In der Weimarer Verfassung war es der Artikel 61 Abs. 2, nach dem Deutschösterreich als gleichberechtigter und selbständiger Gliedstaat in das Deutsche Reich eintreten sollte. Deutschland wurde aber im Vertrag von Versailles gezwungen, den Artikel 61 Abs. 2, der Österreich eine Anschlussoption ermöglichte, für nichtig zu erklären.¹¹²

Die Sanierungsversuche durch Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel (Unterzeichnung der Völkerbundanleihe von 650 Millionen Goldkronen am 4. Oktober 1922) unter auferlegten Bedingungen, zu denen auch der Verzicht Österreichs auf den Anschluss an Deutschland gehörte (die

¹¹² Kleindl, Chronik, a.a.O., S. 319.

unterzeichneten Staaten verpflichteten sich, die „politische Unabhängigkeit, die territoriale Unverletzlichkeit und die Souveränität Österreichs zu achten“), ließen den Anschlusswillen vor allem bei den Christlichsozialen vorerst völlig in den Hintergrund treten, aber auch bei den Sozialdemokraten und den Großdeutschen erlahmte das öffentliche Eintreten für den Anschluss in der nächsten Zeit (auffallend bis zur Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 25. April 1925). Entscheidend war damals auch die Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland, wie die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen 1923 und eine Inflation in noch größerem Ausmaß als in Österreich. Aufgrund der vorerst verbesserten wirtschaftlichen Situation in Österreich, wurden sogar verschiedene Hilfsmaßnahmen für die notleidende deutsche Bevölkerung im Bezirk Amstetten organisiert, so wurden Kinder aus deutschen Städten in einigen Ortsgemeinden des Bezirks aufgenommen und Geld-, Lebensmittel- und Kleidersammlungen für die ärmere Bevölkerung in deutschen Städten durchgeführt. Vor allem die Ortsgruppe der Amstettner NS-Partei tat sich hier besonders hervor. Angesichts der prekären Zustände in Deutschland war der Anschlussgedanke in dieser Zeit wenig erstrebenswert.

Nach der Wahl Hindenburgs änderte sich diese Einstellung, man sah in der Gestalt Hindenburgs den Garanten für den Wiederaufstieg Deutschlands, weshalb die Wahl Hindenburgs auch in Österreich vor allem bei den Deutschnationalen dementsprechend gefeiert wurde. So fand am 14. Mai 1925 eine Hindenburgfeier statt, an der alle deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereine teilnahmen, bei der auch zum ersten Mal eine Abordnung der SA in Hitlerhemden erwähnt wurde. Aber auch die bürgerlichen Kameradschaftsvereine artikulierten sich in dieselbe Richtung, als sie am 17. Mai 1925 eine Großkundgebung in Amstetten veranstalteten, ein Wiedersehensfest der ehemaligen Krieger, verbunden mit einer Fahnenweihe, wie sie später zu den ständigen Ritualen der NS gehörte. An dieser politischen Feier, die eine Massenveranstaltung von ca. 10.000 Menschen war, nahmen nicht nur Kameradschafts- und Kriegervereine teil, sondern auch der Deutsche Turnerbund Amstetten, der Christlich-deutsche Turnverein Amstetten und der „Vaterländische Schutzbund der NSDAP Amstetten“. Zu den auf dem Hauptplatz versammelten Menschen sprachen christlichsoziale, großdeutsche und nationalsozialistische Redner.¹¹³

Mit dem zunehmend gewalttätigen Auftreten der Hitler-Anhänger in Deutschland und dem größer werdenden Einfluss der NSDAP „Hitlerbewegung“ in Österreich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre blieben die Amstettner Sozialdemokraten den Anschlusskundgebungen fern, was sicherlich auch als eine parteipolitisch motivierte Opposition gegen die österreichische Koalitionsregierung zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen zu werten ist. Aber auch die zunehmenden antisemitischen Ausfälle bei Parteiveranstaltungen der Christlichsozialen, besonders aber der Deutsch-„völkischen“, und der generell steigende Einfluss NS-Gedankenguts dürften ebenfalls eine

¹¹³ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 18-19.

stärkere Reserviertheit der Sozialdemokraten gegenüber dem Anschlussgedanken zur Folge gehabt haben. Der Führergedanke trat damals in der „alldeutschen“ Propaganda ebenfalls immer stärker hervor, wie eine Versammlung des „Alldeutschen Verbandes“ in Amstetten vom 23. Oktober 1925 beweist. Hauptredner Major Wrangel aus Graz sprach davon, dass das „deutsche Volk einen Führer braucht, der einen weiten Blick und einen unbeugsamen Willen besitzt und das ganze deutsche Volk in seinen Bann zieht. Ein Mann dieser Art war Bismarck. Und ein solcher Mann wird auch wiederkommen, wenn es an der Zeit ist.“ Er dürfte hier auf Adolf Hitler angespielt haben, der gerade mit dem Neu- bzw. Wiederaufbau seiner Partei in Deutschland beschäftigt war.

Grundsätzlich wurde der Anschlussgedanke in der obersten Führung der Sozialdemokratie nicht aufgegeben, wie auch ein Jahr später seine Verankerung im Linzer Programm vom 4. November 1926 beweist.

Vorerst ging es aber den politischen Führern und leitenden Beamten um das öffentliche Eintreten für die Republik, wofür man einen Teil der Bevölkerung (vor allem bei den Christlichsozialen hatte die Monarchie weiterhin Anhänger) nur zögernd zu gewinnen schien, und in der Folge um den Protest gegen die Friedensschlüsse. Die Bevölkerung Amstettens wurde von der Bezirkshauptmannschaft, der Stadtgemeinde, dem Gendarmeriekommando und dem Volkswehrkommando „zu einer großen Versammlung am Hauptplatz für den 13. August 1919“ eingeladen, „um, wie es auch in anderen Städten und Garnisonen von Deutschösterreich geschah, in Amstetten die Sympathie für die demokratische Republik kundzutun“. Diese Aktion sollte für die demokratische Republik „Deutschösterreich“ werben, aber auch eine Haltung gegen eine mögliche Restituierung der Monarchie dokumentieren. Wenig überzeugend war die Teilnehmerzahl: Nur „annähernd 2.000 Personen“ waren erschienen. Aus sicherheitspolitischen Überlegungen hatte man gleichsam als Vorsorgemaßnahme Exekutivkräfte aufmarschieren lassen, sei es als Abschreckung, sei es, um Eventualfällen vorzubeugen. Die Volkswehr war „in einer Stärke von 60 Mann“ ausgerückt, ebenso waren „ca. 100 Gendarmen“ vertreten. Bezirkshauptmann Moritz Willfort und Bürgermeister Karl Kubasta sprachen von einem Fenster des im Rathause gelegenen Amtszimmers zu den auf dem Hauptplatz Versammelten.

Die Rede von Bürgermeister Kubasta wies auf Folgendes hin: „Ohne Unterschied der Parteien stehen wir alle fest und unerschütterlich auf dem Boden der demokratischen Republik Deutschösterreich und werden monarchischen Bestrebungen entgegentreten. Mit diesen Worten musste er gegen die starken Tendenzen innerhalb seines eigenen politischen Lagers auftreten, wobei gerade Kubasta, im Gegensatz zu seinem Nachfolger Hans Höller, der republikanische Wille real zu bescheinigen ist. Das Bekenntnis der Exekutive fiel durch ihre aus dem bürgerlichen Lager stammenden Leiter ebenso aus, wie der Kommandant der Volkswehr Hauptmann Ratzenberger und der Gendarmerieinspektor Weinrichter bestätigten. Weinrichter meinte damals noch hoffnungsvoll: „Als Zeichen

unerschütterlicher Anhänglichkeit zur deutschösterreichischen Republik haben sich sämtliche dienstfreien Gendarmen des politischen Bezirkes hier eingefunden, um ihre Sympathien für die jetzige Staatsform kundzugeben.“

Das Bekenntnis der Sozialdemokraten wurde von Vizebürgermeister Ackerl vorgetragen, der abschließend dazu aufrief, „unter keinen Umständen die Wiederkehr der alten Verhältnisse zuzulassen“.¹¹⁴

Der Protest der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie gegen die ihre parteipolitischen Zielsetzungen in Frage stellenden Friedensschlüsse gehörte zu den ersten großen öffentlichen Aktionen. Die Sozialdemokratie betonte von Anfang an ihren „Internationalismus“, dem aber damals ihrer Auffassung nach nur durch ein Zusammengehen mit den deutschen Sozialdemokraten eine wirksame Basis geschaffen werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt wurden die österreichischen Sozialdemokraten noch von Deutschland aus gesteuert.

Auch der erste Protest gegen die Friedensschlüsse von Versailles wurde von der Sozialdemokratie gesetzt und inszeniert. Dies berichteten damals sogar die bürgerlichen Lokalzeitungen, während in der folgenden Zeit immer weniger Berichte über die Aktivitäten der lokalen Sozialdemokratie in ihren Artikeln vorkamen.

„Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden“ betitelte die „AZ“ einen Artikel vom 27. Juli 1919: „Die Lokalorganisation der sozialdemokratischen Partei veranstaltete am 20. Juli 1919 (Sonntag) am Hauptplatz eine Protestversammlung über Weisung der Reichsparteileitung (sic!).“ Sie wurde vom Leiter der Lokalorganisation Gemeinderat Ackerl eröffnet. Am 21. Juli wurde ein „Umzug durch die Stadt“ durchgeführt, die Redner erörterten „den Zweck dieser internationalen Kundgebung“ auf dem Hauptplatz. Es wurde von Gemeinderat Eisel die Parole „der Arbeitsruhe“ und „der Schließung der Geschäfte“ ausgegeben. Die Eisenbahnwerkstätten, die Firmen Scheid, Rütgers, Pohl und verschiedene Gewerbebetriebe „feierten“, wie in der bürgerlichen „AZ“ nachzulesen war.¹¹⁵

In der Folge bestärkten die sozialdemokratischen Lokalorganisationen im politischen Bezirk Amstetten das Eintreten für die demokratische Republik Österreich. Die Sozialdemokratie feierte jährlich „ihre“ Republik. Die „Republikfeiern“ fanden in der Regel am Gründungstag der Ersten Republik, dem 12. November, dem offiziellen „Staatsfeiertag“, statt. In der Stadt Amstetten wurde die Feier von Anfang an im Ginnersaal und/oder auf dem Hauptplatz abgehalten. Von bürgerlicher Seite wurden der „Staatsfeiertag“ von vornherein ignoriert, sodass keine gemeinsame Feier zustande kam. Natürlich besuchten auch keine Bürgerlichen die Feiern der Sozialdemokraten. In den ersten Jahren findet sich keine Erwähnung der Republikfeiern in den lokalen Printmedien des bürgerlichen

¹¹⁴ AZ 33 v. 17. 8.1919, S. 10.

¹¹⁵ AZ 30 v. 27.7.1919, S. 9. Zur Familie Ratzenberger s. II.1.1 ff, II.30.6; zu Inspektor Weinrichter s. später Kommandant des Bezirksgendarmeriekommandos Melk s. II.5, II.5.1; zu den politischen Gruppierungen s. einschlägige Kap.

Lagers. Deren Existieren ist nur durch die sozialdemokratische Berichterstattung, im besonderen Fall durch die „EW“, überhaupt bekannt.

Gleichzeitig waren derartige Veranstaltungen, die für die republikanische Staatsform eintraten, immer auch ein Bekenntnis zu einem friedlichen Zusammenleben auf demokratischer Grundlage. Konkreten Anlass, den Frieden zu fordern, gab es aber vorher: Ende Oktober 1918, unmittelbar vor Kriegsende, hatten angesichts des totalen Zusammenbruchs sämtliche Organisationen der Sozialdemokratie ihre Angehörigen und Anhänger mobilisiert: "Eine Kundgebung für den Frieden und die Republik Deutsch - Österreich" lautete die dazugehörige Überschrift am Tag des Waffenstillstandes in der "AZ". "Die Arbeiter der Firmen G.A. Scheid, Pohl und Rütgers, die Eisenbahner der hiesigen Betriebswerkstätte und eine großer Teil des Fahrpersonals der deutschösterreichischen Eisenbahner" veranstalteten am 31. Oktober 1918 eine "imposante Kundgebung". Eine "gewaltige Menschenmenge" zog unter "Hochrufen auf die Republik Deutsch - Österreich" durch die Straßen. "Für Ruhe und Ordnung sorgten die Vertrauensmänner der Gewerkschaften und Berufsvereinigungen." Auf die geschichtliche Bedeutung dieses Tages wurde vom "Obmann des sozialdemokratischen Wahlvereines", Ackerl, hingewiesen. Die politische Prominenz der lokalen Sozialdemokratie und auch sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre waren anwesend: "Gemeindevertreter" Falk, der "Obmann des österr. Metallarbeiterverbandes" Raidl, dessen Stellvertreter Zimmer, die "Gemeindevertreter" Eisler und Fellingner. Insgesamt waren "etwa 800 Personen" bei dieser Großveranstaltung anwesend.¹¹⁶

Während die Amstettner Sozialdemokratie, auch nach dem Friedensvertrag und seinen Konsequenzen für Österreich, als einzige politische Fraktion weiterhin der Republikgründung gedachte, feierte die bürgerliche Seite weiterhin nicht, kommentierte aber nun in der Lokalzeitung dieses Entstehen für die demokratische Republik mit herablassender Geste. Sechs Jahre nach der Republikgründung wurde zwar nicht so emphatisch wie im ersten Jahr, aber immer noch mit Überzeugung öffentlich die „Republik Österreich“ gefeiert. Die Amstettner Sozialdemokratie identifizierte sich offen mit diesem Staat, der demokratischen Republik.

Die sozialdemokratische Organisation beging am 12. November 1924, dem „Staatsfeiertag“, "die übliche Republikfeier unter großer Beteiligung ihrer Mitglieder und Anhänger", schreibt das christlichsoziale Lokalblatt "AZ" vom 16. November 1924. Der Feierablauf wurde folgendermaßen beschrieben: Sie begann mit einem "musikalischen Weckruf", dann folgte "ein Festzug von der Heimstätte auf den Hauptplatz, wo eine große Volksversammlung" abgehalten wurde. Im Mittelpunkt stand eine Rede mit dem Thema „Der 12. November und die Republik“, von einem Gewerkschaftsfunktionär aus Wien gehalten. Nachmittags wurde ein Ausflug mit der "Arbeiter -

¹¹⁶ AZ 44 v. 3. November 1918, S. 8.

Musikkapelle" gemacht. Am Abend schloss der Festtag mit einer "in der Heimstätte veranstalteten massenhaft besuchten Theater - Aufführung".¹¹⁷

Zwei Jahre später, vor der ersten großen politischen Eskalation, veranstaltete die "Bezirksorganisation der sozialdemokratischen Partei für Amstetten" am 12. November 1926 wie jedes Jahr, wenn auch mit einigen Modifikationen, wiederum die "Republikfeier". Die "Festordnung" sah den "Abmarsch von der Kinderheimstätte zur Festversammlung im großen Saale des Hotels Ginner" vor. Die „Tages-Ordnung“ war diesmal der politischen Situation entsprechend: „Die Republik und die bürgerliche Regierung“. Referent war Stadtrat Schimböck aus St. Pölten. Gleichzeitig wurde auch eine „Republikfeier“ in der sozialdemokratischen Ortsgemeinde Hausmening abgehalten. Der kulturelle Teil durfte nicht fehlen: Am 11. und 12. November abends fand in der "Kinderheimstätte" in Amstetten die Theater-Aufführung "Schatten der Liebe oder Paragraph 144" von J. Ferch statt.¹¹⁸ Die Feier anlässlich des zehnjährigen Bestands der Republik Österreich, ein rundes Jubiläum, wurde ebenfalls von den Sozialdemokraten allein begangen. Am Abend vor dem „Staatsfeiertag“, am Sonntag, dem 11. November 1928, nahmen ungefähr 400 Personen an einem Fackelzug und einer Republikfeier der sozialdemokratischen Lokalorganisation teil. Der erste Teil der Feier fand nicht im Zentrum der Stadt, sondern auf sozialdemokratischem Terrain, vor der Kinderheimstätte auf dem alten Eislaufplatz zwischen Bezirksgericht und Gschirnbach, statt. Erst am nächsten Tag, dem 12. November 1928, hielt die Amstettner Sozialdemokratie eine Gedenkkundgebung im Ginnersaal ab, bei der Vizebürgermeister Peer aus St. Pölten die Festrede hielt. Die Teilnehmer begrüßte der Amstettner Vizebürgermeister Ackerl. Amstettens Bürgerliche bezeugten ihre Einstellung durch folgendes Verhalten, das einem Boykott gleichkam: So beklagte sich der Vizebürgermeister darüber, dass trotz eines Ansuchens in der Gemeinderatssitzung die Amstettner Hausbesitzer ihre Häuser nicht beflaggt hätten.¹¹⁹

Taten sich die Deutschnationalen mit der Republik etwas schwer angesichts ihres großdeutschen Gedankens, träumte ein Teil der Christlichsozialen in Amstetten der Habsburgermonarchie nach, was auch die auffallende „Erbkaiser“verehrung (gemeint war „Thronfolger“ Otto, der älteste Sohn des letzten Kaisers) beweist und konnte mit der allzu säkularen Republik wenig anfangen, so frönte die Sozialdemokratie dem Säkularismus. Besondere Feiern der Sozialdemokratie Amstettens bzw. ihrer Vereine gaben diese ideologischen Aspekte wieder. Dazu gehörte die "erste weltliche Sonntagsfeier" des "Freidenkerbundes". Am 21. Juni 1925 um 9 Uhr vormittags veranstaltete der "Freidenkerbund Oesterreichs, Ortsgruppe Amstetten im Kinosaale (Direktion Baumann) seine erste weltliche

¹¹⁷ AZ 46 v. 16. November 1924, S. 3.

¹¹⁸ AZ 46 v. 14. November 1926, S. 5.

¹¹⁹ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 28.

Sonntagsfeier" unter Mitwirkung des Frauenchores des Arbeitergesangsvereines "Liederhort" sowie der "Arbeiterkapelle".¹²⁰

1.5.2. „1. Mai Feier“ in der Ersten Republik, ein öffentlichkeitswirksames Ritual mit sozialem Anspruch

1.5.2.1. „1. Mai“ im demokratischen Österreich

Die erste Aufzählung der bestehenden sozialdemokratischen Vereine nach dem Ersten Weltkrieg, gleichzeitig eine Dokumentation ihres gestiegenen machtpolitischen Einflusses, bringt die Feier zum 1. Mai 1919, ein einschneidendes, weil richtungsweisendes Ereignis.

Aus diesen Feiern ist das gesamte Selbstverständnis dieser politischen Gruppe am Beginn der Ersten Republik erkennbar. Der erste „Staatsfeiertag“ 1919, als Feiertag der Arbeit von der Sozialdemokratie erkämpft, sollte ausgehend von der tristen Arbeitsmarktlage durch eine öffentliche Präsentation des Eintretens der Sozialdemokratie für die anstehenden Anliegen der Arbeitnehmer ermutigen und auf eine bessere Zukunft hinweisen. Man versuchte durch das eigene ideologische Programm und die politischen Konzepte den enttäuschten Arbeitnehmern Hoffnungen zu geben. Aus dem Bericht zum 1. Mai 1919 ist ersichtlich, dass die Sozialdemokratie in der Stadt ihr dichtes Organisationsnetz aus der Vorkriegs- und Kriegszeit übernommen hatte. Die zahlreichen Organisationsformen (vor allem Berufs- und Kulturorganisationen) sind aufgrund ihrer Teilnahme am Festzug belegt. Wie der erste "1. Mai" nach dem Ersten Weltkrieg als „Staatsfeiertag“ gefeiert wurde, berichtet die bürgerliche "AZ" vom 4. Mai 1919 mit der Überschrift "Der 1. Mai 1919". Zur Begründung hieß es in der Interpretation der "AZ": „Er soll wieder, wie es eigentlich immer war, der Festtag des Volkes, der ganzen werktätigen, um des Lebens Notdurft ringenden Menschheit sein. Die politisch organisierte Arbeiterschaft sieht den Großteil ihres Programms, für das sie am 1. Mai Jahr für Jahr mit flatternden Fahnen auf die Straße gezogen ist, erfüllt.“ In diesem Bericht der "AZ" vom 4. Mai 1919 wurde diese Feier noch ohne politisch-ideologische Seitenhiebe beschrieben. Besonders wurde hervorgehoben: "Der 1. Mai 1919 wurde zum ersten Mal heuer als ‚Staatsfeiertag‘ begangen. Die Amstettner Lokalorganisation der sozialdemokratischen Partei hat für den 1. Mai eine Feier veranstaltet, welche sich zu einer imposanten Kundgebung gestaltete."¹²¹

Es wurde ein Festzug, ausgehend vom Gasthaus Kosler (dem damaligen Arbeiterheim) zum Hauptplatz, abgehalten, an dem die Mitglieder der Lokalorganisation, die Eisenbahner - Musikkapelle, der Metallarbeiterverband, die Volkswehr, der Arbeiter - Radfahrerverein, die Arbeiterschaft der Fabriken Scheid, Pohl und Rütgers, der Arbeiter-Sängerclub, die Frauenorganisation, die Arbeiterschaft der Staatsbahn, der Verband jugendlicher Arbeiter teilnahmen. Es wurden "ca 2500 Teilnehmer" gezählt, die auf dem Hauptplatz Aufstellung

¹²⁰ AZ 25 v. 21. Juni 1925, S. 7.

¹²¹ AZ 16 v. 4. Mai 1919, S. 4.

genommen hatten. Vom Balkon des Hotels Schmidl wurden die Reden gehalten. So hielt Ferdinand Stöckeler, Werkmeister aus St. Pölten, die erste Rede, dann hielt Gemeinderat Eisl eine Ansprache. Es folgten Musik- und Gesangsvorträge. Nachmittags um vier Uhr war ein großes Konzert im Saale Schillhuber anberaumt, bei dem die "Eisenbahnerkapelle" aufspielte.

Der Parteien- bzw. Vereins -und Verbändepluralismus seit dem Beginn der Ersten Republik ermöglichte es der Sozialdemokratie, ihre politischen Ansprüche offen zu artikulieren. Die öffentlichen Machtdemonstrationen der organisierten Arbeiterschaft wurden durch das demokratische System garantiert.

Die Maifeiern der Amstettner Sozialdemokratie gehörten bis ihrem Verbot am 12. Februar 1934 zu den großen Feiern in der Stadt.¹²² In der Phase zunehmender politischer Polarisierung wurden sie zu einer starken politischen Demonstration, auch noch nach dem 4. März 1933, der Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Dollfuß. Die Feier- und Festkultur der Sozialdemokratie in der Stadt manifestierte sich noch einmal bei der letzten Maifeier besonders durch die Mitwirkung der Vereine. Diese letzte Maifeier der Sozialdemokratie in der Ersten Republik wurde nur mit einem um vieles bescheideneren Hinweis als bei den üblichen Ankündigungen für die VF-Regierungspartei im Lokalblatt vermerkt: "Maifeier der Sozialdemokratischen Partei, Lokalorganisation Amstetten am 1. Mai 1933 im großen Ginnersaal um 10 Uhr, 8 Uhr: Zusammenkunft in der Kinderheimstätte."¹²³ Die „EW“ vom 5. Mai 1933 brachte mangels entsprechender Berichterstattung in Amstettens Lokalpresse unter dem Titel "Amstetten. Maifeier" ironisch folgende Worte: „Wenn die Regierung gehäht hätte, was sie mit dem Verbot der öffentlichen Umzüge erreicht, hätte sie sich's anders überlegt, ein derartiges Verbot zu erlassen.“

Die Maifeier musste damals anders als gewohnt ablaufen: „Um 8 Uhr sammelten sich alle Vereine und Organisationen vor der Kinderheimstätte, tausend Personen stark. Nach einigen Musikstücken der Arbeitermusikkapelle und kurzer Ansprache des Lokalobmannes Hellstern zerstreute sich die Masse und durchzog die Hauptstraßen der Stadt, ständig durch Zuzug verstärkt, wobei leidenschaftliche 'Freiheit!' und 'Freundschaft!' - Rufe erschollen.“ Dieser „Umzug“ dauerte „anderthalb Stunden“. „Nach 10 Uhr kam die auf ca. 1.500 Personen angewachsene Menge in den Versammlungssaal, wo die Festversammlung stattfand.“ Der „Regierungskommissär“, der die Versammlung zu kontrollieren hatte, „wurde mit 'Freiheit' und Pfui! - Rufen empfangen“. Die „Arbeitermusikkapelle und der Arbeitergesangverein“ eröffneten die Versammlung mit dem Chor "Die drei Pfeile". Landtagsabgeordneter Pauppill hielt das Hauptreferat. Die Maifeier sollte „als Warnungsruf an alle Diktatgelüste der derzeit Herrschenden“ und „zugleich ein Beweis“ sein, „daß die Arbeiterschaft nicht gesonnen ist, sich einschüchtern, noch weniger unterdrücken zu lassen“.

¹²² EW 17 v. 28.4.1933, S. 3.

¹²³ AZ 18 v. 29. April 1933, S.3.

Kritisiert wurde noch der „Übereifer“ eines Amstettner Gendarmen, „der sich in der Beschlagnahme der Wehrturnerkappen äußerte“.¹²⁴

1.5.2.2. 1.5.2.2 „1. Mai“ im „Ständestaat“: „Tag des neuen Österreichs“

Der "Ständestaat" feierte genauso wie das nachfolgende NS-Regime den "1. Mai" in bewusster Verfremdung gemäß seinen ideologischen Prämissen. Die Gendarmeriechronik Amstetten vom 30. April 1934 berichtet über diesen ersten "1. Mai" als den versuchten öffentlich inszenierten Neubeginn des autoritär - faschistischen Einheitsstaates. Diese erste "1. Mai Feier" des "Ständestaates" in Amstetten wurde von der VF Amstetten mit der aktuellen Schwerpunktsetzung der Präsentation der neuen „Verfassung“, die am 1. Mai 1934 öffentlich verkündet wurde, veranstaltet. Aus Anlass der Proklamation der neuen „Verfassung“ wurde eine Festfeier veranstaltet, ein Fackelzug am 30. April war der Höhepunkt. Es nahmen die Organisationen der neuen Staatsordnung zwecks öffentlicher Präsentation teil: "Kameradschaftsverbände, Wehrformationen, Heimatschutz mit Alarmzug, Christlich - deutscher Turnverein, Freiheitsbund, Behörden und Ämter, Schulen, Bundesbahn - Kapelle, Christliche Gewerkschaftskapelle". Die Festversammlung selbst wurde im Hotel Ginner abgehalten. Die neue politische Führungsschicht war vertreten: „Hauptgruppenleiter der VF" Ing. Hans Szieber, Bürgermeister Hans Höller, „VF - Bezirksleiter" Huber und „Ortsführer des Heimatschutzes" Major Rösl.¹²⁵

Eine weitere „1. Mai - Feier" in der Stadt während des "Ständestaates" zeigt die Integration in das neue ideologische Konzept des „Ständestaates". Anklänge an das folgende NS - System bezüglich der Feierinszenierung sind deutlich festzustellen. Zum „1. Mai in Amstetten" 1936 fand „am Vorabend ein großer Zapfenstreich in der Stadt und auf dem Dollfußplatz mit Radioübertragung der Rede des Bundeskanzlers" statt. Lautsprecheranlagen waren installiert worden. Es spielte die "Bundesbahnkapelle, die Christliche Gewerkschaftskapelle und die Freiheitsbundkapelle" für den "Tag des neuen Österreich", für die "Vaterländische Front, 1. Mai in Amstetten".¹²⁶ Nach einer Musikdarbietung von drei Amstettner Kapellen als "Weckruf" folgte der Auftritt der VF - Führungselite auf dem "Dr. Engelbert Dollfuß - Platz": "Hauptgruppenleiter" Bürgermeister Höller und "Bezirkswerbeleiter" Oberlehrer Neumayer. Die Rede des Bundeskanzlers wurde im Radio Wien mit Lautsprecher auf dem "Dollfußplatz" übertragen. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Versammlung als "politische Veranstaltung", als "Werbeveranstaltung für Einheitsfront", abgehalten wurde.¹²⁷ Die zur politischen Feier des VF - Regimes umfunktionierte 1. Mai Feier diente der propagandistischen Dokumentation des neuen Herrschaftssystems unter Einbeziehung aller

¹²⁴ EW 18 v. 5. Mai 1933, S. 5.

¹²⁵ Gendarmeriechronik Amstetten v. 30.4.1934; AZ 18 v. 5.5.1934, S. 8.

¹²⁶ AZ 17 v. 25.4.1936, S. 9. S. auch I. 18.2.10.4.

¹²⁷ AZ 18 v. 2.5.1936 S. 9.

Bevölkerungsteile, soweit sie im Lager des "Ständestaates" standen. Die zwei gegnerischen verbotenen Fronten waren für dieses Ritual nicht zu vereinnahmen.

Der "1. Mai 1937, Tag des neuen Oesterreichs", hatte folgende Festfolge: Schon am 30. April wurde die "Beflaggung aller öffentlichen und privaten Gebäude ab 17 Uhr" verordnet. Es folgte der "Zapfenstreich der B.B. - Kapelle und ein Konzert auf dem Dr. Dollfußplatz". Am 1. Mai wurde auch gemäß den ideologischen Fundamenten des Regimes und der offenen Machtteilung die katholische Kirche miteinbezogen. Es wurde eine "Feldmesse bei der Stadtpfarrkirche" abgehalten, wobei die "Fahnenweihe verschiedener Fahnen", u. a. der "Hauptgruppen - Fahne der V.F. Amstetten" und der "Hauptdienststellen - Fahne der V.F. Amstetten" erfolgte. Dann gab es die große "Kundgebung" auf dem "Dr. Dollfuß - Platz", bei der die "Begrüßung durch den Hauptgruppenführer der V.F. Amstetten, Bürgermeister Höller" den Höhepunkt bedeutete. Eine besondere Aufforderung stand am Schluss, weil man sich der Massenbeteiligung in Zukunft nicht so sicher war: "Die V. F. Hauptgruppe Amstetten richtet hiermit an alle Vereine, Verbände und die gesamte Bevölkerung den Appell zur Teilnahme an der Feier des 1. Mai."¹²⁸

1.5.2.3. 1.5.2.3 „1. Mai“ bei den Deutsch - „völkischen“

Natürlich wurde der "1. Mai" auch in "völkischer" Interpretation ritualisiert. Hier feierte man den "Tag der deutschen Arbeit". Die Feier fand "im Ginneraale" am 1. Mai 1933 um 8 Uhr abends statt. "In einer würdigen Kundgebung", bei der die Rede des deutschen „Reichskanzlers“ Hitler mittels Radio übertragen wurde. "Da die damaligen Bestimmungen eine öffentliche Kundgebung unmöglich machten, wurde die Feier "als § 2 - Veranstaltung" durchgeführt. Die "Einladungen" mussten "in der Parteikanzlei" abgeholt werden.¹²⁹

Nach der Übernahme der NS-Partei durch die „Hitlerbewegung“ und der dadurch vollzogenen Faschisierung der „Bewegung“ wurde diese jährlich abgehaltenen Veranstaltungen neben vielen anderen Gelegenheiten von der Sozialdemokratie dazu benützt, um propagandistisch gegen den Nationalsozialismus Stellung zu beziehen. Als einzige Partei hatte sie über ihre Medien in der lokalen und regionalen Öffentlichkeit eindeutig und wirksam eine deutliche Abgrenzung vollzogen. Mit dem Erstarken des Nationalsozialismus verstärkte sie ihre Angriffe. Gleichzeitig wurde aber auch der politische Kampf der Oppositionspartei gegen die wechselnden Mehrheitsverhältnisse der Koalitionspartner des christlichsozialen, Heimwehr- und deutschnationalen bzw. NS-Lagers auf regionaler bzw. lokaler Ebene mit Vehemenz geführt.¹³⁰ Den medialen Abwehrkampf belegt besonders ein Artikel in der „EW“ vom 23. Dezember 1932 mit dem Titel „Gegen die hakenkreuzlerische Demagogie!“. Dieser Artikel war gegen einen Artikel des Waidhofner Lokalblatts

¹²⁸ AZ 18 v. 1. Mai 1937, S. 9.

¹²⁹ AZ 18 v. 29. April 1933, S. 3. Sog. "Paragr. 2 - Veranstaltungen" durften nur als geschlossene, nicht öffentliche Veranstaltungen abgehalten werden.

¹³⁰ EW 47 v. 18.11.1932, S. 3.

„Der Bote von der Ybbs“ gerichtet, der gegen eine von den Sozialdemokraten veranstaltete Arbeitslosenversammlung in Amstetten polemisierte.¹³¹

Die Nichtteilnahme der Bürgerlichen an den von den Sozialdemokraten regelmäßig veranstalteten Republikfeiern, die vorerst einem gezielten politisch motivierten gemeinsamen Boykott gleichkam, setzte sich in der Folge in der getrennten Entwicklung der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ gegenüber den Christlichsozialen in der Anschlussfrage, jedenfalls ab der Machtübernahme Hitlers Ende Jänner 1933, fort. Während sich die Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ nun an Hitlerdeutschland anschließen wollten, hatte die weitere Ablehnung der Republikfeiern aufseiten der Christlichsozialen trotz eines doch sichtbar aufkeimenden, wenn auch ambivalenten Österreichpatriotismus (selbständiges Österreich und deutsche Kulturgemeinschaft) darin ihre Begründung, dass sicherlich ideologische bzw. parteipolitische Gründe die Regierungspartei von der Teilnahme abhielten, die in der zunehmenden politischen Polarisierung der großen Lager lag. Außerdem hatte die wirtschaftliche Krisensituation Deutschlands einen Anschluss vorerst ziemlich unattraktiv gemacht, sowohl für Christlichsoziale als auch Sozialdemokraten. Innerhalb der Sozialdemokratie hatte es den Anschein, dass sich einzelne Landesorganisationen nicht an die von der Bundespartei (im Linzer Programm verankerte) vorgegebene Generallinie hielten, wie dies auch in der niederösterreichischen Parteileitung der Fall gewesen sein dürfte. Verantwortlich für diese Einstellung dürfte auch die Landtagsabgeordnete Katharina („Kathi“) Graf gewesen sein, die als Amstettnerin Mandatarin des Wahlkreises 8 (bzw. 1 ab der Landtagswahl 1932) „Eisenwurzen“ im niederösterreichischen Landtag war. Es ist anzunehmen, dass auch der Landtagsabgeordnete Schneidmadl derselben Meinung war. Graf hat als Amstettner Gemeinderätin 1922-1934 und niederösterreichische Landtagsabgeordnete 1919-1934 die Belange der Sozialdemokratie durch ihre starke politische Persönlichkeit als Frau bis zur erzwungenen Auflösung der sozialdemokratischen Mandate nach dem „12. Februar“ als Vollendung der „ständestaatlichen“ Parteien-„Flurbereinigung“ (besonders seit dem 4. März 1933 mit konsequenter Vehemenz durchgeführt) erfolgreich vertreten. Anlässlich ihres 60. Geburtstags gab es, von den Amstettner Sozialdemokraten am 22. Februar 1933 veranstaltet, eine große Geburtstagsfeier, zu der prominente Funktionäre der österreichischen Sozialdemokratie eingeladen waren. Nationalrätin Adelheid Popp überreichte der Jubilarin die höchste Auszeichnung, die die Sozialdemokratie zu vergeben hatte: die Victor Adler-Plakette.¹³²

¹³¹ EW 52 v. 23.12.1932, S. 3.

¹³² Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 9 und S. 49. Katharina Graf war auch vom 25. Juli bis 15. September 1922 Mitglied des Bundesrates. Sie vertrat zwischen 20. Mai 1919 und 11. Mai 1921 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei im Niederösterreichischen Landtag (ab 10. November 1920 Kurie Niederösterreich-Land). In der Folge, nach der Trennung von Wien, gehörte sie dem selbständigen Niederösterreichischen Landtag an. Am 16. Februar 1934 verlor sie ihr Landtagsmandat, in der Folge auch das Gemeinderatsmandat. NÖ Landtagsdirektion (Hrsg.), Biographisches Handbuch des NÖ Landtages und der NÖ Landesregierung 1861-1921, St. Pölten 2005;

Nach der endgültigen Errichtung des „Ständestaats“regimes mit der Verlautbarung der „Verfassung 1934“ des neuen christlich-deutschen Bundesstaates (gemäß Trabrennplatzrede Bundeskanzlers Dollfuß vom 11. September 1933 „sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage und starker autoritärer Führung“) gab es zum ersten Mal seit 1918 am 12. November in Amstetten keine Republikfeier der Sozialdemokraten mehr, weil sie verboten wurde.¹³³ Das „Ständestaats“regime ging konsequent vor. Bereits ein Jahr vorher, am 1. Mai 1933, war die öffentliche Kundgebung verboten worden, weshalb die Sozialdemokraten den „Tag der Arbeit“ am Vormittag mit einer geschlossenen Versammlung im Ginnersaal feierten, ebenso die NS, die ihn am Abend am selben Ort begingen.



Katharina („Kathi“) Graf, Amstettner Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete.
(Bild 3A)

NÖ Landtagsdirektion (Hrsg.), Biographisches Handbuch des NÖ Landtages und der NÖ Landesregierung 1921-2000, St. Pölten 2000. https://de.wikipedia.org/wiki/Katharina_Graf, 3.3.2018. Zu ihren sonstigen Aktivitäten s. Teil I 6.1.1.

¹³³ Ebenda, S. 55.

Die Polarisierung zwischen den großen Lagern verstärkte sich in den der Republikgründungsphase folgenden Jahren, wie allgemein bekannt ist, aus Gründen, die abgesehen von ideologisch-programmatischen Inhalten und deren politischer Umsetzung vor allem auch als Resultat der einseitig gesetzten Maßnahmen der versuchten Konsolidierung des Staates durch die Regierungsparteien zu verstehen sind. In der politischen Auseinandersetzung sowie in der öffentlichen Wahrnehmung war die sozialdemokratische Opposition nicht nur durch Wahlergebnisse, sondern auch im Vereins- und Veranstaltungswesen präsent. In der öffentlichen Inszenierung von Versammlungen und Aufmärschen wurde das vorhandene Konfliktpotential immer deutlicher sichtbar. Dazu gehörten auch immer mehr absichtlich abgehaltene Gegenveranstaltungen, in deren Spannungsfeld Gewaltausbrüche möglich waren. Das christlichsoziale Lager konnte sich in den 1920er Jahren auf ihre Führungspersonlichkeiten, die oft auch die starke politische Position des „Politischen Katholizismus“ widerspiegeln, wie es besonders im Fall des Bundeskanzlers Ignaz Seipel gegeben war, berufen. Gerade er besuchte die Region Amstetten öfters als politischer Redner, genauso wie später Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der seine Wallfahrtsbesuche am Sonntagberg zu politischen Großdemonstrationen für das VF-Regime und auch für ein neues Österreichbewusstsein umfunktionierte, wobei er oft sein politisches Auftreten in Amstetten mit einem Verwandtenbesuch verband. Als Bundeskanzler Seipel Anfang Oktober 1923 in der Stadt Amstetten weilte, wurde gleichzeitig eine sozialdemokratische Massenveranstaltung abgehalten.¹³⁴ Das auf solche Weise mit Unterstützung der katholischen Kirche propagierte VF-Programm sah sich immer stärker mit dem von den NS vertretenen „Volksgemeinschafts“-Gedanke konfrontiert. Umso mehr musste einer Abwehrposition aufgebaut werden. Diese VF war ebenfalls als Einheitspartei konzipiert, als deutsch-österreichischer Gemeinschaftsentwurf mit dem Anspruch einer Massenbewegung für das Österreichertum, das als „besseres“, weil katholisches Deutschtum verstanden werden sollte.¹³⁵

Diesem von Dollfuß und Schuschnigg suggerierten Österreichbewusstsein lag eine zum Scheitern verurteilte Ambivalenz zugrunde, die aber unberücksichtigt blieb. Weil der „Österreicher“ als der bessere „katholische“ Deutsche definiert wurde, wurde die „deutsche Heimat Österreich“ propagiert. Diese deutsch-katholische „Österreich“-Ideologie des „Ständestaats“ trug aber nicht zur Stärkung der latent sicherlich vorhandenen österreich-patriotischen Tendenzen bei, weil die von den NS präsentierte Alternative, die „Heimkehr ins Reich“, in ein wirtschaftlich florierendes Deutschland, viel größere Zugkraft hatte. Rituale und Mythenbildung um den Tod des Bundeskanzlers konnten besonders in bäuerlichen, auch in Teilen bürgerlicher Kreise die Abgrenzung des „Ständestaats“ zu

¹³⁴ Zit. nach Kleindl, Chronik, a.a.O., S. 343; AZ 40 v. 7.10.1923, S. 3.

¹³⁵ Langthaler Ernst, Wie aus Dörflern Parteigänger und Patrioten wurden. Identitätspolitik in einer Landgemeinde (1920er bis 1950er Jahre). In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 373.

NS-Deutschland noch realisieren. Der tote Kanzler (in Verbindung mit dem ausartenden Kult um ihn) sollte die Leitfigur eines neuen Österreichs symbolisieren. Dollfuß-Kult und „Österreich“-ideologie konnten die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung vor allem über die schlechte wirtschaftliche Situation nicht bekämpfen.¹³⁶

1.5.3. Anschlussgedanke 1918-1932: Konsens zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen, Haltung der Sozialdemokratie

Der Anschlussgedanke wurde zuerst über alle Parteigrenzen hinweg, wenn auch aus verschiedenen Motiven, generell artikuliert. Grundsätzlich lag ihm die Nichtidentifikation mit der Republik Österreich, d. h. die Nichtanerkennung des österreichischen Staates zugrunde. Eine sinnvolle Weiterexistenz des „österreichischen Volkes“ konnte man sich nur im deutschen Staatszusammenhang vorstellen. Interessant ist die in diesem Zusammenhang die Haltung der katholischen Kirche, wie sie in einer Erklärung des Episkopats vom 18. November 1918, als knapp eine Woche nach der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, formuliert von Kardinal Piffl an den Klerus der Erzdiözese Wien, ersichtlich ist. Damals forderte der Episkopat der katholischen Kirche die Gläubigen zur Anerkennung der demokratischen Republik auf und zur „unbedingten Treue gegenüber dem nun rechtmäßig bestehenden Staate Deutschösterreich“. Ob damit auch die Unterstützung des Anschlussprogramms der Provisorischen Nationalversammlung und der Regierungen Staatskanzlers Renner gemeint war, muss offen gelassen werden. Mit der Errichtung des „Ständestaates“ gab es einen Schwenk: Der Linzer Bischof Gföllner wandte sich gegen die „Auswüchse des Parteienstaates“ und trat für einen autoritären Kurs ein, weil „Demagogie und Parteienhader den Parlamentarismus unterwühlt“ hätten, „an die Stelle der egoistischen Vielheiten von Parteien und Parteichen trat die geschlossene Einheit des österreichischen Staatsgedankens“, also die vollkommene Unterstützung des „ständestaatlichen“ Regimes durch aktive Mitarbeit aller Katholiken in der Vaterländischen Front, wie im Linzer Diözesanblatt 1934 formuliert bzw. aufgerufen wurde.¹³⁷

Mit Vehemenz vertraten von Anfang an die „nationalen“ Gruppierungen in Wahlveranstaltungen den Anschlussgedanken, dem sie bis zum real vollzogenen Anschluss im März 1938 auch in der Verbotszeit treu blieben. Besonders warben auch ihre Vereine in öffentlichen Kundgebungen für den gesamtdeutschen Reichsgedanken, die bis zu ihrem Verbot entschieden agierende Träger dieses politischen Ziels blieben. War während der ersten Hälfte der 1920er Jahre innerhalb der Bürgerlichen

¹³⁶ Prinz, Politische Herrschaft, S. 69-72.

¹³⁷ Schmitt Georg – Hans, „Im Namen Gottes, des Allmächtigen“: christlich – deutsch – berufsständisch. Ausgewählte Aspekte über den Stand und die Perspektiven der Forschung über das christlichsoziale Lager in den Jahren 1929 – 1938. In: Wenninger Florian, Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg – Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien Köln Weimar, 2013, S. 153.

trotz des Anschlussverbots der politische Konsens hinsichtlich der Anschlussfrage ungebrochen gegeben, so änderte sich dies besonders gegen Ende dieses Jahrzehnts mit dem Wechsel der Führungspersonen. Es kam zu schärferen Abgrenzungen in dieser Frage, sodass letztendlich die christlichsoziale Partei im politischen Bezirk und in der Stadt mehrheitlich aufseiten der selbständigen Republik Österreich stand, obwohl sie es nicht offen dokumentierte. An den „Republikfeiern“ des „Staatsfeiertags“ nahm sie weiter nicht teil. Die dürfte weniger kommunalpolitische Gründe gehabt haben, sondern mit einem solidarischen Verhalten gegenüber der Gesamtpartei zu tun haben. Nachdem 1920 die Regierungskoalition gescheitert und die SDAP aus der Regierung ausgeschieden war, übernahm ein Regierungsbündnis aus Christlichsozialen und Großdeutschen die Staatsführung, das sich wenig um die Anliegen der oppositionellen Sozialdemokraten kümmerte. Diese konzentrierten sich immer mehr auf die Hauptstadt, das „Rote Wien“, und präsentierten ihre politischen Vorstellungen in den jährlichen „Republikfeiern“, die sie zu reinen Arbeiterkundgebungen umfunktionierten. Am 12. November sahen sie die neben dem 1. Mai die Gelegenheit, ihre Stärke zu zeigen und selbstbewusst aufzumarschieren. Es galt, den Bürgerlichen in Staat und Land öffentlich entgegenzutreten, weshalb sich christlichsoziale Lokalparteien wie die Amstettner zum Boykott entschlossen hatten. Von den Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ war von vornherein keine Teilnahme zu erwarten.

Dass der Anschlussgedanke innerhalb der Sozialdemokratie bis zur Machtübernahme Hitlers anfangs 1933 im Parteiprogramm blieb, war mit ursprünglich großen Hoffnungen verbunden: Durch das Zusammengehen der beiden Parteien, der deutschen und der österreichischen, erwartete man sich eine Mehrheit gegenüber den Bürgerlichen, sodass aufgrund dieser Stärkung der sozialdemokratischen Kräfte auf demokratischer Basis die sozialistische Republik errichtet werden konnte. Die Deutschnationalen bzw. „Deutsch-„völkischen“ verfolgten mit dem „Anschluss“ nicht nur ein nationales und kulturpolitisches Programm, sondern verstanden ihn, übrigens genauso wie die Sozialdemokraten, auch als Gegenposition zum politischen Katholizismus, wie er in weiten Teilen der österreichischen Republik vorherrschte. Die Christlichsozialen argumentierten vor allem aus politischen Gründen, indem sie ein sozialdemokratisches Deutschland zu verhindern und den Einfluss des politischen Katholizismus gegenüber dem Protestantismus zu sichern versuchten.

Innerhalb der später errichteten Heimwehrformationen wurde dieser Gedanke, obwohl er bereits an Bedeutung verloren hatte, ebenfalls unterschiedlich vertreten. Hier ist zwischen den deutsch-faschistischen und den österreich-faschistischen Heimwehren bzw. ihren Abspaltungen wie der Raab-Heimwehr bzw. den „Ostmärkischen Sturmsharen“ zu unterscheiden, wobei die erstgenannte Gruppe für, die letzteren gegen den Anschluss eintraten.

Die erste Anschluss-Versammlung fand am 14. Dezember 1918 im Gasthof Dingl „Stadt Wien“ unter dem Titel „Freie Volksversammlung“ statt, einberufen vom „Freiheitlich nationalen Volksverein“, bei

der die Redner aller politischen Gruppen das Wort zu einem einzigen Thema, dem Anschluss an Deutschland, ergriffen.

Sozialdemokratische Vertreter waren anwesend, die damals ebenfalls in dieser „Freien Volksversammlung“ in ihrer Kundgebung für den Anschluss stimmten. Es dürfte aber in dieser Frage innerhalb der lokalen sozialdemokratischen Organisation keine Übereinstimmung geherrscht, eher eine Konfliktsituation bestanden haben.



Anschluss“kund-gebung 3. Oktober 1920, Ausgangspunkt für Kundgebungen und Demonstrationen: der Bahnhofplatz. Eisenbahner aller politischen Gruppierungen in der Stadt war „ihr“ Bahnhof, hier auch das Hotel Bahnhof, beide ein Architekturjuwel, sichtbar auch Hotel Hofmann, damals Julius Hofmann, Bahnhofswirtschaft Alois Hofmann, 1925. (Bild 4)

Es war überhaupt das erste gemeinsame Auftreten der verschiedenen bürgerlichen politischen Gruppierungen gemeinsam mit der Sozialdemokratie. In der „AZ“ hieß es: „Eine Versammlung von großer politischer Bedeutung für unsere ländliche, aber deswegen – wie sich gezeigt hat doch gut bürgerlich-demokratische Stadt Amstetten im Gasthof Dingl, „Stadt Wien.“ Auf das vermeintlich Gemeinsame wurde hingewiesen: „Durch die Anwesenheit des Staatssekretärs und Gemeinderats Oberbaurat Zerdik, Bürgermeisters Kubasta, mehrerer Gemeinderäte, hervorragender Bürger, dann vieler Geschäftsleute, Beamten, Lehrer und Arbeiter gab uns diese äußerst würdig verlaufene Versammlung ein getreues Spiegelbild des in Amstetten vorherrschenden Gemeinsamkeitsgefühls unter den einzelnen Parteiangehörigen.“ Als Zielsetzung dieser Versammlung wurde unter der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Führungsgruppe („Hofmann, Albrecht und Ursin“) „die Vereinigung aller Deutschen zu einem einheitlichen Ganzen“ verlautbart.

Den Vorsitz hatte „Alois Hofmann, Bahnhofwirt“, als „1. Redner trat Dr. Albrecht, Arzt in Blindenmarkt, auf“, als „2. Redner hielt Dr. Ursin aus Tulln-Wien (Dr. Josef Ursin, Anm.d.Verf.) eine

Verteidigungsrede des bekannten Linzer Programms“. Es folgten der christlichsoziale Redner, „Abgeordneter Zerdik“, und der sozialdemokratische „Herr Raidl, Vertrauensmann der Metallarbeiter“. Letzterer hob den politischen Standpunkt der Sozialdemokraten hervor, „die auch in nationalen Angelegenheiten am Platze seien“. „Die Parteigenossen des Redners spendeten Beifall.“ Es sei zur der Führungsgruppe oben angemerkt, dass zwei von den Rednern als Mitglieder der NS-Partei (Hofmann, Albrecht) zu finden sein werden, der dritte (Ursin) als überzeugter Antisemit mit ihr stark sympathisierte.¹³⁸ Außerdem meldete sich der Deutschnationale Dr. Karl Schicklberger, Arzt im Amstettner Krankenhaus, zu Wort. Die Reden hatten einen gemeinsamen Inhalt: den Anschluss an Deutschland. Es wurde eine einstimmig angenommene Resolution verabschiedet, die diese Forderung und die einer Thronverzichtserklärung der Habsburger enthielt. Von den anwesenden Sozialdemokraten wird von der bürgerlichen „AZ“ namentlich niemand erwähnt.¹³⁹ Es gab damals grundsätzlich zwei Arten von politischen „Volksversammlungen“: als „freie“ bezeichnete Versammlungen, die über die Parteigrenzen hinweg zu bestimmten Themen einberufen wurden, wie sie am 14. Dezember 1918 in Amstetten im Gasthof „Stadt Wien“ stattgefunden hatte, und rein parteipolitische Versammlungen.

Im Herbst 1920 wurde der Anschlussgedanke trotz der bereits im September 1919 bekannt gewordenen und von Österreich akzeptierten Bedingungen des Friedensschlusses von St. Germain wieder in die Öffentlichkeit getragen. So fand damals die erste öffentlich deklarierte „Anschlusskundgebung“ statt, organisiert von den „nationalen“ Gruppierungen gemeinsam mit den Christlichsozialen um Staatssekretär Zerdik. Von einer Spaltung innerhalb der Christlichsozialen war damals nichts zu bemerken, jedenfalls vertraten sie nach außen hin, solange es derartige Veranstaltungen gab, weiter den Anschlussgedanken. Die Sozialdemokratie war bei dieser Veranstaltung nicht anwesend.

¹³⁸ AZ 51 v. 22.12.1918, S. 1; Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd. 1, S. 83 und S. 166.

¹³⁹ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 6. Der großdeutsche Abgeordnete zum Nationalrat, Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung 1919-1920 und des Nationalrats 1920-1923, Dr. Josef Ursin, Nervenarzt in Tulln, hatte zwei Söhne, die ebenfalls politisch tätig waren: Dr. Fritz Ursin und Dr. Karl Ursin. Fritz Ursin trat ebenfalls schon früh als politischer Redner auf, zuerst aufseiten der Heimwehr, dann der NS, wobei er sich ganz besonders für ein Zusammengehen von „Heimatschutz“ und NSDAP „Hitlerbewegung“ stark machte, im Sinne einer österreichischen „Harzburg-Front“, wobei er aber der NSDAP nicht die politische Alleinführung überlassen wollte. Ähnliche politische Ambitionen hatten auch der Amstettner Rechtsanwalt Dr. Albrecht Alberti und der Amstettner Apotheker Mag. Wolfgang Mitterdorfer. Der zweite Sohn Josef Ursins, der Langauer Gemeindearzt Dr. Karl Ursin, agierte ebenfalls für die NS-Partei im Erlauf- und Ybbstal.



Durch die Wienerstraße zum Hauptplatz, so friedlich ging es sicherlich nicht zu, eine Kinderschar schaut in die selten erlebte Fotokamera, um 1900. (Bild 5D)

Die „AZ“ vom 3. Oktober 1920 berichtete darüber: „Am 26. September 1920 fand in Amstetten eine große Kundgebung für den Anschluss an Deutschland statt. Im großen Zug vom Bahnhofsplatz zum Hauptplatz marschierten die beiden Gesangsvereine, die nationalen Studenten sowie viele völkisch Gesinnte.“ Man protestierte gegen den Friedensvertrag von St. Germain. Der großdeutsche Abgeordnete Dr. Josef Ursin aus Tulln, auch Staatssekretär a. D. Zerdik widmeten sich in ihren Reden dem „Anschlussgedanken“. Es wurde eine „einstimmig angenommene Protestresolution“ gegen das „Diktat von St. Germain“ verabschiedet, das Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ bildete den Abschluss.¹⁴⁰

In regelmäßiger Abfolge gab es weitere öffentlich veranstaltete „Anschlusskundgebungen“, die aber nur mehr von deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppierungen, besonders ihren Vereinen, initiiert wurden. Diese „Anschlusskundgebungen“, die im ganzen politischen Bezirk stattfanden, hatten in den 1920er Jahren in der Stadt Amstetten selbst aufgrund ihres Kompromiss-Bürgermeisters Resch, der deutschliberalen Kreisen zugeordnet werden muss, immer die Unterstützung der regierenden Mehrheitsfraktionen (also auch der Christlichsozialen) in der Stadtregierung. Viele Vereine des „nationalen“ Lagers, aber auch ihm nahestehende Vereine der Christlichsozialen, waren die Förderer dieses Gedankens, indem ihre Gemeinderäte regelmäßig teilnahmen.

¹⁴⁰ AZ 40 v. 3.10.1920, S. 8.



Einige Zeit später: Blick in die Wienerstraße, keine Autos, keine Menschen, der Straßenkehrer ist der Mittelpunkt, Anfang 1930er. (Bild 5B)

Die Anschlussfeiern wurden immer mehr eine Domäne der deutsch-„völkischen“ Gruppierungen. In ihrem Sog agierten die Christlichsozialen, immer weniger artikulierten sich aber die Amstettner Sozialdemokraten in diese Richtung. Eine Woche vor der Landtagswahl vom 24. April 1921 hatte sich diese ambivalente Haltung innerhalb der lokalen Sozialdemokratie nachweisen. Am 17. April 1921 fand eine große, als parteiübergreifend konzipierte Anschlusskundgebung in Amstetten statt, bei der aber nur Christlichsoziale und Großdeutsche teilnahmen. Überraschenderweise waren die Vertreter der sozialdemokratischen Partei abwesend, wofür es eine „Erklärung“ der sozialdemokratischen Parteiführung gab, die nach außen hin der Linie der Bundesleitung entsprach: Man sei nach wie vor für den Anschluss, räumte aber ein, dass man sich aber durch bürgerliche Vorwürfe im Gemeinderat wegen eines Streiks in der Scheidfabrik veranlasst sah, der Kundgebung fernzubleiben. Es dürfte bereits damals innerhalb der sozialdemokratischen Lokalgruppe Differenzen bezüglich der Haltung gegenüber dem Anschlussgedanken gegeben haben. Folgendes könnte eher eine Rolle gespielt haben: Zunehmenden Einfluss hatten bei derartigen Kundgebungen die NS. Hauptredner war bei dieser Versammlung ein deutscher Nationalsozialist, der Schriftleiter der deutschen NSDAP, Hermann Esser, einer der ältesten Kampfgefährten Adolf Hitlers. Er überbrachte den Amstettnern die Grüße „der Brüder im Reich und der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands“.¹⁴¹

Initiiert wurde diese „Anschlusskundgebung“ durch die „Bundesgruppe Amstetten des Vereines „Südmark“, statt, die einen „örtlichen Arbeitsausschuss für den Anschluss“ bildete, der „durch eine Anschlusskundgebung den Willen der Amstettner Bevölkerung zum Ausdruck bringen soll“. „Das

¹⁴¹ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 14. Näheres zu dieser Versammlung s. unten.

Bürgermeisteramt wird die festliche Beflaggung der Stadt veranlassen und der Kriegerverein wird die Kundgebung durch Böllerschüsse am Vorabend und am Kundgebungstag einleiten.“



Amstettner Hauptplatz, Kinder stellen sich zum seltenen Foto auf, die zentrale Hauptplatzbeleuchtung sollte später die „Reichskriegsflagge“ tragen, um 1900. (Bild 5C)

An diesen „Anschlusskundgebungen“ nahmen „nicht nur die Christlichsozialen und großdeutschen Gemeinderäte, sondern sämtliche deutschnationalen Vereine“ teil, „um ihre Haltung vor einer Öffentlichkeit zu präsentieren, die ebenfalls durch ihr zahlreiches Erscheinen ihren Willen kundtat“. Nur die lokale Sozialdemokratie veranstaltete als Gegenpol dazu die „Republikfeiern“, die vor Ort vor allem ein Bekenntnis zur demokratischen Republik Österreich dokumentieren sollten, bei denen der Anschluss ausdrücklich nicht angesprochen wurde¹⁴², obwohl er im offiziellen Parteiprogramm enthalten war. Das gesamte bürgerliche Lager war, wie schon erwähnt, weiterhin führend bei den öffentlich inszenierten „Anschlusskundgebungen“ vertreten, wenn auch diese Art von Kundgebungen von einzelnen Organisationen des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers immer stärker zur Demonstration ihres politischen Willens benutzt wurde. Der Zulauf der Amstettner Bevölkerung, verstärkt durch Teilnehmer aus dem politischen Bezirk, war laut Berichten in der Lokalpresse sehr groß. Man kann also davon ausgehen, dass die Akzeptanz der selbständigen Republik Österreich im bürgerlichen Lager in der Stadt Amstetten generell nicht sehr groß war. Die Sozialdemokratie hatte sich, wie aus dem Bericht der „AZ“ vom 24. April 1919 zu entnehmen ist, für die bürgerlichen Parteien „aus nicht begreiflichen Gründen“ nicht beteiligt. Zu der „Anschlusskundgebung“ am 17. April 1921 wurde in der rückschauenden Berichterstattung vermerkt: Es „beteiligten sich in einer nach Tausenden zählenden Volksmenge, der Bürgermeister

¹⁴² AZ 17 v. 14.4.1921, S. 8; AZ 16 v. 17.4.1921, S. 6.

von Amstetten, Karl Kubasta, eine Abordnung des Gemeinderates, Kriegerverein, Turnverein, Männergesangsverein, Stadtfeuerwehr, politische und nationale Vereine und sämtliche Vereinigungen und Verbände der Berufsstände mit Ausnahme der sozialdemokratischen Parteigänger. Die örtliche sozialdemokratische Organisation hatte aus nicht begreiflichen Gründen eröffnet, dass sie sich trotz ihrer Anschlussfreundlichkeit an der Kundgebung nicht beteiligen wird.“ Als Versammlungszentrum blieb auch in der Republik der Hauptplatz, die Ansprachen wurden vom Balkon des Großgasthofes Schmidl, der sich in der Folgezeit als Führerbalkon entpuppte, gehalten.¹⁴³



Hotel Schmidl (nachmals Ginner/Märzendorfer) „Zum goldenen Adler“, am Hauptplatz, mit Balkon, als „Führer“balkon später benützt, bereits 1911 richtete der Großdeutsche Alois Hofmann einen Appell von hier an die Bevölkerung, 1915.

(Bild 6)

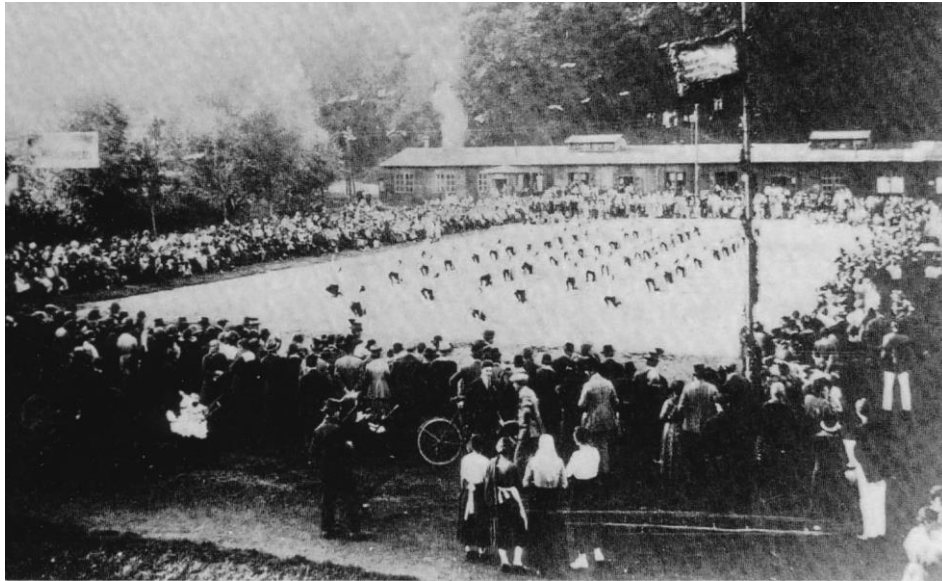
Ein Beleg für lokale Haltungen innerhalb der Sozialdemokratie bringt im Frühjahr 1925 ein Gemeinderatsbeschluss der Gemeindevertretung Mauer: So wurde im Gemeinderat der Antrag auf den „Anschluss Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich“ mit großer Mehrheit angenommen. In dem Bericht an den Nationalrat in Wien wurde aber vermerkt, dass sich die sozialdemokratischen Gemeinderäte bei diesem Antrag „sonderbarerweise“ der Stimme enthalten hätten.¹⁴⁴

War im Linzer Programm der Sozialdemokratie vom 3. November 1926 der Anschluss „als notwendiger Abschluß der nationalen Revolution von 1918“, und zwar „mit friedlichen Mitteln“, festgehalten, so musste sich die Sozialdemokratie nach der „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Jänner 1933 auf ihrem Parteitag vom 14. bis 16. Oktober 1933 zu folgendem Beschluss durchringen: „Angesichts der durch den Faschismus im Deutschen Reich veränderten Lage des deutschen Volkes

¹⁴³ AZ 17 v. 17.4.1921, S. 8.

¹⁴⁴ Zit. nach ebenda, 19-22.

beschließt der Parteitag: Aus dem 6. Abschnitt des Parteiprogramms wird der Punkt 4, der den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich fordert, gestrichen.“



Kinderheimstätte am alten Eislaufplatz, einer der Treffpunkte der Sozialdemokraten.
(Bild 6A)

Die Christlichsozialen und die aus ihr hervorgegangene „Vaterländische Front“ haben ebenfalls nach der Errichtung des „Dritten Reiches“ und des österreichischen „Ständestaats“ 1933/1934 den Anschlussgedanken aufgegeben, wobei sich der neu verordnete „ständestaatliche“ bzw. „austrofaschistische“ Österreichpatriotismus letztlich auch in der österreichischen Verfassung des „christlich-deutschen Bundesstaates“ vom 1. Mai 1934 niederschlug. Interessant ist, dass innerhalb des antiklerikalen und deutschnationalen Landbunds, 1932 in der Regierungskoalition unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, unter der Führung von Vizekanzler Franz Winkler die „nationale“ Fraktion im Sommer 1933 in die neugegründete „Nationalständische Front“, ein eigenständiges, „deutsch-österreichisch-patriotisches“ Gegengewicht gegen die faschistischen Heimwehren und die NSDAP „Hitlerbewegung“ überführt werden sollte. Winkler lehnte als „Nationaler Republikaner“ jede Form der Diktatur ab und wollte ein eigenständiges, lebensfähiges Österreich als „zweiten deutschen Staat“ erhalten. Nachdem überall auf Widerstand gestoßen war, vereinbarte er im Mai 1934 mit Landesleiter der NSDAP Theo Habicht die Überführung der Organisationen des Landbundes in die NSDAP.¹⁴⁵

¹⁴⁵ Kleindl, Chronik, a.a.O., S. 328, S. 354; Klösch Christian, Zerrieben zwischen Nationalsozialismus und Austrofaschismus. Landbund und Großdeutsche Volkspartei und das Ende der deutschnationalen Mittelparteien am Beispiel von Franz Winkler und Viktor Mittermann. In: Wenninger Florian, Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg – Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien Köln Weimar, 2013, S. 93-96.

Nachhaltig vertrat das gesamte deutschnational bzw. deutsch-völkische“ Lager mit stringenter Konsequenz weiter den Anschlussgedanken, der sich auch in den Statuten der ihm zugehörigen Vereine widerspiegelte.¹⁴⁶ Auffallend wurde er auch in den Vereinen gepflegt, die das „Überparteiliche“ hervorstrichen. Unter der Verbrämung der „Überparteilichkeit“, das hieß damals die Nichtzuordnung zur christlichsozialen oder sozialdemokratischen Ideologie, traten in der Öffentlichkeit die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereinigungen auf. In einer Versammlung der Großdeutschen Volkspartei am 1. Dezember 1928 in Amstetten bezeichneten es die beiden Hauptredner, Landtagsabgeordneter Scherbaum und Nationalratsabgeordneter Wotawa als Hauptaufgabe der österreichischen Politik, die österreichischen Verhältnisse an das reichsdeutsche Vorbild anzugleichen, um so den Anschluss zu erleichtern.

So fand in Amstetten am 28. September 1930 eine Versammlung des „Österreichisch-Deutschen Volksbundes“ statt. „Der Österreichisch-Deutsche Volksbund Wien ist die streng überparteiliche Vereinigung zur Vorbereitung und Durchführung des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reiche, vereinigt in mehr als 330 Mitgliedskörperschaften aller politischen Richtungen an 2 Millionen Deutschösterreicher (..).“¹⁴⁷

Das Weiterleben bzw. die kontinuierliche Präsentation des Anschlussgedankens in Vereinen, die vor allem dem deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager zuzurechnen waren, gehörte zur Nährbodenaufbereitung des österreichischen Nationalsozialismus. Die oben angeführten Aktivitäten im bürgerlichen Lager liefern den Beleg, dass damals in weiten Teilen der Bevölkerung des politischen Bezirks und der Stadt Amstetten der Glaube an die selbständige Republik sehr klein war.

1.6. Antisemitismus als integrative Ideologiekomponente des bürgerlichen Lagers zu Beginn der Ersten Republik

Der Antisemitismus, von Anfang an tragender ideologischer Bestandteil des bürgerlichen Lagers, hatte nicht nur im „Arierparagraphen“ seinen vereinsbezogenen gesetzlichen Niederschlag, sondern es wurde ihm auch in einer eigens begründeten bürgerlichen Vereinigung, dem „Antisemitenbund“, der Vereinsrahmen gegeben.¹⁴⁸

Dieser von den Christlichsozialen, oft auch gemeinsam mit den Großdeutschen, vor allem des „völkischen“ Flügels, gepredigte Antisemitismus hatte auch Folgen in den Vorfeldorganisationen des bürgerlichen Lagers. Vereine übernahmen den „Arierparagraphen“, das Beitrittsverbot für jüdische

¹⁴⁶ AZ 17 v. 24.4.1921, S. 8; s. dazu auch wahlwerbende Gruppierungen des christlichsozialen und deutschnationalen Lagers Kap. unten; s. auch I.2.1 ff, I.3, I.4; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 28.

¹⁴⁷ Ebenda; EW 39 v. 26.9.1930, S. 11; zum "Österreichisch - deutschen Volksbund" s. I.17.11.36.

¹⁴⁸ Pauly Bruce F., Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien 1993, S. 124; Stuhlpfarrer Karl, Antisemitismus, Rassenpolitik und Judenverfolgung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg (V.). In: Drabek Anna, Häusler Wolfgang, Schubert Kurt, Stuhlpfarrer Karl, Vielmetti Nikolaus, Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, Wien München 1974, S. 141 ff.

BürgerInnen, und seit den frühen 1920er Jahren warben niederösterreichische Fremdenverkehrsorte mit „judenfrei“. Im „Antisemitenbund“ wurden von den Christlichsozialen im Verein mit den „Deutsch-„völkischen“ wirksam Hetze gegen jüdische Mitbürger betrieben.¹⁴⁹

Die Wurzeln dieses antijüdischen/antisemitischen Agitierens lagen bereits in der Monarchie und wurden für Wahlauseinandersetzungen instrumentalisiert. Der sowohl religiös als in der Fortsetzung des traditionellen Antijudaismus als auch rassistisch motivierte und gezielt zum Stimmengewinn eingesetzte Antisemitismus der christlichsozialen Partei war bereits in der Monarchie die Grundlage populistischer Hass- und Hetzparolen der christlichsozialen Gruppen, die sukzessive sogar deutsch-„völkische“ Anhänger Schönerers für sich mobilisieren konnten. Der Führer der christlichen Arbeiterbewegung Leopold Kunschak erklärte 1896: „Selbstverständlich ist jeder Christlichsoziale auch Antisemit.“¹⁵⁰

Industrialisierung und politische Umbrüche beschleunigten den sozialen Wandel, was im katholischen Milieu Verunsicherung und Ängste hervorrief. Liberalismus und Sozialismus stellten alte traditionelle Ordnungen in Frage. Die katholische Kirche zwängte in ihrer Reaktion die Gläubigen in ein immer enger werdendes Ordnungssystem mit festen vorgegebenen Formen und präsentierte alte Feindbilder wie Freimaurer, Juden und Bolschewiken immer stärker als Bedrohungen, wobei sie mit den Christlichsozialen konform ging. Die besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertiefte Verbindung von Judentum und Marxismus (später Bolschewismus), von Liberalismus und besonders von „Juden“ geprägter „Unkultur“ baute auf dem jahrhundertealten Antijudaismus des Christentums auf, fand ihren Niederschlag nicht nur in der katholischen Presse, im katholischen Vereinswesen und in Sonntagspredigten, sondern vor allem auch in den rasant an Zahl zunehmenden Pamphleten des deutschnationalen bzw. „deutsch-„völkischen Lagers.“¹⁵¹

Nach dem Zerfall der Monarchie verschärfte sich dieser verstärkt auf „rassenbiologischen“ Argumenten beruhende Antisemitismus, wozu besonders das Eintreffen jüdischer Flüchtlinge aus dem Osten der Monarchie beitrug. Das christlichsoziale Wahlprogramm forderte Ende 1918 den „schärfsten Abwehrkampf gegen die jüdische Gefahr“, das Programm des Niederösterreichischen Bauernbundes aus demselben Jahr die „Durchführung des Antisemitismus auf allen Gebieten“, das Parteiprogramm der Christlichsozialen 1926 stellte fest, dass die Partei „die Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses“ bekämpfe. Der damalige Obmann der christlichsozialen Partei, Leopold Kunschak, regte 1920, dass die Juden ausgewiesen werden, sollten sie nicht freiwillig gehen,

¹⁴⁹ Leidinger Hannes, Mueller Wolfgang, Die Christlichsozialen und die Vaterländische Front in Niederösterreich 1918-1938. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 408.

¹⁵⁰ Zit. nach ebenda, S. 399-400.

¹⁵¹ Zit. nach Eminger Stefan, Langthaler Ernst, Niederösterreich. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Innsbruck-Wien 2016, S. 149-151.

so solle man sie in „Konzentrationslager internieren“. Einzelne Sozialdemokraten wie Landeshauptmann Segur schlossen sich der Forderung nach Ausweisung jüdischer Flüchtlinge an. Dennoch nahm die politische Gewohnheit der Christlichsozialen zu, den politischen Gegner als „jüdisch“ zu diffamieren. Mit dem Aufstieg der SDAP, die grundsätzlich (mit Ausnahme der auf der marxistischen Ideologie beruhenden Komponente, auf die phasenweise zurückgegriffen wurde) den Antisemitismus ablehnte und Juden in die eigene Partei bzw. Parteiführung integrierte, wurde von den Christlichsozialen die frühere antisemitische Gleichsetzung liberal=jüdisch durch sozialdemokratisch=jüdisch ersetzt und „zu rassistischen Übergriffen gegen die Sozialdemokratie instrumentalisiert“.¹⁵²

Interessant ist auch die Haltung der katholischen Kirche, wie sie im Hirtenbrief des Linzer Bischofs Johannes Gföllner am 21. Jänner 1933 zum Ausdruck kommt, wo er einerseits gegen den Rassenantisemitismus der NS Position („mit dem Christentum völlig unvereinbar und muß daher entschieden abgelehnt werden“) bezog, aber die traditionellen kirchlichen antijüdischen Vorurteile bestätigte: „Verschieden allerdings vom jüdischen Volkstum und von der jüdischen Religion ist der jüdische internationale Weltgeist. Zweifellos üben viele gottentfremdete Juden einen überaus schädlichen Einfluß auf fast allen Gebieten des modernen Kulturlebens aus. (...) Das entartete Judentum im Bunde mit der Weltfreimaurerei ist auch vorwiegend Träger des mammonistischen Kapitalismus und vorwiegend Begründer und Apostel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorboten und Schrittmacher des Bolschewismus. Diesen schädlichen Einfluß des Judentums zu bekämpfen und zu brechen, ist nicht nur gutes Recht, sondern strenge Gewissenspflicht eine jeden überzeugten Christen...“ Deshalb empfahl er, „in der Gesetzgebung und Verwaltung einen starken Damm aufzurichten gegen all den geistigen Unrat und die unsittliche Schlammflut, die vorwiegend vom Judentum aus die Welt zu überschwemmen drohen.“¹⁵³

Die Stadt Waidhofen a. d. Ybbs spielte hinsichtlich der landesweiten Verankerung und Verbreitung des Antisemitismus eine entscheidende Rolle. Mit dem Moraltheologen Prälat Josef Scheicher, Pfarrer in Waidhofen a.d.Ybbs, seit 1875 Redakteur des St. Pöltner Boten, gelang es den Christlichsozialen, ihre Aktivitäten von Wien nach Niederösterreich zu verlegen. Das zeigt sich an einzelnen dafür notwendigen Neugründungen: 1890 wurde Scheicher in den niederösterreichischen Landtag gewählt, 1892 gründete Kunschak, überzeugter Antisemit, den Christlichsozialen Arbeiterverein für Niederösterreich, in der Folge entstanden 1895 der Christliche Bauernverein im Viertel ob dem Wienerwald und 1906 der Niederösterreichische Bauernbund, alle auf einer

¹⁵² Leidinger, Mueller, Christlichsoziale und Vaterländische Front, a.a.O., S. 408. Man schätzte die Zahl der eingewanderten Juden auf ca. 25.000.

¹⁵³ Zit. nach Königseder Angelika, Antisemitismus 1933-1938. In: Talos Emmerich, Neugebauer Wolfgang (Hrsg.), "Austrofaschismus". Politik-Ökonomie-Kultur 1933 - 1938, Wien 2014 (Politik und Zeitgeschichte, Talos Emmerich, Hrsg., Bd. I) , S. 58.

antisemitischen Basis. Bei der LTW 1896 gewann die christlichsozial-deutschnationale Gruppe mit dem Namen „Antisemitische Vereinigung“ die Mehrheit und die Beteiligung am Landesausschuss (=Landesregierung).¹⁵⁴

Obwohl der neue Obmann, der Prälat Dr. Ignaz Seipel, gegenüber antisemitischer Hetze und Diffamierung ab Beginn der 1920er Jahre zurückhaltender agierte, bestanden antisemitische Ansichten besonders in der christlichsozialen Arbeiterbewegung und in der katholischen Kirche weiter. Katholische Dorfpfarrer waren nicht selten Träger antisemitischer Propaganda, die das Feindbild der jüdischen „Christusmörder“ und der revolutionären „Umsturzjuden“ und „Judenbolschewiken“, mit den sie die Sozialdemokraten meinten, propagierten „Wer sozialdemokratisch wählt, wählt jüdisch“, lautete die Wahlparole der Christlichsozialen 1919, und der Bauernbund wetterte gegen das „schmachvolle Joch“, das der Landbevölkerung durch die „verjudeten Zentralen“ auferlegt worden sei, und forderte „die judenreine Republik“. Sicherlich war diese extreme Judenfeindlichkeit auch in der Krisensituation der Nachkriegsjahre, wo für alle nur erdenklichen Missstände ein Feindbild gesucht und gefunden wurde.¹⁵⁵

Die sichtliche Abschwächung der ursprünglich noch zu Beginn der Ersten Republik starken antisemitischen Ideologiekomponente in der Mehrheitsfraktion der Christlichsozialen Partei (katholischer Bauernbund) während der ersten Hälfte der 1920er Jahre hatte aus lokalhistorischer Sicht folgende Gründe: erstens den Misserfolg des deutsch-„völkisch“ orientierten Gewerbeflügels innerhalb der Christlichsozialen, der auf einer eigenen wahlwerbenden Liste unter Hans Zerdik bei der Nationalratswahl 1920 kandidiert und sich in den wahlbedingten Hetzparolen von den „Deutsch-„völkischen“ wenig unterschieden hatte, und den darauffolgenden Rückzug Zerdiks, zweitens die immer aggressiver agierende Politik im deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager und drittens eine zunehmende Zusammenarbeit der Christlichsozialen, aber auch ihrer jeweiligen Koalitionspartner, mit finanzkräftigen jüdischen Geldgebern im wirtschaftlichen Bereich. Das Feindbild „Jude“ bzw. die „Judenreinheit“ der Gesellschaft, eine Zielsetzung, die seit der ausgehenden Monarchie besonders durch die jüdische Zuwanderung aus den Ostgebieten aufgrund der Wirtschaftskonkurrenz für den gewerblichen Mittelstand, besonders durch die politische Agitation Karl Luegers, in der christlichsozialen Partei einen starken Rückhalt bekommen hatte und in den Anfangszeiten der Ersten Republik noch einige Jahre weiter verfolgt wurde, wurde zusehends in ihrer aggressiven Form eine Domäne der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“. Letztlich bestand jedoch ein abgeschwächter Rassismus im lokalen bzw. regionalen Bereich als Ideologiekomponente innerhalb der christlichsozialen Partei weiter, in seiner Intensität auch

¹⁵⁴ Leidinger, Mueller, Christlichsoziale und Vaterländische Front, a.a.O., S. 400; zur weiteren Rolle Waidhofens a. d. Ybbs-„Waidhofner Beschlüsse“ und „Waidhofner Prinzip“-s. unten.

¹⁵⁵ Zit. nach ebenda, S. 409.

beeinflusst vom jeweiligen Koalitionspartner, besonders von der deutschfaschistisch ausgerichteten Heimwehrfraktion. Als Thema ist der Antisemitismus in den 1920er Jahren und in der ersten Hälfte der 1930er Jahre in den Lokalmedien ständig präsent, wenn auch in unterschiedlicher ideologischer Intention, bei den Christlichsozialen als politisch -wirtschaftlicher, bei den Deutsch-„völkischen“ und NS als reine Rassenideologie. Nachweislich nahm gerade die letztgenannte Komponente des Antisemitismus auch innerhalb des „ständestaatlichen“ Lagers aus politisch-pragmatischen Gründen seit dem „Juliabkommen“ 1936 durch die Zugeständnisse an die „illegalen“ NS insgesamt wieder zu. So gab es auch personelle Konsequenzen im Männergesangsverein „Liederkrantz“, als der langjährige Chorleiter Paul Hirschler entlassen wurde, den man in einer Zeit der allgemeinen Zunahme des Antisemitismus trotz seiner jüdischen Abstammung vermutlich durch den überzeugten christlichsozialen und anti„völkisch“ eingestellten Obmann Franz Scholz und auch aus Hochachtung dieser alteingesessenen Amstettner Familie gegenüber in dieser Position belassen konnte, indem man sich vorerst weigerte, dem Dachverband der Gesangsvereine, dem „Sängergau ‚Ostmark‘“ mit dem „Arierparagraphen“, beizutreten.¹⁵⁶ Die politische Zusammenarbeit, die sich auf dem Lande in den kleineren Ortsgemeinden in Wahlgemeinschaften und Koalitionen äußerte, hatte auch gemeinsame ideologische Fundamente. Der Antisemitismus im bürgerlichen Lager, der eine seiner Hauptwurzeln letztlich in der religiös begründeten Diffamierung der Juden, im Antijudaismus, hatte, zeigte in den bürgerlichen Lokalblättern der Jahre 1919 und 1920 mit überraschender Konstanz die „Pflichten“ eines „wahren“ Christen auf. Es waren vor allem „Empfehlungen“ betreffend das selektive Lesen von Zeitungen. Exemplarisch sei ein „Aufruf“ unmittelbar vor Weihnachten 1919 genannt:

„Deutsche Christen Achtung! Hinaus mit der Judenpresse! Kein deutscher Christ kauft jüdische Zeitungen! Es ist Eure Ehrenpflicht, ab 1. Jänner 1920 nur judenreine Zeitungen zu bestellen. Wir empfehlen daher folgende Tageszeitungen und Wochenblätter: Wochenblätter: Amstettner Zeitung, Bote von der Ybbs, Erlaftalbote, St. Pöltner Zeitung, Deutsche Volkszeitung, Ybbstal-Zeitung, St. Pölten.“ Unterschrieben war dieser „Aufruf“ von folgenden Institutionen: „Deutschvölkische Partei Amstetten, Stände- und Bürgerrat Amstetten, Christlichsoziale Städte-Organisation Amstetten.“¹⁵⁷ Es sollte nicht vergessen werden, dass es auch antisemitische Geheimbünde seit den 1920er Jahren gab, die freimaurerartig organisiert waren. Der bedeutendste war wohl die christlichsoziale „Deutsche Gemeinschaft“, dessen Generalsekretär (seit seiner Gründung 1920) der spätere Bundeskanzler

¹⁵⁶ Zu Hirschler s. II. 7.11.

¹⁵⁷ AZ 51 v. 21.12.1919, S. 9; s. auch AZ 49 v. 7.12.1929, S. 5. Auch „Der Bote von der Ybbs“ veröffentlichte diese Liste (Der Bote von der Ybbs v. 31.12.1919), wobei dieses Waidhofner Blatt schon damals auffallend eine Hetze gegen die Waidhofner Juden betrieb: Es erschienen Aufrufe, keine „Judenblätter“ mehr zu lesen. Zambal Walter, Das Phänomen des Antisemitismus im Umfeld von Waidhofen a.d.Ybbs. In: Waidhofner Heimatblätter, Musealverein Waidhofen a.d.Ybbs (Hrsg.), 28. Jg., Waidhofen a.d.Ybbs 2002, S. 45; Pauley, Antisemitismus, a.a.O., S. 200 der katholische Antijudaismus.

Engelbert Dollfuß war. Einer der Protektoren des Geheimbunds dürfte der Wiener Kardinal Friedrich Gustav Piffl gewesen sein. Alles sog. „Ugtum“ („Ungeradentum“) wie Marxismus, Liberalismus, Freimaurerei und Judentum sollte bekämpft werden, nur katholische oder deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Antisemiten sollten in Führungspositionen gelangen.¹⁵⁸

Diese Form des organisierten Antisemitismus, welche die bürgerliche Seite zu gemeinsamem Vorgehen einigte, richtete sich hier gegen das vornehmlich assimilierte liberale Judentum, auch gegen einzelne zionistische Vertreter, wobei in den Lokalmedien verstärkt gegen das zugewanderte Ostjudentum gehetzt wurde. Der lokale Antisemitismus hatte seine tiefgehenden Wurzeln in der urbanen, sprich kleinstädtischen Vereinskultur der deutsch-„völkischen“ Studentenschaft, und hier vor allem in Akademikerkreisen. Einflussreicher Ausgangspunkt mit überregionaler Bedeutung war gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Amstettner Region die Statutarstadt Stadt Waidhofen a.d.Ybbs. Als Vorläufer und Wegbereiter des späteren „Antisemitenbunds“ ist der „Waidhofner Verband“ anzusehen, auf den die sogenannten „Waidhofner Beschlüsse“ zurückgingen, die überregionale Verbreitung erlangten.

Vom 24.-26. Mai 1890 hielten auf Einladung der lokalen antisemitischen Vereine der Turner und Sängler die deutschnationalen wehrhaften akademischen Vereine der österreichischen Hochschulen in Waidhofen a.d.Ybbs ihren Verbandstag ab, der zur Gründung des „Waidhofner Verbands“ bzw. „Waidhofner Verbands wehrhafter Vereine deutscher Studenten“ führte. Diese Gründung ist sicherlich auch als eine Reaktion auf das im März 1890 in Kraft getretene Israelitengesetz zu sehen, das die staatliche Anerkennung der jüdischen Gemeinden festlegte und somit auch die Rechtsverhältnisse der jeweiligen Kultusgemeinde betreffend den Sitz der jeweiligen Gemeinde, die flächendeckende Sprengelageinteilung, die nachweisliche Zugehörigkeit eines jeden Juden zu einer Gemeinde und die Entrichtung der Kultussteuer an diese regelte. In der Folge dieser Regelung jüdischer Verhältnisse erfolgte die Neuerrichtung der Jüdischen Gemeinde am 1. Jänner 1892 mit Sitz in Ybbs, später als Israelitische Kultusgemeinde Ybbs/Amstetten. Am 11. März 1896 folgte ein weiterer Schritt des nun österreichweit agierenden „Waidhofner Verbands“ gegen die „Verjudung der Universitäten“, auf welche Gefahr im österreichischen Parlament besonders 1897 anlässlich der Sprachenverordnungen Badenis hingewiesen wurde. Diese Dachorganisation der deutsch-„völkischen“ schlagenden Studentenverbindungen beschloss in einer Studentenversammlung in Wien in den „Waidhofner Beschlüssen“ das sogenannte „Waidhofner Prinzip“, nämlich jüdischen Studenten die „Satisfaktionsfähigkeit“ und „Ehre“ abzusprechen. Durch die an diesem 11. März 1896 versammelten Vertreter der deutschnationalen Burschenschaften wurden jüdische Studenten für „ehr- und charakterlos“ erklärt, nämlich dass sie „jeder Ehre bar seien und ihnen demnach keine Genugtuung zu geben sei“. Waren bis jetzt Duelle zwecks Satisfaktion (wie z.B. sechs Duelle mit der

¹⁵⁸ Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd. 1, S. 75 f.

deutschnationalen Waidhofner Verbindung „Philadelphia“ noch 1893) möglich, so hatte dieser Beschluss zur Folge, dass die jüdischen Akademiker aus allen Führungsfunktionen in der staatlichen Verwaltung und im Militär ausgeschlossen würden. Dagegen wehrten sich die in der zionistischen „Kadimah“ vereinigten jüdischen Studenten mit einer Resolution, in der sie ihre Gleichberechtigung als „vollwertige akademische Bürger“ zu verteidigen beabsichtigten. Dagegen wehrten sich die in der zionistischen „Kadimah“ vereinigten jüdischen Studenten mit einer Resolution, in der sie ihre Gleichberechtigung als „vollwertige akademische Bürger“ zu verteidigen beabsichtigten.

Die Schlagkraft der „Kadimah“ wurde in Frage gestellt, als diese Verbindungen jüdische Studenten grundsätzlich als „ehr- und charakterlos“ erklärten und ihnen die sogenannte „Genugtuung“, das Austragen eines Fechtduells, verweigerten. Die Bestürzung in Kreisen der schlagenden jüdischen Studenten war groß, weil die damals in Österreich gültigen Regeln jenen, „die einem Duell nicht nachkamen oder nicht nachkommen konnten, den Zugang zu öffentlichen Ämtern oder den Status als Reserveoffiziere versperrten.“ Trotzdem kam es in Wien zu neuen Gründungen von schlagenden jüdischen Verbindungen wie der „Emunah“, welche die Gegner aus dem deutsch-„völkischen“ Lager bis 1938 immer wieder zu Duellen herausforderten. Joseph Samuel Bloch, Mitglied des Vereins „Kadimah“ und Herausgeber der „Österreichischen Wochenschrift“, nahm in der Ausgabe vom 20. März 1896 dazu folgendermaßen Stellung: „Die jüdischen Studentenschaft hat auf den bekannten Waidhofner Beschluß der deutschnationalen Burschenschaften ihre Antwort ertheilt; sie hat ihre Entrüstung und Verachtung ausgesprochen. (...) Die Mensurfrage mag den Einzelnen interessieren, für die Gesamtheit der jüdischen Studenten besteht sie nicht. Für sie galt es ausschließlich, den Schimpf zurückzuweisen, der an ihr durch die Ehrloserklärung aller akademischen Bürger jüdischen Glaubens verursacht wurde.“ Zur allgemeinen Tendenz des wachsenden Antisemitismus finden sich hier folgende, die Realität treffend charakterisierende Aussagen: „Der deutschnationale Antisemitismus ist, wie der christlichsociale, nur der verhüllende Schleier, hinter welchem sich viel bedenklichere Bestrebungen bergen-hier die clericale Reaction, dort die Unterwühlung der Staatsgrundlagen. Das sind Dinge, die unseren leitenden Kreisen genau bekannt sind. Von der obersten Spitze bis hinab zum letzten Beamten weiß man, dass die deutschnationalen Studentenverbindungen eine Brutstätte antiösterreichischer und antidynastischer Gesinnung sind. Dennoch dulde man sie! Diese deutschnationalen Studenten bildeten die Kerntruppe Lueger's bei der Wahlagitation, und es offenbart sich ein intimes Bündnis jener zweier Häuptlinge, von denen der Eine über den Gemeinderath, der Andere in den Hallen der Universität der Stadt Wien gebietet, ja unumschränkt gebietet.“

Wenige Tage nach dem 11. März 1896 kam es zu einer Protestveranstaltung in der Universität Wien: Es marschierten beim traditionellen sonntäglichen „Bummel“ jüdische Verbindungen, unter ihnen auch Vertreter der jüdisch-nationalen schlagenden Verbindungen Kadimah und Emunah sowie kleine

Gruppen liberaler und sozialdemokratischer Studenten gegen eine Übermacht deutsch-„völkischer“ Burschenschaften auf, 1.500 Menschen versammelten sich in der Aula, es kam aber trotz Drohgebärden vonseiten der Deutsch-„völkischen“ zu keinen Ausschreitungen, wie dies am 13. November 1897 der Fall war, als es bei einem „Bummel“ (Studentenaufmarsch, -parade an jedem Samstag) in der Universität zu gewalttätigen Ausschreitungen kam. Diese Entwicklung der konsequent verfolgten Ausgrenzung jüdischer Studenten hatte eine Vorgeschichte auch in Forderungen christlichsozialer Politiker: Bereits 1894 hatte Karl Lueger, später Bürgermeister von Wien, einen Numerus clausus zugunsten der „Deutschösterreicher“ gefordert. Die niederösterreichische Statthalterei hatte die Gründung des jüdisch-akademischen Vereins „Kadimah“ am 23. März 1883 bewilligt, zu dessen Mitgliedern Theodor Herzl (1896 „Der Judenstaat“ als zionistisches Konzept veröffentlicht) und der bekannteste Kämpfer gegen den Antisemitismus in Wien, der Rabbiner (in Floridsdorf) und Publizist Joseph Samuel Bloch gehörten. 1893 hatte der Verein beschlossen, eine schlagende Verbindung zu werden, wobei die Rituale den deutschnationalen Verbindungen ähnlich waren: Das „Gaudeamus igitur“ und das Bundeslied „Wißt ihr, woher die Einheit stammt“ (Text von Kadimah-Gründungsmitglied Nathan Birnbaum, die Melodie wurde dem deutschen Kampflied „Der Gott der Eisen wachsen ließ“ aus den Napoleonischen Kriegen entliehen) wurden gesungen. Ab 1896 wurden Mitglieder der „Kadimah“ zu leidenschaftlichen Unterstützern der zionistischen Bewegung.¹⁵⁹

Die neu gegründete Israelitische Kultusgemeinde war sicherlich Angriffsfläche des ständig aggressiver werdenden Antisemitismus, bot aber auch Schutz gegen die immer bedrohlicher werdende antisemitische Front der deutsch-„völkischen“ und der christlich-sozialen Gruppierungen, die besonders in der Habsburgermonarchie und noch zu Beginn der Ersten Republik ein gemeinsames Ziel hatten: Österreich von jedem jüdischen Einfluss zu befreien, aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben auszuschließen. Anfangs sind rege Aktivitäten der Israelitischen Kultusgemeinde Ybbs/Amstetten nachzuweisen, wogegen sich die deutsch-„völkischen“ antisemitischen Kreise besonders heftig zur Wehr setzten, wie dies auch die Amstettner Demonstration gegen die Veranstaltung des Purim-Balls der jüdischen Mitbürger in der Stadt Amstetten belegt. Eine der unmittelbaren Konsequenzen war die Gründung des „Antisemitenbunds

¹⁵⁹ „Die Universität. Eine Kampfzone. Antisemitische Gewalt an den Wiener Universitäten 1870er- bis 1930er-Jahre. Eine Auswahl.“ Zusammengestellt von Freya Kurek, Thomas Schautzer, Adina Seeger, Werner Hanak-Lettner, Jüdisches Museum Wien 2015; s. auch https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_j%C3%BCdischer_Studentenverbindungen, 2.9.2018; zit. nach Hanak-Lettner Werner, „...verspottet, verhöhnt und beschimpft, mißhandelt, geschlagen und verwundet.“ Nachrichten, Protokolle und Erinnerungen 1875-1918. In: Die Universität. Eine Kampfzone. Hanak-Lettner Werner, Jüdisches Museum (Hrsg.), Wien 2015, S. 99-102, Dr. Blochs Wochenschrift, 20.3.1896, Nr. 12, S. 230.

ungefähr zwei Wochen später im Gasthaus Kronberger „Zum goldenen Hirschen“, dem späteren Amstettner „Braunen Haus“ (ab 1932).

Ein Dorn im Auge der Amstettner Antisemiten war im Fasching 1920, am 4. März, eine Veranstaltung der Israelitischen Kultusgemeinde im zentral gelegenen Hotel Schmidl am Hauptplatz (später Hotel Märzendorfer/Ginner), der Purim-Ball, der alljährlich vom jüdischen Religionslehrer Salomon Fried organisiert wurde. Dieser Ball wurde zum Anlass genommen, um gegen die Juden mit Diffamierungen in der Zeitung „Der eiserne Besen“ vorzugehen, letztlich mit der Zielsetzung, den Ball zu verhindern. Genannt wurden der zugewanderte russische Hotelpächter Skorobogatky und die beiden Brüder Mordka David und Bernhard Jurkewicz, die als potentielle Hauskäufer in Amstetten diffamiert wurden. In Amstetten sollten klare „völkische“ Verhältnisse herrschen: Es sollte keine „Judenweibchen im Dirndlkostüm“ und noch zynischer „keine Christen und Christinnen“ geben, „die ihrem Geschäft durch Nichtkommen schaden würden.“

Die Gegenmaßnahmen konnten zwar den Ball nicht verhindern, hatte aber insofern Erfolg, als sie für eine gleichzeitige Gegenveranstaltung im Stammlokal der Deutsch-„völkischen“, im Gasthof Schillhuber, unter dem Titel „Anti-Purim“ nicht nur die bereits bestellte Musikgruppe, die Eisenbahnerkapelle, abwarben, sondern auch mehr Besucher („400 Personen aller Stände“) aufweisen.

Dieses Ereignis erschien aus „völkischer“ Sicht so wichtig, dass auch ein zweites Regionalblatt, die „Ybbstalzeitung“ vom 13. März 1920, mit antisemitischen Schmähungen darüber berichtete. Hier wird angeführt, dass die Amstettner Sozialdemokratie (Arbeiter- und Gemeinderat Raidl) sich auf Seite der Juden gestellt und sie unterstützt hatte, indem sie ihnen „eine Kompanie roter Arbeiterwehr zum Schutze des Proletariats (lies: gerötete Hofjuden)“ zur Verfügung stellte. Die Diffamierungen drückten Ängste vor einer „Verjudung“ der Gesellschaft aus, besonders vor dem Einfluss der Juden in christlichen Teilen der Gesellschaft, im Bauerntum, in zwiespältiger Weise auch bei der Arbeiterschaft.

Diese vornehmlich aus der Klassenkampf-Ideologie resultierende Haltung der regionalen Sozialdemokratie gegenüber den jüdischen Mitbürgern ist aus einzelnen Artikeln ihres regionalen Wochenblatts „EW“ ersichtlich. Einerseits ist in Gesprächen mit Überlebenden zu entnehmen, dass die Mehrheit der einheimischen Juden die SDAP wählte und sich von ihr auch öffentlich vertreten fühlte, andererseits waren in den medialen Veröffentlichungen Angriffe aus ideologischer Perspektive zu finden, veranlasst durch den Besitz der jüdischen Familie Albert und (dessen Söhne als Nachfolger ab 1911) Louis und Alphonse Rothschild im Erlauf- und Ybbstal (Holzindustrie, Schloss und Sägewerk in Waidhofen a.d.Ybbs mit mehr als tausend Beschäftigten) und der jüdischen Familie Hermann Goldschmidt in Erla (Besitzer des Schlosses Erla, in Linz als belgischer Konsul beruflich tätig).

Der aus den medialen Angriffen ersichtliche Antisemitismus lässt folgende Annahme zu: Einerseits entspringt er der damals vorherrschenden marxistischen Ideologie des Parteiprogramms, also Kampf gegen die jüdischen Kapitaleigentümer, andererseits ist er im Zusammenhang mit dem parteipolitischen Kampf gegen den bürgerlichen Gegner, die Christlichsozialen und die Deutsch-„völkischen“, zu sehen, der auch über die regionalen Medien ausgetragen wurde. Man ging sogar soweit, den bürgerlichen Antisemitismus als „Judenschwindel“, wie die sozialdemokratische Propagandaschrift aus dem Jahr 1923 betitelt wurde, zu bezeichnen. Die SDAP-Regionalblätter betrieben ein gefährliches Spiel, wenn sie den zweifellos bestehenden bürgerlichen Antisemitismus im eigenen ideologischen Interesse dazu benutzten, um gezielt Vertreter der bürgerlichen Führungsmannschaft insofern bloßzustellen, als sie ständig auf deren Bündnis mit dem jüdischen Kapital hinwiesen (Beispiele in den „EW“ der frühen 1930er Jahre für angebliche finanzielle Verbindungen: großdeutscher Abgeordneter des Viertels ob dem Wienerwald Josef Ursin, Heimwehrführer Albrecht Alberti und Josef Wallner aus Amstetten), natürlich als Ressourcen gegen die „verjudete“ Sozialdemokratie und ihre Klientel aus den Arbeiterkreisen.

Diese medial geführten Angriffe sind eigentlich als ein verbrämter Klassenkampf einzustufen. Zwei belegte Austrittswellen aus der hiesigen Gemeinde, sowohl um 1900 als auch nach dem Ersten Weltkrieg, sind als Zeichen der Integration zu werten. Jüdische Kriegsheimkehrer konvertierten zum katholischen Glauben oder man konvertierte aus beruflichen Gründen. Es wurden Mischehen geschlossen, indem ebenfalls der jüdische Ehepartner sich taufen ließ. Die überwiegende Mehrheit dieser Mischehen wurde nach Beginn der NS-Herrschaft gemäß Nürnberger Rassengesetzen wieder getrennt, rettete also den jüdischen Partner nicht vor Vertreibung und/oder Ermordung.

Auffallend ist, dass innerhalb des österreichischen Judentums gerade auch in Waidhofen a.d.Ybbs der zionistische Einfluss Wurzeln hatte. Die damalige zionistische Bewegung hatte ihrer Zeitung „Die Stimme“ den aus Waidhofen a.d.Ybbs gebürtigen Sigmund Kornfein, der ein Bewunderer Theodor Herzls war, als Protagonisten. Er war Generalsekretär des „Allgemeinen Zionistenverbands“ und Mitarbeiter der oben genannten jüdischen Wiener Wochenzeitung. Dagegen gerichtet war die zweimal im Monat in Salzburg seit 1919 erscheinende Zeitung „Der eiserne Besen“, Untertitel „Ein Blatt der Notwehr“, mit ihrem Gründer Karl Maria von Wiligut (auch Gründer des „Antisemitenbunds“), der enge Beziehungen zur Stadt Waidhofen a.d.Ybbs gehabt haben muss. In der hiesigen jüdischen Gemeinde zeigten sich in der Zwischenkriegszeit folgende Tendenzen, die eine Auseinanderentwicklung bedeuteten: Einerseits gab es eine bedeutende zionistische Bewegung, die ihren Vertreter in Rudolf Wozasek aus Amstetten und einigen Amstettner jüdischen Jugendlichen hatte. Diese leisteten Widerstand gegen den praktizierten Antisemitismus in der jeweiligen Heimatgemeinde durch Ausbildung für den Kampf für einen neuen jüdischen Staat im Sinne des revisionistischen Zionismus (das Palästina-Projekt bedeutete Auswanderung und Kampf für ein

ungeteiltes Palästina auf beiden Seiten des Jordan) um Rudolf Wozasek, der besonders den jungen Ludwig Surkin dafür begeistern konnte und ihn jedes Jahr auf ein Sommerlager der Betar-Organisation, einer jüdischen militärischen Jugendgruppe, am Wörthersee schickte. Der aggressive Waidhofner Antisemitismus war noch in der Habsburgermonarchie auch in Waidhofner kirchlichen Kreisen verankert, wie dies bei dem Waidhofner Kaplan Joseph Scheicher (1869-1872 und 1873-1875) nachzuweisen ist, der damals schon Waidhofen a.d.Ybbs gerne „judenfrei“ gesehen hätte. Diese Kleinstadt hatte in der NS-Zeit tatsächlich als erste Stadt von „Niederdonau“ das Prädikat „judenrein“ erlangt.

Der Traum dieses Priesters und christlichsozialen Sozialpolitikers (ausgeführt in seinem Werk „Aus dem Jahre 1920. Ein Traum“, veröffentlicht 1900, wo er von einem judenfreien Wien träumte) hatte sich also erfüllt. Als einer der Gründerväter der Christlich-sozialen Partei, Redakteur der St. Pöltner Zeitung und des Wochenblatts „Der Bote von der Ybbs“ und Abgeordneter zum Reichsrat wurde er später Professor an der Theologischen Lehranstalt St. Pölten und konnte so seine antisemitischen Visionen wirksam verbreiten. In diesem besonderen Spannungs- und Konfliktfeld waren weitere Aktivitäten im antisemitischen Lager, vorerst noch in der ausgehenden Monarchie, zu erwarten. Auswirkungen seiner tiefgreifenden Tätigkeit in Waidhofen a.d.Ybbs die antisemitische Hetze betreffend dürfte sich nicht nur in der Gründung des „Waidhofner Verbands“ mit seiner überregionalen Verankerung, besonders in der Universitätsstadt Wien, sondern auch in dem am 11. März 1896 vom „Waidhofner Verband“ gefassten „Waidhofner Beschluß“, der im sogenannten „Waidhofner Prinzip“ die Richtlinien vorgab, nach denen alle jüdischen Studenten aus den deutschnationalen Verbindungen ausschlossen wurden. Obwohl seit seiner Gründung einige Male behördlich verboten, hatte dieser Verband weiterhin eine starke Breitenwirkung im akademischen Bereich. Folgetreffen in Waidhofen a.d.Ybbs bis 1930 untermauerten den Anspruch dieses „Waidhofner Prinzips“, das nicht nur in der gesamten Habsburgermonarchie, sondern auch in der Ersten Republik eines der antisemitischen Leitprinzipien blieb. Bezeichnenderweise fand es auch regionale Verankerung gerade in den Ortsgemeinden, in denen die ersten NS-„Ortgruppen“gründungen stattfanden. So wurde eine Ferialverbindung „Ostmark“ bereits 1907 in Aschbach gegründet, zu den Gründungsorten deutschnationaler Ferialverbindungen gehörten auch Ybbsitz und Zell a.d.Ybbs, sicherlich unter dem Einfluss Waidhofens a.d.Ybbs. Als 1905 das Waidhofner Gymnasium gegründet wurde, wurde gleichzeitig die deutschnationale Mittelschülerverbindung „Rhenania“ gegründet, die 1923 über 60 ähnliche Verbindungen in einem Treffen natürlich in Waidhofen a.d.Ybbs vereinigte. Rassentrennung und in der Folge rassistisch motiviertes Vorgehen gegen Juden waren auch als statutenmäßiger Bestandteil von Vereinen verankert. Vereine wie der „Deutsch-österreichische Alpenverein“ und der „Deutsche Turnerbund“ führten seit 1919 den „Arierparagraphen“, deutsch-„völkische“ Gesangsvereine wie der Amstetten

„Männergesangsverein 1862“ hatten ihn schon seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dazu kamen noch die „Deutsche Ärzteschaft“ und die „Christlich-deutsche Turnerschaft“. Nachweislich flaute ab der Mitte der 1920er Jahre diese „völkisch“-christlich-soziale Verbindung ab. Die beiden führenden Amstettner Exponenten, der Christlichsoziale Hans Höller und der damalige Großdeutsche mit starkem „völkischen“ Einschlag (und spätere führende NS) Wolfgang Mitterdorfer, wurden zu politischen Gegnern. Ursachen der Trennung waren die verstärkten Aktivitäten der verschiedenen NS-Parteien, besonders der NSDAP „Hitlerbewegung“, zu deren Sprachrohr österreichweit auch der „Antisemitenbund“ immer mehr wurde, was die Christlichsozialen zum Verlassen des Bundes veranlasste, und das zunehmende Erstarken der deutschfaschistischen Richtung der Heimwehr, die nach dem „Pfrimerputsch“ im September 1931 geschlossen zu den NS wechselte. Aus der ursprünglichen Vereinigung im „Antisemitenbund“ wurde nun ein oft erbittertes Gegeneinander, indem die Mehrheit der Christlich-sozialen den rassistisch fundierten Antisemitismus, der zum ideologischen Programm des werdenden Nationalsozialismus gehörte, ablehnte. Dass auch im politischen Bezirk Amstetten, besonders in der Stadt Amstetten, Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und deutsch-„völkische“ Ideologie bzw. Nationalsozialismus problemlos vereinbar waren, wenn gewisse ideologische Komponenten wie der Antisemitismus übereinstimmten, beweist nicht nur schon sehr früh die Zusammenarbeit im „Antisemitenbund“, sondern ist auch an einzelnen Personen aufzuzeigen. Zu den bekannten katholisch-nationalen NS im politischen Bezirk Amstetten gehörten auch der Ybbser Anstaltspfarrer und Geistlicher Rektor der Ybbsitzer Anstalt Karl Türk, der 1920 Schriftführerstellvertreter im neugegründeten „Antisemitenbund“ in Amstetten war, und der Seitenstettner Benediktiner P. Hieronymus Gassner. Die österreichische NS-Variante der „Katholisch-Nationalen“ sollte im Werdeprozess des Nationalsozialismus noch eine entscheidende Rolle spielen. Kurz nach dem Anschluss wurde der „Antisemitenbund“ offiziell aufgelöst, nachdem der Amstettner „Schutzverein“ bereits 1921 seine Auflösung bekanntgegeben hatte.¹⁶⁰

1.6.1. Amstettner „Volksbildungsverein“ im Dienst der „Rassenkunde“

Der Antisemitismus hatte damals, wie erwähnt, seine dauernde Präsenz in einzelnen Veranstaltungen besonders der deutsch-„völkischen“ orientierten Vereine, mit fließenden Grenzen

¹⁶⁰ Pauley, Antisemitismus, a.a.O., S. 165; S. 208; S. 233 ff; Ornazeder Karl, Hans Höller, Amstettens Bürgermeister von 1903-1955. In: Amstettner Beiträge, Amstetten 1978, S. 51; zur Neuerrichtung der Israelitischen Kultusgemeinde s. Kammerstädter Johann, Heimat trotz alledem, Unsere jüdischen Landsleute und ihr tragbares Vaterland, Band 1, Wieselburg, 2012, Bd.1, S. 20-24 und S. 30 ff; zum Purim-Ball und „Anti-Purim“ s. ebenda S. 54-56; zur politischen Orientierung der Jüdinnen und Juden s. siehe Gesprächsprotokolle Sammlung Ziskovsky; zu Rothschild s. Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd.2, S.302 ff; zu finanziellen Verbindungen s. ebenda, Bd.1, S. 81-87; zu Assimilierungstendenzen s. ebenda, S.89; zur Zeitung „Der eiserne Besen“ s. ebenda, S.85 und S. 54-56; zur Betar s. ebenda, S.110-S.111; zu Siegmund Kornfein s. auch II. 10.5.1; zu Scheicher s. Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd.1, S. 23-S.24 und S. 50; zu den Ferialverbindungen s. ebenda, S. 20-22; zu Türk und Gassner s. S. 277 und S. 305.

zu den christlichsozialen Vereinen, weshalb er auch ständig Thema der Berichterstattung in den Lokalblättern des bürgerlichen Lagers war. Ausgenommen waren hier allein die Monarchisten, in den lokalen sozialdemokratischen Blättern kam er damals als ideologische Komponente nicht vor. Zu den Institutionen, die hier „Aufklärungsarbeit“ betrieben, gehörte auch der städtische „Volksbildungsverein“.

Mit dem Titel des Lichtbildervortrags „Rassenkunde des deutschen Volkes“ wollte man das „Rassenproblem des deutschen Volkes“ aufzeigen. Der Volksbildungsverein Amstetten trat am 26. November 1925 in der Turnhalle der Bürgerschule als Veranstalter auf. Er hatte „alle Kreise dringend eingeladen“. Als Redner trat „Dr. Kubisch aus Amstetten“ auf.¹⁶¹

Der Antisemitismus des deutsch-„völkischen“ Lagers wurde gegen Ende der Zwanzigerjahre in der sozialdemokratischen Presse eher kommentar- bzw. kritiklos zur Kenntnis genommen. In der „EW“ kommentierte man Ende Dezember 1929 eine „alldeutsche“ Versammlung nur mit einem Seitenhieb auf die Großdeutschen: „Dr. Viktor Zeidler, welcher einmal großdeutscher Abgeordneter war, also zum politischen Schwund seiner Partei zählt, hat am 30.11.1929 in Amstetten in einer vom alldeutschen Verband einberufenen Versammlung einen Vortrag ‚Rasse und Staat‘ gehalten.“¹⁶²

Die bürgerliche christlichsozial orientierte Lokalzeitung brachte dazu einen kommentarlosen Kurzbericht. So wurde in der „AZ“ darauf hingewiesen, dass „ein Vortrag im Rahmen der hiesigen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes ‚Rasse und Staat‘ gebracht wurde“.

1.6.2. *Organisierter christlich-bürgerlicher Antisemitismus: „Schutzverein Antisemitenbund“*

Der 1919 gegründete „Antisemitenbund“ unter Leitung des christlichsozialen Nationalratsabgeordneten Anton Jerzabek (einer der Hauptagitatoren war der großdeutsche Schriftsteller Robert Körber) war in den 1920er Jahren ein parteiübergreifendes Bindeglied innerhalb des bürgerlichen Lagers, wie auch die „Ortsgruppe Amstetten“ dieses Vereins belegt.¹⁶³ Der „Antisemitenbund“ war der Organisationsrahmen für den in allen bürgerlichen Parteien, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, verankerten Antisemitismus. In der Ortsgruppe Amstetten waren nicht nur die DNSAP, sondern auch die Großdeutschen und die Christlichsozialen in Zusammenarbeit vereinigt. Nur die Sozialdemokratie und die Kommunisten weigerten sich, an diesen Einrichtungen

¹⁶¹ AZ 47 v. 22.11.1925, S. 8.

¹⁶² EW 51 v. 20.12.1929, S. 10.

¹⁶³ Pauley, Antisemitismus, a.a.O., S. 124. Zu den christlich-sozialen Politikern im Gefolge des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger gehörten vor allem Leopold Kunschak, der zu den extremen katholischen Antisemiten gehörte und oft als Hauptreferent bei Veranstaltungen des „Antisemitenbundes“ Hetzreden gegen das „Ostjudentum“ hielt, und als Mitglied Anton Orel, ein christlichsozialer Dissident und katholischer Schriftsteller, der sogar kurzzeitig eine eigene politische Partei angeführt hatte. Anton Orel, „Führer des Bundes der Arbeiterjugend Österreichs der Christlichsozialen Partei“, war auch Herausgeber der Zeitung „Volkssturm“. Leopold Tavs, NS-„Gauleiter“ von Wien, hatte nachgewiesenermaßen gute Kontakte zu Führern des „Antisemitenbunds“. Ebenda, S. 163; S. 237; Leser Norbert, Genius Austriacus, Beiträge zur politischen Geschichte und Geistesgeschichte Österreichs, Graz, Wien 1986, S. 99.

zwecks Hetze und Diffamierung teilzunehmen. Die „Ortsgruppe Amstetten des Antisemitenbundes“ wurde im Frühjahr 1920 gegründet. Laut Vereinsregister der Bezirkshauptmannschaft Amstetten lautete ihre vollständige Bezeichnung gemäß ihrer Zweckbestimmung „Ortsgruppe des deutschösterreichischen Schutzvereines Antisemitenbund“. ¹⁶⁴ In diesem Agitationsforum wurde versucht, in eigens abgehaltenen regelmäßigen Veranstaltungen einen aggressiven Antisemitismus zu thematisieren und auch propagandistisch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Veranstaltungen der Ortsgruppe des „Antisemitenbundes“, die in der Stadt Amstetten vor allem auf die Jahre 1920 und 1921 beschränkt blieben, dürften die damalige Stimmung der überwiegenden Mehrheit im bürgerlichen Lager, artikuliert auch in der Schreibweise der Lokalblätter dieser Gesinnungsgemeinschaft, wiedergegeben haben. In anderen Ortsgemeinden des politischen Bezirks (abgesehen von der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) ist der Verein als eigene Ortsgruppe nicht nachzuweisen, wenn auch in einzelnen Ortsgemeinden von der Gemeindevertretung her starke antisemitische Aktivitäten wie z.B. Sommerfrischeverbot für Juden medial kolportiert wurden. Dazu gehörten die Ortsgemeinden Wallsee, in welcher die Familie des späteren „Kreisbauernführers“ starken Einfluss hatte, Euratsfeld, eine mehrheitlich christlichsoziale Gemeinde, in der sich einerseits eine kleine, aber einflussreiche NS-Führungsgruppe sich bemerkbar machte, andererseits die starke antisemitische Haltung auch in der christlichsozialen Dominanz hierin begründet sein könnte, und Ybbsitz, wo schon frühzeitig eine der ersten stark aktiven NS-Ortsgruppen gegründet wurde. Interessant ist, dass dieser Hetzverein in der Stadt Amstetten innerhalb des Ortsgruppenstabs Vertreter aus beiden Fraktionen der Christlichsozialen hatte. Diese verstanden sich jedenfalls am Beginn der 1920er Jahre sehr gut mit den Vertretern der Deutschnationalen bzw. „Deutsch-völkischen“. Bei der offiziellen Gründungsversammlung saßen spätere NS aus dem großdeutschen Lager neben den Vertretern der Christlichsozialen und den gemäßigten Vertretern der Großdeutschen. In der Führungsposition agierte als Obmann unter den Vertretern aller großen politischen Lager bzw. deren Fraktionierungen innerhalb des Bürgertums war der Amstetter Apotheker Mag. Wolfgang Mitterdorfer, der damals noch als Vertreter des deutsch-„völkischen“ Flügels der Großdeutschen auftrat und später an der Spitze der NS-„Bewegung“ als „Bezirksleiter“ stehen sollte. Vorbereitende Aktivitäten zur Gründung des Vereins hatte es schon vor der konstituierenden Sitzung der Ortsgruppe Amstetten gegeben, wie aus Berichten in den Lokalzeitungen hervorgeht. Am 20. März 1920 fand im Gasthof Schillhuber „die Gründung des Antisemitenbundes Ortsgruppe Amstetten“ statt. „Die gut besuchte Versammlung wurde vom Obmann des vorbereitenden Ausschusses Alois Hofmann eröffnet, worauf Wolfgang Mitterdorfer einen Bericht über die bisher erfolgte Tätigkeit erstattete.“

¹⁶⁴ S. Vereinsregister BHA 1920; Ornazeder, Höller, Amstettens Bürgermeister, a.a.O., S. 51.

Die Wahl in die endgültige Ortsgruppenleitung hatte folgendes Ergebnis: „Obmann: Wolf Mitterdorfer Obmann-Stellvertreter: Hans Höller Schriftführer: Sepp Petak und Gustav Haberzettl, Zahlmeister: Karl Aigner, Erwin Haslinger, Ludwig Schmidl“.

Aus den verschiedenen „in Betracht kommenden Verbänden“ wurden als „Beiräte“ gewählt: Leopold Ginner, Alois Hofmann, Heinrich Petrovicz, Alois Weltlich, Franz Pilz, Richard Pazelt, Alois Vollbauer, Julius Hofmann, Florian Haydn, Heinrich Leitner, Karl Mayer.

Zum Programm des Vereins hieß es: „Maßgebend für die Zusammensetzung des Ausschusses war die Absicht, alle deutsch-christlich Gesinnten zum Abwehrkampf gegen das unser Elend verschuldende Judentum, ganz besonders gegen die immer stärker um sich greifende Zuwanderung der Ostjuden zusammenzufassen.“

Unter den „Zielsetzungen und Aufgaben“ wurde angeführt: Es sei eine „rastlose Aufklärungs- und Werbetätigkeit der Ortsgruppe“ notwendig, um „die breitesten Massen von der Notwendigkeit des antisemitischen Gedankens zu überzeugen (..)“.¹⁶⁵

Weiters wurden Aufrufe zum Beitritt regelmäßig abgedruckt: „Wer kann Mitglied des Antisemitenbundes werden? (..) kann jede deutsche Frau, jedes deutsche Mädchen, jeder deutsche Mann und deutscher Knabe werden.“¹⁶⁶

Die Veranstaltungen dieses Vereins hatten folglich nur eine Zielsetzung, die Hetze gegen das Judentum: „Antisemitenbund Über Einladung der hiesigen Ortsgruppe sprach am 10.4. der bekannte Wanderlehrer Josef Hoyer in einer Versammlung, die sich eines guten Besuches erfreute. Obmann Mitterdorfer Wolf eröffnete den Abend.“ Es wurde „gegen die Zuwanderung der Ostjuden Stellung genommen“, über „Zweck und Ziele des Antisemitismus“ gesprochen.¹⁶⁷

Die damals funktionierende Zusammenarbeit der Politiker des bürgerlichen Lagers, sowohl des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers als auch der Christlichsozialen, belegen die Redner in den vom „Antisemitenbund“ abgehaltenen österreichweiten Versammlungen. Davon berichtete auch das Lokalblatt „AZ“: „Gegen die Ostjuden! Über Aufforderung des Antisemitenbundes fand am 8.6.1920 in Wien in der Volkshalle des Rathauses eine Massenkundgebung gegen die Ostjuden statt. Es sprachen Abg. Kunschak, Dr. Ursin, Hauptmann Fey, Prof. Rothmayer, Oberstleutnant Hittl und Landtagsabgeordneter Riehl.“

Die Auswirkungen bzw. „Erfolge“ der „antisemitischen Bewegung“ dieser Zeit in der Kommunalpolitik sind an der Haltung einzelner Gemeinden gegenüber den Juden ersichtlich.¹⁶⁸

¹⁶⁵ AZ 13 v. 28.3.1920, S. 10.

¹⁶⁶ AZ 14 v. 4.4.1920, S. 8.

¹⁶⁷ AZ 16 v. 18.4.1920, S. 9.

¹⁶⁸ AZ 24 v. 13.6.1920, S. 1; Pauley, Antisemitismus, a.a.O., S. 238 ff „Antisemitenbund“. Seit März 1937 gab es wieder Ortsgruppen in fast allen Bundesländern. Zu den Aktivitäten des „Antisemitenbundes“ s. ebenda, S. 235, Forderungen einer „judenreinen Schule“, Sommerferienorte ohne Juden, Aufforderung an die Bürgermeister, diese auszuladen. Dazu gehörte vor allem die Stadt Waidhofen a.d.Ybbs, wo laufend in

1.6.3. „Notgeld“ als Werbeträger



„Notgeld“ mit Werbung für den „Antisemitenbund“. (Bild 7)

Ein deutliches Bild dieser grundsätzlichen Übereinstimmung von deutschnationalem bzw. „deutsch-„völkischem“ und christlichsozialem Lager in der antisemitischen Haltung zeigte sich in der ersten Krisenzeit der Ersten Republik im Notgeld, das als eigenes „Stadtgeld“ in Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs, oder als eigenes Gemeindegeld auch in einzelnen Marktgemeinden des politischen Bezirks im Verkehr war. Der ideologische Konsens in der Haltung der Judenfrage war auf den damaligen Notgeldscheinen der Stadt, deren Gültigkeit auch auf den gesamten politischen Bezirk ausgedehnt wurde, visualisiert. Mit Stolz wurde zur Verwendung des „Stadt- und Bezirksgeldes“ („2. Auflage des Stadtgeldes“) bemerkt, dass es „erfreulich“ sei, „feststellen zu können, dass unser Stadtgeld überall Beifall findet und gerade zum ‚Bezirksgeld‘ sich gestaltet, denn viele Gemeinden haben sich bereits zur Einführung desselben entschlossen und eine beträchtliche Anzahl bei der Stadtgemeinde bestellt.“ Es waren die 20 und 50 Heller-Spendenscheine, die zur propagandistischen Verbreitung des christlichsozialen und deutsch-„völkischen“ Antisemitismus verwendet wurden. Auf ihren Rückseiten ist Folgendes zu lesen, 20 Heller-Schein: „Es wird ein Moment kommen, in dem alle christlichen Nationen, mit denen der Jude zusammenlebt, erkennen, dass die Frage, ob der Jude zu belassen ist,

Hetzartikeln des „Boten von der Ybbs“ Juden als Sündenböcke für Probleme wie Wohnungsnot und Hunger angeprangert wurden. Dies wirkte sich auch auf die jüdischen Sommergäste aus, die aufgrund des Unmuts der Waidhofner Bevölkerung am 30. Juli 1919 durch eine Kundmachung des Bürgermeisters ausgewiesen wurden (aus der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs, Landgemeinde Waidhofen, Windhag und Zell a.d.Ybbs). Zambal, Das Phänomen des Antisemitismus, a.a.O., S. 44-46. S. auch II.10.1.

oder auszuweisen sei, für sie eine solche wird, die man als eine auf Tod und Leben bezeichnet.“ 50 Hellerschein: „Deutsche aller Parteien, welche ihr Volk lieben und die demselben drohende Gefahr des Judentums erkannt haben und diese bekämpfen wollen, treten dem d. ö. (deutsch-österreichischen, Anm. d. Verf.) Schutzverein ‚Antisemitenbund‘ bei! Anmeldungen bei den Ortsgruppen. Lest und verbreitet die arische (christliche) Presse.“ Auf einem anderen 50 Hellerschein befand sich auf der Rückseite ein vielsagendes Zitat von Franz List: „Es wird ein Moment kommen, in dem alle christlichen Nationen, mit denen der Jude zusammenlebt, anerkennen, dass die Frage, ob der Jude zu belassen ist, oder auszuweisen sei, für sie eine solche wird, die man als eine auf Tod und Leben bezeichnen wird. Franz List.“ („Entwurf: Pöschl-Kozak“) Dem Verfasser liegt noch ein anderer „Entwurf“ auf der Rückseite eines solchen „Notgelds“ (ebenfalls ein 50 Hellerschein) vor, auch von den Amstettner „Pöschl-Kozak“ (deutsch-„völkischen“ und christlichsozial), zusätzlich noch mit einem Hakenkreuz versehen: „Deutsche aller Parteirichtungen, welche ihr Volk lieben und die demselben drohende Gefahr des Judentums erkannt haben und diese bekämpfen wollen, treten dem d. ö. Schutzverein ‚Antisemitenbund‘ bei! Anmeldungen bei den Ortsgruppen. Leset und verbreitet die arische (christliche) Presse!“ Da das „Notgeld“ beliebtes Sammelobjekt war, war der Nationalsozialismus mit seinem wichtigsten Symbol in der Bevölkerung bereits damals präsent. Es begann die systematische Verankerung dieser Ideologie, immer in wirksamen Teilaspekten, im Bewusstsein der Menschen. Die oft gesondert vermittelten ideologischen Einzelaspekte ergaben zusammen im Laufe der folgenden Zeit gleichsam im Sinne eines Puzzles ein Ganzes, das unreflektiert systematisch akzeptiert wurde. Dieser „Antisemitenbund“ war als Bastion des Abwehrkampfes aller „deutschchristlich Gesinnten“ gegen das Judentum, besonders gegen die zunehmende Zuwanderung der Ostjuden gedacht. Es folgten in der unmittelbaren Zeit nach der Erstgründung in Amstetten weitere Gründungen in einzelnen Ortsgemeinden, meistens in diesen, in denen bereits starke „völkische“ oder auch nationalsozialistische Gruppen bestanden.¹⁶⁹

1.6.4. Vielseitige Aktivitäten des „Antisemitenbundes“: Kontrolle beim Hausankauf in der Stadt Amstetten

Der Amstettner „Antisemitenbund“ hatte bereits vor seiner offiziellen Gründung seine Tätigkeit aufgenommen. Jüdische Hausankäufer sollten verhindert werden. In der „AZ“ vom 15. Februar 1920 wurde dazu verlautbart: „Antisemitenbund Amstetten. Alle christlich-deutschen Hausbesitzer von Amstetten werden gebeten, künftighin eventuelle Häuserverkäufer dem Antisemitenbund Amstetten bekanntzugeben, woselbst die Vermittlung für christlich-deutsche Käufer vorgenommen wird.“

¹⁶⁹ AZ 11 V. 15.2.1920, S. 11; Johann Kammerstädter, Heimat trotz alledem, Unsere jüdischen Landsleute und ihr tragbares Vaterland, Band 1, Wieselburg, 2012, S. 62-63; Sammlung von originalen Notgeldscheinen in: Sammlung Ziskovsky.

Tatsächlich kann nachgewiesen werden, dass in der Ersten Republik mit zwei Ausnahmen (Ziegelproduktion Moritz Weiß schon 1922 und das Haus Schulstraße 18, das der Dentist und langjährige Chorleiter des christlichsozialen Gesangsvereins „Liederkranz“ 1936 – sicherlich mit Unterstützung der christlichsozialen Führungsmannschaft – erwerben und hier eine Dentistenpraxis eröffnen konnte) keine sonstigen Liegenschaftskäufe aus „arischem“ Besitz in der Stadt stattgefunden haben. Wenn es zu Liegenschaftsübernahmen in der Stadt kam, dann nur aus bereits bestehendem jüdischen Besitz, sonst sind nur Vermietungen nachzuweisen. Nach dem Anschluss im März 1938 wurde im Rahmen der erzwungenen „Liegenschaftsentjudung“ der gesamte jüdische Besitz in der Stadt von „arischen Bürgern“ übernommen.¹⁷⁰

1.6.5 Auswirkungen des Antisemitismus auf die Kommunalpolitik in einzelnen Ortsgemeinden

Zu den Aufgaben des „Antisemitenbundes“ gehörte es auch, die „Entjudung“ in den einzelnen Ortsgemeinden voranzutreiben, wie einzelne, von den verschiedenen Regionalmedien ständig kolportierte Maßnahmen, vor allem hetzerische Aufrufe gegen den Urlaub („Sommerfrische“) von Juden in einzelnen „judenreinen“ Ortsgemeinden – vor allem machten Wiener Juden hier Sommerurlaub – belegen, wobei aber die Gründung von Ortsgruppen wie in den Städten Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs sonst im politischen Bezirk Amstetten nicht nachweisbar ist. Wie schon erwähnt, weist eine verstärkte und auffallende antisemitische Agitation in den Ortsgemeinden Wallsee, Euratsfeld und später Ybbsitz darauf hin, dass es hier zur Bildung von Ortsgruppen gekommen sein könnte. So beschlossen die beiden erstgenannten Gemeinden bereits im Juni 1920, keine Juden als Sommergäste zuzulassen.



¹⁷⁰ AZ 11 v. 15.2.1920, S. 11; Josef FREIHAMMER, Das Schicksal der Amstettner Juden (Amstetten 1989) 6 und 10-11.

Einladung zur Sommerfrische nach Euratsfeld, Grußkarte, die Beschränkung gemäß „Antisemitenbund“ ist nicht ersichtlich: Juden unerwünscht. (Bild 8)

Es wurde immer wieder über die „Erfolge“ dieser Aktivitäten der jeweiligen Gemeindevertretung stolz in der Lokalpresse berichtet: „Antisemitenbund. Die antisemitische Bewegung hat wieder einen kleinen Erfolg zu verzeichnen: Die Gemeinden Wallsee und Euratsfeld haben den Beschluss gefasst, im heurigen Sommer keine Juden als Sommerfrischler aufzunehmen. Nur durch solch praktische Abwehr kann erreicht werden, dass unser Volk endlich frei gemacht wird vom Judentum. Es liegt im Interesse jedes Einzelnen, dass seine Gemeinde einen ebensolchen Beschluss fasst. Wir brauchen keine Volksfremden als Gäste, die alle Preise ins Unerschwingliche hinauftreiben, die uns und unseren Kindern das Brot wegessen. Darum hinaus mit den Juden aus den Sommerfrischen! Das Gastrecht nur dem Arier!“ Besonders Ybbsitz hielt sich konsequent an die einmal eingeschlagene antisemitische Gemeindelinie. So wurde diese Gemeinde auch 1927 als „arische Sommerfrische“ empfohlen, indem die Gemeinderäte beschlossen hatten, „den Aufenthalt jüdischer Sommerfrischler nicht zu dulden“. 1931 wurden noch einmal in dieser Gemeinde „arische Sommerfrischler“ darüber informiert, dass sie hier „von den jüdischen Frechlingen Ruhe haben könnten“. ¹⁷¹

Immer wieder war es neben dem „Boten von der Ybbs“ die Zeitschrift „Der eiserne Besen“ (begründet in Salzburg von Karl Maria von Wiligut, ab 1923 war die Redaktion in Wien), der die Hetze betrieb und sich in den 1920er Jahren immer mehr NS-Inhalten annäherte: Im Waidhofner Lokalblatt „Der Bote von der Ybbs“ gab es 1923 die Forderung an die Waidhofner Kinobesitzer, einen „Arier“-ausweis zu erbringen, die Drohung, die Namen von Frauen und Mädchen, die mit Juden verkehren, „an einer Schandsäule“ anzuprangern. Im damaligen Hetzblatt des „Antisemitenbunds“ „Der eiserne Besen“ wurde der Gasthof des Heinrich Wurbitsch in Sonntagberg an den Pranger gestellt, weil der „jüdische Leserkreis der ‚Stunde‘ bei ihm Veranstaltungen abhalten konnte“. ¹⁷²

Die antisemitische Hetze wurde konsequent durch weitere hinzugekommene regionale Zeitungen fortgeführt, so besonders hatte das regionale NS-Blatt („Kampfblatt der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“) unter verschiedenen Bezeichnungen wie „Niederösterreichischer Beobachter“, „Weckruf“, „St. Pöltner Beobachter“ und „Der grade Michel“ meistens dreimal monatlich erscheinend großen Einfluss nicht nur in deutschnationalen Bevölkerungskreisen, vor allem was den Kampf gegen die Sozialdemokratie betraf, als antisemitische Hetze gegen damalige die politische Führung der Sozialdemokratie und gegen die jüdischen Sympathisanten dieser Partei. Im Jänner 1920 ging es um den Amstettner Ziegelofen Lachinger, der zum Verkauf stand. Als sich auch ein „ausländischer Hebräer“ interessierte, bildete sich in der Stadt Amstetten ein Verhindererergremium: „Ringofen-Ziegelei Lachinger: Seit Kriegsbeginn war dieser Ringofen außer

¹⁷¹ AZ 24 v. 24.6.1920, S. 3; Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd 1, S. 61.

¹⁷² Ebenda, S. 58-61.

Betrieb am Reitbauerngut.“ Es wurde ein Käufer gesucht, wobei dazu festgestellt wurde. „Auch ein ausländischer Hebräer hatte seine Nase dabei. Rechtzeitig aber hat ein Konsortium, bestehend aus den Herren Baumeister Schimek, Baumeister Wawrowetz und Maurermeister Spreiter diese Gelegenheit zur Behebung der Ziegelmisere in unserem Bezirk ergriffen und den Ringofen samt 11 Joch Grund käuflich erworben.“¹⁷³

Den Ziegelofen übernahm Josef Schimek als Alleineigentümer. Es ist anzunehmen, dass der zugewanderte tschechische Jude Moritz Weiß damals diesen Ziegelofen erwerben wollte. Moritz Weiß konnte aber, obwohl das „Konsortium“ den Kauf der Lachinger-„Ziegelei“ durch einen Juden verhindert hatte, dennoch zwei Jahre später die beiden Ziegelöfen im Krankenhausgelände und in Eisenreichdornach erwerben. Er scheint bis zu seiner Vertreibung nach dem Anschluss bereits am 22. März 1938 als Betreiber dieser Ziegelöfen auf.



Baugeschäft des Stadtmaurermeisters Josef Schimek in der Stadt (Innerer Graben 30, 32) mit Werbung in der „AZ“ vom 8. August 1925 „Gebrannter Weißkalk, Portlandzement und alle anderen Baumaterialien, Zementdachplatten, Zementbausteine und alle gangbaren Zementwaren“. (Bild 9)

Diese gingen im Rahmen der ersten „Arisierung“ in der Stadt in deren Eigentum über. Spöttische Inserate für jüdische Geschäfte in der „AZ“ fanden sich immer wieder: „Weiße Wochen im renommierten Warenhaus Adolf Greger ‚Zur Billigkeit‘“. Der Vorbesitzer dieses Warenhauses, Leopold Sommer, wurde anlässlich eines Faschingszugs verspottet, als ein Wagen mit völlig zerschlissener Kleidung die Aufschrift „Sommerware“ trug.

Verstärkte antisemitische Aktivitäten waren unmittelbar nach Kriegsende wiederum auch in der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs zu beobachten. Laut Bericht einer Augustausgabe 1919 der Zeitschrift „Der Eiserne Besen“ hatte sich am 22. August 1919 ein „Ereignis“ in der Stadt zugetragen, „dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind“, weil nämlich hier der „echte Antisemitismus ausgebrochen“

¹⁷³ AZ 3 v. 18.1.1920, S. 8; Kammerstätter, Heimat, Bd.1, S. 58-61 passim und S. 62-63.

sei, „sich der jahrzehnte-, oft sogar jahrhundertelange Maul-Antisemitismus eines schönen Tages urplötzlich in den echten, den Antisemitismus der Tat verwandelt“ habe.

Mit großer Befriedigung wurde festgestellt, dass „die eisenharte sozialdemokratische Organisation wie ein morscher Zunder zerrissen“ sei, weil sie gegen eine Tatsache reagiert habe, die damals immer mehr zum Feindbild und somit zur Angriffsfläche der antisemitischen Hetze wurde: „Waidhofen a.d.Ybbs wurde von jüdischen Sommergästen wie von Heuschreckenschwärmen überfallen, die sich in der Stadt und deren Umgebung niederließen und sofort mit Schleichhandel schlimmster Art begannen.“

Die „Arbeiter aus der Stadt und ihrer Umgebung“ versammelten sich vor dem Rathaus und forderten vom Bürgermeister, dass er die zugereisten Juden aus der Stadt verweise.



Ringofenziegelei Josef Schimek auf dem Reitbauernberg, 1920er. (Bild 9A)

Sie zogen zu allen Stätten (Konvikt, Gasthäuser), wo Juden untergebracht waren, und forderten sie zum Verlassen auf. Der Bürgermeister hatte ihrem Wunsch entsprochen, weil er am 30. Juli 1919 verfügte, dass „binnen fünf Tagen alle Sommergäste die Stadt- und Landgemeinde Waidhofen sowie die Gemeinden Zell an der Ybbs und Windhag zu verlassen hatten“. Die Zeitung konnte berichten, dass „dieses herrliche Stück deutschen Landes heute judenrein“ sei.

Die damaligen Arbeiter- und Soldatenräte in der Stadt hatten laut Zeitungsbericht nichts gegen diese Aktion, die auch vor den einheimischen Juden nicht Halt machte, einzuwenden gehabt. So wurden wenige Tage vorher die jüdischen Kaufleute Julius Baumgarten auf dem Oberen und Felix Spitz auf dem Unteren Stadtplatz des Schleichhandels in der Waidhofner Lokalzeitung „Der Bote von der Ybbs“ beschuldigt.

Die Redaktion des Waidhofner Lokalblatts, das diesen Bericht unter dem richtungsweisenden Titel „Der Anfang des Befreiungswerkes“ brachte, sah diese Aktion der mehrheitlich sozialdemokratischen Ybbstaler Arbeiterschaft als erhoffte Initialzündung für die „Erlösung unseres armen Volkes aus der jüdischen Knechtschaft“. Es muss als eine konsequente Folge angesehen werden, dass nicht ganz zwanzig Jahre später nach dem „Anschluss“ 1938 ein regelrechter Wettkampf unter den Städten des neuen „Gaus Niederdonau“ um die „Ehre“ stattfand, erste „judenreine“ Stadt des „Gaus“ zu sein. Die Stadt Waidhofen a.d.Ybbs trat hier in Konkurrenz zu Amstetten, konnte aber letztlich im Herbst 1938 den Sieg davontragen, indem sie ihre jüdischen Mitbürger schneller aus der Stadt vertreiben konnte als die Nachbarstadt.¹⁷⁴

Dem Verfasser stellt sich schon die berechtigte Frage nach dem Realitätsgehalt der Berichte in den beiden deutsch-„völkischen“ und von Anfang an NS-affinen Blättern, „Der eiserne Besen“ und „Der Bote von der Ybbs“. Wenn man bedenkt, dass bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein antisemitisches Agieren, wenn überhaupt, nur aus dem Gesamtkonnex ihrer ideologiebestimmten antikapitalistischen Haltung festzustellen ist, so wundert es, dass gerade im Ybbstal und besonders in Waidhofen, wo bekannt ist, dass in dieser Stadt gerade das Rothschild-Sägewerk seinen Arbeitern weitgehend in jeder Hinsicht entgegenkam, aber auch in den benachbarten Böhlerwerken, in der Bruckbacherhütte und im Gerstlwerk im Ybbstal von den Eigentümern in besonderer Weise für die dort beschäftigten Arbeiter gesorgt wurde, von der Arbeiterschaft ein derartiges Vorgehen berichtet wird. In der Region wäre es ein absoluter Einzelfall gewesen. Wenn das geschilderte Geschehen dennoch realen Tatsachen entspräche und es sich nicht um eine politisch motivierte Unterstellung bzw. Verfälschung des Bildes handelte, die die damals einsetzende Auseinandersetzung zwischen „Völkischen“ und Sozialdemokraten widerspiegelte, so müsste es sich um den Versuch handeln, die Sozialdemokraten in die antisemitische bürgerliche Einheitsfront miteinzubeziehen. Denkbar wäre aber auch, dass es sich entweder nur um eine kleine Gruppe „nationaler“ Arbeiter handelte oder dass die damals prekäre Krisensituation der Nachkriegszeit die Arbeiter kurzfristig ein Feindbild suchen ließ, um ihren aufgestauten Unmut abzuladen. Grundsätzlich aber widerspricht dieses Verhalten als punktuelles Ereignis der nachweisbaren Haltung der lokalen Sozialdemokratie, die ständig gegen die damals vorherrschende bürgerliche antisemitische Hetze, wie sie sich auch im von beiden bürgerlichen Lagern kurze Zeit später gegründeten „Antisemitenbund“ manifestierte, auftrat.

1.7. Sieg der repräsentativen Demokratie in Amstetten und der vorgezeichnete Weg ihres Scheiterns

Der Sieg der liberalen, rechtsstaatlichen und in Ansätzen auch sozialen Demokratie über vorgegebene, oft nur vermeintliche, weil oft populistisch konstruierte Sachzwänge, auch unter

¹⁷⁴ AZ 6 v. 6.2.1937, S. 9; zu Moritz Weiß s. II.10.4.2-II.10.4.2.1; Freihammer, Schicksal der Juden, a.a.O., S.4; zit. nach Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd.1, S.54 -57. Zum „judenreinen“ Stadtwettkampf s. II.10.

politischer Repression, war nur von kurzer Dauer. Er hatte einen Konsens der politischen Lager, wie er in der Verabschiedung der Bundesverfassung zustande kam, zur Voraussetzung. Aber das ursprünglich wenigstens in Ansätzen vorhandene Potenzial einer politischen Konsenskultur konnte sich nicht entfalten. Mit den Verfassungsnovellen 1925 und 1929 waren die von vornherein schwachen Versuche, Konsenslösungen zu finden, endgültig zu Ende, wobei die aufeinanderprallenden politischen Vorstellungen (soziale Demokratie gegen „wahre Demokratie“) der beiden diese Phase prägenden politischen Führer, Bauer und Seipel, wesentlich zu diesem Prozess beitrugen, an dessen Ende der schleichende Staatsstreich 1933/1934 stand. Die autoritär-faschistische Phase des „Ständestaats“-regimes, der Regierungsdiktatur des Bundeskanzlers Dollfuß und die dilettantische Fortsetzung durch Bundeskanzler Schuschnigg wurden mit der umfassenden Abschaffung der österreichischen Demokratie zum Vorhof des NS-Faschismus: Ausrichtung nach der Einheitspartei der VF, Ausgrenzung bzw. Unterdrückung und Verfolgung des Andersdenkenden, Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppierungen, ideologische Indoktrination durch permanente Inszenierungen und Rituale, vielfach in Nachahmung des Nationalsozialismus. Die Ambivalenz eines deutschen Österreichertums führte die junge Demokratie auf einen Scheideweg, den sie nicht bewältigte. Sämtliche staatliche Institutionen konnten von den NS systematisch unterwandert werden.

Trotz zunehmender Polarisierung innerhalb der Parteienlandschaft, gezielten Hinarbeitens auf autoritäre und faschistische Strukturen der Machtausübung und ungebremsten Laufenlassens der Spirale der Gewalt ist ein weiteres Bestehen von persönlichen Beziehungen, die seit der Anfangszeit der Republik bestanden, und sich weiter behauptender, eigentlich verbotener Organisationen zu entdecken, ein letzter Rest des Menschlichen.¹⁷⁵

Zu Beginn der Republik, im Zeitraum von 1919-1922, gab es anlässlich der Phase des demokratiepolitischen Umbruchs in Richtung repräsentative Demokratie, immer mehr auf Kosten der basisdemokratischen Ansätze eines differenzierten Rätessystems, notwendigerweise in den ersten Jahren eine Häufung von Wahlen, weil außer Gemeinderatswahlen noch zwei Nationalratswahlen und zwei Landtagswahlen relativ knapp hintereinander folgten.

Für die Kommunalpolitik war die erste Gemeinderatswahl vom 22. Juni 1919 die entscheidende Zäsur, die das lange ersehnte allgemeine und gleiche Wahlrecht zum ersten Mal auf Kommunalebene realisierte. Der Wahlkampf verlief in Permanenz, er setzte die erste Wahlbewegung anlässlich der Nationalratswahlen vom 16. Februar 1919 und der Landtagswahlen vom 4. Mai 1919 unmittelbar

¹⁷⁵ S. dazu einzelne Beispiele persönlicher Natur wie das ermöglichte Treffen des jungen Freihammer mit seinem verhafteten Vater im Amstettner „Notarrest“ bzw. „Anhaltelager“ 1934, I.14, und organisatorischer Natur wie der Verein Pleni-Musik, I.17, die Vertrauensmännerwahlen 1936, wo innerhalb der Betriebe die alten politischen Gegebenheiten weiterbestanden, von denen jeder Bescheid wusste, I.18. Einzelne Details zu den angesprochenen Themen werden auch in den folgenden Kapiteln behandelt.

fort. Dementsprechend erregt und massenhaft gestaltete sich die Wahlwerbung in einer großartigen Aufbruchsstimmung in der Kleinstadt, nicht nur im Lokalblatt „AZ“, sondern auch in einer Fülle von Veranstaltungen, die sowohl eine parteipolitische Zuordnung hatten als auch als „Freie Volksversammlungen“, auch „Bürgerversammlungen“, die aber eher als wahlwerbende Rechenschaftsberichte des Bürgermeisters missbräuchlich benutzt wurden, für alle politischen Lager offen abgehalten wurden. Das Interesse und somit auch der Besuch waren sehr groß, das Lokalblatt sprach von „Massenveranstaltungen“.

Demokratisierung der Gesellschaft bedeutete Politisierung, was damals für viele sicherlich noch ungewohnt war. Jeder ohne Unterschied seines Geschlechts, seines Ranges und seiner finanziellen Verhältnisse konnte mitreden, am politischen Geschehen partizipieren. Der ersehnte Befreiungsakt war vorerst gelungen. Die drei großen politischen Lager formierten sich, grenzten sich von einander ab und traten, wie schon bei der letzten Kommunalwahl 1911 deutlich sichtbar, als Exponenten unterschiedlicher Ideen gegeneinander auf, was im Wesen einer Parteiendemokratie lag. Parallel zur repräsentativen Demokratie funktionierte damals die politische Zusammenarbeit auch auf anderen Ebenen, krisenbedingt in den ersten Formen von Organisation, in den als Experiment errichteten Räten, als politische Organisation in zwei Gruppen gespalten, in die sozialdemokratischen Arbeiter- und Soldatenräte und in den Bürger- und Ständerat der Christlichsozialen und der Deutschnationalen. Hier zeichnete sich bereits die fatale Auseinanderentwicklung der zwei großen politischen Lager, die die Erste Republik prägen sollte, der regierende Bürgerblock, die Koalitionen bzw. bereits Wahlgemeinschaften der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten sowohl auf der Kommunalebene der Amstettner Gemeinde als auch auf staatlicher Ebene ab, trotz permanenten stimmenmäßigen Mehrheiten der Sozialdemokraten in Amstetten und auch mehrmals auf staatlicher Ebene (nicht auf Landtagsebene nach der Trennung Wiens von Niederösterreich). Dieser Versuch einer direkten Demokratie an der kommunalen Basis dauerte nur kurze Zeit, die parlamentarische Demokratie setzte sich durch. Eine besondere Form der Zusammenarbeit waren die bereits seit 1917 bestehenden „Gemeindewirtschaftsräte“, deren Mitglieder, in der Regel Kommunalpolitiker, aus allen politischen Lagern, vom Bezirkshauptmann ernannt wurden und die sich vor allem um die prekäre Versorgungsfrage zu kümmern hatte revolutionsähnliche Begleiterscheinungen, die Protestcharakter, aber auch zum selbstermächtigten Handeln größerer sich schwer benachteiligt fühlender aufgebrachter bzw. auch aufgehetzter Einwohnergruppen führten, auch in der Kleinstadt Amstetten 1918/1919, beweisen, dass dies nicht immer gelang. Man glaubte, sich gegen jede Ordnungsprinzipien das holen zu können, was dem Einzelnen in der erkannten Zweiklassengesellschaft zustand. Es ging hier um existenzielle Belange der lebensnotwendigen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, die nicht mehr funktionierte. Viele wollten die offensichtliche Benachteiligung in diesem fortschreitenden Demokratisierungsprozess nicht mehr hinnehmen. Die

Zusammenarbeit der politischen Lager wurde in dieser Umbruchszeit durch eine beinahe hemmungslose Feierlaune als Nachholbedürfnis gefördert, vor allem, als die dazugehörige Infrastruktur wie Gasthäuser, Tanzsäle und ab der warmen Jahreszeit auch Gartenfeste wieder intakt war und die entsprechenden Instrumente wie Musikkapellen wieder auftreten konnten. Die Politiker aller Lager trafen sich hier und tauschten auf dieser lockeren Ebene ihre Gedanken aus, manche Freundschaften unter politischen Gegnern entstanden auf diese Weise und hielten sogar in der Zeit der großen Konfrontationen. Ein nicht aufhören wollender Veranstaltungsreigen lief in den ersten zwei Nachkriegsjahren neben den ebenfalls dicht aneinander gereihten politischen Veranstaltungen ab.¹⁷⁶

Die bisher „minder-“ bzw. „unbemittelten“ Gesellschaftsschichten, allen voran die Industriearbeiter, aber auch Kleingewerbetreibende und Handwerker, Dienstboten, Tagelöhner, Kleinbauern und Kleinrentner kämpften zum ersten Mal gleichberechtigt um ihre schon lange geforderte Besserstellung durch die gleichberechtigte Beteiligung an der Wahlbewegung der Ersten Republik. Als Ersatz für die Diskriminierung in den staatlichen Institutionen wie Gemeinderat, Landtag und auch Parlament hatten die bisher Benachteiligten ihre politischen Aktivitäten in die Vereine verlagert. Dort konnte bis Kriegsausbruch außerhalb der eingeschränkten Wahlbewegungen politisch agiert, aber auch auf sportlichem und kulturellem Gebiet Selbstbewusstsein aufgebaut werden. Die Zäsur des Weltkriegs brachte allgemeinen Stillstand, jedenfalls nachweisbar bis in das letzte Kriegsjahr, wo nicht nur die Gemeindeaktivitäten durch zunehmende Gemeindeausschusssitzungen, sondern auch immer die Straße als politisches Agitationsfeld eingesetzt wurde. Außerdem ist 1918 noch in der Zeit der Monarchie die Gründung bzw. Neugründung und Wiederbelebung von politischen Vereinen, besonders auch Wahlvereinen, zu beobachten. Diese Tendenz zu Neugründungen setzte sich aufgrund der Demokratisierung aller Lebensbereiche zu Beginn der Republik besonders im bürgerlichen Lager fort. Vor allem das deutschnationale Spektrum musste sich aufgrund seiner Zersplitterung in viele Einzelgruppen im Rahmen der Wahlbewegung neu formieren und organisieren. Dazu kam auch die Neugründung zahlreicher berufsständischer Vereinigungen, besonders auf Arbeitnehmerseite, eine davon war die erste NS-Gruppe in Amstetten, die sich vor allem aus Eisenbahnern und Postdienstnehmern zusammensetzte. Natürlich setzte sich gerade im Vereinswesen die bestehende Zweiklassengesellschaft weiter fort, wenn man die in der ersten Hälfte neugegründeten bürgerlichen Kraftwagen- und Rennvereine in Betracht zieht. Es gab aber auch aus der Zeit der Monarchie übernommene und wiederbelebte Kulturvereine aller politischen Lager, besonders die Gesangsvereine, in denen aller Gesellschaftsschichten vertreten waren. Dazu kamen die in Amstetten beliebten Musikkapellen, insgesamt drei, wobei die größte von ihnen, die beliebte

¹⁷⁶ S. dazu Aufzählung und Beschreibung der damaligen Veranstaltungen in der Stadt Amstetten Sammlung Ziskovsky.

„Eisenbahnerkapelle“, gleichsam eine Stadtmusikkapelle, von Vertretern aller politischen Lager besetzt war. Sie traten in der Stadtgemeinde immer gemeinsam auf.

Wie weit in der Gemeindevertretung eine personelle Kontinuität aus der Vorkriegszeit, gegen Ende der Monarchie unter Berücksichtigung eventuell Gefallener noch vor der ersten Gemeinderatswahl der Republik und nach dieser in der konstituierenden Gemeinderatssitzung bestand, wie weit noch die bisherigen „Honoratioren“ aus der Monarchie vertreten waren, die Vertreter der begüterten bürgerlichen Oberschichte, wie weit Einfluss und Präsenz der Massenparteien diese verdrängten, auch wenn sie wieder innerhalb der bürgerlichen Parteien kandidieren konnten, kann anhand der Zusammensetzung der Gemeindevertretung der Gemeindegemeinschaftssitzungen vom 12. September 1911, 19. Oktober 1911, 20. Mai 1918, 20. September 1918, 11. November 1918, 28. Dezember 1918 und der ersten Gemeinderatssitzung nach der Gemeinderatswahl (22. Juni 1919) vom 12. Juli 1919 aufgezeigt werden.

In der Gemeindegemeinschaftssitzung vom 12. September 1911 werden als Gemeinderäte genannt: Alois Hofmann, Dr. Carl Teutschmann, Josef Gruber, Anton Hanl, Josef Seidl; als Gemeindebeiräte: Michael Riener, Anton Gollonitsch, Andreas Götzl, Michael Mayrhofer, Karl Silewinaz, Franz Polberger, Anton Schmidl, Alois Boissl, Franz Sengstbratl, Ludwig Spreitzer, Johann Heinrich Zemsky, Eduard Jank, Anton Schillhuber, Johann Feichtinger, Ludwig Eisel, Ludwig Resch, Leopold Asböck, Hans Sieder, Johann Hötzl, Alfred Hopferwieser, Hans Zerdik, Hubert Fellingner. Franz Falk war entschuldigt.¹⁷⁷

Die Sozialdemokraten waren seit der Gemeindegemeinschaftswahl im Mai 1911 mit fünf Vertretern (ursprünglich Asböck, Falk, Eisel, Schmid, Fellingner; Schmid wurde durch Zemsky ersetzt) im Gemeindegemeinschaftsschuss vertreten, in den Gemeinderat hatten sie es nicht geschafft.

In der Gemeindegemeinschaftssitzung am 19. Oktober 1911 veränderte sich wenig: Die Gemeinderäte und Gemeindebeiräte blieben gleich, bis auf Gemeinderat Johann Schreihöfer, der neu hinzugekommen, aber entschuldigt war, auch die Gemeindebeiräte Anton Frimmel und Franz Falk. Die Zahl der Gemeinderäte wurde in der Zwischenzeit von fünf auf acht aufgestockt. In der Gemeinderatssitzung vom 20. Mai 1918 fällt auf, dass zwei Sozialdemokraten in den Gemeinderat durch Wahl aufgestiegen waren. So werden als Gemeinderäte genannt: Josef Gruber, Anton Hanl, Josef Seidl, Hans Zerdik, Franz Falk, Johann Heinrich Zemsky, Andreas Götzl; als Gemeindebeiräte: Michael Mayrhofer, Karl Silewinaz, Franz Ploberger, Boissl, Leopold Spreitzer, Anton Schillhuber, Ludwig Eisel, Ludwig Resch, Johann Hölzl, Alfred Hopferwieser, Hubert Fellingner, Michael Riener, Franz Sengstbratl, Eduard Jank, Georg Schmid, Karl Mayr, Josef Feichtinger, Hans Sieder;

¹⁷⁷ AW 39 23.9.1911, S. 15; STA GRP 12.9.1911. In dieser Sitzung scheint Johann Heinrich Zemsky für Georg Schmid auf. S. I.6.1.12.

entschuldigt: Gemeinderat Franz Jetzinger. Ihre Mandate zurückgelegt haben: Gemeinderäte Ignaz Putz, Dr. Carl Teutschmann.¹⁷⁸

Zur Gemeindeausschusssitzung vom 20. September 1918: Aufgrund des Todes des Gemeinderats Hanl bekam das Mandat des zweiten Gemeinderats Oberbaurat Zerdik. Zum achten Gemeinderat wurde Franz Ploberger gewählt. Als Gemeinderäte werden genannt: Gruber, Zerdik, Falk, Zemsky, Götzl, Ploberger; als Gemeindebeiräte: Riener, Mayrhofer, Silewinaz, Ploberger, Boissl, Sengstbratl, Spreitzer, Schillhuber, Eisel, Resch, Hötzl, Hopferwieser; entschuldigt: Gemeinderäte Seidl, Jetzinger; Gemeindebeiräte Jank, Feichtinger, Sieder, Schmid.¹⁷⁹

Für den verstorbenen Asböck kam auf sozialdemokratischer Seite zuerst Josef Feichtinger, dann Thomas Zemanek in den Gemeindeausschuss. Interessant ist, dass der Listenführer der Sozialdemokraten, Anton Ackerl, nicht im Gemeindeausschuss war.

Zur Gemeindeausschusssitzung vom 11. November 1918: Diese Sondersitzung am 11. November 1918 wurde anlässlich des Rücktritts des Kaisers von den Regierungsgeschäften ohne Thronverzicht und der bevorstehenden Ausrufung der Republik einberufen. Es wurde die Bildung eines sogenannten „Volksrates“ bzw. „Nationalrates“ für Amstetten beschlossen.¹⁸⁰

Veränderungen brachte die letzte Gemeindeausschusssitzung kurz vor der Jahreswende am 28. Dezember 1918. Als Gemeinderäte werden genannt (die neu hinzugekommenen Gemeinderäte und –beiräte werden mit Vornamen angeführt): Gruber, Falk, Seidl, Zemsky, Ploberger, Eisel, Anton Ackerl, Josef Mitterbacher-Degenhardt; als Gemeindebeiräte Katharina Graf, Mayrhofer, Silewinaz, Spreitzer, Schillhuber, Resch, Sieder, Hötzl, Hopferwieser, Mayr, Fellingner, Georg Grasberger, Franz Fehrmüller, Thomas Zemanek, Adolf Aigner, Alois Teufl, Johann Purwitzer, Sengstbratl, Leopold Scholz; entschuldigt: Gemeinderäte Zerdik, Jetzinger, Götzl; Gemeindebeiräte Riener, Boissl, Jank, Schmid.¹⁸¹

Bis einschließlich der Sondersitzung vom 11. November 1918 findet sich eine personelle Kontinuität, die selten durchbrochen wird (Todesfälle). In der Gemeindeausschusssitzung nach der offiziellen Ausrufung der Republik (12. November 1918) am 28. Dezember 1918 gab es auffallende personelle Änderungen im Gemeindeausschuss: Die Besetzung der Mandate erfolgte nicht durch vorangegangene Wahl, sondern durch Beschickung aus den jeweiligen Parteien, weil das alte

¹⁷⁸ GRP 8.3.1918-11.11.1920, STA.

¹⁷⁹ AZ 39 29.9.1918, S. 4 (Falk berichtete u.a. über die „derzeit in Amstetten herrschende Wohnungskalamität und verlangt die Entfernung der im Harter Lager beschäftigten Militärpersonen aus den Amstettner Wohnungen.“

¹⁸⁰ GRP 8.3.1918-11.11.1920, STA. Als Gemeinderäte werden genannt: Gruber, Seidl, Falk, Zemsky, Götzl; als Gemeindebeiräte: Riener, Mayrhofer, Silewinaz, Ploberger, Boissl, Sengstbratl, Leopold Spreitzer, Schillhuber, Eisel, Resch, Schmid, Hötzl, Hopferwieser, Mayr, Fellingner; entschuldigt: Gemeinderäte Jetzinger, Zerdik; Gemeindebeiräte Jank, Sieder. Näheres zum Anlass für diese Gemeindeausschusssitzung s. oben I.3.

¹⁸¹ GRP 8.3.1918-11.11.1920, STA.

Wahlrecht nicht mehr gültig und die neue, demokratische Wahlordnung gerade erst ausgearbeitet war. Dazu dürften auch Auswirkungen der aktuellen politischen Geschehnisse gekommen sein. Die Sozialdemokraten machten Druck auf den Gemeindevausschuss, vor allem über die Arbeiter- und Soldatenräte. Die neu hinzugekommenen Gemeindevorteuerer mussten damals in den bestehenden Gemeindevausschuss formal kooptiert werden. Vier Sozialdemokraten stiegen als Gemeinderäte auf, wodurch es zu einer Mehrheit in diesem Gremium kam, weil nur zwei Christlichsoziale und ein Deutschnationaler das Amt eines Gemeinderats innehatten. Insgesamt wurden damals zusätzlich sechs Sozialdemokraten in den Gemeindevausschuss aufgenommen, zwei von ihnen gleich in den Gemeinderat übernommen. Auch der erste Mandatar mit NS-Ambitionen saß im Gemeinderat, Johann Purwitzer. Er sollte bei der ersten republikanischen Gemeinderatswahl am 22. Juni 1919 auf der Liste der „Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ als Listenführer kandidieren. Hervorzuheben ist auch, dass bei dieser Gemeindevausschusssitzung die erste Frau in den Amstettner Gemeindevorteuerung kam, die Sozialdemokratin Katharina Graf. Sie kandidierte aber bei der folgenden Gemeinderatswahl nicht, sondern überließ die Kandidatur ihrem Ehegatten Josef Graf. Marie Köttl kam als einzige Frau bei dieser Wahl in den Gemeinderat. Erst bei der zweiten Gemeinderatswahl am 8. Jänner 1922 kandidierte Graf und wurde auch gewählt, nachdem sie bereits anlässlich der ersten Landtagswahl am 4. Mai 1919 in den Landtag aufgenommen worden war. Übrigens finden sich Gemeinderätinnen bis zum Ende der Ersten Republik nur auf sozialdemokratischer Seite.¹⁸²

Zur Gemeinderatssitzung vom 12. Juli 1919: Es erfolgte die Konstituierung der neugewählten Gemeindevorteuerung, von 30 neugewählten Gemeindemandataren, die den politischen Anspruch der drei großen Lager aus der Zeit der Monarchie fortsetzten, wobei sogar einige Gemeindevorteuerer der letzten Gemeinderatswahl 1911 wieder kandidierten und Mitglieder des nun republikanischen Gemeinderats wurden. Zum Bürgermeister wurde im ersten Wahlgang gewählt: Carl Kubasta. Als geschäftsführende Gemeinderäte, nach dem Proporz auf die Parteien verteilt, wurden gewählt: Sozialdemokraten: Mitterbacher Josef, Ackerl Anton, Falk Franz, Eisel Ludwig, Graf Josef; Christlichsoziale: Ploberger Franz, Scholz Leopold; Wirtschaftspartei: Gruber Josef, Resch Ludwig. Von den geschäftsführenden Gemeinderäten wurden Mitterbacher Josef und Ackerl Anton zu Vizebürgermeistern gewählt.

Als Gemeinderäte werden genannt: Leopold Ginner, Jakob Maurer, Leo Lichtenberger, Stefan Raidl, Alois Vollbauer, Emil Korner, Georg Daniser, Josef Schimek, Florian Haydn, Hans Sieder, Josef Schmid,

¹⁸² S. dazu AZ 25 22.6.1919, S.1 Kandidatenlisten der vier wahlwerbenden Gruppierungen.

Thomas Zemanek, Alois Teufel, Marie Köttl, Josef Seidl, Michael Mayerhofer, Josef Ringdorfer, Anton Blab, Johann Purwitzer, Emil Rothleitner.¹⁸³

Insgesamt 29 gewählte Gemeinderäte, mit dem Bürgermeister 30, wurden in der konstituierenden Sitzung am 12. Juli 1919 bestätigt. Die zwei gewählten Vertreter der NS-Liste, Purwitzer und Rothleitner, bildeten keine eigene Fraktion, sondern schlossen sich den „Unpolitischen“ an.¹⁸⁴

Die damaligen Parteiverhältnisse im Gemeinderat waren angespannt. Das Protokoll vom 12. Juli 1919 über die Wahl des Bürgermeisters nach der ersten Gemeinderatswahl der Ersten Republik nach demokratischen Spielregeln belegt, dass der seit 1903 amtierende Bürgermeister, der Weltkriegsbürgermeister Carl Kubasta, nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde. Die siegreichen Sozialdemokraten hatten gegen den Bürgerblock gestimmt, der Kubasta als Kandidaten hatte, obwohl sie Kubasta als Bürgermeister grundsätzlich respektierten. Die Fraktionen achteten penibel auf Einfluss und Proporz. Kubasta wurde in seiner restlichen Amtstätigkeit bis 1924 bekannt dafür, dass er in solchen Situation das Allgemeinwohl über die Parteiinteressen stellte.¹⁸⁵

Im Vergleich mit dem letzten regulären Gemeindevorstand in der Monarchie gibt es fast keine „Honoratioren“ aus begüterten Kreisen Amstettens mehr, wenn man von Kubasta und Ginner absieht. Die Vertreter der Massenparteien aus dem bürgerlichen Mittelstand, den Kleingewerbetreibenden und aus Eisenbahner- und Arbeiterkreisen dominierten am Beginn den Gemeinderat. Einige wenige Gemeindevertreter, die schon in der Monarchie längere Zeit im Gemeindevorstand waren, bekleideten diese Funktion auch am Beginn der Republik: Falk, Ackerl, Eisel, die Deutschnationalen Resch, Gruber, die Christlichsozialen Seidl, Ploberger, Boissl („Boißl“). Es gab eine große Bereitschaft, ja eine Euphorie trotz aller Unsicherheiten, sich demokratisch zu betätigen, die Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung auszuloten und somit eine politische Selbstaufwertung einzuleiten. Die Lokalzeitung stellte sich damals noch in den Dienst des demokratischen Experiments. Zum Schluss des Berichts über die erste republikanische Gemeinderatswahl drückte die Redaktion ihre hoffnungsvollen Vorstellungen über die politische Zusammenarbeit folgendermaßen aus: Die Gemeinde sei ein „wirtschaftliches Betätigungsfeld und kein Tummelplatz für politische Prinzipienreiter“. „Die Arbeitervertreter sind genug geschult, als daß sie nicht wüßten, daß im Wege des freundlichen und vernünftigen Zusammenarbeitens mit den Bürgerlichen erst ein Erfolg für sie zu erhoffen ist. Sie brauchen deshalb ihren politischen Standpunkt als Sozialdemokraten, der übrigens in vielen Punkten mit den Ansichten in freiheitlichen bürgerlichen

¹⁸³ AZ 29 20.7.1919, S. 1-2. Es folgte auch zum ersten Mal die Wahl in die neu geschaffenen Sektionen: Finanz- und Rechtssektion, Bausektion, Elektrizitätssektion, Sanitätssektion, Polizei-, Einquartierungs- und Wohnungsamt, Wirtschaftssektion, Sparkassendirektion, Bezirksarmerat, Jagd- und Wildschäden, Rechnungsprüfer, Sachverständige, Wahlen in den Ortschaftsrat erfolgten später. Zur personellen Kontinuität im neuen Gemeinderat s. I.6.

¹⁸⁴ GRP 8.3.1918-11.11.1920, STA.

¹⁸⁵ Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S. 25.

Kreisen übereinstimmt, ganz und gar nicht vernachlässigen. So werden sich im Amstettner Gemeinderat in Zukunft Bürgerliche und Arbeiter auf der gleichen Linie bewegen, nämlich auf der Linie, die uns allen in Deutschösterreich vorgezeichnet ist und die mit dem Wort ‚Demokratie‘ in die Erscheinung tritt.“

Die Gemeinderatssitzungen hatten wie schon vorher einen öffentlichen und einen „vertraulichen“ Teil der Beratungen. Die erste republikanische Gemeinderatssitzung am 12. Juli 1919 war als gänzlich öffentliche Sitzung für alle zugänglich, was von der neugierigen Einwohnerschaft auch ausgenützt wurde. Die Galerie des Sitzungssaales, „die allerdings für einen Massenbesuch heute räumlich zu sehr beschränkt ist“, war am Tag der Konstituierung „dicht gedrängt“ besetzt. „Die Stadtbevölkerung kann sich als Galeriebesucher durch eigene Anschauung überzeugen“, bei größerem Interesse nur unter der Voraussetzung, dass hinsichtlich des Raumproblems Abhilfe geschaffen wurde. Für die Gemeinderäte „wird es aber ein steter Ansporn sein, in ihrer Pflichterfüllung nicht zu erlahmen, wenn sie sehen, daß das außenstehende Publikum sich wirklich für das Gedeihen der Gemeinde in allen ihren Wirkungsgebieten beständig interessiert.“¹⁸⁶

Ursprünglich geplante politische Organisationsformen wie ein „Volksrat“ bzw. „Nationalrat“ auf der kommunalen Ebene aufgrund fehlender Organisationsstrukturen wurden wieder fallengelassen, nachdem der Begriff für das österreichische Parlament, das am 16. Februar 1919 gewählt wurde, verwendet wurde. Die Amstettner dürften damals nicht ganz auf dem letzten Stand gewesen sein, als sie über den „Nationalrat“ berieten. Am 5. November 1918 hatte sich die Provisorische Landesversammlung für Niederösterreich konstituiert und wählte am 7. November die Landesregierung und den Landeshauptmann Leopold von Steiner mit seinen Stellvertretern Johann Mayer, Albert Sever und Karl Kittinger. Sie übernahmen die Leitung der politischen Verwaltung in Niederösterreich. Die Landesregierung und die ihr unterstehenden Behörden und Anstalten übernahm die Führung der Amtsgeschäfte „nach Maßgabe der bestehenden Gesetze und Verordnungen“. Vom Staatsrat und innerhalb ihres Wirkungskreises von der niederösterreichischen Landesregierung wurde „mit aller Beschleunigung eine gründliche und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende Reform der Verwaltung ausgearbeitet“. Mit der Konstituierung der Landesregierung mit dem Landeshauptmann war Legalität der Landesverwaltung und der nachgeordneten Dienststellen gegeben, der geplante „Bezirksnationalrat“ wurde nicht mehr gegründet.¹⁸⁷

Drei Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager prägten in nächster Zeit auf kommunaler Ebene als Bürgermeister das politische Geschehen, weil nach jeder Kommunalwahl, wenn nicht schon vorher

¹⁸⁶ Ebenda, S. 1.

¹⁸⁷ Kundmachung der Bezirkshauptmannschaft Amstetten Plakatsammlung Josef Freihammer, STA; zum geplanten „Volksrat“ bzw. „Nationalrat“ auf kommunaler Ebene s. I.1.

Wahlgemeinschaften, so nachher bürgerliche Koalitionen gegen die stimmen- und mandatsmäßigen Mehrheiten der Sozialdemokraten als Einzelpartei zustanden kamen, als Bürgermeister die demokratischen Verhältnisse bis 1933: Carl Kubasta, Ludwig Resch und Hans Höller. Ab diesem Zeitpunkt wurde gemäß der Zielrichtung auf staatlicher Ebene in Richtung autoritär-faschistischen Ständestaat durch Bundeskanzler Dollfuß gemeinsam mit der faschistischen Heimwehr auf kommunalpolitischer Ebene die Demokratie systematisch abgeschafft. Verantwortlich dafür war der letzte amtierende Bürgermeister (Hans Höller, der nicht nur einer der „Gründungsväter“ der faschistischen Heimwehrorganisation im Amstettner Bezirk war, sondern sich von den demokratischen Verhältnissen abwandte und den neuen Gemeindetag, der nur mehr von einer politischen Gruppe besetzt, der VF, war, bis vor den „Anschluss“ am 11. März 1938 führte, der den vorgezeichneten Weg in die Katastrophe vollendete. Die Sozialdemokraten bekleideten in der Regel das Amt des zweiten Vizebürgermeisters, mehr war für sie nach keiner Wahl zu erlangen, 1929 hatten sie durch Losentscheidung die Chance auf den Bürgermeister verloren.

Entscheidend für die Amstettner Kommunalpolitik der folgenden Jahre war es, dass zwei der drei führenden Kommunalpolitiker bereits in der ersten konstituierenden Gemeinderatssitzung vertreten waren, nämlich Kubasta als Bürgermeister seit 1903 und Resch als Gemeindevorstandsmitglied ab der letzten Gemeindevorstandswahl der Monarchie 1911, Bürgermeister 1924-1934. Der dritte Bürgermeister der Zwischenkriegszeit, Hans Höller, der die Stadt in das autoritär-faschistische System führte, kam erst fünf Jahre nach der ersten Gemeinderatswahl in den Gemeinderat, als Gemeinderatsmitglied ab der Gemeinderatswahl 1924, Bürgermeister 1934-1938 (und kurz 1945). Mit ihrer Erfahrung prägten Kubasta und Resch die Gemeindepolitik im demokratischen Österreich und förderten auf diese Weise eine gewisse Kontinuität des politischen Geschehens.

Der Weltkriegsbürgermeister, der Bürgermeister der Zeitenwende, des Umbruchs: Bürgermeister Carl Kubasta 1903-1924, war seit dem 20. Mai 1888 wohnhaft im Haus Wienerstraße 24 (Lager und Übernahmestelle für seine Rohprodukte Wienerstraße 30, am 21. März 1912 mit Wiener Großhändlern die „Rohag“, Rohprodukten-Handelsgesellschaft m.b.H. gegründet, deren Vizepräsident er war, Handelsbeziehungen ins Ausland, Ungarn und Tschechoslowakei.)

Am 24. August 1891 war er anlässlich der Gemeindevorstandswahl in den Gemeindevorstand gekommen, am 9. September 1891 Mitglied des Vorstands der Sparkasse geworden, am 18. August 1893 in Gemeinderat gewählt. Er blieb ohne Unterbrechung 21 Jahre Bürgermeister.

Bereits seit der ersten Hälfte der 1920er Jahre, besonders seit der Völkerbundanleihe 1922 und den ihr folgenden politischen Auseinandersetzungen, nahm die Polarisierung der politischen Lager zu. Dies spiegelte sich auch auf kommunaler Ebene wider, als Vertreter aller politischen Richtungen in der Stadt auftraten. Am 30. September 1923 sprach Bundeskanzler Seipel in einer „Massenversammlung“ auf dem Hauptplatz vom Balkon des Hotels Schmidl zu einer „gewaltigen

Menschenmenge“ über die Sanierung der österreichischen Wirtschaft, der Währung und die kommende Nationalratswahl. Es gab aber auch eine Gegenveranstaltung am gleichen Tag, die sicher kein Zufall war: Zur gleichen Zeit fand auf dem Platz zwischen Bezirksgericht und Gschirnbach (auf dem alten Eislaufplatz) eine sozialdemokratische Kundgebung statt, in der Karl Seitz, Dr. Deutsch und der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Heinrich Schneidmadl über die gleichen Themen zu ihren sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen sprachen und die Regierungspolitik heftig angegriffen. Am 3. Oktober 1923 sprach im Rahmen einer Versammlung der NS im Saal Schillhuber NS-Führer Dr. Richard Suchenwirth, der in der Folgezeit die NSDAP „Hitlerbewegung“ führen sollte, die sich gegenüber den anderen österreichischen NS-Fraktionen durchsetzte.¹⁸⁸

Zwischen Christlichsozialen und katholischer Kirche funktionierte im Rahmen des sogenannten Politischen Katholizismus die Zusammenarbeit hervorragend: Man teilte sich in der 1920er Jahren nicht nur die politische Macht mit entsprechender gemeinsamer ideologischer Untermauerung gegen die „Linken“ und ihre ihnen unterschobene „bolschewistisch“-marxistische Ideologie untereinander auf, damals auch noch durch die Tätigkeit politischer Persönlichkeiten aus dem katholischen Lager realisiert, sondern inszenierte gemeinsam öffentlich wirksame Massenfeste, die den Machtanspruch dokumentieren sollten. Ab den 1930er Jahren versuchte die katholische Kirche im Rahmen eines sich selbst verordneten Zentralismus zuerst über den „Volksbund“ und letztlich durch die „Katholische Aktion“, den machtpolitischen Einfluss weiter aufrechtzuhalten, wobei man besonders in der Jugendführung ins Machtgehege der ebenfalls autoritär geführten VF-Organisationen kam. Die Pflichten des Bürgermeisters gegenüber der katholischen Kirche lassen sich an einzelnen Auftritten ablesen. Am 10. Februar 1924 war er Ehrengast bei der in Amstetten abgehaltenen Generalversammlung des katholischen Volksbunds. Als Bürgermeister nahm er an den Feierlichkeiten des Katholikentags in Amstetten am 9. und 10. August 1924 teil, einer Großveranstaltung, die über 14.000 Teilnehmer aufbot. Als Vertreter der Stadt war er am Begräbnis der am 6. September 1924 verstorbenen Kaisertochter Marie Valerie in Wallsee anwesend.¹⁸⁹

Noch nicht waren die Polarisierung im Gemeinderat auf persönlicher Ebene so weit fortgeschritten, dass nicht Vizebürgermeister Ackerl bereit gewesen wäre, den Vorsitz der großen Feier im Saal des Hotels Ginner anlässlich der Verleihung des Titels Kommerzialrat durch den Bundespräsidenten zu übernehmen.¹⁹⁰

Als noch amtierender Bürgermeister unterstützte auch die nächste Gemeinderatswahl am 24. November 1924. Aus der jeweiligen Wählerversammlung lässt sich eine personelle Kontinuität der Kandidaten ableiten, wenn man die Kandidatenzusammenstellungen der folgenden

¹⁸⁸ Ebenda, S. 16.

¹⁸⁹ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 17.

¹⁹⁰ Ebenda, S. 22. Die Ernennungsurkunde wurde von Landeshauptmann Buresch überreicht.

Gemeinderatswahlen in der Ersten Republik, solange demokratische Kommunalwahlen möglich waren, vergleicht.¹⁹¹

Ein „Wahlaufruf der Wahlgemeinschaft der Christlichsozialen, Großdeutsche und Gewerbe-Partei“ wird angeführt, der deutlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet war, der Folgendes unterstellt wurde: „Wer vermeiden will“: „daß die Wohnbausteuer, die niemandem nützt, aber alle Stände hart trifft, eingeführt wird“, „daß Haus-, Grund- und Wirtschaftsbesitz u. Gewerbe sozialisiert werden“, also gegen die Sozialdemokratie gerichtet, „daß Kleinrentner schließlich trotz aller Versprechungen verantwortungsloser Demagogen schutzlos dastehen“, „daß Kleinbauern die mühsam erreichten Steuererleichterungen wieder genommen werden“. Der Schluss daraus lautete: „der wähle auf keinen Fall Rot!“¹⁹²

Den traditionellen Honoratiorentypus legte Kubasta nicht ab. Vielfache Vereinsmitgliedschaft war auch in der Republik weiter üblich: Kubasta war Mitglied des Rennvereins seit dem 18. Dezember 1888, am 8. April 1935 Ehrenurkunden für 25-jährige Mitgliedschaft beim Verein „Südmark“, am 11. Mai 1935 wurde er bei der Jubiläumsfeier als Mitbegründer der Sektion Amstetten des Alpenvereins durch Obmann Norbert Krainz (neben Daniser, Lachinger, Lichtenberg, Kroiss, Sternbauer, Zerdik) gefeiert.¹⁹³

Die erste intensive politische Auseinandersetzung brachten die ersten Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen. Verschiedene inhaltliche Kooperationen auf ideologischem Gebiet waren feststellbar: So waren sich die bürgerlichen Parteien in ihrem Antisemitismus einig, was sich auch in der gemeinsamen Gründung des „Antisemitenbundes“ 1920 äußerte, in dessen Vorstand der spätere VF-Bürgermeister Hans Höller und der spätere NS-Bürgermeister Wolfgang Mitterdorfer als Gründungsmitglieder vertreten waren.¹⁹⁴ Sozialdemokraten und Deutschvölkische griffen gemeinsam die Christlichsozialen wegen monarchistischer Tendenzen an, weshalb Letztere damals ihr Bekenntnis zur Republik in Wahlreden besonders hervorstrichen. Es gab aber traditionell innerhalb der Amstettner Christlichsozialen immer eine starke Fraktion, die aus Habsburgerloyalität (wenn man auch weniger an die Inthronisierung „Kaiser“ Karls I. dachte) die Monarchie realpolitisch wiedererrichtet haben wollte. Besonders aktiv war der Kreis um Hans Höller, der immer enge Kontakte zur bestehenden recht aktiven Monarchistenvereinigung in Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs hatte und der als VF-Bürgermeister Rückendeckung besonders unter Bundeskanzler Schuschnigg bekam. Damals stand aber dem allgemeinen Zeitgeist entsprechend die Bekämpfung einer Wiederkehr der Habsburger im Vordergrund. Alle politischen Lager waren sich auch einig in ihrer Forderung nach dem Anschluss an Deutschland, wenn auch aus verschiedenen Gründen.

¹⁹¹ Ebenda, 29-30.

¹⁹² Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S.31.

¹⁹³ Kubasta verstarb am 17. September 1937, er hat eine monumentale Grabstätte auf dem Alten Friedhof.

¹⁹⁴ Näheres zu den einzelnen Wahlen s. Kap. I.2-4; zum „Antisemitenbund“ s. oben I.1.6.

Ab der Gemeinderatswahl 1919 versuchten die Parteien, eine jede in ihrem Interesse, das Honorationensystem trotz des Schwerpunkts auf politisch-ideologischer Agitation wieder aufleben zu lassen. Man förderte in der Gemeinde bekannte und renommierte Persönlichkeiten auf jeder Parteiseite, die möglichst lange Kommunalpolitik betreiben sollten. Sie sollten wie schon in der Monarchie möglichst breit verankert sein und auf diese Weise ihren Bekanntheitsgrad systematisch steigern, sich durch möglichst viele Mitgliedschaften in Vereinen auszeichnen. Die damaligen Kommunalpolitiker der Sozialdemokratie, die ebenfalls wie viele andere politischen Vertreter noch das System der Monarchie erlebt hatten, versuchten auf diese Weise ebenfalls ihre Position zu stärken. Durch besondere Wahlveranstaltungen versuchten die Sozialdemokraten, abseits stehende Randschichten zu wie Intellektuelle und Akademiker gewinnen. So hielten sie in Amstetten eine Wählerversammlung für „Intelligenzberufe und Sozialdemokraten“ ab.¹⁹⁵

Größere Probleme hatte damals das deutschnationale Lager, um Wählerstimmen zu lukrieren, weil ihm wie auch den anderen politischen Parteien ein Feindbild der Monarchie abhanden gekommen war: der „Fremde“ bzw. der „ausländische“ Arbeitnehmer, der immer als Konkurrent gesehen wurde, wie Einzelbeispiele aus der Monarchie beweisen.¹⁹⁶ Eine wahlpolitische Strategie, derer sich später auch die NS in ihrer Anfangsphase bedienen sollten, war das wahlwerbende Auftreten als „Unpolitische“ zwischen den beiden politischen Großlagern, ein Täuschungsmanöver, auf das in der Folge nachweislich sehr viele Wähler hereinfielen. Anlässlich der Gemeinderatswahl kandidierten auf bürgerlicher Seite zwei Listen: die Christlichsozialen und die „Unpolitische Wirtschafts- und Gewerbspartei“, welche das deutschnationale Bürgertum ansprechen sollte. Außerdem kandidierten zum ersten Mal die NS, womit sich ein Spannungsfeld innerhalb des deutschnationalen Lagers auftrat, das letztlich zum Untergang des Großdeutschen Lagers führen sollte.¹⁹⁷

Gerade auf deutschnationaler Seite waren Neugründungen notwendig, als sich das allgemeine und gleiche Wahlrecht ab Jahresbeginn 1918 abzeichnete. Anfang 1919 konnten sich die Deutschnationalen auf eine Parteigründung einigen: Am 27. Jänner 1919 wurde die „Deutschvölkische Partei für das Viertel ober dem Wienerwald“ gegründet. Bereits am 9. Dezember 1918 war der „Deutsch-freiheitliche Volksverein“ für Amstetten gegründet worden.¹⁹⁸

Die wahlwerbenden Aufrufe im Lokalblatt „AZ“ zur Gemeinderatswahl 1919 brachten wichtige Akzente der damaligen Programme, wobei auf bürgerlicher Seite angesichts der Krisenlage die „Wirtschaft“ und die Anliegen des „Volkes“, daher die Betonung auf „Volkspartei“, später auf deutschnationaler bzw. NS-Seite die „Volksgemeinschaft“, in sozialdemokratischen Aufrufen das „schaffende Volk“ im Vordergrund standen: Im Aufruf der „Unpolitische(n) Wirtschafts- und

¹⁹⁵ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 10.

¹⁹⁶ S. dazu Kommunalpolitik 1850-1914 I.6.

¹⁹⁷ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 9-10.

¹⁹⁸ S. dazu Vereine I.17.

Gewerbepartei Amstetten heißt es: „Die Wählerschaft hat jedoch das größte Interesse, daß das ‚Wirtschaftliche‘ dem ‚Politischen!‘ vorgezogen wird, deshalb hat die unpolitische Wirtschafts- und Gewerbepartei eine Liste von ernsten, arbeitsfreudigen und wirtschaftlich gesinnten Männern aufgestellt, welche durch ihre Tüchtigkeit, ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung, die volle Gewähr bieten, nur die wirtschaftlichen Interessen der Wähler zu vertreten.“¹⁹⁹ Im Aufruf „An Alle“ der christlichsozialen Partei konnte man lesen: „Wem werden Sie ihre Stimme geben? Nur einer wahren Volkspartei“. Die Christlichsozialen präsentierten sich als die einzige „Volks-Partei“.²⁰⁰ Ein Aufruf der Sozialdemokraten versuchte die Arbeiterschaft am 22. Juni 1919 zu erreichen: „!Schaffendes Volk von Amstetten!!“ „Wenn Du anders wählst, bleibt alles beim Alten. Viele Sozialdemokraten von Amstetten.“²⁰¹

Das bisherige Provisorium im Gemeinderat wurde durch die Gemeinderatswahl vom 22. Juni 1919 beendet: Von 30 gewählten Gemeinderäten gehörten 14 den Sozialdemokraten, acht den Christlichsozialen, sechs der „Unpolitischen Wirtschafts- und Gewerbepartei Amstetten“ (auf ihrer Liste hatte Resch hinter dem Spitzenkandidaten Josef Gruber, später NS, an zweiter Stelle kandidiert), zwei den NS an.²⁰² Bei der Konstituierung am 12. Juli 1919 wurde Carl Kubasta als Bürgermeister bestätigt, Ludwig Resch erhielt den Vorsitz der Finanz- und Rechtssektion. Er war auch Obmannstellvertreter in der Wirtschaftssektion und Krankenhausverwalter. In diesem ersten Gemeinderat nach dem Ersten Weltkrieg waren die Eisenbahner stark vertreten: Von den 14 sozialdemokratischen Gemeinderäten waren sechs Eisenbahner, dazu kam eine Frau, die Eisenbahnersgattin Marianne Köttl. Unter den acht christlichsozialen Gemeinderäten befanden sich zwei Eisenbahner. Die zwei NS waren beide Eisenbahner. Unter den sechs Vertretern der „Unpolitischen Wirtschaftspartei“ waren keine Eisenbahner.²⁰³

Innerhalb der Christlichsozialen gab es in der Folge ein Zerwürfnis zwischen zwei sich schon längere Zeit herauskristallisierenden Fraktionen: Der eher katholisch orientierten Bauernbundgruppe um Stöckler und der christlichsozial-urbanen Gruppe um Zerdik. Im Oktober 1919 trat Staatssekretär Hans Zerdik aus der christlichsozialen Partei aus. Der Grund des Austritts lag nicht nur in ideologisch-inhaltlichen Differenzen, sondern vor allem im privaten Bereich: Er hatte eine zweite Ehe geschlossen, nachdem seine erste geschieden worden war. Dies hatte in einer von der katholischen

¹⁹⁹ AZ 25 22.6.1919, S. 10.

²⁰⁰ Ebenda, S. 6.

²⁰¹ Ebenda, S.12.

²⁰² AZ 25 22.6.1919, S. 10.

²⁰³ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 22. Zu den Vizebürgermeistern und geschäftsführenden Gemeinderäten s. vorher I.7.

Kirche geprägten Partei innerhalb der Partei eine ziemliche Missstimmung erregt. Er blieb weiter als unabhängiger Abgeordneter in der Regierung Renner und als „wilder“ Mandatar im Gemeinderat.²⁰⁴ Zwei parteiinterne Fraktionierungen innerhalb der Christlichsozialen prägten ihre Ausgangssituation bei vorangegangenen Wahlen noch in der Monarchie und setzten sich in der Ersten Republik fort, wie die erste demokratische Wahl im neuen Österreich am 16. Februar 1919 belegt: Der Bezirk Amstetten war ein agrarischer Bezirk, in dem die Christlichsozialen, insbesondere der katholische Bauernbund, dominierten. Der führende Bauernvertreter des Wahlkreises war der Bauer Josef Stöckler aus St. Valentin, Staatssekretär in der ersten provisorischen Regierung Renner. Die Sozialdemokraten waren nur in den größeren Märkten und in den beiden Städten Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs stark. In den meisten Landgemeinden wurden sie damals noch an zahlenmäßiger Stärke von den Deutschnationalen übertroffen.²⁰⁵

Damals begann auch die politische Karriere von Ludwig Resch. Er sympathisierte anfangs mit den „völkischen“ Ideen Schönerers (besonders gefiel ihm der „deutsch-nationale Freisinn Schönerers“). Vom zunehmenden Radikalismus Schönerers distanzierte er sich später und hielt seine gemäßigte deutschliberale Linie ein, was ihm große Zustimmung als Bürgermeister einbrachte. Er schloss sich der deutsch-freiheitlichen Bewegung an, der vor allem Teile des Bürgertums und der Beamten und Angestellten angehörten. Seine politische Laufbahn begann anlässlich der letzten Gemeindeausschusswahl vor dem Weltkrieg, noch nach Kurienwahlrecht, Ende Mai 1911. Er wurde als deutsch-freiheitlicher Kandidat im zweiten Wahlkörper gewählt. Im Gemeinderat dominierten Deutsch-freiheitliche und Christlichsoziale in einer bürgerlichen Koalition. Zum zweiten Mal (nach 1905) zogen wiederum sozialdemokratische Gemeindeausschussmitglieder in das Amstettner Rathaus ein. Am 19. Juni 1911 wurde er in die wichtige Finanzsektion gewählt, Leiter des Finanzreferats wurde er noch während des Kriegs, ab dem 26. Juli 1918.²⁰⁶ Bei der ersten demokratischen Wahl für die Verfassunggebende Nationalversammlung am 16. Februar 1919 schien er auf der Wahlkreisliste der Deutschvölkischen Partei an unwählbarer siebenter Stelle auf. Erfolgreicher sollte er in der Kommunalpolitik sein, wo er es sogar bis zum Bürgermeister

²⁰⁴ Ebenda, S. 5. Zu Zerdik s. auch I.2 und I.3. Er war Gemeinderat und Ehrenbürger von Amstetten, Mitglied der ersten provisorischen Regierung Renner als Staatssekretär für öffentliche Arbeiten. Ab 1909 hatte er die Leitung der NÖ. Landesbauabteilung 6 in Amstetten inne, 1911 war er Mitglied des Gemeindeausschusses, 1912 Gemeinderat, am 12. November 1912 in den NÖ. Landtag gewählt worden.

²⁰⁵ Sonstige Ereignisse in Amstetten außerhalb der Wahlbewegung zu dieser Zeit s. I.1.2.2 ff: 31. Oktober 1918 Demonstration, 2. November 1918 ungeordnete Auflösung des Harter Kriegsgefangenenlagers und Gründung der Volkswehr, 15. November 1918 Plünderungen auf dem Amstettner Bahnhof, 4. und 5. Jänner 1919 Aufstand und Plünderungen in der Stadt, 23. März 1919 Streik der Eisenbahner und Industriearbeiter und Aufmarsch.

²⁰⁶ Zit. nach Freihammer, Bürgermeister, a.a.O., S. 35 ff. Als Lehrer (seit dem 1. März 1896) ging er am 1. Oktober 1921 in Pension. Im deutschnationalen Vereinswesen war er ebenfalls verankert: So war bereits 1898 Turnwart im DTV und Mitglied des Männergesangsverein 1862, später sogar führend in dessen Vorstand.

brachte. Seine Funktion als Obmann der Ortsgruppe der Großdeutschen Partei behielt er bis zu seinem Rücktritt als Kommunalpolitiker.

Bei der ersten Gemeinderatswahl in Amstetten am 22. Juni 1919 kandidierten folgende vier Listen für die nun 30 Gemeinderäte, nachdem die Zahl von 24 auf 30 aufgrund des vom Niederösterreichischen Landtag am 11. Juni 1919 beschlossenen Gesetzes erhöht worden war:²⁰⁷

25 Kandidaten der Christlichsozialen, Listenführer Kubasta Karl, Produkthändler

30 Kandidaten der Unpolitischen Wirtschafts- und Gewerbeartei, Listenführer Gruber Josef, Wagnermeister und Hausbesitzer

30 Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei, Listenführer Ackerl Anton, Konsumvereinsleiter

8 Kandidaten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Listenführer Purwitzer Johann, Stationsmeister.²⁰⁸

Bei der ersten Nationalratswahl der Ersten Republik am 16. Februar 1919 machte sich der politische Katholizismus in Form des versuchten Einflusses der katholischen Kirche auf die Politik zum ersten Mal bemerkbar. Viele katholische Geistliche unterstützten in der Wahlbewegung die Christlichsozialen.

Besondere Foren für die Wahlwerbung waren damals auch die Vereine, wie der Christlichsoziale Frauen- und Mädchenwohltätigkeitsverein in Amstetten, der unter starkem Einfluss der wahlwerbenden katholischen Kirche stand: Der damalige Amstettner Kooperator (spätere Stadtpfarrer und Dechant) Laurenz Dorrer bezeichnete es als „Pflicht der christlichen Frauen“, für die Christlichsoziale Partei zu stimmen.²⁰⁹ Landeseeelsorger (später Diözesanbischof in St. Pölten) Michael Memelauer bezeichnete in einer Versammlung das „Gerede über monarchistische Strömungen und weiße Garden in der Christlichsozialen Partei“ als eine Erfindung und Lüge der Judenpresse. Die katholische Kirche setzte sich in der Tradition ihres jahrhundertealten Antijudaismus für den aktuellen Antisemitismus in der Wahlwerbung für die Christlichsozialen ein.²¹⁰

Bei der konstituierenden Sitzung des ersten republikanischen Gemeinderats wurde der Dank an die abtretende Gemeindevertretung ausgesprochen, welche in der abgelaufenen Periode (1911-1918)

²⁰⁷ Die Stadtgemeinde Amstetten umfasste sechs Wahlsprengel AZ 24 15.6.1919 S.11, AZ 25 22.6.1919, S.12.

²⁰⁸ AZ 25 22.6.1919 S. 9. Am Tag vor der Wahl fand eine sogenannte „Bürgerversammlung“ statt: Sie war ein Rechenschaftsbericht der Stadtgemeinde-Vertretung über die abgelaufene Funktionsperiode von Bürgermeister Kubasta, was natürlich immer Eigenwerbung diente: „Wählerversammlung, Einladung zu der am 21. Juni 1919 abends 8 Uhr stattfindenden Wählerversammlung im Gasthofe Anton Schillhuber in Amstetten, Die Stadtgemeinde-Vertretung“. Listenführer Josef Gruber, 25jährige Tätigkeit in der Gemeinde und in der Sparkasse (seit 1894).

²⁰⁹ Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S. 25.

²¹⁰ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 6; zu den Wahlergebnissen s. TABELLEN.

„unter gewiß außerordentlich schwierigen Verhältnissen zum Wohle der Stadt gewirkt und vieles geleistet und geschaffen hat.“²¹¹

Bereits am 4. Mai 1919 hatte die erste Landtagswahl in Niederösterreich stattgefunden. Der Landtag (Niederösterreich Land und Stadt Wien) setzte sich aus 64 Sozialdemokraten, 45 Christlichsozialen, acht Deutschvölkischen und drei Tschechen zusammen. Aus dem Wahlkreis Amstetten wurden sieben Christlichsoziale, vier Sozialdemokraten und ein Deutschvölkischer gewählt. Aus dem Bezirk Amstetten wurden in den Landtag gewählt: Anton Jax, Christlichsozialer, Wirtschaftsbesitzer, Gemeinderat in Waidhofen a.d.Ybbs, Ludwig Wagner, Krenstetten, Realitätenbesitzer, Kathi Graf, Sozialdemokratin, Amstetten (1919-1934 im Landtag, Mitglied des Gemeinderats 1919-1934). Auf der Liste der Deutschen Nationalsozialistischen Partei kandidierte an vierter Stelle Amstettner Eisenbahnschaffner Franz Dedek. Er wurde aber nicht in den Landtag gewählt.

Die Wahlwerbung der Christlichsozialen für die Nationalratswahl am 17. Oktober 1920 wurde nach der Spaltung der Partei von zwei Fraktionen durchgeführt, eine von ihnen war die Zerdik-Fraktion. Der Christlichsoziale Zerdik hatte nach seinem Parteiaustritt eine eigene Namensliste („Zerdik-Liste“) aufgestellt.²¹² Er bemühte sich entsprechend seiner neuen Parteilinie innerhalb der christlichsozialen Bewegung ganz offen um den Großdeutschen Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs, den er als Kandidaten für seine Namensliste gewinnen wollte. Dieser sagte zuerst zu, kandidierte aber endgültig hinter Dr. Josef Ursin auf der großdeutschen Wahlliste. Anlässlich dieser Wahl gab es am 2. Oktober 1920 eine „Massenversammlung“ in Amstetten, eine vom Parteisekretariat für die Zerdik-Liste einberufene Versammlung, im großen Saal des Gasthofes Schillhuber. Zerdik wollte vor allem den Konflikt mit Scherbaum klären. Es herrschte starkes Interesse, wie die große Besucherzahl bewies. Zerdik nahm zu den gegen ihn von Direktor Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs erhobenen Anschuldigungen Stellung. Dieser wurde damals in verschiedenen Lokalblättern wie dem Waidhofener Lokalblatt „Der Bote von der Ybbs“ und der „AZ“ ausgetragen. In einer eigens einberufenen großdeutschen Versammlung einige Tage später bot Zerdik den Großdeutschen Alois Hofmann, Hotelbesitzer in Amstetten, als Zeugen für seine Sichtweise auf.²¹³ Zum ersten Mal war ein grundlegender Trend sichtbar: Am rechten Rand der christlichsozialen Partei bestanden fließende Grenzen zu den Deutschnationalen, um vieles stärker waren diese auch zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Scherbaum wurde von Zerdik vorgeworfen, er sei gleichzeitig Mitglied der Großdeutschen Volkspartei und der NS-Partei gewesen. Dieser Vorwurf von Zerdik konnte nicht widerlegt werden. Die eigentliche Liste der Christlichsozialen Partei (Niederösterreichischer

²¹¹ AZ 25 22.6.1919 S. 1.

²¹² AZ 42 17.10.1920, S. 2.

²¹³ AZ 41 10.10.1920, S. 2.

Bauernbund und christlichsozialer Volksverband) wurde von Staatssekretär a.D. Nationalratsabgeordneter Josef Stöckler aus St. Valentin geführt.²¹⁴

Das Programm der Zerdik-Liste ist in einem seiner zahlreichen Aufrufe ersichtlich: „Christlich-Deutsche Wähler und Wählerinnen“. Die Programmpunkte, die angeführt wurden, lagen ganz auf der Forderungslinie der bürgerlichen Gruppierungen, besonders wenn man die Punkte 1, 3 und 5 ansieht:

- 1 „Die einzige Rettung, die es in Österreich gibt, ist der vorbehaltlose Anschluss an Deutschland.“
- 3 „Der Kampf gegen das internationale Judentum“
- 5 „Den Abbau der Sozialdemokratie, damit in unserem Staate Anarchie und Unrecht durch Ordnung und Recht ersetzt werde“²¹⁵

Aufgrund der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920, die die Trennung Niederösterreichs von Wien vorsah, wurden am 24. April 1921 neuerlich Landtagswahlen durchgeführt.²¹⁶

Die Christlichsozialen traten wieder mit ihrem bisherigen Landtagsabgeordneten Anton Jax an, zum ersten Mal kandidierte der Amstettner Hans Höller, Hausbesitzer in Amstetten. Die Sozialdemokraten nominierten wieder die Landtagsabgeordnete Kathi Graf. Alle genannten Kandidaten wurden bei dieser Wahl in den Landtag gewählt, dazu noch der Großdeutsche Ing. Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs. Sieger der Wahl waren die Christlichsozialen, die ihre Mehrheit, auch als alleinregierende „Vaterländische“ in der „Ständestaats“zeit, bis zum „Anschluss“ nicht mehr abgeben sollten. Der neu gewählte Niederösterreichische Landtag setzte sich aus 32 Christlichsozialen, 22 Sozialdemokraten und sechs Großdeutschen zusammen.²¹⁷

Die zweite Gemeinderatswahl vom 8. Jänner 1922 hatte ebenfalls ihren Anlass in der am 1. Oktober 1920 verkündeten Verfassung. Bei ihr kandidierten auf sozialdemokratischer Seite zwei Frauen: Marianne (Marie) Köttl und Kathi Graf. In den anderen Parteien gab es weiterhin keine Kandidatinnen.

Die politische Agitation in Hinblick auf die Nationalratswahl am 28. Oktober 1923 hatte unüblich früh begonnen. Man kann von einem vorgezogenen Wahlkampf sprechen. Zerdik-trotz seiner Niederlage noch immer politisch präsent- mischte an vorderer Front noch immer mit. Im Schillhubersaal fand am 4. Mai 1922 eine Versammlung statt, die von Zerdik eröffnet wurde. Landtagsabgeordneter Hans Höller berichtete über Tätigkeit der christlichsozialen Landtagsfraktion und vom Vorteil der Trennung Niederösterreichs von Wien. Als Höller, Hausbesitzer und Funktionär des Hausbesitzervereins, einen Abbau des Mieterschutzes verlangte, löste er einen Sturm der Entrüstung bei den anwesenden

²¹⁴ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 13; zu Zerdik s. auch I.2 und I.3.

²¹⁵ AZ 41 10.10.1920 S. 2 und AZ 42 17.10.1920 S. 2.

²¹⁶ Kandidaten und Ergebnis: Freihammer, Republik, a.a.O., S. 13-14. Im September 1921 fand der Putsch- und Restaurationsversuch Exkaisers Karl I. in Ungarn statt.

²¹⁷ Freihammer, Republik, a.a.O., S.13-14.

Sozialdemokraten aus. Gemeinderat Zemanek nahm gegen diese Absichten Stellung. Der deutschnational gesinnte Primarius des Amstettner Krankenhauses Dr. Karl Schicklberger meinte, „dieses Parteigezänk führe zu nichts“, und forderte vehement den Anschluss.²¹⁸

Noch immer war es allgemein üblich, dass Veranstaltungen einer Partei auch von den politischen Gegnern besucht wurden, denen in der Regel Gelegenheit zur Darlegung ihrer Ansichten geboten wurde. Die Veranstaltungen liegen in der Regel diszipliniert und in völliger Ruhe ab, d. h. ohne verletzende Aggressionen und Krawalle.²¹⁹

Es gab damals bereits Einheitsparolen aufseiten der Bürgerlichen, nämlich nur bürgerlich nach ihrer Parteizugehörigkeit zu wählen und keine Stimme den Sozialdemokraten zu geben, was vorher schon noch üblich war, weil die Lager noch nicht hermetisch abgegrenzt bzw. abgeriegelt waren, sodass Wechselwähler möglich waren.²²⁰ Sowohl Sozialdemokraten als Christlichsoziale hatten bei der Nationalratswahl 1923 in der Stadt Stimmenzuwächse. Die Großdeutschen hatten mäßige Gewinne. Insgesamt machte sich aber bei dieser Wahl ein deutlicher Trend gegen das deutschnationale Lager deutlich bemerkbar, weil bei dieser Nationalratswahl die NS nicht kandidiert hatte, also sehr viele „nationale“ Wähler nicht zur Wahl gingen. Bei dieser Wahl kandidierte aber zum ersten Mal eine deutschnationale Bauernvereinigung, der „Landbund“, die aber im ganzen Bezirk nur 91 Stimmen bekam. Die Kommunisten erlangten im Bezirk nur 61 Stimmen. In Amstetten blieben die Sozialdemokraten mit 2.157 Stimmen die stärkste Fraktion, dahinter waren die Christlichsozialen mit 1.720 Stimmen. Die Großdeutschen bekamen 588 Stimmen, um 70 Stimmen mehr als bei der letzten Nationalratswahl 1920. Sie konnten aber die seit der letzten Nationalratswahl vorhandenen 307 nationalsozialistischen Stimmen bei weitem nicht für sich gewinnen.²²¹

Bei der Gemeinderatswahl vom 30. November 1924 standen zwei annähernd gleich starke politische Lager gegenüber, nachdem Kubasta sein Amt zurückgelegt hatte: die bürgerliche Einheitsliste („Wahlgemeinschaft der Christlichsozialen, Grossdeutschen und Gewerbe-Partei) und die Sozialdemokraten. Dazu kamen noch die NS. Listenführer der „Wahlgemeinschaft“ war der Christlichsoziale Landtagsabgeordneter Hans Höller, Vizebürgermeister Anton Ackerl war der

²¹⁸ Ebenda, S. 24.

²¹⁹ Ebenda, S. 14. Währungssanierung 1922, im Sommer 1922 erreichte die Inflation ihren Höhepunkt. (Ebenda, S. 15). Die NS konnten am 3. Dezember 1922 eine Ortsgruppe in St Peter i.d.Au gründen, zu der sich sofort spontan 50 Mitglieder anmeldeten. Die Inflation konnte gestoppt werden, 1923 machten sich aber die negativen Folgen der Stabilisierung bemerkbar: Beamtenabbau und Arbeitslosigkeit.

²²⁰ Erst bei der Nationalratswahl 1927 gab es eine bürgerliche Einheitsliste (bei den Kommunalwahlen in Amstetten schon früher), 1930 ebenfalls, aber nicht mehr geschlossen (der Heimatblock hatte eine eigene Liste).

²²¹ Ebenda, S. 16. Die Christlichsozialen erreichten damals in fast allen Gemeinden des Amstettner Bezirks die relative oder absolute Mehrheit, sozialdemokratische absolute Mehrheiten gab es nur in Hausmening, Kematen, St. Georgen a. Reith, Opponitz und Sonntagberg, relative Mehrheiten in Amstetten, Mauer und Ulmerfeld. Die Großdeutschen hatten relative Mehrheiten in Waidhofen a.d.Ybbs, Zell a.d.Ybbs und Stadt Haag.

Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, die NS-Liste führte Rudolf Prinz an, ein pensionierter Bundesbahnbediensteter.

Die Anzahl der Wahlwerber der drei kandidierenden Parteien bei der Gemeinderatswahl vom 24. November 1924 und ihre berufssoziale Zuordnung sahen folgendermaßen aus:

29 Kandidaten der „Wahlgemeinschaft der Christlichsozialen, Grossdeutschen und Gewerbeartei“, Listenführer Hans Höller, Landtags-Abgeordneter: Unter den Mitgliedern der „Wahlgemeinschaft“ kann ebenfalls eine personelle Kontinuität abgelesen werden, wenn man die Gemeinderäte während der gesamten Zeit der Ersten Republik verfolgt: Die Christlichsozialen wurden von der VF übernommen, die Deutschnationalen gingen in ihrer überwiegenden Mehrheit bald zu den NS: Josef Gruber, Wagnermeister, deutschnational, später NS, Ludwig Resch, Oberlehrer, deutschnational, Josef Scholz, christlichsozial, Hans Sieder, christlichsozial, Josef Schimek, Baumeister, christlichsozial, Florian Haydn, christlichsozial, Franz Golonitsch, Oberheizer i.R., christlichsozial, Korner Emil, deutschnational, später NS, Hofmann Alois, deutschnational, später NS, Richard Pazelt, deutschnational, später NS, Johann Grahofer, Kaufmann, christlichsozial, Edmund Vogl, Notar, deutschnational, später NS, Engelbert Engelbert, Fleischhauer, deutschnational, später NS, Johann Preisegger, deutschnational, Rudolf Handlos, Kaufmann, deutschnational, später NS, Florian Pickl, Ober-Offizial i. R., deutschnational, Johann Pils, Offizial i.R., deutschnational, Franz Brandstätter, Gastwirt, deutschnational, später NS, Teichmann Karl, Platzmeister, christlichsozial.

12 Kandidaten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Listenführer Rudolf Prinz, Beamter der B.B. i.R.: In der berufssozialen Zuordnung gehörten damals die Kandidaten der NS-Gruppe den Eisenbahnern, Beamten und Handwerksmeistern an, weniger den oberen Gewerbetreibenden: Johann Hendl, Schlosser, Josef Eschauer, Platzmeister, Boneschitzky Adolf, Vemessg.-Ob.-K., Ludwig Kuttelwascher, Post-Unter.-Beamter, Johann Brunner, Schaffner, Anton Steiner, Schlosser, Hermann Brunsteiner, Lokführer, Karl Wallner, Wagenschreiber, Josef Arzberger, Magazinmeister, Andreas Anderwald, Lokführer, Johann Purwitzer, Ober-Offizial der B.B.

31 Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei, Listenführer Ackerl Anton, Oberschaffner i.R.: Unter den sozialdemokratischen Kandidaten dominierten die Eisenbahner, dann folgten Arbeiter und Beamte in der Minderzahl, auch „Hausbesitzer“. Die einzigen zwei Frauen kandidierten auf der sozialdemokratischen Liste. Es kandidierten u.a. Franz Falk, Lokomotiv-Führer i.R., Georg Daniser, Lehrer und Hausbesitzer, Ludwig Eisel, Hausbesitzer, Thomas Zemanek, Assistent der B.B., Kathi Graf, Landtags-Abgeordnete, Josef Schmid, Platzmeister der B.B., Johann Weidich, Lokomotiv-Führer, Jakob Maurer, Zugsrevisor, Jakob Teufel, Metallarbeiter, Geschliffner August, Wirtschafts-Bes., Leopold Kumpfmüller, Ob.-Werkmann, Hans Hellstern, Hausbesitzer, Willibald Vollmar, Krankenk.-Beamter, Alois Schandl, Beamter, Peter Golser, Oberschaffner, Karl Nadlinger, Hausbesitzer, Karl Scharrer, Spengler der B.B., Hedwig Prem, Lok.-Führersgattin, Karl Henrich, Josef Beyreder,

Werkmann der B.B, Karl Henrich, Lokomotiv-Führer, Franz Fürst, Oberwerkmann, Anton Zracher, Oberwerkmann, Karl Steueregger, Lokomotiv-Führer, Josef Hartinger, Werkmann.²²²

Die Wahl ergab ein Mandatsverhältnis von 13 Bürgerlichen, 13 Sozialdemokraten und zwei NS. Auf der konstituierenden Sitzung am 17. Dezember 1924 zeigten sich folgende taktische Manöver: Die bürgerliche Einheitsliste hatte den Großdeutschen Resch zum Bürgermeisterkandidaten, nicht ihren Spitzenkandidaten Höller nominiert, die Sozialdemokraten schlugen nicht ihren Listenführer, sondern Oberlehrer Georg Daniser für die Bürgermeisterwahl vor. Daniser genoss großes Ansehen in deutschnationalen Kreisen, er gehörte wie Resch der deutsch-freiheitlich orientierten „Unpolitischen Lehrergewerkschaft Niederösterreichs“ an. Beide waren Vereinskollegen im „Männergesangsverein 1862“. Die Wahlentscheidung hing von den NS ab. Mit diesen Nominierungen glaubte jede der beiden Fraktionen, die NS auf ihre Seite ziehen zu können, aber die zwei NS-Gemeinderäte gaben leere Stimmzettel ab. Alle drei Wahlgänge brachten jedes Mal Stimmengleichheit: 13 Stimmen für Resch, 13 für Daniser. Resch wurde durch Losentscheidung Bürgermeister. Er verpflichtete sich zu einer objektiven Führung seines Amtes, was bis auf nicht ins Gewicht fallende Konfliktsituationen auch geschah. Dass er auf die Anliegen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien Rücksicht nahm, beweist die Tatsache, dass während seiner ersten Amtszeit die meisten Beschlüsse im Gemeinderat einstimmig erfolgten.²²³

Ab 1926 machte eine eigene Bauernorganisation der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“, der Landbund, dem katholischen bzw. christlichsozialen Bauernbund in den ländlichen Gebieten des Amstettner Bezirks Konkurrenz. Zum ersten Mal traten die Landbündler in einer Bauernversammlung in Amstetten am 28. Jänner 1926 in Erscheinung: Es ging damals um Rationalisierungsmaßnahmen, die sich in Zusammenlegungen äußern sollten, wie die Übernahme der „Bauernkrankenkrankenkasse Amstetten“ durch die „Niederösterreichische Landwirtschaftskrankenkasse“. Es fand sich die beachtliche Zahl von ca. 2.000 Versammlungsteilnehmern ein, die eine entsprechende Resolution beschlossen.²²⁴ In der Folge wurden die wahlpolitischen Versammlungen im ländlichen Bereich durch den Landbund bereichert. So kam es laufend zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Landbund und christlichsozialem Bauernbund. Höhepunkt der Agitation des Landbunds war eine Versammlung am 24. Oktober 1926: Es sprach der frühere steirische Bauernführer Rokitansky, wobei er Stöckler vorwarf, seine politische Stellung zu „jüdischen Börsenspekulationen“ missbraucht zu haben.²²⁵

Damals verloren nicht nur die Großdeutschen immer mehr an Bedeutung, sondern auch, wenn auch nur kurzzeitig, die NS, die bis 1923 im Aufwind waren. Die NS hatten sich in mehrere Fraktionen

²²² Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S.30.

²²³ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 17-18. Näheres zu dieser Gemeinderatswahl s. I.4.

²²⁴ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 20-22; zur Resolution s. ebenda, S. 21.

²²⁵ Ebenda, S. 22.

gespalten. Die ursprüngliche NS-Partei war die Riehl-Partei, von Dr. Walter Riehl geführt. Diese übernahm nach dessen Rücktritt 1923 Karl Schulz. Sie trat nun als Schulz-/Riehlgruppe auf. Ab 1926 wurde nach der Abspaltung die NSDAP „Hitlerbewegung“ unter Dr. Karl Suchenwirth immer stärker. Es gab nun zwei NS-Fraktionen, die nun gegeneinander auftraten. Als nach außen hin zerstrittene NS-Gruppe verzichteten sie auf die Nationalratswahl aus taktischen Gründen, wenn auch ständige Kontakte in Richtung Vereinigung beider Fraktionen nachweisbar sind. Beide deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Gruppierungen, die Großdeutschen und die NS, traten damals wenig in Erscheinung.²²⁶

Ein neue politische Partei auf bürgerlicher Seite trat 1926 in das politische Geschehen als Wahlpartei ein: der „Wirtschaftsverein für Österreich“, vom Grazer Theologen DDDr. Johannes Ude gegründet. In Amstetten gab es ebenfalls eine Ortsgruppe dieses Vereins, die sich nicht nur „Wirtschaftsverein für Österreich“, sondern auch „Sparer- und Kleinrentnerverband“ nannte. Dem Ude-Verein wurde von den großen bürgerlichen Parteien vorgeworfen, er fördere die Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte. In einer Versammlung des „Wirtschaftsvereins für Österreich“ in Amstetten am 13. Februar 1927 sprach Odo Neustädter-Stürmer aus Linz (später Heimwehrmitglied, Minister in der Regierung Dollfuß, schließlich NS).²²⁷

Die gleichzeitig abgehaltene Nationalrats- und Landtagswahl am 24. April 1927 störte auf kommunaler Ebene durch den zunehmend aggressiver werdenden Wahlkampf das bisherige im Allgemeinen gute Einvernehmen zwischen dem amtierenden Bürgermeister Resch und der oppositionellen sozialdemokratischen Gemeindefraktion. Hier zeigte sich zum ersten Mal deutlich der Einfluss der parteipolitisch orientierten Lokalmedien wie der „AZ“. Es ging in den zunehmenden Konflikten im Gemeinderat um die Rolle des Bürgermeisters, der immer mehr seine bisherige neutrale Stellung aufzugeben schien, ein Spiegelbild einer zunehmenden Rechtstendenz auch auf lokaler Ebene, obwohl noch vor der Zäsur des 15. Juli 1927. Es war in der „AZ“ ein Aufruf erschienen, in dem die Wähler aufgefordert wurden, für die Einheitsliste zu stimmen, mit der Begründung, die Entscheidung zwischen „Wirtschaft und Elend, zwischen Frieden und Kampf, zwischen Wirklichkeit und Luftschlössern, zwischen Vernunft und Wahnsinn“ richtig zu treffen. Wer mit diesen untergriffen Unterstellungen gemeint war, war allen klar. Dieser Aufruf hatte in der Gemeinderatssitzung vom 7. Mai 1927 ein Nachspiel, weil er vom christlichsozialen Landtagsabgeordneten Hans Höller, vom Obmann des Gewerbebundes Richard Pazelt, aber auch von Bürgermeister Ludwig Resch unterschrieben worden war. Vizebürgermeister Ackerl warf im Gemeinderat Resch vor, dass er diesen Aufruf in seiner Eigenschaft als Bürgermeister unterschrieben habe. Resch wies darauf hin, dass er nicht persönlich unterschrieben habe. Er argumentierte, dass er

²²⁶ Zur weiteren Entwicklung der NS-Gruppierungen s. I.2-6.

²²⁷ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 22 Zielsetzungen.

für seine dort platzierte Unterschrift nicht verantwortlich sei, womit er andeutete, dass sie ohne seine Einwilligung geschehen sei. Ob dies nun zutraf und es sich um eine Fälschung handelte oder ob er ganz einfach leugnete, ist nicht zu ersehen. Er behauptete jedenfalls, der Entwurf dieses Aufrufs sei ihm nicht vorgelegt worden. Er habe niemanden ermächtigt, seinen Namen darunterzusetzen. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte verließen nach einer erregten Debatte den Sitzungssaal. Eine Woche später konnte Resch aber die Differenzen zwischen dem Listenführer der Einheitsliste Höller und den Sozialdemokraten durch Verhandlungen beilegen, wodurch der Gemeinderat wieder arbeitsfähig war.²²⁸

Das politische Klima hatte sich auch in der Amstettner Gemeindevertretung verschärft. Ein Jahr später fand eine neuerliche Auseinandersetzung im Gemeinderat zwischen Resch und den Sozialdemokraten statt. Bei einer Abstimmung am 25. Juli 1928 ergab sich Stimmengleichheit, 11:11. Nun machte der Bürgermeister von seinem Dirimierungsrecht zugunsten seiner Fraktion Gebrauch, d. h. er nahm als Vorsitzender das Recht in Anspruch, selbst seine Stimme abzugeben, um bei Stimmengleichheit eine Entscheidung herbeizuführen. Daraufhin erklärte ein sozialdemokratischer Redner, dass das Vertrauen der sozialdemokratischen Fraktion in den Bürgermeister wesentlich gesunken sei. Die Verständigung zwischen den politischen Gegnern konnte noch einmal hergestellt werden, ganz im Gegensatz zur staatlichen Ebene.²²⁹ Die Gewinne der Sozialdemokraten verunsicherten die bürgerlichen Regierungen, weshalb sie nach dem Rücktritt Seipels 1929 unter Einschluss des „nationalen“ Landbunds (Streeruwitz und Schober) und zuletzt der Heimwehr (Minderheitsregierung Vaugoin) Koalitionen schlossen, die bis 1930 währten.

Das Nationalratswahljahr 1927 brachte aber die endgültige demokratiepolitische Zäsur, die die Spirale der Gewalt in Richtung autoritär-faschistisches System zu drehen beginnen ließ. Die Folgen der blutigen Ereignisse von Schattendorf im Jänner 1927 und der Unruhen in Wien (Justizpalastbrand und Schießbefehl der Polizei mit Toten und Verletzten) am 15. Juli 1927 waren schwerwiegend: Die politischen Lager glaubten immer mehr, nur überleben zu können, wenn der Andere, der politische Gegner, ausgeschaltet werde. Man vertraute immer mehr der bewaffneten Macht, wie sie sich in den paramilitärischen Formationen der einzelnen politischen Gruppierungen immer stärker manifestierte. Im Amstettner Bezirk wurden als erste Konsequenz in rascher Folge in fast allen Gemeinden Heimwehrortsgruppen gegründet. Am 13. August 1928 fand eine von Landtagsabgeordneten Höller einberufene Versammlung statt, in der die Gründung von Heimweherschutzverbänden im Bezirk beschlossen wurde. Es fand sich eine große Teilnehmerzahl quer durch alle bürgerlichen Parteien, wodurch dieses Zusammentreffen den Charakter einer

²²⁸ Zit. nach Freihammer, Bürgermeister, a.a.O., S. 40-41; zum Wahlergebnis s. TABELLEN.

²²⁹ Kandidaten und Ergebnis für Amstetten und Bezirk Amstetten Freihammer, Republik, a.a.O., S. 23. Zur Polarisierung der politischen Kräfte s. ebenda, S. 24-28.

Solidaritätsaktion der Bürgerlichen oder sogar einer Verschwörung aufzuweisen schien. Es folgten ähnliche Versammlungen in anderen Orten des Bezirks, Gründungsversammlungen, bei denen es zu schweren Seitenhieben gegen die Sozialdemokratie kam, wenn sogar vielfach gegen besseres Wissen-jeder konnte beobachten, wie gerade die Sozialdemokraten immer wieder gegen die KPÖ auftraten bzw. sich von ihren ideologischen Inhalten distanzierten- wiederholt von der Errichtung einer „Rätediktatur“ gesprochen wurde. Sicherlich hatten bestimmte Formulierungen des Linzer Programms von 1926 noch ihre Auswirkungen, wenn dieses Gespenst der „Rätediktatur“ in den Wahlkämpfen der Bürgerlichen immer wieder angedroht wurde.²³⁰

In der folgenden Zeit ist das Erstarken der Heimwehrbewegung im Amstettner Bezirk zu beobachten, besonders auch als Teil der Selbstschutzorganisationen der christlichsozialen Partei. Zu diesen gehörten auch in der Folge ebenfalls bewaffneten Formationen wie der Freiheitsbund der christlichsozialen Arbeiter zur Wahrung des demokratischen Charakters der österreichischen Republik, gegründet vom christlichsozialen Arbeiterführer Leopold Kunschak, die Wehrmannschaft der christlichdeutschen Turner und später auch die „Ostmärkischen Sturmscharen“, hervorgegangen aus der Raab-Heimwehr. Alle diese bewaffneten Formationen einschließlich der bewaffneten Heimwehr gehörten zu den Wehrformationen der christlichsozialen Partei, die später alle als „Assistenzkörper“, „Hilfspolizei“, „Schutzkorps“(scheinlegalisierte paramilitärische Formationen) eingesetzt wurden, vereinigt in der „Frontmiliz“ des „Ständestaats“.²³¹

Bei der Gemeinderatswahl 1929 kandidierten die Bürgerlichen nicht mit einer Einheitsliste wie 1924, sondern getrennt: Die christlichsoziale Liste („Christlicher Volks- und Wirtschaftsbund“) wurde vom Landtagsabgeordneten und Vizebürgermeister Hans Höller angeführt, der „Nationale Wirtschaftsblock“, eine Wahlgemeinschaft der Großdeutschen, NS und Gewerbetreibenden, von Bürgermeister Ludwig Resch, die Liste der Sozialdemokraten von Vizebürgermeister Anton Ackerl. Nur die SDAP hatte wiederum Kandidatinnen an wählbarer Stelle: Landtagsabgeordnete Kathi Graf und Marianne Köttl. Die Heimwehrvertreter kandidierten damals auf der christlichsozialen Liste, obwohl sie überzeugte Anhänger des Faschismus waren. Den neunten und zehnten Listenplatz des „Christlichen Volks- und Wirtschaftsbands“ hatten die Exponenten der Heimwehr Dr. Albrecht Alberti und Josef Wallner inne, hier noch mit den Christlichsozialen vereint. Ein Jahr später kandidierten beide Gruppierungen bei der Nationalratswahl 1930 gegeneinander. Die NS hatten sich in Amstetten noch immer nicht einigen können, die beiden Fraktionen, Schulz/Riehl-Gruppe und „Hitlerbewegung“, traten innerhalb des Nationalen Wirtschaftsblock auf getrennten Listen an.²³²

²³⁰ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 25.

²³¹ Ebenda, S. 26-29.

²³² Näheres s. I.8.

Aufgrund des Ergebnisses konnte Resch Bürgermeister bleiben. Die deutschnationale Liste des Bürgermeisters Ludwig Resch erhielt sieben Mandate, die Christlichsozialen zehn, die Sozialdemokraten 14 Mandate, als Einzelpartei ein überlegener Sieger. Bei der Bürgermeisterwahl kam es zu einer Kampf Abstimmung zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten, zwischen Resch und Ackerl, nachdem Höller wegen eingesehener Chancenlosigkeit auf eine Kandidatur verzichtet hatte. In Vorgesprächen hatte sich eine Präferenz für den bürgerlichen Kandidaten Bürgermeister Resch abgezeichnet. Es entfielen sämtliche 17 bürgerlichen Stimmen auf Resch, womit er gewählt war. Ackerl bekam nicht einmal alle sozialdemokratischen Stimmen: 13 (von insgesamt 14). Bei der Wahl der Vizebürgermeister bekam Höller nun alle bürgerlichen 17 Stimmen und wurde zum ersten, Ackerl zum zweiten Vizebürgermeister gewählt. Die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse erleichterten einerseits die Arbeit des Bürgermeisters, andererseits verstärkte die Anwesenheit von je zwei Vertretern der Heimwehr und der NSDAP die Polarisierung. Die Sozialdemokraten, mit denen Resch zusammenarbeiten wollte und die diese Tatsache auch anerkannten, standen in scharfem Gegensatz vor allem zu den beiden Heimwehrvertretern Dr. Albrecht Alberti und Josef Wallner, die auf der christlichsozialen Liste kandidiert hatten. Das Verhältnis des Bürgermeisters zur Heimwehr war distanziert.

Sozialdemokraten akzeptierten Resch als Bürgermeister aufgrund der vorangegangenen Erfahrungen. Sie sahen in ihm einen „anständigen und verständigen Mann mit europäischen Umgangsformen“. Mit Höller und seinem autoritären Stil taten sie sich schwer. Sie betrachtete ihn als ihren schärfsten Gegner, dem sie als Heimwehrführer Mitverantwortung für die Affäre um das Zeillerner Rekonvaleszentenheim der Wiener Gebietskrankenkasse unter seinem sozialdemokratischen Leiter Adolf Chamrad anlasteten. Aufgrund einer Beschwerde eines dort in Pflege befindlichen Heimwehrmannes, der wegen politischer Provokationen entlassen wurde, kam es am 11. Mai 1929 zum Aufmarsch von ca. 200 Heimwehrmännern nach Zeillern zum Erholungsheim (gemeinsam mit einer Abordnung, zu der Landtagsabgeordneter Höller, die Heimwehrführer Dr. Alberti und Wallner aus Amstetten und Herbert Schwandl aus Wallsee (späterer „Kreisbauernführer“) gehörten. Es wurde die Abberufung des Leiters verlangt, im Falle der Verweigerung sollte es zu einer Sperre der Anlieferung von Lebensmitteln kommen. Diese konnte aber durch entsprechende eigens organisierte Lieferungen umgangen werden, bis durch das Eingreifen des Bezirkshauptmanns und der auf Weisung der Landesregierung nach Zeillern beorderten Landesgendarmerie dieser Konflikt beendet werden konnte.²³³

²³³ Freihammer, Republik, a.a.O., S.30-31.

Als dieser am 14. Februar 1930 in Abwesenheit von Resch den Vorsitz in einer Gemeinderatssitzung übernehmen wollte, verließen die sozialdemokratischen Gemeinderäte den Sitzungssaal.²³⁴

SDAP-Frauen traten auch gegen die faschistische Heimwehr auf: Ende September 1929 sagte die SDAP mit einer großen Versammlungswelle in ganz Niederösterreich der Heimwehr den Kampf an. Unter der Parole „Gegen Bürgerkrieg, für die Demokratie, für den friedlichen Aufbau und die Republik“ fanden allein im Viertel ober dem Wienerwald 150 Versammlungen statt. In Amstetten sprachen zwei der bedeutendsten weiblichen Führungspersonlichkeiten der Partei, Dr. Käthe Leichter und Gabriele Proft.²³⁵

Konflikte wie sie in Amstetten im Kleinen auftraten, führen auf Regierungsebene zum Rücktritt der dritten Regierung Schober am 27. September 1930. Eine christlichsoziale Minderheitsregierung mit Einbeziehung der Heimwehr unter Carl Vaugoin löste den Nationalrat auf, die Neuwahl für den 9. November 1930 angesetzt.²³⁶

Im Jahr der letzten Nationalratswahl der Ersten Republik 1930 war das bürgerliche Lager endgültig in mehrere Lager gespalten: Der SDAP standen vier bürgerliche Wählergruppen gegenüber: die Liste der Christlichsozialen und der (Raab-)Heimwehr, der Schoberblock (Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund), der Heimatblock (die faschistischen Gruppen der Heimwehr, der „Heimatschutz“) und die NSDAP. Die Wähler wurden aber von bürgerlicher Seite mit Ausnahme der NSDAP dringlich ermahnt (hier war man sich einig), die jeweils nahestehende antimarxistische Partei zu wählen, wobei vor allem an die christliche Gesinnung der bürgerlichen Wähler appelliert wurde.²³⁷ Im Wahlkampf war Resch als Ortsgruppenobmann der Großdeutschen Volkspartei, die der Kern des „Schoberblocks“ war, engagiert. Innerhalb des bürgerlichen Lagers ging es besonders um den Kampf um die Katholiken: In einem Aufruf in der „AZ“ vom 8. November 1930 versuchten die Christlichsozialen sich an die „Heimattreue(n) Katholiken Österreichs!“ zu wenden. „Im gegenwärtigen Wahlkampf treten zwei Wahlgruppen klar und eindeutig für Glaube und Religion gegen Freisinnige, Liberalismus und Marxisten, die Christlichsozialen und der Heimatblock.“ Es wurde der Vorwurf der Fälschung der „oberhirtlichen Worte (Hirtenbrief der Bischöfe)“ gebracht. Im Wahlaufufruf hieß es: „Deine religiösen Führer die Bischöfe befehlen Dir, wenn Du noch Katholik sein willst, daß Du nur die Liste ‚Christlichsoziale Partei und Heimwehr‘ wählen darfst.“²³⁸

²³⁴ Ebenda, S. 35. Nur in fünf Gemeinden des politischen Bezirks Amstetten erzielten Sozialdemokraten eine absolute Mehrheit: Böhlerwerk, Hausmening, Kematen, Mauer und St. Valentin, in Mauer zum ersten Mal: neun Sozialdemokraten, acht Vertreter der Wirtschaftspartei, Bezirkssekretär der SDAP, Franz Gruber aus Greinsfurth, wurde zum Bürgermeister gewählt.

²³⁵ Ebenda, S. 32 ff.

²³⁶ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 35.

²³⁷ Ebenda, S. 35 ff.

²³⁸ AZ 45 8.11.1930 S. 10.

Aus den Wahlaufrufen des „Heimatblocks“: „Wählt Heimatblock. Kreisleitung Amstetten des Heimatblock (sic!)“, und der Sozialdemokraten: „Aufruf. Am Sonntag ist die Entscheidung! Wählet sozialdemokratisch“²³⁹, und noch einmal der Christlichsozialen: „Aufruf. Christlichsoziale Wähler und Wählerinnen! Christlichsoziale Partei und Heimwehr. Eigentümlicherweise haben jetzt-bei der Wahl-alle Parteien das Christentum entdeckt. Die Sozialdemokraten haben Plakate mit Aufschrift ‚Katholiken‘ ausgegeben, worin die religiösen Sozialisten, von denen man in Amstetten höchstens bei der Wahl etwas hört, den Katholiken empfehlen, sozialistisch zu wählen. Es gibt deshalb für unsere Wähler, das heißt solche, die für Glaube, katholische Schule, Erziehung und katholische Ehe, also für unsere heiligsten Güter Christlichsoziale Partei und Heimwehr.“²⁴⁰

Die letzte niederösterreichische Landtagswahl fand am 24. April 1932 statt, gleichzeitig auch das Ende des demokratischen Niederösterreichs: Für diese Landtagswahl nominierten die Großdeutschen den amtierenden Bürgermeister als Amstettner Ortsgruppenobmann hinter Ing. Hugo Scherbaum (aus Waidhofen a.d.Ybbs) an zweiter Stelle auf ihrer Wahlkreisliste. Bei den NS schien Rechnungsrat Wilhelm Grunert an fünfter Stelle auf.²⁴¹ Vor der letzten Landtagswahl am 24. April 1932 in Niederösterreich war es noch immer üblich, dass bei öffentlichen Parteiversammlungen Gegenredner auftraten. So sprach bei einer Versammlung der NSDAP im Ginnersal am 13. April 1932 Josef Wallner als Gegenredner, in einer Wählerversammlung der Christlichsozialen am 18. April 1932 sprach für die NS der Amstettner Rechtsanwalt Dr. Rudolf Bast. Drei Tage vor der Wahl, am 21. April 1932, sprach in einer sozialdemokratischen Kundgebung Bürgermeister Sichelrader aus Steyr, wo es aber keinen Gegenredner gab.²⁴²

Die Wahl endete in Amstetten mit einem großen NS-Erfolg, die NSDAP erhielt 1.377 Stimmen und kam den Christlichsozialen mit 1.391 Stimmen sehr nahe. Die relative Mehrheit hatten wie immer die Sozialdemokraten mit 2.306 Stimmen, die Großdeutschen wurden vernichtend geschlagen, sie hatten nur mehr 46 Stimmen.²⁴³

²³⁹ AZ 45 8.11.1930 S.11.

²⁴⁰ AZ 45 8.11.1930 S. 9.

²⁴¹ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 45-46.

²⁴² Ebenda, S. 45ff.

²⁴³ Freihammer, Republik, a.a.O., S. 35 ff. Die Wirtschaftskrise zwang zur Kürzung der Beamtengehälter auch in der kommunalen Verwaltung. Immer mehr wurden von Gemeindeseite Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen und Ausgesteuerten notwendig, Lebensmittel- und Brennmaterialunterstützung für die Beschäftigungslosen: Die Vergabe von Notstandsarbeiten stand bei jeder Gemeinderatssitzung auf der Tagesordnung.

2. Nährboden und Rekrutierungsfeld des Nationalsozialismus 1919-19. Juni 1933: Wahlen als Parameter

Ideologischer Nährboden und Wegbereitung gleichsam als Vorfeld des Nationalsozialismus an der Macht sollen unter Zugrundelegung der Wahlkampfphasen und der Wahlergebnisse der Nationalrats- und Landtagswahlen 1919-1932 dahingehend untersucht werden, dass besonders Aspekte der NS-Ideologie aus Wahlaufrufen und Wahlversammlungen des gesamten bürgerlichen Lagers herausgefiltert werden. Die Frage einer personellen Kontinuität ist am Beispiel der Kandidaten und gewählten Mandatäre des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers nachzuweisen. Die Wahlergebnisse der Landtags- und Nationalratswahlen ergänzen die sonstigen diesbezüglichen Untersuchungen über den Aufstieg des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers und der NSDAP „Hitlerbewegung“ am Beispiel der Stadt Amstetten und des gesamten politischen Bezirks Amstetten (ohne die Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs).¹

Das deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Wählersegment war 1918-1933 auf mehrere Parteien aufgeteilt. Dazu gehörten die Großdeutsche Volkspartei, der Landbund als Bauernvertretung und die NS.

Die stimmenmäßige Präsenz der NS in den Ortsgemeinden des politischen Bezirks wird als einer der möglichen Parameter für die Verankerung des Nationalsozialismus in bestimmten

Bevölkerungsgruppen am Beispiel der Wahlergebnisse von Nationalrats-, Landtags-, Gemeinderatswahlen für den gesamten politischen Bezirk aufgezeigt.² Dazu kommen noch die Wahlen in den Interessenverbänden wie die Landwirtschaftskammer- bzw.

Bezirksbauernkammerwahlen für den gesamten Bezirk, die Betriebsratswahlen für einzelne Betriebe im politischen Bezirk (exemplarisch für Böhlerwerk 1930), die Auswahl der Vertreter für Bezirksfürsorgeräte, Bezirksstraßenausschüsse, für den Bezirksschulrat bzw. für die Stadt Amstetten für den Ortsfürsorgerat und den Ortschaftsrat gemäß den Ergebnissen von Landtags- bzw.

1 Wenn auch bei Nationalrats- und Landtagswahlen verschiedene Voraussetzungen und Kriterien bei Wahlanalysen anzulegen sind, werden diese Wahlen herangezogen, um Vergleiche innerhalb der politischen Gruppierungen zu ermöglichen. Außerdem begründet sich die vorgenommene Auswahl der Wahlen darauf, dass bei ihnen die Wahlergebnisse der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs zur Erstellung eines Gesamtergebnisses für den gesamten politischen Bezirk berücksichtigt werden konnten. Die Nationalratswahl vom 21. Oktober 1923 wurde weggelassen, weil bei diesen in Waidhofen a.d.Ybbs separat gewählt wurde, außerdem kandidierten die NS bei dieser Wahl nicht als eigene wahlwerbende Partei. ABl. BHA Nr. 43 v. 27.10.1923, Jg. 43, S. 150-151 Von der gleichzeitig stattfindenden Nationalrats- und Landtagswahl am 24. April 1927 wurde nur eine Wahl, die Landtagswahl, genommen, da es keine wesentlichen Unterschiede bei den politischen Gruppierungen gab. Wenn es Unterschiede in den Wahlergebnissen einzelner wahlwerbender Parteien der Landtagswahl gegenüber der Nationalratswahl gab, beruhten sie darauf, dass bei letzteren eine Aufspaltung der politischen Gruppierungen in mehrere zusätzliche Kleingruppierungen stattgefunden hat.

2 S. I.4.5.

Gemeinderatswahlen. Anhand der vorliegenden Wahlergebnisse wird der Weg der NS von einer unbedeutenden Splittergruppe innerhalb des politischen Spektrums des politischen Bezirks zu einer verstärkt Einfluss nehmenden politischen Kraft besonders seit dem Beginn der 1930er Jahre aufgezeigt. Ab diesem Zeitpunkt konnten sich die NS auch als Landtagspartei etablieren. In Abgrenzung zum politischen Umfeld werden – innerhalb einzelner Ortsgemeinden und innerhalb von vom Verfasser nach politischen Kriterien zusammengestellten Gemeindegruppen – die Rekrutierungsfelder der NS innerhalb der anderen politischen Gruppierungen und damit die Fluktuation zu den NS als Voraussetzung für den Konsolidierungsprozess bis zum Verbot der Partei vom 19. Juni 1933 dargestellt.³ Es geht um das Aufzeigen des Wegs der NS-Partei von einem zuerst unbedeutenden Aspekt des deutschnational bzw. deutsch-„völkisch“ gesinnten Lagers zu einer „Volkspartei“, wobei ihre erste Organisationsform sich aus der deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsbewegung entwickelte. Jedenfalls wurde der im Zuge einer relativ rasch erfolgten Öffnung – auch über verschiedene NS-Gruppierungen – konsequent erweiterte personelle Nährboden die Rekrutierungsbasis für die Kandidaten der einzelnen Wahlen. Der neuformierten Gruppierung gelang es schließlich, tief in die Wählerschichten aller Gesellschafts- bzw. Berufsgruppen dieses inhomogenen deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers und auch anderer politischer Gruppierungen einzudringen, sodass sie bis zum Verbot der entscheidende Integrationsfaktor dieses Sammelbeckens war. Dabei ist festzustellen, dass beim Abschluss von Zweckbündnissen innerhalb des bürgerlichen Lagers aus machtpolitischen Gründen, besonders als Abwehrfront gegen eine erstarkende Sozialdemokratie in Form von Wahlkoalitionen, oft bestehende größere ideologische Differenzen nur eine geringe oder überhaupt keine Rolle spielten. Einzelne, dem NS-Gedankengut identische Teilkomponenten der Ideologie der Koalitionspartner, besonders des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ und des Heimwehrlagers, haben vielfach zu einer entscheidenden gesellschaftlichen Teillegitimierung der NS-Weltanschauung beigetragen. Die Stärke der einzelnen Parteien ist nur aus den Stimmabgaben bei Landtags- und Nationalratswahlen ersichtlich, weil bei den Gemeinderatswahlen die einzelnen Parteigruppierungen unter verschiedenen Namen, die oft nur aus dem lokalen Zusammenhang erkennbar sind, in Einheitslisten (meist in ihrer Mehrheit unter der Bezeichnung „Wirtschaftspartei“, aber auch „Bürgerpartei, „Nationale Bürgerpartei“, „Wahlgemeinschaft“, „Einheitsliste“ etc.) kandidierten. Derartige Einheitslisten, die in der Regel in den Klein- und Mittelgemeinden des politischen Bezirks vor allem wirtschaftlichen Charakter hatten bzw. wirtschaftspolitische Zweckbündnisse waren, belegen trotz aller ideologisch-politischen Gegensätze das Zusammengehen der bürgerlichen und bäuerlichen

³ Zu den Gemeindegruppen s. II.1.2.6 ff.

Gruppierungen der Christlichsozialen Partei mit den deutschnationalen bzw. deutsch-völkischen Gruppierungen, auch den NS, und somit ihre politische Akzeptanz.⁴

Bei der Nennung der Wahlwerber der einzelnen Parteien wurden nur die Kandidaten aus dem politischen Bezirk berücksichtigt, auch wenn der Wahlkreis noch andere Kandidaten aus anderen politischen Bezirken aufwies. Die Bedeutung eines politischen Bezirks hinsichtlich seines politischen Gewichts im Land Niederösterreich oder auch im Staat selbst zeigt sich auch in seiner personellen Repräsentanz in einzelnen Institutionen. Es werden daher die aus dem politischen Bezirk stammenden im Wahlkreis kandidierenden (wenn sie für das Gesamtbild von Bedeutung sind) und gewählten Kandidaten angeführt. Die Kandidaten und gewählten Gemeindevertreter der Stadt Amstetten werden ebenfalls vollzählig aufgelistet, weil damit der Einfluss des Nationalsozialismus auf der Kommunalebene nachgewiesen werden kann. Außerdem werden außer den Stärkeverhältnissen einzelner politischer Gruppierungen besonders auch die Kandidaten und gewählten Mandatare des deutschnational bzw. deutsch-„völkischen“ und nationalsozialistischen Lagers in den Interessenverbänden, besonders in den Landwirtschafts- bzw. Bezirksbauernkammern, aber auch die in sonstige für eine Auswertung relevante Bezirksghremien gewählten Vertreter namentlich angeführt, um hier durch die personelle Präsenz den Einfluss und auch eine Kontinuität der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ zu den NS in der Führungsschicht der Funktionäre nachweisen zu können.⁵

⁴ Dies kann an einer Untersuchung am Beispiel der einzelnen Ortsgemeinden belegt werden. Es konnten bei den Zahlen zu den einzelnen Wahlen nur „gültige Stimmen“ berücksichtigt werden, weil die „ungültigen“ nicht immer in den Dokumentationen ausgewiesen wurden. Ebenso bleibt das Nichtwählerpotential unberücksichtigt, weil diesbezüglich keine vollständigen Angaben vorliegen. Eine Gesamtdokumentation der Gemeinderatswahl-Ergebnisse in Niederösterreich 1919 bis 1933 liegt, von Ernst Bezemek aus Regionalzeitungen und Amtsblättern zusammengestellt, im NÖ. Institut für Landeskunde zur Einsichtnahme auf.

Wahlhistorisch gesehen werden normalerweise die Parteienergebnisse auf die Zahl der gültigen Stimmen bezogen, womit das Kräfteverhältnis der verschiedenen Parteien untereinander dargestellt werden kann. Ein gravierender Nachteil dieses Bezugs besteht aber in der Nichtberücksichtigung der Nichtwähler. Aussagekräftiger wären Wahlergebnisse, die auf die Zahl der Wahlberechtigten prozentuiert sind. Dabei ginge es um den Einfluss der Parteien auf das gesamte Elektorat. Bei vergleichenden Wahlbetrachtungen besteht hier der Vorteil, dass unterschiedlich hohe Wahlbeteiligungen die Anteile der Parteien nicht verzerren können, wie es bei der Bezugsgröße „gültige Stimmen“ auftreten kann. (Gültig auch für die zwei Tabellen mit Zusammenstellung/Übersicht der Wahlen 1919-1932).

In den vorliegenden Untersuchungen wird das jeweilige politische Wahlverhalten in Relation zu den Einflussmöglichkeiten des Nationalsozialismus gestellt.

Im strengen Sinn sind, weil es sich bei den ausgewerteten Datensätzen um Kollektivdaten und nicht um Individualdaten handelt, nur Aussagen über den Kontext der Wähler zulässig. So können, weil die hier zugrundeliegenden Kollektive in der Regel klein, überschaubar und weitgehend homogen sind, in eher für sich geschlossenen Bereichen sich befinden, annähernd Aussagen über das Wahlverhalten sozialer Schichten gemacht werden. Hänisch spricht für diese Zeit von „ökologischen Schätzungen“ als einzige legitime Methode. Hänisch Dirk, Wahlen und Wahlverhalten in der Ersten Republik. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 280 ff.

⁵ Weitere diesbezügliche Analysen s. Untersuchung „Soziale Basis“ II.1.2.6; zit. nach Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd.1, S.54-57.

2.1. Zusammenstellung der für die Untersuchung relevanten Ergebnisse der Nationalrats- und Landtagswahlen

Stadt Amstetten							
Wahl	1919	1919 ¹	1920	1921	1927	1930	1932
gültige Stimmen	4019	3363	4115	3669	4834	5207	5196
Christ. soz. Partei		1056	152	1167		1012	1391
Bauernbund							
Zerdik-Liste	1162		1195				
Stöckler-Liste	16						
in %	29,3	31,4	32,7	31,8		19,4	26,8
Heimatblock						601	
in %						11,5	
Ständ. Bauernverein.							20
in %							0,4
Großdt. Volkspartei			518	541			46
Ursin-Liste	578						
in %	14,4		12,6	14,8			0,9
Deutschvölk. Partei		498					
in %		14,8					
'Einheitsliste' ^o					2173		
in %					45,0		
Deutsche Bauern							
Landbund					189		
in %					3,9		
Nationalsoziale	110						
Nationalsozialisten			307	305			
Völkischsoziale					113		
NSDAP (Hitlerbewegung)						345	1377
in %	2,7		7,5	8,3	2,3	6,6	26,5
'Schoberblock' ^{oo}						723	
in %						13,9	
Soz. dem. Partei	2153	1809	1893	1961	2359	2466	2306
in %	53,6	53,8	46,0	53,5	48,8	47,4	44,4
Kommunist. Partei			25			30	56
in %			0,6			0,6	1,1
Sonstige ^{ooo}			25			30	
in %			0,6			0,6	

1919: Nationalratswahl vom 16. 2. 1919

1919¹: Landtagswahl vom 4. 5. 1919

1920: Nationalratswahl vom 17. 10. 1920

1921: Landtagswahl vom 14. 4. 1921

1927: Landtagswahl vom 24. 4. 1927

1930: Nationalratswahl vom 9. 11. 1930

1932: Landtagswahl vom 24. 4. 1932

^o 'Einheitsliste': Christlichsoziale Partei + Großdeutsche Volkspartei

^{oo} 'Schoberblock': 'Nationaler Wirtschaftsblock' + Landbund

^{ooo} Sonstige: Tschecho-Slowaken, Orel-Liste (Christlichnat. Einheitsl.), Jüdischnationale, Österreichische Volkspartei

Quellen: Amtsblatt der BHA, Amstettner Zeitung

Bezirk Amstetten							
Wahl	1919	1919 ¹	1920	1921	1927	1930	1932
gültige Stimmen	41153	35946	39485	38310	47664	47525	45758
Christ.so.z.Partei		23614	21419	24733		22094	27334
Bauernbund							
Zerdik-Liste	6913		4168				
Stöckler-Liste	16727						
in %	57,4	65,7	64,8	64,6		46,5	59,7
Heimatblock						8075	
in %						17,0	
Ständ. Bauernverein.							535
in %							1,2
Großdt. Volkspartei			3710	3571			834
Ursin-Liste	6556						
in %	15,9		9,4	9,3			1,8
Deutschvölk. Partei		3000					
in %		8,4					
'Einheitsliste' ^o					34071		
in %					71,5		
Deutsche Bauern			229				
Landbund					189		
in %			0,6		0,4		
Nationalsoziale	226						
Nationalsozialisten			720	747			
Völkischsoziale					337		
NSDAP (Hitlerbewegung)						1537	5373
in %	0,6		1,8	2,0	0,7	3,2	11,7
'Schoberblock' ^{oo}						2785	
in %						5,9	
Soz. dem. Partei	10728	9332	8984	9248	13047	12699	11383
in %	26,1	26,0	22,8	24,1	27,4	26,7	24,9
Kommunist. Partei			69	11	20	118	299
in %			0,2	0,0	0,0	0,3	0,7
Sonstige ^{ooo}	3		186			217	
in %	0,0		0,5			0,5	

1919: Nationalratswahl vom 16. 2. 1919

1919¹: Landtagswahl vom 4. 5. 1919

1920: Nationalratswahl vom 17. 10. 1920

1921: Landtagswahl vom 14. 4. 1921

1927: Landtagswahl vom 24. 4. 1927

1930: Nationalratswahl vom 9. 11. 1930

1932: Landtagswahl vom 24. 4. 1932

^o 'Einheitsliste': Christlichsoziale Partei + Großdeutsche Volkspartei

^{oo} 'Schoberblock': 'Nationaler Wirtschaftsblock' + Landbund

^{ooo} Sonstige: Tschecho-Slowaken, Orel-Liste (Christlichnat. Einheitsl.), Jüdischnationale, Österreichische Volkspartei

Quellen: Amtsblatt der BHA, Amstettner Zeitung

Die Tabelle „Wahlen“ soll bemerkenswerte Tendenzen in den jeweiligen Wahlbewegungen, richtungsweisende Ergebnisse für die einzelnen kandidierenden Parteien und Auswirkungen auf das Parteienspektrum, besonders auf das „deutsch-„völkische“ bzw. NS-Lager, Themen, die in den

einzelnen einschlägigen Kapiteln besprochen werden, in einer tabellarischen Übersicht ergänzend aufzeigen. Sie bringt eine Übersicht über die Wahlbewegung 1919-1932 im politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs). Auf eine vergleichende Zusammenstellung (1919-1932) der jeweiligen Wählerzahl, der abgegebenen und der gültigen Stimmen wurde aufgrund teilweise unvollständiger Angaben in den Amtsblättern der Bezirkshauptmannschaft und in der „AZ“ verzichtet. Hinsichtlich der Zahl der Ortsgemeinden ist zu beachten, dass es von 1919 bis 1932 durch Gemeindetrennungen (Ausgliederungen) zur Neubildung von Ortsgemeinden gekommen ist und eine Ortsgemeinde (Ertl) zum politischen Bezirk neu hinzugekommen ist, was aber für die Heranziehung der Wahlen für Aussagen über die jeweilige politische Situation wenig ins Gewicht fällt. Die autonome Stadt Waidhofen a.d.Ybbs wird, wenn Wahlen stattgefunden haben, beim Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs angeführt. Der politische Bezirk Amstetten gehörte einschließlich der Nationalratswahl 1930 zum Wahlkreis 8, Viertel ob dem Wienerwald, zusammen mit noch anderen sechs politischen Bezirken (Melk, Scheibbs, St. Pölten, Lilienfeld, Tulln, Neulengbach, Vorort St. Pölten, und Stadt Waidhofen a.d.Ybbs) des II. Wahlkreisverbandes (dazu gehörten die Wahlkreise 8-11). Nach der Wahlrechtsreform vor der Landtagswahl 1932 zählte der politische Bezirk Amstetten mit dem Vorort Amstetten (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) zum Wahlkreis 1 Eisenwurzen (Amstetten). Zu diesem Wahlkreis gehörten noch der politische Bezirk Scheibbs und der Gerichtsbezirk Ybbs der Bezirkshauptmannschaft Melk, er umfasste daher die Stadt und den Gerichtsbezirk Amstetten, die Gerichtsbezirke Haag, St. Peter i.d.Au und Waidhofen a.d.Ybbs der Bezirkshauptmannschaft Amstetten, die Stadt Waidhofen a.d.Ybbs, die Gerichtsbezirke Gaming und Scheibbs der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs und den Gerichtsbezirk Ybbs der Bezirkshauptmannschaft Melk.

Wenn man die Bedeutung des politischen Bezirks Amstetten an den Auswirkungen der regionalen Ergebnisse der Landtags- und Nationalratswahlen im gesamtösterreichischen Kontext misst, so waren Stellenwert bzw. Repräsentanz des politischen Bezirks Amstetten (einschließlich des Statutarbezirks Waidhofen a.d.Ybbs Stadt) in den Landes- und Bundesinstitutionen im Untersuchungszeitraum alle wahlwerbenden parteipolitischen Gruppierungen betreffend niemals groß. Feststeht auch, dass es den NS des politischen Bezirks Amstetten während dieser Zeit niemals gelang, einen eigenen Landtags- bzw. Nationalratsabgeordneten zu stellen. Keiner der dafür vorgesehenen wahlwerbenden Kandidaten wurde in den Landtag gewählt, auch nicht anlässlich der Landtagswahlen vom 24. April 1932, bei denen die NSDAP „Hitlerbewegung“ acht Mandate erreichte.⁶ Was die Präsenz von Kandidaten der großen politischen Gruppierungen des politischen Bezirks Amstetten (nicht des Wahlkreises) im Nationalrat und im Landtag betraf, so waren diese in der Regel durch einen Nationalratsabgeordneten auf Bundesebene aus der christlichsozialen Partei vertreten

⁶ Zu den Landtagsmandaten s. I.2.4.6.

und regelmäßig durch eine(n) oder mehrere Landtagsabgeordnete/Landtagsabgeordneten der Christlichsozialen (später auch der Heimwehren im Rahmen der bürgerlichen Koalition), der Sozialdemokraten und auch der Großdeutschen (Ausnahme Landtagswahl 1932, der Vertreter im Landtag stammte nicht aus dem politischen Bezirk) repräsentiert.⁷

2.2. Deutschnationales bzw. deutsch- „völkisches“ Lager in der Wahlbewegung 1919-1932: fließende Übergänge zur NS-Partei im politischen Bezirk Amstetten (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs Stadt)⁸

Ein Beweis dafür, dass das deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Lager in der Stadt Amstetten eine überdurchschnittlich starke Anhängerschar zu verzeichnen hatte und auch die politischen Aktivitäten ihrer Führer von höherer Stelle anerkannt und honoriert wurden, ist die Tatsache, dass die Stadt Amstetten öfter als Austragungsort des Gauparteitages der Großdeutschen für Niederösterreich auserwählt wurde. Diese Veranstaltung war immer mit entsprechenden propagandistischen Inszenierungen verbunden.⁹ Die verschiedenen wahlwerbenden Parteigruppierungen dieses Lagers sind aus der Zusammenstellung der kandidierenden Gruppen ersichtlich. Trotz der in Teilaspekten der Ideologie divergierenden Unterschiede muss man in diesem breitgefächerten parteipolitischen Sammelbecken von einer einflussreichen politischen Bewegung des Deutschnationalismus sprechen, die immer fließende Übergänge zu anderen bürgerlichen Gruppierungen aufwies. Von diesem Spektrum ging die zunehmende Sogwirkung der ursprünglich kleinen Gruppe der NSDAP „Hitlerbewegung“ aus. Ihr gelang es letztlich nicht nur, mit der Rückendeckung Deutschlands, die führende Großpartei dieses parteipolitischen Spektrums, die Großdeutschen, aufzusaugen, sondern sie konnte auch über dieses Lager hinaus in andere parteipolitische Lager übergreifen. Während die NS als wahlwerbende Partei unter verschiedenen Namen bereits ab den Nationalrats- und Landtagswahlen ab 1919, bei Gemeinderatswahlen ab dem

7 Näheres zu den einzelnen Wahlen s. I.3 und I.4.

8 Hauptträgerin des deutschnationalen Gedankenguts war in den 1920er Jahren die Großdeutsche Volkspartei. In Niederösterreich schwankte sie 1922 bis 1931 zwischen 18.500 und 12.500 Mitgliedern. 1927 bestanden 251 Ortsgruppen, davon 56 im Mostviertel (zum Vergleich: 71 im Industrieviertel, 58 im Waldviertel, 66 im Weinviertel). In einigen Städten stellte sie sogar den Bürgermeister, darunter auch Waidhofen a.d.Ybbs (auch in Tulln, Mödling, Wieselburg, Zistersdorf, Pöggstall). Bei der GRW 1924 hatte sie in 1.300 der 1.700 Gemeinden eigene Kandidaten/Kandidatinnen auf ihren Wahllisten, in 250 Gemeinden kandidierte sie auf Einheitslisten mit den Christlichsozialen. Als Teilorganisationen bestanden der „Deutsche Hauer- und Bauernbund“, der „Deutsche Arbeiterbund“, der „Deutsche Jugendbund „Volksgemeinschaft““ und der Landesfrauenausschuss. Im Gegensatz zum Landbund und zur NSDAP hatten die Großdeutschen bereits in den 1920er Jahren in Niederösterreich ein dichtes Netz an Frauenortsgruppen, wobei aber für den Bereich Amstetten keine nachweisbar ist. Klösch, „Nationales“ Lager, a.a.O., S. 570.

9 Zur Absage eines Gauparteitages, weil nicht demonstriert werden durfte, s. unten Kap.; s. generell zu deutsch-nationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Inhalten Ardelit Rudolf G., Inhalte und Strukturen des deutschnationalen Gedankengutes in Österreich 1918-1930 (phil. Diss. Salzburg 1969).

Jahre 1920 meist in Wahlgemeinschaften kandidierten, ihre Erfolge aber bis zur Übernahme durch die NSDAP „Hitlerbewegung“ mäßig blieben, vollzog sich der Aufschwung ab der erstmaligen Kandidatur der NSDAP „Hitlerbewegung“ bei den Nationalrats- und Landtagswahl 1927 als „Völkischsoziale“ in einzelnen Ortsgemeinden in deutlichem Ausmaß, was schlussendlich zur Auflösung des deutschnationalen Lagers führte. Temporäre Koalitionen auf kommunaler Ebene (Wahl- bzw. Regierungsbündnisse in den Ortsgemeinden) mit dem bürgerlichen Lager sollten diesen Weg ebnen und die großen Erfolge zu Beginn der 1930er Jahre vorbereiten, in denen es bereits eine Zielsetzung gab: solche Mehrheiten zu erlangen, dass man auf keine Koalitionsabsprachen angewiesen war, wie sie in der vorangegangenen Zeit aus einer machtpolitisch schwachen Minderheitsposition als politische Zweckbündnisse stattgefunden hatten. Besonders bei Gemeinderatswahlen waren die NS zu Koalitionsbündnissen mit den bürgerlichen Mehrheitsfraktionen aus einer Position der völligen Abhängigkeit als Minderheitsfraktion angewiesen.

2.3. Amstetten, Zentrum des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers

Die Stadt Amstetten war bereits von Anfang an ein bevorzugter Ort für die Abhaltung von gesamtbezirklichen Treffen bzw. Versammlungen des deutschnationalen bzw. deutsch „völkischen“ Lagers, besonders aufgrund der bezirksweit bekannten Exponenten dieses Lagers, aber auch aufgrund der von allem Anfang an starken Repräsentanz des Deutschnationalismus innerhalb der bürgerlichen Schicht dieser Stadt, vor allem in der großbürgerlichen Schicht des Besitz- und Bildungsbürgertums, und hier besonders unter den wohlhabenden Gewerbetreibenden. Bereits am 9. Dezember 1918 wurde die Gründung eines „Deutsch-freiheitlichen Volksvereins“ für Amstetten beschlossen. Unmittelbar vor der Nationalratswahl am 16. Februar 1919 wurde am 27. Jänner 1919 die „Deutschvölkische Partei für das Viertel ober dem Wienerwald“ gegründet. Die „Deutschvölkische Liste“ für diese Wahl wurde zwar von Dr. Josef Ursin aus Tulln angeführt, aber an sechster Stelle kandidierte Leopold Lugmayr, Bauer in Strengberg, an siebenter Stelle Ludwig Resch, Lehrer in Amstetten, und an neunter Stelle Ing. Hugo Scherbaum, Fachschullehrer in Waidhofen a.d.Ybbs. Es kandidierte auch eine „Deutsche Nationalsozialistische Partei“, an deren viertem Platz Franz Dedek, Eisenbahnschaffner aus Amstetten, kandidierte.¹⁰

¹⁰ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S.8.



Großgasthof Julius Hofmann, Hotel Bahnhof am Bahnhofplatz, damals Eigentümer Alois und Rosa Hofmann. (Bild 10)

Vor allem das großdeutsche Lager hatte hier seine Vertreter und Mandatäre, während sich zu diesem Zeitpunkt die kleine Gruppe der NS vor allem auf die „völkischen“ Eisenbahner (vor allem organisiert im „Reichsbund deutscher Eisenbahner“) berief, deren Vertreter auch die ersten Führungsgremien der „Ortsgruppe“ innehatten. Überraschend kurz nach der Gründungsphase kam es zu einem Verschmelzungsprozess beider soziologisch so unterschiedlichen Gruppen, wobei die Führungspositionen der Partei in der Stadt Amstetten in die Hände der großbürgerlichen Schichten kamen. Damals hatte der Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl die Gesamtführung in Österreich inne (1918-1923). Damit war ein entscheidender Schritt in Richtung Öffnung zu den Großdeutschen getan. Erst durch die Übernahme der Führungspositionen innerhalb der NS-Partei durch die „Hitlerbewegung“ kam es nach einer kurzen Phase der Stagnation zu einer weiteren Öffnung in alle Richtungen. Die Spaltung in zwei bzw. eine Zeitlang auch in drei konkurrierende Gruppen (NSDAP bzw. „NSDAP Österreichs“ unter Karl Schulz, „Völkisch-sozialer Verein“ unter Walter Riehl, später auch Schulz/Riehl-Gruppe der NSDAP, und „Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein (Hitlerbewegung)“ unter Richard Suchenwirth hatte in den 1920er Jahren ein rascheres Anwachsen der NS-„Bewegung“ verhindert. Schon in den letzten 1920er Jahren, vor allem aber ab den 1930er Jahren hatte auch die NSDAP „Hitlerbewegung“ nachweislich auch in der Stadt Amstetten gegenüber der „Schulz-NSDAP“ die politische Führung übernommen. Diese mit strafferen Organisationsstrukturen und mit aggressiveren Methoden seit 1927 agierende Richtung der NSDAP unter der Führung des durch Dekret von Adolf Hitler vom 29. August 1927 zum „Gauleiter“ bestellten Langenloisers Josef Leopold hatte in den Wahlen ab 1929, 1930 und dann 1932 die Partei konsolidiert und zu beachtlichen Erfolgen geführt. Die auffallend vielen Neueintritte in die NS-Partei

seit dem Spätherbst 1931 bestätigen die Anziehungskraft der „Hitlerbewegung“. Mitglieder der „Schulz- Bewegung“ traten in die konkurrenzierende siegreiche NS-Gruppe über. Der Großteil der Wählerschichten rekrutierte sich aus den deutschnationalen Vereinigungen, Lehrern, kleinen Gewerbetreibenden, Gasthausbesitzern, Beamten und Freiberuflern, auch Akademikern. Mit dem Einbruch der Wirtschaftskrise erhielt diese Richtung der NSDAP verstärkten Zulauf durch Kleinbürger, Angestellte und Exulanten der Heimwehren gegenüber der „Schulz-Gruppe“, die mehr den „sozialistischen Flügel“ vertreten hatte, der aber immer weniger Bedeutung erlangte. Der Versuch der NSDAP „Hitlerbewegung“, in die Schichten der Industriearbeiter einzudringen, war eine der verstärkten Zielsetzungen der 1930er Jahre, nachdem man im bürgerlichen „Mittelstand“ vor allem deutschnationaler Provenienz und in halbakademischen und akademischen Schichten eine starke Anhängerschaft gewonnen hatte. Ein Teil dieser Berufsgruppen wird sich dann zwar nach dem Verbot der Partei im Juni 1933 aus existentiellen Überlegungen zurückziehen, wird aber weiterhin als Sympathisantenkreis zur Verfügung stehen, ohne sich stärker in der „Illegalität“ zu exponieren. Generelle Einbrüche in die Arbeiterschaft gelangen aber, soweit aus den vorliegenden betreffenden Quellen zu ersehen ist, nicht. Während also im „Mittelstand“, der durch den Ersten Weltkrieg marginalisiert zu werden schien, und bei den Halbakademikern und Akademikern die Fluktuation relativ groß war, muss man in bäuerlichen Kreisen, soweit diese nicht dem „Landbund“ und der „Großdeutschen Volkspartei“ nahe standen, und in der Arbeiterschaft von einer starken Loyalität gegenüber

ihren angestammten Parteigruppen sprechen.¹¹ Bezeichnenderweise hatten seit Republikgründung die Großdeutschen, damals die „Deutschvölkische Partei“, und die NS-Partei, damals die „Deutsche Nationalsozialistische Partei“, in Amstetten bis in die beginnenden Dreißigerjahre dasselbe Versammlungs- und Agitationslokal, das in Hinkunft eine der Drehscheiben des Deutschnationalismus aller Prägungen, aber auch der NS, auch in der „illegalen“ Phase, im politischen Bezirk werden sollte: den Großgasthof bzw. das Hotel Bahnhof im Besitz der Familie Hofmann. Es wurden hier nicht nur sämtliche Wählerversammlungen 1919-1932, sondern sogar einige Male die Gauparteitage der „Großdeutschen Volkspartei“ abgehalten. So fanden die Gauparteitage („Gautage“) der Großdeutschen Volkspartei 1919, 1923, 1924, 1927, 1930 hier statt. Bei der ersten Nationalratswahl 1919 erreichten die oft nur regional kandidierenden deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Parteien österreichweit einen Wähleranteil von 18 Prozent und 24 Mandate, was gegenüber den Reichsratswahlen in der Monarchie einer deutliche Niederlage bedeutete. Im zersplitterten deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Parteienspektrum kam es im Laufe des Jahres 1920 zu einem Verdichtungsprozess, aus dem sich drei unterschiedlich große politische Richtungen ergaben. So gelang es, wie schon erwähnt, im

¹¹ S. dazu einzelne Kapitel; s. II.10.1 und Untersuchung „Soziale Basis“ II.1.2.6.

September 1920 17 deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Parteien und Ländergruppen beim „Ersten Reichsparteitag“ in Salzburg zur Großdeutschen Volkspartei zu vereinheitlichen. Nicht beigetreten sind die „Nationalsozialistische Partei“ und die „Deutsche Bauernpartei“, der spätere „Landbund“ bzw. „Landbund für Österreich“, die als selbständige Parteien weiterbestanden und die größte Gruppe einerseits bekämpften, andererseits, besonders die Großdeutschen und die Landbündler, auch Koalitionen abschlossen. Auf lokaler Ebene wie bei den Gemeinderatswahlen in Amstetten waren auch die NS Teilnehmer derartiger Koalitionen. Doch es war die einen außerparlamentarischen Kurs vertretende NSDAP „Hitlerbewegung“, die immer mehr die Zusammenarbeit mit den anderen ablehnte und darauf hinarbeiteten, das gesamte deutsch-nationale bzw. deutsch-„völkische“ Lager in sich aufzunehmen, was ab 1930 auch schrittweise geschah.

Die Großdeutsche Volkspartei rekrutierte ihre Anhänger aus den BeamtInnen, Gewerbetreibenden, Kaufleuten und FreiberuflerInnen, war in urbanen Ballungszentren und Bezirkshauptstädten erfolgreich vertreten, wo sie meist an der Spitze von bürgerlichen Koalitionen den Bürgermeister stellten, wie dies auch in Amstetten in den 1920er Jahren der Fall war. Während die Identifikation der WählerInnen des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers mit der Großdeutschen Volkspartei eher gering war, was sich auch am geringen Interesse an der Parteiarbeit zeigte, waren viele FunktionärInnen mehr in den Vorfeldorganisationen wie im Deutschen Turnverein, in den Burschenschaften, im Deutsch-Österreichischen Alpenverein, im Deutschen Schulverein „Südmark“ und im Deutschen Radfahrerverein tätig. Zu den Vorfeldorganisationen gehörten auch der „Deutsche Hauer- und Bauernverein“, der „Deutsche Arbeiterbund“ und die „Landesfrauenausschüsse“. Die Großdeutsche Volkspartei hatte als einzige im Nationalrat vertretene Partei einen „Arierparagraphen“ in ihren Satzungen. Die Beteiligung an bürgerlichen Koalitionen mit den Christlichsozialen und dem Landbund von 1920-1932 war sie auch für den unpopulären Abbau des noch aus der Monarchie stammenden überdimensionierten Beamtenapparats verantwortlich, was ihr Verluste in diesem Berufsstand brachte, artikulierte aber deutsch-„völkische“ Ideologieinhalte wie Antisemitismus, Antimarxismus und Antiklerikalismus mit Erfolg, trat auch in der Anschlussfrage immer wieder öffentlich hervor, wenn sie auch sämtliche ideologisch-politischen Anliegen nicht so effizient vertreten konnte ihre Vorfeldorganisationen. Sie konnte aber auf der kommunalen Ebene, wo sie häufig in Einheitslisten mit der Mehrheitspartei der Christlichsozialen auftrat, in dieser bürgerlichen Konkurrenzsituation wenig ihr Profil schärfen. Anfang der 1930er Jahre verlor sie daher, weil sie die Anliegen der Beamtenschaft, der Bauernschaft, der FreiberuflerInnen, der HausbesitzerInnen und deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Arbeiterschaft immer weniger glaubhaft gemeinsam vertreten konnte, immer mehr den Charakter einer „Volkspartei“ an die NS. Diesen gelang es immer erfolgreicher, die heterogenen Interessensgruppen des großdeutschen

Lagers mit ihrer aggressiven Werbung zu vereinen. Im Jänner 1932 schied die Großdeutsche Partei aus der Regierungskoalition mit den Christlichsozialen und dem Landbund aus und erlitt im selben Jahr auch schwere Verluste bei den Gemeinderats- und Landtagswahlen. Den Großteil der Wählerschaft hatte sie 1930-1932 an den „Heimatblock“ und vor allem an die NSDAP (ca. 70 Prozent der Mitglieder waren übergewechselt) verloren, weshalb es im Mai 1933 zum Abschluss eines „Kampfbündnisses“ mit der NSDAP „Hitlerbewegung“ kam. Das letzte Auftreten der Großdeutschen war anlässlich der Sitzung des Rumpfparlaments am 30. April 1934, wo die neue „Ständestaats“verfassung abgesegnet werden sollte. Die wenigen anwesenden großdeutschen Abgeordneten- die sozialdemokratischen waren nicht zugelassen-versagten aber die Zustimmung. Vorläufer des Landbunds waren unabhängige deutschnationale Bauernorganisationen. Zu diesen gehörte auch der im März 1919 von Josef Koppensteiner gegründete „Deutsche Bauernbund für Niederösterreich“ (Eine Vorläuferorganisation in der Monarchie, die „Deutsche Agrarpartei in Österreich“, war aufgrund der Reichsratswahl 1907 mit 20 und 1911 sogar mit 32 Abgeordneten im Reichsrat vertreten.). Am 26. Juni 1920 schlossen sich deutschnationale Bauernvertreter aus der Steiermark, Kärnten und Niederösterreich (drei Bundesländer mit überwiegend agrarischen Strukturen) unter dem Vorsitz Koppensteiners zur „Deutschösterreichischen Bauernpartei“ zusammen. Diese beschloss im September 1921 ihren Beitritt zum in Deutschland 1919 gegründeten „Deutschen Reichslandbund“ („überkonfessionell, unpolitisch“), womit wenigstens symbolisch der „Anschluss“ bereits vollzogen wurde. In Österreich hieß diese Vereinigung ab diesem Zeitpunkt „Landbund für Österreich“. Leopold Stocker aus Graz (geboren in Zwettl) wurde Vorsitzender. Der Landbund sah sich als „unpolitische“ und „überparteiliche“ Interessenvertretung der Bauern, Land- und Forstarbeiter, der Gewerbe- und Handelstreibenden. Er sah sich zwar auf christlicher Grundlage, war aber in seinem politischen Programm gegen den Einfluss der katholischen Kirche auf das Schulwesen, Ehe und Familiengesetzgebung. In Niederösterreich scheiterten 1923 die Verhandlungen mit der Großdeutschen Volkspartei über ein Zusammengehen (Nur die Fusion des Großdeutschen Hauer- und Bauernbundes mit dem Landbund wurde vollzogen.).¹² Der Landbund wurde schließlich durch ein Abkommen, das sein Obmann Franz Winkler mit dem Landesleiter der NSDAP Theodor Habicht im März 1934 in Zürich schloss, in die NSDAP überführt. Eine Ausnahme bildete die Anhängerschaft um den ehemaligen Kärntner Landeshauptmann Vinzenz Schumy, die in die „ständestaatliche“ Bauernorganisationen übertrat.¹³

¹² Klösch, „Nationales“ Lager, S. 573-574. Bei den Wahlen zu den Bezirkslandwirtschaftskammern erhielten die Bauernorganisationen in Niederösterreich folgende Mandate: 1922 Landbund sieben (NÖ Bauernbund 847, Verband der Kleinbauern 41, Hauer- und Bauernbund 95); 1927 Landbund 63 (NÖ Bauernbund 836, Verband der Kleinbauern 62, Hauer- und Bauernbund 30). Ebenda, S. 574-576.

¹³ Ebenda, S. 576.

Der „Landbund“ sah sich als Interessenvertretung des „gesamten Landvolkes“, der Bauern, Land- und ForstarbeiterInnen und der Gewerbe- und Handelstreibenden. Ideologisches Programm war als „überparteiliche“ und „unpolitische“ Interessenvertretung der Aufbau einer berufsständischen Organisation, der „Zusammenschluß aller deutschen Stämme im geschlossenen Sprachgebiet zu einem einzigen deutschen Reich“, der Antisemitismus, d. h. „gesetzliche und wirtschaftliche Abwehrmaßnahmen gegen den schädlichen Einfluss des Judentums auf unser öffentliches, kulturelles und wirtschaftliches Leben“, als „freisinnige“ Partei allerdings „auf christlicher Grundlage“ sollte aber der Einfluss der katholischen Kirche auf Schulwesen, Ehe und Familiengesetzgebung zurückgedrängt werden.

Die Amstettner bürgerliche Lokalpresse brachte ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre auffallend sehr spärlich nur mehr Berichte über die Sozialdemokratie, dafür aber über eine neue bürgerliche Opposition, den Landbund, der in vielen Versammlungen im Amstettner Bezirk die negativen Auswirkungen der Sanierungsmaßnahmen Seipels kritisierte. Die Redner des Landbunds, an der Spitze der frühere steirische Bauernführer Rokitansky, warfen der Regierung vor, nichts gegen die steigende Arbeitslosigkeit, den zunehmenden Steuerdruck und die Spekulation zu unternehmen. Hauptzielgruppe waren die Bauern, die mit großen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatten und daher Schutzzölle für ihre Produkte verlangten, aber auch die Hausbesitzer, die von der Regierung die Abschaffung des Mieterschutzes und die Valorisierung der Mietzinse forderten.

Zum ersten Mal traten die Landbündler in einer großen Bauernversammlung in Amstetten am 28. Jänner 1926 in Erscheinung, in der es um eine der zahlreichen laufenden Rationalisierungs- bzw. Einsparungsmaßnahmen ging, nämlich die Übernahme der „Bauernkrankenkasse Amstetten“ durch die „Niederösterreichische Landwirtschaftskrankenkasse“. Mitbestimmungsrechte wurden trotz noch herrschender demokratischer Verhältnisse in bestimmten Bereichen damals schon verweigert. Die anwesenden Versammlungsteilnehmer, ungefähr 2.000 Bauern, stimmten in einer Resolution unter der Bedingung für die „Einfügung der Bauernkrankenkasse in die Landwirtschaftskrankenkasse“, dass die Beiträge nicht erhöht würden und die alten Funktionäre im Amt blieben. Als die anwesenden Landbündler für ihre Vertreter Dr. Gasselich und Bichl das Wort verlangten, wurde es ihnen verweigert. Mit Wirkung vom 31. Mai 1926 wurde die „Bezirksbauernkrankenkasse“ liquidiert und somit die Eingliederung vollzogen, ohne dass bekannt wurde, ob die Forderungen der Bauern anerkannt worden waren. Bei einer Hausbesitzerversammlung in Amstetten am 3. Juli 1926 konnte der Landbündler Dr. Gasselich seine Anliegen ungehindert präsentieren, als er gemeinsam mit Dr. Warmbrunn, dem Obmann des Haus- und Grundbesitzerbundes, die Regierung scharf angriff, indem offen angedroht wurde, dass der Haus- und Grundbesitzerbund, der bisher aufseiten der Regierung Seipel gestanden hatte, eigene Wege gehen werde.

In den ländlichen Bereichen trafen die vermehrten Aktivitäten des Landbunds auf den christlichsozialen bzw. katholischen Bauernbund. Auffallend viele Versammlungen hielt der Landbund 1926 im Haager Raum ab, so in Haag selbst, in Strengberg, Sindelburg und Wolfsbach, die von erhitzten Rededuellen zwischen Funktionären des Landbunds und des Bauernbunds kam. Damals waren diese Versammlungen noch für Vertreter aller politischen Richtungen zugänglich. Obwohl der Landbund ideologisch überwiegend mit den Forderungen der Großdeutschen Volkspartei übereinstimmte, wurde eine Einheitsfront mit den Großdeutschen, die die Landbundfunktionäre als „Bettgenossen“ der Christlichsozialen bezeichneten, abgelehnt. Die immer wieder verbreiteten Behauptungen der Christlichsozialen, der Landbund gefährde den katholischen Glauben, mussten bekämpft werden, wobei nicht zu verhehlen war, dass die Geistlichkeit damals im politischen Tageskampf geschlossen aufseiten der Christlichsozialen bzw. des Bauernbunds stand. So gab es lokale Animositäten, als die örtliche Landbundführung Wallsee/Sindelburg dem Pfarrer von Sindelburg, einer Gemeinde, aus der der spätere NS-„Kreisbauernführer“ stammte, vor, er habe den Gastwirt Hehenberger zu überreden versucht, sein Lokal nicht dem Landbund für eine Versammlung zur Verfügung zu stellen.

Einer der Höhepunkte der Agitation des Landbunds war eine Versammlung in Amstetten am 24. Oktober 1926, in der wiederum Rokitansky der Hauptredner war. Er führte heftige Attacken gegen die Regierung, indem er neben den sich ständig wiederholenden Vorwürfen wegen der generellen Verarmungstendenzen im Bauernstand, des Steuerdrucks, der Korruption und des Mieterschutzes vor allem den Zusammenbruch der Zentralbank, der 554 Raiffeisenkassen, viele landwirtschaftliche Genossenschaften und Sparkassen gefährdete, anprangerte. Antisemitische Äußerungen nahmen zu. Dem Bauernbundabgeordneten Stöckler warf er vor, seine politische Stellung zu „jüdischen Börsenspekulationen“ zu missbrauchen und sein Nationalratsmandat zurückzulegen. Es wurden aber Angriffe gegen die NS, die zwar bis 1923 in einer sichtbaren Aufwärtsbewegung sich befunden hatten, dann aber wie übrigens auch die Großdeutschen ständig abbauten und wenig in den Lokalmedien aufschienen. Sie hatten, wie bekannt ist, mit parteiinneren Problemen zu kämpfen, indem es zur Spaltung zwischen der Schulz- und der Riehl-Gruppe und zur Abspaltung der „Hitlerbewegung“ kam. Ihnen wurde eine unklare Haltung in der Mieterschutzfrage und in der Frage des Schutzes des Privateigentums vorgeworfen.¹⁴

Ab 1932 wurde es für den antiklerikalen und deutsch-„völkischen“ Landbund in der Regierungskoalition mit Engelbert Dollfuß immer schwieriger, wozu einerseits Maßnahmen der Regierung wie der außenpolitische Schwenk in Richtung faschistisches Italien, die Aufgabe des Plans der Zollunion mit dem Deutschen Reich und der Aufbau des Staates auf der Grundlage der Enzyklika „Quadragesimo anno“ Papst Pius' XI. beitrugen, aber auch die geschwächte Position des Landbunds

¹⁴ Zit. nach Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 20-22; zum „Kreisbauernführer“ s. II.2, II.12 und II.21.

aufgrund der Spannungen innerhalb des deutsch-„völkischen“ Lagers. Der Aufstieg des Nationalsozialismus, der durch das Zusammengehen von deutsch-„völkischen“ Vorfeldorganisationen wie dem Deutschen Turnerbund (bereits ab 1930) und das „Kampfbündnis“ der Großdeutschen mit den NS (Mai 1933) gefördert wurde, führte zur immer stärkeren Isolation des Landbunds, der als letzte selbständige Organisation neben den NS im deutsch-„völkischen“ Lager übrig blieb. Immer mehr AnhängerInnen und FunktionärInnen gingen zur NSDAP „Hitlerbewegung“ über. Vizekanzler Franz Winkler, einer der Führer des Landbunds (neben Vinzenz Schumy, dem ehemaligen Kärntner Landeshauptmann, der sich einen nach katholischen Grundsätzen aufgebauten „Ständestaat“ vorstellen konnte), Vertreter des „nationalen“ Lagers innerhalb des Landbunds, versuchte im Sommer 1933 durch Gründung der „Nationalständischen Front“ ein „deutsch-österreichisch-patriotisches“ Gegengewicht zu den österreichfaschistischen Heimwehren und zu den NS zu bilden. In dieser Sammelbewegung versuchte Winkler, der den Untergang der politischen Parteien angesichts der sich etablierenden Diktatur in Form des „Austrofaschismus“ der Regierungskoalition, aus der Winkler und die Landbundminister (nur zwei Beamte der „Nationalständischen Front“, der Innenminister und der Staatssekretär im Justizministerium blieben bis Juli 1934) im September 1933 ausgeschieden waren, und des Nationalsozialismus kommen sah, alle noch vorhandenen deutsch-„völkischen“ und „irgendwie gesinnungsverwandten Kreise“ zu vereinen, um als „nationaler Republikaner“ ein eigenständiges, lebensfähiges Österreich als „zweiten deutschen Staat“ zu erhalten. Dazu gehörten allerdings die Bereitschaft, die Demokratie abzuschaffen unter der Bedingung einer Volksbefragung, Einbindung des NS-Deutschlands in die Lösung der österreichischen Frage ohne Fremdenlenkung, Zurückdrängung des Einflusses der Heimwehr, Widerstand gegen die Errichtung des autoritären „Ständestaates“ und die Maiverfassung 1934, gegen die Aushöhlung des Rechtsstaats durch das Dollfuß-Regime und Festhalten an der Verfassung von 1929. Die Errichtung der Diktatur sah er in zwei Etappen: ab dem 5. März eine „planmäßige, verschleierte Vorbereitung zum Absolutismus“ und dem 21. September 1933 die „planmäßige Errichtung“ der Diktatur, Instrument dazu war die Zermürbungstaktik gegenüber der Sozialdemokratie und den „nationalen Mittelgruppen“. Diese Widerstandshaltung gegen die NS wurde aber auch in der Führungsgruppe des Landbunds Ende 1933 und Anfang 1934 immer mehr aufgeweicht, schließlich auch bei Winkler selbst. Im Frühjahr 1934 hatte er Kontakt zum Landesleiter der NSDAP Theo Habicht aufgenommen, in einem mündlichen Übereinkommen zwischen Winkler und Habicht wurde im Mai 1934 die Überführung der Organisationen des Landbunds (besonders auch die Bauernwehr-Miliz) in die NSDAP vereinbart, am 18. Mai 1934 wurde die Selbstauflösung des Landbunds beschlossen. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Landbund mit seiner Wehrformation auch die NS-Putschpläne miteinbezogen-unklar ist, wie weit Winkler eingebunden war. Jedenfalls könnte nach Meinung von Klösch die Parole der Putschisten, die im Kollerschlagler festgehalten ist, von Winkler stammen: „Ein

freies selbständiges Österreich, ebenso unabhängig vom Reich wie von Italien, aber Wiederherstellung wahrhaft verfassungsmäßiger gesetzlicher Zustände“. Ähnliches ist in der „Reichspost“ vom 1. August 1934, dem einzigen schriftlichen Aufruf der Putschisten, zu lesen: „An die Bevölkerung! Das Volk ist aufgestanden! Wie wollen frei sein! Wir verlangen die freie Volksabstimmung! Wir wollen ein freies unabhängiges Österreich (...) Sieg Heil einem freien, deutschen Österreich!“

Im Herbst 1934 versuchte der ehemalige Landbündler und spätere NS Anton Reinthaller die Deutsch-„Völkischen“ mit der sogenannten „Nationalen Aktion“ in die VF zu integrieren, wobei er von Winkler unterstützt wurde, wobei nicht bekannt ist, ob diese „Aktion Reinthaller“ mit Winkler abgesprochen war.¹⁵

Die katholischen bzw. christlichsozialen Bauern konnten sich Anfang Jänner 1920 eine Dachorganisation geben: den Reichsbauernbund. In der Folge kam es in den ländlichen Ortsgemeinden des Amstettner Bezirks zur Gründung von Ortsgruppen des Niederösterreichischen Bauernbundes. In vielen Ortsgruppen hatten gemäß dem Prinzip des Politischen Katholizismus die Pfarrer wichtige Funktionen inne. Der Amstettner Bezirk war eine Hochburg des Niederösterreichischen Bauernbundes, dessen Führer und Mitbegründer Josef Stöckler aus St. Valentin war. Er bekleidete auch das Amt eines Staatssekretärs für Land- und Forstwirtschaft in der Regierung Dr. Renners. Konkurrenz für den Bauernbund bedeuteten die in manchen Ortsgemeinden gegründeten Ortsgruppen des „Unabhängigen deutschen Bauernbundes. In Neuhofen a.d.Ybbs war diese deutsch-„völkische“ Bauernorganisation besonders stark vertreten.

Bei großen Kreisbauerntag in Amstetten vom 24. April 1920, an dem ca. 2.000 Bauern teilnahmen, war aufgrund der bestehenden Spannungen zwischen der Stadtbevölkerung von Wien und der Bauernschaft, die auch mit den großen Versorgungsschwierigkeiten im urbanen Bereich zu tun hatten, die Trennung Niederösterreichs von Wien das Hauptthema, die von den Bauern verlangt wurde. Diese bereits in der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 vorgesehene Trennung, die erst am 1. Jänner 1922 offiziell in Kraft trat, machte die neuerliche Landtagswahl vom 24. April 1921 notwendig.

Die Marktgemeinde Haag spiegelte die Gründe einer derartigen Trennung im Kleinformaat wider. Hier forderten die bäuerlichen Gemeinderäte die Trennung in eine Land- und Marktgemeinde. Der Konflikt hatte seine Ursache in der Frage des Baues einer Bürgerschule, die von den bäuerlichen

¹⁵ Zit. nach Klösch Christian, Zerrieben zwischen Nationalsozialismus und Austrofaschismus. Landbund und Großdeutsche Volkspartei und das Ende der deutschnationalen Mittelparteien am Beispiel von Franz Winkler und Viktor Mittermann. In: Wenninger Florian, Lucile Dreidemy (Hg.), Das Dollfuß/Schuschnigg – Regime 1933 – 1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien Köln Weimar, 2013, S. 87-99; zu den Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen s. generell I.2 und bes. I.3 und I.4; zu den Wahlen in Interessengruppen s. I.5.

Vertretern im Gemeinderat abgelehnt wurde. So kam es am 1. Mai 1920 zum Bruch, als die sozialdemokratischen und bürgerlichen Gemeinderäte ihre Mandate niederlegten, wodurch der Gemeinde funktionsunfähig wurde. Von der Behörde wurde diese Mandatsniederlegung damals zwar nicht genehmigt, in der Folge wurde aber 1922 Haag in eine Land- und Marktgemeinde getrennt.¹⁶ Die sozioökonomischen Probleme ansprechend trat im Amstettner Bezirk ab 1926 mit auffallenden Aktivitäten ein „Wirtschaftsverein für Österreich“ auf. Führer dieser Vereinigung war der Grazer Theologe DDDDr. Johannes Ude, der bei Wahlen auch als katholisch/deutsch-„völkisch“ orientierter „Ude-Verein“ kandidierte. Obmann der Amstettner Ortsgruppe des „Wirtschaftsvereins für Österreich“, der sich hier auch „Sparer- und Kleinrentnerverband“ nannte, war Oberoffizial i. R. Ferdinand Rokita. Die Vertreter dieses Vereins behaupteten, die soziale Frage sei nur durch eine Lösung des Kleinrenten- und Siedlungsproblems zu bewältigen. Es wurde ein Konnex zwischen steigender Arbeitslosenzahl und Mietzinsproblematik hergestellt: Bevor die nicht die Frage der produktiven Arbeitslosenfürsorge geregelt sei, dürften die Mietzinse nicht erhöht werden. Priorität hatte die Aufwertung des Sparer- und Kleinrentnervermögens. Der Grazer Diözesanbischof hatte über Ude, der sich mit seinen Inhalten nicht auf offizieller Kirchenlinie befand, ein Redeverbot verhängt, dessen Aufhebung in Amstetten in einer Unterschriftenaktion gefordert wurde. Der „Ude-Verein“ hatte nicht nur Probleme mit der Kirchenführung, sondern es wurde ihm von den bürgerlichen Parteien vorgeworfen, dass er die Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte fördere. In einer Versammlung des „Wirtschaftsvereins für Österreich“ in Amstetten am 13. Februar 1927 sprach einer seiner wichtigsten „nationalen“ Exponenten, Odo Neustädter-Stürmer aus Linz. Er gehörte später zum „nationalen“ Flügel der Heimwehr, als deren Angehöriger er als Sozialminister der dritten Regierung Dollfuß vom 10. Juli 1934, der ersten Regierung Schuschnigg vom 29. Juli 1934 („Soziale Verwaltung“) und zum Sicherheitsminister in der vierten Regierung Schuschnigg vom 3. November 1936 („Sicherheitswesen“, bis 19. März 1937) brachte, in der Folgezeit aber zu den NS überwechselte, wo er sich in der Gruppe der „Katholisch-Nationalen“ bzw. „Betont-Nationalen“ betätigte.

Die parteipolitische Zuordnung eines eher kuriosen Vereins, wie es der Amstettner „Verein der gescheiterten Existenzen“ war, ist schwierig. Er kümmerte sich vor allem um Eisenbahner, weshalb er eher dem sozialdemokratischen Lager zuzuordnen war. Da aber die NS auch in diese Berufsgruppe stärker eindringen, könnte er auch, passend zu den Protesthaltungen dieses Lagers, ein „nationaler“ Verein gewesen sein. Dahin würde auch der Vorsitz eines „Herrn Feigl“ verweisen, weil die Amstettner Familie Feigl den „nationalen“ Kreisen, später dem NS-Lager angehörte. Jedenfalls veranstaltete er am 6. Februar 1927 in Amstetten eine „Massenversammlung“, bei denen „die Herren Feigl und Sedlak den Vorsitz führten“. Es wurde eine staatliche Amnestie vor allem für solche

¹⁶ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S.12.

Staatsbürger angedacht, die aufgrund der Notlage der unmittelbaren Nachkriegszeit existenzielle Probleme bekommen hatten und ein „kleines Verbrechen“ aus diesem Grund begangen hatten. Konkret ging es um die Forderung, die Verfahren der verurteilten Amstettner Eisenbahner wieder aufzunehmen, denen in dieser Zeit Diebstähle aus Güterwagons nachgewiesen werden konnten.¹⁷

2.3.1. Aus dem Aktivitätsfeld der „Großdeutschen Partei“ in der Stadt Amstetten

Belegt sind in den Lokalmedien vor allem Aktivitäten im Zusammenhang mit Wahlkampfzeiten. Im Gegensatz zu den vielfältigen Aktivitäten der kleinen NS-Partei, die auch einen medialen Niederschlag fanden, liegen außer Wahlberichterstattungen und Berichten über Gauparteitage keine Nachrichten über die Großdeutschen vor.¹⁸ Der „Gauparteitag der Großdeutschen Volkspartei“, der am 29. Juni 1924 im Großgasthof Julius Hofmann abgehalten wurde, war prominent besucht. Landesparteiobermann Otto Wagner, Landtagsabgeordneter Scherbaum und Nationalrat Zuarboch waren die Redner.¹⁹ Aus der Tagesordnung der Gautagung der Großdeutschen Partei in der Stadt Amstetten vom 30. Oktober 1927 im Großgasthof Julius Hofmann: Den Vorsitz hatte „Gaubmann Ott (Adalbert Ott aus Mauer-Öhling, Anm. d. Verf.)“. Es ging hier u. a. um die „Aufstellung der Kandidaten für den Bezirks-Straßenausschuß und den Bezirks-Fürsorgerat“: Als „Wahlgremium“ fungierten die Amstettner Exel, Nadler, Andel, Alois Hofmann, Frömel, Sattlecker. Als Kandidaten für den Bezirksstraßenausschuss wurden „Gruber aus Amstetten und Unterrainer aus Sindelburg, außerdem 2 Ersatzmänner“, als Kandidaten für den Bezirksfürsorgerat wurden „Neumann und Preisegger, beide aus Amstetten, und ebenfalls 2 Ersatzmänner“ gewählt.²⁰ Fast alle genannten Personen sind später in den Reihen der NS zu finden. In der Regel waren derartige Gauparteitage, auch „Gautage“ genannt, mit Aufmärschen und Inszenierungen verschiedener Art verbunden. Gezielte Maßnahmen der Regierung gegenüber der Opposition sollten deren politisches Agieren in der Öffentlichkeit behindern. Man muss aber immer festhalten, dass diese Beschränkungen die in

17 Zit. nach Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 22; zu Neustädter-Stürmer s. Kleindl, Chronik, a.a.O., S. 347, S. 348 und S. 352; zum „Ude-Verein“ s. auch I.3 und I.4, zu DDDDr. Johannes Ude: studierte an der gregorianischen Universität in Rom Philosophie und Theologie mit Doktoratsabschluss, wirkte in Graz, 1900 zum Priester geweiht, habilitierte sich an der Karl-Franzens-Universität Graz als Privatdozent für spekulative Dogmatik, Doktorat der Naturwissenschaften (Zoologie, Botanik), 1910 Professor für Dogmatik und Philosophie Universität Graz, Doktorat in Jus und Nationalökonomie, pazifistische Haltung, gegen Diktatur, Militarismus, hypertrophen Nationalismus, Rassismus, öffentliche Kritik am „Ständestaat“, nach Sympathien mit der NS-Herrschaft in Deutschland konsequenter Antinazismus, 1944 verhaftet wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Feindbegünstigung“, zum Tod verurteilt, Urteil nicht vollzogen wegen Zusammenbruch des Regimes, <http://www.friedensnews.at/2011/06/26/johannes-ude/#.VzRCTY3mT4g>, 2.6.2018; https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Ude, 2.6.2018

18 AZ 50 v. 14.12.1919, S. 8.

19 AZ 25 v. 22.6.1924, S. 6.

²⁰ AZ 45 v. 5.11.1927, S. 5.

der Regierung vertretenen Gruppierungen nicht betrafen.²¹ Reaktionen seitens des politischen Gegners in der Regierung gegenüber Demonstrationen der oppositionellen Parteien gab es bereits 1931. Sie betrafen auch die Abhaltung von Gauparteitagen der Großdeutschen Partei, wo ein aufgrund der überhandnehmenden Anwendung politischer Gewalt erwirktes behördliches Verbot von Demonstrationen aller Art die Absage des Gauparteitages in Wiener Neustadt zur Folge hatte. Aus dem diesbezüglichen Text der „Volksstimme“:

„Niederösterreichs Gauparteitag! Die nö. Landesregierung hat unter Hinweis auf das Aufmarschverbot des Innenministeriums alle auf öffentlichen Plätzen in Wr. Neustadt anlässlich des Gauparteitages geplanten Veranstaltungen, das sind der Fackelzug, die Tagwache, die Feldmesse, die Heldenehrung, die Festversammlung und der Festzug, untersagt. Aufgrund dieser Verfügung sieht sich die Gauleitung veranlaßt, den Gauparteitag abzusagen.“²²

Seit den Wahlkampfmaßnahmen zu der Nationalratswahl vom 16. Februar 1919 lässt sich kontinuierlich ein ideologisches Substrat nachweisen, dass später unmittelbar Nährbodencharakter für den erstarkenden Nationalsozialismus bekommen sollte. Ein auffallender Konsens quer durch alle Schattierungen des bürgerlichen Lagers ist bezüglich einzelner, die NS-Ideologie bestimmender Komponenten, von Anfang an festzustellen. Diese politischen Einstellungen können an einzelnen Exponenten der Partei anlässlich ihrer Aussagen bei Wahlveranstaltungen aufgezeigt werden. Die Berichte der Lokalmedien über Wählerversammlungen der einzelnen politischen Gruppierungen und ihrer führenden Kandidaten im politischen Bezirk dienen zur Aufhellung und Charakteristik der politischen Einstellungen und der politischen Programme. Interessant ist es, hinsichtlich der späteren ideologischen Programmatik der NS eine Reihe ihrer ideologischen Grundsatzartikel, eine Vielzahl von Teilaspekten der späteren NS-Ideologie, bereits von Anfang an in der großdeutschen Ideologie wiederzufinden und eine Übereinstimmung in vielen Aspekten zu beobachten, die gerade die Grundeinstellung weiter Bevölkerungskreise aus allen Gesellschaftsschichten entscheidend prägte. Besonders der „Anschluss“gedanke, der Antisemitismus, der ideologisch verankerte Autoritarismus mit zugrundegelegtem Führerprinzip (siehe auch katholische Kirche) und die „völkische“ Einstellung gehörten zu diesem Substrat, Phänomene, die temporär mit verschiedener Gewichtigkeit präsent das bürgerliche Lager prägten. Unter dem Titel „Wählerversammlung der Großdeutschen Partei“, der Bezeichnung ab der Landtagswahl 1921, wurde regelmäßig vor Wahlen über die ideologische Programmatik und über personelle Fragen berichtet. Wenn man die Kandidatenlisten ansieht, lässt sich feststellen, dass ein größerer Teil der großdeutschen Kandidaten später in den Reihen der NS wiederzufinden ist.²³ Vorher hatte das wahlwerbende großdeutsche Lager andere Namen. So wurde

²¹ S. Wahlen in den Bezirksstraßenausschuss I.5.

²² VST 6 v. 10.10.1931, S. 3.

²³ AZ 15 v. 10.4.1921 S. 8.

die Partei anlässlich eines Wahlaufrufs der wahlwerbenden Gruppe des politischen Bezirks als „Freiheitlich-nationaler Volksverein für Amstetten und Umgebung (Vereinigung aller ehemaligen deutschnationalen Parteien)“ bezeichnet. Mit dem Aufruf „Deutsche Wähler und Wählerinnen“ war die Zuordnung eindeutig. Es wurden die „Kandidaten für die deutschvölkische Partei für das Viertel ob dem Wienerwald“ vorgestellt. Neun Kandidaten wurden angeführt, darunter drei Kandidaten aus dem politischen Bezirk Amstetten, u. a. an erster Stelle der Arzt Dr. Josef Ursin, Hausbesitzer in Tulln, an sechster Stelle der Bauer Leopold Lugmayr in Leedorf bei Strengberg, an siebenter Stelle der Lehrer Ludwig Resch aus Amstetten und an neunter Stelle der Direktor der Gewerbeschule Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs.²⁴

2.4. Kandidaten und gewählte Mandatare als Beleg für die Präsenz des politischen Bezirks Amstetten in überregionalen Gremien²⁵

2.4.1. Aus der Landtagswahl 1919

Es fand nach der Nationalratswahl 1919 auch eine Landtagswahl in Niederösterreich statt. Der Wahlkampf begann bald nach der Nationalratswahl.²⁶ Zu einer „Wählerversammlung“ der „deutschen Volkspartei“ hieß es: „Am 9. Mai 1919 fand eine Wählerversammlung des Bezirkswahlausschusses der deutschen Volkspartei im Gasthof ‚Zur Stadt Wien‘ für das Viertel ob dem Wienerwald statt.“ Vorsitzender war Alois Hofmann, „Wahlwerber für den n.ö. Landtag war Ing. Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs“. In seiner Rede wurde „eine Reihe hochwichtiger gewerblicher Fragen“ behandelt. Die Probleme und die aus ihnen resultierenden Fragen des Gewerbestandes waren immer schon eines der zentralen Themen der Deutschnationalen, weil sie gerade bei den Gewerbetreibenden ihr Wählerpotential in Konkurrenzstellung zu den Christlichsozialen zu vergrößern trachteten. In der „AZ“ vom 27. April 1919 wurden die ersten „deutschvölkischen Wahlwerber für V. o. W. W. zur Wahl in den n. ö. Landtag“ vorgestellt. Aus dieser Kandidatenliste ist auch die Präsenz des politischen Bezirks (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) innerhalb des Wahlkreises zu ersehen. 23 Kandidaten waren genannt, darunter an zweiter Stelle Fachschuldirektor Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs, an 6. Stelle Landwirt Josef Hofbauer aus Aschbach, an 14. Stelle der Bauer Johann Helm aus Neuhofen a.d.Ybbs, an 10. Stelle der Bauer Josef Leitsberger, Wirtschaftsbesitzer aus Reingrub bei St. Michael, und an 21. Stelle

²⁴ AZ 5 v. 1.2.1919, S. 6.

²⁵ Bei den Landtagswahlen in Niederösterreich konnte die Großdeutsche Volkspartei „ca. 10 % bis 12 % der Stimmen“ gewinnen und 1920 und 1927 fünf, 1921 sechs Mandate gewinnen. 1932 flog sie „mit 2,4% Stimmenanteil“ aus dem Landtag, in dem die NS mit „14,1 Stimmenanteil“ und acht Mandaten als einzige Partei dieses Lagers vertreten waren. Zit. nach Klösch, „Nationales“ Lager, a.a.O., S. 571.

²⁶ Zur Nationalratswahl 1919 s. AZ 8 v. 23.2.1919, S. 1-2.

der landwirtschaftliche Arbeiter Franz Gscheider aus Klein-Zell.²⁷ Zum Vergleich sei eine Wählerversammlung der Sozialdemokraten angeführt: Damals wurde unter der Schlagzeile „Wählerversammlung der Intelligenzberufe (Sozialisten)“ in der „AZ“ berichtet. Am 11. Juni 1919 wurde diese Versammlung im Gasthof „Zur Stadt Wien“ der christlichsozialen Familie Dollfuß vom „Ortsvertrauensmann der Buchdrucker in Amstetten J. Ringdorfer“ einberufen. „Viele aus der hiesigen Beamten- und Lehrerschaft, aus dem Gewerbestand, aus Bürgerkreisen, auch Arbeiter verschiedener Berufe“, waren gekommen. Von den „sozialdemokratischen Kandidaten für den Gemeinderat“ waren dies „Ackerl, Falk, Mitterbacher, Raidl, J. Ringdorfer und der Privatbeamte Lichtenberger“, der die Versammlung leitete. Die Themen handelten über die Behebung der Wohnungsnot, Inangriffnahme von Notstandsarbeiten seitens der „Gemeindenkreise“, Einsetzung von Arbeiter- und Beamtenausschüssen, Errichtung von kommunalen Mietämtern, Vorsorgen für Krankheit und Körperpflege, Bildung, Altersversorgung, Übernahme der Leichenbestattung in die Verwaltung der Gemeinde und Stellungnahme zur Leichenverbrennung.²⁸ Die Präsenz der Vertreter aus dem politischen Bezirk Amstetten (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) im Wahlkreis Viertel ob dem Wienerwald gemäß der Mandatszahl im nö. Landtag nach der Landtagswahl vom 4. Mai 1919 ergibt folgendes Bild: Von den insgesamt 12 gewählten Mandataren im Wahlkreis Viertel ober dem Wienerwald waren aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) nur zwei: Von den vier sozialdemokratischen Mandataren stammte Käthe („Kathi“) Graf aus Amstetten (Gemeinderat). Der einzige „deutsch-völkische Mandatar“ war Josef Ursin aus Tulln. Von den sechs christlichsozialen Mandataren stammte Anton Jax, Wirtschaftsbesitzer, aus Waidhofen a.d.Ybbs (Gemeinderat).²⁹

2.4.2. *Aus der Nationalratswahl 1920*

Die Kandidaten aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) für die Nationalratswahl vom 17. Oktober 1920 im „Viertel o. W. W.“:

Zerdik-Liste: 3, davon Ing. Hans Zerdik, Staatssekretär a.D., Nationalrat, Landes-Baudirektor und Zivilingenieur in Amstetten.

Christlichsoziale Partei: (Nö. Bauernbund und christlichsozialer Volksverband): 5, davon Josef Stöckler, Bauer, Nationalrat, St. Valentin.

Großdeutsche Partei: 6, davon Hugo Scherbaum, Gewerbeschuldirektor, Waidhofen a.d.Ybbs; Alois Hofmann, Bahnhofswirt, Amstetten.

Nationalsozialistische Partei: 5, davon 0 (an 1. Stelle kandidierte Karl Schulz, Wien)

²⁷ AZ 17 v. 27.4.1919, S. 8; AZ 18 v. 4.5.1919, S. 7; AZ 19 v. 11.5.1919, S. 2-3.

²⁸ AZ 24 v. 15.6.1919, S. 10.

²⁹ AZ 19 v. 11.5.1919, S. 2-3.

Sozialdemokratische Partei: 5, davon 0.³⁰

Aus dem Wahlergebnis der Nationalratswahl v. 17. Oktober 1920:

Gewählt wurden neun Abgeordnete (fünf Christlichsoziale, drei Sozialdemokraten, ein Großdeutscher) für den Wahlkreis 8, davon nur einer aus dem politischen Bezirk, nämlich Josef Stöckler von der Christlichsozialen Partei. (Josef Stöckler aus St. Valentin hatte gemeinsam mit dem Prälaten Matthäus Bauchinger aus Pöchlarn den katholischen Bauernbund gegründet und hatte auch dessen Führung inne. Organisiert wurde der Bauernbund vom Haager Priester Josef Sturm als Generalsekretär.)³¹

2.4.3. Aus der Landtagswahl 1921

Die gewählten Mandatare aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) für die Landtagswahl vom 24. April 1921, Viertel ob dem Wienerwald (Wahlkreis St. Pölten): Gewählt wurden insgesamt 15 Mandatare (bisher 12), davon 9 Christlichsoziale, 5 Sozialdemokraten, 1 Großdeutscher.

Aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) waren von den Christlichsozialen Anton Jax, Wirtschaftsbesitzer in Waidhofen a.d.Ybbs, Johann Höller, Hausbesitzer in Amstetten, Ludwig Wagner, Gastwirt in Krenstetten. Von den Sozialdemokraten Katharina („Kathi“) Graf, Gemeinderat in Amstetten. Von den Großdeutschen Hugo Scherbaum, Fachschuldirektor in Waidhofen a.d.Ybbs. Die Nationalsozialistische Partei hatte keine gewählten Mandatare aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs).³²

2.4.4. Aus der Nationalrats- und Landtagswahl 1927

Die gewählten Mandatare aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) für die Nationalrats- und Landtagswahl vom April 1927, Viertel ober dem Wienerwald: Nationalrat: Gewählt wurden insgesamt 9 Mandatare, davon für die Einheitsliste (Christlichsoziale und Großdeutsche) 6, für die Sozialdemokraten 3. Aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) stammte Franz Mayerhofer, christlichsozialer Bauer aus Fohra bei Aschbach. Landtag: Gewählt wurden 15 Mandatare, davon für die Einheitsliste 10, für die Sozialdemokraten 5. Aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen

³⁰ AZ 42 v. 17.10.1920, S. 3.

³¹ AZ 43 v. 24.10.1920, S. 1-2; Kammerstätter, Heimat, a.a.O., Bd. 1, S. 78.

³² AZ 18 v. 1.5.1921, S. 1-2; Die Nationalratswahl 1923 wurde, wie erwähnt, nicht berücksichtigt. Die NS hielten zwar Versammlungen in der Stadt Amstetten noch vor der Wahl am 17. Oktober 1923 ab, kandidierten aber auf Grund innerer Richtungskämpfe nicht bzw. hatten ihre Kandidatur zurückgezogen. Die Wahlenthaltung bedeutete einen temporären Rückschlag für beide damals bestehenden Richtungen innerhalb der NS-Partei, der im Mai 1926 die endgültige Spaltung herbeiführte. AZ 41 v. 14.10.1923, S. 8. Es stand aber nicht von vornherein fest, dass die NS nicht kandidieren sollten. Dies beweisen Wahlaufrufe und Artikel in den Lokalzeitungen, die auf die Nationalratswahl Bezug nahmen. Noch im Oktober gab es Artikel wie „Nationalratswahl der NSP“. AZ 41 v. 14.10.1923 S. 8.

a.d.Ybbs) stammten insgesamt 4 Mandatare, und zwar von der Einheitsliste Anton Jax (christlichsozial), Hans Höller (christlichsozial), Hugo Scherbaum (großdeutsch); von den Sozialdemokraten Käthe („Kathi“) Graf.

Die Nationalsozialisten erreichten keine Mandate.³³

2.4.5. Aus der Nationalratswahl 1930

Die Kandidaten aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) für die Nationalratswahl vom November 1930: „Kandidaten zur Nationalratswahl am 9. November 1930 im Wahlkreis 8, Viertel oberm Wienerwald“:

NSDAP: fünf Kandidaten, davon Kunze (Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Waidhofen Stadt, Anm. d. Verf.), Fachlehrer aus Waidhofen a.d.Ybbs.

„Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund (Schoberblock)“: acht Kandidaten, davon für den „Landbund für Österreich“ Leopold Lugmayer, Strengberg, davon für die Großdeutsche Volkspartei an erster. Stelle Landtagsabgeordneter Hugo Scherbaum, Fachschuldirektor, Waidhofen a.d.Ybbs, davon für den „Heimatblock (Starhemberg-Liste)“: an zweiter Stelle Josef Wallner, Wirtschafts- und Sägewerksbesitzer, Amstetten, an fünfter Stelle Johann Auinger, Landwirt und Bürgermeister, Erla, an sechster Stelle Eduard Seeger, Baumeister, Waidhofen, an neunter Stelle Johann Kronberger, Oberstraßenmeister, Aschbach.

Von den Wahlkreis-Kandidaten der Christlichsozialen Partei und der Heimwehr („Raab-Heimwehr“) stammten drei Kandidaten, von der Sozialdemokratischen Partei ebenfalls drei Kandidaten aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs).³⁴

Im Wahlkampf war in Amstetten Bürgermeister Resch als Ortsgruppenobmann der Großdeutschen Volkspartei, die der Kern des „Schoberblocks“ war, engagiert.

Der Kampf um die Katholiken war entbrannt, aus der Sorge der Christlichsozialen entstanden, dass auch die politischen Gegner um die katholischen Wähler erfolgreich werben könnten: In einem Aufruf in der „AZ“ vom 8. November 1930 versuchten die Christlichsozialen sich an die „Heimattreue(n) Katholiken Österreichs!“ zu wenden. „Im gegenwärtigen Wahlkampf treten zwei Wahlgruppen klar und eindeutig für Glaube und Religion gegen Freisinnige, Liberalismus und Marxisten, die Christlichsozialen und der Heimatblock.“ Es wurde der Vorwurf der Fälschung der „oberhirtlichen Worte (Hirtenbrief der Bischöfe)“ gebracht. Im Wahlaufufruf hieß es: „Deine religiösen Führer die Bischöfe befehlen Dir, wenn Du noch Katholik sein willst, daß Du nur die Liste ‚Christlichsoziale Partei und Heimwehr‘ wählen darfst.“³⁵

³³ AZ 18 v. 30.4.1927, S. 1-2.

³⁴ AZ 44 v. 1. 11.1930, S. 1.

³⁵ AZ 45 8.11.1930 S. 10.

Wahlaufufe des „Heimatblocks“: „Wählt Heimatblock. Kreisleitung Amstetten des Heimatblock (sic!)“, und der Sozialdemokraten: „Aufruf. Am Sonntag ist die Entscheidung! Wählet sozialdemokratisch“³⁶, und noch einmal der Christlichsozialen: „Aufruf. Christlichsoziale Wähler und Wählerinnen! Christlichsoziale Partei und Heimwehr. Eigentümlicherweise haben jetzt, bei der Wahl, alle Parteien das Christentum entdeckt. Die Sozialdemokraten haben Plakate mit Aufschrift ‚Katholiken‘ ausgegeben, worin die religiösen Sozialisten, von denen man in Amstetten höchstens bei der Wahl etwas hört, den Katholiken empfehlen, sozialistische zu wählen. Es gibt deshalb für unsere Wähler, das heißt solche, die für Glaube, katholische Schule, Erziehung und katholische Ehe, also für unsere heiligsten Güter Christlichsoziale Partei und Heimwehr.“³⁷

Diese Art von Wahlbündnissen auf bürgerlicher Seite wurde angesichts drohender Mehrheiten aufseiten der „Linken“ geschlossen, aber auch, wie im vorliegenden Fall, um die Mehrheitsfähigkeit der „national“ gesinnten Gruppierungen gegenüber den Christlichsozialen zu erlangen bzw. deren Vorherrschaft wenigstens zu brechen. Die Vertreter der Heimwehr in diesem Koalitionsbündnis waren sowohl dem deutschfaschistischen als auch dem österreichfaschistischen Flügel zuzurechnen. Im „Schoberblock“ kandidierten bei der Nationalratswahl 1930 auch Mandatare aus dem „nationalen“ Lager, die kurze Zeit später als NS bzw. als „Parteigenossen“ der NSDAP nachzuweisen sind. Dazu gehörte auch der Vertreter des Landbundes, der später als Parteigenosse der NSDAP anzutreffen war. Die Vertreter der österreichfaschistischen Richtung des „Heimatblockes“ waren auf einer gemeinsamen Liste mit dieser „nationalen“ Gruppierung.³⁸

Von Bedeutung sind hinsichtlich der Politik der späteren Führungsschicht der NS im politischen Bezirk und in der Stadt Amstetten damalige kommunalpolitische Positionen, Programme und Aktivitäten der „Nationalen“ anlässlich der Nationalratswahl 1930, wie sie aus Wahlaufufen und Wählerversammlungen ersichtlich sind.³⁹ Das Agitationslokal für die Wahlversammlungen des Schoberblocks befand sich im Hotel Hofmann, wie anlässlich einer solchen Versammlung am 29. Oktober 1930 in Amstetten belegt ist. Die politische Polemik gegenüber den Sozialdemokraten erhellt die jeweiligen kommunalpolitischen Positionen in der Stadt Amstetten. Die Vorwürfe der sozialdemokratischen Opposition im Rahmen des Wahlkampfes in der Stadt Amstetten bezogen sich vor allem auf Aspekte der Stadtplanung im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen, die

³⁶ AZ 45 8.11.1930 S.11.

³⁷ AZ 45 8.11.1930 S. 9.

³⁸ Die NSDAP „Hitlerbewegung“ kandidierte mit eigener Liste, die NSDAP Schulz-Gruppe beteiligte sich an der Wahlgruppierung Johann Schober, dem „Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund“ („Schoberblock“), bestehend aus „der Großdeutschen Volkspartei, dem Landbund, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Österreichs, der Ständepartei, der Udepartei und dem Verband der öffentlichen Angestellten“. S. 1434 Brandstötter, Walter Riehl, a.a.O., S. 278 Nationalratswahl 1930; zu den „Heimatblock“-Angehörigen s. I.18.8, I.18.8.6; s. auch BHA 210 amtliche Registrierungslisten/Gemeindelisten.

³⁹ S. Wahlaufufe, AZ 45 v. 8.11.1930, S. 9-11; AZ 44 v. 1.11.1930, S. 3.

aufgrund der Rezessionsphase als notwendig erachtet wurden.⁴⁰ Der Vorwurf der sozialdemokratischen Gemeinderatsopposition an die regierenden Parteien bezog sich auf „ihre ständige Versäumnisse aus Geldmangel aufgrund einer falsch angesetzten Sparpolitik“, die dann von den NS in ihrer Propaganda aufgegriffen wurde und ihnen die Möglichkeit bot, auf die aufgrund dieser Fehlpolitik ständig zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung durch Versprechungen zu reagieren. Dadurch konnten aber die NS in der Stadt ihre Anhängerschar durch einen immer größeren Kreis von Sympathisanten in der Stadtbevölkerung vergrößern. Wie weit sie aber die in sie gesetzten Hoffnungen real erfüllen hätten können, lässt sich schwer abschätzen, weil ihnen zum damaligen Zeitpunkt im Vergleich zur Phase nach dem „Anschluss“ im März 1938 die Mittel dazu gefehlt hätten. Ganz wenige stadtplanerische Neuplanungen standen gerade in diesen Jahren auf dem Programm der Gemeindevertreter der Regierungsparteien, die aber eher mit ihrer unaufschiebbaren Notwendigkeit begründet waren als mit einem gezielten infrastrukturellen Neuausbau der Stadt. Dazu gehörten zum Beispiel der neue Friedhof auf dem Krautberg oder erst später nach dem Einsetzen zaghafter Arbeitsbeschaffungsprogramme einzelne Straßenausbauten bzw. -verbesserungen. Hinsichtlich der Kritik an der Stadtplanung wies Vizebürgermeister Ackerl „in der letzten Gemeinderatssitzung“ darauf hin, „daß im Voranschlag für das Jahr 1929 der Ausbau des städtischen Schwimmbades, ein Wohnhausbau, die Neuanlage des Friedhofes und verschiedene andere der Allgemeinheit dienende Investitionen vorgesehen waren“, die aber nicht durchgeführt wurden. „Dringende Arbeiten wurden von der Mehrheit nicht durchgeführt, weil diese den buchmäßigen Voranschlag nicht überschreiten wollte.“⁴¹ Dem Gemeinderatssitzungsprotokoll vom 24. Oktober 1930 lässt sich darüber entnehmen, dass die „Genehmigung des Entwurfs einer neuen Friedhofsanlage“ vorlag, eines „neuen Projekts“, das von Baumeister Waas erstellt worden war. Der Antrag war angenommen worden „mit der Bedingung der Verwendung hiesiger Arbeitsloser“. Der Sozialdemokrat Anton Ackerl vertrat die kommunalpolitischen Belange der permanent stimmenstärksten Fraktion im Amstettner Gemeinderat seit 1918, zuerst als Gemeinderat, dann als Vizebürgermeister bis zur erzwungenen Niederlegung der Mandate als Folge des „12. Februar“. Anlässlich seiner 40jährigen Mitgliedschaft bei der SDAP wurde Anfang Jänner 1934 im Amstettner Arbeiterheim eine Feier veranstaltet, in der Landeshauptmannstellvertreter Oskar Helmer für die Landesorganisation, Nationalrat Hans Müller für die Gebietsorganisation und Hans Hellstern für die Lokalorganisation dem Jubilar die Glückwünsche überbrachten. Er erhielt als besondere Auszeichnung genauso wie Käthe („Kathi“) Graf die Victor Adler-Plakette.⁴²

⁴⁰ EW 28 v. 12.7.1930, S. 10.

⁴¹ AZ 44 v. 1. 11.1930, S. 3.

⁴² STA GRS v. 24.10.1930; zu den gewählten Mandataren der Nationalratswahl 1930 s. AZ 46 v. 15.11.1930, S. 2-3; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 55.

2.4.6. *Aus der Landtagswahl 1932*

Diese Landtagswahlen waren (abgesehen von einigen noch folgenden Gemeinderatsnachwahlen) die letzten freien Wahlen der Ersten Republik, die den gesamten politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) betrafen.⁴³ Es ist daher von besonderem Interesse, zum letzten Mal die Aktivitäten der NS-Partei in einem demokratischen System genauer zu verfolgen. Der NS-Wahlkampf war zum ersten Mal umfassend geprägt von den aus dem „Altreich“ bekannten Propagandamethoden der NS, die unter den zahlreichen bewährten Strategiekonzepten eine besondere Methode, den sogenannten NS-„Versammlungssturm“, zur Anwendung brachten. Die „Einsatz“gebiete bzw. -orte zeigen, dass die NS, selbstbewusst geworden, in agrarische Bereiche einzudringen versuchten, wobei sie unter Aufbietung aller Möglichkeiten, die ihnen damals zur Verfügung standen, über einen längeren Zeitraum hin einen Intensivwahlkampf führten. Sie benützten den Aufwind sehr geschickt für ihre Zielsetzungen: sowohl einen überzeugenden Erfolg bei den Landtagswahlen zu erreichen, als auch gleichzeitig eine schlagkräftige Bezirksorganisation nach altbewährtem „reichsdeutschen“ Muster zu errichten. Für dieses letztgenannte Ziel wurde der Wahlkampf benützt, indem versucht wurde, den Einsatz der NS-Wahlredner in den einzelnen Ortsgemeinden gleichzeitig für Neubeiitte und „Stützpunkt“- bzw. Ortsgruppengründungen zu nutzen.⁴⁴ Im Zeitraum zwischen der Nationalratswahl 1930 und der Landtagswahl 1932 hatte sich eine entscheidende Veränderung innerhalb des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers ergeben. Eine Schwächung der Großdeutschen Partei war durch das Ausscheiden Wolfgang Mitterdorfers im Herbst des Jahres 1931 aus der Regierungskoalition „Nationaler Wirtschaftsblock“ im Amstettner Gemeinderat und in diesem Zusammenhang aus der Großdeutschen Partei und durch den Übertritt zur NSDAP „Hitlerbewegung“ erfolgt.⁴⁵ Der kluge Taktiker Mitterdorfer hatte eingesehen bzw. einsehen müssen, dass seine ursprüngliche politische Ambition, nämlich ein Zusammengehen von Deutsch-„völkischen“ und deutschfaschistischer Heimwehr, besonders nach dem gescheiterten Pfrimerputsch und der damaligen Bedeutungslosigkeit der Heimwehr nicht mehr zu realisieren war, weshalb er seinen Schwenk von Starhemberg zu Hitler endgültig vollzog, der ihm, so scheint es, als Person von allem Anfang an suspekt gewesen sein bzw. nicht seinen Vorstellungen von einem Führer entsprochen haben dürfte – nicht aber seine Ideologie. Die Einschätzung der Situation beim politischen Gegner zur Zeit des Wahlkampfes für die Landtagswahl 1932 durch das

⁴³ Die Situation wurde ab 1930 durch die Wirtschaftskrise verschärft. Dazu kam eine Regierungskrise, die die vorzeitige Nationalratswahl notwendig machte. Konflikte unter den Regierungsparteien führten zum Rücktritt der Regierung Schober am 27. September 1930. Drei Tage später übernahm später christlichsoziales Minderheitskabinett Vaugoin die Regierung. Der Nationalrat wurde aufgelöst, die Neuwahl für den 9. November 1930 angesetzt.

⁴⁴ Zu den „Stützpunkt“- und Ortsgruppengründungen I.9.

⁴⁵ Zum Übertritt Mitterdorfers s. I.8.

NS-Lokalblatt „Volksstimme“ vom 19. März 1932 bestätigt das gestiegene Selbstbewusstsein auch gegenüber den ehemaligen Koalitionspartnern: „Großdeutsche, Landbündler und der schwarz-gelbe Heimatschutz suchen überall Einheitslisten, um ihr Nichts bei den Wahlen zu verdecken.“

Dieser Kommentar trifft die realpolitische Situation ziemlich genau. Dazu wurde auch eine Einschätzung der Situation der wahlwerbenden Parteien durch den „Gauleiter“ von Niederösterreich, Josef Leopold, gebracht: „Der ‚Heimatblock‘ ist vollkommen aufgegeben, Großdeutsche und Landbündler sind in den letzten Monaten in Auflösung, viele Übertritte sind aus der Christlichsozialen Partei im Waldviertel und in der Wachau zu verzeichnen, die in der Hitlerbewegung stehenden Arbeiter der Kleinstädte des Landes Niederösterreich machen eine große Zahl aus“. „Daher“ ließe sich „die Angst der Systemparteien vor der Wahl“ erklären.⁴⁶ Programmatisch-ideologische Anleihen aus Deutschland dienten zur Veranschaulichung der NS-Zielsetzungen in den NS-Medien.

Die Wahlkämpfe in Deutschland hatten auch in Österreich in ihren Zielsetzungen Vorbildwirkung.

„Das Deutsche Reich vor der Entscheidung. Was ist unser Programm? Wie der NS-Staat und Wirtschaft gestalten wird.“ So lautete der Titel eines Artikels in der NS-„Volksstimme“ vom 27. Februar 1932.⁴⁷ Auch in der Selbsteinschätzung der Partei bezüglich ihrer sozialen Basis hatte sich ein Wandel vollzogen, seitdem die NSDAP „Hitlerbewegung“ sich als Führungsfraktion in den vorangegangenen Machtkämpfen herauskristallisiert hatte. Der Übergang zur „Mittelstandspartei“ ist in programmatischen Erklärungen enthalten. Die „Volksstimme“ berichtet davon am 23. April 1932: „Adolf Hitler und der Mittelstand. Die bewußte Verproletarisierung der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, die Vernichtung des kleinen Geschäftes und der sonstigen kleinen selbständigen Existenzen, wie des Handwerks, führt in ihrer letzten Auswirkung dahin, daß am Ende nur eine verschwindend kleine Anzahl von Menschen am Eigentumsbegriff interessiert ist, und daß die Mehrheit, jeder eigenen Aufstiegsmöglichkeit beraubt, zum Feind des Eigentumsbegriffes werden muß.“ Daher sei der „Kampf gegen Kommunismus, der Kampf gegen den Bolschewismus“ zu führen. „Die Erhaltung eines breitesten Mittelstandes ist ebenso nötig für einen in sich ausgeglichenen Volksorganismus, wie sie eine nötige Voraussetzung zu der Aufrechterhaltung des Eigentums bildet.“ Abschließend folgte der Aufruf: „Der Mittelstand wählt nur Nationalsozialisten!“⁴⁸

Wahlveranstaltungen und Wahlaufrufe der NSDAP „Hitlerbewegung“ anlässlich der Landtagswahl 1932 in den Ortsgemeinden des politischen Bezirks Amstetten zeigen die NS-Siegerstraße auf. Der Wahlkampfauftakt der NSDAP „Hitlerbewegung“ fand im März 1932 statt. Eine Auflistung der Wahlveranstaltungen in den Monaten März und April, zusammengestellt aus „Volksstimme“ und „AZ“, soll die Dichte des Intensivwahlkampfes vermitteln. Den Auftakt zum Wahlkampf bildete eine

⁴⁶ VST 12 v. 19.3.1932, S. 3.

⁴⁷ VST 9 v. 27.2.1932, Beilage zur VST „Der Bauernsturm“ S. 1-2

⁴⁸ VST 17 v. 23.4.1932, S. 4.

Versammlung mit dem „Landesleiter“ Josef Leopold anfangs März. In diesem Monat gab es bereits eine Reihe von NS-Veranstaltungen im politischen Bezirk. Am 5. März sprach „Pg. Grunert“ in Ulmerfeld und in Neuhofen a.d.Ybbs „vor vollbesetztem Saal“. Am 28. März (Ostermontag) fand im Gasthof Korn in Viehdorf eine Wählerversammlung mit „Pg. Zinner“ statt; am gleichen Tag sprach in Seisenegg im Gasthof Halbmayr „Pg. Zinner“ in einer Wählerversammlung. Die „SA Amstetten“ hatte entsprechende Propaganda gemacht. Es wurde von einem „guten Besuch“ gesprochen. Ebenfalls am Ostermontag fand im Gasthof Wedl in Rosenau a.Sonntagberg eine Wählerversammlung mit „Pg. Grunert“ statt, außerdem im Gasthof Schmid in Hollenstein a.d.Ybbs, wo „als Sprecher Tierarzt Dr. Schopper aus Steyr“ auftrat. Die „Kampfspenden“ waren „zahlreich“. Der Besuch wurde hier als „befriedigend“ eingestuft. Oft gab es bei diesen Versammlungen auch „Neubeitritte“.⁴⁹ Neben den einzelnen NS-Wählerversammlungen gab es auch gezielt eingesetzte NS-Versammlungswellen, den NS-„Versammlungssturm“, der an bestimmten Tagen in dichter Abfolge in den einzelnen Gemeinden Versammlungen ablaufen ließ. Am 8. April 1932 sprach der Listenführer des Kreises Eisenwurzen „Pg. Emmo Langer“ aus St. Pölten im großen Ginnersaal in Amstetten. Er brachte eine „Sündenbilanz des Systems“. Am 10. April fand eine große Bauernversammlung im großen Ginnersaal statt, wobei die „Pg. Dr. Kaltenbrunner aus Linz und Pg. Porsch, Landwirt aus Obersiebenbrunn, bewiesen, dass die Bauern von ihren Interessenvertretern betrogen wurden“. Gleichzeitig tagte im kleinen Ginnersaal eine Wählerversammlung der sogenannten „Ständischen Bauernvereinigung“, die aus Mangel an Besuchern geschlossen werden musste. Diese NS-Versammlung wurde absichtlich gleichzeitig angesetzt. Am 13. April fand eine Versammlung „im vollbesetzten Ginnersaal“ mit den „Pg. Grunert und Dr. Ursin (Landtagsabgeordneter)“ statt. Es traten Gegenredner aus dem Heimwehrlager auf. In folgenden Marktgemeinden gab es ebenfalls Versammlungen der NS-Partei:

Aschbach Markt: „Pg. Grunert“ sprach im Gasthof Lehner am 10. April.

Euratsfeld: Es fand eine Versammlung am 10. April im Gasthof Gütl statt, bei der „Pg. Grunert“ sprach.

Hollenstein a.d.Ybbs: Am 8. April sprach „Pg. Eigruber“ aus Steyr.

Markt Zell a.d.Ybbs: „Pg. Grunert“ sprach am 5. April „im dichtgefüllten Saal“ des Gasthofs Strunz.

Oehling: Im Gasthof Hinterholzer sprach am 10. April „Pg. Eigruber“, „Gegenredner aus allen Richtungen“ wurden „erledigt“.

Laufend wurden „Wählerversammlungen“ der NS-Gruppe in der Stadt Amstetten abgehalten.⁵⁰

„Wählerversammlung der NSDAP Opponitz: Am 17.4. sprachen Pg. Zinner aus St. Peter und Pg. Brunsteiner.“⁵¹

⁴⁹ VST 12 v. 19.3.1932, S. 3.

⁵⁰ AZ 15 v. 9.4.1932, S. 10; AZ 16 v. 16.4.1932 S. 10.

⁵¹ AZ 17 v. 23.4.1932, S. 11.

„Wählerversammlungen der NSDAP Amstetten Aufruf der NSDAP für die Landtagswahl“.

Die Wahlveranstaltungen fanden vor allem an Wochenenden statt.⁵²

Unter dem Titel „Großkampftage“ waren besonders am 8. und 9. April (Samstag und Sonntag) zahlreiche Versammlungen abgehalten worden. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Intensivwahlkampf begonnen. „Über 400 Versammlungen“ wurden in Niederösterreich insgesamt nach Darstellung der NS in der Wahlkampfphase abgehalten. Erfolgsmeldungen der NS gab es schon vor der Landtagswahl. So siegessicher wähten sich die NS. Dementsprechend waren auch die Schlagzeilen: „Die Nationalsozialisten überall voran.“ Zur „Wahlbewegung in Niederösterreich“ hieß es: „Über 140 Versammlungen wurden in der letzten Woche abgehalten.“

„Werbekolonnen der SA“, Redner waren „im Großeinsatz“. „Überall“ gab es „überfüllte Säle, Begeisterung, Kampfspenden, Neubetritte, Mitarbeiter“ und den „Wunsch, bald wiederzukommen“. „Die Kreise 3 und 4 melden durchwegs Erfolge, insbesondere der Bezirk Amstetten, wo die Heimwehr vor kurzem sehr starken Anhang hatte. Störungsversuche, teils von Priestern als Gegenrednern, teils von Sozialdemokraten und Kommunisten, konnten restlos erledigt werden. Besonders erfreulich sind die Fortschritte in den Industriegebieten.“

In Amstetten, Markt Ardagger, Mauer bei Amstetten, Markt Haag sprachen die „Pg. Dr. Walter Riehl, E. Zinner und W. Grunert.“⁵³

Der Wahlkampf, die NS-Propaganda und die Versammlungstätigkeit erreichten „am Wochenende“ vor der Wahl ihren Höhepunkt, wie die Meldung kurz vor der Wahl lautete. Eine selbstbewusst gewordene NSDAP „Hitlerbewegung“ trat in den Wahlkampf mit ihren altbewährten Listenführern und konnte mit einem weiteren Aufschwung rechnen, wenn man die Erfolge der letzten Zeit berücksichtigt.⁵⁴

Zur Wahlbewegung in der Stadt Amstetten kann Folgendes angeführt werden: Bürgermeister Resch blieb der großdeutschen Linie treu. Für die Landtagswahl am 24. April 1932 nominierten ihn die Großdeutschen als Amstettner Ortsgruppenobmann hinter Ing. Hugo Scherbaum (aus Waidhofen a.d.Ybbs) an zweiter Stelle auf ihrer Wahlkreisliste. Bei den NS schien Rechnungsrat Wilhelm Grunert an fünfter Stelle auf.⁵⁵ Vor der letzten Landtagswahl am 24. April 1932 in Niederösterreich war es noch immer üblich, dass bei öffentlichen Parteiversammlungen Gegenredner auftraten. So sprach bei einer Versammlung der NSDAP im Ginnersal am 13. April 1932 Josef Wallner als Gegenredner, in einer Wählerversammlung der Christlichsozialen am 18. April

⁵² VST 17 v. 23.4.1932, S. 6.

⁵³ VST 16 v. 16.4.1932, S. 8.

⁵⁴ Diese Wahlen wurden auf der Grundlage einer neuen Wahlkreisorganisation durchgeführt, wobei sich aber für den Wahlkreis 1, Eisenwurzen, Vorort Amstetten, früher Wahlkreis 8, explizit den politischen Bezirk Amstetten (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) keine territorialen Veränderungen ergeben haben, daher die Vergleichbarkeit mit vorangegangenen Wahlergebnissen zulässig ist. S. Riepl, Landtag, a.a.O., S. 13 ff.

⁵⁵ Freiammer, Erste Republik, a.a.O., S. 45-46.

1932 sprach für die NS Dr. Rudolf Bast. Drei Tage vor der Wahl, 21. April 1932 sprach in einer sozialdemokratischen Kundgebung Bürgermeister Sichelrader aus Steyr, wo es aber keinen Gegenredner gab.⁵⁶

Die Wahlvorschläge für den Landtag, die „Gesamtzahl für den Wahlkreis 1 Eisenwurzen (Amstetten)“, die Zahl der Kandidaten insgesamt:⁵⁷

NSDAP:	9
Sozialdemokratische Partei:	10
Kommunistische Partei:	5
Ständische Bauernvereinigung:	5
Christlichsoziale Partei:	10

Bei der namentlichen Auflistung wurden vom Verfasser nur die Kandidaten aus dem politischen Bezirk bzw. diejenigen, die später im politischen Bezirk während der NS-Herrschaft tätig waren (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs), berücksichtigt. Die Kandidaten der NSDAP aus dem politischen Bezirk Amstetten zeigen an ihrer Berufszugehörigkeit bereits die breite Streuung aus allen Gesellschaftsschichten mit Ausnahme der Industriearbeiterschaft.⁵⁸

1. Nationalsozialistische Partei, Hitlerbewegung:

- 3. August Heger, Fahrdienstleiter, Ybbs-Kemmelbach
- 4. Franz Schörghuber, Pächter, Landwirt, Dorf Aschbach
- 5. Wilhelm Grunert, Rechnungsrat, Amstetten
- 9. Josef Haider, Zimmermeister, Waidhofen a.d.Ybbs

2. Sozialdemokratische Partei:

- 2. Max Sulzbacher, Metallarbeiter, Waidhofen a.d.Ybbs
- 3. Franz Gruber, Kleinbauer, Bürgermeister, Mauer b. A.
- 4. „Kathi“ Graf, Haushalt, Amstetten
- 6. Edmund Zeilinger, Oberlehrer, Krenstetten
- 9. Friedrich Ribal, Industrieangestellter, Kematen

⁵⁶ Ebenda, S. 45 ff.

⁵⁷ ABl. Bezirkshauptmannschaften Amstetten und Scheibbs Nr. 16 v. 17.4.1932, S. 61-64 s. AZ 18 v. 30.4.1932, S. 1-3: Ergebnis der Landtagswahl vom 24. April 1932 betreffend den Wahlkreis: Der „Wahlkreis 1 Eisenwurzen (Amstetten)“ umfasste die „Stadt Amstetten und Gerichtsbezirk Amstetten, die Gerichtsbezirke Haag, St. Peter und Waidhofen a.d.Ybbs der Bezirkshauptmannschaft Amstetten, die Stadt Waidhofen a.d.Ybbs, die Gerichtsbezirke Gaming und Scheibbs der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs und den Gerichtsbezirk Ybbs der Bezirkshauptmannschaft Melk“.

⁵⁸ S. auch Berufszugehörigkeit bei den Gemeinderatswahlen I.4.

3. Kommunistische Partei:

2. Josef Taufenegger, Maurer, Waidhofen a.d.Ybbs
3. Franz Jäger, Schlosser, Böhlerwerk
5. Karl Blumenschein, Schlosser, Böhlerwerk

4. Ständische Bauernvereinigung:

1. Franz Naringbauer, Bauer, Krahof
2. Leopold Lugmayr, Bauer, Strengberg
3. Franz Korn, Bauer, Judenhof
4. Josef Schatzeder, Bauer, Meilersdorf

5. Großdeutsche Volkspartei:

1. Ing. Hugo Scherbaum, Direktor der Fachschule für Eisen- und Stahlgewerbe, Waidhofen a.d.Ybbs
2. Ludwig Resch, Oberlehrer i.R. u. Bürgermeister, Amstetten
4. Franz Kotter, Bäckermeister u. Altbürgermeister, Waidhofen a.d.Ybbs
6. Ferdinand Bruckschweiger, Landwirt, Sonntagberg

6. Christlichsoziale Partei:

1. Karl Latschenberger, Bauer und Kammerobmann, Melbing
4. Josef Tatzreiter, Bauer, Haselgraben bei Ybbsitz

6. Alois Lindenhofer, Kaufmann, Waidhofen a.d.Ybbs

10. Alexander Koch, Professor, Waidhofen a.d.Ybbs⁵⁹

Die gewählten MandatarInnen aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) wurden gemäß Ergebnis der Wahl in den Landtag am 24. April 1932 im Wahlkreis 1 Eisenwurzen laut „Kreiswahlbehörde Nr. 1 Amstetten (Eisenwurzen) (Wahlkreis 1 Eisenwurzen)“ folgenden Parteien zugeordnet:

⁵⁹ Emmo Langer, Lehrer aus St. Pölten, war Ranglistenführer der NSDAP „Hitlerbewegung“, Theodor Paupill, Telegraphenmeister aus Kemmelbach bei Ybbs, war Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei im „Wahlkreis 1 Eisenwurzen (Amstetten)“. Alle neun „Wahlwerber der Hitlerbewegung“ wurden in der „Volksstimme“ vom 26. März 1932 („NSDAP, Hitlerbewegung, Wahlkreis Eisenwurzen (Amstetten)“ angeführt. Die restlichen Kandidaten waren: Justizoberaktuar Rudolf Till, Lehrer Josef Heinisch, Holzwarenerzeuger Franz Pfister, Landwirt Ferdinand Voglauer. VST 13 v. 26.3.1932, S. 3. Emmo Langer war auch im Wahlkreis Traisengau (St. Pölten) Spitzenkandidat.

Sozialdemokraten: 2 Mandate, eines aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs): Käthe Graf (Restmandat), eines nicht aus dem politischen Bezirk: Theodor Pauppill, Kemmelbach bei Ybbs.

Christlichsoziale: 3 Mandate, davon aus dem politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs): Karl Latschenberger, Bauer und Kammerobmann, Melbing, Hans Höller, Hausbesitzer Amstetten.

Die anderen politischen Gruppierungen hatten keinen Mandatar im „Wahlkreis 1 Eisenwurzen“ bzw. im politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) im Landtag.⁶⁰

60 ABl. Bezirkshauptmannschaften Amstetten und Scheibbs Nr. 18 v. 30. April 1932, S. 69-72. Auf Grundlage einer novellierten Wahlordnung gab es acht Wahlkreise. Kammerhofer Leopold, Niederösterreich zwischen den Kriegen 1918-1938. Wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Entwicklung von 1918 bis 1938, Baden 1987, S. 25. Anders sah es im Landtag selbst aus. Nach der praktischen Auflösung der „Großdeutschen Volkspartei“-sie war im niederösterreichischen Landtag nach den Landtagswahlen vom 24. April 1932 nicht mehr vertreten-musste man sich mit der NSDAP „Hitlerbewegung“ in den politischen Gremien stärker auseinandersetzen. Es gab im niederösterreichischen Landtag einen Gleichstand von Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die je 20 Mandate hatten, die NSDAP hatte 8 Mandate. Damit war der Aufstieg der NSDAP „Hitlerbewegung“ innerhalb der Parteienlandschaft durch diese letzten demokratischen Wahlen besiegelt. Der Großteil der NSDAP-Wähler kam aus der „Großdeutschen Volkspartei“, nur ein kleiner Prozentsatz war zur Christlichsozialen Partei übergegangen. Die NSDAP konnte ihren Stimmenanteil in Niederösterreich im Vergleich zur Nationalratswahl von 1930 bei den Landtagswahlen 1932 mehr als verdreifachen, auch bei den Kommunalwahlen in Städten wie St. Pölten, 1435 der damaligen nicht ernannten „Gauhauptstadt“, und Krems a.d.Donau, der späteren offiziellen „Gauhauptstadt“, erzielte sie beachtliche Erfolge. Ebenda, S. 25 Letzte Erfolge der NSDAP bei Wahlen waren noch bei Kommunalwahlen im Frühjahr 1933 (Zwettl, Gmünd, Stockerau, Stein und Heidenreichstein) zu verzeichnen. Ebenda, S. 27.

3. Die Präsenz der NS in den Ortsgemeinden anhand der Wahlergebnisse der Nationalrats- und Landtagswahlen 1919-1932

Um die politische Bedeutung der frühen NS-Partei evident machen zu können, müssen die Stimmen der jeweiligen NS-Partei in Vergleich gestellt werden mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Großdeutschen Volkspartei, der „Deutschen Bauern“ und sonstigen deutschnationalen Gruppierungen, der Heimwehren und der Christlichsozialen Partei. Die erste Einsicht in die neuen politischen Verhältnisse im politischen Bezirk bot die Nationalratswahl 1919. Eine Grobübersicht zeigt sehr anschaulich die erste Klärung der politischen Zuordnung von Ortsgemeinden des politischen Bezirks.

3.1. Erstes Sichtbarwerden der Präsenz der NS in einzelnen Ortsgemeinden, Größenordnung der politischen Lager gemäß Nationalratswahl 16. Februar 1919

Die NS, die als „National-Soziale“ kandidierten, hatten bei der Nationalratswahl 1919 größere Gewinne im urbanen Bereich zu verzeichnen, vor allem dort, wo deutschnational-„völkische“ Vereine stark präsent waren. In agrarisch und sozialdemokratisch dominierten Ortsgemeinden waren NS-Stimmen die Ausnahme. Von den 66 Ortsgemeinden des politischen Bezirks (immer einschließlich des Stadtbezirks Waidhofen a.d.Ybbs) erreichten die NS in 29 Ortsgemeinden Stimmen, davon mindestens fünf Stimmen in zehn Ortsgemeinden.

Auffallende NS-Stimmen (mehr als fünf) in folgenden Ortsgemeinden:

Amstetten, Mauer b. Amstetten: besonders starker „Deutscher Schulverein Südmark“.

Wallsee: Von hier kamen später führende NS-Funktionäre.

Aschbach Markt: Hier hatten die Sozialdemokraten die relative Mehrheit.

Kürnberg: hoher sozialdemokratischer Anteil.

Bei der Wahl zur „Verfassungsgebenden Nationalversammlung“ am 16. Februar 1919 wurden im politischen Bezirk Amstetten die Christlichsozialen die stärkste Partei, in den meisten Ortsgemeinden errangen sie auch die absolute Mehrheit. Die Christlichsozialen erhielten 23.640 Stimmen (Bauernbund 16.727 und Christlichsoziale Arbeiter- und Bürgerpartei, Liste Zerdik, 6.913 Stimmen), die Sozialdemokraten 10.278 Stimmen und die Deutschvölkischen 6.556 Stimmen. Die NS mussten sich mit 226 Stimmen, davon allein in Amstetten 110 Stimmen, zufrieden geben. In der überwiegenden Zahl der Ortsgemeinden gab es absolute Mehrheiten der Christlichsozialen. In vier Gemeinden, Amstetten, Hausmening, Ulmerfeld und Kematen erzielte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die absolute Mehrheit, die relative Mehrheit erreichte sie in fünf Ortsgemeinden, außer in der Gemeinde Sonntagberg noch in Mauer b. Amstetten, Ennsdorf, St. Valentin und Zell

a.d.Ybbs. Bei dieser Wahl konnten nur die Deutschnationalen, die als „Deutschvölkische Partei“ auf der Ursin-Liste (Namensliste „Dr. Josef Ursin“) kandidiert hatten, in einzelnen Ortsgemeinden, im Besonderen in den Städten Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs, besondere Erfolge erzielen. In den meisten ländlichen Ortsgemeinden waren die „Deutsch-völkischen“ weitaus stärker als die Sozialdemokraten, in Aschbach-Markt erreichten sie sogar die relative Mehrheit. Diese „Deutschvölkische Partei für das Viertel ober dem Wienerwald“, die kurz vor der Wahl am 27. Jänner 1919 gegründet worden war, verlangte in ihrer Gründungsversammlung außer der schon erwähnten Verhinderung der Rückkehr der Habsburger die Eingliederung Westungarns in Deutsch-Österreich und die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.¹

Die oben genannten Ortsgemeinden waren die ersten erkennbaren Zentren des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers. In Aschbach-Markt brachte die Wahl, wenn man zu den eigentlichen Deutsch-„völkischen“, der Ursin-Liste, und den NS die Zerdikliste hinzuzählt, die relative Mehrheit eines deutschnational ausgerichteten Lagers. Ein weiteres Zentrum der Deutsch-„völkischen“, und zwar im ländlichen Bereich, war Neuhofen a.d.Ybbs, wo der ziemlich starke „Unabhängige Deutsche Bauernbund“ eine beachtliche Konkurrenz für den christlichsozialen Niederösterreichischen Bauernbund darstellte.² Die Landtagswahl vom 4. Mai 1919 wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt. Denn die NS kandidierten nicht auf einer eigenen Liste, sondern zusammen mit anderen deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppierungen auf der Liste der wahlwerbenden Gruppe der „Deutschvölkischen“. Ihre Konkurrenten waren die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen. Bemerkenswert ist neben dem Rückgang des Stimmenanteils der Christlichsozialen der augenscheinlich starke Rückgang des Stimmenanteils der Deutschnationalen, der auf Wahlenthaltung beruhen dürfte.³

1 Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 8.

2 In Waidhofen a.d.Ybbs Stadt waren die Sozialdemokraten die zweitstärkste Fraktion, in Zell a.d.Ybbs hatten sie die relative Mehrheit. AZ 8 v. 23.2.1919, S. 1-2; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 6; S. 8; S. 12; zu einzelnen Wahlergebnissen: Pontesegger Anton, Chronik der Marktgemeinde Sonntagberg, Sonntagberg 1988, S. 165-166, Anm. 3 (S. 482). Zum Gesamtergebnis für den Wahlkreis 8 s. AZ 8 v. 23.2.1919, S. 1-2.

Kommunalpolitiker aus dem politischen Bezirk waren, wie schon erwähnt, ständig auch überregional in politischen Gremien vertreten. Aus ihrer Präsenz in Landes- und Bundesgremien lässt sich die jeweilige politische Bedeutung des politischen Bezirks ablesen. Meist waren politische Funktionäre als Mandatäre im Landtag und im Nationalrat vertreten, selten auch als Regierungsmitglieder. Dies war am Anfang der Ersten Republik, dann erst wieder im „Ständestaat“ der Fall. In der ersten provisorischen Regierung Deutsch-Österreichs war der politische Bezirk Amstetten durch zwei Christlichsoziale als Staatssekretäre vertreten: Oberbaurat Hans Zerdik aus Amstetten (für öffentliche Arbeiten) und der Bauer Josef Stöckler aus St. Valentin (Land- und Forstwirtschaft). Freihammer, Erste Republik, a. a. O., S. 5.

³ AZ 19 v. 11.5.1919, S. 1-2. Walter Riehl, der Führer der NSDAP, zog als Abgeordneter der NS in den gemeinsamen Landtag Wien-Niederösterreich ein. Nach der Trennung des Landes von der Stadt Wien im Jahr 1921 war bis 1932 kein NS mehr im niederösterreichischen Landtag vertreten. Mulley, NSDAP Niederösterreich, a.a.O., S. 173; Riepl, Landtag, a.a.O., S. 13; zur Gemeinderatswahl vom 22. Juni 1919 s. Kap. Wahlen.

3.2. Die Christlichsoziale Partei und ihre Spaltung in zwei wahlwerbende Flügel anlässlich der Nationalratswahlen 1919 und 1920

Um die jeweilige Wahlbewegung und die -ergebnisse der Christlichsozialen auf bezirklicher Ebene in den landesweiten Kontext einordnen zu können, sei auf Folgendes im Überblick hingewiesen: Die christlichsoziale Partei hatte aufgrund ihres ausgeprägten Föderalismus laufend Organisationsprobleme, nach einer Reform 1921 wurden die Landesparteien stärker an die Bundespartei gebunden. Erst ab 1926 gab es ein einheitliches Parteiprogramm. Die weitere Vereinheitlichung der Partei wurde sowohl durch den Föderalismus als auch durch das Vereins- und Bündeleben verhindert. Einigend wirkte die teilweise Verwirklichung des korporativ-ständischen Modells. Dieses wurde verkörpert durch den 500.000 Mitglieder umfassenden Reichsbauernbund, durch die von Kunschak gegründete christliche Arbeiterbewegung und die von Ing. Julius Raab in die Wege geleitete Umwandlung des Deutsch-österreichischen Gewerbebunds in eine selbständige Standesvertretung im Rahmen der christlichsozialen Partei. Laut Parteistatut von 1920 bestanden in Niederösterreich zwei Landesparteiorganisationen: der Niederösterreichische Bauernbund und für alle Nichtbauern die christlichsoziale Städteorganisation für Niederösterreich. Noch im selben Jahr wurde eine einheitliche christlichsoziale Landesorganisation für Niederösterreich geschaffen. Die stärkste Teilorganisation war der eng mit der christlichsozialen Partei verflochtene Bauernbund, dessen erster Obmann Josef Stöckler von 1919 bis 1926 auch den gesamtösterreichischen Dachverband, den Reichsbauernbund, und bis 1933 die niederösterreichische Landesorganisation der christlichsozialen Partei leitete. Ab 1928 stand Josef Reither an der Spitze des Niederösterreichischen Bauernbundes, der 1922 einen Mitgliederstand von 115.000, 1931 sogar 140.000 erreichte. Neben ihm existierte noch der Christlichsoziale Volksverband, die ehemalige Städteorganisation, mit 60.000 Mitgliedern (1920), bestehend aus Beamtschaft und Gewerbe, und die Arbeiterorganisationen, die innerhalb der christlichsozialen Partei den anderen Teilorganisationen zahlenmäßig unterlegen waren (1928: 14.693 Mitglieder) und sich auch nicht an Einfluss mit ihnen messen konnte- genauso wenig wie mit den Sozialdemokraten in Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Diese errangen bei den Arbeiterkammerwahlen 1926 111 von 130 Mandaten.⁴

Die gesellschaftliche Verankerung sah folgendermaßen aus: Die Grundbesitzer gehörten zum Kern der christlichsozialen Partei. 1923 waren 42 % der niederösterreichischen Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Von ihnen verfügten knapp drei Viertel über eigenen Grund und Boden. Bei den ersten Wahlen in die niederösterreichische Landwirtschaftskammer im Mai 1922

⁴ Leidinger Hannes, Mueller Wolfgang, Die Christlichsozialen und die Vaterländische Front in Niederösterreich 1918-1938. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 403-404; zu den Arbeiterkammerwahlen s. I.5.

entfielen 26 von 32 Mandaten auf die christlichsoziale Partei. Je größer der Bauernanteil an der Bevölkerung war, desto größer der christlichsoziale Wähleranteil.⁵

Die berufssoziale Zuordnung zu einzelnen politischen Gruppierungen anhand von Wahlen lässt sich an Ergebnissen bei der LTW im April 1921 ablesen. Damals wurde der niederösterreichische Landtag neu gewählt, die christlichsoziale Partei erhielt mit 32 Mandaten die absolute Mehrheit, die SDAP erreichte 22 Mandate, die Großdeutsche Partei sechs. Die Christlichsozialen rekrutierten ihre Wähler vor allem aus dem Bauernstand (Ihre Vertretung war der Niederösterreichische Bauernbund, Teil des Reichsbauernbunds.) Die SDAP rekrutierte ihre Mandatare mehrheitlich aus den Gewerkschaften, öffentlich Bediensteten und öffentlichen Gebietskörperschaften. Bei den Großdeutschen fielen vor allem die Lehrer auf, dazu kamen Freiberufler und Gewerbetreibende.⁶

Die erste demokratische Gemeinderatswahl 1919 brachte bereits eine Dominanz der christlichsozialen Partei in Dörfern, Märkten und kleineren Städten, die Sozialdemokratie hatten ihre Mehrheiten in den industriellen Zentren, im politischen Bezirk entlang der Westbahnstrecke und im Ybbstal. Die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Christlichsozialen und SDAP wurden in den GRW 1924 und 1929 verschärft, während sie zwischen christlichsozialer Partei und Großdeutschen auf kommunaler Ebene wesentlich gemäßigter verlief. Wie auf Bundesebene wurde auf Gemeindeebene vielfach ein Bürgerblock gebildet, eine gemeinsame Front- und Abwehrstellung gegen die SDAP, wobei auch die NSDAP selbst oder ihr nahestehende Gruppen miteingeschlossen wurden.⁷

Die SDAP hatte ihre eigenen Vorstellungen, um ihr Programm durchzubringen. Dies hing auch mit der Forderung nach zwei getrennten Bundesländern zusammen. Mit ihrer Mehrheit in Wien könnten sozialdemokratische Ziele rasch realisiert werden und deren Ergebnisse als Vorbildwirkung auch in Niederösterreich in der Wahlwerbung eingesetzt werden. Nach Inkrafttreten der neuen Landtagswahlordnung wurden am 4. Mai 1919 120 Abgeordnete für den Landtag gewählt, wobei 64 Mandate an die SDAP, 45 an die christlichsoziale Partei, acht an deutschnationale, drei Mandate an tschechische Gruppen gingen. Die Tendenz, zwei eigene Bundesländer zu installieren, war von Grund auf von beiden Seiten, den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten, gegeben, damals besonders von den Wiener Sozialdemokraten, die mit ihrer politischen Dominanz rasch ihre Reformvorstellungen umsetzen wollten.⁸

⁵ Ebenda, S. 404-405; zur Sozialdemokratie s. I.18.7.

⁶ Prinz Josef, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918-1938. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 43-44.

⁷ Ebenda, S. 46-48.

⁸ Ebenda, S. 41-43. Zur Trennung in zwei selbständige Bundesländer: Am 14. November 1918 war von der Provisorischen Landesversammlung (bestehend seit dem 5. November 1918 mit ihren 120 noch bei den Wahlen 1908 gewählten Abgeordneten mit den Befugnissen der ehemaligen Landtage und einem gewählten Landeshauptmann für Wien-Niederösterreich), das „Gesetz über die Übernahme der Staatsgewalt in den

Mit ihrem Gedankengut stieß die Sozialdemokratie besonders in agrarischen Bereichen auf vehementen Widerstand, wodurch die Auseinandersetzungen zwischen den beiden politischen Großlagern zunahmen. Jeder Wahl ging eine wochenlange „Wahlbewegung“ voraus, die politischen Wortführer bezogen oft zu besonderen Anlässen Positionen, für die eigene Partei und gegen die anderen Parteien, um zu mobilisieren und neue Zielgruppen anzusprechen, wichtiges Agitationsmedium waren die parteipolitisch orientierten Regional- und Lokalzeitungen, die jenes Selbst- und Fremdbild vermittelten, das das jeweilige eigene Lager in der Vorstellung der Leserschaft von „den Anderen“ abgrenzen sollte. Von Anfang an gab es eine in der Folge zunehmende Polarisierung zwischen bürgerlichem Lager und Sozialdemokraten. Die Christlichsozialen repräsentierten die „alte“ Ordnung, in der die patriarchalische Hierarchie das Zusammenleben regelte. Eine Fülle von wirksamen und gezielt eingesetzten Symbolen stellte diese Weltsicht täglich und zu bestimmten Anlässen nach innen und außen her, wie Orte (Kirchen, Kriegerdenkmal, Gasthäuser), Zeiten („Marienmonat“ Mai, Kirchenfeste, Erntedank etc.), Gegenstände (Fahnen, Kreuze, Uniformen etc.) Texte und Bilder (Gebete, Heiligenbildchen, Katechismus etc.), Lieder (Kaiserhymne, Kirchenlieder, Marschmusik) und Gesten (Kreuzzeichen, Habt-Acht-Stellung, Kniebeuge vor dem Altar etc.). Als Gegner galten jene, die diese Machtzeichen der alten Autoritäten in Frage stellten: „Marxisten“, „Juden“, „Freidenker“, mit einer aggressiven Sprache fanden so die

Ländern“ beschlossen. Bezemek Ernst, Eminger Stefan, Das Land und seine Meister. Verfassung und Verwaltung. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 164-167.

Der am 4. Mai 1919 gewählte niederösterreichische Landtag teilte sich von diesem Zeitpunkt an bereits in eine Wiener und eine niederösterreichische Kurie, die nur noch im Anlassfall eines gemeinsamen Anliegens einen gemeinsamen Landtag bildeten. Müller Martin, Die niederösterreichische Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 475.

Die Eröffnungssitzung des gemeinsamen Landtags fand am 20. Mai 1919 statt. Am 28. Dezember 1920 wurde das Gesetz über die gemeinsame Landesverfassung von Wien-Niederösterreich und am 4. Jänner 1921 die Verfassung des Landes Niederösterreich-Land beschlossen (in der österreichischen Bundesverfassung, Artikel 2, von 1920 war Niederösterreich noch ein zweigliedriges Bundesland), in der Niederösterreich als selbständige Bundesland festgestellt wurde. Das Trennungsgesetz vom 29. Dezember 1921 regelte die vermögensrechtlichen Verhältnisse zwischen den neuen Bundesländern. Bezemek, Eminger, Land und seine Meister, S. 164-167.

In der Bundesverfassung, die am 10. November 1920 in Kraft getreten war, wurde Wien-Niederösterreich in zwei teilweise autonome Landesteile getrennt, zwei Landtage (Kurien, NÖ-Land und Wiener Gemeinderat) und zwei Landesregierungen agierten selbständig, für gemeinsame Angelegenheiten waren ein gemeinsamer Landtag als Legislative und eine von diesem zu wählende Verwaltungskommission als Exekutive zuständig. Prinz Josef, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918-1938. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 41-43.

Die erste Änderung der Verfassung erfolgte mit dem Landesverfassungsgesetz vom 23. Juni 1933, welches noch mit Zustimmung der Sozialdemokraten zustande gekommen war. Die NS-Mandate wurden für erloschen erklärt.

Bezemek, Eminger, Land und seine Meister, S. 168.

Auseinandersetzungen vor allem zwischen den beiden großen Lagern statt, bis zu den Wahrerfolgen des dritten Lagers, besonders der NSDAP seit Anfang der 1930er Jahre. Es gab nun neben den alten Feindbildern einen neuen Gegner, 1932 erklärte der Redner auf der Jahresversammlung des Katholischen Volksbundes einer niederösterreichischen Gemeinde das Hakenkreuz zum Kampfzeichen gegen das Kreuz Christi, nicht bedenkend, dass es auch christlichsoziale Feindbilder waren, an die der Nationalsozialismus anknüpfte. Die Sozialdemokraten verstanden sich als Vorkämpfer einer „neuen“, republikanischen Ordnung, die die „Einheit von Thron und Altar“ brechen und durch die Herrschaft des Proletariats ersetzen sollte.⁹

Im Landesteil NÖ-Land hatten gemäß der LTW vom Mai 1919 die christlichsoziale Partei 26, die SDAP 20 und die Großdeutschen sechs Mandate, die mandatsstärkste Partei stellte den Landeshauptmann (Johann Mayer, damals eigentlich Landeshauptmannstellvertreter). Am 20. November 1920 trat die Landesverfassung in Kraft, am 1. Jänner 1922 erfolgte die endgültige Trennung von Wien, der Regierungssitz blieb in Wien. Dies wirkte sich auf die niederösterreichische Identität insofern aus, als man sich stark mit dem Viertel, dem politischen Bezirk, der Stadt oder der Ortschaft, in der man lebte, identifizierte.¹⁰

Im Kampf um die Stimmen der von der SDAP umworbenen Kleinhäusler und „Landarbeiter“ (gemäß Diktion des Bauernbunds „Dienstboten“) wurde vom niederösterreichischen Landesausschuss (=Vorläufer der späteren Landesräte¹¹) bei ergänzenden Wahlen zu den Bauernräten 1921 darauf Wert gelegt, dass Kleinhäusler und „selbständige Dienstboten“ in die Wahlen miteinbezogen wurden. Der Bauernbund stand damals in Konkurrenz zum Großdeutschen Hauer- und Bauernbund für Niederösterreich.¹²

Eine bedeutende Wählergruppe der Christlichsozialen waren Frauen mit ländlichem und kleinstädtischem Lebenshintergrund, zusätzlich konnten sie auf das weitverzweigte Netz christlicher bäuerlicher Interessenverbände, christlich-deutscher Turn- und Burschenvereine, katholischer Bürger- und Arbeitervereine zurückgreifen. In der ersten Hälfte der 1930er Jahre kamen der

⁹ Langthaler Ernst, Nahe und entfernte Verwandtschaft. Agrar-Korporativismus in Niederösterreich. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 373. Nach der Machtübernahme durch die NS setzte die totale Umwertung ein: Die Symbole des „Ständestaats“, deren Sachbezug und Funktion ziemlich unverändert blieb, wenn man von den religiösen Zuordnungen absieht, gaben nun mit anderen Namen und Inhalten die vorherrschenden NS-Ideologie wieder, verordnete Rituale hatten oft bewusst gesetzten bzw. zugelassenen pseudoreligiösen Charakter.

¹⁰ Müller, Sozialdemokratie, a.a.O., S. 475

¹¹ Als am 5. November 1918 die 120 ehemaligen Abgeordneten des alten Landtags und des Reichsrats im Niederösterreichischen Landhaus zum ersten Mal als provisorische Landesversammlung zusammentraten und einen Landeshauptmann für Wien/Niederösterreich wählten, wurden auch sieben Landesausschüsse, die Vorläufer der späteren Landesräte, bestellt.

Prinz, Politische Herrschaft, S. 41-43.

¹² Enderle-Burcel Gertrude, Schmitz Georg, Politische Eliten in Niederösterreich im 20. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, S. 240.

„Reichsbund der katholisch-deutschen Jugend Österreichs“ auf ca. 100.000, die 1907 gegründete „Katholische Reichsfrauenorganisation“ auf ungefähr 250.000 Mitglieder. Die Christlichsozialen profitierten davon z.B. bei Nationalratswahlen: 1920 erhielten sie 46 %, 1927 fast 52 % der weiblichen Stimmen, die SDAP hingegen nur 31 % bzw. 40 %.¹³

Die christlichsoziale Partei blieb bei den folgenden LTW 1927 und 1932 die weitaus stärkste Partei. Gemäß der niederösterreichischen Landesverfassung waren immer auch Sozialdemokraten und Großdeutsche in der Landesregierung vertreten.¹⁴

Bei der LTW 1927 sollte sich in den Mehrheitsverhältnissen nichts ändern: Die christlichsoziale Partei erhielt 38 Mandate, die SDAP 21 und der Landbund ein Mandat.¹⁵

Bei der LTW 1932 verlor die christlichsoziale Partei erstmals ihre absolute Mehrheit, die NSDSAP zog mit acht Mandaten in den Landtag ein, die Christlichsozialen hatten 28 Mandate, die SDAP 20.¹⁶

Die Christlichsozialen traten bei der NRW 1919 (Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung) im Wahlkreis 8 (Eisenwurzen) deutlich sichtbar mit zwei Listen an: mit einer Liste der Christlichsozialen Bürger- und Arbeiterpartei und einer Liste des Bauernbundes. Die Zerdik- und die Stöcklerfraktion (Hans Zerdik, Zivilingenieur aus Amstetten, Landesbaudirektor, Vertreter des gewerblichen Mittelstands und der christlichen Angestellten und Arbeiter, und Josef Stöckler, Bauer aus St. Valentin, Listenführer des katholischen Bauernbunds und auch dessen Begründer; beide bekleideten in den ersten zwei Regierungen unter Staatskanzler Renner das Amt eines Staatssekretärs: Zerdik war zuerst Staatssekretär für öffentliche Arbeiten und dann für Handel, Gewerbe und Industriebauten, Stöckler zwei Mal Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft¹⁷) waren jeweils als wahlwerbende Gruppe der

¹³ Leidinger, Mueller, Christlichsoziale, a.a.O., S. 406; zu den christlichsozialen Organisationen s. I.18.

¹⁴ Prinz, Politische Herrschaft, a.a.O., S. 43-44.

¹⁵ Müller, Sozialdemokratie, a.a.O., S. 478.

¹⁶ Ebenda, S. 481.

¹⁷ Ing. Hans Zerdik (1878-1961), Absolvent der Technischen Hochschule, war seit 1891 im Landesbaudienst, 1909 Leiter der Bauabteilung in Amstetten, ab 1911 Mitglied des Amstettner Gemeinderats, 1912-1919 Abgeordneter zum Landtag, Mitglied der Provisorischen Landesversammlung, 1919-1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, 1918-1919 Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, 1919-1920 Staatssekretär für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten. Enderle-Burcel, Schmitz, Politische Eliten, a.a.O., S. 240, Anm. 25.

Stöckler (1866-1936) war seit dem 28. Lebensjahr Gemeinderat und 1906-1909 Bürgermeister in St. Valentin. 1902 war er als Kandidat der Allgemeinen Wählerklasse und in den Landtag gewählt worden. Er war im niederösterreichischen Landesausschuss stark engagiert, wurde Obmann der neuen Bauernorganisation und 1907 in das Abgeordnetenhaus gewählt. Nach der Wahlniederlage der Christlichsozialen in der Reichsratswahl 1911 war Stöckler in der Gruppe überwiegend bäuerlicher Abgeordneter, die bis Mai 1917 die Christlichsoziale Vereinigung im Reichsrat alternierend führte. Von Dezember 1916 bis Februar 1917 war er selbst Klubobmann, im Oktober 1918 wurde er Mitglied des Staatsrates (Vollzugsausschuss der Provisorischen Nationalversammlung), 1918-1919 Staatssekretär für Landwirtschaft, 1919-1920 Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft, 1919 übernahm er die Obmannschaft des neu gegründeten Reichsbauernbundes, von 1921 bis Mai 1933 war einer der Stellvertreter des Bundesparteiobmanns der christlichsozialen Partei Dr. Ignaz Seipel

christlichsozialen Partei bei der Nationalratswahl am 16. Februar 1919 noch gemeinsam für die Christlichsozialen angetreten. Bei der Nationalratswahl am 17. Oktober 1920 verstand sich nur mehr die Stöcklerfraktion als eigentliche christlichsoziale (katholische) Fraktion, weil Staatssekretär a. D. Zerdik aus der Christlichsozialen Partei ausgetreten war.

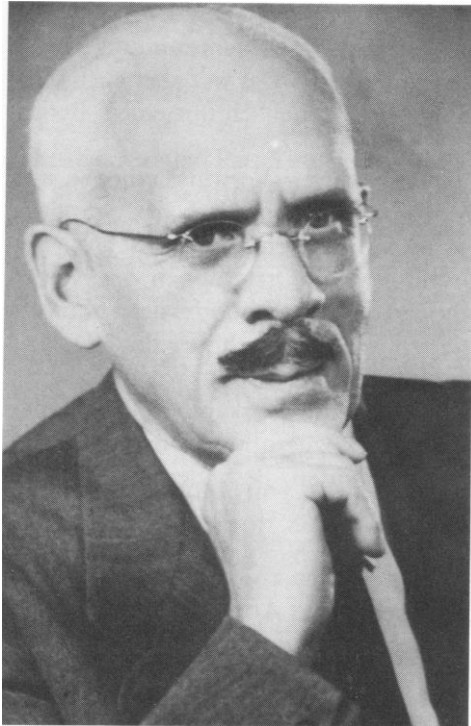


Aufruf der christlichsozialen Städte-Organisation zu „politischen Fragen“ noch in der Monarchie, Hauptredner waren Reichsratsabgeordneter Dr. Heinrich Mataja und Landtagsabgeordneter Hans Zerdik. (Bild 10A)

Anmerkungen zu der politischen Karriere von Hans Zerdik finden sich in der „AZ“ vom 23. März 1919: Hans Zerdik war Mandatar der Christlichsozialen im Amstettner Gemeinderat und Ehrenbürger der Stadt. Als solcher kandidierte er bei der ersten Nationalratswahl vom 16. Februar 1919 für die christlichsoziale Partei, aber als Listenführer einer eigenen wahlwerbenden Gruppe des Wahlkreises bzw. des politischen Bezirks, „als die einflußreichste und den Wahlkampf prägende Persönlichkeit aufseiten der christlichsozialen Wahlbewegung, die mit ihm einen überwältigenden Erfolg erzielen konnte, sodaß er sein Nationalratsmandat in Anspruch nehmen konnte“. Er hatte bereits in der ersten provisorischen Regierung das Amt eines Staatssekretärs für öffentliche Arbeiten bekleidet.

und Carl Vaugoin, bis 1927 Mandatar im Nationalrat, 1928 legte er die Leitung des NÖ Bauernbunds und des Reichsbauernbunds nieder und wurde vom NÖ Landtag ab 1927 in den Bundesrat entsandt, im „Ständestaat“ musste Stöckler endgültig das „Parlament“ verlassen. Ebenda, S. 237.

Nach der ersten Nationalratswahl erhielt er das Staatssekretariat für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.¹⁸



Landtagsabgeordneter und Amstettner Gemeinderat Hans Zerdik, auch Mitglied der ersten Regierung von Dr. Karl Renner, Staatssekretär für öffentliche Arbeiten und dann für Handel, Gewerbe und Industriebauten. (Bild 10B)

Anmerkungen zu seinem ideologischen Programm wurden bereits in der „AZ“ vom 19. Jänner 1919 gemacht. Zur Charakteristik der politisch-ideologischen Einstellung Zerdiks hieß es hier: Seine Ideologie sei „völkisch“ und „antisemitisch“, außerdem vertrete er „mit Nachdruck die Anschlussforderung“. Die gesellschaftliche Zielgruppe seien die „Gewerbetreibenden“. Das führende Lokalblatt der Christlichsozialen, die „AZ“, unterstützte die Wahlkampagne Zerdiks. Aus einer Wählerversammlung vom 4. Jänner 1919 ist seine politische Programmatik erkennbar. Eingeladen wurde zu einer „Wählerversammlung der christlichsozialen Städte-Organisation des Viertels ob dem Wienerwald als einer Zweiggruppe der christlichsozialen Partei“ im Gasthof „Zur Stadt Wien“. Angesprochen war die „Vertretung der Handels- und Gewerbetreibenden und der christlichen Gewerkschafter“. Es handelte sich um eine „Wählerversammlung, wo der Gemeinderat und der eifrige Förderer der wirtschaftlichen Interessen des heimischen Bezirks, Oberbaurat Hans Zerdik, als Sprecher“ auftreten würde. Er sei „gegenwärtig Staatssekretär in der Koalitionsregierung“. „Daß Staatssekretär Zerdik einer von den Männern ist, denen wir unser künftiges Schicksal mit Beruhigung anvertrauen können, dafür bürgt und schon sein reiner, völkischer Charakter, der sich in jedem Satz,

¹⁸ AZ v. 23.3.1919, S. 3; zu Stöckler s. Kammerhofer, Niederösterreich zwischen den Kriegen, a.a.O., S. 154: Stöckler war von 1918-1920 Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft.

den er spricht, widerspiegelt. Daß der Ausbeutung des Volkes durch die Juden und das jüdische Großkapital wie überhaupt dem Überwuchern jüdischen Einflusses auf unser Wirtschaftsleben ein Paroli (sic!) geboten werden muß, ist ein altes Postulat der Christlichsozialen.“¹⁹

Auf Landesebene trat die Christlichsoziale Bürger- und Arbeiterpartei bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung am 16. Februar 1919 in Listenkoppelung mit dem Niederösterreichischen Bauernbund an. Genauso bei der LTW vom 4. Mai 1919.

Diese LTW brachte ein neues Landesparlament, wobei die Abgeordneten des Bauernbunds aus den Wahlkreisen des flachen Landes (in der Folge: Niederösterreich-Land) kontinuierlich stark vertreten waren, wogegen die Wahlbezirke der Landstädte 1919 nur drei der ehemaligen christlichsozialen Abgeordneten vor dem Krieg in den Landtag oder in die Konstituierende Nationalversammlung schickten, unter ihnen auch der Landesbeamte aus Amstetten Ing. Hans Zerdik und der Gymnasialdirektor aus Horn und spätere Bundespräsident Wilhelm Miklas.

Stöckler war einer der führenden Politiker aufseiten der Christlichsozialen in österreich- und niederösterreichweit einflussreicher Position. Er stammte aus dem Westen des Amstettner Bezirks (St. Valentin). Seine Biografie ist eng mit der Geschichte des Bauernbunds verbunden. Am 24. Juni 1906 war der Niederösterreichische Bauernbund gegründet worden, der am Anfang der Republik aufgrund seiner Organisationsstruktur effizienter tätig war als die christlichsoziale Partei selbst. Die Vereinsspitze des Niederösterreichischen Bauernbunds kommunizierte von Anfang an in den Gemeinden über Vertrauensmänner, die zum Teil Bürgermeister oder Landtags- und Reichsratsabgeordnete waren, mit ihren Mitgliedern, weil es laut Vereinsgesetz verboten war, Filialen und Zweigvereine eines politischen Vereins zu bilden. Zu den Gründungsvätern des Niederösterreichischen Bauernbunds gehörten Karl List, Gründer und Obmann des Landesverbandes der Landwirte Niederösterreichs (gegründet 1895), Josef Stöckler, Obmann des Bauernvereines des Viertels ober dem Wienerwald (gegründet 1895), Mostviertel, und Dr. Albert Heßmann, Organisator der Christlichsozialen Reichspartei.²⁰

¹⁹ AZ 2 v. 12.1.1919, S. 1.

²⁰ Leidinger, Mueller, Christlichsoziale, a.a.O., S. 410; zu den NÖ-Wahlergebnissen s. 410 ff; ebenda, S. 239-240; ebenda, S. 233-234.



Versammlungslokal der Christlichsozialen, der Gasthof Leopold Dollfuß „Zur Stadt Wien“, mit Belegschaft, 1920, oft von Bundeskanzler Dollfuß (die Großväter waren Brüder) besucht. (Bild 11A)

Hatte unter der Führung von Hans Zerdik die Zerdik-Gruppe innerhalb der christlichsozialen Partei bereits in der Wahlbewegung der Nationalratswahl 1919 eine starke Position inne, die eine Fraktionierung („Liste“) innerhalb der Gesamtliste bewirkte, so kandidierte er bei der Nationalratswahl 1920 nach dem Zerwürfnis mit der christlichsozialen Führung gesondert auf einer eigenen Liste gegen die eigentliche Liste der Christlichsozialen. Im Oktober 1919 hatte Zerdik mit seinem Parteiaustritt die Konsequenzen daraus gezogen, dass er nach der Scheidung seiner ersten Ehe durch eine zweite Heirat innerhalb der Partei nicht nur eine starke Missstimmung erzeugte, sondern auch ständige Angriffe gegen seine Person zu ertragen hatte. Er blieb vorerst weiter als parteiloses Regierungsmitglied in der Regierung und als „wilder“ Mandatar im Gemeinderat. Nach dem Scheitern der sozialdemokratischen-christlichsozialen Koalition und dem Rücktritt der Regierung Renner am 10. Juni 1920 war er in der Übergangsregierung Dr. Michael Mayr nicht mehr auf der Kabinettsliste. Bereits im Oktober 1919 war Staatssekretär Zerdik, Gemeinderat und Ehrenbürger von Amstetten, aus der Christlichsozialen Partei ausgetreten.

Die ideologische Zielrichtung Zerdiks lässt sich anlässlich von Wahlversammlungen für die Nationalratswahl 1920 noch deutlicher abheben: Zerdik, der nun mit einer eigenen Namensliste antrat, versuchte weiterhin bürgerliche Wähler sowohl aus dem rechten Flügel der Christlichsozialen als auch aus dem großdeutschen Lager anzusprechen. So versuchte er den Großdeutschen Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs für seine Liste zu gewinnen. Nach einigem Zögern kandidierte dieser aber an zweiter Stelle hinter Dr. Josef Ursin auf der großdeutschen Wahlkreisliste. Bei dieser

Nationalratswahl war folglich eine verstärkte Konkurrenzstellung zwischen den Großdeutschen und der Zerdik-Liste festzustellen, weil im Wahlkampf deutlich wurde, dass es eine Mehrzahl von gleichen politischen Anliegen gab, denen auch eine ideologische Übereinstimmung zugrunde lag. Die Berichterstattung in den bürgerlichen Lokalmedien über die Wählerversammlungen gibt über diese ideologisch-

politischen Rivalitäten Auskunft. So blieb ihm nichts anderes übrig als die Großdeutschen vehement anzugreifen, wobei er Scherbaum unterstellte, gleichzeitig Mitglied der Großdeutschen Volkspartei und heimlich auch der Nationalsozialistischen Partei gewesen zu sein, was sicherlich nicht selten vorgekommen sein dürfte. Diese Anschuldigung konnte damals nicht widerlegt werden. Zerdik, der nun als Vertreter des rechten, deutsch-„völkisch“ ausgerichteten Flügels der christlichsozialen Partei auftrat, musste natürlich auch die ständige heftige Agitation der offiziellen christlichsozialen Liste abwehren. Es überrascht aber nicht, dass es ihm gelang, nachdem er im Gasthof Neu in Amstetten ein eigenes Wahlsekretariat eröffnet hatte, die Unterstützung vieler christlichsozialer Funktionäre zu gewinnen.

Verstärkt wurde neben der Betonung des „Anschluss“gedankens der Antisemitismus (so besonders der „Arierparagraph“) in den Vordergrund gestellt. Es kam der Kampf gegen die Sozialdemokratie, die als Symbol für „Anarchie und Unrecht“ apostrophiert wurde, hinzu. Der Einfluss der römisch-katholischen Kirche wurde hingegen akzeptiert. Bezeichnend für diese ideologische Haltung sind seine Wahlaufrufe. In der „AZ“ vom 17. Oktober 1920, betitelt mit „Christlich-deutsche Wähler und Wählerinnen!“, wurde anlässlich der Nationalratswahl 1920 der „vorbehaltlose Anschluss an Deutschland“ gefordert. Außerdem wurden „fünf Richtlinien“ aufgestellt, von denen drei infolge ihrer klaren Ausformulierung gegenüber den nur diffus oder weniger radikal artikulierten identischen Inhalten bei den Christlichsozialen die deutliche Abgrenzung aufzeigen: Das Programm der Zerdik-Liste ist in einem Aufruf ersichtlich: „Christlich-Deutsche Wähler und Wählerinnen“. Verschiedene Programmpunkte wurden als Forderungen angeführt, die ganz auf der Forderungslinie der bürgerlichen Gruppierungen lagen:²¹ „1. Die einzige Rettung, die es in Österreich gibt, ist der vorbehaltlose Anschluss an Deutschland.

2. (...) 3. Den Kampf gegen das internationale Judentum. 4. (...) 5. Den Abbau der Sozialdemokratie, damit in unserem Staat Anarchie und Unrecht durch Ordnung und Recht ersetzt werde.“

Natürlich versuchte Zerdik vor allem die christlichsozialen Wähler anzusprechen, in Konkurrenz zur eigentlichen christlichsozialen Partei. Er versuchte aber auch, wie erwähnt, in das Wählerpotential der Großdeutschen einzudringen. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen über die Lokalmedien bestätigen die unüberbrückbar scheinenden Gegensätze innerhalb der Christlichsozialen Partei. Schlichtungsversuche mussten scheitern: „An die P.T. christlichsoziale Wählerschaft im V.O.W.W. zur

²¹ AZ 41 10.10.1920 S. 2 und AZ 42 v. 17.10.1920, S. 2.

Aufklärung!“ lautete eine mediale Offenlegung des Konfliktfeldes in der „AZ“ vom 3. Oktober 1920, die auf seiner Seite stand. Am 18. September hatte in Pöchlarn eine Kreiswahlkonferenz der christlichsozialen Partei stattgefunden, in der „einstimmig“ der Beschluss gefasst wurde, zwischen der offiziellen Kandidatenliste der christlichsozialen Partei und der Zerdikliste „vollkommenen Burgfrieden“ zu erklären. Zerdik habe diesen Burgfrieden, „seit er freiwillig aus dem Klub der christlichsozialen Partei ausgeschieden ist, jederzeit gewahrt“. Diese Haltung wurde „auch von der Gegenseite“ erwartet. Diese habe diesen Frieden „trotzdem nicht eingehalten“. Weiter merkte die „AZ“ zum Wählerpotential Zerdiks an, wobei sie vorsorglich den Verdacht einer antikirchlichen Linie wie bei den Großdeutschen zu beseitigen suchte: „Größter Beliebtheit erfreut sich Zerdik in den Kreisen der Handels- und Gewerbetreibenden, der Fixangestellten, der christlichen Arbeiterschaft, da seine Tätigkeit als Abgeordneter und Staatssekretär für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten darauf ausgerichtet war, diese drei ‚Stände‘ zu unterstützen. Zerdik ist aber auch ein Gegner des Kulturkampfes und ein absoluter Anhänger der sittlich-religiösen Erziehung der Jugend.“

Es folgte ein Seitenhieb auf die eigentliche christlichsoziale Fraktion und die Parteinahme für Zerdik: „(...) viele Stimmen, die Zerdik auf sich vereinigt, kann die offizielle christlichsoziale Liste nicht fassen. Alle diese Wähler würden entweder Stimmenthaltung treiben oder ihre Stimme der Großdeutschen Partei oder der Sozialdemokratie zuwenden.“²²

Das „nationale“ Sprachrohr des gewerblichen Mittelstandes, die „AZ“, welche die Wahlkampagne für Zerdik vollinhaltlich unterstützt hatte, führte in der Ursachenforschung für seine Niederlage bei der Nationalratswahl 1920 die Nichtakzeptanz seines Programms durch die christlichsoziale Parteiführung an, vor allem aber die polemischen Angriffe von dieser Seite gegen ihn. Schien bis zu diesem Zeitpunkt eine Zusammenarbeit bzw. sogar ein Zusammengehen zwischen diesem Flügel und den gemäßigten Großdeutschen möglich, so lässt sich seit dem Scheitern Zerdiks eine deutlichere Abgrenzung der Christlichsozialen von den Deutschnational-„völkischen“ beobachten. Es ist anzunehmen, dass diese einmal zu Tage gekommenen Grundeinstellungen innerhalb des christlichsozialen Spektrums latent weiterbestanden, was sich in einem Fluktuieren zu anderen politischen Gruppierungen des bürgerlichen Lagers in der folgenden Zeit auswirkte. Der Selbstfindungsprozess der Christlichsozialen mit dem ihnen eigenen Selbstverständnis als Partei des katholisch-konservativen Lagers mit einer bäuerlichen und einer gewerblichen Komponente hatte, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, die Abgrenzung gegenüber den „nationalen“ Gruppierungen bewirkt. Diese vorerst deutlicher in Erscheinung tretende Differenzierung sollte sich aber besonders in urbanen Bereichen bald in fließende Grenzen zwischen beiden Lagern gerade bei der gewerblichen Anhängerschaft auflösen, wobei es bald zur Frontstellung und zum Kampf um diese Berufsgruppe kommen sollte, in den mit der ihnen eigenen Radikalität die NS eingriffen. In der Stadt

²² AZ 40 v. 3.10.1920, S. 2.

Amstetten hatte es eine starke Anhängerschaft Zerdiks gegeben, wie aus Wählerversammlungen ersichtlich ist. Anlässlich der Berichterstattung über die „Wählerversammlungen“ zur Nationalratswahl 1920 konnte man in der „AZ“ von einer „Massenversammlung in Amstetten“ am 2. Oktober 1920 lesen. Es fand im Gasthof Schillhuber eine Versammlung aller Parteien statt. „Der weitaus überwiegende Teil des Saales war mit Anhängern der Zerdik-Liste gefüllt.“ Zur Konkurrenz gegenüber den Christlichsozialen bemerkte die „AZ“: „Da Bürgermeister Kubasta selbst als Listenführer der Christlichsozialen den Vorsitz führte, muß man annehmen, daß in Amstetten eine starke Anhängerschaft für Zerdik bestand.“ Zerdik wiederum antwortete „auf Vorwürfe der Großdeutschen Partei, weil er persönliche Differenzen zwischen ihrem Kandidaten Hugo Scherbaum aus Waidhofen (der laut Zerdik ‚es fertig brachte (...) gleichzeitig der großdeutschen und nationalsozialistischen Partei anzugehören, zwei Parteien, die in ihren programmatischen Auffassungen so bedeutende Unterschiede zeigen‘) und ihrem Listenführer Dr. Ursin aus Tulln für sich auszunützen versuchte“, also aus dem Potential der Deutschnational-„völkischen“ Stimmen zu holen suchte, und hier vor allem „unter den Gewerbetreibenden“.²³

Die Reaktion der Großdeutschen ist ebenfalls eindeutig nachvollziehbar. Hauptthemen der Wählerversammlungen der Großdeutschen Partei waren im Nationalratswahlkampf 1920 die Abgrenzungsversuche gegenüber „der Zerdik-Liste der Christlichsozialen“, weil sie ebenfalls – in weitgehender ideologischer Übereinstimmung mit Zerdik – den gewerblichen Mittelstand anzusprechen versuchten. Aufrufe der Großdeutschen finden sich in großer Zahl in der „AZ“ abgedruckt, welche die Frontstellung der Zerdik-Liste der Christlichsozialen gegen die Großdeutschen belegen.²⁴ Die Polarisierung nahm unmittelbar vor dem Wahltag zu. Dies belegt der „Aufruf gegen die Großdeutschen“ in der „AZ“ vom 17. Oktober 1920. Die Forderung lautete: „Christlichdeutscher Anschluß an Deutschland!“²⁵ In diesem letzten Wahlauf Ruf für die Nationalratswahl 1920 wies Zerdik auch auf bisherige Organisationsmängel seiner Berufsklientel im Gegensatz zur gut organisierten Bauernschaft und Arbeiterschaft hin, was er als ein Argument für die Unterstützung seiner Fraktion brachte: „Am 17. Oktober 1920 ruft euch die Republik zur Entscheidung auf, ob Anarchie und Unordnung in diesem Staate weiterbestehen oder ob Ordnung und Recht in unserem Staatswesen Einzug halten soll. (...) Die einzige Rettung, die es für Österreich gibt, ist der vorbehaltlose Anschluß an Deutschland (...). Im besonderen Maße bedürfen die Gewerbe und Handelstreibenden, die Fixangestellten und die christliche Arbeiterschaft der Hilfe der Abgeordneten, weil sie nicht in dem Maße über kräftige, zielbewußte Standesorganisationen verfügen, wie die Bauernschaft und die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft.“²⁶ Bei der ersten Nationalratswahl der Ersten

²³ AZ 41 v. 10.10.1920, S. 2-3.

²⁴ AZ 36 v. 5.9.1920, S. 3, Wählerversammlung der Großdeutschen Partei.

²⁵ AZ 42 v. 17.10.1920 S. 1.

²⁶ AZ 42 v. 17.10.1920, S. 2.

Republik vom Februar 1919 brachte dieser von Zerdik eingeschlagene ideologische Weg mit seinen deutsch-„völkischen“ Akzenten einen großen Wahlerfolg für die christlichsoziale Partei. Diese von Zerdik vertretene erfolgreiche Ideologiekomponente am rechten Rand der christlichsozialen Partei führte zur weiteren Distanzierung von der Gesamtpartei. Obwohl er vor dem letzten Schritt einer Abspaltung zurückschreckte, dürfte er doch mit seiner Alleinkandidatur auf einer eigenen wahlwerbenden Liste (wie erwähnt, noch innerhalb der Christlichsozialen Partei) für die Nationalratswahl 1920 zu weit gegangen sein. Außerdem wurde er Opfer einer persönlich gegen ihn gerichteten Diffamierungskampagne, sein Privatleben betreffend. Eines jedenfalls ist evident: Damals herrschte in der Stadt ein starkes antisemitisches Klima, was die Gründung der Ortsgruppe des „Antisemitenbundes“ begünstigte. Der Obmann-Stellvertreter Hans Höller stand damals aufseiten Zerdiks, er kandidierte sogar für ihn und hat erst nach dessen politischer Niederlage die Rückkehr zur eigentlichen christlichsozialen Kernpartei vollzogen.²⁷

3.3. Niederlage Zerdiks bei der Nationalratswahl vom 17. Oktober 1920²⁸

Die heterogene Zusammensetzung der Christlichsozialen Partei mit ihren zwei tragenden Stammwählerschichten Bauern und Gewerbetreibenden hatte genauso wie bei der Nationalratswahl 1919 zur Kandidatur von zwei Listen geführt. Der Unterschied bestand darin, dass es sich, wie erwähnt, bei der Nationalratswahl 1920 um zwei selbständige wahlwerbende Listen, die Christlichsoziale Partei selbst (Niederösterreichischer Bauernbund und christlich-sozialer Volksverband) und die christlichsoziale Zerdik-Liste, handelte. Ideologisch vertrat Zerdik aber die „Christlich-deutschen Wähler“, wie er in seinen Wahlaufufen selbst seine Zielgruppe definierte. Er suchte vor allem die Unzufriedenheit der christlichsozialen Gewerbetreibenden mit der generellen Parteilinie – die für diesen Teil der Wählerschaft der Christlichsozialen Partei in den bürgerlichen Schichten in den Städten und größeren Marktgemeinden zu wenig „mittelständisch“ orientiert war, zu wenig deutschnational ausgerichtet war, zu wenig den „Anschluss“-gedanken gegenüber den klerikal-konservativen bäuerlichen Schichten, die den Österreichgedanken stärker vertraten, artikuliert – für sich aufzugreifen und dieser antiösterreichischen Haltung in dieser Wählergruppe entgegenzukommen. Die große Anhängerschaft der Städte Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs sowie auch in einigen größeren Märkten gegenüber der völlig unbedeutenden Wählerzahl der Stöckler-Liste beweisen diese Tatsache. (Nationalratswahl 1919: Stadt Amstetten: Zerdik 1162 gegenüber Stöckler 16, Stadt Waidhofen a.d.Ybbs Zerdik 926 gegenüber Stöckler 5; Nationalratswahl 1920: Stadt

²⁷ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 11-13.

²⁸ AZ 43 v. 24.10.1920, S. 3.

Amstetten: Zerdik 1195 zu Stöckler 152, Stadt Waidhofen a.d.Ybbs: Zerdik 592 gegenüber Stöckler 209).

Zerdik bediente sich wiederum der bekannten Aspekte „alldentscher“ Volkstumsideologie, wie eines schärfer artikulierten Antisemitismus als in der damaligen Christlichsozialen Partei grundsätzlich üblich war, wozu auch die Forderung nach Einführung des „Arierparagraphen“ gehörte. Dazu kam, wie die Wahlauftrufe zeigen, neben diesem offensiven Antisemitismus noch, ähnlich wie bei den NS, ein radikaler, gegen SDAP und KPÖ gerichteter Antimarxismus. Sicherlich ist das Zusammengehen der bürgerlichen Großparteien der Christlichsozialen und der Großdeutschen im „Antisemitenbund“ Ausdruck dieser Grundhaltung innerhalb der Schichten des urbanen Provinzbürgertums, vor allem des städtischen Mittelstandes.²⁹ Diese Themen zogen betreffend die Zerdik-Liste ein Jahr später nicht mehr deshalb, weil sie nicht mehr aktuell gewesen wären, sondern weil sich die eigentliche christlichsoziale Partei vehement gegen eine Spaltung wehrte und dem Listenführer Hans Zerdik erfolgreich Machtstreben bzw. Machtallüren vorwerfen konnte, wobei sicherlich hinzukam, dass das „völkische“ Element in seinem Wahlprogramm aus Sicht der Christlichsozialen bereits überzogen war und als eigentliche Domäne der deutsch-„völkischen“ Wahlwerber angesehen wurde. Diese letzte Kandidatur, die auch eine folgenreiche Spaltung herbeizuführen drohte, ging für Zerdik, was die notwendige Stimmenanzahl zur Erreichung eines Mandats betraf, verloren, worauf er selbst die Konsequenzen aus dem Nichterreichen eines Nationalratssitzes zog und als Listenführer zurücktrat. Ein Stimmenvergleich innerhalb der christlichsozialen Fraktionierungen im politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs): Zerdik, eigentliche Christlichsoziale: Nationalratswahl 1919: 6.913 gegenüber 16.727, Nationalratswahl 1920: 4.168 gegenüber 21.419. Immerhin hatte Zerdik bei der Nationalratswahl 1920 noch ca. ein Fünftel der christlichsozialen Wählerschicht im politischen Bezirk Amstetten auf sich vereinen können. Mit der für Zerdik aufgrund von Stimmeneinbußen im gesamten Wahlkreis 8 (Nationalratswahl 1919: Zerdik-Stimmen 19.386 von 60.030 abgegebenen gültigen Stimmen, Nationalratswahl 1920: 7.368 von 82.512), in dem er für den Nationalrat kandidiert hatte, verlorenen Nationalratswahl 1920 und dem damit verbundenen Verlust des Mandats als Nationalratsabgeordneter war die drohende Spaltung der Christlichsozialen Partei im politischen Bezirk Amstetten überwunden.³⁰ Zerdik konnte sich mit seinem Programm innerhalb der christlichsozialen Partei nicht durchsetzen. Er zeigte aber die damals bestehenden potentiellen Gefahren auf, die in Richtung verstärkte deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Tendenzen bestanden. Natürlich sahen auch die Großdeutschen in ihm eine gefährliche Konkurrenz, was sich auch in einem gegen ihn geführten angeblich unlauteren Wettkampf geäußert hatte. Die „offizielle“

²⁹ S. Mulley, NSDAP Niederösterreich, a.a.O., S. 173, Anm. 17.

³⁰ AZ 8 v. 23.2.1919, S. 2; AZ 43 v. 24.10.1920, S. 2.

Begründung im Lokalblatt der „AZ“, die seine Sympathie durch die eindeutige Stellungnahmen für Zerdik kundtat und somit als Sprachrohr des christlichsozial-„nationalen Flügels“ des Gewerbestandes fungierte, lautete: „Der ehemalige Staatssekretär a. D. Zerdik, der im Wahlkreis 8 mit einer eigenen Liste außerhalb der offiziellen Christlichsozialen Partei kandidierte, ist im Wahlkampf unterlegen, nicht, weil die Wählerschaft mit der bisherigen Tätigkeit vielleicht nicht einverstanden gewesen wäre, sein Wirken als Abgeordneter in der Nationalversammlung und dann als Staatssekretär nicht gebilligt hätte. (...) Er wurde erdrückt und unmöglich gemacht durch die offizielle Christlichsoziale Partei, die sich gegen ihn wandte, da er aus privaten Gründen in eigener Liste kandidierte (...). Es wurde geheim gegen ihn Stimmung gemacht und ihm viele Stimmen entzogen, daher konnte er sein Mandat nicht erreichen. Die schmähhlichen Angriffe (...) haben nicht ihm, sondern den Großdeutschen selbst geschadet, die im Wahlkreis bedeutende Stimmeneinbußen erlitten haben. Man kann daher Großdeutsche, die vermeinen, Zerdik durch ihre Pamphlete Schaden zugefügt und damit seine Nichtwahl verursacht zu haben, in ihrer politischen Kurzsichtigkeit nur bemitleiden. (...) Insbesondere die Gewerbetreibenden und der nicht organisierte Mittelstand verlieren an Zerdik ihren Vertreter, der ihre Notwendigkeiten kannte und sie stets restlos vertrat.“ Es wurden nachfolgend die „Verdienste“ Zerdiks angeführt.³¹

Infolge des Rücktritts von Zerdik lösten sich die Fraktionierungen auf und die Christlichsozialen kandidierten bei der nächsten Nationalratswahl wieder geschlossen. Es gelang dem späteren bürgerlichen Listenführer Hans Höller aus Amstetten, der als Gewerbetreibender ursprünglich auf der Zerdikliste kandidiert hatte, als Katalysator beide Fraktionen wieder zu einer Gesamtpartei, wenigstens was die christlichsozialen Kernwählerschichten betraf, zu integrieren.

Generell ist zum Wahlergebnis Folgendes festzuhalten: Während die Christlichsozialen einen klaren Sieg errangen und die Verluste der Sozialdemokraten sich in Grenzen hielten, erlitten die Großdeutschen ein Debakel, auf deren Kosten die NS ihre Stimmenanzahl mehr als verdreifachen konnten, aber insgesamt im Verhältnis zu den anderen Parteien unbedeutend blieben. Aus dem Amstettner Bezirk zog nur der christlichsoziale Bauernvertreter Josef Stöckler aus St. Valentin in den Nationalrat ein, während aus dem ganzen Wahlkreis 8 insgesamt fünf Christlichsoziale, drei Sozialdemokraten und ein Großdeutscher im Nationalrat vertreten waren.³²

³¹ AZ 43 v. 24.10.1920, S. 1-3; Wahlergebnis Nationalratswahl v. 17. Oktober 1920; ABl. BHA Nr. 44 v. 28.10.1920, S. 177 Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung am 17. Oktober 1920 für den Wahlkreis Nr. 8 (Viertel ob dem Wienerwald); s. Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 11-13 (auch private Gründe angegeben).

³² Unter die weniger ins Gewicht fallenden Wahlparteien („Sonstige“, s. Tabelle „Wahlen“) sind die „Liste Orel“ als „Christlichnationale Einheitspartei“ (164 Stimmen) und die „Jüdischnationalen“ (22 Stimmen) einzuordnen (22 Stimmen). AZ 43 v. 24. Oktober 1920, S. 1-3; zur Orel s. Pauley, Antisemitismus, a.a.O., S. 124: katholischer Schriftsteller, den Juden bezeichnete er als den „leibhaften Antichrist“; s. auch Weinzierl Erika, Kirche und Politik. In: Weinzierl Erika, Skalník Kurt, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, Graz Wien

3.4. Präsenz der NS zur Zeit der Nationalratswahl 1920

Von den 67 Ortsgemeinden des politischen Bezirks erreichten die NS in 26 Ortsgemeinden Stimmen, davon in 18 mindestens 5 Stimmen. Es verlagerten sich die Stimmengewinne auf die mehr nach der Sozialstruktur urbanen Gemeinden wie Amstetten von 110 auf 307, Waidhofen a.d.Ybbs Stadt von 16 auf 76, St. Valentin von 0 auf 97, aber auch in Ortsgemeinden mit einem größeren Anteil von Industriearbeiterschaft, in Ortsgemeinden wie Hausmening von 3 auf 89, in Ulmerfeld von 0 auf 21, St. Peter i.d.Au Markt von 0 auf 20. Im Gerichtsbezirk Amstetten konnten die NS ihr Stimmenpotential von 139 auf 448 Stimmen steigern, ein Ergebnis, dass im Vergleich mit anderen Gerichtsbezirken Niederösterreichs (nach einer Zusammenstellung Mulleys), die durch Erfolgsergebnisse der NS herausragten, wenn man von den großen Erfolgen im Waldviertel absieht, im vordersten Bereich liegt. Immerhin lag der Gerichtsbezirk Amstetten hinter St. Pölten an zweiter Stelle von insgesamt acht angeführten Gerichtsbezirken, in denen die NS herausragende Erfolge errungen hatten.³³

Auffallende Gewinne der NS gab es in folgenden Ortsgemeinden:

Hausmening

Neuhofen a.d.Ybbs: ein rein agrarisches Gebiet, dennoch stark deutschnational, im Umfeld der starken Ortsgruppenorganisation von Amstetten und starke politische Führungspersonlichkeiten im deutschnationalen Lager in der Gemeinde.

Ulmerfeld: Industriegemeinde, in der die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten, von Kommunisten und Zerdikliste Stimmengewinne.

St. Valentin: Sozialdemokraten waren zweitstärkste Fraktion, von Zerdikliste, Großdeutscher Volkspartei Stimmengewinne.

St. Peter i.d.Au: Aus dieser Gemeinde kamen eine Reihe führender politischer Funktionäre der NS. Sie hatten von den Großdeutschen, der Zerdik-Liste und den Sozialdemokraten Stimmen gewonnen.

Sonntagberg: Die NS hatten von der Zerdikliste Stimmen gewonnen.

Zu Bewertung des Wahlergebnisses ist Folgendes zu sagen: In starken deutsch-„völkischen“ Ortsgemeinden erreichten die NS später große Stimmengewinne bei eigener Kandidatur, bei den Gemeinderatswahlen hatten sie Einheitslisten, Wahlgemeinschaften gebildet, meist unter Betonung der wirtschaftlichen Komponente mit der Bezeichnung „Wirtschaftspartei“. Es kristallisierte sich eine Reihe von Ortsgemeinden heraus, in denen eine Kontinuität hinsichtlich eines zunehmenden Wählerpotentials der NS bis zu der Landtagswahl 1932 nachzuweisen ist. Bei der Nationalratswahl 1920 nahmen die NS insgesamt an Stimmenzahl stark zu. Im politischen Bezirk kann besonders in den

Köln 1983, S. 471 ff; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 13; zu den NRW und LTW 1929-1932 s. Übersicht/Tabelle „Wahlen“.

³³ S. Mulley, NSDAP Niederösterreich, a.a.O., S. 174.

urbaneren Bereichen eine Fluktuation zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen nachgewiesen werden, die als Christlichsoziale kandidierende Liste gewinnt Stimmen auf Kosten der Zerdik-Liste und der Großdeutschen, besonders in den Gerichtsbezirken Haag und St. Peter i.d.Au, im Gerichtsbezirk Amstetten nur von der Zerdik-Liste, die Großdeutschen wandern bereits damals zu den NS ab. In diesen drei Gerichtsbezirken gab es relativ große Stimmenverluste der Sozialdemokraten, ein Teil der Sozialdemokraten dürfte der Wahlurne aus Protest gegen das Ausscheiden aus der Regierung ferngeblieben sein. Im Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs (einschließlich Stadt Waidhofen a.d.Ybbs) gewannen die Christlichsozialen nur von der Zerdik-Liste, Sozialdemokraten und Großdeutsche sind ungefähr gleichgeblieben, auch in der Zusammensetzung der Wähler, weil man nicht von einer großen Mobilität der Wähler ausgehen kann. Es fällt auf, dass die NS Wählerstimmen vor allem in sozialdemokratischen Hochburgen, wo es der Sozialstruktur nach aufgrund von Industriebetrieben hohe Anteile der Industriearbeiterschaft gab, errangen, aber auch in Arbeiterschichten, deren Angehörige in Industriegebiete auspendelten wie nach Steyr aus den Ortsgemeinden Behamberg und Kürnberg. Auch in den Märkten Haag und Aschbach, in den Kreisen der Angestellten der Landeskrankenanstalt Mauer, aber bereits auch in „nationalen“ Kreisen der Bauern, mit einem größeren Anteil von Wählern der „Deutsch-österreichischen Bauernpartei“, den späteren „Landbund für Österreich“-Wählern, wie Neuhofen a.d.Ybbs, waren bei der Nationalratswahl 1920 Gewinne der NS zu verzeichnen. Dieses Wählerpotential entspricht seiner sozialen Zusammensetzung nach ganz dem Bild der NS-Partei dieser Frühzeit, als sie als eine deutschnationale Gesinnungsgemeinschaft, als DAP bzw. DNSAP, vor allem die unselbständigen Arbeitnehmer dieser Gesinnung anzusprechen versuchte, aber auch schon vereinzelt in bäuerlichen Kreisen ihr Glück versuchte.

3.5. Die NS-Partei zur Zeit der Landtagswahlen vom 4. Mai 1919 und vom 24. April 1921

Die Landtagswahl vom 4. Mai 1919 hatte für die Position der NS im Amstettner Bezirk wenig Bedeutung. Sie brachte im Amstettner Bezirk dem deutsch-„völkischen“ Lager insgesamt einen schweren Rückschlag, den Sozialdemokraten Stimmeneinbußen, während sie den Christlichsozialen Gewinne brachte. Die NS erreichten ungefähr die gleiche Stimmenanzahl wie bei der kurz vorher abgehaltenen Nationalratswahl. Aus dem Amstettner Bezirks zogen die Christlichsozialen Anton Jax, Wirtschaftsbesitzer und Gemeinderat von Waidhofen a.d.Ybbs, und der Realitätenbesitzer Ludwig Wagner aus Krenstetten, für die Sozialdemokraten die Amstettnerin Katharina („Kathi“) Graf, Mitglied des Gemeinderats der Stadt Amstetten, in den Landtag ein.³⁴

34 Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 9; s. dazu auch Tabelle NRW und LTW 1919-1932.

Ihrer Stärke bewusst, kandidierte die NS-Partei im Jahr 1921 zum ersten Mal bei Landtagswahlen. Generell kann zum Wahlergebnis Folgendes gesagt werden: Die NS verloren in allen Gerichtsbezirken in der Mehrheit der Ortsgemeinden im Vergleich zur Nationalratswahl 1920 gleichmäßig, hatten aber herausragende punktuelle Gewinne in einzelnen Industriegemeinden des politischen Bezirks (mit Ausnahmen, siehe unten Sonntagberg), wo die Sozialdemokratie einen starken Rückhalt in der dort wohnenden Arbeiterschaft hatte, und auch in Eisenbahnerkreisen wie Amstetten.

Im Gerichtsbezirk Amstetten konnten die NS nur in Hausmening (Industriegemeinde) von 89 auf 107 Stimmen bei ungefähr gleichen Verlusten aller anderen Parteien Gewinne verzeichnen. Sicherlich ist dieser Zuwachs auch auf den Einfluss, die Ausstrahlung einer starken Amstettner Ortsgruppenorganisation zurückzuführen. Im Gerichtsbezirk Haag wurden in St. Valentin, von 97 auf 194 Stimmen, Gewinne gemacht, ebenfalls bei Verlusten aller anderen Parteien, besonders der Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Im Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs wurden größere Verluste der NS in der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs, von 76 auf 42 Stimmern, gemacht, in der Ortsgemeinde Sonntagberg von 10 auf 6 Stimmen. In der Ortsgemeinde Hollenstein a.d.Ybbs, einer Gemeinde mitten im agrarischen Gebiet, die aber auch einen Industriebetrieb (Pappenfabrik Adolf Leitner) hatte, in der die Sozialdemokraten und die Großdeutschen sehr stark vertreten, verloren alle Parteien, die NS gewannen wenig. Zu den Ortsgemeinden mit Stimmengewinnen von fünf und mehr Stimmen für die NS gegenüber der Nationalratswahl 1920 gehörten auch Schönbichl mit sieben Stimmen und Ernsthofen mit 12 Stimmen. Ungefähr gleichgeblieben sind die Stimmenanteile in der Stadt Amstetten: 307 zu 305 Stimmen bei der Nationalratswahl 1920, in Zell a.d.Ybbs 12 zu 13 Stimmen bei der Nationalratswahl 1920 und in St. Peter i.d.Au Markt 20 zu 19 Stimmen bei der Nationalratswahl 1920. Im gesamten politischen Bezirk gewannen die NS in der Gesamtsumme zwar stimmenmäßig im Vergleich zur Nationalratswahl 1920 dazu, von 721 bei der Nationalratswahl 1920 auf 747 Stimmen, aber diese Stimmengewinne sind auf bestimmte Ortsgemeinden mit einer relativ ähnlichen Sozialstruktur beschränkt.³⁵⁾ Die Anzahl der Ortsgemeinden im politischen Bezirk, in denen die NS Stimmen bei der Nationalratswahl 1919, der Nationalratswahl 1920 und der Landtagswahl 1921 erringen konnten:³⁶⁾

Nationalratswahl 1919: 37 von 66 Ortsgemeinden

Nationalratswahl 1920: 31 von 70 Ortsgemeinden

Landtagswahl 1921: 49 von 70 Ortsgemeinden

Ein erster Wendepunkt in der österreichischen NS-„Bewegung“ wurde in der Mitte der 1920er Jahre durch den Einfluss der deutschen NS bewirkt, die von München auf Österreich übergriffen. Bereits ab dem Herbst 1920 wurde der Einfluss der Münchner Partei auf die österreichischen NS immer größer,

35 AZ 43 v. 24. 10.1920, S. 1-2 und AZ 18 v. 1.5.1921, S. 1-2.

36 Zu den Bezirksbauernkammerwahlen v. 28. Mai 1922 s. I.5.

auch flossen ab diesem Zeitpunkt finanzielle Mittel in die österreichische Parteikasse.³⁷ War die NS-Partei am Anfang der 1920er Jahre noch demokratisch strukturiert, so blieben die Einführung des „Führerprinzips“ und die Hinwendung zu einer radikalen, terroristischen und putschorientierten Taktik in der deutschen Partei nicht ohne Einfluss auf die österreichischen NS. Die Stagnation (s. Landtagswahl 1921 oben) der von ihrer Führung auf einen demokratischen Weg festgelegten Partei wurde von einer Gruppe um Richard Suchenwirt zunehmend kritisiert, der die Partei parallel zu den deutschen NS auf einen radikal antidemokratischen, eindeutig faschistischen Kurs festlegen wollte, einen Kurs, der „symptomatisch für die jüngeren, nicht aus den deutschnationalen Gewerkschaften kommenden Parteimitglieder“ war.³⁸ Gerade der in diesen Kreisen wachsende Einfluss Hitlers führte zur ersten Spaltung, weil es um die Frage der Beteiligung an der Nationalratswahl 1923 ging, ob man Wahlenthaltung, eine Kandidatur auf einer eigenen Liste oder ein Wahlbündnis mit den Großdeutschen eingehen sollte. Diese Auseinandersetzung spiegelte sich in den Fraktionierungen der Partei wieder. Der damalige österreichische Führer der Partei Walter Riehl trat gemeinsam mit der St. Pöltner Gruppe, zu der auch die Amstettner NS von Anfang an bis zur „Machtergreifung“ 1938 enge Kontakte hatten, für ein Wahlbündnis ein, konnte sich aber gegenüber den Ansprüchen Hitlers nicht durchsetzen, schied durch Ausschluss aus der Gesamtführung aus und konnte trotz Gründung einer Splitterpartei keine Bedeutung mehr erlangen.³⁹ Gegenüber einer starken Waldviertler Gruppe um den Landesobmann von Niederösterreich, Karl Breithenthaler aus Gmünd (eigene Kandidatur), setzten sich Hitler und eine Wiener Gruppierung mit dem politischen Programm einer Wahlenthaltung, verstärkten außerparlamentarischen Aktionen, besonders gegen die Sozialdemokratie und Kommunisten, durch.⁴⁰

Diese Frage der Wahlbeteiligung führte im August 1923 zu einer innerparteilichen Krise. Beim Salzburger Parteitag konnte sich die „Bubokratie“ (eine Wortschöpfung von Riehl) der Hitler-

37 S. Mulley, NSDAP Niederösterreich. a.a.O., S. 174, Anm. 20: Die Partei nannte sich in der Folge NSDAP.

38 Zit. nach ebenda S. 176, Anm. 29, hier auch biographische Daten zu R. Suchenwirt.

39 S. aber das Auftreten Walter Riehls als Wahlredner im politischen Bezirk anlässlich der Landtagswahl 1932, I.2.1.

40 Biographische Daten zu Karl Breithenthaler s. ebenda S. 175 (Anm. 26); s. auch S. 177 (Anm. 30), AZ 21 v. 1.5.1921, S. 1; Ergebnis der Landtagswahlen: ABl. BHA Nr. 18 v. 28.4.1921, S. 63-64. Ergebnis der Landtagswahlen vom 24. April 1921. Die Nationalratswahl 1923 wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt. Der interne Richtungskampf wirkte sich vorerst auch auf die Kandidatur bei Wahlen aus. Bei der Nationalratswahl 1923 kandidierten die NS nicht. S. ABl. BHA Nr. 43 v. 27.10.1923, S. 150-151. Nationalratswahl 1923; AZ 42 v. 21.10.1923, S. 9. Ergebnis der Nationalratswahl 1923: AZ 43 v. 28.10.1923, S. 1. Ergebnis der Nationalratswahl 1923. Bei der ersten Gemeinderatswahl im Jahr 1924 konnte die NS-Partei Einzelerfolge buchen, indem sie in einzelnen Ortsgemeinden des politischen Bezirks, wo bereits eine schlagkräftige Führungsgarnitur bestanden hatte und in denen sie auf einer eigenen Liste kandidiert hatte, Mandate erreichte und somit in den Gemeinderat einzog. Sicherlich spielte dabei die wirtschaftlich-soziale Gesamtsituation eine Rolle, wo die Auswirkungen der „Sanierungskrise“ nach dem Genfer Abkommen 1922 den NS Stimmenzuwächse brachten. In der großen Mehrheit der Gemeinden hatten die NS aber nur auf Einheitslisten mit den anderen politischen Kräften des bürgerlichen Lagers kandidiert. Näheres s. Gemeinderatswahl vom 30. November 1924 I.4.

Anhänger durchsetzen. Riehl folgte in der Führung der Wiener Parteivorsitzende Karl Schulz, der damals den Vorstellungen Hitlers entsprach. Hitler setzte auch die Umbenennung in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) durch. Er trat damals für die revolutionäre Machtübernahme ein. Diese „Hitlerbewegung“ erlitt aber kurze Zeit später einen schweren Rückschlag, weil Hitler mit seinen politischen Ambitionen infolge seines Putsches in Bayern scheiterte, was natürlich auch Auswirkungen auf die österreichische Parteientwicklung hatte.⁴¹

3.6. Die NS-Partei zur Zeit der Nationalrats- und Landtagswahl vom 24. April 1927⁴²

Bemerkenswert sind die starken Rückgänge der Nationalsozialisten als wahlwerbender Partei, für die zum ersten Mal die NSDAP „Hitlerbewegung“ nach der Abspaltung von der Schulz-Gruppe als wahlwerbende Gruppe unter dem Namen „Völkischsoziale“ („Völkischsozialer Block“) antrat. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Nationalratswahl 1919 bzw. 1920 weist das NS-Stimmenpotential auffallend als ziemlich gleich mit der Anfangszeit der Ersten Republik aus, d. h. man kann annehmen, dass der Kern der bisherigen NS mehr oder weniger geschlossen zu Hitleranhängern wurde.

Gegenüber der gleichzeitig stattfindenden Nationalratswahl sind bei der Landtagswahl wenig gravierende Unterschiede in den einzelnen Wahlergebnissen der Parteien festzustellen, außer dass die wenigen Stimmen der katholisch/deutsch-„völkischen“ Namensliste „Udeverband“, die zwar bei der Nationalratswahl angetreten war, sich bei der Landtagswahl, bei der sie nicht kandidiert hatte, auf andere politische Gruppen aufteilten, in der Regel auf die Einheitsliste von Christlichsozialen und Großdeutschen und auf die „Völkischsozialen“.

Die drei NS-Gruppierungen kandidierten bei der Nationalratswahl vom 4. April 1927 getrennt, die einen gemäßigten demokratisch-parlamentarischen Kurs verfolgenden Teile gegenüber dem einen radikalen revolutionär-außerparlamentarischen Kurs eingeschlagenen Teil. Walter Riehl kandidierte mit seinem „Deutschsozialen Verein“ gemeinsam mit der Großdeutschen Volkspartei genauso wie die österreichische NSDAP unter Karl Schulz auf einer Einheitsliste, die als antimarxistische Einheitsfront konzipiert Grundpfeiler und Wahlplattform der Christlichsozialen Partei war und von Seipel als scharfe Opposition zur Sozialdemokratie initiiert wurde. Unter den Nationalratskandidaten der bürgerlichen Einheitsliste aus dem Wahlkreis 8 waren aus dem Amstettner Bezirk auf christlichsozialer Seite Hermann Geyer, Bauer und Bürgermeister aus Ferschnitz (gehörte damals

⁴¹ Zit. nach Klösch, „Nationales Lager“, a.a.O., S.578.

⁴² In der Tabelle „Wahlen“ wurde nur die Landtagswahl 1927 berücksichtigt. Zu den Fluktuationen NS, „Ude-Verband“ und Landbund s. Brandstötter, Walter Riehl, a.a.O., S. 251; zur den bei der Nationalratswahl vom 4. April 1927 getrennt kandidierenden NS-Gruppierungen s. ebenda, S. 245 ff; s. auch Wandruszka Adam, Das „nationale Lager“. In: Weinzierl, Skalník, Österreich 1918-1938, a.a.O., S. 294-295; zu Johann Ude s. Jagschitz Gerhard, Der österreichische Ständestaat 1934-1938. In ebenda, S. 507-508.

noch zum politischen Bezirk Amstetten) und Franz Mayerhofer, Bauer aus Fohra bei Aschbach, beide an wählbarer dritter und vierter Stelle der Wahlkreisliste. Auf der Landtagswahlliste kandidierten die Christlichsozialen Anton Jax, Gebirgsbauer aus Waidhofen a.d.Ybbs, an dritter Stelle und Hans Höller, Hausbesitzer in Amstetten, an fünfter Stelle, und der Großdeutsche Hugo Scherbaum, Fachschuldirektor aus Waidhofen a.d.Ybbs, an sechster Stelle, aus dem Amstettner Bezirk. Das Spektrum der deutschnational orientierten Bauern, die zum ersten Mal als „Deutsche Bauern“ bei der Nationalratswahl 1920 kandidiert hatten, umfasste seit der Nationalratswahl 1923 als kandidierende Gruppe der „Landbund“. Es überraschte aber, dass der Obmann des Haus- und Grundbesitzerbundes und christlichsoziale Gemeinderat von Amstetten, Hans Pils, auf der Nationalratsliste des Landbunds kandidierte. Er wurde deshalb zum Austritt aus der Christlichsozialen Partei gezwungen. Bei den Sozialdemokraten kandidierte wieder Katharina („Kathi“) Graf an sicher wählbarer Stelle auf der Landtagswahlliste.

Die Sozialdemokraten hatten bei beiden Nationalratswahlen im Amstettner Bezirk einen Erfolg (13.069 Stimmen gegen 11.908 1923) zu verzeichnen. Für die bürgerliche Einheitsliste gab es ein eher enttäuschendes Ergebnis aufgrund des Stimmenverlusts gegenüber der Nationalratswahl 1923 (insgesamt 33.956 Stimmen, 1923 waren auf die Christlichsozialen 30.242 und auf die Großdeutschen 3.394 entfallen). Aus dem Amstettner Bezirk wurden der Christlichsoziale Franz Mayerhofer in den Nationalrat und die Christlichsozialen Anton Jax, Hans Höller, der Großdeutsche Hugo Scherbaum und die Sozialdemokratin „Kathi“ Graf in den Landtag gewählt.

Der Landbund konnte von einem Erfolg sprechen (1.046 Stimmen gegenüber 91 1923), der „Ude-Verband“ konnte einen Achtungserfolg (615 Stimmen) erringen, aber kein Mandat- genauso wie der „Völkisch-soziale Block“ (333 Stimmen). In völlige Bedeutungslosigkeit waren mit ihren 24 Stimmen (gegenüber 121 Stimmen 1923) die Kommunisten gefallen.

Die „Hitlerbewegung“, die als „Völkischsozialer Block“ allein kandidiert hatte, hatte ebenfalls wie die anderen NS-Gruppierungen keinen Erfolg, weil er offensichtlich gegenüber der radikalen Agitation des Landbunds unterlegen war.

Wie die Schulz- und Riehlgruppe, die auf der „Einheitsliste“ kandidiert hatten, je als eigene Gruppe abschnitten, lässt sich nicht feststellen, spürbare Spaltungen sind in den urbanen Bereichen (siehe unten Stadt Amstetten) feststellbar, es ist auch eine Fluktuation des Wählerpotentials zwischen diesen NS-Gruppen und den „Großdeutschen“, dem „Landbund für Österreich“ und dem „Udeverband“ (nach DDDDr. Johannes Ude, einem Theologen und Priester aus Graz, benannt, der den „Arier-Paragraphen“ in seinem Programm hatte, aber nur bei der Nationalratswahl kandidierte) anzunehmen.

1926 gab es eine neue Partei als Wahlpartei im politischen Spektrum: den „Wirtschaftsverein für Österreich“, vom Grazer Theologen DDDDr. Johannes Ude gegründet. In Amstetten gab es ebenfalls

eine Ortsgruppe dieses Vereins, die sich nicht nur „Wirtschaftsverein für Österreich“, sondern auch „Sparer- und Kleinrentnerverband“ nannte. Dem Ude-Verein wurde von den großen bürgerlichen Parteien vorgeworfen, er fördere die Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte. In einer Versammlung des „Wirtschaftsvereins für Österreich“ in Amstetten am 13. Februar 1927 sprach Odo Neustädter-Stürmer aus Linz (später Heimwehrmitglied, Minister in der Regierung Dollfuß, schließlich NS).⁴³ Der Stimmenstand der Hitleranhänger im politischen Bezirk (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) bei der Nationalrats- und Landtagswahl 1927 ist fast identisch: Nationalratswahl: 333, Landtagswahl 337 Stimmen. In der Stadt Amstetten konnten die Hitleranhänger („Völkischsozialen“) einen größeren Erfolg für sich buchen. Doch zeigt ein Vergleich mit der früheren Stimmensumme („Nationalsozialisten“ Landtagswahl 1921: 305 Stimmen, „Völkischsoziale“ Landtagswahl 1927: 113 Stimmen), dass sich die Spaltung in Fraktionen auf das Wahlverhalten auswirkte: 1927 wählte die größere Mehrheit der potentiellen NS trotz der intensiven Wahlpropaganda noch nicht die Hitlerpartei. Erst bei der Nationalratswahl 1930 trat die Partei als NSDAP „Hitlerbewegung“ ziemlich geschlossen auf und vermittelte den NS-Alleinanspruch. Sie konnte das seit Anfang an ziemlich konstant gehaltene NS-Stimmenpotential für sich gewinnen (NSDAP „Hitlerbewegung“ Nationalratswahl 1930: 345 Stimmen). Hinsichtlich der National- und Landtagswahl 1927 ist anzunehmen, dass in der Stadt Amstetten die fehlenden NS-Stimmen der auf einer eigenen Liste kandidierenden NS („Völkischsoziale“) auf der „Einheitsliste“ (Schulz- und Riehl-Gruppe) und auch beim deutsch-„völkischen“ „Landbund für Österreich“ zu suchen sind. In der Stadt Amstetten, wo bei der Nationalrats- und Landtagswahl 1927 die Stimmenanzahl der kandidierenden NS fast gleich war (Nationalratswahl: 115, Landtagswahl 113), kandidierte bei der Nationalratswahl der „Ude-Verband“ nicht. In Amstetten sah das Ergebnis der Nationalratswahl folgendermaßen aus: Sozialdemokraten 2.346 (gegenüber 2.157 1923), Einheitsliste 2.145 (gegenüber 2.308 1923), Kommunisten 4 (gegenüber 4 1923), „Ude-Verband“ 81 (1923 nicht kandidiert), „Völkisch-sozialer Block“ 115 (1923 nicht kandidiert), Landbund 179 (gegenüber 3 1923). In der überwiegenden Mehrheit der Ortsgemeinden des Amstettner Bezirks erreichte die Einheitsliste bei der Nationalratswahl die absolute Mehrheit, ausgenommen in den Ortsgemeinden Hausmening, Mauer, Kematen, Böhlerwerk und Sonntagberg, wo die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit, in Amstetten die relative Mehrheit errang. In einigen Landgemeinden konnte der Landbund die Sozialdemokraten in der Stimmenanzahl überholen: Strengberg (131 Landbund, 52 Sozialdemokraten), Sindelburg (75 Landbund, 18 Sozialdemokraten) und Meilersdorf (54 Landbund, 22 Sozialdemokraten).⁴⁴

⁴³ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 22.

⁴⁴ Ebenda, S. 23-24.

Von der Verunsicherung des NS-Wählerpotentials aufgrund der Spaltung in mehrere Fraktionen profitierten 1927 auch im sonstigen politischen Bezirk nachweislich andere den Deutsch-„völkischen“ nahestehende Gruppierungen wie der bereits oben genannte „Ude-Verband“ oder auch der „Landbund für Österreich“, wie dies bei einem zahlenmäßigen Vergleich durch die identische bzw. fast identische Stimmenanzahl der NS bei der Nationalratswahl 1920 und der Anzahl der Stimmen des „Ude-Verbands“ bzw. des „Landbundes“ in einzelnen Ortsgemeinden (z. B. Behamberg bzgl. des „Landbunds“) feststellbar ist. Diese NS dürften sich damals weder der Schulz-Gruppe noch der radikalen „Hitlerbewegung“ angeschlossen haben. Es gibt aber auch Ortsgemeinden, bei denen aufgrund der identischen bzw. fast identischen Stimmenanzahl von NS bei der Nationalratswahl 1920 und der Nationalratswahl 1927 angenommen werden muss, dass die NS-Gruppe geschlossen ins Lager der NSDAP „Hitlerbewegung“ übergegangen ist.

Interessant ist, dass die NS trotz ihrer Nichtkandidatur bei der Nationalratswahl 1923 am Wahlkampf als Angehörige des deutsch-„völkischen“ Spektrums teilnahmen, wie eine Versammlung im Saal Schillhuber in Amstetten am 3. Oktober 1923 beweist. Ihr Führer Dr. Richard Suchenwirt war damals Hauptredner. In einer Wahlversammlung der Großdeutschen ebenfalls im Oktober 1923 in Stadt Haag sprachen Dr. Sandhofer aus Amstetten und Dr. Ursin als Hauptredner, indem sie vor allem die sogenannte „Dolchstoßlegende“ als demagogisches Instrument einsetzten, die auch von den NS in regelmäßigen Abständen angesprochen wurde. In einem Aufruf des „Deutschösterreichischen Gewerbebundes“ des Amstettner Bezirks lassen sich die damaligen politischen Fronten klar ablesen: Auch wenn es keine bürgerliche Einheitsliste wie in der Nationalratswahl 1927 gab, wurden die bürgerlichen Wähler aufgefordert, nur „bürgerlich“ gemäß ihrer Parteizugehörigkeit zu wählen und auf keinen Fall eine Stimme den Sozialdemokraten zu geben.

Das Wahlergebnis der Nationalratswahl 1923 brachte im Amstettner Bezirk, wenn man berücksichtigt, dass die NS nicht kandidiert hatten, für das deutsch-nationale bzw. deutsch-„völkische“ Lager insgesamt beträchtliche Einbußen (für die Großdeutschen im Gegensatz zur Stadt Amstetten mäßige Verluste), während es die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten Stimmengewinne zu verzeichnen hatten. Der zum ersten Mal kandidierende Landbund, die Vereinigung der „nationalen“ Bauernschaft, konnte im Amstettner Bezirk nur 91 Stimmen lukrieren – um 30 weniger als die Kommunisten. In der Stadt Amstetten blieben die Sozialdemokraten mit 2.157 Stimmen die stärkste Fraktion, die Christlichsozialen erhielten den zweiten Platz mit 1.720 Stimmen, die Großdeutschen erhielten 588 Stimmen, um 70 mehr als 1920, konnten aber bei Weitem nicht alle NS-Stimmen-1920 waren es 370 – für sich gewinnen. Die Christlichsozialen erhielten in der überwiegenden Mehrheit der Ortsgemeinden des politischen Bezirks die absolute oder relative Mehrheit. Absolute sozialdemokratische Mehrheiten gab es nur in Hausmening, Kematen, St. Georgen a. Reith, Opponitz und Sonntagberg, relative in Amstetten, Mauer b. Amstetten und

Ulmerfeld. Die Großdeutschen erreichten die relative Mehrheit in Waidhofen a.d.Ybbs, Zell a.d.Ybbs und Stadt Haag.⁴⁵

Die Nationalratswahl hatte das bürgerliche Lager aufgrund der Gewinne der Sozialdemokraten, die noch einmal 1930 vergrößert werden sollten, alarmiert und beträchtlich Ängste politische Position und Stellenwert betreffend hervorgerufen. Bereits auf kommunaler Ebene war der Wahlkampf im April 1927 mit aller Härte geführt worden, wie ein Beispiel im bürgerlichen Lokalblatt „AZ“ beweist. Hier wurden im Rahmen der gegenseitige Diffamierungen nicht scheuenden Wahlkampfauseinandersetzungen die Wähler aufgerufen, für die Einheitsliste zu stimmen, um dadurch die Entscheidung zwischen „Wirtschaft und Elend, zwischen Frieden und Kampf, zwischen Wirklichkeit und Luftschlössern, zwischen Vernunft und Wahnsinn“ richtig zu treffen. Nach geschlagener Wahl hatten diese verbalen Unterstellungen ein Nachspiel im Gemeinderat, weil dieser Aufruf nicht nur vom Christlichsozialen Landtagsabgeordneten Hans Höller und vom Obmann des Gewerbebundes Richard Pazelt, sondern auch vom amtierenden Bürgermeister Ludwig Resch unterzeichnet war, was ihm der sozialdemokratische Vizebürgermeister Anton Ackerl zum Vorwurf machte. Resch rechtfertigte sich damit, dass der Entwurf dieses Aufrufs ihm nicht vorgelegt worden sei, auch Vizebürgermeister Höller konnte mit seiner Erklärung die Sozialdemokraten nicht zufriedenstellen. Daraufhin verließ die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion geschlossen den Sitzungssaal. Es gelang damals aber Resch, den Konflikt durch Verhandlungen beizulegen, sodass eine Woche später der Gemeinderat wieder arbeitsfähig war.⁴⁶

Auf höchster politische Ebene führte die zunehmende Polarisierung der politischen Kräfte direkt zu den Gewaltausbrüchen des 15. Juli 1927 in Wien, die nicht nur die politische Konfliktaustragung verschärften, sondern auch die Spirale der politischen Gewalt durch die Aufrüstung der Selbstschutzorganisationen aufseiten der großen politischen Lager weiter förderten.

3.6.1. NS-Richtungsstreit innerhalb einzelner Ortsgemeinden nach dem Ergebnis der Nationalratswahl 1927

Ortsgemeinden, bei denen die ausgewiesene Stimmenanzahl der NS bei der Nationalratswahl 1920 und der Nationalratswahl 1927 ziemlich ident sind: Mauer b.Amstetten, Neuhofen a.d.Ybbs, Haag Markt, Waidhofen a.d.Ybbs Land, Waidhofen a.d.Ybbs Stadt, Windhag, Zell a.d.Ybbs Markt.

Gemeinden, die 1927 noch bei der Schulz-NSDAP und Riehl-Gruppe verblieben: Amstetten, wenn es auch eine starke konkurrierende NSDAP „Hitlerbewegung“ gab, die mit ihren Stimmen bei den kandidierenden „Völkischsozialen“ vertreten war, Euratsfeld, Hausmening, St. Peter i.d.Au Markt, St. Valentin, Ulmerfeld. Gemeinden, die neu mit einer NS-Anhängerschaft der NSDAP „Hitlerbewegung“ hinzukamen: Winklarn, Hollenstein, Ybbsitz. Die Stimmenverteilung der NS („Völkischsoziale“) sah

⁴⁵ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 16.

⁴⁶ Ebenda, S. 24

folgendermaßen aus: In 41 von 71 Gemeinden hatten sie keine Stimmen. Von den 30 Gemeinden hatten sie in 18 Gemeinden nur ein bis vier Stimmen, in 12 Gemeinden fünf und mehr Stimmen.⁴⁷

3.7. Politische Verhältnisse zur Zeit der Nationalratswahl vom 9. November 1930 unter besonderer Berücksichtigung der NS

Das bürgerliche Lager, das bei der Nationalratswahl 1927 mit einer Einheitsliste angetreten war, ist endgültig gespalten: Den Sozialdemokraten stehen vier bürgerliche Wählergruppen gegenüber: Gemeinsam mit der Christlichsozialen Partei kandidierte nach der Spaltung innerhalb der Heimwehrebewegung die niederösterreichische Heimwehr unter Julius Raab („Raab-Heimwehr“). Die anderen Heimwehrgruppen kandidierten als „Heimatblock“. Als Einheitsliste des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Spektrums kandidierte der „Nationale Wirtschaftsblock und Landbund“ unter der Führung von Bundeskanzler Schober („Schoberblock“) neben der NSDAP „Hitlerbewegung“. Politische Kommentare in den einzelnen lokalen Parteiblättern geben die Einschätzung und Beurteilung des Wahlergebnisses des jeweiligen politischen Gegners wieder. Aus vielen Zeitungskommentaren war die Angst des bürgerlichen christlichsozialen Lagers gemeinsam mit der „Raab-Heimwehr“ und des politisch indifferenten „Heimatblocks“ vor Wahlgewinnen der Opposition der Sozialdemokraten und der NS erkennbar. Christlichsoziale und „Raab-Heimwehr“ selbst konkurrierten im Amstettner Bezirk sehr stark mit dem „Heimatblock“. Beide Gruppen appellierten in Wahlaufufen nicht nur an die christliche Gesinnung ihrer bürgerlichen Wähler, sondern sie ermahnten auch den Wähler, jene antimarxistische Partei zu wählen, die ihm am nächsten stehe. Wie recht man hatte mit dem Angst erzeugenden Bedrohungsszenario der Überlegenheit der oppositionellen Sozialdemokraten, bestätigten das Wahlergebnis selbst und Überschriften wie „Die ‚Schwarzen‘ geschlagen“ in der „EW“ vom 15. November 1930. Der Versuch, wie auch bei den Landtagswahlen zwei Jahre später Einheitslisten im bürgerlichen Lager zwischen den gemäßigten „nationalen“ Gruppierungen und dem „Heimatschutz“ gegen diese drohende Gefahr zustande zu bringen, scheiterte. Auch die früheren Wahlbündnisse zwischen Christlichsozialen und „Heimatschutz“ waren undenkbar geworden, solange die deutsch-„völkische“ Richtung innerhalb des „Heimatschutzes“ vertreten war.⁴⁸ Der Kommentar des politischen Gegners aus der Sicht des NS-Lokalblattes „VST“ zur Situation einzelner wahlwerbender Gruppen vor der Landtagswahl 1932 lässt

⁴⁷ S. unten Landtagswahl 1932; ABL BHA Nr. 18 v. 30.4.1927, S. 87-88 Abstimmungsergebnisse der Wahlen in den Nationalrat und den Landtag; AZ 18 v. 30.4.1927, S. 1-2 Ergebnis der Nationalrats- und Landtagswahl.

⁴⁸ Die Nationalratswahl 1930 brachte der NSDAP „Hitlerbewegung“ österreichweit 108.445 Stimmen, wodurch der Stimmenanteil gegenüber der Nationalratswahl 1927 verdreifacht wurde. Es gab aber kein Grundmandat. Innerhalb des „Schoberblocks“ erhielt die Schulz/Riehl-Gruppe ebenfalls kein Mandat. Die Entscheidung war endgültig für die „Hitlerbewegung“ gefallen, obwohl am 14. Dezember 1930 in Wien am Parteitag der österreichischen NSDAP Schulz wiedergewählt wurde. EW 46 v. 15.11.1930, S. 5. Ergebnis der Nationalratswahl 1930. Die „Schwarzen“ geschlagen.

die Ängste erahnen: „Großdeutsche, Landbündler und der schwarz-gelbe Heimatschutz suchen überall Einheitslisten, um ihr Nichts bei den Wahlen zu verdecken.“

Seit der Nationalratswahl 1930 hatte sich die politische Szene in Österreich gravierend verändert. Vor allem der „Pfrimerputsch“ im September 1931 hatte viel zur „Klärung“ beigetragen. So hieß es weiter im Kommentar der „Volksstimme“: „Der ‚Heimatblock‘ ist vollkommen aufgegeben, Großdeutsche und Landbündler sind in den letzten Monaten in Auflösung.“ Es gab „viele Übertritte aus der Christlichsozialen Partei im Waldviertel und Wachau. (...) Die in der Hitlerbewegung stehenden Arbeiter der Kleinstädte des Landes Niederösterreich machen eine große Zahl aus“. Daraus resultiere „die Angst der Systemparteien vor der Wahl“. Die „Analyse“ ungefähr eine Woche vor der Landtagswahl 1932 stammte vom „Gauleiter Niederösterreich“ Josef Leopold.⁴⁹

Das Wahlergebnis der Nationalratswahl vom 9. November 1930 ergab für den politischen Bezirk Amstetten folgende Stimmenverteilung (1927: bürgerliche Gruppen auf einer Einheitsliste, daher kein Vergleich möglich):

Sozialdemokraten	11.627 (1927: 13.069)
Christlichsoziale und Heimwehr	21.425
Schoberblock	2.389
Heimatblock	7.588 (Einheitsliste 1927: 33.956)
NSDAP	1.298

Die Stimmenverteilung für die Stadt Amstetten sah folgendermaßen aus:

Sozialdemokraten	2.466 (1927: 2.346)
Christlichsoziale und Heimwehr	1.012
Schoberblock	723
Heimatblock	601 (Einheitsliste 1927: 2.145)
NSDAP	345

Absolute Mehrheiten der Sozialdemokratie gab es in Hausmening, Mauer, Kematen und Böhlerwerk, relative Mehrheiten in Amstetten, Schönbichl, Sonntagberg, Ulmerfeld und Zell a.a.Ybbs. Der „Heimatblock“ errang die absolute Mehrheit in Haag-Land, Mitterhausleiten und Viehdorf, relative Mehrheiten in Oed, Sindelburg, Wallsee, Zeillern, Aschbach-Markt, Oberaschbach und Erla. Im agrarischen Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au konnte der „Heimatblock“ als einzigem von den vier Gerichtsbezirken mehr Stimmen erreichen als die Sozialdemokratie, wodurch er an zweiter Stelle nach den Christlichsozialen lag. Im Rest der Ortsgemeinden gab es für die Christlichsozialen und die „Raab-Heimwehr“ absolute oder relative Mehrheiten. So konnte von allen Kandidaten des Amstettner Bezirks nur Franz Mayerhofer, Bauer in Fohra bei Aschbach, auf der Liste der Christlichsozialen und Heimwehr an vierter Stelle, in den Nationalrat einziehen.⁵⁰

⁴⁹ VST 12 v. 19.3.1932, S. 3 Landtagswahl in Niederösterreich.

⁵⁰ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 40; zu den Nationalrats- und Landtagswahlen s. Tabelle „Wahlen“.

3.7.1. *Wahlanalyse der Nationalratswahl 1930*

Bei der Nationalratswahl 1930 hatten, wie erwähnt, die Christlichsozialen gemeinsam mit der Raab-Heimwehr und die Starhemberg-Heimwehr getrennt als „Heimatblock“ kandidiert. In der Heimwehr bestand nach Meinung der „EW“ der Gegensatz zwischen „Starhembergschen Hakenkreuzlern“ und „Raabschen Christlichsozialen“.⁵¹ Die Analyse des Wahlergebnisses aus parteipolitischer Sicht bestätigt in ihren wesentlichen Aussagen die politische Entwicklung. So liegen ausführliche Kommentare zur Nationalratswahl 1930 aus den Lokalmedien vor: „Die Heimwehrfreundschaft Höllers mit Wallner und Alberti ist der christlichsozialen Partei (...) teuer zu stehen gekommen.“ Diese erlitten eine „katastrophale Niederlage im politischen Bezirk Amstetten“. „Diese hatten bei der Nationalratswahl 1927 auf einer Einheitsliste kandidiert gehabt“, welche sie „als Wahlbündnis gegen die Sozialdemokratie geschlossen hatten“. Nach Meinung der Sozialdemokraten hatte die Christlichsoziale Partei „aufgrund dieses Zusammengehens und der darauf folgenden gemeinsamen Regierungstätigkeit verloren“, was dem bundesweiten Trend entsprach (Sieben Mandate der Christlichsozialen wurden sofort an den „Heimatblock“ abgegeben, es blieben noch sieben Reststimmenmandate).⁵² Die politische Zugkraft der Raab-Heimwehr, die aufseiten der Christlichsozialen stand, war gegenüber der Starhemberg-Heimwehr sehr gering. Dies wirkte sich auf die Position der Christlichsozialen aus. Dazu kam, dass aufgrund des Übergewichts des deutsch-„völkisch“-nationalsozialistischen Flügels des „Heimatblocks“ dieser im öffentlichen Bewusstsein in die Nähe der NS gestellt wurde, was auch die Übertritte nach dem gescheiterten „Pfrimerputsch“ und einzelne Heimwehrraffären bestätigten. Es bestand nach Meinung der „EW“ der Grund für den Wahlverlust der Christlichsozialen darin, dass sie sich in ihren vorangegangenen Wahlbündnissen mit der Heimwehr, auch mit dem deutschfaschistischen Flügel, für den ebenfalls Starhemberg stand, eingelassen hatten.⁵³

Wie aus den Wahlergebnissen in einzelnen Gemeinden des politischen Bezirks zu ersehen ist, hatten die NS unter der alleinigen Kandidatur der NSDAP „Hitlerbewegung“ bei der Nationalratswahl 1930 einen Konsolidierungserfolg aufzuweisen, wenn auch das Wahlergebnis im politischen Bezirk Amstetten unter den Erwartungen ausfiel. Dies dürfte besonders darin den Grund haben, dass die NS einerseits noch immer in zwei Fraktionen gespalten agierten, wie dies deutlich das Verhalten der NS am Beispiel der Stadt Amstetten aufzeigt, und andererseits potentielle Wählerstimmen der NS 1930 noch gebunden waren durch die Kandidatur des „Nationalen Wirtschaftsblocks und Landbundes“, auch „Schooberblock“ genannt, der sich aus einem Wahlbündnis der Großdeutschen Volkspartei und des „Landbundes“ zusammensetzte, und des „Heimatblocks“, der auf seiner Liste die

⁵¹ EW 47 v. 22.11.1930, S. 10-11.

⁵² Ebenda, S. 10-11; AZ 46 v. 15.11.1930, S. 1 Nach den Wahlen.

⁵³ Zu Alberti s. I.8.3, I.8.4.1, I.18.8 ff (bes. I.18.8.2 Erhebungsberichte, I.18.8.6 Biographie).

österreichfaschistischen, aber auch die deutschfaschistischen Heimwehren unter der Führung Starhembergs vereinigte.⁵⁴

3.8. Konsolidierungsphase der NS 1930-1932 am Beispiel der Nationalrats- und Landtagswahlen

Die NS hatten im politischen Bezirk bei der Nationalratswahl 1930 einen Erfolg aufzuweisen, der ihre bisherigen Positionen festigte. Insgesamt gelang es ihnen aber, in Niederösterreich mit über 34.000 Stimmen ihre Wählerzahl gegenüber der Nationalratswahl 1927 zu vervierfachen.⁵⁵ Der ganz große Durchbruch war der NS-Partei dennoch noch nicht gelungen. Dies überrascht vor allem deshalb, weil sich die NS der „Hitlerbewegung“ mit nach deutschem Vorbild verschärften Propagandamethoden die auch Österreich betreffenden Auswirkungen der seit 1929 einsetzenden wirtschaftlichen Rezession rücksichtslos zunutze machten. Es wurden alle unmittelbar oder mittelbar betroffenen Gesellschaftsschichten- bzw. Berufsgruppen konsequent „bearbeitet“. Die sozioökonomischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Österreich nützten die NS in verstärktem Ausmaß insofern aus, als sie durch den gezielten Aufbau einer den gesamten politischen Bezirk umfassenden Organisation durch die den Gerichtsbezirken entsprechenden Bezirksleitungen den Erfolg bei der Landtagswahl 1932 vorbereiteten.⁵⁶

Da „Gauleiter“ Josef Leopold zu Beginn der 1930er Jahre um die Schwäche der anderen politischen Gruppierungen, die noch bei der Nationalratswahl 1930 den NS fehlendes Wählerpotential binden konnten, Bescheid wusste, setzte er nach entsprechender Propagandaoffensive auf großen Zugewinn. Er konnte unter der Annahme, dass er nicht nur diese den NS „zustehenden“ Stimmen, sondern vor allem auch von den Christlichsozialen zusätzlich Stimmen hinzugewinnen könne, davon ausgehen, dass das von ihm deklarierte Wahlziel der NS, nämlich die Erreichung von mindestens vier Grundmandaten im ersten Wahlgang, sich verwirklichen lasse. Dass es dann mehr werden sollten, nämlich sechs Grundmandate von insgesamt acht Wahlkreisen und zwei Restmandate, mit denen er

⁵⁴ S. I.4 Gemeinderatswahl 1929, wo die NSDAP Schulz-Gruppe ebenfalls auf dieser Liste kandidierte, wogegen in der Stadt Amstetten bereits eine Klärung eingetreten war: die NSDAP „Hitlerbewegung“ erreichte 345 Stimmen in der Stadt Amstetten. Über das Wahlverhalten der Schulz-Gruppe, ob deren Anhänger die NSDAP „Hitlerbewegung“ bei diesen Wahlen unterstützten oder ob sie wie ein Jahr zuvor bei der Gemeinderatswahl 1929, wo sie auf der Liste des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ vertreten war, diesen auch noch bei der Nationalratswahl 1930 unterstützte, liegen keine Hinweise vor.

⁵⁵ S. Stimmenanzahl im politischen Bezirk Amstetten Tabelle „Wahlen“; s. Mulley, NSDAP Niederösterreich, a.a.O., S. 180, Anm. 46 und S. 180, Anm. 48 (s. auch S. 179, Anm. 44). Im Vergleich dazu der Mitgliederstand 1928 in Niederösterreich: Die NS-Partei hatte nicht viel mehr als 1.000 Mitglieder. Im gesamten Bundesgebiet hatte die NSDAP damals nach den Angaben Carstens 4.466 Mitglieder.

⁵⁶ Zu den Bemühungen um Gewinnung der Gewerbetreibenden durch die NS und zu den christlichsozialen Gegenstrategien s. Mattl Siegfried, Krise und Radikalisierung des „alten Mittelstandes“. In: Erich Fröschl/Helge Zoitl: Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen. Wien 1984, S. 51-64. Gegenüber der überwiegend katholischen Bevölkerung, vor allem auch in den bäuerlichen Kreisen, wurde immer wieder betont, dass die NS die besseren Christen seien. S. einzelne Beispiele in den Lokalmedien AZ und VST 1930-1932.

zum ersten Mal in der Ersten Republik im niederösterreichischen Landtag vertreten war, unterstreicht nur den Wahlerfolg der NS in Niederösterreich, wenn auch der Wahlkreis „Eisenwurzen“ insgesamt nicht ganz diesem niederösterreichweiten Erfolgsniveau entsprach. Im gleichen Artikel der „VST“ (siehe oben) beurteilte Josef Leopold kurz vor der Landtagswahl 1932 richtig die Schwächesituation der politischen Gruppierungen, die bisher deutschnationales bzw. nationalsozialistisches Wählerpotential vereinnahmt hatten, wie der Großdeutschen, der Landbündler und von Teilen des „Heimatschutzes“. Mit dieser Auffassung entsprach er aber auch zum großen Teil der Einschätzung der damaligen Situation durch die Sozialdemokratie vor der Wahl, die ebenfalls von einer Abwanderung der oben genannten Wählerschichten zu den NS ausging.⁵⁷ Ausgelöst wurde diese Neuformierung der politischen Landschaft Österreichs vor allem durch eine innere Schwäche der Großdeutschen und durch die Konsequenzen des gescheiterten „Pfrimerputsches“ für den deutschfaschistischen Flügel des „Heimatschutzes“. Die restliche Heimwehr kandidierte gemeinsam mit der Christlichsozialen Partei auf einer Liste, der deutschnationale „Landbund für Österreich“ suchte die Bauern noch einmal durch eine eigene Liste als „Ständische Bauernvereinigung“ zu erreichen. Vor allem aber brachte diese Landtagswahl den NS vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession und deren demagogischer Ausnutzung für ihre politischen Interessen, zusammen mit der teilweise bereits vollzogenen strukturellen Neuorganisation der Partei, den erwarteten Erfolg. Nach Mulley hatte die NSDAP in dieser relativ kurzen Zeit in Niederösterreich die Stärke ihrer Organisation verfünffachen können, eine Tatsache, die auch durch die Neuorganisation im politischen Bezirk Amstetten bestätigt wird.⁵⁸ Besonders beigetragen hatte auch die verstärkte politische Agitation in allen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen, die neben bewusst provozierten Rednerduellen und Streitgesprächen, die aufgrund der Angriffe gegen die „Systemparteien“ herbeigeführt wurden, auch vor gewalttätigen Zusammenstößen nicht Halt machte. Diese erfolgten besonders mit den Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch mit Bauernbundfunktionären in den die Wahlen vorbereitenden Versammlungswellen, wie sie zum grundsätzlichen Propagandarepertoire der NS gehörten. Alle diese Maßnahmen brachten erst den entscheidenden Durchbruch bei der Landtagswahl 1932, wo niederösterreichweit die NS mit 110.800 Stimmen ihr Ergebnis gegenüber der Nationalratswahl 1930 verdreifachen konnten.⁵⁹

⁵⁷ Zu den zwei Wahlkreisen, wo das NS-Grundmandat verfehlt wurde, gehörte auch der „Wahlkreis 1 Eisenwurzen“, zu dem der gesamte politische Bezirk Amstetten, der gesamte politische Bezirk Scheibbs, vom politischen Bezirk Melk der Gerichtsbezirk Ybbs und der Stadtbezirk der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs gehörten. S. Mulley, NSDAP Niederösterreich, a.a.O., S. 180-181, Anm. 49 (VST v. 17.4.1932), und Anm. 50 (AZ v. 23.4.1932).

⁵⁸ S. ebenda, S. 180.

⁵⁹ S. ebenda, S. 181, Anm. 51: Nationalratswahl 1930; Nö. Landesamtsdirektion (Hg.): Ergebnis der Landtagswahlen in Niederösterreich vom 24. April 1932, Wien 1932.

Hinsichtlich der Rolle der NS sind die letzten drei republikweiten Wahlen von Bedeutung. An der Wahlverhaltensanalyse im österreich- und niederösterreichweiten Kontext kann man sich auch die bezirklichen Verhältnisse betreffend orientieren. Bei der vorletzten NRW 1927 (und gleichzeitigen LTW) gab es eine Rekordwahlbeteiligung von fast 90 %, Christlichsoziale, Großdeutsche Volkspartei und Nationalsozialisten (Schulz-Gruppe) koalitierten auf einer bürgerlichen Einheitsliste, daneben traten kleinere Parteien an, darunter auch der „Völkisch-soziale Block“, an dem die NSDAP „Hitlerbewegung“ beteiligt war. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierte vor allem die Einheitsliste, in zweiter Linie die SDAP. Der Landbund verlor die Hälfte seiner früheren Wähler, ein Viertel ging zur Einheitsliste und ein Fünftel zu den Nichtwählern, die NRW 1930 brachte noch keinen Durchbruch der NSDAP, sie erreichte knapp vier Prozent, vor allem vom Landbund, Heimatblock und von der Einheitsliste 1927. Die politische Herkunft der NSDAP- und Heimatblockwähler 1930 ist verschiedenartig. Die NSDAP-Wähler von 1930 kamen gemäß Wählerstromanalyse mehrheitlich (fast zur Hälfte) von der Einheitsliste. Vor allem Großdeutsche, ehemalige SDAP-Wähler stellten mit 24 % einen bemerkenswerten Anteil an NSDAP-Wählern. Gemäß einer Analyse nach Wahlkreisen betrug im gesamten Wahlkreis 8 (St. Pölten), zu dem auch der Amstettner Bezirk gehörte, der Anteil früherer SDAP-Wähler an jenen der NSDAP sogar geschätzte 47 % (zum Vergleich in den Wahlkreisen 9 bis 11 dagegen nur 15, 13 und 18 %). Beim „Heimatblock“ waren die ehemaligen Einheitslistenwähler mit gut zwei Dritteln quantitativ wesentlich stärker vertreten, darunter im Gegensatz zur NSDAP überwiegend ehemalige christlichsoziale Wähler.⁶⁰

Der Großteil des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers (Großdeutsche, Landbund, Heimatblock) wurde aufgesogen.⁶¹

Bei der NRW 1930 konnte die NSDAP „Hitlerbewegung“ ihren Anteil vervierfachen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Immer mehr öffentlich Bedienstete, Lehrer und kleine Gewerbetreibende, Kleinbürger und Angestellte setzten mehr auf die NS als auf die Heimwehr. Bei der LTW 1932 verlor die christlichsoziale Partei ihre absolute Mehrheit und hatte 28 Mandate, die SDAP 20, die NSDAP auf Anhieb acht Mandate (über 110.000 Stimmen, 14,4 %), wobei sie gegenüber der NRW 1930 ihren Wähleranteil verdreifacht hatte.

Von den acht Mandaten kam die Hälfte der NS-Abgeordneten aus der Heimatregion Leopolds (Waldviertel, Krems-Langenlois).⁶²

Erfolgreicher waren die NS bei der LTW am 24. April 1932: Insgesamt bekamen sie in Niederösterreich 110.800 Stimmen (14,2 % der gültigen Stimmen). Auffallend stark waren sie in Gemeinden mit hohem Anteil an Protestanten, Freiberuflern und Beamten und in agrarisch-

⁶⁰ Prinz, Politische Herrschaft, S. 55.

⁶¹ Ebenda, S. 54-55.

⁶² Eminger Stefan, Langthaler Ernst, Niederösterreich. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Innsbruck-Wien 2013, S. 81-82.

kleinindustriellen Mischgebieten mit einer traditionell starken deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Einwohnerschaft, aber auch sozialdemokratischem Anteil-vor allem in kleineren Städten und Märkten mit einem nennenswerten tertiären Sektor. Das soziale Milieu spielte eine entscheidende Rolle. In diesen „gemischten Milieus“ bekamen die NS den meisten Stimmenzuwachs. In betont agrarischen und in weitgehend geschlossenen industriellen Milieus waren die Stimmenanteile der NS meist unterdurchschnittlich. Sie zogen mit acht Mandaten in den Landtag ein. Im Sog des Wahlerfolgs und durch die danach einsetzende Propagandawelle nahm im Sommer 1932 die Zahl der Beitritte zu. Im Juli 1932 bekamen die NS durch Übertritte, vor allem aus der Großdeutschen Volkspartei und dem Landbund, aber auch von Christlichsozialen und Sozialdemokraten, zusätzlich 60 Gemeinderäte. Die Machtübernahme Hitlers in Deutschland führte Anfang Februar 1933 in zahlreichen Gemeinden zu Freudenkundgebungen.⁶³

Sozialstrukturell entsprach die NS-Wählerschaft daher mehr dem Muster einer „Volkspartei“, weil sie damals bereits ausgeglichen aus allen Gesellschafts- bzw. Berufsschichten partizipierte, wobei der Dienstleistungssektor mit seinen Beamten und Angestellten den Schwerpunkt bildete. Die christlichsoziale Wählerschaft verlor 1932 gegenüber der NSDAP (im Gegensatz zu Wien und Salzburg) nur wenig Stimmen. Nur jeder vierzehnte NS-Wähler hatte bei der NRW 1930 noch für die christlichsoziale Partei gestimmt, aber fast jeder vierte kam 1932 von den Sozialdemokraten. Insgesamt büßte die SDAP aber gegenüber 1927 nur ein Mandat ein.⁶⁴

Die Wählerschaft von SDAP und christlichsozialer Partei blieb ziemlich erhalten, wenn auch mit Unterschieden. Denn es votierte nach der parteipolitischen Herkunft der NSDAP-Wähler fast jeder vierte NSDAP-Wähler 1932 zuvor noch für die SDAP, aus dem klerikal-konservativen Lager waren es gerade sieben von 100 NSDAP-Wählern.⁶⁵

Bei der LTW 1932 konnte die christlichsoziale Partei in Niederösterreich ihren Wählerstand halten, Heimwehr und Großdeutsche verschwanden. Sieger der Wahl war das Nichtwählerlager und die NSDAP. Gemäß Wählerwanderungen erfolgten ihre Gewinne ganz überwiegend auf Kosten der Großdeutschen Volkspartei. Sie trat auch sozialstrukturell das Erbe der Großdeutschen an und agierte im gleichen sozialen Milieu und des Heimatblocks, dessen frühere Wähler zusammen ein Drittel der NSDAP-Wählerschaft von 1932 stellten. Jeder dritte deutschnationale Wähler, jeder vierte des „Heimatblocks“, aber nur jeder elfte Wähler der SDAP und jeder fünfzigste der christlichsozialen

⁶³ Klösch, „Nationales“ Lager, a.a.O., S. 581-582; s. auch dazu Prinz, Politische Herrschaft, a.a.O., S. 55-56. Die Wahl endete in Amstetten mit einem großen NS-Erfolg, die NSDAP erhielt 1.377 Stimmen und kam den Christlichsozialen mit 1.391 Stimmen sehr nahe. Die relative Mehrheit hatten wie immer die Sozialdemokraten mit 2.306 Stimmen, die Großdeutschen wurden vernichtend geschlagen, sie hatten nur mehr 46 Stimmen. Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 35 ff.

⁶⁴ Eminger, Langthaler, Niederösterreich, S. 55.

⁶⁵ Hänisch Dirk, Wahlen und Wahlverhalten in der Ersten Republik. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 295-296

Partei aus 1930 wählte in Niederösterreich die NSDAP, was bedeutet, dass jeder dritte niederösterreichische NSDAP Wähler 1932 vom deutschnationalen Lager, fast jeder vierte von der SDAP, jeder achte vom Heimatblock und nur jeder vierzehnte von der christlichsozialen Partei kam.⁶⁶ Die NS versuchten ab den 1930er Jahren auch in bäuerliche Kreise einzudringen. Das Ergebnis der Bauernkammerwahlen von 1932 bestätigt aber, dass sie hier den Durchbruch noch nicht geschafft hatten. Sie konnten zwar 45 Mandate in den Bezirksbauernkammern gewinnen und zur stärksten deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Fraktion aufsteigen, konnten aber die Sozialdemokraten mit 51 Mandaten nicht einholen und den christlichsozialen Bauernbund mit 840 Mandaten nicht gefährden.⁶⁷

Den 1933 weiter andauernden Zulauf konnten weder die zunehmende Repression der Bundesregierung noch die im Frühjahr anlaufende Terrorwelle stoppen. Besonders Infrastruktureinrichtungen wie Straßen, Bahnlinien, Telefon- und Strommasten, aber auch der politische Gegner, waren die Angriffsziele. Es kam immer mehr zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen NS, Heimwehr, Sozialdemokraten, Kommunisten und den christlichsozialen „Ostmärkischen Sturmsharen“.⁶⁸

Grundsätzlich unterschieden sich bei den Männern die in der Regel zwischen 1890 und 1910 geborenen Führungsfiguren der „Alten Kämpfer“ der Jahre 1932/33, die entweder selbständig (Bauer, Gewerbetreibender, Arzt) waren oder im öffentlichen Dienst (Lehrer, Gemeindebediensteter, Eisenbahner) arbeiteten und die meist zwischen 1900 und 1920 geborenen „Illegalen, die als Landarbeiter oder Hilfsarbeiter bzw. gewerblicher Gehilfe tätig waren. Sie bildeten zur eher alten, „bürgerlichen“ Parteiführung das junge, „proletarische“ Gegengewicht, das auch den Kern der eigentlichen Aktionisten bildete.⁶⁹

3.8.1. Verankerung des Nationalsozialismus in den einzelnen Ortsgemeinden des politischen Bezirkes

Wenn man die Ortsgemeinden einzeln näher untersucht, kann bezüglich der Verteilung der NS-Stimmen aufgrund der Nationalratswahl 1930 insgesamt Folgendes festgestellt werden: Von den 71 Gemeinden (einschließlich der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs) erreichten die NS als NSDAP

⁶⁶ Hänisch Dirk, Wahlen und Wahlverhalten in der Ersten Republik. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 293-296 (Wahlverhaltensanalyse NRW 1927, 1930 und LTW 1932 bezüglich Niederösterreichs); vgl. S. 282 Tabelle 1: Der Einfluss der Parteien im niederösterreichischen Elektorat bei Nationalratswahlen bis 1930 und Landtagswahlen 1932; s. auch S. 303, Tabelle 11: Korrelate der politischen Lager mit der Wirtschaftsstruktur 1934.

⁶⁷ Klösch, „Nationales“ Lager, a.a.O., S. 581-582.

⁶⁸ Ebenda, S. 583.

⁶⁹ Langthaler Ernst, Wie aus Dörflern Parteigänger und Patrioten wurden. Identitätspolitik in einer Landgemeinde (1920er bis 1950er Jahre). In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 373.

„Hitlerbewegung“ nur mehr in 21 Ortsgemeinden überhaupt keine Stimme, wenn sie auch in den 50 Ortsgemeinden, in denen sie stimmenmäßig vertreten waren, in nur 27 mindestens 5 Stimmen bekamen.

Eine Zusammenstellung der Nationalrats- und Landtagswahlen 1919-1932⁷⁰

Zahl der Ortsgemeinden, in denen die NS weniger als 5 Stimmen erreichten:

GBZ Amstetten: 0

GBZ St. Peter i.d.Au: 5 (Abetzberg, Aschbach Dorf, Ertl, Niederhausleiten, Kürnberg)

GBZ Haag: 1 (Au)

GBZ Waidhofen a.d.Ybbs: 2 (St. Leonhard a.W., Zell-Arzberg) (einschl. Waidhofen a.d.Ybbs Stadt)

Zahl der Gemeinden, in denen die NS niemals eine Stimme erreichten:

GBZ Amstetten: 0

GBZ St. Peter i.d.Au: 1 (Abetzberg)

GBZ Haag: 1 (Au) GBZ Waidhofen a.d.Ybbs: 0 (einschl. Waidhofen a.d.Ybbs Stadt)

Der Wahlerfolg der Nationalratswahl 1930 war also aus dieser Sicht kein durchschlagender. Es ist in den Ortsgemeinden, in denen sie einen größeren Wahlerfolg hatten, eine kontinuierlich bestehende NS-Anhängerschar anzunehmen, nachdem gerade hier die bei der Nationalratswahl 1927 den „Völkischsozialen“ gegenüber abseits stehenden NS sich in die Reihen der immer mehr als Führungsgruppe etablierenden NSDAP „Hitlerbewegung“ gestellt hatten.

Die einzelnen Ortsgemeinden im Vergleich zur Nationalratswahl 1927

Ortsgemeinden mit insgesamt der gleichen Stimmenanzahl der NS (trotz Fraktionierung in zwei NS-Gruppen): Amstetten, Hausmening, Behamberg.

Ortsgemeinden, die ihre Stimmenanzahl für die NSDAP „Hitlerbewegung“ gehalten haben: GBZ Amstetten: Mauer b.Amstetten, Neuhofen a.d.Ybbs.

Ortsgemeinden, die neu hinzukamen aufgrund eines größeren Stimmengewinns für die NSDAP „Hitlerbewegung“ (mindestens 5 Stimmen):

GBZ Amstetten: Preinsbach, Ulmerfeld

GBZ St. Peter i.d.Au: Aschbach Markt, Biberbach, St. Peter i.d.Au Dorf, St. Peter i.d.Au Markt, Seitenstetten Markt

GBZ Haag: Ernsthofen, Haag Land, Haag Markt, St. Valentin

GBZ Waidhofen a.d.Ybbs (einschl. Stadt Waidhofen a.d.Ybbs): St. Georgen a.Reith, Hollenstein, Opponitz, Prolling, Sonntagberg, Waidhofen a.d.Ybbs Land, Waidhofen a.d.Ybbs Stadt, Windhag, Ybbsitz, Zell a.d.Ybbs Markt

Es fällt auf, dass die NS vor allem in den Ybbstalgemeinden einen starken Zulauf hatten. In Ortsgemeinden, in denen die NS bereits vor der Wahl einen stimmenmäßigen Rückhalt hatten,

⁷⁰ GBZ=Gerichtsbezirk.

hatten sie die größten Erfolge. Eine Analyse der Sozialstruktur dieser Ortsgemeinden weist darauf hin, dass es den NS gelungen war, in breitere Schichten der Bevölkerung bereits einzudringen, in Ausnahmen bereits auch in überwiegend agrarisch dominierte Ortsgemeinden wie Neuhofen a.d.Ybbs. Eher waren es aber die von der Sozialstruktur weniger einheitlichen Ortsgemeinden, in denen es vom berufssozialen Gesichtspunkt eine breitere Streuung der einzelnen Berufsgruppen, mit hervorstechend geringem Anteil an bäuerlicher Bevölkerung, gab, in denen größere Erfolge kontinuierlich zu verzeichnen waren.⁷¹ Dazu kommt die nachweisbare Tatsache, dass in den Gemeinden, die bei der Nationalratswahl 1930 für die NSDAP „Hitlerbewegung“ größere Erfolge brachten, wobei in einigen Fällen die erreichte Stimmenanzahl doppelt bis dreifach so hoch war wie bei der vorangegangenen Nationalratswahl 1927, sicher auch die Tätigkeit eines engagierten Ortsgruppenleiters mit seinem Stab und auch einer aktiven NS-Formation wie vor allem einer SA-Gruppe, wie dies im Gemeindegebiet von Haag Dorf und Markt und St. Valentin, aber auch in den Ybbstalgemeinden von der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs ausgehend der Fall war, einen gewichtigen Anteil am Erfolg hatte. Dasselbe gilt auch für die den besonders aktiven NS-Ortsgemeinden unmittelbar benachbarten Ortschaften, in denen die Ausstrahlungskraft einer solchen Nachbarortgruppe Stimmengewinne brachte. Es ist diese Strategie grundsätzlich als wesentlicher Bestandteil des Vorgehens der NS im politischen Bezirk festzustellen: Es sollte von fixen Punkten aus, wo bereits Erfolge zu verzeichnen waren, in konzentrischen kleinen Kreisen vorgegangen werden, die dann, untereinander organisatorisch zusammenhängend, einer Zentrale, der Bezirksleitung des jeweiligen Gerichtsbezirkes, untergeordnet wurden. Vorher gab es nur einen losen Zusammenhang zwischen den einzelnen relativ autonom agierenden Ortsgruppen.

Nachweisbar hatte die NSDAP „Hitlerbewegung“ seit ihrer Abtrennung von der Gesamtpartei unter der Führung von Karl Schulz sich besonders auch auf eine verstärkte Werbetätigkeit, vor allem auch um Mitglieder in den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereinigungen konzentriert, zu denen schon immer wichtige personelle und ideologische Verbindungen bestanden hatten und die als fruchtbarer Nährboden für die Ausbreitung und den Aufstieg des Nationalsozialismus zu bezeichnen sind. Vor allem gehörten neben kleineren Vereinen zu diesen Vereinen an führender Stelle der Deutsche Turnverein, der Deutsche Schulverein Südmark und diverse „völkische“ Männergesangsvereine. Gerade in diesen Ortsgemeinden, in denen diese Vereine mit einem regen Vereinsleben bereits bestanden hatten, sind auch größere Erfolge der NS seit der Nationalratswahl 1930 nachzuweisen, wobei auch in vielen Fällen eine Personalunion von Vereinsleitung und führenden NS innerhalb der Ortsgruppen besteht.⁷² Bereits stärker vom Nationalsozialismus vereinnahmte Ortsgemeinden fungierten als Ausgangsbasis für die Propagandakampagnen, wobei

⁷¹ Zu Neuhofen a.d.Ybbs s. II.1.2.6 ff Berufsstruktur, Wirtschaftsgruppen aus Volkszählung vom 22. März 1934.

⁷² S. dazu Kap. Vereine I.17 ff.

nachweislich eine große Strahlkraft auf andere im näheren oder weiteren Umfeld liegende Ortsgemeinden ausging:

Amstetten auf Hausmening, Ulmerfeld, Mauer b. Amstetten.

St. Valentin auf Ernstshofen, Haidershofen, St. Pantaleon, bei Behamberg ist auch der Einfluss von Steyr aus anzunehmen.

Haag Markt auf Haag Land.

St. Peter Markt auf St. Peter Dorf und Seitenstetten Markt und Dorf.

In den Ybbstal-Gemeinden, teilweise auch in Industriegemeinden:

Hollenstein auf St. Georgen am Reith, Maisberg, Opponitz, Prolling, Schwarzenberg. Waidhofen Stadt auf Waidhofen Land, Windhag, Zell an der Ybbs, Ybbsitz (bereits 1927).⁷³

3.9. Landtagswahl vom 24. April 1932

In der Phase der zweiten Regierung des Christlichsozialen Buresch, der eine Minderheitsregierung der Christlichsozialen mit dem Landbund (Vizekanzler und Innenminister Ing. Franz Winkler) gebildet hatte, die bis zum 6. Mai 1932 Bestand hatte, fanden die niederösterreichischen Landtagswahlen am 24. April 1932 statt, wo sich die künftige Koalition der Christlichsozialen mit der Heimwehr abzeichnete, indem sie mit der Wahlliste der Heimwehr, dem „Heimatblock“, eine bürgerliche Einheitsliste bildete, die die erst vor zwei Jahren in der Nationalratswahl 1930 siegreichen Sozialdemokraten als Hauptgegner hatte, in zweiter Linie erst die NS. Für den Wahlkreis 1 „Eisenwurzen“ kandidierte an der Spitze der Christlichsozialen Karl Latschenberger, Bauer aus Melbing. Der Amstettner Landtagsabgeordnete „Gauführer“ Hans Höller war an dritter Stelle der Wahlliste gereiht. Listenführer der Sozialdemokraten war der Telegraphenmeister Theodor Pauppill aus Kemmelbach. Franz Gruber, Bürgermeister von Mauer, stand an der dritten Stelle, die Amstettner Gemeinderätin und niederösterreichische Landtagsabgeordnete „Kathi“ Graf an der vierten Stelle. Bei den Großdeutschen folgte dem Spitzenkandidaten Ing. Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs der Amstettner Bürgermeister Ludwig Resch. Die Liste der NS wurde vom Lehrer Emmo Langer aus St. Pölten angeführt, an der fünften Stelle der Wahlliste stand der Amstettner Rechnungsrat Wilhelm Grunert. Außerdem kandidierten noch eine „Ständische Bauernvereinigung“ und die Kommunisten. Wie nicht anders zu erwarten führten den aktivsten Wahlkampf die im starken Aufwind befindlichen NS, die in der Stadt Amstetten jede Woche mindestens eine Wahlveranstaltung abhielten. Damals war es aufgrund der noch existierenden demokratischen Strukturen, die erst im „Ständestaat“ Bundeskanzlers Dollfuß systematisch abgeschafft wurden, möglich, dass bei öffentlichen Parteiversammlungen Gegenredner auftraten, sodass sich die

⁷³ ABl. BHA Nr. 46 v. 15.10.1930, S. 182-183.

Ergebnis der Nationalratswahl v. 9. November 1930; AZ 46 v. 15.11.1930, S. 1-2 Ergebnis der Nationalratswahl am 9. November 1930. Wahlkreis 1 Eisenwurzen (Vorort Amstetten).

Teilnehmer verschiedene Perspektiven zu einem Thema anhören konnten. So sprach in der Versammlung der NSDAP „Hitlerbewegung“ im Ginnersaal am 13. April 1932 Josef Wallner als Vertreter des „Heimatschutzes“ als Gegenredner, in einer Wählerversammlung der Christlichsozialen am 18. April 1932 ergriff der NS Dr. Rudolf Bast, Rechtsanwalt in Amstetten, das Wort. Am 21. April 1932 sprach in einer sozialdemokratischen Kundgebung der Bürgermeister von Steyr, Sichelrader, wo sich ebenfalls aus dem bürgerlichen Lager entsprechende Gegenstimmen erhoben.

Hauptgewinner der Landtagswahl waren eindeutig die NS, die Stimmern aus fast allen politischen Lagern an sich ziehen konnten. (Sie erzielten auch bei den gleichzeitig durchgeführten Landtagswahlen in Wien und Salzburg große Gewinne auf Kosten der großen Parteien.)

Besonders bemerkenswert ist, dass eine große Abwanderung der Stimmen des „Schoberblocks“ zu der NSDAP „Hitlerbewegung“ anlässlich dieser letzten demokratischen Wahl eingetreten war. Die Großdeutschen wurden völlig aufgegeben, indem sie der übermächtigen Konkurrenz der NS erlagen.

Dieses Debakel hatte sich bereits vorher abgezeichnet, als bereits um die Jahreswende 1931/32 Führer und Gefolgsleute der Großdeutschen in großer Zahl zu den NS übergewechselt waren.

Der „Heimatblock“ kandidierte auf einer gemeinsamen Liste mit den Christlichsozialen, hatte aber auch eine eigene wahlwerbende Gruppe für die Bauern, die „Ständische Bauernvereinigung“. Zum ersten Mal liegt eine genauere Wahlanalyse im Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft Amstetten vor. Die Wahlbeteiligung wurde in Prozenten errechnet. Auch geschlechtsspezifische Zuordnungen wurden gemacht: „Im Wahlkreis Nr. 1 haben rund 84 % der Wahlberechtigten abgestimmt. Die Wahlbeteiligung war durchaus verschieden. Es werden einzelne Beispiele gebracht. Amstetten: 90 %, Böhlerwerk: 95 %, Mauer: 88 %, Ulmerfeld: 86 %, Markt Zell a.d.Ybbs: 83 %, Zeillern und Schönbichl: 80 %. Im Wahlkreis Nr. 1 (Amstetten) waren 44.322 Frauen und 41.941 Männer wahlberechtigt und haben sich 7724 Frauen und 5806 Männer der Wahl enthalten. Im Wahlkreis Nr. 1 haben mehr Frauen christlichsozial und großdeutsch gewählt als Männer, während in der Stadt Amstetten mehr Frauen christlichsozial und nationalsozialistisch gewählt haben als Männer. Bei den übrigen Parteien war es umgekehrt.“⁷⁴

Der Stimmenanteil der einzelnen wahlwerbenden Gruppen sah folgendermaßen in der Stadt Amstetten aus (im Vergleich zur Nationalratswahl 1930, wobei ein Vergleich aufgrund der veränderten parteipolitischen Zugehörigkeiten problematisch ist):

Sozialdemokraten	2.306 (2.466)
Christlichsoziale	1.391 (Christlichsoziale 1012, „Heimatblock“ 601)
Nationalsozialisten	1.377 (345)
Großdeutsche	46 (Schoberblock 723)
Kommunisten	56 (30)
Ständische Bauernvertretung	20 (-)

⁷⁴ ABl. BHA Nr. 19 v. 7.5.1932, S. 1.

In Hausmening und Ulmerfeld übertrafen die NS die Christlichsozialen, in Stift Ardaggar, Euratsfeld, Kornberg, Neuhofen, Oed, Sindelburg, Stephanshart und Viehdorf die Sozialdemokraten.

Die Christlichsozialen entsandten drei Abgeordnete aus dem Wahlkreis 1 „Eisenwurz“ in den Landtag, davon zwei aus dem Amstettner Bezirk: Karl Latschenberger aus Melbing, Karl Etlinger aus Altenhofen und Hans Höller aus Amstetten, die Sozialdemokraten einen, Theodor Pauppil aus Kemmelbach. Die Amstettner Gemeinderätin „Kathi“ Graf erhielt ein Restmandat.⁷⁵

Ein Kurzkomentar über das Wahlergebnis aus der „Volksstimme“: „Landtagswahlen in Niederösterreich und Salzburg.

In Niederösterreich erreichten die Nationalsozialisten acht Landtagsmandate.“ Schlagwortartig wurde das Ergebnis gebracht: „Landbund, Großdeutsche und Heimatschutz aufgelöst-Gewaltige Stimmenverluste der Sozialdemokraten und Christlichsozialen.“⁷⁶)

Die starken Gewinne der NS in fast allen Gemeinden trotz regional unterschiedlicher Sozial- bzw. Berufsstruktur lassen auf der Basis einer Grobanalyse folgenden Schluss zu: Die NS konnten ihre Stimmengewinne überwiegend aus zwei Wählerreservoirs schöpfen: Es gab einerseits starke Stimmenzuflüsse von den bisherigen Wählern der Großdeutschen und des „Landbundes“, andererseits von einem Teil der Wählerschaft des ehemaligen „Heimatblocks“ der Nationalratswahl des Jahres 1930. Diese politische Gruppierung kandidierte bei der Landtagswahl 1932 mit seinem Restbestand nach der bereits offenen Abwanderung des deutschfaschistischen Flügels nach dem gescheiterten „Pfrimerputsch“ zu den NS auf einer Einheitsliste mit der Christlichsozialen Partei, wobei aber auch die relativ große Anzahl der Nichtwähler bzw. der ungültigen Stimmen in einzelnen Gemeinden zu beachten ist, wie aus einigen Beispielen von Gemeinden aufgrund auffallender zahlenmäßiger Übereinstimmungen zu ersehen ist. Ein Teil der ehemaligen „Heimatblock“-Wähler aus dem deutsch-„völkischen“ Gesinnungsspektrum dürfte bei der Landtagswahl 1932 zu Hause geblieben oder ungültig gewählt haben. Stimmungsberichte der Sicherheitsdirektion Niederösterreich nach dem 4. März 1933 über Abwanderungsbewegungen bestätigen diese fortgesetzte Tendenz.⁷⁷ Der erstmalige Einbruch der NS auch in agrarisch dominierte Schichten der Bevölkerung, nämlich dort, wo der deutschnationale „Landbund“ seine Anhängerschaft hatte, lässt den generellen Schluss zu, dass das Konzept der NS voll aufgegangen ist: Sie hatten sich als die Partei präsentieren können, die mit entsprechendem Populismus und einer starken Suggestivkraft ihrer Propagandamethoden und ihrer Führerpersönlichkeiten auf dem ideologischen Fundament des „völkischen“ Gedankengutes die für diese Ideologie anfälligen Wählerkreise gewinnen konnte. Dieser Effekt wurde in einzelnen Gemeinden dadurch verstärkt, dass ein nicht geringer Teil der Bevölkerung

⁷⁵ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S.45-46.

⁷⁶ VST 18 v. 30.4.1932, S. 1 „Der Bauernsturm“, Beilage zur „Volksstimme“.

⁷⁷ Zu den Stimmungsberichten s. einzelne Kap. mit Gendarmerieberichten, bes. I.10.3.1-10.6.

aufgrund der wirtschaftlichen Rezession, die ihren Höhepunkt erreicht hatte, verunsichert und verängstigt war. Man schritt über die Bereiche der eigenen Ideologie hinaus und brach, wie Einzelfälle beweisen, in gegnerisches parteipolitisches Terrain ein, da durch eine vorangegangene, gezielt betriebene, vor allem mentale Destabilisierungstaktik so mancher politisch Andersdenkende sich der Partei gegenüber, die scheinbar die alleinige Lösungskompetenz anbot, öffnete. Dass den NS die Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik der vorangegangenen österreichischen Regierungen und eine tatsächlich bestehende bzw. auch unmittelbar noch weiter drohende Notsituation ganzer Teile der Gesellschaft mit ihren vielen persönlichen Einzelschicksalen, aber auch mit dem möglichen Abstieg ganzer Gesellschaftsgruppen, in einzelnen Ortsgemeinden zu Hilfe kam, ist eine Tatsache. Dies traf besonders auf Ortsgemeinden mit vorherrschender kleingewerblicher Struktur des „alten“ Mittelstands zu, während in bäuerliche Kernschichten der Christlichsozialen und in Kernschichten der Sozialdemokratie keine Einbrüche gelangen, diese also weiterhin als ein resistentes Bollwerk gegen den aufsteigenden Nationalsozialismus anzusehen waren. Gerade das Halten dieser bäuerlichen Kernschichten durch die Christlichsoziale Partei in der überwiegenden Mehrheit der agrarisch dominierten Gemeinden und die Tatsache, dass die NS bei den Bauern nahezu nur die ehemaligen Landbündler gewinnen konnten, kann durch eine Betrachtung der Gemeinderatswahl 1929 und der Wahlen in die Bezirksbauernkammern nachgewiesen werden, da sie ein ähnliches Ergebnis aufzeigen wie die Landtagswahl 1932.⁷⁸ Die Sozialdemokraten, die noch bei der Nationalratswahl 1930 in einer größeren Anzahl von Ortsgemeinden des politischen Bezirks, besonders in den von ihnen dominierten Ortsgemeinden, Gewinne verzeichnet hatten, konnten entweder ihr Stimmenpotential halten oder mussten geringe Verluste hinnehmen. Die Christlichsozialen konnten, soweit dies aus einem Vergleich der Wahlergebnisse erschießbar ist, von der Nichtkandidatur des „Heimatblocks“, wenn auch regional von Gemeinde zu Gemeinde oft recht unterschiedlich, so doch in der Mehrheit der Gemeinden profitieren.

Bemerkenswerte Ergebnisse in Ortsgemeinden des politischen Bezirks:⁷⁹

⁷⁸ Zu den Ergebnissen s. I.4, I.5.

⁷⁹ AZ 18 v. 30.4.1932, S. 1-3 Ergebnis der Landtagswahl vom 24.4.1932; ABl. der BHA Nr. 19 v. 7.5.1932, S. 1; s. Bezirksbauernkammerwahlen v. 17. April 1932 s. I.5. Kernbauer Hans, März Eduard, Weber Fritz, Die wirtschaftliche Entwicklung. In: Weinzierl Erika, Skalnik Kurt, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, Graz Wien Köln 1983, S. 370. Landtagswahl 1932: Stimmengewinne der NS auf Kosten der Christlichsozialen Partei Pauley, Weg in den Nationalsozialismus, a.a.O., S. 81-82. Landtagswahl 1932 Stimmengewinne der NS: In Niederösterreich gingen von den großdeutschen Gruppen wie Heimwehr, Großdeutsche Volkspartei, vor allem vom Landbund (76.000 NS-Stimmen, davon 61.000 vom Landbund) Stimmen zu den NS über, die Großdeutsche Volkspartei und Landbund wurden ausgelöscht. Csoklich Fritz, Presse und Rundfunk. In: Weinzierl Erika, Skalnik Kurt, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2, Graz Wien Köln 1983, S. 370 Landtagswahl 1932: Stimmengewinne der NS auch auf Kosten der Christlichsozialen Partei; s. auch Arnberger, Schwechat, a.a.O., S. 57 ff. Die politische Lage bis zur Auflösung der Parteien; Wahlkämpfe und -ergebnisse im Jahre 1932. Legende: SDAP = Sozialdemokratische Arbeiterpartei, ChSP = Christlichsoziale Partei, NS = Nationalsozialisten.

Gerichtsbezirk Amstetten: Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis der Stadt Amstetten, wo es den NS gelang, als zahlenmäßig drittstärkste Partei der zweitstärksten Partei, den Christlichsozialen, sehr nahe zu kommen.

Amstetten: NS von 345 auf 1377, Christlichsoziale: von 1012 auf 1391, SDAP: von 2466 auf 2306.

Hausmening: NS ungefähr die Hälfte der SDAP: NS 231, ChSP 153, SDAP 547

Ulmerfeld: NS stärkste Partei: NS 134, SDAP: 133, ChSP: 121

Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au: St. Peter i.d.Au Markt: NS zweitstärkste Partei: NS: 156, ChSP: 268, SDAP: 26

Gerichtsbezirk Haag: Haag Markt: NS gleich mit SDAP: NS: 197, SDAP: 197, ChSP: 354 Gerichtsbezirk

Waidhofen a.d.Ybbs (einschl. Stadt Waidhofen a.d.Ybbs): Ybbsitz: NS zweitstärkste Partei: NS: 130,

ChSP: 441, SDAP: 94 Zell a.d.Ybbs Markt: drittstärkste Partei mit großem Stimmenanteil: NS: 112,

SDAP: 279, ChSP: 171 Waidhofen a.d.Ybbs Stadt: NS drittstärkste Partei mit bemerkenswert hohem Stimmenanteil: NS: 687, SDAP: 996, ChSP: 966

Eine tabellarische Übersicht aller herangezogenen Wahlergebnisse der Nationalratswahlen 1919, 1920, 1927, 1930 und der Landtagswahl 1932 soll den in Zahlen absoluten und den prozentuellen Stimmenanteil der einzelnen kandidierenden Parteien (nach abgegebenen gültigen Stimmen berechnet) und die daraus herauslesbaren Veränderungen innerhalb der politischen Gruppierungen im politischen Bezirk Amstetten (einschließlich der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) veranschaulichen.⁸⁰

Diese tabellarische Übersicht, die den Aufstieg der NS vergleichend dokumentiert, zeigt die erste Zunahme der Stimmen der DNSAP 1919 und 1920 als Partei der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ unselbständigen Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaften, bereits mit einem Schwerpunkt in den urbanen Bezirken, vor allem in den Städten Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs, dann den Einbruch bei der Nationalratswahl 1927 aufgrund der vorangegangenen Spaltung der Partei in zwei Fraktionen, wo ihr Stimmenpotential auf die „Einheitsliste“ und die „Völkischsozialen“ aufgeteilt war bzw. sie Stimmen mit anderen politischen Gruppierungen wie dem deutschnationalen „Landbund“ und dem damals kandidierenden deutschnationalen „Ude-Verband“ teilen mussten, dann die Vervielfachung der Stimmen bei der Nationalratswahl 1930 und noch einmal bei der Landtagswahl 1932, wo vor allem der Gerichtsbezirk Amstetten mit der Stadt Amstetten und der Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs zusammen mit der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs einen signifikanten Aufschwung verzeichneten. In einer Grobanalyse kann aus der Sozialstruktur der Gemeinden, in denen die NS stärker vertreten waren, und aus der berufssozialen Zusammensetzung der bekannten

⁸⁰ Bezüglich der Differenz der prozentuellen Stimmenanteile (gültige Stimmen) der Landtagswahl 1932 gegenüber der Nationalratswahl 1930 kann auf der Grundlage einer von Mulley zusammengestellten Tabelle für den Wahlkreis 1, Eisenwurzen (politische Bezirke Amstetten und Scheibbs, Gerichtsbezirk Ybbs, Stadtbezirk Waidhofen a.d.Ybbs) ein Vergleich gezogen werden. Wahlkreis HB ChSP NS GrDt + LB SDAP + KP Eisenwurzen - 15,1 +10,7 +8,0 -3,0 -0,8 Mulley, NSDAP Niederösterreich, a.a.O., S. 182. Legende: HB = Heimatblock ChSP = Christlichsoziale Partei, NS = Nationalsozialisten, GrDt + LB: Großdeutsche + Landbund, SDAP + KP: Sozialdemokratische Arbeiterpartei + Kommunistische Partei.

Funktionäre der „Ortsgruppe“ Amstetten auf die soziale Zusammensetzung der NS-Anhänger und Sympathisanten und damit der NS-Partei in der Frühphase geschlossen werden.⁸¹ Es fällt auf, dass die damalige Partei ihre soziale Basis in Hochburgen der Sozialdemokratie hatte, dass sie ihr Wählerpotential in der Arbeiterschaft, bei Angestellten und Eisenbahnern hatte. Als damals noch kleine Partei wurde sie vor allem durch Erfolge in diesem Rekrutierungsfeld in ihrem Selbstverständnis bestätigt, indem sie versuchte, Teile der Arbeiterklasse und der Fixbesoldeten bei der Eisenbahn- und Postverwaltung, aber auch schon der kleinen, von der Deklassierung bedrohten Gewerbetreibenden für sich zu gewinnen. Um diese Zielgruppe zu erreichen, verlegte sie ihre politischen Aktivitäten vor allem in sozialdemokratisch dominierten Ortsgemeinden.⁸²

Tabelle 1⁸³

Der Stimmenanteil der NS in den einzelnen Gemeinden: Übersicht

NRW und LTW	1919	1920	1927	1930	1932
<i>GBZ Amstetten</i>					
Amstetten	110	307	115	345	1377
Ardagger Markt	0	0	0	3	18
Ardagger Stift	0	0	0	3	16
Euratsfeld	0	7	1	0	43
Haag Dorf	2	0	0	2	14
Hausmening	3	89	13	83	231
Kollmitzberg	0	0	0	0	7
Kornberg	0	0	0	0	42
Mauer b.A.	11	9	7	6	118
Neuhofen a.d.Ybbs	1	10	7	6	88
Preinsbach	4	2	3	10	31
Ulmerfeld	0	21	0	16	134
Viehdorf	0	1	0	0	89
Wallsee	6	0	2	2	36
Winklarn	0	0	0	0	11
Zeillern	0	0	0	1	20
<i>GBZ St. Peter i.d.Au</i>					
Aschbach Markt	5	5	3	25	82
Oberaschbach	5	0	0	0	18
Biberbach	2	0	0	5	67
Bubendorf	1	0	0	1	27
Mitterhausleiten	0	0	0	1	5

⁸¹ S. Botz Gerhard, Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. In: Reinhard Mann, Die Nationalsozialisten, Analysen faschistischer Bewegungen, HSF Bd. 9, Stuttgart 1980, S. 105-107.

⁸² Zu den Aktivitäten in sozialdemokratisch dominierten Gemeinden s. Mulley, NSDAP in Niederösterreich, a.a.O., S. 175. Eine Öffnung gegenüber anderen Gesellschaftsschichten war zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollzogen.

⁸³ Verwendete Quellen: Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft Amstetten und Scheibbs 1919-1932 und „AZ“, 1919-1932

St. Johann i.E.	0	0	0	0	6
Kematen	2	5	0	2	12
Kürnberg	12	0	0	0	4
Krenstetten	2	0	0	2	8
Meilersdorf	0	0	0	1	6
St. Michael a.Br.	1	0	0	3	11
St. Peter i.d.Au Dorf	2	1	0	14	40
St. Peter i.d.Au Markt	0	20	4	57	156
Seitenstetten Dorf	0	0	5	2	10
Seitenstetten Markt	0	1	1	12	52
Weistrach	1	0	1	2	33
Wolfsbach	1	0	2	0	10
<i>GBZ Haag</i>					
Behamberg	5	13	0	15	23
Ennsdorf	0	2	0	3	9
Erla	2	0	0	1	6
Ernsthofen	0	0	1	13	29
Haag Land	-	-	1	22	81
Haag Markt	4	0	19	69	197
Haidershofen	3	12	0	4	14
St. Pantaleon	0	0	0	2	21
Strengberg	0	0	3	1	21
St. Valentin	0	97	5	167	413
<i>GBZ Waidhofen a.d.Ybbs</i>					
Allhartsberg	0	0	1	0	9
Böhlerwerk	-	-	-	0	91
St. Georgen a.Reith	0	1	1	17	39
Haselgraben	0	0	4	0	8
Hollenstein	0	5	22	98	159
Kröllendorf	0	0	0	0	11
Maisberg	0	0	0	2	9
Opponitz	0	0	0	23	63
Prolling	0	0	1	8	21
Schwarzenberg	0	0	0	8	7
Sonntagberg	2	10	0	43	128
Waidhofen a.d.Ybbs Land	6	8	7	26	69
Waidhofen a.d.Ybbs Stadt	16	76	65	259	687
Windhag	2	7	4	19	59
Ybbsitz	5	0	21	90	130
Zell a.d.Ybbs Markt	8	12	9	35	112

Tabelle 2⁸⁴ Nach Gerichtsbezirken:⁸⁵

	1919	1920	1927	1930	1932
NRW und LTW					
GBZ Amstetten	139	448	148	481	2398
GBZ St. Peter i.d.Au	34	29	16	321	554
GBZ Haag	14	124	30	297	814
GBZ Waidhofen a.d.Ybbs	39	119	139	628	1607
(einschl. Stadt Waidhofen a.d.Ybbs)					
Summe:	226	720	333	1537	5373

⁸⁴ NRW = Nationalratswahl von 1919, 1920, 1927 und 1930, LTW = Landtagswahl von 1932 Bei der Landtagswahl von 1921, für die die NS auf einer eigenen Liste zum ersten Mal bei einer Landtagswahl kandidierten, erreichten sie ungefähr das gleiche Ergebnis wie bei der Nationalratswahl 1920. Diese Wahl wurde daher nicht berücksichtigt (Es gab überhaupt nur minimale Abweichungen der kandidierenden Parteien vom Ergebnis der Nationalratswahl 1920.). Die Landtagswahl 1927, die gleichzeitig mit der Nationalratswahl abgehalten wurde, wurde hier ebenfalls nicht berücksichtigt, weil ihr Ergebnis die NS betreffend fast überhaupt nicht von der gleichzeitigen Nationalratswahl abwich.

⁸⁵ Beachte die Anzahl der Ortsgemeinden I.4.

4. Die Präsenz der NS in den Ortsgemeinden am Beispiel der Gemeinderatswahlen 1919, 1924 und 1929¹

Folgende Gemeinderatswahlen wurden berücksichtigt:

22. Juni 1919

30. November 1924

24. April 1929

Die Gemeinderatswahl vom 8. Jänner 1922 wurde nicht berücksichtigt.

Übersicht über die Anzahl der Ortsgemeinden, in denen gewählt wurde:

Gemeinderatswahl 1919: 36 Gemeinden, ohne die Stadt Amstetten, in Klammer Nationalratswahl 1919

GBZ Amstetten:	10 (20)

GBZ St. Peter i.d.Au:	11 (19)

GBZ Haag:	8 (9)

GBZ Waidhofen a.d.Ybbs ² :	7 (16)

Gemeinderatswahl 1924: 65 Gemeinden, ohne Amstetten, in Klammer Nationalratswahl 1923

GBZ Amstetten:	18 (20)

GBZ St. Peter i.d.Au ³ :	21 (21)

GBZ Haag ⁴ :	11 (11)

GBZ Waidhofen ⁵ :	15 (16)

¹Zu den Gemeinderatswahlen in der Stadt Amstetten s. Kap. unten und auch I.8. Die Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs wurde nicht berücksichtigt. Bei den Gemeinderatswahlen ist die sich verändernde Zahl der Gemeinden im politischen Bezirk im Zeitraum 1919-1929 zu berücksichtigen, wobei festzuhalten ist, dass einerseits eine große Anzahl von Ortsgemeinden im Jahre 1919 an der Gemeinderatswahl nicht teilgenommen hatte, andererseits die Anzahl der Ortsgemeinden sich vermehrte, weil es zu Neugründungen bzw. Ausgliederungen aus bestehenden Ortsgemeinden kam. Eine Ortsgemeinde wurde aus einem anderen politischen Bezirk dem Amstettner Bezirk eingegliedert (Ertl). Eigens zu berücksichtigen sind die beiden Ortsgemeinden Waidhofen a.d.Ybbs Stadt und Waidhofen a.d.Ybbs Land. In der autonomen Stadt Waidhofen a.d.Ybbs wurden die Gemeinderatswahlen nicht zum gleichen Termin wie die Gemeinderatswahlen des politischen Bezirks abgehalten. Einschließlich der Gemeinderatswahl 1924 wurde die Landgemeinde Waidhofen a.d.Ybbs zum Stadtbezirk Waidhofen a.d.Ybbs gerechnet. Die Gemeinderatswahlen wurden hier nicht berücksichtigt. Um ein vollständiges Bild der Präsenz der NS zu vermitteln, wurden nicht nur Ortsgemeinden herangezogen, bei denen auf der Grundlage einer Kontinuität der Ortsgemeinde die Wahlergebnisse verglichen werden können, sondern grundsätzlich alle Ortsgemeinden, in denen gewählt wurde. Durch die Hinzufügung der Berufe der einzelnen Kandidaten und gewählten Mandatare (nur bei den NS) kann eine berufssoziologische Zuordnung durchgeführt werden. Wenn es des Vergleiches wegen notwendig erschien, wurden bei den Gemeinderatswahlen in der Stadt Amstetten auch die Kandidaten der anderen wahlwerbenden Parteien und ihre gewählten Mandatare angeführt.

² Ohne Waidhofen a.d.Ybbs Stadt.

³ Dazu Niederhausleiten, Ertl.

⁴ Dazu Haag Land, Au.

⁵ Ohne Waidhofen a.d.Ybbs.

Gemeinderatswahl 1929: 69 Gemeinden, ohne die Stadt Amstetten, in Klammer Nationalrats-/Landtagswahl 1927

GBZ Amstetten	20 (20)
GBZ St. Peter	21 (21)
GBZ Haag	11 (11)
GBZ Waidhofen a.d.Ybbs ⁶	17 (17)

Ergänzend zu den Nationalratswahlen und den Landtagswahlen sollen am Beispiel von drei Gemeinderatswahlen die doch oft unterschiedlichen politischen Verhältnisse in den einzelnen Ortsgemeinden und die jeweiligen Einflüsse der NS dargestellt werden. So sind gerade die Gemeinderatswahlen eine wichtige Abrundung des Gesamtbildes der Situation des Nationalsozialismus im politischen Bezirk, weil hier sehr lokale Einflüsse oft schon Wege vorzeichneten und auch ebneten, die später, nach der Machtübernahme der NS im März 1938, bruchlos realisiert wurden. Diese politischen Verhältnisse in den einzelnen Ortsgemeinden wurden zusammengestellt nach möglichst aussagekräftigen politischen Kriterien, nach den Machtverhältnissen der im jeweiligen Gemeinderat vertretenen politischen Gruppen, dargestellt an den Mehrheitsverhältnissen (Zahl der Mandatare) gemäß den Ergebnissen der Gemeinderatswahlen vom 22. Juni 1919, vom 30. November 1924 und vom 10. November 1929 (ausschließlich der Stadt Amstetten und ohne Waidhofen a.d.Ybbs Stadt, in der als Statutarstadt zu anderen Terminen die Gemeinderatswahlen abgehalten wurden).

Die parteipolitische Zuordnung der Ortsgemeinden nach folgenden Kriterien:

1. Absolute Mehrheit der Christlichsozialen Partei oder des Bauernbunds allein bzw. absolute Mehrheit einer Einheitsliste von Christlichsozialer Partei und Bauernbund oder getrennte Kandidatur beider Gruppierungen, (aber gemeinsam absolute Mehrheit), sonst keine Mandate einer Partei.

Gemeinderatswahl 1919: 4

Winklarn, Dorf Aschbach, St. Johann i.E., Krenstetten

Gemeinderatswahl 1924: 33

Ardagger Stift, Euratsfeld, Haag Dorf, Kornberg, Oed, Stefanshart, Winklarn, Zeillern, Abetzberg, Aschbach Dorf, Oberaschbach, Bubendorf, Mitterhausleiten, Kürnberg, Krenstetten, Meilersdorf, St. Michael a.Bruckbach, St. Peter i.d.Au Dorf, Seitenstetten Dorf, Seitensteten Markt, Weistrach,

⁶ Dazu Böhlerwerk ab 1924; ohne Waidhofen a.d.Ybbs; vgl. Nationalratswahl 1930: 69 Gemeinden ohne die Stadt Amstetten, Summe: 70 (ohne den Stadtbezirk Waidhofen a.d.Ybbs); verwendete Quellen: s. unten (AZ 49 v. 7.12.1924, S. 1-2).

Wolfsbach, Niederhausleiten, Ertl, Erla, Strengberg, Au, Allhartsberg, Haselgraben, Kröllendorf, St. Leonhard a.Wald, Prolling, Zell-Arzberg

Gemeinderatswahl 1929: 13

Ardagger Markt, Ardager Stift, Oberaschbach, Au, Ertl, Euratsfeld, Haselgraben, Mitterhausleiten, St. Johann i.E., Kollmitzberg, Seitenstetten Dorf, Stefanshart, Zell-Arzberg

2. Absolute Mehrheit der Christlichsozialen Partei oder des Bauernbunds allein bzw. absolute Mehrheit einer Einheitsliste von Christlichsozialer Partei und Bauernbund oder getrennte Kandidatur beider Gruppierungen (aber gemeinsam absolute Mehrheit) und Mandate der Sozialdemokratischen Partei bzw. einer ihr nahestehenden Namensliste oder einer Einheitsliste

Gemeinderatswahl 1919: 15

Schönbichl (10, ChSP, 2 SDAP), Markt Ardagger (8 ChSP, 2 SDAP), Behamberg (10 Bauernbund, 6 SDAP), Ennsdorf (8 Bürger- und Bauernpartei, 4 Kleinbürger- und Arbeiterpartei), Haidershofen (12, christlichsoziale Bauern-, Bürger-, Gewerbe- und Arbeiterpartei, 4 SDAP), Strengberg (13 Bauernbund, 3 SDAP), Landgemeinde Waidhofen a.d.Ybbs (13, ChSP, 5) SDAP, St. Georgen a.R. (3 christlichsoziale Bürger- und Arbeiterpartei, 5 Bauernbund, 3 SDAP), Ernsthofen (11 ChSP, 3 SDAP), St. Pantaleon (11 Bauernbund, 1 SDAP), Abetzberg (7 Bauernbund, 3 Einheitspartei), Markt Aschbach (5 ChSP, 7 Einheitsliste), Biberbach (13 Bauernbund, 1 SDAP), Mitterhausleiten (7 ChSP, 5 SDAP), St. Michael a.Br. (13 ChSP, 1 SDAP), Windhag (11 Bauernbund, 3 SDAP)

Gemeinderatswahl 1924: 13

Schönbichl (9 ChSP, 3 SDAP), Ardagger Markt (10 ChSP, 2 SDAP), Neuhofen (9 ChSP, 5 SDAP), Wallsee (8 ChSP, 6 SDAP), Behamberg (12 Bauernbund, 4 SDAP), St. Peter i.d.Au Markt (9 ChSP, 3 SDAP), Sindelburg (6 ChSP + 4 Bauernliste, 3 Kleingewerbepartei, 1 Einheitsliste), Ernsthofen (10 ChSP, 4 SDAP), St. Georgen a.Reith (7 ChSP, 5 SDAP), Haag Land (16 ChSP, 2 SDAP), St. Pantaleon (10 ChSP, 5 SDAP), Schwarzenberg (11 ChSP, 1 SDAP), Windhag (12 ChSP, 2 SDAP)

Gemeinderatswahl 1929: 20

Abetzberg (9 ChSP, 2 SDAP), Allhartsberg (13 ChSP, 2 SDAP), Ennsdorf (8 ChSP, 5 SDAP), St. Georgen a.R. (9 ChSP, 4 SDAP), Haag Dorf (10 ChSP, 1 Kleinbauern-, Land- und Forstarbeiterpartei), Haidershofen (15 ChSP, 2 SDAP), Hollenstein (11 ChSP, 6 SDAP), Kornberg (11 ChSP, 2 SDAP), Krenstetten (11 ChSP, 2 SDAP), NSt. Michael a.Br. (12 ChSP, 1 Kleinbauern- und Arbeiterpartei), Niederhausleiten (7 ChSP, 4 SDAP), Oed (7 ChSP, 4 SDAP), St. Pantaleon (10 ChSP, 5 SDAP), St. Peter i.d.Au Dorf (14 ChSP, 1 SDAP), Schwarzenberg (11 ChSP, 2 SDAP), Seitenstetten Markt (13 ChSP, 2 SDAP), Schönbichl (8 ChSP, 5 SDAP), Waidhofen a.d.Ybbs Land (15 ChSP, 4 SDAP), Windhag (11 ChSP, 4 SDAP), Winklarn (11 ChSP, 2 SDAP), Wolfsbach (7 ChSP + 4 Bauernpartei, 2 SDAP), Zeillern (9 ChSP, 6 SDAP)

3. Absolute Mehrheit der Christlichsozialen Partei oder des Bauernbunds allein oder von der Christlichsozialen Partei und dem Bauernbund nahestehenden Namenslisten und Mandate

der Sozialdemokratischen Partei bzw. einer der Sozialdemokratischen Partei nahestehender Namensliste, einer Einheitsliste, der Großdeutschen, der NS

Gemeinderatswahl 1919: 2

St. Valentin (14 Bauernbund, 8 SDAP, 2 Ständepartei), Sindelburg (4 ChSP, 4 Listenführer Sengstbratl, 3 Listenführer Eder, 3 Listenführer Hehenberger)

Gemeinderatswahl 1924: 6

Preinsbach (10 ChSP, 2 SDAP, 2 Einheitsliste), Biberbach (10 ChSP, 1 SDAP, 5 Einheitsliste), Ennsdorf (7 ChSP, 3 SDAP, 2 Einheitsliste), Haidershofen (11 ChSP, 2 SDAP, 3 Einheitsliste), St. Valentin (14 ChSP, 8 SDAP, 2 NS), Ybbsitz (8 ChSP, 3 Großdeutsche, 1 SDAP, 2 NS)

Gemeinderatswahl 1929: 3

Biberbach (12 ChSP, 2 SDAP, 3 Einheitsliste), Ernsthofen (9 ChSP, 3 SDAP, 3 Einheitsliste), St. Peter i.d.Au Markt (9 ChSP, 1 Kleinbesitzer-, Rentner- und Arbeiterpartei, 2 Deutschnationale, 3 Angestelltengruppe)

4. Absolute Mehrheit der SDAP und einer Einheitsliste

Gemeinderatswahl 1919: 1

Hausmening (9, 5)

Gemeinderatswahl 1924: 1

Kematen (12, 2)

Gemeinderatswahl 1929: 4

Böhlerwerk (11, 4), Hausmening (10, 7), Kematen (12, 3), Mauer b.A. (9, 8)

5. Absolute Mehrheit einer Einheitsliste

Gemeinderatswahl 1919: 0

Gemeinderatswahl 1924: 0

Gemeinderatswahl 1929: 12

Aschbach Dorf (11), Bubendorf (13), Erla (13), Kröllendorf (11), Kürnberg (15), St. Leonhard a.W. (13), Meilersdorf (13), Neuhofen a.d.Y. (15: 13 Christl.-deutsch. Wahlgemeinschaft + 2 Einheitsliste), Öhling (13), Prolling (11), Sindelburg (15), Weistrach (17)

6. Absolute Mehrheit einer Einheitsliste und Mandate der SDAP, der ChSP, der NS, sonstiger Gruppierungen

Gemeinderatswahl 1919: 10

Mauer b.A (9, 5 SDAP), Kematen (7, 3 SDAP), St. Peter i.d.Au Markt (11, 3 SDAP), Hollenstein a.d.Y. (10, 6 SDAP), Neuhofen a.d.Y. (8, 3 ChSP, 3 Vereinigung der Arbeiter, 141 Bauern und

Gewerbetreibenden), Opponitz (7, 5 SDAP), Sonntagberg (10, 6 SDAP), Dorf St. Peter i.d.Au (11, 3 SDAP), Strengberg (13, 3 SDAP), Ybbsitz (12, 2 SDAP)

Gemeinderatswahl 1924: 5

Öhling (11, 1 SDAP), Haag Markt (10, 4 SDAP), Maisberg (8, 2 SDAP), Opponitz (8, 6 SDAP), Sonntagberg (10, 8 SDAP)

Gemeinderatswahl 1929: 12

Aschbach Markt (12, 3 SDAP), Haag-Land (17, 2 SDAP), Haag Markt (10, 5 SDAP), Maisberg (9, 2 SDAP), Opponitz (8, 7 SDAP), Preinsbach (13, 2 SDAP), Sonntagberg (10, 9 SDAP), Ulmerfeld (6, 5 SDAP, 2 ChSP), St. Valentin (13, 9 SDAP, 3 NS), Wallsee (13, 2 SDAP), Ybbsitz (13, 2 SDAP), Zell Markt (8, 7 SDAP)

7. Verschiedene Mehrheitsverhältnisse aufgrund von Mandatsverteilungen folgender politischer Gruppierungen: Christlichsoziale, Sozialdemokraten, Großdeutsche, NS, Einheitslisten

Gemeinderatswahl 1919: 1

Ulmerfeld (4 ChSP, 4 SDAP, 4 Einheitsliste)

Gemeinderatswahl 1924: 5

Hausmening (7 SDAP, 5 Einheitsliste, 2 NS), Mauer b.Amstetten (6 SDAP, 6 Einheitsliste, 4 Großdeutsche), Aschbach Markt (5 ChSP, 6 Einheitsliste, 3 SADP), Hollenstein (8 ChSP, 5 SDAP, 3 Einheitsliste), Zell a.d.Ybbs Markt (5 ChSP, 5 SDAP, 4 Großdeutsche)

Gemeinderatswahl 1929: 0⁷

⁷ Die Einheitslisten kandidierten in der Regel als „Wirtschaftspartei“, auch „deutsche Wirtschaftspartei“ oder „Vereinigte Wirtschaftspartei“ (s. auch unten Zusammenstellung aus der Gemeinderatswahl 1929). Sie bestanden in der Regel aus Deutschnationalen bzw. Großdeutschen, NS, Deutschen Bauern bzw. Landbündlern, Heimwehr, Christlichsozialen) und kehrten besonders das „Unpolitische“ hervor. Zahl der Gemeinden des politischen Bezirks Amstetten (ausschließlich der Stadt Amstetten und ohne die Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs), in denen gewählt wurde:

Gemeinderatswahl 1919: 36

Gemeinderatswahl 1924: 65

Gemeinderatswahl 1929: 69

Zur Doppelkandidatur der Christlichsozialen Partei bei der Gemeinderatswahl 1919 („Christlichsoziale“ u. a. und „Bauernbund“, s. aber auch andere Gemeinderatswahlen 1924 und 1929) vergleiche zur Spaltung der Christlichsozialen in zwei politische Fraktionen im Wahlkreis 8 bei den Nationalratswahl 1919-1920: Nationalratswahl 1919 und 1920 „Zerdik-Liste“. Die wenigen Namenslisten und auch sonstige Listen wurden durch Vergleich der Stimmenanzahl bei Nationalrats- bzw. Landtagswahlen im gleichen Jahr (1919, 1929, für 1924 Nationalratswahl 1923) und auch aus Berichten über die Wahlergebnisse in den einzelnen Ortsgemeinden in der „AZ“ zugeordnet. Zu den Abkürzungen s. oben.

4.1. Ergebnisanalyse der Gemeinderatswahlen 1919, 1924 und 1929 im politischen Bezirk

Eine Zusammenstellung der Ortsgemeinden nach der parteipolitischen Zusammensetzung bzw. dem machtpolitischen Kriterium der Mandatsverteilung aufgrund vorliegender Wahlergebnisse aus den Gemeinderatswahlen 1919, 1924 und 1929 in den sieben oben angeführten Gruppen soll das Verhalten der zwei Großparteien der Christlichsozialen bzw. des Bauernbundes und der Sozialdemokraten gegenüber den Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“/NS in den drei Gemeinderatswahlen, besonders ersichtlich aus der Entscheidung Alleinkandidatur oder Einheitsliste, dokumentieren. Die Fragestellung ist folgende: Wie weit gab es in den einzelnen Ortsgemeinden fließende Grenzen zwischen diesen parteipolitischen Gruppierungen, wie weit war man bereit, entweder als gesicherte Mehrheitsfraktion oder um erst eine Mehrheit dadurch zu erlangen, auch mit den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“, später nationalsozialistischen Gruppierungen in den einzelnen Ortsgemeinden auf „Einheitslisten“ unter verschiedenen Namen zusammenzugehen? Über diese „Einheitslisten“ mit den anderen Fraktionen konnte sich das deutsch-„völkische“ Substrat etablieren und wurde für viele akzeptabel, zumal in katholisch-konservativ dominierten Gebieten in vielen Ortsgemeinden gerade auch die Christlichsozialen nachweislich sich arrangierten.

Es gibt zwei Arten von Ortsgemeinden, in denen die NS hervorstechende Erfolge bei der Landtagswahl 1932 zu verzeichnen hatten: Einerseits konnten die NS aus Ortsgemeinden, wo diese „Einheitslisten“ kontinuierlich 1919, 1924 und 1929 vorherrschten oder großdeutsche Listen allein kandidierten, besonders zuletzt bei der Gemeinderatswahl 1929, ihre Wählerschaft rekrutieren, andererseits auch aus Ortsgemeinden, in denen es keine absolute Machtposition einer Partei gab, sondern die Macht auf mehrere politische Gruppierungen aufgeteilt war. Diese Ortsgemeinden sind fast deckungsgleich mit den Gemeinden, in denen die NS stimmenmäßig die größten Erfolge bei Nationalrats- und Landtagswahlen errungen haben. Das ideologische Substrat des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gedankengutes wurde als Nährboden für den Nationalsozialismus in die Gemeindestuben eingebracht, konnte seine kontinuierliche Verankerung in der Bevölkerung dieser Ortsgemeinden finden und damit seine Akzeptanz verstärken, indem es für viele als politische Möglichkeit bzw. Alternative und somit als koalitionsfähig eingeschätzt wurde. Sicherlich entsprach es den mentalen Grundhaltungen eines Teils der Bevölkerung. Die Einbrüche bei der Gemeinderatswahl des Jahres 1924 waren, wie sich in den folgenden Stimmgängen erweisen sollte, dieser Entwicklung wenig abträglich. Vor allem das Beispiel der Stadt Amstetten als Musterfall einer Kleinstadt, deren Sozialstruktur gerade diese Entwicklung förderte, bestätigte diese Tendenz. Es gab aber auch Bollwerke gegen die Verbreitung dieses Gedankengutes. In Ortsgemeinden, wo absolute Machtverhältnisse einer Partei vorherrschten, gab es in der Regel keinen Einbruch der NS. Klar

ersichtlich ist auch hier, dass die Gewinne der NS auf das ursprünglich für die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppierungen votierende Wählerpotential zurückgingen, dass es fast keine Einbrüche in die geschlossenen Kernzonen der Großparteien der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten gab. Über das Wählerverhalten der Heimwehranhänger kann aufgrund der fast unmöglichen Zuordnung auf einzelne Listen nichts ausgesagt werden. Das beobachtete Wahlverhalten der einzelnen politischen Gruppierungen bei den Gemeinderatswahlen dieser drei Jahre lässt im Vergleich untereinander Folgen erkennen, die letztlich den NS zu Gute kamen. Bei der Gemeinderatswahl 1919 kandidierten die Christlichsozialen eher getrennt von den Deutschnationalen, bei der Gemeinderatswahl 1924 bereits in Einheitslisten in einigen Gemeinden (wo die Sozialdemokraten auch kandidierten, siehe oben). Die NS kandidierten bei der Gemeinderatswahl 1919 bereits in drei Gemeinden getrennt von deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Listen. Bei der Gemeinderatswahl 1929 haben die NS auf einer eigenen Liste nur in St. Valentin kandidiert. Wie aus der Zusammenstellung ersichtlich ist (siehe oben), haben die NS bei eigener Kandidatur im Rahmen der drei Gemeinderatswahlen abgesehen von der Stadt Amstetten (ohne die Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) nur in drei Gemeinden Mandate stellen können. Die NSDAP hat nur in Gruppe 4 bei der Gemeinderatswahl 1924 in St. Valentin und Ybbsitz und in Gruppe 7 bei der Gemeinderatswahl 1929 in St. Valentin, in Gruppe 8 in Hausmening Mandate erreicht. In allen anderen Gemeinden konnte sie nur, wenn überhaupt, im Rahmen der Einheitslisten oder eigener deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Listen angetreten sein. Es ist aber nachträglich nicht festzustellen, ob sie in einzelnen Ortsgemeinden zwar kandidiert, aber keine Mandate erreicht hat. Auch liegt keine Quelle vor, die auf Kandidaturen hinweisen würde. Klappte es mit einem Aufschwung der NSDAP „Hitlerbewegung“ bei Gemeinderatswahlen wenig, so konnten doch die Sozialdemokraten stimmenmäßig zulegen. Diese von den Bürgerlichen als Bedrohung empfundene Konsolidierung der Sozialdemokratie in den 1920er Jahren veranlasste jene, über alle ideologischen Grenzen hinweg Abwehrfronten zu bilden. Die Stagnation der Christlichsozialen wurde somit in einer „bürgerlichen“ Einheitsfront kompensiert, weil durch diese politisch-taktische Verfahrensweise eine große Anzahl von Mehrheiten zustande kam und somit die Bürgerlichen die Bürgermeister in Ortsgemeinden stellen konnten, wo es ihnen aufgrund einfacher Stimmenmehrheiten verwehrt geblieben wäre. Somit konnten die NS trotz der Parteifraktionierungen aufgrund der bekannten Richtungskämpfe, wenn sie auf Einheitslisten kandidiert hatten, wie es zuerst von der Schulz-Gruppe anzunehmen ist, sicherlich auf Gemeindeebene aktiv mitarbeiten, und, was besonders für ihre politische Reputation in der Öffentlichkeit von Bedeutung war, auch ihre politischen Aktivitäten medial zu ihren Gunsten aufbereiten. So hatte sich die eigentliche Zielsetzung dieser Strategie realisiert: Die Sozialdemokratie konnte in zahlreichen Ortsgemeinden wie in der Stadt Amstetten von der politischen Macht durch diese „Einheitslisten“ ferngehalten werden, während die

Christlichsozialen auf Gemeinderatsebene gleichsam zu Steigbügelhaltern der NS wurden. Eine Gegenüberstellung der sozialdemokratischen Wahlerfolge bei den Gemeinderatswahlen 1924 und 1929 bestätigt diese Tatsache (siehe unten). Es gab ein einziges gemeinsames Feindbild, das trotz aller ideologischen Gegensätze aus der Sicht der Bürgerlichen diese Art von strategischen Zweckbündnissen zu rechtfertigen schien: die Sozialdemokratie. Der Nationalsozialismus schien vorerst keine politische Gefahr zu bedeuten.

Die Wahlanalyse der Gemeinderatswahl 1929 im Vergleich zu der Gemeinderatswahl 1924 im politischen Bezirk Amstetten (hier einschließlich der Stadt Amstetten, aber ohne die Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs) für die Sozialdemokratie (Ergebnisse der Gemeinderatswahl 1929 nach Gerichtsbezirken, Mandatszahl und die Gewinne bzw. Verluste von Mandaten in den einzelnen Gemeinden, soweit in den Gemeinden kandidiert wurde):⁸

GBZ Amstetten: Es wurde in elf von 21 Ortsgemeinden, davon in vier Ortsgemeinden neu kandidiert, überall wurden Mandate errungen. Kein Mandat ging verloren, 17 wurden gewonnen; die Gegner hatten vier Mandate gewonnen, aber acht verloren.

GBZ St. Peter i.d.Au: Es wurde in acht von 21 Ortsgemeinden kandidiert, kein Mandat ging verloren, acht wurden gewonnen; die Wirtschaftspartei gewann ein Mandat, verlor aber sechs.

GBZ Haag: Es wurde in acht von elf Ortsgemeinden kandidiert, ein Mandat ging verloren, sieben Mandate wurden gewonnen; die Gegner gewannen fünf Mandate und verloren drei.

GBZ Waidhofen a.d.Ybbs: Es wurde in 12 (10) von 17 (15) Ortsgemeinden kandidiert, 26 (13) Mandate wurden gewonnen, ein Mandat ging verloren.

Sozialdemokratische Stimmen und Mandate der Gemeinderatswahlen 1924-1929

	Stimmen		Mandate	
	1924	1929	1924	1929
GBZ				
Amstetten	3079	4168	36	53
Haag	2157	2345	29	35
St. Peter	553	908	16	24
Waidhofen a.d.Ybbs ⁹	1854	2223	35	60 (47)

⁸ Zahlen in der Klammer: Gemeinderatswahl 1924; Gemeinderatswahl 1929: vorläufige Berechnungen, nicht amtlich bestätigt; EW 48 v. 29.11.1929, S. 5 (auch Kandidaturen hier angegeben).

⁹ Bei der Gemeinderatswahl 1924 ist Waidhofen a.d.Ybbs Stadt und Waidhofen a.d.Ybbs Land (mit der späteren Ortsgemeinde Böhlerwerk) nicht dabei (15 Mandate weniger). Zum Vergleich Gemeinderatswahl 1929 auf den Wahlkreis St. Pölten umgelegt: Im gesamten Wahlkreis St. Pölten mit 15 Gerichtsbezirken (1924 16: Gerichtsbezirk Hainfeld und Gerichtsbezirk Lilienfeld wurden bei der Gemeinderatswahl 1929 gemeinsam gezählt) gab es nur in zwei Gerichtsbezirken (Gaming und Scheibbs) zwar Verluste an Mandaten, aber Stimmengewinne. In allen Gerichtsbezirken gab es Stimmengewinne mit Ausnahme von Mank: Hier blieb zwar die Mandatszahl gleich, es gab aber Stimmenverluste.

Diese politische Gesamtübersicht der Ortsgemeinden des politischen Bezirks auf der Grundlage der Gemeinderatswahlen wurde ergänzend zu den Nationalrats- und Landtagswahlen erstellt, um die Vielzahl der politischen Koalitionen auf Gemeindeebene und damit die partikuläre Akzeptanz der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ und somit auch vielfach der NS innerhalb des bürgerlichen Lagers zu belegen. Dies ist ein Beweis dafür, dass die NS und ihnen nahestehende politische Gruppierungen damals gerade auch auf der Kommunalebene „regierungsfähig“ und somit als in die kommunale Gesellschaft integrierbar angesehen wurden.

Mandatsverteilung verschiedener Gruppierungen bei der Gemeinderatswahl 1929:

Zur Veranschaulichung der politischen Machtverhältnisse auf der Grundlage der Mandatsverteilung wird der letzte erhebbare Stand bei Gemeinderatswahlen bezüglich der Aufteilung der 989 Mandate im politischen Bezirk (ausschließlich der Stadt Amstetten und ohne die Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs), aufgeteilt auf die wichtigsten kandidierenden Gruppierungen, angeführt.

Mandate	
Christlichsoziale/Bauernbund:	442
Sozialdemokraten	159
Einheitslisten	342
sonstige Gruppierungen (Großdeutsche, NS, Namenslisten)	46
Summe	989

Die 989 Mandate sind auf 69 Gemeinden aufgeteilt. Einschließlich der Stadt Amstetten waren im politischen Bezirk mit 70 Gemeinden (ohne den Stadtbezirk Waidhofen a.d.Ybbs) 1020 Mandate zu vergeben gewesen.¹⁰

Die verschiedenen Arten der „Einheitslisten“, den einzelnen Ortsgemeinden zugeordnet, namentlich angeführt, und die Zahl der ihnen zugefallenen Mandate bei der Gemeinderatswahl 1929:

„Einheitsliste“: Aschbach Dorf 11, Aschbach Markt 12, Sindelburg 15

„Christlichsoziale Wirtschaftspartei“: Kröllendorf 11, Kürnberg: 15, St. Leonhard a.W.: 13

„Christliche Wahlgemeinschaft“: Meilersdorf 13

„Christlich-deutsche Wahlgemeinschaft“: Bubendorf 13, Erla: 13, Haag-Land 17, Neuhofen a.a.Ybbs 13

„Wirtschaftspartei“: Biberbach 3, Böhlerwerk 4, Haag Markt 10, Niederhausleiten 4, Öhling 13, Sonntagberg 10, Strengberg 17, Wallsee 13, Wolfsbach 2, Ybbsitz 13, Zeillern 6

„Unabhängige Wirtschaftspartei“: Ernthofen 3, Neuhoﬂen a.d.Ybbs 2

„Gemeinsame Wirtschaftspartei“: Hausmening 7, Opponitz 8

„Unparteiische Wahlgemeinschaft“: Kematen 3

„Kleine christliche Wirtschaftspartei“: Oed 4

„Christlich-deutsche Wahlgemeinschaft“: Bubendorf, Haag Land 17

¹⁰ Zur Anzahl der Gemeinden mit Einheitslisten und zur Mandatszahl anlässlich der Gemeinderatswahl 1929 s. AZ 46 v. 16.11.1929, S. 1-2.

„Christlich-deutsche Wirtschaftspartei“: Erla 13
„Deutsch-bürgerliche Wahlgemeinschaft“: Seitenstetten 2
„Vereinigte Gemeinde-Wirtschaftspartei“: Ulmerfeld 6
„Christlichsoziale und großdeutsche Arbeitsgemeinschaft“: Zell a.d.Ybbs Markt 8
„Christlichsoziale Volkspartei“: Stefanshart 15
„Christlichsoziale Gemeindegemeinschaftenliste“: Weistrach 17
„N.ö. Bauernbund-Wirtschaftspartei“: Preinsbach 13

Der Abstieg der Großdeutschen manifestierte sich allein schon dadurch, dass sie nur mehr in einer einzigen Ortsgemeinde (ausschließlich der Stadt Amstetten und ohne den Stadtbezirk Waidhofen a.d.Ybbs) aufgrund einer eigenen Liste Mandatare stellen konnten: Großdeutsche Volkspartei, St. Peter i.d.Au Markt (2). Außerdem fällt auf, dass der „Landbund für Österreich“, die politische Standesvertretung der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Bauern, selbständig kein einziges Mal bei Gemeinderatswahlen auf einer eigenen Liste kandidierte. Wenn seine Kandidatur durch einen bekannten Führungsfunktionär belegt ist, dann findet man den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ „Landbund für Österreich“ auf einer christlichsozialen Liste, wie dies bei der Gemeinderatswahl 1929 in der Stadt Amstetten belegt ist. Im anderen Fall müssen sie, wenn überhaupt, auf den „Einheitslisten“ kandidiert haben. Auch die NS schienen nur mehr in einer einzigen Gemeinde mit Mandataren auf einer eigenen Liste auf (NSDAP: St. Valentin 3) auf, nachdem sie noch bei der Gemeinderatswahl 1924 in drei Gemeinden Mandatare aufgrund eigener Listen gestellt hatten. Es dürften sich die Spaltungstendenzen bzw. die noch nicht ausgetragenen Fraktionierungen innerhalb der NSDAP ausgewirkt haben. Der Versuch der Sozialdemokraten, die Kleinbauern, Land- und Forstarbeiter anzusprechen, muss als gescheitert betrachtet werden. In nur drei Ortsgemeinden erreichten derartige sozialdemokratische Listen ein einziges Mandat: Kleinbauern -und Arbeiterpartei: St. Michael a.Br., Kleinbauern-, Land- und Forstarbeiterpartei: Haag Dorf, Kleinbesitzer-, Rentner- und Arbeiterpartei: St. Peter i.d.Au.

In ihren Hochburgen konnten sie ihre Stimmen halten bzw. sogar Stimmen dazu gewinnen. Es fällt auf, dass sehr häufig bei stärkerer sozialdemokratischer Präsenz Wahlgemeinschaften wie Christlichsoziale-Deutschnationalen/Deutsch-„völkische“ zu beobachten sind, und dass in einer größeren Anzahl von Ortsgemeinden überhaupt nur eine Wahlgemeinschaft aller in der Ortsgemeinde kandidierenden Gruppierungen außer den Sozialdemokraten bestanden, also eine Angriffs- oder eher eine Abwehrposition bei zu erwartenden sozialdemokratischen relativen Mehrheiten über alle sonstigen parteipolitischen Grenzen hinweg gebildet wurde, um das Feindbild „Sozialdemokrat“ auszuschalten bzw. von der Macht fernzuhalten. Wie weit auf einer allein kandidierenden christlichsozialen Liste, die nicht als „Einheitsliste“ namentlich deklariert war, auch andere politische Gruppen-nicht erkennbar-gegen die Sozialdemokratie kandidierten (wie z. B. die

Heimwehr, aber auch andere Gruppierungen möglich), ist nicht mehr festzustellen. Es kommt noch folgender Grund für die Christlichsozialen hinzu: Sie hatten eine Dezimierung ihrer Stimmenanteile zu erwarten gehabt, was sie veranlasst hatte, in einer großen Anzahl von Ortsgemeinden, in denen sie vorher die alleinige absolute Mehrheit innegehabt hatten, Wahlbündnisse in Form von „Einheitslisten“ mit den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppierungen, die in ihrer Mehrheit dem noch bestehenden großdeutschen Lager zugehörten, einzugehen.

Diese gemeindebezogenen Ergebnisse zeigen die politische Situation der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ innerhalb des großdeutschen Lagers 1929 als auf einem Wendepunkt befindlich auf: einerseits zu schwach, um selbst auf eigenen Listen zu kandidieren, andererseits noch nicht zum Übertritt zu den um vieles aggressiver agierenden NS bereit. Erst die ein Jahr später stattgefundene Nationalratswahl wies für diese politischen Gruppierungen die Tendenz in eine einzige Richtung auf: zu den NS. Der endgültige Vollzug dieser Haltung fand bei der Landtagswahl 1932 statt, deren stimmenmäßiges Ergebnis für die NSDAP „Hitlerbewegung“ noch um die deutschfaschistischen Heimwehrangehörigen vergrößert wurde.¹¹ Zum Schluss kann als Bilanz für die Präsenz der NS-„Bewegung“ aus der Sicht der Gemeinderatswahlen festgehalten werden, dass aufgrund der dennoch verschwindend kleinen Anzahl von Gemeinden mit eigenen NS-Mandataren im politischen Bezirk bei Gemeinderatswahlen bis in das Jahr 1929 die NS entweder tatsächlich nicht die Kraft gehabt haben oder es sich aufgrund ihrer Einschätzung auf reale Chancen nicht zugetraut haben, erfolgreich auf einer eigenen Liste zu kandidieren.

4.2. Gemeinderatswahlen in der Stadt Amstetten 1919, 1924 und 1929

Am Beispiel der Stadt Amstetten kann anhand von drei Gemeinderatswahlen die Stärke der NS selbst und der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ festgestellt werden, aber auch die Fluktuationen bei anderen wahlwerbenden Gruppen, besonders zu den NS, anhand der Übertritte von Kandidaten dieser politischen Parteien mitverfolgen.

Den Kern der deutsch-„völkischen“ Führungsschicht bildete eine vorerst kleine Zahl von alteingesessenen oder erst gegen Ende der Österreich-ungarischen Monarchie bzw. zu Beginn der Ersten Republik, meist aus den „sudetendeutschen“ oder slowenischen deutschsprachigen Gebieten zugewanderten Familien, die mit großem Nachdruck das „Alldeutschtum“ Schönerers in der Stadt vertraten. Zu diesen kamen in der Folge einige Familien aus anderen Parteigruppierungen. Man kann fast die gesamte Liste der deutsch-„völkischen“ Gruppe mit der späteren NS-Kandidaten- bzw. NS-Funktionärsliste, auch in der „illegalen“ Zeit, gleichsetzen, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Es muss hier von einem harten Führungskern gesprochen werden, der zuerst innerhalb demokratischer

¹¹ Zur Anzahl der Gemeinden mit Einheitslisten anlässlich der Gemeinderatswahl 1929 s. AZ 46 v. 16.11.1929, S. 1-2.

Herrschaftsverhältnisse, dann auch in den autoritär-faschistischen Strukturen bzw. auch in der Verbotszeit die NS-„Bewegung“ mit Konsequenz unterstützte. Aus einer Zusammenstellung der Berufszugehörigkeit dieser Träger der NS-„Bewegung“ vorerst vorbereitenden deutsch-„völkischen“ Lagers ist zu ersehen, dass am stärksten die Berufssparte Gewerbe in der Stadt Amstetten in dieser Liste vertreten war, was sich schon in Listennamen wie „Unpolitische Wirtschafts- und Gewerbepartei“ der Gemeinderatswahl 1919 ausdrückte, aber auch Angehörige der Berufsgruppe des öffentlichen Dienstes und der Freiberufler aus akademischen Kreisen. Aus den Vertretern dieser Berufsgruppen setzte sich diejenige Kerngruppe von Führungsfunktionären zusammen, die als NS-Funktionäre der NSDAP „Hitlerbewegung“ und somit als deren Protagonisten anzutreffen sind, während der ursprünglichen NS-Gründungspartei bereits seit Beginn der 1920er Jahre ihre ursprüngliche soziale Basis immer mehr abhanden kam. Es überrascht nicht, dass sich bei der Gemeinderatswahl 1929 auf einer deutschnationalen Einheitsliste Angehörige des großdeutschen, des deutsch-„völkischen“ und des NS-Lagers gemeinsam präsentierten, von denen kurze Zeit danach die Mehrheit als NS-Führungsschicht die endgültige Öffnung in größere Gesellschaftskreise mit der NSDAP „Hitlerbewegung“ vollziehen sollte. Dieser Personenkreis ist auch in der Führungsgruppe aller Vereine, die diesem Lager zuzuordnen sind, wiederzufinden. Gerade diese Vereine waren es, die nicht nur als ein beständiges Betätigungsfeld dieser NS-Führungsschicht fungierten, sondern durch eine geschickte Werbetätigkeit immer stärker vor allem als Rekrutierungsfeld für Sympathisanten und Mitglieder der NSDAP „Hitlerbewegung“ benutzt wurden. So wurde das ideologische Substrat des Nationalsozialismus auch in diesen Vereinen vorbereitet. Aber auch in den Wirtschaftsverbänden, besonders im Gewerbestand, ebenso in kommunalen und Bezirkskörperschaften bzw. -gremien waren die späteren führenden NS-Funktionäre nachweislich vertreten, wobei sie damals mit der christlichsozialen Mehrheit zusammenarbeiteten.¹²

¹² S. einschlägige Kap. Vereine betreffend, s. auch I.5.



Deutsch-„völkischer“ und später nationalsozialistischer Angehöriger des städtischen Gewerbestands: Tapezierer Rudolf Geyerhofer am Hauptplatz 5, um 1935. (Bild 12)

4.2.1. Gemeinderatswahl 22. Juni 1919

Die Arbeiter kämpften zum ersten Mal um ihre schon lange geforderte soziale Besserstellung durch die gleichberechtigte Beteiligung an der Wahlbewegung der Ersten Republik. Als Ersatz für die Diskriminierung in den staatlichen Institutionen wie Gemeinderat, Landtag und auch Parlament hatten sie bisher ihre politischen Aktivitäten in die Vereine verlagert.

Auf kommunaler Ebene brachte die erste Gemeinderatswahl vom 22. Juni 1919 zum ersten Mal die Vertreter aller bereits aus der Monarchie bestehenden politischen Lager in den Gemeinderat: die deutsch-völkische, die sozialdemokratische und die christlichsoziale Liste.¹³

Auf der Liste der Deutschen Nationalsozialistischen Partei kandidierte an vierter Stelle Amstettner Eisenbahnschaffner Franz Dedek, sie kam aber nicht in den Gemeinderat.

Am 27. Jänner 1919 wurde die Deutschvölkische Partei für das Viertel ober dem Wienerwald gegründet worden.

Es gab verschiedene Kooperationen: So waren sich die bürgerlichen Parteien in ihrem Antisemitismus einig, Sozialdemokraten und Deutschvölkische griffen gemeinsam die Christlichsozialen wegen monarchistischer Tendenzen an, weshalb sie damals ihr Bekenntnis zur Republik in Wahlreden besonders betonten. Die Bekämpfung einer Wiederkehr der Habsburger stand im Vordergrund. Alle politischen Lager waren sich einig in ihrer Forderung nach dem Anschluss an Deutschland.

In der Gemeinderatswahl 1919 lebte das Honoratiorensystem auf trotz der Massenparteien wieder auf. Durch die Nominierung angesehener Persönlichkeiten versuchten die Sozialdemokraten, abseits

¹³ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 6 ff.

stehende Randschichten zu gewinnen. So hielten sie in Amstetten eine Wählerversammlung für „Intelligenzberufe und Sozialdemokraten“ ab.¹⁴

Es kandidierten zwei bürgerliche Listen: die Christlichsozialen und die „Unpolitische Wirtschafts- und Gewerbeartei“, welche das deutschnationale Bürgertum ansprechen sollte. Außerdem kandidierten zum ersten Mal die NS, ein Spannungsfeld innerhalb des deutschnationalen Lagers, das sich immer mehr abzeichnete.¹⁵

Die wahlwerbenden Aufrufe im Lokalblatt „AZ“ zur Gemeinderatswahl 1919 brachten wichtige Akzente der damaligen Programme: Im Aufruf der „Unpolitische(n) Wirtschafts- und Gewerbeartei Amstetten“ heißt es: „Die Wählerschaft hat jedoch das größte Interesse, daß das ‚Wirtschaftliche‘ dem ‚Politischen!‘ vorgezogen wird, deshalb hat die unpolitische W und Partei eine Liste von ernsten, arbeitsfreudigen und wirtschaftlich gesinnten Männern aufgestellt, welche durch ihre Tüchtigkeit, ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung, die volle Gewähr bieten, nur die wirtschaftlichen Interessen der Wähler zu vertreten.“¹⁶

Im Aufruf „An Alle“ der christlichsozialen Partei konnte man lesen: „Wem werden Sie ihre Stimme geben? Nur einer wahren Volkspartei“. Die Christlichsozialen präsentierten sich als die einzige „Volks-Partei“.¹⁷

Ein Aufruf der Sozialdemokraten versuchte die Arbeiterschaft am 22. Juni 1919 zu erreichen: „!Schaffendes Volk von Amstetten!!“ „Wenn Du anders wählst, bleibt alles beim Alten. Viele Sozialdemokraten von Amstetten.“¹⁸

Bei der ersten Nationalratswahl der Ersten Republik am 16. Februar 1919 machte sich der politische Katholizismus in Form des versuchten Einflusses der katholischen Kirche auf die Politik zum ersten Mal bemerkbar. Viele katholische Geistliche unterstützten in der Wahlbewegung die Christlichsozialen.

Besondere Foren für die Wahlwerbung waren auch die Vereine, so der Christlichsoziale Frauen- und Mädchenwohltätigkeitsverein in Amstetten, wo Kooperator (spätere Dechant) Laurenz Dorrer es als „Pflicht der christlichen Frauen“ bezeichnete, für die Christlichsoziale Partei zu stimmen.¹⁹

Landesseelsorger (später Diözesanbischof in St. Pölten) Memelauer bezeichnete in einer Versammlung das „Gerede über monarchistische Strömungen und weiße Garden in der Christlichsozialen Partei“ als eine Erfindung und Lüge der Judenpresse. Die katholische Kirche setzte

¹⁴ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 10.

¹⁵ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 9-10.

¹⁶ AZ 25 22.6.1919, S. 10.

¹⁷ AZ 25 22.6.1919 S. 6.

¹⁸ AZ 25 22.6.1919 S.12.

¹⁹ Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S. 25.

in der Tradition ihres jahrhundertealten Antijudaismus den aktuellen Antisemitismus in der Wahlwerbung für die Christlichsozialen ein.²⁰

Zerdik hatte eine eigene Namensliste aufgestellt. Er bemühte sich u.a. um den Großdeutschen Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs, den er als Kandidaten für seine Namensliste gewinnen wollte. Dieser sagte zuerst zu, kandidierte aber endgültig hinter Dr. Ursin auf der großdeutschen Wahlliste. Zum ersten Mal ein grundlegender Trend sichtbar: Am rechten Rand der christlichsozialen Partei bestanden fließende Grenzen zu den Deutschnationalen, um vieles stärker auch zwischen Deutschnationalen und NS. Scherbaum wurde von Zerdik vorgeworfen, gleichzeitig Mitglied der Großdeutschen Volkspartei und der NS-Partei gewesen. Dieser Vorwurf von Zerdik konnte nicht widerlegt werden.

Die eigentliche Liste der Christlichsozialen Partei (NÖ. Bauernbund und christlichsozialer Volksverband) wurde geführt von Staatssekretär a.D. Nationalratsabgeordneter Josef Stöckler (aus St. Valentin).²¹

Die Wahlwerber der einzelnen Parteien für das Stadtgebiet Amstetten wurden in der „AZ“ vom 22. Juni 1919 vorgestellt. Die Zahl der Kandidaten der Unpolitischen Wirtschafts- und Gewerbeapartei betrug 30. Diese Liste liest sich wie eine spätere NS-Liste, weil auf dieser Liste in überwiegender Mehrheit die später führenden NS-Familien der Stadt Amstetten vertreten sind, somit die Kontinuität der Träger des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gedankengutes und des späteren Nationalsozialismus bewiesen ist. Listenführer war damals immerhin einer der führenden Funktionäre der späteren NSDAP „Hitlerbewegung“, dem sogar ein eigenes Denkmal in der Stadt, die sogenannten „Grubereiche“ auf dem Krautberg, einem der Versammlungszentren des Deutschen Turnvereins Amstetten, gewidmet war.²² Es ist aber auch nicht zu übersehen, dass spätere NS damals auf der Liste der Christlichsozialen kandidierten.²³ Es kristallisierte sich die Kontinuitätslinie einer zuerst deutsch-„völkischen“, aber bald nationalsozialistischen Führungsgruppe aus dem gewerblichen Mittelstand, deutlich sichtbar aus den Kandidatenlisten, bis zur letzten Landtagswahl 1932 heraus, die lange Zeit enge Kontakte zu anderen politischen Gruppen des bürgerlichen Lagers hatte, wobei es auch laufend Fluktuationen innerhalb dieses Lagers gab. Man kann sagen, dass diese NS-Führungsschicht im Gewerbe als Trägergruppe gleichsam eingebettet in diesem Lager war, mit fließenden Grenzen. Dazu gehörte auch die Mehrzahl der führenden Gasthäuser in der Stadt, in bester Lage weil in Zentrumsnähe, deren Inhaber in der Regel nicht nur selbst NS waren, sondern auf jeden Fall NS-Versammlungen veranstalteten bzw. zuließen, auch wenn sie wie Franz Sengstbratl

²⁰ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 6.

²¹ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 13.

²² S. dazu AZ 25 v. 22.6.1919, S. 1.

²³ S. unten diese Liste mit mindestens 7 Wahlwerbern.

ursprünglich aus christlichsozialem Haus stammten. Viele vorerst der NS-„Bewegung“ distanziert gegenüberstehende Amstettner sahen in dieser alteingesessenen Führungsclique in ihrer Autoritätsgläubigkeit gleichsam glaubwürdige Vorbilder einer neuen „nationalen“ politischen Richtung, vor allem auch nach der Machtübernahme Adolf Hitlers in Deutschland, und ihrer Annäherung bestätigt. Auf der selbständigen Liste der damaligen NSAP waren acht Wahlwerber vertreten. Sie werden aber für die weitere Entwicklung des Nationalsozialismus keine Bedeutung haben. Es werden aus den Wahlwerbern der Unpolitischen Wirtschafts- und Gewerbeapartei die später zu den NS übergewechselten Wahlwerber vom Verfasser gekennzeichnet, um auf das potentielle Reservoir der NS, das aber erst nach ihrer Öffnung gegenüber anderen Gesellschafts- bzw. Berufsschichten aktiviert werden konnte, hinzuweisen. Die Partei reagierte auch bald, noch ohne den entscheidenden Einfluss der „Hitlerbewegung“, indem sie ihren ursprünglichen Anspruch als ausschließliche Vertretung der deutschnationalen Gewerkschaftsbewegung ablegte. Ihrer politisch-gesellschaftlichen Möglichkeiten und Chancen bewusst, verbunden mit einer entsprechenden Ausweitung der gesellschafts-, vor allem aber wirtschaftspolitischen Angebote und Lösungsmodelle, veränderte die NS-Partei bald ihren Anspruch. Da vor allem Übertritte aus den Reihen des politischen Gegners besondere Aussagekraft hinsichtlich des gesellschaftlichen Einflusses der erfolgreichen politischen Gruppierung haben, sollen vor allem auch die aus anderen wahlwerbenden Gruppierungen bis spätestens 1932 zu den NS übergewechselten Mandatare aufgezeigt werden, um möglichst exakt das mögliche Rekrutierungsfeld der NS aufzeigen zu können. Der Versuch, den politischen Wechsel dieser späteren NS-Parteimitglieder von ihrer ursprünglichen politischen Heimat nachzuvollziehen, zeigt besonders den sozialen bzw. berufssozialen Wandel der NS-Partei auf. Oft waren es erst die Söhne aus bestimmten deutsch-„völkisch“ eingestellten Familien, die zur NS-Partei, in der Regel als Parteimitglieder, überschwenkten. Es gibt aber auch Beispiele für eine unverändert „großdeutsche“ Haltung innerhalb des deutschnationalen Lagers. Auf der Liste der Unpolitischen Wirtschafts- und Gewerbeapartei kandidierten aber auch nachweislich Angehörige der Christlichsozialen Partei, die keinen Wechsel vollzogen hatten. Bei einigen Wahlwerbern war eine politische Zuordnung nicht möglich.²⁴ Vier wahlwerbende Parteien waren zu der Gemeinderatswahl vom 22. Juni 1919 angetreten.

²⁴ AZ 25 v. 22. 6. 1919, S. 1; vgl. BHA 210 amtliche Registrierungslisten/Gemeindelisten



Betrieb von Ferdinand Kosler, Kupferschmied, dem Vater von Karl Kosler, Installateur, christlichsozialer/VF-Angehöriger des Gewerbestands, Mitglied der Verwaltungskommission der Sparkasse 1937-1938), Aufnahme aus 1902. (Bild 12A)

Kandidatenliste:

Wahlwerber der Christlichsozialen Partei:

25 Kandidaten, darunter:

Zuordnung²⁵

1. Kubasta Karl, Produkthändler	+
3. Ploberger Franz, Eisenhändler	+
5. Ginner Leopold, Bauunternehmer	+
11. Pöschl Josef, Wirtschaftsbesitzer	***
12. Wawrowetz Richard, Baumeister	*
13. Barndl Franz, Telegraphenwerkmeister	+
15. Feigl Karl, Viehhändler	+
19. Aigner Alois, Mechaniker	***
20. Grabner Leopold, Bäckermeister	+
22. Gruber Florian, Oberverschieber	?
25. Walter Franz, Lokomotivführer	+

Kandidatenliste:

Wahlwerber der Unpolitischen Wirtschafts- und Gewerbeartei:

²⁵ Die politische Zuordnung:

zum damaligen Zeitpunkt NS bzw. NS-Sympathisant und/oder später NS: *

Großdeutscher: **

Sohn NS: ***

Christlichsozialer: +

Unbekannt: ?

30 Kandidaten

Zuordnung²⁶

1. Gruber Josef, Wagnermeister	*
2. Resch Ludwig, Lehrer	**
3. Schimek Josef, Maurermeister	+
4. Sieder Hans, Bäckermeister	+
5. Seidl Josef, Eichmeister	*
6. Korner Emil, Kaufmann	*
7. Pazelt Richard, Mechaniker	*
8. Hürner Engelbert, Fleischhauer	*
9. Diridl Josef, Schuhmachermeister	*
10. Geyrhofer Josef, Schmiedmeister	*
11. Kielar Franz, Buchdruckereibesitzer	+
12. Exel Julius, Bäckermeister	*
13. Kolb Johann, Zuckerbäcker	?
14. Müller Karl, Tischlermeister	?
15. Tuna Karl, Rauchfangkehrermeister	*
16. Hintersteiner Leopold, Schneidermeister	*
17. Hötzl Johann, Schlossermeister	?
18. Zarl Alois, Bäckermeister	?
19. Brandstötter Franz, Gastwirt	*
20. Reisinger Josef, Malermeister	?
21. Kiermayer Franz, Gastwirt	+
22. Kaiblinger Rudolf, Bäcker	?
23. Kraus Karl, Fleischhauer	?
24. Feigl Stefan, Spediteur	*
25. Ruzicka Ferdinand, Schmiedmeister	?
26. Sengstschmied Florian, Schlossermeister	+
27. Kosler Karl, Spenglermeister	*
28. Geyrhofer Rudolf, Tapezierermeister	*
30. Sengstbratl Franz, Gastwirt	?

Von den 30 angeführten Wahlwerbern scheinen nachweislich später 13 (bzw. 15 ?) als Mitglieder der NSDAP auf.

Kandidatenliste:

Wahlwerber der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei:

8 Kandidaten

²⁶ Die politische Zuordnung:

später NS-Sympathisant oder NS: *

Großdeutscher: **

Sohn NS: ***

Christlichsozialer: +

Unbekannt: ?

1. Purwitzer Johann, Stationsmeister
2. Rothleitener Emil, Oberrevident
3. Grotz Johann, Magazinsdiener
4. Benedikter Franz, Handelsangestellter
5. Bieringer Karl, Postbeamter
6. Müller Josef, Magazinsaufseher
7. Bartak Anton, Lokomotivführer
8. Heuberger Margarethe, Schaffnersgattin

Die berufssoziale Zuordnung bestätigt die damalige NS-Partei als Arbeiter-, Angestellten und Eisenbahnerpartei, als Vertretung der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsbewegung.

Kandidatenliste

Wahlwerber der sozialdemokratischen Partei:

30 Kandidaten (darunter 9 bei der Bundesbahn), besonders zu erwähnen:

Zuordnung²⁷

1. Ackerl Anton, Konsumvereinsleiter:	++ (Listenführer)
8. Daniser Georg, Lehrer	*
13. Teufl Alois, Metallarbeiter	?
24. Golser Peter, Schaffner	++

²⁷ Die weitere politische Zuordnung:

später NS-Sympathisant oder NS: *

Großdeutscher: **

Sohn NS: ***

Christlichsozialer: +

Unbekannt: ?

Sozialdemokrat: ++

Einer der Söhne Golsers war später Mitglied der NSDAP. S. BHA 210 amtliche Registrierungslisten/Gemeindelisten.



Florian Sengstschmied, der Firmengründer, und sein Sohn und Nachfolger Florian am Amboss, christlichsozialer Angehöriger des Gewerbestands, um 1930. (Bild 12B)

Aus der berufsmäßigen Zuordnung der Wahlwerber der DNSAP sind das Selbstverständnis der damaligen Partei und ihre anzusprechende Zielgruppe klar ersichtlich. Sie war die Wahlpartei der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsbewegung in Österreich. Die potentiellen Träger der späteren NSDAP „Hitlerbewegung“ mit der Öffnung in breitere Gesellschaftsschichten bzw. Berufsgruppen im Sinne der „Volksgemeinschafts“ideologie waren damals noch im deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager auf der Liste der „Unpolitischen Wirtschafts- und Gewerbeartei“, weil ihnen die ideologische Zielsetzung einer „völkischen“ Arbeitnehmerpartei und somit die soziale Basis der DNSAP nicht entsprach.



„Gasthaus in Verbindung mit Getreide- und Fruchthandel in Amstetten, Rathausstraße“, Franz und Josef Sengstbratl, ab 1. Jänner 1909 übernommen von Stefan und Anna Achleitner, später Dominik Gürtler, 1909, zuerst christlichsozial, dann deutsch-„völkisch. (Bild 12C)

Berufszugehörigkeit der Wahlwerber der DNSAP 1919-1929, die mit der jeweiligen Führungsschicht der NS-Partei gleichgesetzt werden können

Gemeinderatswahlen	1919	1929
Öffentlich Bedienstete	4	12
Privatangestellte	2	3
Bauern	0	0
Arbeiter	1	1
Sonstige	1	4
Selbständige (ohne Bauern)	0	17
davon:		
Gewerbetreibende	0	14
Freiberufler	0	3
Summe:	8	37 ²⁸

Die einzelnen Themenbereiche der Wahlwerbung der NS-Partei waren bei den Gemeinderatswahlen durch die ideologisch-politische Orientierung, vor allem aber durch die wirtschaftliche Gesamtsituation vorgegeben, wozu noch speziell jeweils kommunal bedingte Aufgabenbereiche hinzukamen. Von den einzelnen wahlwerbenden Gruppierungen vertraten damals die NS als Wahlpartei der deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsbewegung in Österreich einen weniger ideologischen als pragmatischen Lösungsansatz der „sozialen Frage“, wenn auch auf der Grundlage des rassistischen Fundaments des Antisemitismus, vermengt mit einem radikalen Deutschnationalismus. Mit der Neuformierung der NS-Partei änderten sich auch die Zielgruppen. Die anzusprechende Kernschicht war der gewerbliche Mittelstand. Hier kamen sie aber in das Gehege anderer politischer Gruppierungen, auch bedingt durch eine Reihe von identischen Ideologieaspekten. Gerade die Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ und in der Frühphase auch die Christlichsozialen trafen sich in einem nach außen deutlich zur Schau getragenen Rassismus, in einem, wenn auch regional unterschiedlich artikulierten Antisemitismus, der vor allem in urbanen Gebieten von der „alldutschen“ Richtung der Schönerianer zu einem wesentlichen Punkt ihrer Ideologie gemacht worden war, der aber auch von den Christlichsozialen nicht in der „völkisch“-rassistischen Radikalität, sondern, abgesehen von der deutsch-christlichen Zerdik-Fraktion, mit

²⁸ Gemeinderatswahl 1929: Kandidatenzahl des „Nationalen Wirtschaftsblocks“, einer Wahlgemeinschaft der Großdeutschen Volkspartei, der NSDAP und „nationaler“ Gewerbetreibender.

vorrangig wirtschaftlichen Argumenten – mitgetragen wurde und sich vor allem gegen die durch den Zusammenbruch der Monarchie bewirkte Einwanderung ostjüdischer Mittelständler richtete. Die gemeinsam betriebene Angstpropaganda trug sehr viel zur allgemeinen Meinungsbildung der Bürgerlichen bei. Dieses Feindbild sollte angesichts der für alle sichtbaren allgemeinen Notlage dieser Umbruchszeit den Interessen der wahlwerbenden Gruppen zu Nutze kommen, wie auch die Amstettner Notgeldscheine aus dieser Zeit bestätigen.²⁹ Wesentliche Einzelaspekte der ideologischen Grundlagen der NS-Partei und die aus ihnen abgeleiteten populistischen Ansatzpunkte der Kritik an Aussagen zu aktuellen politischen tatsächlichen bzw. vermeintlichen Schwachstellen der bisherigen Kommunalpolitik sind besonders aus den Wahlaufufen des deutsch-„völkischen“ Lagers zu erkennen. Der Anspruch der Protestpartei gegen alles „Alte“, das prinzipiell verworfen wurde, weil es negativ besetzt wurde, und die Präsentation als die einzige „Erneuerungskraft“ war eine Zielsetzung, die bei allen anderen noch folgenden NS-Gruppierungen beibehalten werden sollte. Das Selbstverständnis der damaligen NS-Partei DNSAP wird aus den Wahlaufufen ersichtlich, in denen sie sich noch, wenigstens in ihren Ansprüchen, auf dem Boden des demokratischen Rahmens zu bewegen scheint. Zugleich wird aber einer der wesentlichen Grundzüge der frühen NS-Partei im Ansprechen ihrer Zielgruppen deutlich: der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkische“ „Sozialismus“: „(...) Wer aber eine rücksichtslose Vertretung der Wahrheit, Demokratie und wahren Freiheit wünscht (...) wähle nationalsozialistisch. Jede Stimme für die nationalsozialistische Arbeiterpartei ist ein Ruf nach Bodenreform, Wohnungsfürsorge, Armen- und Waisenpflege, vernünftiger Kultur-, Ernährungs- und Verkehrspolitik und großzügigem Gemeindesozialismus. Sie ist ein Protest gegen alles Morsche und Faule, gegen eingebildete Vorrechte, gegen Scheinchristentum und Scheindeutschtum, gegen eine überlebte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, gegen Ausbeutung und jüdische Vorherrschaft.“

Die Vorwegnahme ideologischer Ansprüche der „Volksgemeinschaft“ der NSDAP Adolf Hitlers ist in den Aussagen der Wahlaufufe belegt, wenn es in der „AZ“ vom 22. Juni 1919 hieß: „Arbeitendes Volk in Werkstatt und Schreibstube, Deutsche“.

Das ideologische Programm kam bereits ohne Hitler dem „Volksgemeinschafts“-slogan „Arbeiter der Faust und des Hirns!“ sehr nahe. Auch die berufssozialen Gruppen der Gesellschaft, die als damalige Zielgruppen der NS-Partei betrachtet wurden, lassen sich festhalten:

„Arbeiter, Beamte, Kleingewerbetreibende!

Erkennt das Gute!

Wählet national, sozialistisch, antisemitisch und freiheitlich (...)!“³⁰

²⁹ Zu den Notgeldscheinen s. I.6.

³⁰ AZ 25 v. 22.6.1919, S. 15 Wahlergebnisse Stadt und Bezirk Amstetten.

Auch ohne die Faschisierung der Partei durch die spätere Machtübernahme der NSDAP „Hitlerbewegung“ wurden wichtige Teilkomponenten der Gesamtideologie bereits artikuliert. Der zwangsmäßig herbeigeführte soziale Scheingrundkonsens der „Volksgemeinschaft“ unter Voraussetzung der abgebauten Klassengesellschaft, der ideologieimmanente Populismus und die vorgegebene Scheinlösungskompetenz für viele Bereiche des alltäglichen Lebens sollten dieser Partei zu einem Aufschwung durch die schrittweise Öffnung vorerst in Richtung Arbeitsnehmerpartei deutsch-„völkischer“ Prägung verhelfen. Der propagandistisch gezielt vermittelte Aspekt des „Unpolitischen“ sollte zusätzlich das gesamtgesellschaftliche Engagement vor den Parteipräferenzen hervorheben. Dieses Scheinunparteiische sollte den Eindruck einer über den anderen Parteien stehenden Position vermitteln, eben als der „Volksgemeinschaft“, wie sie als NS-Gesellschafts- und Herrschaftsmodell in der Folge propagiert wurde. Dieser Ideologieaspekt lässt sich als durchgehend konstant bleibend festhalten. Im Lokalbericht der „AZ“ vom 29. Juni 1919 über die Wahlergebnisse der Gemeinderatswahl 1919 im politischen Bezirk Amstetten waren auch noch die Wahlaufrufe der wahlwerbenden Gruppen abgedruckt. Dieses gezielt „Unpolitische“ war damals auch „Inhalt“ des großdeutschen Lagers und seiner Wahlparteien, auf deren Kandidatenlisten die späteren NS der NSDAP „Hitlerbewegung“ zu finden sind.³¹ Die „Unpolitische Wirtschaftsbund Gewerbeapartei Amstetten“, die ebenfalls ihr „unpolitisches“ Engagement zu unterstreichen suchte, sprach damals vor allem die selbständigen Gewerbetreibenden, die Freiberufler und auch den öffentlichen Dienst an. Dieses berufssoziale Feld war noch kein Rekrutierungsbereich der NS. Wenn auch die antisemitische Komponente in den Wahlaufrufen fehlte, damals fehlen musste aufgrund des noch starken deutschliberalen Aspekts, so waren andere ideologische Elemente und besonders die Wahlkampfaktik, wie aus den Wahlaufrufen zu ersehen ist, denen der NS sehr ähnlich. Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, dass ein Teil der damaligen Mandatäre beim nächsten Wahlgang bereits im Lager der NS, nur ein kleiner Teil im Lager der Großdeutschen und ein dritter Teil bei den Christlichsozialen zu finden ist. Der damalige Listenführer sollte bald als Parteimitglied zu den NS-Funktionären überwechseln, vor allem seit der – wenn auch vorerst zaghaften – Öffnung der Partei in Richtung gewerblicher Mittelstand. Die politische Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien war damals noch möglich, ja sie war innerhalb des bürgerlichen Lagers auch unter verschiedenen ideologischen Prämissen etwas Selbstverständliches. So konnten auf der Liste dieser Wahlgemeinschaft Christlichsoziale neben Großdeutschen und Deutsch-„völkischen“, späteren NS der NSDAP „Hitlerbewegung“, kandidieren. Wenn auch wirtschaftspolitische Ziele Priorität gehabt haben, so ist als eine Art ideologisch-politischer Grundkonsens, als kleinster gemeinsamer Nenner, das aggressive Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und die Kommunisten festzuhalten: als Kampf gegen den Marxismus und seine realpolitischen Modifikationen. Damals stand Realpolitik auf dem

³¹ S. oben Kandidatenliste für die Gemeinderatswahl 1919.

wirtschaftlichen Sektor als Reaktion auf die damalige Gesamtsituation Österreichs im Vordergrund der Wahlaufrufe: „Die Wählerschaft hat jedoch das größte Interesse, dass das ‚Wirtschaftliche‘ dem ‚Politischen‘ vorgezogen wird (...).“

Josef Gruber war ihr Listenführer, beruflich näher beschrieben wurde er mit „Tätigkeit in der Gemeinde und in der Sparkasse“.³²

Gemeinderatswahl Amstetten

Wählerzahl 4.419, davon abgegeben gültige 3.422 Stimmen, Wahlbeteiligung 77,5 %.

Von den abgegebenen 3.422 Stimmen und 30 Mandaten bekamen:

Sozialdemokraten:	1.573 Stimmen	14 Mandate
Christlichsoziale:	911 Stimmen	8 Mandate
Unpol.Wirtschaftsp.:	705 Stimmen	6 Mandate
Nationalsoz. Partei:	233 Stimmen	2 Mandate

Gewählt wurden von der

Unpolitische(n) Wirtschafts- und Gewerbeartei (Zuordnung durch den Verfasser):³³

Gruber Josef, Wagnermeister	*
Resch Ludwig, Lehrer	**
Schimek Josef, Maurermeister	+
Sieder Hans, Bäckermeister	+
Seidl Josef, Eichmeister	+/* ?
Korner Emil, Kaufmann	*

Die Heimwehruzugehörigkeit wurde hier nicht berücksichtigt, die Kandidaten der Heimwehr hatten entweder gemeinsam mit den Christlichsozialen oder gemeinsam mit dem „Nationalen Wirtschaftsblock“ kandidiert.

Für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei wurden gewählt:

Purwitzer Johann, Stationsmeister, Rothleitner Emil, Oberrevident.

Gemeinderatswahlen in der Stadt Amstetten: eine Gesamtübersicht³⁴

³² AZ 26 v. 29.6.1919, S. 3-4.

³³ AZ 26 v. 29.6.1919, S. 3.

die politische Zuordnung: später NS-Sympathisant oder NS: *

Großdeutscher: **

Christlichsozialer: +

Unsicher: +/* ?

Unbekannt: ?

³⁴ Legende:

WZ: Wählerzahl

gült.St.: gültige Stimmen

SDAP: Sozialdemokratische Arbeiterpartei

ChSP: Christlichsoziale Partei

Jahr	WZ	gült.St.	SDAP	ChSP	DN/GrDt	NS
1919	4419	3422	1573/14 +	911/8	705/6	233/2
1924	4973	4516	2032/13	2074/13	*	410/2
1929	5573	5162	1645/10	2381/14	**	1136/7 ***

Bei der Konstituierung des Gemeindevorstands bzw. der Bürgermeisterwahl wurde eine Kompromisslösung gefunden: Bürgermeister blieb Karl Kubasta, dafür stellten die Sozialdemokraten mit Josef Mitterbacher und Anton Ackerl beide Vizebürgermeister, von den neun geschäftsführenden Gemeinderäten wurden fünf den Sozialdemokraten und je zwei den Christlichsozialen und der Unpolitischen Wirtschaftspartei zugesprochen. Die NS gingen leer aus.³⁵ Die Sozialdemokraten Franz Falk, Ludwig Eisel und Josef Graf wurden geschäftsführende Gemeinderäte, Leopold Scholz wurde ebenfalls geschäftsführender Gemeinderat.³⁶

Die ersten Gemeinderatswahlen nach dem Krieg führten trotz der in der allgemeinen Krise funktionierenden überparteilichen Zusammenarbeit zu Spannungen zwischen den Parteien. Das Protokoll vom 12. Juli 1919 über die Wahl des Bürgermeisters nach der Gemeinderatswahl belegt, dass der Weltkriegsbürgermeister Carl Kubasta nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde. Die Fraktionen achteten penibel auf ihren Einfluss.³⁷

Der Winter 1919/20 brachte eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage und in der Folge eine weitere Zuspitzung der politischen Gegensätze: Preissteigerung und Hungersnot führten zu spontanen Demonstrationen der Stadtbevölkerung, mit denen sich die Stadtgemeinde auseinandersetzen musste. Im Amstettner Gemeinderat legten im Verlauf einer hitzigen Debatte wegen der Versorgung der Bevölkerung alle sozialdemokratischen Gemeinderäte ihre Mandate nieder, was aber letztlich zu keinem Ergebnis führte. Man besann sich bald wieder und begnügte sich schließlich mit einem Bericht an die Landesparteileitung.³⁸

DN/GrDt: Deutschnationale/Großdeutsche

NS: Nationalsozialisten

+ die erste Zahl: Stimmen, die zweite Zahl: Mandate

* Gemeinderatswahl 1924: Wahlgemeinschaft (Christlichsoziale, Großdeutsche und Gewerbeapartei)

** Gemeinderatswahl 1929: „Christlicher Volks- und Wirtschaftsbund“ (Wahlgemeinschaft der vereinigten Christlichsozialen Partei, Gewerbetreibender, Hausbesitzer und des Landbundes)

*** Gemeinderatswahl 1929: „Nationaler Wirtschaftsblock“ (Wahlgemeinschaft der Großdeutschen Volkspartei, der NSDAP und „nationaler“ Gewerbetreibender); verwendete Quellen s. unten.

³⁵ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 11.

³⁶ Ebenda, S. 22.

³⁷ Ornazeder, Bürgermeister, a.a.O., S. 25.

³⁸ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 12.

Bürgermeister Resch hatte einige Jahre später ein ähnliches Problem. Eine Belastung des im Allgemeinen guten Verhältnisses zwischen dem Bürgermeister und der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion brachte der Wahlkampf anlässlich der Nationalratswahl vom 24. April 1927. Hier zeigte sich zum ersten Mal deutlich der Einfluss der parteipolitisch orientierten Lokalmedien wie der „AZ“. Es war ein Aufruf erschienen, in dem die Wähler aufgefordert wurden, für die Einheitsliste zu stimmen, mit der Begründung, die Entscheidung zwischen „Wirtschaft und Elend, zwischen Frieden und Kampf, zwischen Wirklichkeit und Luftschlössern, zwischen Vernunft und Wahnsinn“ richtig zu treffen. Wer jeweils gemeint war, war allen klar. Dieser Aufruf hatte in der Gemeinderatssitzung vom 7. Mai 1927 ein Nachspiel, weil er vom christlichsozialen Landtagsabgeordneten Hans Höller, vom Obmann des Gewerbebundes Richard Pazelt und von Bürgermeister Ludwig Resch unterschrieben worden war. Vizebürgermeister Ackerl warf im Gemeinderat Resch vor, dass er diesen Aufruf in seiner Eigenschaft als Bürgermeister unterschrieben habe. Resch wies darauf hin, dass er nicht persönlich unterschrieben habe. Er argumentierte, der Entwurf dieses Aufrufs sei ihm nicht vorgelegt worden, er habe niemanden ermächtigt, seinen Namen darunterzusetzen. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte verließen nach einer erregten Debatte den Sitzungssaal. Eine Woche später konnte Resch aber die Differenzen zwischen Höller und Sozialdemokraten durch Verhandlungen beilegen, wodurch der Gemeinderat wieder arbeitsfähig war.³⁹

Im ersten Gemeinderat nach dem Ersten Weltkrieg waren die Eisenbahner stark vertreten: Von den 14 sozialdemokratischen Gemeinderäten waren sechs Eisenbahner, dazu kommt eine Frau, die Eisenbahnersgattin Marianne Köttl. Unter den acht christlichsozialen Gemeinderäten befanden sich zwei Eisenbahner. Die zwei NS waren beide Eisenbahner. Unter den sechs Vertretern der „Unpolitischen Wirtschaftspartei“ waren keine Eisenbahner.⁴⁰

Das bisherige Provisorium im Gemeinderat wurde durch die Gemeinderatswahl vom 22. Juni 1919 beendet. Bei der Konstituierung am 12. Juli 1919 wurde Carl Kubasta als Bürgermeister bestätigt. Ludwig Resch erhielt den Vorsitz der Finanz- und Rechtssektion, er war auch Obmannstellvertreter in der Wirtschaftssektion und Krankenhausverwalter.

Als Lehrer ist er am 1. Oktober 1921 in Pension gegangen, der Kommunalpolitik blieb er erhalten: Er blieb im Gemeinderat und Obmann der Ortsgruppe der Großdeutschen Partei.

Es wurde der Dank an die am 22. Juni 1919 abtretende Gemeindevertretung ausgesprochen, welche in der abgelaufenen Periode (1911-1918) „unter gewiß außerordentlich schwierigen Verhältnissen zum Wohle der Stadt gewirkt und vieles geleistet und geschaffen hat.“⁴¹

³⁹ Kandidaten und Ergebnis für Amstetten und Bezirk Amstetten Freiammer, Republik, a.a.O., S. 23. Zur Polarisierung der politischen Kräfte s. ebenda, S. 24-28.

⁴⁰ Freiammer, Erste Republik, a.a.O., S. 22.

⁴¹ AZ 25 22.6.1919 S. 1.

4.2.2. Gemeinderatswahl 30. November 1924

Die Kandidaten dieser Gemeinderatswahl werden nicht namentlich angeführt, weil es keine wesentlichen Veränderungen gegenüber der Gemeinderatswahl 1919 gab. Der wesentliche Unterschied gegenüber der vorangegangenen Gemeinderatswahl war nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Bundesregierung die nunmehr deklarierte zweckgebundene Zusammenarbeit aller bürgerlichen Gruppierungen über alle ideologisch-politischen Grenzen hinweg als „Wahlgemeinschaften“ in einer Art Abwehrfront gegen die Sozialdemokratie, die im Amstettner Bezirk überhaupt nur in den Ortsgemeinden kandidierte, wo sie Aussicht auf ein Mandat hatten, während die Christlichsozialen in fast allen Gemeinden antraten. Nur die NS (Schulz/Riehlgruppe) kandidierten in der Stadt Amstetten als einzige Parteigruppe des „Rechts“-Lagers auf einer eigenen Liste.⁴²

Dieser Abwehrkampf gegen die Sozialdemokratie konnte nach Einschätzung der bürgerlichen Parteien nur durch die gemeinsame Frontstellung in Form eines Wahlbündnisses zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ reüssieren. Diese gemeinsame politische Linie spiegelten auch die Wahlveranstaltungen wider: „Wählerversammlung der im Wahlkampf vereinigten Christlichsozialen, Großdeutschen und Gewerbeartei“.⁴³

Es fand die Wahlagitation der bürgerlichen Einheitsliste, der „Wahlgemeinschaft der vereinigten Christlichsozialen, Großdeutschen und der Gewerbeartei“, in Form von gemeinsam veranstalteten Wählerversammlungen statt, in denen die Nationalräte beider Parteien als Agitatoren auch gemeinsam auftraten. So gab es am 24. November 1924 in Amstetten noch unter dem Vorsitz von Bürgermeister Kubasta eine derartige Wahlversammlung, in der gemeinsam gegen Sozialdemokratie polemisiert wurde. Die damals aktuelle Währungsfrage stand im Vordergrund. Es wurde von „Sanierung“ durch die vertretenen wahlwerbenden Parteien gesprochen. Eine ähnliche Veranstaltung gab es auch am 29. November 1924 in der Stadt Amstetten, die von einem gezielten Wahlauf Ruf der Christlichsozialen gegen Sozialdemokraten gekennzeichnet war. Inzwischen war aber Bürgermeister Kubasta in der Sitzung des Gemeinderats vom 27. November 1924 von seinem Amt zurückgetreten (Er war 33 Jahre dem Amstettner Gemeinderat angehörig gewesen, davon 21. Jahre als Bürgermeister.). Listenführer der bürgerlichen Einheitsliste war Landtagsabgeordneter Hans Höller, Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Liste war der bisherige Vizebürgermeister Anton Ackerl, die NS hatten Rudolf Prinz, einen pensionierten Bundesbahnbediensteten, als Listenführer.⁴⁴

⁴² AZ 47 v. 23.11.1924, S. 2; Gemeinderatswahl 1924 Kandidaten der NSDAP.

⁴³ Ebenda, S. 10.

⁴⁴ AZ 48 v. 30.11.1924, S. 7 und S. 10; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 17.

Ergebnis der Gemeinderatswahl vom 30. November 1924:⁴⁵

Ergebnisse in der Stadt Amstetten

Wählerzahl: 4973, davon abgegebene 4516 gültige und 61 ungültige Stimmen,
Wahlbeteiligung von 90,8%,

davon	Stimmen	Mandate
Wahlgemeinschaft (Christlichsoziale, Großdeutsche und Gewerbeartei):	2074	13
Sozialdemokraten:	2032	13
Nationalsozialisten:	410	2

Gewählt wurden folgende Mandatare:

„Wahlgemeinschaft“:	Zuordnung ⁴⁶
Höller Hans, Landtagsabgeordneter	+
Gruber Josef, Wagnermeister	*
Resch Ludwig, Oberlehrer	**
Mayrhofer Michael, Wirtschaftsbesitzer	?
Scholz Leopold, Bahnbeamter i. R.	+
Sieder Hans, Bäckermeister	+
Vollbauer Alois, Hausbesitzer	?
Schimek Josef, Baumeister	+
Kapeller Dr. Paul, Landesgerichtsrat	?
Haydn Florian, Bezirksobersstraßenmeister	+
Gollonitsch Franz, Oberheizer i.R.	+
Korner Emil, Kaufmann	*
Osterauer Johann, Portier	?

Gewählt wurden für die Nationalsozialisten (Schulz-Gruppe):

Prinz Rudolf, Beamter der Bundesbahn i. R.

Hendl Johann, Schlosser

Die Bürgermeisterwahl 1924 gestaltete sich aufgrund des Pattverhältnisses (Pattstellung in der Mandatszahl) zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokratie im Gemeinderat sehr schwierig. Am 17. Dezember 1924 fand die konstituierende Gemeinderatssitzung mit der Wahl des Bürgermeisters statt. 28 Gemeinderatsmitglieder waren zur Wahl aufgerufen. Die NS mussten rechnerisch gesehen den Ausschlag geben. Sonst konnte es aufgrund der Mandatsverteilung der Großgruppierungen kein Ergebnis geben, es stand 13 : 13 : 2. Die „Wahlgemeinschaft“ hatte aber nicht ihren Spitzenkandidaten Hans Höller als Bürgermeisterkandidaten nominiert, sondern sich auf den

⁴⁵ AZ 49 v. 7.12.1924, S. 1-2.

⁴⁶ Die politische Zuordnung: später NS-Sympathisant oder NS: *

Großdeutscher: **

Christlichsozialer: +

Unbekannt: ?

Drittgerihten ihrer Mandatsliste, den überzeugten Großdeutschen bzw. Deutschliberalen Ludwig Resch, in Hinblick auf die Stimmen der NS geeinigt. Die Sozialdemokraten gingen wahltaktisch ähnlich vor, sie schlugen nicht ihren Spitzenkandidaten Anton Ackerl, den „nationalen“ Sozialdemokraten Georg Daniser, ebenfalls Oberlehrer, als ihren Bürgermeisterkandidaten vor. Daniser genoss hohes Ansehen im deutsch-„völkischen“ Lager. So war nun Ludwig Resch gegen Georg Daniser bei der Wahl des Bürgermeisters angetreten. Die Wahlgänge brachten das Ergebnis 13 : 13, zwei Stimmzettel, die Stimmen der NS, die eine Entscheidung hätten herbeiführen können, wurden leer abgegeben. Mehrmalige Wiederholungen brachten nichts. Drei Wahlgänge unter dem Vorsitz von Gemeinderat Gruber brachten jedes Mal dasselbe Ergebnis. Die NS, in deren Macht es gestanden wäre, dem neuen Bürgermeister in sein Amt zu verhelfen, was für sie in kommunalen Belangen eine politische Aufwertung bedeutet hätte, hatten sich für keinen der beiden Kandidaten entschieden. Letztlich musste das Los entscheiden: Ludwig Resch, Oberlehrer i. R., wurde neuer Amstettner Bürgermeister, nach dem Alterspräsident im Gemeinderat Michael Mayrhofer das Los gezogen hatte. Was die Absichten der NS waren, lässt sich nachträglich nur vermuten. Tatsache ist, dass sie sich weder für die Christlichsozialen noch für die Sozialdemokraten offen entscheiden wollten. Wenn sie damals aus taktischen Überlegungen keine Entscheidung zugunsten des „Bürgerblocks“ herbeiführen wollten, kann nur angenommen werden, dass sie auch in Zielrichtung Anhängerschaft der Sozialdemokratie schauten und es sich mit den Sozialdemokraten nicht von vornherein verscherzen wollten.⁴⁷



Amstettner Krankenhaus 1928-1930, permanentes Streitobjekt zwischen Stadt und Land.
(Bild 13)

⁴⁷ AZ 51 v. 21.12.1924, S. 1-2 Der neue Bürgermeister der Stadt Amstetten; s. Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 17-18; Freihammer Josef, Amstettens Bürgermeister von 1903 bis 1955. In: Amstettner Beiträge 1978, Amstetten 1978, S. 35-48; Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 17-18.

Interessant in Hinsicht auf die später von den NS aufgegriffenen kommunalpolitischen Themen, die eine bemerkenswerte Kontinuität aufweisen, ist die „Regierungs“erklärung des neugewählten Bürgermeisters, in der sein Programm dargelegt wurde: „Die Wirtschaftsunternehmen der Stadtgemeinde sind für den Haushalt der Gemeinde und den der Privatwirtschaften von größter Bedeutung: Wasser, Licht und Kraft (...)“. Auf die Wichtigkeit des E-Werkes wurde damit betont hingewiesen: „Hüten Sie sich den Schatz und den Reichtum, der in Ihrem E-Werk liegt.“ Resch war ein erfahrener Kommunalpolitiker: Er gehörte dem Gemeinderat seit 1911 an, war seit 1919 Finanzreferent und blieb für zwei Amtsperioden Amstettner Bürgermeister (1924-1934). Anton Ackerl wurde mit 24 der 26 Stimmen der Großparteien (bürgerliche Einheitsliste und Sozialdemokraten) wiederum zum Vizebürgermeister gewählt genauso wie Hans Höller, wenn auch mit allen Stimmen der zwei großen Lager, für die Christlichsozialen. Dagegen gestimmt hatten auch die zwei NS-Mandatare, die kompromisslose Oppositionspolitik betrieben, mit der sie sich von den „alten“ Lagern abheben und den „neuen“ Weg auch auf der kommunalpolitischen Ebene dokumentieren wollten. Man einigte sich damals auch den geschäftsführenden Gemeinderäten innerhalb der großen politischen Lager: Sie wurden 4 : 4 auf die bürgerliche Einheitsliste und die Sozialdemokraten aufgeteilt.

Außerdem wurde auf ein zweites auch für die NS wichtiges Thema hingewiesen, nämlich das Amstettner Schulwesen: „Der Schule wenden ja alle Parteien ihre Aufmerksamkeit zu. Jedoch liegt sie größtenteils außerhalb des Wirkungskreises der Gemeinde und ist zum großen Teile einer besonderen autonomen Körperschaft, dem Ortsschulrate, übertragen.“ Hier versuchten die NS später ebenfalls verstärkt Einfluss zu nehmen, Resch war selbst Mitglied des Amstettner Ortsschulrates.⁴⁸ Auch eines der Lieblingsprojekte der NS wurde angesprochen: „Eine besondere Aufgabe ist die Ausgestaltung des Krankenhauses.“ Es wurden von den Parteien die „Mängel erkannt“, aber der „Mangel an Geldmitteln“ ließ sie die Vorhaben eines Ausbaues „bis jetzt“ zurückstellen. „Nun aber die Bewirtschaftung auf Rechnung des Landes, also auch unter Heranziehung der zum Sprengel gehörigen Landgemeinden geschieht, werden wir mit Hilfe der Landesmittel das zu erreichen suchen, was aus eigener Kraft nicht möglich war.“ Angesichts der hohen Finanzierungskosten des Haushalts des Krankenhauses wurde auch bei den NS damals der Gedanke einer Gesamt- oder Teilübergabe an das Land Niederösterreich ventiliert, während der spätere NS-Bürgermeister Wolfgang Mitterdorfer eine drohende Übernahme erfolgreich verhinderte. Auch auf schon länger bestehende Großvorhaben des Gemeinderates bezüglich des Amstettner Krankenhauses ging der neue Bürgermeister, wenn auch kritisch, ein. „Das Risiko einer Radiumheilanstalt wird Ihnen erst voll vor Augen treten, wenn Sie in den Tagen der Entscheidung über Milliardenaufwendungen Beschlüsse fassen müssen.“ Dieses Projekt war einige Zeit

⁴⁸ Zu Ludwig Resch s. I.18.4.6.

beabsichtigt, aber wegen drohender finanzieller Überlastung des Gemeindehaushalts letztlich aufgegeben worden. Das Thema „Wohnungsnot“ in der Stadt stand ebenfalls an erster Stelle der propagandawirksamen Sofortmaßnahmen der NS nach der erfolgten „Machtergreifung“. „Ein schwieriges und sorgenvolles Kapitel wird noch lange die Wohnungsnot bleiben.“ Resch sollte recht behalten, den NS sollten die Versäumnisse der Amstettner Kommunalpolitik zum großen Vorteil gereichen.⁴⁹

Ein Ergebnis der Gemeinderats- einschließlich der Bürgermeisterwahl 1924 kann jedenfalls vorausschauend festgehalten werden: Die Wahl von Resch zum Kompromisskandidaten durch Losentscheidung 1924 und die Wiederwahl bei der Gemeinderatswahl 1929 brachten durch seine besonnene Politik mit starken deutschliberalen Akzenten, aber vorwiegend sachpolitischen Prioritäten in den nächsten zehn Jahren den unter dem Einfluss der NSDAP „Hitlerbewegung“ immer radikaler agierenden NS innerhalb des „deutsch-„völkischen“ Lagers parallel zum allgemeinen Trend in diesem politischen Spektrum besonders in der Stadt Amstetten einen auffallend großen Zulauf, der sich ab Beginn der 1930er Jahre noch verstärken sollte.



Städtisches E-Werk, „Schatz und Reichtum“ für die Stadtgemeinde, wiedergegeben auf einer Amstettner Ansichtskarte „Gruß aus Amstetten“, permanentes Streitobjekt zwischen Stadt und Land. (Bild 13A1)

4.2.3. Gemeinderatswahl 10. November 1929

Es gab damals bereits Einheitsparolen für die Bürgerlichen, nämlich grundsätzlich nur bürgerlich nach ihrer Parteizugehörigkeit zu wählen und keine Stimmer den Sozialdemokraten zu geben, was vorher schon noch üblich war, weil die Lager noch nicht hermetisch abgegrenzt bzw. abgeriegelt waren,

⁴⁹ AZ 51 v. 21.12.1924, S. 1-2.

sodass Wechselwähler möglich waren. Erst bei der Nationalratswahl 1927 gab es eine bürgerliche Einheitsliste, 1930 ebenfalls, aber nicht mehr geschlossen (der Heimatblock hatte eine eigene Liste). Bei der Gemeinderatswahl 1929 kandidierten die Bürgerlichen nicht mit einer Einheitsliste wie 1924, sondern getrennt. Die seit 1926 bestehende Spaltung der NS in zwei Fraktionen spiegelte sich in der besonderen politischen Situation bei der Gemeinderatswahl vom 10. November 1929 wider. In Amstetten beleuchtet die Gemeinderatswahl vom 10. November 1929 zusätzlich die besonderen politischen Verhältnisse, wie sie aufgrund der Sozial- und Berufsstruktur einer Kleinstadt geprägt wurden. Das Charakteristikum dieser letzten demokratischen Gemeinderatswahl der Ersten Republik 1929 war, dass die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ und nationalsozialistischen Gruppierungen der Schulz/Riehlgruppe und der NSDAP „Hitlerbewegung“, untereinander gespalten, ein Wahlbündnis schlossen und gemeinsam auf einer „Einheitsliste“ kandidierten, somit vorerst im Wahlkampf gegen die zweite große bürgerliche Gruppierung, die Christlichsozialen, die gemeinsam mit der Heimwehr, dem „Heimatblock“, und dem deutschnationalen „Landbund für Österreich“ eine Wahlgemeinschaft bildeten, antraten. Die NSDAP „Hitlerbewegung“ hätte nicht kandidieren dürfen, weil sich die Hitleranhänger in der NS-„Bewegung“ verpflichtet hatten, keine Wahlgemeinschaften einzugehen. Sie hatte aber einen Weg gefunden. Die NS-„Bewegung“ der Hitleranhänger, die ständig unter Erfolgszwang stand, hatte sich zu diesem Zeitpunkt einer noch nicht geklärten Linie innerhalb der NS bei einer Alleinkandidatur wenig Chancen ausgerechnet, was durch das Wahlergebnis der Nationalratswahl 1927 für die NS-Partei, die mit dem Parteinamen „Völkischsoziale“ allein kandidiert hatte, bestätigt wurde. Der Konflikt war bereits seit der Nationalratswahl 1927 in der Stadt ausgetragen worden, weil die NSDAP „Hitlerbewegung“ damals gegen die Schulz/Riehlgruppe allein angetreten war und in der Stadt nur 110 Stimmen bekommen hatte.⁵⁰ Diese Tatsache lässt Rückschlüsse auf den Zustand der Gesamtpartei zu diesem Zeitpunkt zu. Die Spaltung war noch nicht ausgestanden. Wie aber die Kandidatur der „Deutschnationalen“ bzw. Deutsch-„völkischen“ zeigt, dürften damals die führenden Amstettner NS, die Führungsfunktionäre der NSDAP, mit wenigen Ausnahmen bereits in überwiegender Mehrheit im Lager der NSDAP „Hitlerbewegung“ gestanden sein. Bei der Gemeinderatswahl 1929 kam den Hitleranhängern in Amstetten die Angst der Bürgerlichen vor einer erstarkenden Sozialdemokratie entgegen. Die Bürgerlichen mussten, um den Bürgermeister erhalten zu können, Zweckbündnisse schließen, schon vor der Wahl in Form von Wahlgemeinschaften, wenn es schon nicht gelang, eine gesamtbürgerliche Einheits- als Abwehrfront zustande zu bringen. Die Liste der Wahlgemeinschaft aller Deutsch-„völkischen“ hieß „Nationaler Wirtschaftsblock“. Auf dieser kandidierten beide Fraktionen der NS, also auch die Hitleranhänger, wenn auch als Wahlgruppe unter anderem Namen, nämlich als „nationale Gewerbetreibende“. Als eigentliche „Nationalsozialisten“ traten nur die Angehörigen der Schulz/Riehlgruppe auf. Es scheint,

⁵⁰ Zur Nationalratswahl 1927 s. I.3.

dass es für die Hitleranhänger nicht wirklich Prinzipien gab, wenn sie auf diese Weise ihre grundsätzlichen Richtlinien umgingen, also ebenfalls einem politischen Pragmatismus bzw. Opportunismus huldigten.

Folgende Listen kandidierten bei der Gemeinderatswahl 1929:⁵¹

- „1. Christlicher Volks- und Wirtschaftsblock der vereinigten Christlichsozialen Partei, Gewerbetreibender, Hausbesitzer und des Landbundes
2. Nationaler Wirtschaftsblock (Wahlgemeinschaft der Großdeutschen Volkspartei, der NSDAP und der Nationalen Gewerbetreibenden)
3. Sozialdemokratische Partei“.

Die christlichsoziale Liste wurde vom Landtagsabgeordneten und Vizebürgermeister Hans Höller angeführt, der Nationale Wirtschaftsblock von Bürgermeister Ludwig Resch, die Liste der Sozialdemokraten von Vizebürgermeister Anton Ackerl. Nur die SDAP hatte Kandidatinnen an wählbarer Stelle: Landtagsabgeordnete Kathi Graf und Marianne Köttl.

Den neunten und zehnten Listenplatz des „Christlichen Volks- und Wirtschaftsblocks“ hatten die Exponenten der Heimwehr Dr. Alberti und Josef Wallner inne, die hier noch mit den Christlichsozialen vereint waren. Ein Jahr kandidierten sie bei der Nationalratswahl 1930 gegeneinander.

Die bürgerlichen Gruppierungen insgesamt kandidierten getrennt mit folgender Begründung: „Die bürgerlichen Parteien konnten zu einer vollkommenen Einigung nicht gelangen und ziehen mit 2 Einheitslisten in den Wahlkampf.“ Die Heimwehr kandidierte „in weit größerem Ausmaß auf der Liste des „christlichsozialen Wahlbündnisses, „die kaum etwas anderes ist als das Chargenverzeichnis der Amstettener Heimwehr“, der „Jünger Steidles, Pabsts und Pfrimers“. Damals finden sich noch getrennt- die „Deutschnationalen auf der Christlichen Liste“, aber auch auf der Liste des „Nationalen Wirtschaftsblocks“.

Es wurde vonseiten der Sozialdemokraten in der „EW“ heftige Kritik am christlichsozialen Wahlbündnis und grundsätzlich an „den 2 Einheitslisten“ geübt, besonders an dem alten Gegner, der christlichsozialen Partei, „die sich offenbar selbständig gar nicht mehr zu kandidieren getraut“.⁵² Sooft wie vor dieser Gemeinderatswahl wurden die Kandidaten in den Lokalblättern niemals vorher vorgestellt.⁵³ Treffend wurde in der „AZ“ vom 26. Oktober 1929 in einer prognostischen Einschätzung

⁵¹ Die wahlwerbenden Kandidaten der Gemeinderatswahl 1929 wurden in der „AZ“ auffallend oft präsentiert. AZ 43 v. 26.10.1929, S. 3.

⁵² EW 43 v. 25.10.1929, S. 9.

⁵³ AZ 42 v. 19.10.1929, S. 3 Gemeinderatswahlen, Wahlvorschläge; AZ 43 v. 26.10.1929, S. 3 Liste der Kandidaten mit Namen und Beruf; AZ 44 v. 2.11.1929, S. 3 Liste der Kandidaten;

des Wahlergebnisses die Situation der Bürgerlichen erfasst. Dieses Lager rückte trotz oder auch wegen seiner partiellen ideologischen Berührungstellen in der Abgrenzung und im Abwehrkampf gegen die Sozialdemokraten zusammen. Die Gesamttendenz aber wurde falsch eingeschätzt: „Das Verhältnis der parteilichen Zusammensetzung des Gemeinderates, besonders zwischen den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Kandidaten, wird wohl keine starke Veränderung erfahren, bloß werden sich die Listen des christlichsozialen Volks- und Wirtschaftsbundes und des nationalen Wirtschaftsblocks Konkurrenz machen.“⁵⁴

Die Wahlveranstaltungen bringen ein Bild der politischen Auseinandersetzung. Aus der Berichterstattung über die zahlreich abgehaltenen Wahlveranstaltungen der NSDAP sind die angeschlagenen Themenschwerpunkte ersichtlich, die kontinuierlich, sich wenig in ihren Kernbereichen verändernd, von der Gemeinderatswahl 1919 bis zu der Gemeinderatswahl 1929 nachzuweisen sind. Es fällt auf, dass gerade in der bürgerlichen, mit den NS sympathisierenden „AZ“ jedes Mal umfangreicher deren Wahlaufrufe präsentiert wurden.⁵⁵ Obwohl ein Großdeutscher die vorangegangene Legislaturperiode Bürgermeister gewesen war, waren die Vorstellungen des christlichsozialen Regierungsprogramms bestimmend gewesen. Als Kompromisskandidat hatte er seine ideologisch-politischen Vorstellungen nicht oder nur ansatzweise durchsetzen können.

Sicherlich konnte man sich auch auf die „bisherige Arbeit“ berufen. In einem „Wahlaufruf Nationaler Wirtschaftsblock“, der in der „AZ“ vom 9. November 1929 aufschien, wurde übereinstimmend für Bürgermeister Resch geworben. Das politische Schwerpunktprogramm der Wahlgemeinschaft des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ und nationalsozialistischen Lagers in den Wahlaufrufen zur Gemeinderatswahl 1929 wies nicht nur auf eine Weiterführung der bisherigen Alternativ- und Verbesserungsvorschläge in der Kommunalpolitik hin, wie sie dieses politische Lager kontinuierlich gefordert hatte. Besonders auffallend bemühte man sich auch um ein Ansprechen breiterer gesellschaftlicher Zielgruppen, eine Programmatik, die auf die zunehmende Konkurrenz durch die NSDAP „Hitlerbewegung“ zurückgehen dürfte. Die berufssoziale Zuordnung der Kandidaten dieser Wahlgemeinschaft zeigt ebenfalls die stark verbreiterte gesellschaftliche Basis. In den Wahlaufrufen dieses Lagers beherrschte das Wirtschaftsressort die Themenliste, vor allem da gerade die Vertreter dieses Lagers die Kompetenzen für die Wirtschaftssektion im Gemeinderat beanspruchten.

Außerdem betonten sie immer den Alleinvertretungsanspruch der selbständigen Gewerbetreibenden gegenüber der Christlichsozialen Partei als der „alten“ Gewerbepartei, wobei ihnen die

AZ 45 v. 9.11.1929, S. 5 Wahlwerber der Christlichsozialen Partei: Christlicher Volks- und Wirtschaftsbund und Nationalsozialisten; AZ 43 v. 26.10.1929, S. 3 Die wahlwerbenden Kandidaten der Gemeinderatswahl 1929.

⁵⁴ AZ 43 v. 26.10.1929, S. 3.

⁵⁵ AZ 44 v. 2.11.1929, S. 3 Aufruf der Nationalsozialisten; AZ 44 v. 2.11.1929, S. 8 Wählerversammlungen zu den Gemeinderatswahlen; AZ 45 v. 9.11.1929, S. 5 Wählerversammlung der Nationalsozialisten ‚Eine Wählerversammlung national!‘; AZ 45 v. 9.11.1929, S. 7 Aufruf des Nationalen Wirtschaftsblockes.

deutschnationale Ausrichtung dieses Berufsstandes in der Stadt entgegenkam. Diese Tatsache manifestierte sich in der zunehmenden Aufspaltung der Gewerbetreibenden der Stadt in zwei Lager, in das christlichsoziale und das deutsch-„völkische“. Das politische Programm des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ umfasste folgende Schwerpunkte, die auch als kommunalpolitische Erfolge beansprucht wurden: den Ausbau der Wasserleitung, des Krankenhauses und des E-Werks. Für „die nächsten Jahre“ wurden die „Behebung der Wohnungsnot“, weil hier „nichts geschehen“ sei, die „rascheste Fertigstellung des Krankenhauses, der Bau einer neuen Hauptschule für Knaben und Mädchen, die Vergrößerung des Schwimmbades, die Pflege des Straßenverkehrs (Pflasterung, Bekämpfung der Staubplage und entsprechende Beleuchtung)“ in Aussicht gestellt.



Hauptplatz Bub mit Schubkarren, keine Beleuchtung, altes Rathaus, 1885. (Bild 14)

Diese Projekte sind mit dem kommunalpolitischen Forderungsprogramm der NS nach dem „Anschluss“ völlig identisch. Zu den weiteren Versprechungen gehörten die „Lösung der Verkehrsfragen, die den wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt immer mehr beeinflussen, die Förderung von Handel und Gewerbe durch Vergebung öffentlicher Arbeiten an die heimische Geschäftswelt“. Die „Erhaltung der Industrien, wie des Metallwerks, und des Heizhauses wegen ihrer außerordentlichen wirtschaftlichen Bedeutung“ gehörten ebenfalls zum Wahlprogramm. Zuletzt durfte Folgendes nicht fehlen: „die Förderung aller Bestrebungen, die auf die körperliche und geistige Ertüchtigung unseres Volkes hinwirken“.⁵⁶ Die Situation für die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ und nationalsozialistischen Gruppierungen war sehr unterschiedlich gegenüber früheren Gemeinderatswahlen, weil die NSDAP „Hitlerbewegung“ bereits eine sehr starke

⁵⁶ AZ 45 v. 9.11.1929, S. 7.

Sogwirkung gehabt haben dürfte und viele damals noch auf deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Listen kandidierende Mandatare kurze Zeit später aufseiten der NS, der NSDAP „Hitlerbewegung“ aufscheinen, was von deren Ausstrahlung und Durchschlagskraft zeugt.

4.2.3.1. Wer gehörte später zu den Nationalsozialisten?

Kandidatenliste Christlicher Volks- und Wirtschaftsbund, 43 Kandidaten
Zuordnung⁵⁷

1. Höller Hans, Vizebürgermeister u. Abgeordneter	+
2. Sieder Hans, Bäckermeister	+
3. Brat Franz, Photograph	+
4. Kozak Hans, Bundesbahnbeamter	+
5. Haydn Florian, Oberstraßenmeister	+
6. Gschliffner August, Kleinbauer	*
7. Pils Johann, Obmann des Hausbesitzervereines	+
8. Gollonitsch Franz, Obmann des christlichen Arbeitervereines	+
9. Dr. Alberti Albrecht, Rechtsanwalt	*
10. Wallner Josef, Sägewerksbesitzer	+
11. Sengtschmied Florian, Schlossermeister	+
12. Ing. Mayrhofer Leopold, Zivil-Ing. f. B., Zivilgeometer u. Baumeister	+
13. Teichmann Karl, Platzmeister	+
14. Haslinger Anton, Landwirt	+
15. Bill Karl, Landwirt	+
16. Weis Karl, Bäckermeister	+
17. Dr. Ginner Karl, prakt. Arzt	+
18. Mayerhofer Josef, Hausbesitzer	+
19. Danner Josef, Landwirt	+
20. Scholz Franz jun., Oberrevident	+
21. Eder Karl, Bauarbeiter	+
22. Kogler Franz, Schuhmachermeister	+
23. Wawrowetz Richard, Baumeister	*
24. Hintermayer Karl, Buchhalter	+
25. Dollfuß Leopold, Gastwirt	+
26. Schmiedek Maria, Präsidentin der kath. Frauenorganisation	+
27. Rapp Wilhelm, Bezirkssekretär	+
28. Kicking Hans, Gastwirt	+

⁵⁷ Die politische Zuordnung: zum damaligen Zeitpunkt NS bzw. NS-Sympathisant und/oder später NS: *

Großdeutscher: **

Christlichsozialer: +

Unbekannt: ?

Die Heimwehruzugehörigkeit wurde hier nicht berücksichtigt, die Kandidaten der Heimwehr hatten gemeinsam mit den Christlichsozialen kandidiert.

29. Kainmüller Johann, Eisenbahner	+
30. Neuwirth Josef, Delikatessenhandlung	+
31. Ehgartner Andreas, Hausbesitzer	+
32. Deisenberger Anton, Eisenbahner	+
33. Träxler Katharina, Beamtin	+
34. Bercic Franz, Eisenbahner i. P.	+
35. Schindler Johann, Kaufmann	*
36. Fuchs Leopold, Hausbesitzer	+
37. Winninger Roman, Sattlermeister	+
38. Scheiblauber Leopold, Metallarbeiter	+
39. Aigner Norbert, Mechaniker	*
40. Peuler Josef, Straßenwärter	+
41. Wansch Otto, Kleinbauer	+
42. Mundigler Otto, Beamter	*
43. Brunner Johann, Hausbesitzer und Weinhändler	*

Kandidatenliste „Nationaler Wirtschaftsblock“ 37 Kandidaten
Zuordnung⁵⁸

1. Ludwig Resch, Oberlehrer i. R., Bürgermeister	**
2. Hermann Kolar, Postoberoffizial	*
3. Josef Gruber, Wagnermeister, Sparkassendirektor	*
4. Mag. Wolfgang Mitterdorfer, Apotheker	*
5. Emil Korner, Kaufmann	*
6. Wilhelm Grunert, Rechnungsrat	*
7. Richard Pazelt, Mechaniker	*
8. Paul Pawlik, Lokomotivführer	?
9. Dr. Ferdinand Silewinaz, prakt. Arzt	*
10. Hans Preisegger, Drogist	?
11. Josef Arzberger, Assistent der BB i. R.	*
12. Franz Sattlecker, Bauamtsleiter	*
13. Josef Schimek, Maurermeister	+
14. Alois Hofbauer, Kanzleioffizial	+
15. Dr. Ernst Pfannhauser, Rechtsanwalt	*
16. Stefan Schwarz, Kaufmann	*
17. Leo Loserth, Maschinenmeister	?
18. Edmund Vogl, öffentlicher Notar	+
19. Rudolf Handlos, Kaufmann	*
20. Hans Schönleitner, Industrieangestellter	?
21. Markus Piger, Steueramtsdirektor	*
22. Ferdinand Edelman, Kaufmann	*

⁵⁸ Die politische Zuordnung: zum damaligen Zeitpunkt NS bzw. NS-Sympathisant und/oder später NS: *

Großdeutscher: **

Christlichsozialer: +

Unbekannt: ?

23. Ludwig Kuttelwascher, Postadjunkt	*
24. Josef Haydn, Sekretär	+
25. Adolf Habiger, Friseur	?
26. Franz Kern, Verschieber	?
27. Rudolf Neumann, Oberoffizial i. R.	?
28. Josef Geyrhofer, Schmiedemeister	+
29. Alexander Reichert, Güterkassenführer	?
30. Franz Farveleder, Finanzrevident	*
31. Dominik Fraunbaum, Gastwirt	*
32. Johann Grotz, Magazinmeister	?
33. Rudolf Geyrhofer, Tapezierer	*
34. Karl Wallner, Wagenschreiber	?
35. Gustav Fuchs, Cafetier	*
36. Rudolf Greiner, Tischlermeister	?
37. Johann Sauer, Tischlermeister	?



Amstettner Gemeinderatswahl 1929, Wahlversprechen: Bekämpfung der Staubplage, entsprechende Beleuchtung etc., Hauptplatz 1910 noch nicht asphaltiert, an einigen Stellen gepflastert, eine zentrale Beleuchtung in der Mitte, links die Stadtapotheke Mitterdorfer. (Bild 14A)

Es kann nicht mehr festgestellt werden, wer von den NS-Kandidaten des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ für die Wahlgruppe „NSDAP Schulzgruppe“ (Schulz-/Riehlgruppe) und für die Wahlgruppe „nationale Gewerbetreibende“, hinter der die NSDAP „Hitlerbewegung“ stand, kandidierte. Jedenfalls fällt auf, dass ab dem Zweitgereihten bis zum Siebengereihten, also an sehr chancenreicher Stelle, entweder schon damalige oder spätere NS aufscheinen. Von den wahlwerbenden Kandidaten des „Christlich(en) Volks- und Wirtschaftsbundes“ und des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ waren 17 später nachweislich NS bzw. Mitglieder der NSDAP, außerdem waren sechs bereits zum Zeitpunkt der Gemeinderatswahl 1929 nachweislich NS-Parteimitglieder. Wenn

man die Zusammensetzung der Gemeinderäte des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ nach ihrer politischen Zuordnung analysiert, so hat man, was diesen Teil des Gemeinderats betraf, von insgesamt sieben Mandataren fünf überzeugte NS vor sich, die damals sicher Parteimitglieder waren. Ein besonderer Fall dürfte Wilhelm Grunert gewesen sein. Dieser kandidierte damals auf der Liste der Großdeutschen und erhielt auch ein Mandat. Er übernahm sogar nach dem Ausscheiden Mitterdorfers, der ebenfalls auf dieser Liste erfolgreich war, dessen Stelle eines geschäftsführenden Gemeinderats. Wenn Grunert von der „EW“ NS genannt wird, ist anzunehmen, dass er als solcher auf der Seite der Großdeutschen auf einem sicheren Listenplatz kandidiert hatte. Er dürfte sogar damals die Schulzgruppe (Schulz-/Riehlgruppe) geführt haben, weil ihn die „EW“ als NS besonders hervorhob. Die parteipolitischen Grenzen müssen damals angesichts der Schwäche dieser Gruppe fließend gewesen sein. Nur Ludwig Resch war überzeugter Großdeutscher. Außer Gruber und Grunert, die beide vorher verstorben waren, sollten die restlichen vier NS führende Funktionen nach der NS-Machtübernahme bekleiden.⁵⁹

Kandidatenliste:

Sozialdemokratische Partei

31 Kandidaten (davon bei der 15 Bundesbahn beschäftigt bzw. beschäftigt gewesen, in Amstetten wohnhaft), darunter⁶⁰

1. Ackerl Anton, Vizebürgermeister
7. Daniser Georg, Oberlehrer i. R.
12. Hartinger Josef, Werkmann der BB
14. Augustin Friedrich, Wagenmeister der BB
18. Henrich Karl, Lokführer i.R.
19. Reisinger Johann, Bahnsteigschaffner
23. Golser Peter, Oberschaffner
24. Straßer Franz, Metallarbeiter
25. Soukop Fanz, Schaffner
31. Dultinger Josef, Platzwart

⁵⁹ EW 52 v. 27.12.1929, S. 9; zu Grunert s. I.4.2.3.5, auch I.7.5 und I.8; BHA 210 amtliche Registrierungslisten/Gemeindelisten. Es ist ein rein rechnerisch-formaler Aspekt zu berücksichtigen, nämlich das zugunsten von wahlwerbenden Großgruppen veränderte Kommunalwahlrecht. Dieses neue Kommunalwahlrecht war natürlich ebenfalls eine Aufforderung, schon von vornherein möglichst große wahlwerbende Gruppen zu bilden und Wahlgemeinschaften einzugehen. Zwischen den Gemeinderatswahlen 1924 und 1929 hatte es eine Wahlrechtsveränderung im kommunalen Bereich gegeben, welche gezielt die stimmenstärksten Gruppierungen bei der Verteilung der Mandate begünstigte, also grundsätzlich die Großparteien, aber noch mehr die Wahlgemeinschaften. Die Zahl der Gemeinderäte war von 28 auf 31 aufgestockt worden.

⁶⁰ AZ 46 v. 16.11.1929, S. 1.

4.2.3.2. Das Ergebnis der Gemeinderatswahl 1929 in der Stadt:

Stadt Amstetten⁶¹

Wahlbeteiligung in Stadt Amstetten: 93 %

Wählerzahl: 5573, abgegebene Stimmen: 5227, gültig: 5162, ungültig: 65, davon

Christlichsozialer Wirtschaftsbund: 1645, Nationaler Wirtschaftsbund: 1136,

Sozialdemokratische Partei: 2381

Von den 31 Mandaten erhalten:

Sozialdemokratische Partei: 14

Christlichsozialer Wirtschaftsbund: 10

Nationaler Wirtschaftsbund: 7

Die gewählten Mandatäre

„Christlichsozialer Volks- und Wirtschaftsbund der Vereinigten Christlichsozialen Partei, Gewerbetreibender, Hausbesitzer und des Landbundes“: 10 Mandatäre (Zuordnung durch den Verfasser)⁶²

1. Höller Hans, Vizebürgermeister, Landtagsabgeordneter	+
2. Sieder Hans, Bäckermeister	+
3. Brat Franz, Fotograf	+
4. Kozak Hans, Bundesbahnbeamter	+
5. Haydn Florian, Oberstraßenmeister	+
6. Gschliffner August, Kleinbauer	*
7. Pils Johan, Obmann des Hausbesitzervereines	+
8. Gollonitsch Franz, Obmann des christlichen Arbeitervereines	+
9. Dr. Alberti Albrecht, Rechtsanwalt	*
10. Wallner Josef, Sägewerksbesitzer	+

„Nationaler Wirtschaftsbund (Wahlgemeinschaft der Großdeutschen, Nationalsozialisten und nationaler Gewerbetreibender)“

7 Mandatäre (Zuordnung durch den Verfasser)⁶³

1. Resch Ludwig, Oberlehrer i.R.	**
2. Kolar Hermann, Postoberoffizial	*

⁶¹ Ebenda, S. 1-2.

⁶² Die politische Zuordnung: zum damaligen Zeitpunkt NS bzw. NS-Sympathisant und/oder später NS: *

Großdeutscher: **

Christlichsozialer: +

Unsicher: +/* ?

Unbekannt: ?

⁶³ die politische Zuordnung: zum damaligen Zeitpunkt NS bzw. NS-Sympathisant und/oder später NS: *

Großdeutscher: **

Christlichsozialer: +

Unsicher: +/* ?

Unbekannt: ?

Damals aber waren Mitterdorfer und Grunert Vertreter der Großdeutschen Partei im Gemeinderat.

3. Gruber Josef, Wagnermeister	*
4. Mag. Mitterdorfer Wolfgang, Apotheker	*
5. Korner Emil, Kaufmann	*
6. Grunert Wilhelm, Rechnungsrat	*
7. Pazelt Richard, Mechaniker	*

Schwierig ist die Zuordnung der sieben gewählten Mandatare des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ der Gemeinderatswahl 1929 zu ihren politischen Gruppierungen, für die sie auf der Einheitsliste angetreten waren. Von vornherein klar zuzuordnen sind nur zwei: Ludwig Resch als Großdeutscher und Wilhelm Grunert als NS. Die einzige Quelle, das sozialdemokratische Lokalblatt „EW“, das Rückschlüsse zulässt, nennt drei Mandatare der „Großdeutschen“, drei des „Gewerbebundes“ und einen „Gemeinderat der Nationalsozialisten“, nämlich Wilhelm Grunert, der aber zur Liste der „Großdeutschen“ gehörte. Die restlichen fünf Mandatare sind in ein weiteres großdeutsches Mandat und vier „nationale Gewerbebundsmandate“ aufzuteilen: großdeutsch: Mitterdorfer Wolfgang; „nationaler Gewerbebund“: Kolar Hermann, Gruber Josef, Korner Emil, Pazelt Richard.⁶⁴

Sozialdemokratische Partei: 14 MandatarInnen⁶⁵

1. Ackerl Anton
2. Falk Franz
3. Maurer Jakob
4. Eisel Ludwig
5. Zemanek Thomas
6. Graf „Kathi“
7. Daniser Georg
8. Köttl Marianne
9. Nöbauer Karl
10. Hammer Hans
11. Steueregger Karl
12. Hartinger Josef
13. Vollmar Willibald
14. Augustin Friedrich

Die Nationalratswahl 1930 zeigte dagegen bereits ein ganz anderes Bild. Die allein kandidierenden NS erreichten wieder ihre frühere Stimmenzahl der Wahlen 1919 und 1920. Sie konnten den alten Stimmenstand in der Stadt Amstetten nicht nur wiederherstellen, sondern sogar ausbauen (Nationalratswahl 1920: 307, Nationalratswahl 1927: 115, Nationalratswahl 1930: 345 Stimmen). Innerhalb der Jahre 1929 und 1930 müssen sich die Machtverhältnisse zugunsten der NSDAP

⁶⁴ EW 52 v. 27.12.1929, S. 9; zu Grunert s. oben.

⁶⁵ Alle Mandatare bis auf Graf (Landtagsabgeordneter), Daniser (Oberlehrer i.R.), Nöbauer (Metallarbeiter), Vollmar: (Beamter der Kreiskrankenkassa) waren beruflich bei der Bundesbahn beschäftigt, davon 4 Pensionisten.

„Hitlerbewegung“ geändert haben, also auch innerhalb der Führungsschicht die Funktionäre der „Hitlerbewegung“ die Leitung der NS-Partei übernommen haben, weil es ihnen gelang, das alte Stimmenpotential wieder zu vereinigen. Es ist daher anzunehmen, dass zwischen der Gemeinderatswahl 1929 und der Nationalratswahl 1930 eine weitere Absetzbewegung von der Schulz/Riehlgruppe zu der „Hitlerbewegung“ stattgefunden hatte, vor allem auch von Führungsfunktionären, sodass man sich zu einer erfolgreichen Alleinkandidatur entschließen konnte. Der Stimmungsumschwung bei den potentiellen Anhängern in der Bevölkerung war vollzogen. In der Gemeinderatswahl 1929, wo es vor allem um kommunalpolitische Themenstellungen ging, wollte und musste man aber auf jeden Fall kandidieren, daher scheint dieses Zwischenspiel der Teilnahme an einer Wahlgemeinschaft ein letzter politisch-pragmatischer Kompromiss gewesen zu sein. Aufgrund der gesamtpolitischen Situation hatten die NS Kompromisse bzw. Zugeständnisse an irgendjemanden nicht mehr nötig, im Gegenteil, ihr aggressives Auftreten nahm zu.⁶⁶ Erst das Zusammengehen der beiden bei der Gemeinderatswahl 1929 getrennt antretenden bürgerlichen Gruppierungen in einer Regierungskoalition konnte diesen die Mehrheit in der Stadtregierung gegenüber den Sozialdemokraten sichern. Die politische Situation vor der Gemeinderatswahl 1929 kann daher als Spiegelbild der politischen Gesamtsituation dieser Zeit genommen werden. Doch führten Einigungsversuche in Form von Wahlbündnissen der bürgerlichen Gruppierungen schon vor den Wahlen als Abwehrstellung gegen den erwarteten Aufschwung der Sozialdemokratie nicht zum erwarteten Ergebnis.

Die Sozialdemokratie ging aus dieser Gemeinderatswahl als stimmen- und mandatsstärkste Fraktion hervor, die bürgerlichen Gruppierungen konnten nur durch eine Koalitionsabsprache den Bürgermeister stellen.⁶⁷

⁶⁶ Zu den Übertritten im Herbst 1931 s. I.8.

⁶⁷ Nur in fünf Gemeinden des politischen Bezirks Amstetten erzielten Sozialdemokraten eine absolute Mehrheit: Böhlerwerk, Hausmening, Kematen, Mauer und St. Valentin, in Mauer zum ersten Mal: neun Sozialdemokraten, acht Vertreter der Wirtschaftspartei, Bezirkssekretär der SDAP, Franz Gruber aus Greinsfurth, wurde zum Bürgermeister gewählt. Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 35.



Gasthaus Dominik Fraunbaum in der Würthstraße 16, am 15. März 1927 von Johann Refenner „Gasthaus sowie Holz- und Kohlenhandel und Holzverkleinerung“, übernommen. (Bild 14A)

Die Bürgermeisterwahl musste aufgrund des Wahlergebnisses das – wenn auch vor den Wahlen gescheiterte, so nun doch notwendig gewordene – Zusammengehen aller bürgerlichen Listen herbeiführen, um die erstarkten Sozialdemokraten, die bei weitem stimmenstärkste Partei geworden waren, auszuschalten. Dabei harmonierten die Christlichsozialen, auf deren Liste auch die verschiedenen Heimwehrfraktionen kandidiert hatten, einzigartig mit den Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ und den Nationalsozialisten der verschiedenen Fraktionen, die ebenfalls auf der Liste dieser Wahlgemeinschaft in den Gemeinderat eingezogen waren. Sie mussten aber ihre Zustimmung zum Bürgermeisterkandidaten des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ geben, obwohl sie diesem gegenüber die stimmen- und mandatsstärkere Partei waren. Auch die NS-Mandatare, die sich noch bei der Bürgermeisterwahl anlässlich der Gemeinderatswahl 1924 der Stimme enthalten hatten, stimmten, obwohl sie in ihrer Mehrheit der NS-Fraktion angehörten, der es nicht erlaubt gewesen war, Wahlbündnisse mit anderen politischen Gruppierungen einzugehen, für den deutschnationalen Bürgermeisterkandidaten. Angesichts der für die Bürgerlichen bedrohlichen Situation betreffend die Bürgermeisterwahl haben wahrscheinlich bereits vorangegangene Absprachen aufgrund der Erfahrungen der letzten Bürgermeisterwahl, aber auch bestimmte Zusagen bezüglich Ressorts im neugewählten Gemeinderat durch die christlichsoziale Fraktion ihre Wirkung nicht verfehlt. Folgendes ist hinsichtlich der Bereitschaft der NS einerseits, der Akzeptanz des NS-Lagers durch die christlichsozialen Bürgerlichen andererseits offenkundig: Man hatte sich entschlossen, gemeinsam die Sozialdemokratie auszuschalten: Der Zweck heiligte die Mittel. Die Christlichsozialen hatten einem Kompromiss zugestimmt: der Wahl des bürgerlichen Kandidaten aus dem großdeutschen Lager zum Bürgermeister gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie trotz

bedeutender Stimmenunterlegenheit dieser deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Fraktion. Es dürften Querverbindungen zu den auf der Liste der Christlichsozialen kandidierenden Vertretern der deutschfaschistischen Heimwehr und deren Einfluss eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt haben. Realpolitisch bot dieses Zusammengehen aller Bürgerlichen trotz unüberwindlich geglaubter ideologischer Barrieren gegenüber der Sozialdemokratie die einzige Möglichkeit, deren Ansprüche zu vereiteln. Die Bürgermeisterwahl in Amstetten fand, wie nach den vorangegangenen Wahlabständen nicht anders zu erwarten, am 29. November 1929 ohne irgendwelche Schwierigkeiten statt. Der Ablauf der Bürgermeisterwahl sah folgendermaßen aus: Von den gewählten 31 Gemeinderatsmitgliedern waren 30 bei der Sitzung anwesend, und zwar 13 von der sozialdemokratischen Partei (dass die Landtagsabgeordnete Graf abwesend war, bestätigt den bereits formalen Charakter der abgesprochenen Wahl, ganz im Gegensatz zur Bürgermeisterwahl 1924), 19 des Christlichsozialen Volks- und Wirtschaftsbundes, sieben des Nationalen Wirtschaftsblocks. Die „AZ“ bemerkte zur Abwesenheit der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten: „Käthe Graf war abwesend, weil klar war, daß die beiden bürgerlichen Parteien gemeinsam stimmen würden und deshalb ihre Stimme kein ausschlaggebendes Gewicht haben würde.“

Mit 17 Stimmen von den gewählten 31 Gemeinderatsmitgliedern wurde Ludwig Resch wieder gewählt, Anton Ackerl erhielt 13 Stimmen. Die bisherige Anzahl von acht geschäftsführenden Gemeinderäten wurde auf neun erhöht, und zwar vier aus der Sozialdemokratischen Partei, drei vom Christlichen Volks- und Wirtschaftsbund und zwei vom Nationalen Wirtschaftsblock. Gewählt wurden hier: Ackerl, Daniser, Eisel, Falk, Höller, Alberti, Haydn, Gruber, Mitterdorfer. Mit „Genehmigung der Landesregierung wurden wie bisher 2 Vizebürgermeister gewählt“, obwohl „für Amstetten nur 1 Vizebürgermeister zu wählen wäre“: Anton Ackerl „mit 23 Stimmen“, Hans Höller „mit 17 Stimmen“. Die einzelnen Sektionen im Amstettner Gemeinderat zeigen mit ihrer parteipolitischen Zuordnung eine Momentaufnahme der kommunalen Parteipolitik: Alle bürgerlichen Gruppierungen und die Sozialdemokraten arbeiteten zu diesem Zeitpunkt noch in den einzelnen Sektionen zusammen. Es dürfte insgesamt doch ein hoher Preis von den Christlichsozialen bezahlt worden sein. In der konstituierenden Gemeinderatssitzung am 29. November 1929 wurde vieles klar: Es wurde die Wahl der Mitglieder der einzelnen Kommissionen vorgenommen. Die Vertreter des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ hatten für sich auch geschäftsführende Gemeinderäte und außerdem einen Teil der Gemeindereferate bzw. -sektionen ausbedungen, wo sie in einzelnen Sektionen eine intensive und für ihre Öffentlichkeitsarbeit günstige Tätigkeit entfalten konnten. Es folgte auf diese offensichtliche Absprache der Bürgerlichen zwecks Ausschaltung der siegreichen Sozialdemokratie eine Konfliktsituation im Gemeinderat. Man konnte nicht erwarten, dass die Sozialdemokratie, die

das Bürgermeisteramt als stimmen- und mandatsstärkste Partei für sich reklamierte, nicht reagieren würde.⁶⁸

Die Gemeinderatswahl 1929 hatte auch Auswirkungen auf die parteipolitische Zuordnung der Obmänner und der Mitglieder der einzelnen Sektionen. Die Unterstützung der Vertreter des „Nationalen Wirtschaftsblocks“, besonders der NS, für Ludwig Resch bei der Bürgermeisterwahl hatte die Erhöhung der Zahl ihrer Mitglieder in den einzelnen Sektionen zur Folge.

Bausektion: Florian Haydn, Obmann (christlichsozial); Mitglieder: 4 sozialdemokratische, 2 christlichsoziale, darunter August Gschliffner, und 2 „nationale“ Gemeinderäte: Josef Gruber, Wilhelm Grunert.

Elektrizitätssektion: Franz Falk, Obmann (sozialdemokratisch); 3 sozialdemokratische, 3 christlichsoziale, darunter Hans Sieder, und 2 „nationale“ Gemeinderäte: Hermann Kolar, Richard Pazelt.

Finanz- und Rechtssektion: Dr. Alberti Albrecht, Obmann (christlichsozial); 4 sozialdemokratische, 2 christlichsoziale, Hans Sieder und Josef Wallner, und 2 „nationale“ Gemeinderäte: Emil Korner, Wilhelm Grunert.

Krankenhaus: Hans Höller, Obmann (christlichsozial); 4 sozialdemokratische, 2 christlichsoziale, darunter Hans Sieder, und 2 „nationale“ Gemeinderäte: Emil Korner, Mag. Wolfgang Mitterdorfer.

Personal: Georg Daniser, Obmann (sozialdemokratisch); 3 sozialdemokratische, 3 christlichsoziale, darunter Hans Sieder, und 2 „nationale“ Gemeinderäte: Richard Pazelt, Wilhelm Grunert.

Polizei: Anton Ackerl, Obmann (sozialdemokratisch); 3 sozialdemokratische, 3 christlichsoziale, darunter Alberti Albrecht und Josef Wallner, 2 „nationale“ Gemeinderäte: Emil Korner, Hermann Kolar.

Sanität: Ludwig Eisel, Obmann (sozialdemokratisch); 3 sozialdemokratische, 3 christlichsoziale und 2 „nationale“ Gemeinderäte: Richard Pazelt, Hermann Kolar.

Sparkasse: Josef Gruber, Obmann („national“); 3 sozialdemokratische, 2 christlichsoziale Gemeinderäte.

Wirtschaft: Mag. Wolfgang Mitterdorfer, Obmann („national“); 4 sozialdemokratische, christlichsoziale, darunter August Gschliffner und Josef Wallner, und 1 „nationaler“ Gemeinderat: Josef Gruber.

Wehrzuwachsabgabe: ohne Obmann; 2 sozialdemokratische, 2 christlichsoziale, darunter August Gschliffner, und 1 „nationaler“ Gemeinderat: Wilhelm Grunert.

Rechnungsprüfer: ohne Obmann; 2 sozialdemokratische, 2 christlichsoziale und 1 „nationaler“ Gemeinderat: Wilhelm Grunert.

Die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse schienen erleichterten einerseits die Arbeit des Bürgermeisters zu erleichtern, andererseits verstärkte die Anwesenheit von je zwei Vertretern der Heimwehr und der NSDAP die Polarisierung. Die Sozialdemokraten, mit denen Resch zusammenarbeiten wollte und die diese Tatsache auch anerkannten, standen in scharfem Gegensatz vor allem zu den beiden Heimwehrvertretern Dr. Albrecht Alberti und Josef Wallner, die auf der

⁶⁸ AZ 48 v. 30.11.1929, S. 6; AZ 49 v. 7.12.1929, S. 5.

christlichsozialen Liste kandidiert hatten. Das Verhältnis des Bürgermeisters zur Heimwehr war distanziert.

Sozialdemokraten fanden sich mit Resch als Bürgermeister ab, sie sahen in ihm einen „anständigen und verständigen Mann mit europäischen Umgangsformen“. Höller akzeptierten sie aber nicht. Sie betrachtete ihn als ihren schärfsten Gegner, dem sie als Heimwehrführer Mitverantwortung für die Affäre um das Zeillerner Erholungsheim anlasteten. Als dieser am 14. Februar 1930 in Abwesenheit von Resch den Vorsitz in einer Gemeinderatssitzung übernehmen wollte, verließen die sozialdemokratischen Gemeinderäte den Sitzungssaal.⁶⁹

In den Ausschüssen war die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den NS und natürlich auch mit den Christlichsozialen bzw. der Heimwehr notwendig. Auch die unter den verschiedenen Gemeinderatsfraktionen aufgeteilten Ausschussvorsitze mussten zu Spannungen geführt haben, die allein schon in den verschiedenartigen Ideologien lagen, die die jeweils zugehörigen Sektionsmitglieder vertraten. Die Präsenz der NS bzw. der zukünftigen NS war zahlenmäßig stark. Sie hatten ihre Positionen in öffentlichkeitswirksamen Bereichen. Für sie sehr fördernd war die Tatsache, dass über ihre kommunalpolitischen Aktivitäten in den dem deutsch-„völkischen“ Lager nicht abgeneigten Lokalzeitungen, besonders der „AZ“, aber auch überraschenderweise in den eher dem christlichsozialen bzw. Heimwehrlager zuzurechnenden „AN“ ständig berichtet wurde. Dort fanden sie willfährige Sprachrohre, wie den jeweiligen sehr ausführlich gestalteten Berichten über stattgefundene Gemeinderatssitzungen zu entnehmen ist.⁷⁰ Besonders benachteiligt fühlten sich die Sozialdemokraten, wie sie selbst betonten, auch durch das System bei der Errechnung der ihnen zustehenden Mandate. Trotz der Stimmengewinne hatten sie einen Mandatsverlust, während die bürgerliche Partei trotz der Stimmenverluste gemeinsam Mandatsgewinne (2) zu verzeichnen hatte. „Verschärfte Lage im Amstettner Gemeinderat“, titulierte die „EW“ vom 27. Dezember 1929 ihren Artikel über diese spannungsgeladene Situation: „Seit dem Umsturz haben die Sozialdemokraten 3 Gemeinderatswahlen geschlagen, noch nie so einen großen Anteil an Wählerstimmen der Gesamtwählerschaft für ihre Ziele gewonnen wie am 10. November 1929. Aber die Tücke der Mandatserrechnung hat unseren Gegnern optisch einen kleinen Erfolg bei der Verteilung der Mandate gebracht.“ Die Sozialdemokraten konnten Anteil an den Gesamtstimmen „zwar nur um 2 % auf 46 %“ steigern, die sie den „bürgerlichen Parteien“ abgenommen hatten. Diese hatten „nur mehr 54 % statt 56 %“. Sie besaßen „also allein mehr als die Hälfte der gültigen Wählerstimmen der Stadt Amstetten“. „46 % sind 2380 ‚rote‘ Stimmen.“ Aber diese „stellen eine ganz besondere Minderheit dar, während die Mehrheit künftig aus 6 Parteien zusammengekleistert ist, deren jede ihre eigenen Ziele und Sonderwünsche hat. (...) Die drei Parteien des Christlichen Volks- und Wirtschaftsbundes

⁶⁹ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 35.

⁷⁰ S. dazu AZ und AN 1929-1932.

haben gemeinsam 1646 Stimmen aufgebracht, um ein schwaches Drittel schwächer als die Sozialdemokraten. Die drei Parteien des ‚Nationalen Blocks‘ haben gemeinsam 136 Stimmen aufgebracht, besitzen zu Dritt nicht einmal die Hälfte der sozialdemokratischen Stärke.“

Die 31 Mandate verteilten sich auf sieben Parteien:

Sozialdemokraten:	14 (früher 15)
Christlichsoziale:	8
Landbund:	1
Hausbesitzer:	1
Großdeutsche:	3
Gewerbebund:	3
Nationalsozialisten:	1

Summe: 17 (früher 15)

Die Sozialdemokraten hatten „trotz Betriebsstillegungen und Arbeiterabwanderungen“ zu den 2032 „roten“ Stimmen, welche sie im Jahre 1924 erhalten hatten, am 10. November 1929 „noch 348 Stimmen neu dazu gewonnen“. Es fehlten „auf die absolute Mehrheit nur mehr 202 Stimmen“. ⁷¹

⁷¹ EW 52 v. 27.12.1929, S. 9.

5. Die Präsenz der NS am Beispiel der Wahl von Mandataren und der Bestellung von Funktionären in verschiedene Interessensvertretungen in den einzelnen Gerichtsbezirken

Die Ergänzung der Wahlen von Mandataren und Bestellungen von Funktionären in Interessensvertretungen in den einzelnen Gerichtsbezirken bestätigen die in Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen aufgezeigten Tendenzen, weisen spezifisch auf einzelne Gesellschaftsschichten bzw. Berufsgruppen und ihre parteipolitische Repräsentanz hin. Vor allem die Präsenz des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers bzw. der NS wird besonders berücksichtigt. Es muss aber unterschieden werden zwischen einerseits direkten Wahlen in einzelne Gremien wie in die Bezirksbauernkammern und zur Erstellung des Betriebsrats, und andererseits der personellen Besetzung bestimmter Körperschaften, wo die Umlegung der Landtagswahlergebnisse die proportionmäßige Zusammensetzung durch Ernennung einzelner parteizugehöriger Vertreter als Funktionäre den Einfluss der jeweiligen Partei absicherte. Die tabellarische Zusammenstellung eine Übersicht über die jeweiligen politischen Verhältnisse.

5.1. Wahlen in die Landwirtschaftskammern

Wahlen in die Landwirtschaftskammern am 28. Mai 1922

Landwirtschaftskammern am 10. April 1927

Landwirtschaftskammern am 17. April 1932¹

5.1.1. *Wahlwerbende Gruppierungen*

Die für die Landwirtschaftskammern vom 28. Mai 1922 kandidierenden politischen Gruppierungen bzw. Listen:

1. Sozialdemokraten
2. Bauernbund
3. Großdeutscher Hauer- und Bauernbund²

Die für die Landwirtschaftskammern vom 10. April 1927

kandidierenden politischen Gruppierungen bzw. Listen:

1. Verband der Kleinbauern, Weinbautreibenden und Kleinpächter Österreichs (Sozialdemokraten)

¹ Die Wahlergebnisse in den einzelnen Gerichtsbezirken bestimmten die Zusammensetzung der jeweiligen Bezirkslandwirtschaftskammer (1922 und 1927) bzw. Bezirksbauernkammer (1932) in jedem Gerichtsbezirk. Die Summe der Stimmen für die einzelnen wahlwerbenden Listen für den politischen Bezirk bestimmte die Mandatare für die Landwirtschaftskammer Niederösterreich.

² ABl. BHA Nr. 22 v. 28. Mai 1922, S. 93

Wahl in die Landwirtschaftskammern am 28. Mai 1922; s. auch AZ 24 v. 11.6.1922, S. 4.

2. Nö. Bauernbund
3. Landbund
4. Großdeutscher Hauer- und Bauernbund³

Die für die Bezirksbauernkammern vom 17. April 1932 kandidierenden politischen Gruppierungen bzw. Listen:⁴

1. Verband der freien Arbeitsbauern Österreichs
2. Nö. Bauernbund
3. Ständische Bauernvereinigung (Landbund)
4. Deutscher Hauer- und Bauernbund (Großdeutsche)
5. Ständeliste des Heimatschutzes
6. Nationalsozialistische Bauernschaft

Tabelle 1⁵

Gerichtsbezirk Amstetten: 21 Gemeinden (einschließlich der Stadt Amstetten)

³ ABl. BHA Nr. 16 v. 16.4.1927, S. 74-77

Wahl in die Landwirtschaftskammern am 10. April 1927.

⁴ ABl. der BHA Nr. 17 v. 23.4.1932, S. 69-71

Wahl in die Landwirtschaftskammern am 17. April 1932

Im Amtsblatt vom 9. April 1932 hatte die Liste der für die Bezirksbauernkammern vom 17. April 1932 kandidierenden politischen Gruppierungen anders ausgesehen:

1. Nö. Bauernbund
2. Ständeliste des Heimatschutzes
3. Ständische Bauernvereinigung (Landbund)
4. Nationalsozialistische Bauernschaft (zum ersten Mal selbständige Kandidatur einer eigenen NS-Bauernliste)
5. Verband der freien Arbeitsbauern Österreichs

Sie musste korrigiert werden, wie aus dem Amtsblatt vom 23. April 1932 (s. oben) ersichtbar ist.

ABl. BHA Nr. 15 v. 9.4.1932, S. 54-55

Wahl in die Bezirksbauernkammern vom 17. April 1932

vgl. Reihenfolge auf der Ergebnisliste:

Nationalsozialistische Bauernschaft

Verband der freien Arbeitsbauern Österreichs

Ständeliste des Heimatschutzes

Ständische Bauernvereinigung

Deutscher Hauer- und Bauernbund

N.Ö. Bauernbund.

⁵ Tabellarische Zusammenstellung nach Gerichtsbezirken/Bezirksbauernkammern, in der oben genannten Reihenfolge gemäß kandidierenden Listen, die Reihenfolge der Zahlen entspricht der zeitlichen Abfolge 1922, 1927, 1932 (Ausnahmen: Landbund Kandidatur nur 1927 und 1932, Heimatschutz und NS Kandidatur nur 1932). Die wahlwerbenden Gruppen wurden vom Verfasser zwecks Vergleichs in der Tabelle unten einander begrifflich angeglichen. Es sind die Gemeinden interessant, in denen die deutschnationalen Bauern Mandate erreicht haben. Vor allem soll auch der Zeitpunkt des Eindringens des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gedankenguts in die agrarisch dominierten Gebiete des politischen Bezirks, die Versuche der NS, Stimmengewinne in diesen Gemeinden für sich zu buchen, aufgezeigt werden.

	Wähler			Soz.			Bauernbd.			Landbd.		Großdt.			HeiS	NS
Amstetten	94	96	90	17	16	10	66	62	32	15	6	1	0	0	0	26
Ardagger M.	52	58	57	10	5	3	40	49	45	1	0	1	0	0	7	0
Ardagger St.	85	88	94	0	0	1	72	84	63	2	0	0	0	0	20	1
Euratsfeld	241	269	272	0	1	1	236	247	180	6	5	0	0	0	57	1
Haag Dorf	49	49	58	0	4	5	49	41	18	1	0	0	0	0	30	2
Hausmening	35	34	32	0	1	3	27	22	13	7	1	3	4	0	12	1
Kollmitz-berg	99	118	111	0	2	0	98	97	72	1	0	0	0	0	27	0
Kornberg	109	118	140	0	4	11	89	76	60	14	0	5	1	0	44	6
Mauer b. A.	74	76	86	4	8	14	57	45	38	13	3	11	2	1	21	0
Neuhofen/Y.	46	159	164	0	1	1	111	118	97	23	1	20	0	0	38	2
Oed	30	29	28	0	0	1	25	23	17	6	0	3	0	0	9	1
Öhling	67	67	71	2	1	2	46	54	53	0	0	8	6	0	11	0
Preinsbach	113	114	111	0	4	3	102	101	56	1	2	0	0	0	39	1
Schönbichl	70	64	63	5	5	8	63	51	24	5	1	0	0	0	25	1
Sindelburg	140	151	163	14	1	1	86	94	86	40	2	30	0	0	52	5
Stefanshart	162	184	147	4	0	0	150	172	107	0	0	0	0	0	37	1
Ulmerfeld	30	32	32	4	1	0	18	25	10	0	0	8	6	1	19	1
Viehdorf	128	127	121	1	1	1	123	118	40	1	0	1	0	0	80	1
Wallsee	39	35	44	3	2	2	14	10	16	21	0	20	1	1	19	0
Winklarn	78	84	74	5	13	2	70	64	54	4	0	0	0	0	8	9
Zeillern	219	220	226	1	4	4	205	201	117	4	1	0	0	0	87	1

Gerichtsbezirk Haag: 9 Gemeinden

	Wähler			Soz.			Bauernbd.			Landbd.		Großdt.			HeiS	NSB
Behamberg	149	160	171	0	5	0	146	149	135	0	3	0	0	0	19	2
Ennsdorf	61	64	65	1	6	2	60	54	48	0	0	0	0	0	5	0
Erla	71	93	84	0	7	2	71	64	33	2	0	0	0	0	45	0
Ernsthofen	145	164	178	1	20	11	136	127	126	0	11	0	0	0	6	0
Haag Markt	386	44	46	10	1	0	329	30	18	8	2	30	4	1	19	0
Haag Land	36	53	57	-	9	3	321	30	215	30	19	-	0	0	99	3
Haidershof	209	208	216	1	4	2	192	179	172	11	4	1	0	0	26	0
St. Pantaleon	112	262	110	4	6	8	97	95	76	1	0	0	0	0	19	0

Strengberg	311	262	271	0	5	10	265	184	145	50	25	17	0	0	68	0
Au	-	61	68	-	9	0	-	49	62	3	0	-	0	0	3	0
St. Valentin	279	331	323	3	12	10	264	276	285	2	0	1	0	0	6	2

Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au: 20 Gemeinden

	Wähler			Soz.			Bauernbd.			Landbd.		Großdt.			HeiS	NSB
Abetzberg	42	52	50	0	0	0	42	51	45	0	0	0	0	0	5	0
Aschbach Dorf	44	46	45	4	4	1	39	42	37	0	0	0	0	0	6	0
Aschbach Markt	57	46	57	1	2	1	38	38	31	5	0	11	2	0	21	0
Oberaschbach	71	80	82	0	1	0	71	74	44	1	0	0	0	0	25	0
Biberbach	252	261	262	0	2	4	240	238	202	0	0	0	0	1	14	5
Bubendorf	77	78	75	0	0	0	73	69	54	9	2	0	0	0	15	1
Mitterhausl.	73	76	83	0	0	0	73	66	36	1	1	0	0	0	31	0
N.-Hausl.	59	62	76	0	0	1	52	56	55	5	0	4	0	0	11	0
St. Johann E.	57	63	62	0	0	0	53	55	34	6	1	1	0	0	25	0
Kematen	22	13	8	0	0	3	16	9	3	0	0	5	2	2	0	0
Kürnberg	125	121	123	0	0	0	117	108	110	1	1	0	0	0	2	0
Krenstetten	52	56	61	0	1	0	51	53	42	1	2	0	0	0	10	3
Meilersdorf	64	69	76	1	0	0	56	41	402	12	5	3	0	0	3	1
St. Michael	73	91	96	0	0	0	167	76	51	10	3	0	0	0	27	3
St. Peter Dorf	164	130	131	1	2	0	151	104	100	19	2	0	0	0	20	4
St. Peter Markt	41	44	41	0	0	0	41	38	18	3	0	0	0	5	13	3
Ertl	-	115	123	-	0	0	-	114	111	0	0	-	0	0	20	0
Seitenstetten Dorf	181	194	181	0	0	0	177	187	145	1	1	1	0	0	34	0
Seitenstetten																
Markt	36	40	40	0	2	0	35	33	27	1	0	0	0	0	9	0
Weistrach	288	309	291	0	0	0	251	297	229	1	0	1	0	0	53	6
Wolfsbach	83	80	83	3	0	0	77	71	36	7	9	2	0	0	30	0

Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs: 17 Gemeinden (einschließlich Stadt Waidhofen a.d.Ybbs)

	Wähler			Soz.			Bauernbd.			Landbd.		Großdt.			HeiS	NSB
Allhartsberg	119	139	121	0	4	0	95	125	95	0	0	0	0	0	14	0
St. Georgen	48	53	63	1	8	4	41	36	37	1	0	0	0	0	2	5

Haselgraben	96	94	100	0	0	0	88	92	84	0	0	0	0	0	1	2
Hollenstein	118	134	137	3	6	8	97	115	101	1	1	8	3	0	0	11
Kröllendorf	37	43	41	0	0	1	37	43	33	0	0	0	0	0	4	0
St. Leonhard	114	116	118	0	0	0	112	115	109	0	0	0	0	0	1	0
Maisberg	33	45	41	0	1	0	30	42	34	0	0	1	1	0	1	0
Opponitz	70	83	84	2	14	7	57	55	67	0	0	4	3	0	0	8
Prolling	65	69	64	0	1	0	61	58	56	0	0	0	0	0	0	1
Schwarzenberg	59	58	55	0	0	0	59	55	54	0	0	0	0	0	0	0
Sonntagberg	150	148	158	1	6	2	131	128	123	0	1	10	1	8	7	3
Waidhofen Y. Ldg.	319	311	297	1	5	3	297	286	249	0	2	2	0	0	13	2
Waidhofen Stadt	21	19	12	0	1	0	11	15	5	0	0	8	0	3	0	1
Böhlerwerk	-	9	11	-	1	2	-	8	5	0	0	-	0	0	3	0
Windhag	169	173	191	1	3	1	153	153	172	1	0	2	0	0	0	0
Ybbsitz	34	34	39	0	0	0	18	21	27	1	0	16	11	7	2	2
Zell-Arbz.	14	14	13	0	0	0	11	14	12	0	0	1	1	0	0	0
Zell a.d.Ybbs	5	5	7	0	0	0	5	5	6	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 2⁶

Zusammenstellung der Wahlergebnisse in absoluten Zahlen nach Gerichtsbezirken

1922

	Wähler	Soz.	Bauernb.	Landb.	Heimsch.	Großdt.	NSB
GBZ Amstett.	2060	70	1747	-	-	111	-
GBZ Haag	1652	20	1563	-	-	49	-
GBZ St. Peter	1961	10	1820	-	-	28	-
GBZ Waidh.	1471	9	1303	-	-	52	-

1927

	Wähler	Soz.	Bauernb.	Landb.	Heimsch.	Großdt.	NSB
GBZ Amstetten	2139	74	1754	166		20	-
GBZ Haag	1858	84	1525	107		-	4

⁶ Wähler = Anzahl der Wähler

Soz. = Sozialdemokraten (auch: 1. Verband der Kleinbauern, Weinbautreibenden und Kleinpächter Österreichs, Verband der freien Arbeitsbauern Österreichs)

Bauernbd. = Bauernbund (auch: Nö. Bauernbund)

Landb. = Landbund (auch: Ständische Bauernvereinigung)

Großdt. = Großdeutsche (Deutscher Hauer- und Bauernbund)

HeiS/Heimsch. = Heimatschutz (Ständeliste des Heimatschutzes)

NSB = Nationalsozialisten (Nationalsozialistische Bauernschaft).

GBZ St. Peter	2035	14	1820	92	-	5	-
GBZ Waidhofen	1547	50	1366	4	-	19	-

1932

	Wähler	Soz.	Bauernb.	Landb.	Heimsch.	Großdt.	NSB
GBZ Amstetten	218472	1198	22	668	3	43	
GBZ Haag	1889	38	1315	64	315	1	7
GBZ St. Peter	2068	10	1450	47	374	8	26
GBZ Waidhofen	1552	28	1269	4	48	18	35

Die Mandatsverteilung

Die politische Zuordnung der gewählten Mandatare nach abgehaltenen Wahlen und Gerichtsbezirken/Bezirksbauernkammern

Landwirtschaftskammerwahl 1922:

Alle Mandate in den Gerichtsbezirken für den Bauernbund (Christlichsoziale) außer dem Gerichtsbezirk Amstetten: 1 Mandat für den „Großdeutschen Hauer- und Bauernbund“

Landwirtschaftskammerwahl 1927:

Gerichtsbezirk Amstetten: 14 Mandate für den Niederösterreichischen Bauernbund (Christlichsoziale und Heimwehr, darunter Kroneder Anton, Ökonomierat in Amstetten, Heimwehr: Krafft-Ebing Friedrich, Gutsbesitzer in Gießhübl), 1 Mandat für die „Ständische Bauernvereinigung“ („Landbund für Österreich“)

Gerichtsbezirk Haag: 14 Mandate für den Niederösterreichischen Bauernbund (darunter Dr. Theodor Springer, Abt von Stift Seitenstetten, Litzellachner Stefan, Bauer in Dorf Aschbach), 1 Mandat für die „Ständische Bauernvereinigung“ („Landbund für Österreich“)

Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au: 15 Mandate für den Niederösterreichischen Bauernbund

Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs: 15 Mandate für den NÖ. Bauernbund (darunter der Jude Franz Kunizer, Gutsbesitzer in Land Waidhofen a.d.Ybbs)

Landwirtschaftskammerwahl 1932:

Gerichtsbezirk Amstetten: 10 Mandate für den Niederösterreichischen Bauernbund, 5 Mandate für die Ständeliste des Heimatschutzes (darunter Bachinger Michael, Landwirt Hehenberg, Krafft-Ebing Friedrich, Landwirt Gießhübl, Schönbichl)

Gerichtsbezirk Haag: 12 Mandate für den Niederösterreichischen Bauernbund, 3 Mandate für die „Ständeliste des Heimatschutzes“

Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au: 12 Mandate für den Niederösterreichischen Bauernbund, 3 Mandate für die „Ständeliste des Heimatschutzes“

Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybs: 15 Mandate für den Niederösterreichischen Bauernbund

5.1.2. Wahlanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ und NS

Sozialdemokraten und NS konnten bei keiner der Landwirtschaftskammer- bzw.

Bezirksbauernkammerwahlen Mandate für sich erreichen. Auch hinsichtlich des Anteils an Stimmen waren die NS vor allem aus dem katholisch-konservativen Lager des agrarischen Bereichs ausgeschlossen und auch in den wenigen Ortsgemeinden mit Achtungserfolgen stimmenmäßig immer stark unterrepräsentiert. Es sind aber Ausnahmen bei der Landtagswahl 1932 zu beachten, wo es bereits Fluktuationen von den deutschnationalen Bauern zu den NS gegeben haben muss.

Sicherlich spielten auch die Übertritte einzelner Bauernführer eine entscheidende Rolle. Es gab in allen Gerichtsbezirken doch eine stattliche Anzahl von Ortsgemeinden, in denen die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Listen Erfolge erringen konnten, von denen der „nationale“ „Landbund für Österreich“, wie auch Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen beweisen, fallweise mit den Christlichsozialen eng zusammenarbeitete.

Einzelne Besonderheiten fallen auf. Der „Landbund für Österreich“ machte seine Mandate 1927 bei seiner Erstkandidatur auf Kosten des „Großdeutschen Hauer- und Bauernbundes“ und auch des Niederösterreichischen Bauernbundes, oft wanderten offensichtlich Mandate in gleicher Anzahl vom „Großdeutschen Hauer- und Bauernbund“ zum „Landbund“. Die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Bauern hatten zuerst auf einer eigenen großdeutschen Liste kandidiert, deren Erbe der „Landbund“ angetreten hatte, dessen Nachfolge wiederum die NS anzutreten versuchten. Eine sehr starke Abwanderungsbewegung ist daher vom „Deutschen Hauer- und Bauernbund“ zum „Landbund“, in weiterer Folge bei der Landwirtschaftskammerwahl 1932 anlässlich der Kandidatur der „Ständeliste des Heimatschutzes“ vom „Landbund“ auch zum „Heimatschutz“ zu beobachten, zu dem auch bisherige Wähler des „Bauernbundes“ übergingen. Bei diesen

Bezirksbauernkammerwahlen 1932 konnte die „Heimatschutz“-liste in einer großen Anzahl von Ortsgemeinden auf Kosten des Bauernbundes starke Gewinne machen. Diese „Heimatschutz“-liste war also ein Sammelbecken von Christlichsozialen und Deutschnationalen geworden. Diese Tatsache ist in den drei Gerichtsbezirken Amstetten, Haag und St. Peter i.d.Au deutlich zu sehen, weniger im Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs. Es interessieren aber vor allem das Vorgehen der NS und ihre Chancen angesichts der vorgefundenen Entwicklungen. Es tat sich von vornherein für sie ein mehrheitlich ideologisch bedingtes Konfliktfeld auf, das historische Wurzeln mit einschloss. Die besondere Methodenvielfalt der eingesetzten Mittel-besonders im Rahmen der Propaganda-zur

Akzeptanzgewinnung schien bis zum Verbot der NS-Partei im Juni 1933 eine zögernde Aufweichung einzuleiten, gewisse Erfolge zu erringen, die aber durch eine Gegenoffensive der „Ständestaats“-Diktatur wieder mehrheitlich rückgängig gemacht worden sein dürften. Es lässt sich Folgendes für die NS-Herrschaft festhalten: das Zusammenfallen eines fast unmöglich erscheinenden Eindringens in von der Sozialisation her traditionell abgesicherte Bereiche, die wie Bollwerke wirkten, und des strategisch-taktischen Vorgehens der NS, die von innen her durch eine jeweils starke Ortsgruppenorganisation mit einem personell überlegt ausgewählten Ortsbauernführer an der Spitze feste Haltungen und Strukturen aufzuweichen versuchten. Dies bedeutete natürlich auch den Kampf gegen die jeweilige Ortskirche, sprich Pfarre, die sich als Rückhalt und Widerstandszentrum erweisen sollte. Besonders der einsetzende Terror der NS dürfte die Bauern abgeschreckt haben. Die nach dem „Anschluss“ neuangelaufene Einordnungsoffensive in die „Volksgemeinschaft“ sollte letztlich nur lokal begrenzte Erfolge zeitigen, und diese mehrheitlich auch nur temporär begrenzt. Ein gewisses Resistenzverhalten, das gerade der Bauer sich in seiner jahrhundertlang religiös-konservativen Sozialisation aufgrund seiner gleichgebliebenen Grundeinstellungen angeeignet hatte, ließ ihn nicht den letzten Schritt gegenüber dem antikirchlichen Radikalismus des Nationalsozialismus vollziehen. Er blieb auf Distanz trotz aller taktischen Lockversuche, deren „Vorteile“ („Entschuldungs“-aktionen, „Erbhof“-erhebungen, „Dorfaufrüstung“ etc.) er andererseits, wenn auch in ihrer letzten zweckbestimmten Konsequenz nicht durchschauend, nach der „Machtergreifung“ im März 1938 für sich zwar ausnützte, die ihn aber trotzdem mental nicht ins Lager der NS führten. Es muss hier angemerkt werden, dass die großdeutsche Gesinnung, also die teilweise Zuordnung einzelner bäuerlicher Gemeinden zum deutschnationalen bzw. großdeutschen Lager, noch nicht die generelle Voraussetzung für einen automatischen Übertritt dieser Bereiche an die sonst in anderen Berufsbereichen meistens die Großdeutschen beerbenden NS war. Auch die Gebiete, in denen der deutschnationale „Landbund für Österreich“ Mandate, wenn auch in geringer Zahl, erreichen konnte, sind nicht von vornherein dem NS-Erbe zuzurechnen.⁷

5.2. „Wahlen“ (Umlegungen von Landtagswahlergebnissen) in die Bezirksstraßenausschüsse, in die Bezirksfürsorgeräte und in den Bezirksschulrat

Als weitere Ergänzung soll die Präsenz der NS in anderen bezirklichen Institutionen erhoben werden. Diese sind behördliche Einflussbereiche, die in der „Bewegungs“-phase des Nationalsozialismus keine unbedeutende Rolle gespielt haben, vor allem was die Verbreitung und Durchsetzung des NS-Gedankengutes oder wenigstens von Teilen dieses betraf. Da infolge der Umlegung der Wahlergebnisse der Landtagswahlen auf diese Institutionen die personelle Besetzung dieser Gremien

⁷ S. dazu I.3 Landtagswahl 1932 und Landwirtschaftskammerwahlen 1919-1932 (s. oben).

die politischen Stärkeverhältnisse der Landtagswahlen wiedergibt, ist vor allem die letzte niederösterreichische Landtagswahl 1932 von größerem Interesse, weil die NS zum ersten Mal Funktionäre in diese Gremien schicken konnten. Gerade für dieses Erfolgsjahr des österreichischen Nationalsozialismus kann der Versuch einer Präsenz der Partei der NSDAP „Hitlerbewegung“ auch in diesen Institutionen als realisiert betrachtet werden. Dass bereits ein repräsentativer Querschnitt aus verschiedenen Berufsgruppen bei den NS-Vertretern vorzufinden ist, belegt die Berufszugehörigkeit der in die Leitungsgremien entsandten NS-Funktionäre und dokumentiert die Verbreiterung der sozialen Basis der NS. Somit können aus der Berufsstruktur der Funktionäre in den einzelnen Leitungsgremien auch Rückschlüsse auf die Zusammensetzung der Führungsschicht der Partei gezogen werden, weil man, wie überall bei der Auswahl politischer Funktionäre, in der Regel nur zuverlässige Fachleute und verdiente Parteimitglieder für derartige Posten parteiintern nominiert hatte. Es wurden daher bei den Auflistungen die Vertreter der NSDAP und der Großdeutschen Volkspartei namentlich mit der Hinzufügung des Berufes erwähnt.

5.2.1. Neubestellung der Bezirksstraßenausschüsse und der Bezirksfürsorgeräte nach der Landtagswahl 1932⁸

Die Kandidaten nach Gerichtsbezirken (Straßen- und Fürsorgebezirk):

Die Bezirksstraßenausschüsse

Gerichtsbezirk Amstetten:

1. Christlichsoziale Partei:	22
2. Sozialdemokratische Partei:	12
3. NSDAP (Hitlerbewegung):	6

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:

1. Nöstlthaler Josef, Bauer, Amstetten
2. Ing. Adolf Pall, Wallsee
3. Alois Jungwirth, Baumeister, Euratsfeld
4. Geyer Adolf, Industrieangestellter, Ulmerfeld
5. Ludwig Schiffmann, Industrieangestellter, Amstetten
6. Gottfried Schellhammer, Industrieangestellter, Amstetten

Gerichtsbezirk Haag:

1. Christlichsoziale Partei:	28
2. Sozialdemokratische Partei:	10
3. NSDAP „Hitlerbewegung“:	2

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:

1. Alois Erhard, Bahnbeamter, Haag

⁸ Zum Bestellungsverfahren s. Anhang.

2. Felix Apfalter, Mühlenvertreter, Haag

Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au

1. Christlichsoziale Partei:	34
2. Sozialdemokratische Partei:	4
3. NSDAP „Hitlerbewegung“:	2

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:

1. Paul Schremser, Grundbuchführer, St. Peter i.d.Au
2. Karl Reitbauer, Maurermeister, Markt Seitenstetten

Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs:

1. Christlichsoziale Partei:	22
2. Sozialdemokratische Partei:	12
3. NSDAP „Hitlerbewegung“:	4
4. Großdeutsche Partei:	2

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:

1. Hans Waas, Schlossermeister, Waidhofen a.d.Ybbs
2. Hans Rettensteiner, Gastwirt, Groß-Hollenstein
3. Hans Hofmacher, Mechaniker, Ybbsitz
4. Karl Renner, Bahnmeister, Waidhofen a.d.Ybbs

Die Vertreter der Großdeutschen Partei:

1. Franz Bartenstein, Autounternehmer, Waidhofen a.d.Ybbs
2. Eduard Seeger, Baumeister, Waidhofen a.d.Ybbs

Die Bezirksfürsorgeräte

Gerichtsbezirk Amstetten:

1. Christlichsoziale Partei:	21
2. Sozialdemokratische Partei:	12
3. NSDAP „Hitlerbewegung“:	6

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:

1. Arzberger Josef, BB-Assistent i. R., Amstetten
2. Stadlmann Franz, Platzmeister i. R., Amstetten
3. Freudenschuß Karl, BB-Assistent i. R., Amstetten
4. Füchsl Ludwig, H.-Ae.-Direktor i. R., Amstetten
5. Hendl Johann, Schlosser, Amstetten
6. Platzer Karl, Buchsachverständiger, Amstetten

Gerichtsbezirk Haag:

1. Christlichsoziale Partei:	27
2. Sozialdemokratische Partei:	9
3. NSDAP „Hitlerbewegung“:	2

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:

1. Andreas Winter, Steueramtsdirektor i. R., Haag
2. Hans Fuchs, Steueraufsichtsbeamter, Haag

Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au:

1. Christlichsoziale Partei:	34
2. Sozialdemokratische Partei:	4
3. NSDAP „Hitlerbewegung“:	2

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:

1. Emmerich Zinner, Lehrer, St. Peter i.d.Au
2. Dr. Paul Ladenberger, öffentlicher Notar, St. Peter i.d.Au

Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs

1. Christlichsoziale Partei:	22
2. Sozialdemokratische Partei:	12
3. NSDAP „Hitlerbewegung“:	4
4. Großdeutsche Partei:	2

Die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“:⁹

1. Ignaz Großauer, Waidhofen a.d.Ybbs
2. Otto Tippelt, Fachlehrer, Ybbsitz
3. Ing. Ferdinand Tischler, Klein-Hollenstein
4. Hans Huber, Uhrmacher, Waidhofen a.d.Ybbs

Die Vertreter der Großdeutschen Partei:

1. Franz Kotter, Bäckermeister, Waidhofen a.d.Ybbs
2. Josef Hafner, Bäckermeister, Ybbsitz

„Zufolge des Beschlusses der Bezirkswahlbehörde Amstetten vom 14. Juli 1932 wurde festgestellt, dass von den 20 Mandaten des Bezirksstraßenausschusses und des Bezirksfürsorgerates

Amstetten:

- je 11 auf Christlichsoziale Partei
- je 6 auf sozialdemokratische Partei
- je 3 auf NSDAP „Hitlerbewegung“

Haag:

- je 14 auf Christlichsoziale Partei
- je 5 auf Sozialdemokratische Partei
- je 1 auf NSDAP „Hitlerbewegung“

St. Peter i.d.Au:

⁹ Bei Grossauer und Tischler ist keine Berufsbezeichnung angegeben.

je 17 auf Christlichsoziale Partei
je 2 auf Sozialdemokratische Partei
je 1 auf NSDAP „Hitlerbewegung“

Waidhofen a.d.Ybbs:

je 11 auf Christlichsoziale Partei
je 6 auf Sozialdemokratische Partei
je 2 auf NSDAP „Hitlerbewegung“
je 1 auf Großdeutsche Volkspartei
entfallen.

Die NSDAP „Hitlerbewegung“ war in allen Gerichtsbezirken in beiden Gremien nach der Landtagswahl 1932 vertreten. In drei Gerichtsbezirken (Amstetten, Haag, St. Peter i.d.Au) war die Großdeutsche Volkspartei aufgrund des Landtagswahlergebnisses nicht mehr vertreten. Hier hatte die NSDAP „Hitlerbewegung“ bereits die deutsch-„völkischen“ Mandate übernommen.¹⁰ Im Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs waren beide deutsch-„völkischen“ Gruppen vertreten, aber die NSDAP „Hitlerbewegung“ mit doppelter Anzahl von Vertretern. Interessant ist, dass der Heimwehrführer von Waidhofen a.d.Ybbs, der nachweislich sich zum österreichfaschistischen Flügel der Heimwehr bekannte, auf der großdeutschen Liste kandidierte. Es fällt bei der NSDAP auf, dass sie beim Bezirksfürsorgerat Amstetten mehrheitlich Pensionisten als ihre Vertreter nominiert hatte. Eine Zusammenstellung aller Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“, die entsprechend den Ergebnissen der Landtagswahl 1932 entsandt wurden, präsentierte die NS-„Volksstimme“ vom 30. Juli 1932.¹¹

„Im Zeichen des Wahlsieges“
Amstetten.

Wahlsieg vom 24.4.1932: „Die Bezirksleitung der NSDAP entsendet folgende Vertreter in die Körperschaften“:

Bezirksschulrat Waidhofen a.d.Ybbs Stadt:

1. Dr. Oskar Hübler, Primararzt
2. Josef Kunze, Fachlehrer

Bezirksfürsorgerat Amstetten:

1. Arzberger Josef, BB-Assistent i. R.
2. Stadlmann Franz, Platzmeister i. R.
3. Freudenschuß Karl, BB-Assistent i. R.

Bezirksstraßenausschuss Amstetten:

1. Nöstelthaler Josef, Bauer

¹⁰ Vgl. I.3 Landtagswahl 1932.

¹¹ VST 30 v. 30.7.1932, S. 5.

2. Pall Adolf, Ingenieur
3. Jungwirt Alois, Baumeister

Bezirksfürsorgerat Waidhofen a.d.Ybbs:

1. Grossauer Ignaz, „derzeit arbeitslos“
2. Tippelt Otto, Fachlehrer

Bezirksstraßenausschuss Waidhofen a.d.Ybbs:

1. Waas Hans, Schlossermeister und Autounternehmer
2. Rettensteiner Hans, Gastwirt

Bezirksfürsorgerat Haag:

1. Winter Andreas, Steueramtsdirektor i. R.

Bezirksstraßenausschuss Haag:

1. Erhard Alois, Bahnbeamter

Bezirksfürsorgerat St. Peter i.d.Au:

Zinner Emmerich, Lehrer

Bezirksstraßenausschuss St. Peter i.d.Au:

Schremser Paul, Grundbuchführer

Folgender aus der NS-Ideologie resultierende, sich später so oft wiederholende Kommentar wurde angeschlossen: Diese Funktionäre „werden es als ihre höchste Pflicht und Aufgabe betrachten, auch in dem kleinen Rahmen dieser Bezirkskörperschaften das Programm der Bewegung, dessen erster Grundsatz heißt ‚Gemeinnutz vor Eigennutz‘, zu verfechten“. Es waren führende NS-Funktionäre, wie z. B. der Ortsgruppenführer von Waidhofen a.d.Ybbs, in diesen Bezirkskörperschaften vertreten.

5.2.2. Neubestellung der „Gemeindevertreter“ im Bezirksschulrat im Juni 1930

Die Neubestellung der Mitglieder des Bezirksschulrats Amstetten wurde gemäß der Landtagswahl 1927 erst im Juni 1930 durchgeführt. Neben der Sozialdemokratie hatte das bürgerliche Lager (Christlichsoziale und Großdeutsche) auf einer „Einheitsliste“ kandidiert hatte. Die Neubestellung der Mandatare für den Bezirksschulrat konnte erst so spät erfolgen, weil man wegen der gleichzeitigen Besetzung der Ortsschulräte erst die nächsten Gemeinderatswahlen abwarten musste. Diese fanden erst gegen Ende 1929 statt. Bis dahin amtierten die alten Funktionäre weiter. Um die Präsenz der Deutsch-„völkischen“ und NS zu ersehen, werden sämtliche nominierten Mandatare dieser Einheitsliste angeführt. Als einziger Deutsch-„völkischer“ war der Großdeutsche Mitterdorfer

vertreten, was bedeutete, dass der Bezirksschulrat damals mit großer Mehrheit in christlichsozialer Hand war.¹²

5.2.2.1. *Mandatsverteilung und Genehmigung der Bestellungsverschlge:*

Gerichtsbezirk Amstetten: Einheitsliste:	3, Sozialdemokraten: 1
Gerichtsbezirk Haag: Einheitsliste:	2
Gerichtsbezirk St. Peter i.d.Au: Einheitsliste:	2
Gerichtsbezirk Waidhofen a.d.Ybbs: Einheitsliste:	1, Sozialdemokraten: 1

Die Bezirkswahlbehrde Amstetten hatte „die von den Wählergruppen, welche sich bei der letzten Landtagswahl im Wahlkreis an der Wahlwerbung beteiligt haben, erstatteten Vorschläge zur Bestellung der Vertreter der Gemeinden im Bezirksschulrat überprüft (...)“ und legte folgendes Ergebnis vor: Nach dem Stimmenverhältnis bei der Landtagswahl 1927 wurden die Mandate auf die einzelnen Parteien umgelegt. Es ergab sich für die Einheitsliste und die Sozialdemokratische Partei ein Mandatsverhältnis 8 : 2.

¹² Die Festlegung der Anzahl der „Gemeindevertreter“ im Bezirksschulrat Amstetten:

ABl. BHA Nr. 24 v. 14.6.1930, S. 95

Bezirksschulrat Amstetten

„Der Landesschulrat f. Niederösterreich hat (...) gemäß Paragr. 28 des Schulaufsichtsgesetzes v. 13. Dezember 1929, LGBl. Nr. 32 aus 1930 (BGBl. Nr. 92 von 1930) (...) die Anzahl der Gemeindevertreter im Bezirksschulrat Amstetten mit 10 festgesetzt.“ Die Mandate wurden auf die einzelnen Gerichtsbezirke so verteilt, „dass auf den Gerichtsbezirk Amstetten 4, alle anderen 3 Gerichtsbezirke je 2 Mandate fallen“.

¹² Sozialdemokratische Partei:

1. Daniser Georg, Oberlehrer i. R., Amstetten

2. Zankl Josef, Sekretär in Waidhofen-Gstadt.

Unter den bürgerlichen Ersatzmitgliedern der Amstettner Mandatare war auch der Amstettner Rechtsanwalt und Heimwehrführer Albrecht Alberti, der dem deutschfaschistischen Flügel zuzuordnen war und als NS-Sympathisant galt. S. Kap. Heimwehr I.18 ff.

Die Festlegung der Anzahl der „Gemeindevertreter“ im Ortsschulrat Amstetten:

Die Bestellung der Vertreter der Gemeinden in den Ortsschulrten wurde im Amtsblatt vom 10. Mai 1930 veröffentlicht. Die Zahl der Vertreter im Ortsschulrat Amstetten wurde mit 10 Mitgliedern festgesetzt. Hievon waren aus Amstetten 8, aus Preinsbach 1, aus Schönbichl, Dorf Haag, Mauer b. Amstetten zusammen 1 Mitglied.

ABl. BHA Nr. 19 v. 10.5.1930, S. 75-76

Neukonstituierung der Ortsschulräte

Folgende Mandatare wurden aus den Bestellungsvorschlägen nominiert:

Einheitsliste:¹³

1. Lehner Stefan, Bürgermeister von Zeillern
2. Leitner Franz, Schneidermeister Amstetten
3. Mitterdorfer Wolfgang, Apotheker, Amstetten
4. Gemeiner Ferdinand, Wirtschaftsbesitzer, Haag-Land
5. Safratmüller Josef, Wirtschaftsbesitzer, Haag-Land
6. Schörghuber Ferdinand, Bürgermeister in Dorf St. Peter i.d.Au
7. Schürz Leopold, Bürgermeister in Aschbach Markt
8. Hochstrasser Roman, Bürgermeister in Waidhofen-Land

Sozialdemokraten:

1. Daniser Georg, Oberlehrer i. R., Amstetten
2. Zankl Josef, Sekretär in Waidhofen-Gstadt.

¹³ Unter den bürgerlichen Ersatzmitgliedern der Amstettner Mandatare war auch der Amstettner Rechtsanwalt und Heimwehrführer Albrecht Alberti.

Zur Bestellung der Ortsschulräte s. Anhang.

Zur Präsenz der NS am Beispiel von einzelnen Betriebsratswahlen s. I.18.5.

6. Deutschnationales bzw. deutsch-„völkisches“ Lager 1919-1933

6.1. Die Rolle der Kommunalpolitik 1850-1914

Es ist für das Verstehen der auffallenden Präsenz des Nationalsozialismus im politischen Bezirk Amstetten und besonders in seiner Bezirkshauptstadt naheliegend, dessen Vorgeschichte schon in frühen Wurzeln zu sehen, nämlich in den politischen Nachwirkungen des Revolutionsjahrs 1848, und als eine zum Endergebnis des März 1938 führende Kontinuitätslinie zu verfolgen, wobei Zäsuren wie der Erste Weltkrieg dieser Entwicklung nichts anhaben konnten. Parallel dazu entwickelten sich aus einer lange benachteiligten Minderheitenposition die Ansprüche der Sozialdemokratie und auch von Teilen der Christlichsozialen, die in der Kommunalebene deutlich sichtbar zu einer Aufwertung der unteren Gesellschaftsschichten, wenn unter permanenten Widerständen der Führungseliten, führten. Erst die Wendezeitjahre 1918-1920 führten für diese Gesellschaftsschichten zu nur kurzzeitig befriedigend erscheinenden Teilergebnissen, die aber durch ihre unvollendete Fragilität in sich bereits das Scheitern trugen.

Zu den unmittelbaren politischen Auswirkungen der 1848er Revolution gehörten einerseits die zunehmenden Ansprüche des liberalen Bürgertums, des Besitz- und Bildungsbürgertums, gegenüber der Hocharistokratie der Habsburgermonarchie mit ihren festzementiert erscheinenden Positionen, andererseits der gemeinsame Abwehrkampf gegen das Aufkommen der „minder-“ bzw. „unbemittelten“ Massen, wie es im Amtsblattjargon der Bezirkshauptmannschaft hieß. In der lange Zeit versuchten Verhinderung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der unteren Gesellschaftsschichten vor allem durch das lange Zeit ermöglichte Festhalten an einem ungleichen Wahlrecht trafen sich die Interessen beider Gruppen, des Adels und der Oberschicht des Bürgertums. Die Gegenbewegung wurde im urbanen und industriellen Bereich vor allem von den Sozialdemokraten getragen, wobei es in diesem Kampf um die erstrebte Partizipation der unteren Gesellschaftsschichten in den einzelnen Vertretungsgremien gerade im „Eisenbahnerort“ Amstetten abgesehen von der politischen Auseinandersetzung besonders in den kulturellen Bereichen bemerkenswerte Kooperationen gab. Die ländlichen Bevölkerung war von vornherein katholisch sozialisiert und daher aufseiten der Christlichsozialen, die sich aus den Gruppen der Klerikalen sukzessive ablöste. Berufssozial differenziert waren die aus den Deutschliberalen sich herauskristallisierenden Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“, ursprünglich im Besitz- und Bildungsbürgertum verankert, aber in der Folge sich gegenüber dem Dienstnehmerbereich, den Beamten-, Angestellten- und auch immer mehr den Arbeitern (gemäß Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft „minder-“ bzw. „unbemittelten“) öffnend und besonders in der in der

„nationalen“ Gewerkschaftsbewegung immer stärker Rückhalt findend, wovon die ersten NS-Gruppen profitierten.

In den kommunalen Führungsebenen herrschten vor dem Ersten Weltkrieg die Christlichsozialen in Kooperation mit den Deutschnationalen. Dieser politischen Vorherrschaft der Bürgerlichen stand die Oppositionsgruppe der Sozialdemokraten im Gemeindevorstand gegenüber. Nach dem Weltkrieg setzte sich die christlichsoziale Vorherrschaft fort, hatte aber nun zwei Oppositionsgruppen als politische Gegner, von denen sich die zweite bürgerliche Gruppierung, das Sammelbecken des mehrheitlich gemäßigten großdeutschen Lagers, zu dem sich am Anfang auch die damalige Minderheitsfraktion, die extrem rechtsstehenden „Völkischen“ (radikal-nationalistisch und rassistisch-antisemitisch), zählte (aber ohne die bereits in politische Geschehen eingreifende NS-Gruppe, die völlig abseits stand). Dieses großdeutsche Lager hoffte auf eine baldige Beteiligung an der Macht, die auch nicht lange auf sich warten ließ. Hilfreich war ein politischer Zufall, der dessen Parteiführer in den Bürgermeisterang hievte. Die andere Oppositionsgruppe, die Sozialdemokraten, standen sowohl in der Ersten als auch in der Zweiten Republik in meist scharfer Opposition und erhofften im Rahmen des demokratischen Prozesses eine Mehrheit im Gemeinderat, die ihnen das Bürgermeisteramt garantierte. Die auffallend Dichte der Vereine beider Oppositionsgruppen, die mit ihren Veranstaltungen großen Zulauf aus der Bevölkerung hatten, trug dazu bei, dass im städtischen Alltag nicht nur Interessen der Einwohnerschaft angesprochen, sondern auch politische Inhalte innerhalb der jeweiligen Klientel vermittelt werden konnten. Um vieles schwerer als die deutschnationalen und auch die christlichsozialen Arbeitnehmervertretungen, die im Laufe der Wahlbewegung immer mehr aus der gleichgesinnten bürgerlichen Oberschicht entsprechende Unterstützung fanden, hatten es die sozialdemokratisch organisierten ArbeitnehmerInnen. Hier gab es in beiden Staatsgebilden nur wenig bis gar keine Hilfestellung, sie waren auf sich selbst angewiesen bzw. eher das Gegenteil war der Fall, ihre Ansprüche auf soziale Besserstellung bewirkten vonseiten der Bürgerlichen einen permanenten Abwehrkampf.

Dominant waren in der Kleinstadt gerade um die Jahrhundertwende die Organisationsformen der Eisenbahner, quer durch alle Parteien. Das breit gefächerte Vereinswesen von gewerkschaftlichen Organisationen bis zu Kulturensembles prägte das Mit- und Gegeneinander in der Stadt. Dieses interaktive Feld überlebte unbeschadet den Ersten Weltkrieg gestaltete auch die unmittelbare Nachkriegszeit, wenn auch Spannungen und Konflikte im politischen Bereich im Laufe der 1920er Jahre ständig zunahmen. Segregationsphänomene in Richtung Radikalisierung nahmen auch hier ihren Anfang.

Die im Rahmen der Wahlrechtsbewegungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts artikulierten politischen Ansprüche, die von der Opposition schrittweise erkämpften Umsetzungsmöglichkeiten gegenüber den Vertretern des Besitz- und Bildungsbürgertums, den „Besserbemittelten“, das

Aufeinanderprallen politischer Gegensätze, aber auch opportune Kompromissbereitschaft unter politischen Gegnern, temporäre Koalitionen zu bilden, wie der „Deutsch-Freiheitlichen“ mit der zweiten Oppositionsgruppe, den Sozialdemokraten, um den jeweils eigenen Kandidaten gegenüber den niederösterreichischen Landtagsmehrheiten der Christlichsozialen durchzubringen, belegen das rege politische Spiel besonders in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg. Alle diese Phänomene sind freilich auch Kriterien dafür, dass gleichsam in einem Vorhof späterer echter Demokratisierung in den ersten Jahren der Republik die Durchsetzung demokratischer Ansprüche, somit auch die Abwehr von eher verdeckten Revolutionspotenzialen möglich war. In diesem Rahmen soll die Verwurzelung des Deutschnationalen in der Monarchie mit ihren vielschichtigen Aspekten in ihrer Weiterentwicklung bis zum Aufgehen im Nationalsozialismus verfolgt werden.

Die innenpolitische Entwicklung hatte die seit dem Ende des Neoabsolutismus evolutionär verlaufenden Demokratisierungsschritte der ausgehenden Monarchie bis zur letzten Reichsratswahl 1911 geführt, zu der gleichzeitig auch Gemeindeausschusswahlen abgehalten wurden: Aufgrund des Ergebnisses der Kommunalwahl in Amstetten waren Mandatare aller politischen Lager im Gemeindeausschuss vertreten. Die Zäsur des Ersten Weltkriegs führte aufgrund einer eskalierenden Notsituation zu revolutionsähnlichen Phänomenen, die ihre Ursache im Krieg selbst hatten. Der Zusammenbruch jeglicher Ordnung, das Aggressionspotenzial der rückflutenden Soldaten, der grassierende Hunger ließen innerhalb der Einwohnerschaft Amstettens Unruhe und Angst aufkommen, die kurzzeitig sogar in den „Revolutionstagen“ Anfang Jänner 1919 in Gewaltbereitschaft umschlug. Sicherlich kommt die Bezeichnung „Beinahe“revolution oder revolutionsaffine Phänomene der Realität näher, besonders wenn man in klassischen Revolutionskriterien denkt und nicht die in kurzer Zeit erfolgte vollständige Demokratisierung, das demokratische Experiment der Umbruchszeit, in der der Zusammenbruch einer Gesellschafts- und Werteordnung und ein radikaler Neubeginn, wenigstens am Anfang, stattfanden, als „Revolution“ oder wenigstens als „sanfte Revolution“ bezeichnen will.

In dieser Umbruchszeit 1918/1919 war angesichts der prekären Lage des Staates, der jungen Republik, die aus einem monarchischen Großreich als Restbestand hervorgegangen war und sich erst organisieren musste, auf kommunaler Ebene der Kleinstadt Amstetten der Ruf nach Selbsthilfe angesagt, wie einzelne Beispiele zeigen: Es blühte der Schleichhandel, eine eigene „graue“ Zone etablierte sich. Alle machten mit, auch die, die eigentlich kontrollieren sollten wie die Bahnwache, trotz zahlreicher Aufrufe und Warnungen der Bezirkshauptmannschaft, die bis ins Frühjahr 1918 noch immer von einem Adeligen besetzt war: Bis Jahresende 1909 hatte Alfred Freiherr von Lederer dieses Amt inne, als vorletzter Bezirkshauptmann in der Monarchie amtierte Dr. Friedrich Graf Larisch von Mönnich. Gleichsam andere Zeiten ankündigend folgte dem letzten Vertreter aus dem

Adelsstand am 12. April 1918 ein bürgerlicher Jurist, Dr. Moritz Willfort, der das Amt in der Ersten Republik bruchlos weiterführte.¹

Parallel zu gescheiterten Friedensversuchen seit dem Jahr des Gleichstands an der kämpfenden Front (1916) und misslungenen Offensiven der Mittelmächte, zur zunehmenden Überlegenheit des Kriegsgegners an Menschen und Material und zur sich abzeichnenden Niederlage nahm das für viele unerträglich gewordene Elend an der inneren Front zu. Existenzielle Not vor allem durch das eklatante Versagen der Grundnahrungsbewirtschaftung und zunehmende Krankheiten, die ihren Höhepunkt in der sich epidemisch ausbreitenden Spanischen Grippe erlebten, führten zu zunehmender Unruhe und auch Protesten in der Bevölkerung. Dass Verunsicherung, Defätismus und Verzweiflung besonders in Bevölkerungsteilen ab dem Mittelstand abwärts immer mehr den Alltag prägten, dazu trugen vor allem Berichte von den Fronten, aber auch die ständig sich verstärkende Zahl der zurückflutenden Soldaten bei. Die Kluft zwischen denen, die es sich trotz der krisenhaften Lage richten konnten, und denen, die nicht wussten, wie sie den nächsten Tag überleben sollten, nahm zu. Die Einwohnerschaft Amstettens blieb von diesem Phänomen nicht verschont. Die gerade in der Not deutlicher als je zuvor sichtbar werdende Zweiklassengesellschaft führte zu einem eskalierenden Vorfall, in dem sich die bereits durch andere Ereignisse aufgeschaukelte Stimmungslage innerhalb der Stadtbevölkerung widerspiegelte. Es wurde bekannt, dass die Oberschicht, was die Versorgung mit Lebensmittel betraf, unter der Ägide der Bezirkshauptmannschaft einen privilegierten Status hatte. Die Separatlager der Bezirkshauptmannschaft für Lebensmittel, Ziel der wegen Hungers protestierenden Einwohnerschaft, als „Beamtenkonsum“ bekannt geworden, wurden noch von adeligen Bezirkshauptmannschaftsleitern angelegt, der bürgerliche Jurist übernahm sie und verteidigte ihren Bestand, solange bis dagegen protestiert wurde.

Es hatte sich bereits gegen Ende des Kriegs eine Art Selbstversorgungsmentalität abseits der Legalität etabliert. Man nahm sich in der Not- und Krisensituation, was man irgendwie bekam. Der Hunger trieb einen großen Teil der Bevölkerung zu eigenständigem Handeln an. Dass die Behörde bzw. die Polizeiexekutive nicht immer eingriff, interpretierte man als eine Art Freibrief. Familien konnten mit dem Notwendigsten nicht mehr versorgt werden. Der Höhepunkt wurde im Winter 1918/1919 erreicht. Es fehlte auch das notwendige Brennmaterial. Das sind revolutionäre Ursachen- und Anlassphänomene, wie sie immer wieder in den klassischen Revolutionen am Beginn standen.² In

¹ Freihammer Josef, 1850-1990, 140 Jahre Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Amstetten 1990, S. 14.

² S. Französische Revolution: Das Anstellen an den Bäckerläden um Brot, es war aber die warme Jahreszeit, Sommer, genauso war Frühling am 13. März 1848 in Österreich/Wien, die Wut, die Erregung, der Zorn richtete sich manchmal gegen scheinbar Verantwortliche oder Symbole des verhassten Regimes wie die Bastille, manchmal gegen real Verantwortliche wie den Staatskanzler, den Fürsten der „Restaurationszeit“ in

Amstetten richtete sich die Empörung gegen die Behörde, die Bezirkshauptmannschaft, nicht gegen die Gemeindevertreter. Im Versagen der Zentralbehörde sahen die Protestierenden, darunter viele Frauen und Kinder, die Ursache der prekären Lage, sie wurde zum Feindbild hochstilisiert, hier saßen die Verantwortlichen.

Es wird immer wieder die Frage gestellt, ob von einer „Stunde null“ zu sprechen ist oder ob es doch Anknüpfungspunkte, Kontinuitätslinien gab, die überbrückten bzw. fortsetzten, wobei vor allem zu berücksichtigen ist, dass allein schon der Wandel zum Kleinstaat von der Bevölkerung als realer Bruch erlebt wurde, der sie an ein Weiterexistieren des neuen Staatsgebildes nicht glauben ließ. Unzweifelhaft war ein Großreich verloren, ein Rest bestand weiter, ein riesiger Wirtschaftsraum aufgelöst, auf einander abgestimmte Produktionsverhältnisse waren zerstört, eine neue Staats- und Herrschaftsform installiert: die demokratische Republik „Deutschösterreich“. Es gab neue Bezeichnungen, an die man sich erst gewöhnen musste, aber auch Kontinuität wie die parteipolitischen Lager, das Vereinswesen, letztlich auch anerkannte Personen wie Bürgermeister Carl Kubasta, der bei allen großes Vertrauen genoss und über 20 Jahre als Bürgermeister amtierte, aber auch einige andere Gemeindevertreter der verschiedenen politischen Lager, die sowohl die Verhältnisse der Monarchie kannten als auch bald in den republikanischen eingearbeitet waren und sich mit ihnen vertraut machten wie Ludwig Resch, der als Nachfolger Kubastas genauso wie sein Vorgänger sich auf eine große Vertrauensbasis stützend das Bürgermeisteramt führte. Nachdem das Räteexperiment ausgelaufen war, vertraute man den bereits bekannten Strukturen der repräsentativen Demokratie, wenn auch nun unter demokratischen Verhältnissen gegenüber dem Zustand in der ausgehenden Monarchie, auf der Basis des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.³

In den klassischen Revolutionen waren es in der Regel Jugendliche, Akademiker, Intellektuelle, Studenten, die den Widerstand vorbereiteten, die die ersten Träger des Aufbegehrens, des Aufstands, des revolutionären Geschehens waren. Sie riskierten, weil die alten Regime in Abwehrposition standen, dabei ihr Leben. Erst in der Folge, der Sogwirkung sich anschließend kamen Andere hinzu, wie das liberale Bürgertum, so in Frankreich (obwohl die allerersten Widerständler die Adligen waren, gegen den absoluten König), in Österreich (erstes gewähltes Parlament in der Hofreitschule in Wien), in Deutschland (in der Paulskirche in Frankfurt am Main). Diese Geldleute, die Vermögenden, verfolgten ihre eigenen politischen Ansprüche zwecks Machtsicherung gegenüber

Österreich, Fürst Metternich, der gleich nach London floh, oder gegen Autokraten, gegen das zaristische Regime in Russland, letztlich gegen die gesamte Zarenfamilie, die in Jekaterinburg erschossen wurde.

³ Frauen hätten vorher auf kommunalpolitischer Ebene grundsätzlich wählen dürfen, wenn sie entsprechendes Vermögen nachweisen konnten, aber nur über einen Vormund, der für sie die Stimme abgab, das Votum abgab. Es ist kein einziger Fall dieser politischen Entmündigung der Frau aus der damaligen Zeit bekannt. Zum Räteexperiment s. I.1.

dem Adel, eigneten sich das liberale Gedankengut an, soweit es ihnen zu Gute kam (demokratische Ideen standen im Wege und wurden bekämpft) und richteten sich über ihre neuen abgesicherten Positionen in der Politik ihr bürgerliches Leben nach ihren Vorstellungen ein. Ihre privilegierte Stellung wurde lange abgesichert durch entsprechende Sperrmaßnahmen wie besonders das Kurien- und Zensuswahlrecht. In diesem Privilegien- und Honoratiorenparlamentarismus gab es eine eigene Lebenshaltung und eine eigene bürgerliche Kultur. Die ursprünglich demokratischen Forderungen blieben auf der Strecke. Aber auch für sie bedeutete die Gewaltbereitschaft der alten Regime vorerst eine Gefahr, die alle liberalen und demokratischen Regungen bzw. Ansätze mit der bewaffneten Macht niederschlugen: In Österreich Schwarzenberg, Windischgrätz, Radetzky, Jellachich im Auftrag des jungen Kaisers Franz Josef I. Nur auf diese Weise konnte er sein Regime, das er erst angetreten hatte, retten.

Nach dem Scheitern des „Neoabsolutismus“ begann sich in Österreich vorrangig eine liberale Ära durchzusetzen (mit Unterbrechungen), auch auf kommunalpolitischer Ebene. Dagegen standen die breite Masse der Einwohnerschaft, gleichsam als Opposition gegen die sehr schmale Herrschaftsclique aus den Reihen des vermögenden kleinstädtischen Großbürgertums, aufgefüllt durch einige wenige höherer Beamte aus Bezirksgericht und Bezirkshauptmannschaft, und einige wenige Freiberufler wie vor allem Juristen. Zunehmend kam es zu Machtkämpfen innerhalb der bürgerlichen Herrschaftsclique unter ihren führenden Exponenten, oft mit sehr persönlichem Hintergrund. Diese machtpolitischen Auseinandersetzungen spiegelten die Ansprüche der alten etablierten Honoratiorenschichte aus dem deutschliberalen bzw. deutschnationalen Spektrum und der aufkommenden Vertreter der christlichsozialen Gruppierung wider, wie es das Beispiel Schmidl und Schreihöfer beweist. Beide fühlten sich als „Honoratioren“, die sich damals, anlässlich der Landtagswahl 1902, ideenmäßig bereits einer bestimmten Parteirichtung sich verpflichtet fühlten, aber jederzeit noch innerhalb der Bürgerlichen wechseln konnten, meistens wahlbedingt, wie es bei Bürgermeister Schmidl anlässlich damaligen Landtagswahl der Fall war, was zu einem schweren Konflikt mit seiner ursprünglichen Partei, den Christlichsozialen, vor allem auch ihrem damaligen Listenführer, Schreihöfer, führte und letztlich durch eine Hetzkampagne zum Rücktritt des völlig entnervten Bürgermeisters führte. Diese Kämpfe setzten sich in der Ersten Republik auf kommunaler Ebene fort, indem oft persönliche Machtansprüche die zunehmend ideologischen Auseinandersetzungen überlagerten.

Die aufkommenden, sich langsam formierenden Massenparteien richteten sich immer stärker nach ihrer je eigenen Ideologie aus, die auch in Parteiprogrammen ausformuliert und immer wieder neu überarbeitet bzw. wurde. In Wahlaufufen wurden immer stärker Teile aus diesen Programmen in der Öffentlichkeit besonders in den Lokalblättern präsentiert, um auf sich aufmerksam zu machen. Dabei halfen auch die rasant zunehmenden Vereinsgründungen, besonders seit den 1890er Jahren.

Vor allem waren es Unterstützungsvereine auf gewerkschaftlicher Ebene in allen drei politischen Lagern, um die jeweilige Klientel der Arbeitnehmer an sich zu binden. Dazu kamen immer mehr Kultur- und Sportvereine, die stark bewusstseinsbildend wirkten. Über dieses aufblühende Vereinswesen erfolgte die langsame Politisierung der Gesellschaft, die erst durch die Zäsur des Ersten Weltkriegs gestoppt wurde. Eine besondere Rolle in der Bewusstseinsbildung der unteren Gesellschaftsschichten spielten die dringend notwendigen Bildungsvereine mit den bezeichnenden Namen „Fortschritt“ (sozialdemokratisch) und „Einigkeit“ (christlichsozial), beide im gleichen Jahr 1894 in Amstetten gegründet.

Der Neuanlauf in der Ersten Republik bot von vornherein eine Vielfalt an Möglichkeiten, sich zu betätigen: Das Vereinswesen konnte nun, neubelebt auf demokratischer Basis, in seiner auffallenden Dichte wieder in das gesellschaftliche Leben intensiv eingreifen, ja prägte die politische und kulturelle Szene in großer Vielfalt, solange es den demokratischen Vereinspluralismus gab bzw. er nicht durch autoritäre, diktatorische, faschistische Maßnahmen von Österreich selbst vorerst eingeengt und in der Folge abgeschafft wurde, lange bevor die Nationalsozialisten totalitär vorgingen und alles „gleichschalteten“.

Die Partizipationsmöglichkeiten der Amstettner Einwohnerschaft 1850-1914 realisierten sich bestimmten Abschnitten, die jeweils ein schrittweises Vorwärtskommen bewirkten. Das liberale Besitz- und Bildungsbürgertum war von Anfang auf kommunalpolitischer Ebene in den Vereinen präsent und übte politische Mitbestimmung im Gemeindevorstand aus. Es handelte sich um einen Privilegien- bzw. Honoratiorenparlamentarismus auf unterster Ebene. Die „Minder-“ bzw. „Unbemittelten“, Kleinbürger- und Arbeiterschichten, hatten lange Zeit kein Mitspracherecht. Erst über die Vereine, von denen es immer mehr zwei Arten von Vereinen seit dem Vereins- und Versammlungsgesetz 1867 gab, einerseits zur Selbsthilfe im Rahmen der ersten Ansätze einer Gewerkschaftsbewegung und in der Folge auch zur Selbstpräsentation und Einflussnahme in der Gemeinde genauso wie die bürgerliche Oberschichte, konnte mehr Teilnahme am politisch-gesellschaftlichen Geschehen erreicht werden. So gab es eine rege Vereinstätigkeit aufgrund fehlender vorhandener staatlicher und kommunaler Institutionen, sodass es zu vielen Beispielen lokaler Selbstorganisation auf Vereinsgrundlage kam, so besonders auf standespolitischem Gebiet der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, als notwendige Interessensvertretungen. Nachweislich bestanden auf kulturpolitischem Gebiet die überwiegend größte Zahl an Vereinigungen, eingerechnet auch die Turn- und Sportvereine, und auf sozialpolitischem Gebiet die verschiedenen Arten der Selbsthilfeorganisationen auf Vereinsgrundlage. Der Aufschwung des Vereinswesens ging zuerst konform mit den emanzipatorischen Bestrebungen des fortschrittlich-liberalen Bürgertums, parallel mit den Möglichkeiten seiner politischen Betätigung in der

Ortsgemeinde auf der Basis der legislatischen Voraussetzungen, die im Reichsgemeindegesetz 1862 die dafür notwendige Gemeindeautonomie endgültig festlegten.

Die deutschnationale Komponente konnte sich aber in diesem politischen Umfeld in der Stadt frühzeitig verankern, vorerst stark personenbezogen, wie einzelne Amstettner „Honoratioren“ dieses Lagers belegen. Diese stark vertretene politische Gesinnung begründete eine für Amstetten prägende Traditionslinie, die sich im deutsch-„völkischen“ bzw. nationalsozialistischen Lager fortsetzte. Die kleine bürgerliche Honoratiorenschicht, die im Gemeinderat und Gemeindeausschuss ehrenamtlich tätig war, wurde innerhalb der kleinstädtischen Strukturen Amstettens überraschend rasch um Berufsgruppen aus dem klein- und mittelbürgerlichen Milieu erweitert. Das schrittweise Erkämpfen der Realisierung des Anspruchs auf politische Partizipation durch Teilnahme an der Gemeindevertretung gelang folglich zuerst dem christlichsozialen Lager als eigene politische Fraktion, später erst den Sozialdemokraten. Die Christlichsozialen brachten ihre Kandidaten bereits in den 1890er Jahren in den Gemeindeausschuss, wenn auch vorerst in nachrangiger politischer Position. Unter den Industriearbeitern hatten die Sozialdemokraten von vornherein aufgrund ihrer höheren Vertrauenswürdigkeit den größten Zulauf und hatten innerhalb der Wahlbewegung insofern Erfolg, als dass sich aufgrund der Lockerung der Wahlrechtsbestimmungen noch in der Markt-, später Stadtgemeinde Amstetten eine Mehrheit der sozialdemokratischen Stimmen, aber aufgrund der ungleichen Stimmengewichtung nicht der Mandatare ergab. Zum ersten Mal gab es in der Gemeindeausschusswahl 1905 zwei Mandatare, die aber wenig Gewicht hatten.

Lange Zeit bedeutete die großbürgerliche Honoratiorengruppe nicht nur personelle Kontinuität, sondern war auch kennzeichnend für das Entstehen einer gemeindebürgerlichen Oligarchie mit allen den bekannten Begleiterscheinungen wie Ämterkumulierung und Mehrfachfunktionen. Über das dichte Netz von Vereinsmitgliedschaften (lokale Personalunionen) entstand eine verhältnismäßig schmale bürgerliche Führungsschicht (vertreten in der Gemeindepolitik, in der beruflichen Interessensgruppe wie Gewerbeverein/Handelskammer, in der Feuerwehr, als Funktionär der Sparkasse, als Mitglied von Kulturvereinen), die auch das kommunale Kulturgeschehen bestimmte. Diese Oligarchie kontrollierte auf lokaler Ebene alle nur einigermaßen wesentlichen Positionen im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. In Gemeinden wie Amstetten waren sie auch als Mandatare auch auf Landes- und Gesamtstaatsebene tätig. Letzteres wirkte sich besonders positiv auf die Durchsetzung der Anliegen von Vereinen und Verbänden aus.

Als ein Vertreter der Honoratiorenparteien bzw. -gruppen sei exemplarisch für viele andere Anton Schmidl sen., von 1894 bis 1903 Bürgermeister von Amstetten, genannt: „vormaliger“ Besitzer des Hotels „Zum goldenen Adler“ und eines Fleischhauergeschäfts (an die Söhne 1893 übergeben), „nunmehriger Grundbesitzer“, „Sparcassa“-Mitbegründer und Ausschussmitglied, Mitglied des Ortsschulrates, des landwirtschaftlichen Bezirksvereines und der Bezirksstraßenkommission,

Mitbegründer der Rennbahn, Mitglied des Rennvereines und des Verschönerungsvereines, Ehrenmitglied des Veteranenvereines, unterstützendes Mitglied des Gesangs-, des Turn-, Musikvereines und der freiwilligen Feuerwehr.⁴ Was die politische Einstellung dieser Honoratiorenschicht in Amstetten bis 1918 betraf, war sie ab den 1890er Jahren einerseits noch stark vom Deutschliberalismus geprägt, mit mehr oder weniger starkem „völkischen“ Einschlag, andererseits gehörten die ehemals Katholisch-Konservativen in ihrer Mehrheit bereits der Christlichsozialen Partei an. An ihrer Spitze standen in den letzten Jahrzehnten der Monarchie die beiden Bürgermeister Anton Schmidl und Carl Kubasta.⁵

Die Honoratiorenparteien der ersten Zeit nach der vom Kaiser mit Gewalt herbeigeführten neoabsolutistischen Phase gingen mit der schrittweise erzwungenen Verfassungsentwicklung bruchlos in die aufkommenden Massenparteien über.⁶

Der für die lokalgeschichtliche Entwicklung der kommunalpolitischen Situation relevante Rahmen wird bei der Reichsrats- und Gemeindeausschusswahl 1891 angesetzt und reicht bis zur Reichsrats- und Gemeindeausschusswahl 1911, der letzten Stimmabgabe in der Monarchie.

Auf kommunaler Ebene gab es einen Rückschritt aufgrund der Gesamtentwicklung in der Monarchie: Entsprechend der Rückkehr zum absolutistischen System für mehr als ein Jahrzehnt. Durch den jungen Kaiser Franz Josef I. (seit 2. Dezember 1848) wurde die als Ergebnis der Revolution eingeführte liberale Gemeindeordnung wieder zurückgenommen, die ersten Ansätze einer demokratischen Ordnung waren wieder verschwunden. An der Spitze der Gemeindevertretung stand nunmehr der Ortsvorsteher. Mitte 1849 begann die Staatsführung wieder zur absolutistischen Regierungsform zurückzukehren. Ab 1851 bekam der sog. „Neoabsolutismus“ im „Silvesterpatent“ vom 31. Dezember 1851 seine gesetzliche Verankerung. Der vom jungen Kaiser herbeigeführte Rückfall hatte seine Auswirkungen auch auf kommunalpolitischer Ebene. Die freie Zugänglichkeit zu den Gemeindeausschusssitzungen wurde aufgehoben. Deren Öffentlichkeit war das Kernstück der freien Selbstverwaltung. „Ortsvorsteher“, nicht mehr Bürgermeister, sollten von der Regierung ernannt, zumindest bestätigt werden. Die im Zuge erster Demokratisierungsansätze zugestandenen Rechte der Gemeinde wurden wiederum beschnitten. Bald darauf wurden die erst neu eingeführten Bezirkshauptmannschaften aufgehoben und die alten Kreisämter wieder eingeführt. Man schuf aber zwischen Gemeinde und Kreisamt eine Mittelinstanz, das „Gemischte Bezirksamt“. Es entsprach im territorialen Umfang einem Gerichtsbezirk (Das k. k. gemischte Bezirksamt umfasste nur 20 Gemeinden, in ihm gab es keine Gewaltentrennung, Verwaltung und Justizpflege waren wieder

⁴ AWB 38 v. 23.9.1894, S. 1.

⁵ Queiser Adalbert, Geschichte der Stadt Amstetten, Amstetten 1898, S. 162.

⁶ Pelzl Leopoldine, Amstetten unter den Bürgermeistern des 19. Jahrhunderts, Amstettner Beiträge 1979, Amstetten, S. 178 Entstehen und erstes Wirken der Massenparteien, Christlichsoziale Partei; ebenda, S. 179 Sozialdemokratische Partei; ebenda, S. 180 Deutschliberale.

vereinigt.) Amstetten hatte als Bezirksvorort viel an Rang eingebüßt. Die übergeordneten Behörden waren wieder in St. Pölten, auch nachdem 1860 Kreisämter wieder aufgelassen worden waren. Das wichtige „Steuerinspektorat“ wurde nach Waidhofen a.d.Ybbs verlegt.

Die legistische Grundlage für den Neustart auf unterster Verwaltungsebene wurde erst durch das Reichsgemeindengesetz 1862 geschaffen, welches auf das liberale Gemeindengesetz von 1849 zurückgriff. Die Ausführungsbestimmungen des neuen Gemeindgesetzes für Österreich unter der Enns erschienen 1864, in der Niederösterreichischen Gemeindeordnung 1864. Es wurden daher neue Gemeindeausschusswahlen notwendig.

Schon 1861 wurden die Sitzungen der Gemeindeausschüsse wieder öffentlich zugänglich. Die verfassungsrechtliche Entwicklung, die Verwaltungsordnung auf unterster Ebene und die nur sehr langsam sich ändernden Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung beschäftigten die österreichische Politik bis zum Kriegsausbruch 1914. Die Fortsetzung erfolgte erst am Beginn der Ersten Republik, wo die liberal dominierten Gegebenheiten in echt demokratische übergingen.

Zu Beginn 1867 kam es zur Auflassung der unzeitgemäßen „Gemischten Bezirksämter“, Sie wurden durch eine moderne staatliche Organisation ersetzt, die in den politischen Verwaltungsbezirken und den ihnen untergeordneten Gerichtsbezirken ihre Grundlagen hatte. Der Amstettner Bürgermeister Josef Reckentrag (1860-1867) bemühte sich gemäß Beschluss des Gemeindeausschusses vom 3. Februar 1867, dass die neue politische Behörde wieder in Amstetten ihren Amtssitz hatte, was seinem Nachfolger Bürgermeister Ignaz Innerhuber 1867-1887 auch gelang. Die Bezirkshauptmannschaft amtierte seit 1868 in Amstetten.

Gesichert war aber Amstetten als Bezirksverwaltungsort noch immer nicht. Aufgrund des zunehmenden bürokratischen Aufwands (vor allem Steuergesetze) war eine immer größer werdende Anzahl von Beamten notwendig. Dafür waren die bisherigen provisorischen Räumlichkeiten der Bezirkshauptmannschaft im Gasthaus Seidenschwan zu klein. Ende November 1896 wurde vom Bezirkshauptmann eine ultimative Forderung an die Gemeinde gerichtet, dass sie einen Neubau durchführe. Sonst wäre die Bezirkshauptmannschaft in Amstetten nicht zu halten. 1898 zur Stadterhebung wurde auch das neue Rathaus als Sitz der Bezirkshauptmannschaft seiner Bestimmung übergeben.⁷

⁷ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 158 ff Grunderwerbs- und Finanzierungsfrage. Es gab 1900 eine Reform der Einkommenssteuer.



Die Stadterhebung ließ die Vereine aufblühen: 5. September 1898, Stadterhebungsfeier, Eröffnung des neuen Rathauses, 50 jähriges Regierungsjubiläum des Kaisers: „Die Spitzen des Landes bestiegen den Rednerpult, am unteren Hauptplatz konzertierte die Stadtmusikkapelle. Den schmucklosen Kilianbrunnen, der auch durch die Stadtwaage beeinträchtigt war, wollten die Amstettner durch einen Monumentalbrunnen ersetzen.“ (Amstettner Wochenblatt). Die Nationalsozialisten knüpften daran an („SA-Brunnen“). (Bild 14C)

Die Teilnahme der breiten Masse, der „minder-“ bzw. „unbemittelten“ Gesellschaftsschichten der Bevölkerung, musste erkämpft werden. Erste Ansätze finden sich 1848. Nicht nur das Kommunistische Manifest und weitere Ausformulierungen eines Parteiprogramms, die aber auf sich warten ließen, sondern auch die erstmalige Teilnahme von Arbeitern der Vororte Wiens an der bürgerlich-liberalen Revolution 1848/1849 sind Gradmesser für das politische Wirken der sozialdemokratischen Gruppierungen bzw. der sozialdemokratischen Fraktion auf der kommunalpolitischen Ebene, nämlich bei den Wahlen zum Gemeindevorstand, soweit eine Teilnahme überhaupt angesichts der Abwehr der Bürgerlichen unter dem Schutz des Kurien- und Zensuswahlrechts möglich war. Dasselbe gilt für das gegnerische Lager der Klerikalen, die letztlich unter der Bezeichnung „Christlichsoziale“ ihr an der katholischen Kirche orientiertes Programm, auch für die Arbeitnehmer, formulierten. Die Deutschliberalen hatten lange ihre Schwierigkeiten, bis sie als Deutschnationale auch für die untersten Schichten aufgrund vorgelegter Parteiprogramme wählbar wurden, wie die ersten „nationalen“ Gewerkschaftsgruppen zeigen. Das schrittweise Erkämpfen eines gleichberechtigten Anspruchs der Sozialdemokraten, die von vornherein aufgrund ihrer höheren Vertrauenswürdigkeit den größten Zulauf hatten, hatte insofern Erfolg, als dass sich aufgrund der Lockerung der Wahlrechtsbestimmungen in der Markt-, später Stadtgemeinde Amstetten bald eine Mehrheit der sozialdemokratischen Stimmen, aber nicht der Mandatare ergab. Die Reichratswahl 1907, bei der diese ungleiche Wahlordnung aufgehoben war, bestätigt den Erfolg der größten Stimmenanzahl der Sozialdemokraten in der Stadt. Durch die weiter wirksam bleibende

Benachteiligung fehlte ein nachhaltiges politisches Mitbestimmen im Gemeindeausschuss bis zum Zusammenbruch der Monarchie, weil kein gewählter Mandatar als Gemeinderat agieren konnte. Erst ab 1911 gab es eine wirksame Vertretung der unteren Gesellschaftsschichten wenigstens im Gemeindeausschuss, aber der Weltkrieg unterbrach die weitere Entwicklung. Die privilegierten Ober- und Mittelschichten konnten von erfolgreicher Abwehr sprechen, weil sie die k. k. Hochbürokratie, die Regierungen und letztlich den Kaiser hinter sich wussten. Es ist daher von Interesse, wie weit sich einerseits Unmut und Protesthaltung der benachteiligten Sozialdemokraten gefährlich aufstauten bzw. revolutionäre Ansprüche festigen konnten, angesichts der Unmöglichkeit, ein für alle gleiches Wahlrecht zu erreichen, andererseits eine Annäherung an dieses politische Ziel durch einen ruhigen evolutionären Weg, etwa durch den Versuch, für dieses grundsätzliche Anliegen Mehrheiten durch Koalitionen Gleichgesinnter zustande zu bringen, möglich war.

Eine personelle Kontinuitätslinie garantierte unter den allein Politik betreibenden „Besserbemittelten“ in der Einwohnerschaft homogene politische Aktivitäten, vorerst losgelöst von parteipolitischen Einflussnahmen und Prägungen. Wie bereits erwähnt, bestimmten „Honoratioren“ die Kommunalpolitik, eine kleine Elite aus der Bürgerschaft, eine Oberschicht, ökonomisch abgesichert, in der Regel Gewerbetreibende, als Bürgermeister, Vizebürgermeister, meistens nachrückend als ehemalige Gemeinderäte und auch Gemeindeausschussmitglieder.

Immer mehr zeigte sich innerhalb der bürgerlichen Gruppierungen die Konfrontation von liberalen und katholisch-konservativen Ideen, die immer mehr zu ideologischen Prämissen für die realpolitische Umsetzung erstarrten.

Verwaltungsorganisatorisch ergab sich aufgrund der steigenden Verpflichtungen der Gemeinden eine immer stärkere Differenzierung der sachbezogenen Ressorts (Sektionen), die ganz bestimmte Lebensbereiche der Einwohnerschaft abdeckten.

Voraussetzung war die Neuordnung der Verwaltungssachen der Gemeinden, die seit der niederösterreichischen Gemeindeordnung von 1864 zwei Wirkungsbereiche betrafen: den Selbstverwaltungsbereich und den „übertragenen Wirkungsbereich“. In diesem wälzte die staatliche Behörde eine übergroße Zahl an Verwaltungsaufgaben auf die Gemeinden ab. 1889 gab es wegen Arbeitsüberlastung Beschwerden, vor allem der Gemeinden mit eigenem Statut, die auch die Aufgaben der Bezirkshauptmannschaften zu erfüllen hatten.⁸

Entsprechend der Novelle des Gemeindegesetzes 1894 dauerte die bisherige dreijährige Ausschussperiode in den Gemeinden nun sechs Jahre, 1900 war die erste sechsjährige Periode zu Ende.⁹ Personelle Kontinuität im Gemeindeausschuss innerhalb zweier Wahlperioden bedeutete Zufriedenheit und Vertrauen der Bevölkerung in ihre Vertreter, auch wenn es nur bürgerliche

⁸ Ebenda, S. 139-140.

⁹ Ebenda, S. 172.

Mandatare betraf. Die sozialdemokratischen Stimmen, obwohl eine Mehrheit, bekamen kein Mandat zugesprochen, zu groß war das Ungleichgewicht der notwendigen Stimmenanzahl je Abgeordneten. Nach der Wahlrechtsreform von Ministerpräsident Badeni 1896 gab es eine „fünfte Kurie“ auf Reichsratsebene, während es auf kommunaler Ebene innerhalb der zweiten und vierten Kurie der Stadt- und Landgemeinden eine „allgemeine Wählerklasse“, auch „Kurie des allgemeinen Wahlrechts“, gab, in der kein Zensus mehr verlangt wurde. Die bisherigen drei Zensusgruppen blieben zunächst weiter bestehen, bis zur Wahlrechtsreform 1904, wo endgültig ein vierter zensusloser Wahlkörper eingeführt wurde. Gleichsam als Entschädigung wurde den Angehörigen der ersten drei Wahlkörper ein Mehrstimmenwahlrecht (Pluralstimmrecht) zugestanden, das sie hinsichtlich des aktiven und passiven Wahlrechts bevorzugte. Sie konnten mindestens zweimal kandidieren und ihre Stimme abgeben. Trotzdem blieb es bei den Benachteiligten vorerst ruhig.¹⁰ Grundsätzlich wurde das Wahlrecht als Privileg dadurch bestimmt, dass es der Repräsentation vor allem von Vermögen, Grund und Boden, aber auch von Bildung diene. Erst über die Zuordnung in Wählerklassen (Kurien), in denen Wahlkörper (Zensusklassen) die entscheidende Rolle spielten, war man wahlberechtigt. Frauen waren in der ersten Wahlordnung 1861 aufgrund ihrer den Anforderungen entsprechenden sozioökonomischen Stellung prinzipiell wahlberechtigt, wenn auch die Realität meistens anders aussah: So wurden ihnen die wirtschaftliche und soziale Eigenständigkeit abgesprochen. Die erste Wahlordnung nach der Ära des Neoabsolutismus (wenn man von einem ersten gescheiterten Ansatz im Revolutionsjahr 1848 absieht) enthielt das sog. „Februarpatent“ 1861, das für den Landtag, der auch den Reichsrat beschickte, drei Kurien festlegte: Großgrundbesitzer, Städte, Märkte, Handelskammern und Landgemeinden. Nach Gemeindewahlrecht gab es drei nach Zensus bestimmte Wahlkörper, wobei aber in den Landgemeinden nur Mitglieder des ersten und zweiten Wahlkörpers bei der Wahl des Landtags zugelassen waren, bis 1896 über Wahlmänner, Mitglieder des dritten Wahlkörpers waren nicht wahlberechtigt.

Die personelle Besetzung des Gemeindeausschusses zeigt deutliche Kontinuität auf und ist an der Wahlbewegung ablesbar. So wählte am 31. August 1900 eine Gemeinde von 5.670 Einwohnern den neuen Ausschuss, der aus 24 Mitgliedern bestand. Vom abtretenden Ausschuss wurden zwei Drittel wiedergewählt, acht Mitglieder waren neu, wobei zwei Mitglieder wegen Altersgründen bzw. wegen Übersiedlung ausgeschieden waren. Dies war ein großartiger Vertrauensbeweis der Bevölkerung für die Gemeindearbeit unter Bürgermeister Schmidl. Dieser war im dritten Wahlkörper aufgestellt worden und bekam 439 von 458 Stimmen. Unter den acht neuen Ausschussmitgliedern waren der Stationsvorstand und der Leiter der Staatsbahnwerkstätte. Damals waren im „Eisenbahnerort“ zum ersten Mal Eisenbahner in gehobenen Positionen vertreten. Dafür, dass von einer Berufsgruppe von

¹⁰ S. dazu unten am Beispiel der Amstettner Wahlen.

damals ca. 750 männlichen Angehörigen eine adäquate Vertretung im Gemeindeausschuss zu finden ist, musste der Kampf noch weiter geführt werden. Bis Kriegsbeginn 1914 sollte diese Berufsgruppe immerhin ungefähr 1.000 Personen umfassen.¹¹

Politisch prägend war ursprünglich ein Zweilagersystem. Katholisch-konservatives (die „Rechte“) und liberales bzw. deutschnationales Bürgertum (die „Linke“) in der Stadt beherrschten privilegiert durch das Zensus- und Kurienwahlrecht die Gemeindevertretung, vor allem Gewerbetreibende und freie Akademiker. Diese Honoratioren lösten einander ab, wurden nach längerer Tätigkeit im Gemeindeausschuss/Gemeinderat in der Regel Bürgermeister. Es ergaben sich immer bürgerliche Mehrheiten aus den zwei Lagern, der damaligen „Linken“ und „Rechten“, Angehörige des Besitz- und Bildungsbürgertums. Das begüterte Bürgertum der ersten zwei Wahlkörper, reiche Gewerbetreibende und Gasthaus- bzw. Hotelbesitzer, herrschte in der Anfangszeit. Einzelfälle sind engagierte Akademiker, die meistens aus anderen Orten zugezogen waren.¹²

Etwas später, seit Bürgermeister Anton Schmidl, der bei der Gemeindeausschusswahl 1900 als einer der begüterten Amstettner im dritten Wahlkörper kandidierte, gewann dieser Wahlkörper an Bedeutung und konnte größeren Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen. Mit dem Aufkommen der Massenparteien änderte sich die Situation, die Wahlbewegung gewann auch für die „minder-“ bzw. „unbemittelten“ Gesellschaftsschichten an Bedeutung. Die ideologisch ausgerichteten politischen Parteien nahmen ab den 1880er Jahren in der Einwohnerschaft Einfluss auf die Kommunalpolitik, wenn auch noch vielfach außenstehend bzw. von außen eingreifend, vor allem durch Gründung von Vereinen, die sich besonders um die Anliegen der Arbeitnehmer kümmerten. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre, mit der zunehmenden Industrialisierung, kam eine neue Berufsgruppe dazu: der Industriearbeiter, dem vorerst alle politischen Rechte abgesprochen und auch weiter verweigert wurden, aus rein machterhaltenden, immer mehr auch ideologischen Gründen der privilegierten bürgerlichen Ober- und Mittelschichten. Der Geruch des Radikalen, eben Revolutionären haftete in den Augen der Bürgerlichen der Arbeiterschaft an bzw. wurde ihr zugeschrieben. Sie verlangten Rechte der Mitbestimmung und Besserung der sozialen Situation, mit ideologischen Argumenten, die auf eine Befreiung der Arbeiterklassen hinausliefen. Sicherlich war auch das Jahr 1848 dafür verantwortlich: Das Kommunistische Manifest blieb nicht unbekannt und die aufkommenden Linksparteien gewannen mit ihren Programmen die Industriearbeiter für sich. Zunehmender Protest und Aufstand gingen mit der Industrialisierung im Gleichschritt, weil politische und soziale Rechte lange verweigert wurden. Die Arbeiterschaft fand sich in ihrer überwiegenden Mehrheit in der Sozialdemokratie vertreten, die, wenn auch in zwei Fraktionen gespalten, in ihrer

¹¹ Ebenda, S. 181 Wahlbewegung; ebenda, S. 182 ff Zeit des 1900 gewählten Gemeindeausschusses; ebenda, S. 168 ff Politische Arbeit im Gemeindeausschuss.

¹² Aus Freihammer, Republik, a.a.O., passim.

Mehrheit einen gemäßigten evolutionären Weg verfolgte, der sich auch nach dem Umbruch 1918/1919 im „Austromarxismus“ grundsätzlich fortsetzte, bis zur gezielten Abschaffung der Demokratie durch die Bürgerlichen unter Dollfuß und Schuschnigg.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft verlangte grundsätzlich politische Mitbestimmung im Rahmen von Wahlen, um auf diesem Weg, nicht durch Umsturz oder Revolution die soziale Situation verbessern zu können, zuerst das Zugestehen politischer Rechte, dann die Lösung der sozialen Frage. Voraussetzung war die Wahlrechtsänderung zu ihren Gunsten, die nur in kleinen Schritten erfolgte. Sie errangen hier mäßige Erfolge, und diese nur aufgrund der Schwäche des Habsburgerregimes. Hier staute sich revolutionäres Potenzial auf, wie Proteste, Aufmärsche, Demonstrationen und Streiks der Industriearbeiter beweisen. Es wurde vorerst wenigstens eine Kurie ohne Zensus auf Reichsratsebene, verzögert auch auf Landes- und Gemeindeausschussebene erreicht, die unterschiedliche Wertigkeit der Stimme blieb erhalten. Die Wahlrechtsentwicklung, die sich auf oberster Ebene zugunsten eines allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Männerwahlrechts geändert hatte, blieb aber auf Landes- und Gemeindeebene weiterhin restriktiv.

Zu den revolutionshemmenden Faktoren zählt auch die auffallende Habsburgertreue eines Teils der Gesellschaft, besonders auch von dominanten Teilen der Christlichsozialen, die auch in der Ersten Republik, besonders nach der Machtübernahme des VF-Regimes, und hier wieder besonders gefördert durch Bundeskanzler Schuschnigg, weiterbestand. Diese Art eines Österreichpatriotismus bestand traditionell weiter innerhalb der deutschen Kulturgemeinschaft, zu der sich die Österreicher zugehörig wussten. Jedenfalls wurde es ihnen so suggeriert. Angesichts dieser von oben her vermittelten Loyalität gegenüber dem Haus Habsburg bzw. ihren Kaisern fand eine österreichische Staatsidee, gar eine republikanische, nur in bestimmten Kreisen Widerhall.

Trotz der Gewinne der Sozialdemokraten auf demokratischem Weg seit dem Bestehen einer „fünften bzw. allgemeinen Kurie“ bei Reichsrats- und Landtagswahlen, einer im Verhältnis zur Zahl der Berechtigten wenig einflussnehmenden politischen Partizipationsmöglichkeit (aufgrund des zahlenmäßigen Ungleichgewichts der Mandatsbewertung) und einer schrittweisen Zulassung zu Wahlen innerhalb der dritten und vierten Kurie bzw. im vierten Wahlkörper auf der kommunalen Ebene stieg durch ständige Verweigerung der Gleichberechtigung vor allem um die Jahrhundertwende das revolutionäre Potenzial. Immer stärker wurden auch radikale Einflüsse sichtbar. Die Krise der Kriegssituation und die Auswirkungen der erfolgreichen Russischen Revolution hatten großen Einfluss im letzten Kriegsjahr, weshalb die Proteste auf der Straße zunahmen. Es etablierte sich in der Folge ein direkt übernommenes und ein modifiziertes Räte-System in der Übergangszeit.

Die Rahmenbedingungen für sämtliche politischen und sozialen Entwicklungen schuf die jeweilige Kommunalverfassung. Seit 1849 als Folge des Revolutionsjahres 1848 gab es ein Kaiserliches Patent,

das das Provisorische Gemeindegesetz zuließ, in dessen Präambel stand: „Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.“ Sie war das Vorspiel zur eigentlichen Gemeindeordnung von 1862. Die Wahlen in die Gemeindevertretung hatten eine Gemeindeordnung als Voraussetzung, die die Verwaltungsorganisation auf der untersten Ebene regelte. Die Gemeinde wurde als Selbstverwaltungskörper (eine Gebietskörperschaft mit staatlich-übertragenen Verwaltungsteil und eigenem selbständigen Verwaltungsbereich laut österreichischer Gemeindeordnung eingerichtet. Als Vertretungsorgan der Bewohnerschaft war ein Gemeindeausschuss zu wählen, welcher wiederum den Gemeindevorstand wählt (Bürgermeister und zwei Gemeinderäte ursprünglich). In Amstetten wurde der Marktrichter als Gemeindevorstand durch den Bürgermeister seit 1850 abgelöst. Erster Bürgermeister war Max Christ.

Wie das Wahlsystem den privilegierten Gesellschaftsschichten lange Zeit entgegenkam, kann an einzelnen Details auf kommunale Ebene aufgezeigt werden. Aufgrund dieser Tatsache war für die anderen nur eine eingeschränkte Mitbestimmung möglich. Trotz zaghaft-fortschrittlicher Modifikationen zugunsten der benachteiligten Gruppen galt weiterhin das Kurien- und Zensuswahlrecht bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Bestimmte Gesellschaftsgruppen blieben auf der kommunalen Ebene ausgeschlossen, sowohl vom aktiven als auch vom passiven Wahlrecht. Das Wahlrecht in den Reichsrat, in die Landtage und die Gemeindeausschüsse beruhte auf Kurien (Wählerklassen) und Wahlkörper (nach Steuerleistung/Zensus definiert). Die Wahlstimme aufgrund der Kurienzuordnung beruhte auf dem Stand (Adel, Geistlichkeit, Bürgerliche bzw. Restbevölkerung), Wohnort, Bildung, Grundbesitz, Vermögen und Pflichten gegenüber dem Staat wie das Steueraufkommen (Zuordnung zu Wahlkörpern/Zensusklassen). Es bestanden vier Kurien, die nach folgenden Kategorien (Vermögens-, Berufs- bzw. Erwerbsgruppen gebildet wurden: 1. Kurie: Großgrundbesitz, 2. Kurie: Bewohner der Stadt-, Marktgemeinden und Industrieorte, 3. Kurie: Handels- und Gewerbekammern, 4. Kurie: Bewohner der Landgemeinden. Die vorgeschriebene Mindeststeuerleistung sah folgendermaßen aus: Als Zensus waren für die zweite und vierte Kurie (Stadtgemeinden und Landgemeinden) vorgesehen: 10-20 fl. 1867-1883, 5 fl. 1883-1896, 4 fl. 1896-1907. Für die besonders privilegierte erste und dritte Kurie (Grundbesitzer und Handels- und Gewerbekammern) benötigte man keine Limitierung, man musste Grundbesitz und/oder Vermögen bzw. reichlich Einkommen haben und der gesellschaftlichen Oberschichte angehören.¹³

¹³ Der Mindestzensus betrug damals 10 bis 20 fl. Es bestand damals auch ein Wahlrecht für Frauen nur in der 1. Wählerklasse.

Exemplarische Veranschaulichung der Gewichtung der Stimmen aus der Reichsratswahl 1873: Kurie: Großgrundbesitz (4.505 Wähler, 85 Mandate)

1. Kurie: Bewohner der Stadt-, Marktgemeinden und Industrieorte (170.640 Wähler, 118 Mandate)
2. Kurie: Großkaufleute, Industrielle (485 Wähler, 21 Mandate)
3. Kurie: Bewohner der Landgemeinden (1,083.600 Wähler, 129 Mandate).

Der politische Bezirk und die Stadt Amstetten gehörten zu zwei Wahlbezirken in Niederösterreich mit unterschiedlicher Zuordnung, getrennt nach Stadt und Gerichtsbezirk, dem 41. und 46. Wahlbezirk an. Der Wahlbezirk 41 umfasste die Städte, Märkte und Industrieorte St. Pölten, Herzogenburg, Melk, Pöchlarn, Ybbs, Scheibbs, Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs. Der Wahlbezirk 46 entsprach dem Gerichtsbezirk Amstetten und umfasste die restlichen Landgemeinden. Insgesamt gehörten diese Wahlbezirke dem Wahlbezirk VI St. Pölten an.

In der Dezemberverfassung 1867 wurde festgelegt, dass die Landtage die Reichsratsabgeordneten entsenden, aufgrund des indirekten Wahlrechts. In den drei oberen Kurien wurden die Abgeordneten nach dem Mehrheitssystem in Wahlkreisen gewählt, in den Landgemeinden durch Wahlmänner. Gab es in den Landtagen ebenfalls vier Kurien (dazu privilegierte Sonderstimmen, „Virilstimmen“, für Geistliche Universitätsrektoren), so gaben in der kommunalen Ebene, bei Gemeindeausschusswahlen, vor allem die Wahlkörper (Zensusklassen) den Ausschlag. 1873 gab es eine Wahlrechtsreform (Reichsgesetzblatt 40) ebenfalls mit vier Kurien, wobei für die zweite und vierte Kurie mindestens 10 Gulden an direkter staatlicher Steuer Voraussetzung waren. Die Reichsratsabgeordneten wurden nun direkt gewählt (mit der Einschränkung, dass in der letzten Kurie nach einem indirekten Wahlsystem-durch Wahlmänner-gewählte Vertreter saßen), wodurch das Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder bisher von den Landtagen entsandt wurden bzw. aus dem Kreis der Landtagsmitglieder entstammten, zum ersten Mal zu einer Volkskammer wurde (wenn man vom dem nur kurz dauernden, durch Volkswahl zustande gekommenen konstituierenden Reichstag 1848 absieht). Weiterhin stand aber durch die bestehenden Einschränkungen durch Kurien und Zensus der Gedanke der Interessenvertretung, nicht der Volksvertretung im Vordergrund. Das Wahlrecht war nur teilweise geheim, weil in der vierten Wählerklasse eine zum Teil öffentliche Wahl vorgeschrieben war. Außerdem wurde nach einem Mehrheitswahlrecht gewählt: die Stimmenmehrheit entsandte einen Abgeordneten im Wahlkreis, die Minderheitsstimmen blieben unberücksichtigt. Vor allem blieb das Wahlrecht ungleich. Das Wahlrecht in die Landtage besaßen wie im Reichsrat bis zur Wahlrechtsreform 1907 in der zweiten und vierten Kurie nur die „Zehnguldenmänner“ und darauffolgend die „Fünfguldenmänner“ und „Vierguldenmänner“. Das war eine wenig besitzende Schicht, aber sie war wenigstens wahlberechtigt, die große Masse hatte kein Wahlrecht.

Die nächste Wahlrechtsreform erfolgte 1883, der Zensus wurde auf mindestens fünf Gulden herabgesetzt: direktes, ungleiches Wahlrecht. Es folgte 1896 die nächste Wahlrechtsreform, mit dem Ergebnis der Schaffung einer fünften Kurie, aber nur auf Reichsratsstufe (72 Abgeordnete). In ihr

konnte von allen volljährigen männlichen Staatsbürgern gewählt werden: direktes, ungleiches, allgemeines Wahlrecht. Die letzte Wahlrechtsreform vor dem Ersten Weltkrieg gab es 1907: direktes, gleiches, allgemeines Männerwahlrecht. Im Abgeordnetenhaus wurde Zahl der Mandatare auf 516 Abgeordnete aufgestockt. Das geheime Wahlrecht wurde erst ab 1909 auf der Kommunalebene verwirklicht.

Ungleich war 1873 das Wahlrecht durch die Mandatszuteilung auf die einzelnen Wählerklassen: Auf einen Abgeordneten des Reichsrats entfielen in der ersten Wählerklasse (Großgrundbesitzer) 59 Wähler, in der zweiten 1580 (Städte, Märkte, Industrieorte), in der dritten 23 (Handels- und Gewerbekammern) und in der vierten 8.400 (Landgemeinden).¹⁴

Durch die Wahlreform des Ministerpräsidenten Taaffe (Reichsgesetzblatt 142) 1883 mit der Herabsetzung des Steuerzensus in den zwei unteren Wählerklassen auf fünf Gulden wurde die Basis der Interessenvertretung um durchschnittlich 30% erweitert, wodurch Teile des Kleinbürgertums und Bauernstands hinzukamen. Die Badenische Wahlreform vom 14. Juni 1896 mit der Senkung in der Kurie der Städte und Landgemeinden auf vier Gulden (Reichsgesetzblatt 226) und die Einführung einer allgemeinen Wählerklasse („fünfte Kurie“) steigerten die Zahl der Wahlberechtigten auf 5,5 Millionen. Die 3,8 Millionen dieser Wählerklasse waren aber nur durch 72 Abgeordnete vertreten, weshalb die ca. 5.000 Wahlberechtigten der ersten Wählerklasse mit ihren 85 Abgeordneten die 3,8 Millionen Wähler majorisieren konnten. Die Wähler der ersten vier Wählerklassen konnten ab diesem Zeitpunkt auch in der fünften Wählerklasse ihre Stimme abgeben bzw. kandidieren (Pluralwahlrecht). Insgesamt war die Zahl der Abgeordneten von 353 auf 516 erhöht worden.

Ab der Landtagswahlordnung vom 21. Oktober 1907 waren 127 Mitglieder in den Landtag zu wählen, wovon 124 gewählt wurden, drei waren Virilstimmen, die keiner Wahl unterlagen (zwei Erzbischöfe und der Wiener Universitätsrektor). Die auch Amstetten betreffenden Abgeordneten bildeten den Wahlbezirk 46 (Städte) und den Wahlbezirk 41 (Gerichtsbezirk, nur Landgemeinden).¹⁵

Die weiteren Ausführungen werden vor allem auf die kommunale Ebene vor allem die Gemeindevertretungswahlen in Amstetten betreffend fokussiert, weil sie die Bestätigung liefern, dass sich der Kampf um wenn auch schrittweise erlangte demokratische Rechte für die bisher Benachteiligten lohnte. Die ersten Sozialdemokraten (allgemeine Wählerklasse) kamen nicht über die anlässlich der Wahlrechtsreform 1896 gebildete „Kurie des allgemeinen Wahlrechts“ innerhalb der zweiten und vierten Kurie, sondern erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts ab der Wahlrechtsreform

¹⁴ Brauner, Lachmayer, Verfassungsgeschichte, a.a.O., S. 159: von 20,5 Millionen wahlberechtigten Einwohnern waren nur 1,7, ca. 12 %, wahlberechtigt, von der Gesamtbevölkerung nur 6 %.

¹⁵ Aufgeteilt in Kurien wurden 16 Abgeordnete von den Großgrundbesitzern, vier von den Handels- und Gewerbekammern, 46 von den durch die Wahlordnung bezeichneten Städten, Märkten, Industrieorten außerhalb Wiens und den Landgemeinden, 58 von der allgemeinen Wählerklasse gewählt. Zur Rolle der Wahlbezirke anlässlich Landtagswahlen in Amstetten s. unten.

1904 über den neu gebildeten vierten zensuslosen Wahlkörper in den Gemeindevorstand, wobei sie auf Anhieb die zahlenmäßige Mehrheit an Stimmen erreichten.

Ohne die Vorgeschichte im 19. Jahrhundert sind die Folgewirkungen in der Ersten Republik nach der Zäsur 1918 nur schwerlich zu verstehen, weil ihnen der Kontext der Entwicklung fehlt. Die Entwicklung in den Führerstaat autoritärer und letztlich faschistischer Prägung mit den Zäsuren 1934 und 1938 hat ihre Wurzeln in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, sowohl in verfassungs- als auch in parteipolitischer Hinsicht. Das Umsturzjahr 1918 war die große Zäsur, der große Hoffnungsschimmer auf demokratische Verhältnisse, der aber bald verblasste. Auf den ersten Blick scheint dieser Bruch eine Art Stunde null zu sein, was sich aber in Betrachtung des Kontextes eindeutig widerlegen lässt.

Insgesamt sechs Gemeindevorstandswahlen sollten von 1891 bis zum Kriegsausbruch 1914 zuerst in Dreijahres-, ab 1894 in der Regel in Sechsjahresabständen abgehalten werden. Die Legislaturperioden wurden nicht immer gemäß zeitlichen Vorgaben für die Legislaturperioden eingehalten. Es fanden Gemeindevorstandswahlen 1891, 1894, 1900, 1905 und 1911 statt.¹⁶

Die amtierenden Bürgermeister waren ab 1850 folgende: Max Christ (1850-1854), Carl Kroiss (1854-1860), Josef Reckentrug (1860-1867, Ortsvorsteher bzw. Bürgermeister), Ignaz Innerhuber (1867-1887, auffallend mit acht Wahlperioden), Johann Wagmeister (1887-1894), Anton Schmidl (1894-1903), Carl Kubasta (1903-1924).

Der gewählte Gemeindevorstand 1864 bestand aus 12 Mitgliedern, wie es einer Gemeinde von 500-1.000 Einwohnern entsprach. Mit dem Bürgermeister bildeten zwei Gemeinderäte die Gemeindevorstellung. Der Gemeindevorstand samt seinen Ersatzmitgliedern bestand berufssozial gesehen in seiner Mehrheit aus Handels- und Gewerbetreibenden: Kaufleuten, Handwerkern (Meister), Gastwirten und einem Müller (Meister), dazu kamen ein Wundarzt, ein Postmeister (Ignaz Innerhuber, der spätere Bürgermeister), und der „Öffentliche Agent“ (Geschäftsbesorger bzw. Geschäftsvermittler Dr. Andreas Edler von Hofer, Enkel des Tiroler Freiheitshelden).

Das ungleiche Wahlrecht kennt eine Abstufung bzw. Wertigkeit der Stimmenzahl, eine ungleiche Wertung der Stimmen nach Besitz, Steuerleistung. Dazu kam noch das Pluralwahlrecht, das Mehrstimmenwahlrecht der österreichisch-ungarischen Monarchie, nach dem ein Wähler der ersten vier Kurien in der ab 1896 neu geschaffenen „fünften Kurie“ noch einmal kandidieren und wählen konnte bzw. auf der unteren Ebene der Kommunalpolitik der ersten drei Kurien in der vierten Kurie. Es gab realiter kein Frauenwahlrecht, kein aktives und passives Wahlrecht aller eigenberechtigten volljährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts bis zur Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich am 12. November 1918, bei der die Zuerkennung dieses Rechts beschlossen wurde. Es gab aber kurzzeitige Ausnahmen, die ab dem Februarpatent 1861

¹⁶ Vorher gab es Gemeindevorstandswahlen 1864, 1867, 1873, 1879, 1885 und 1888.

(Regierungsentwurf für eine Reichsverfassung nach dem Neoabsolutismus) möglich waren, indem in einer neuen Wahlordnung für Länder und Gemeinden für eigenberechtigte steuerzahlende Frauen das aktive Wahlrecht vorgesehen war (vom niederösterreichischen Landtag angenommen).

Amstetten gehörte jedenfalls 1891 zu den Gemeinden, die dieses Wahlrecht unabhängig vom Geschlecht unter Nachweis einer Mindeststeuer realisiert haben.¹⁷

Es wurde immer stärker von den „minder-“ bzw. „unbemittelten“ Schichten Mitsprache gefordert. Der Druck der Massen wurde immer größer, weil sie wussten, dass sie nur auf diese Weise ihre sozial prekäre Lage verändern konnten und nicht auf Almosen von oben angewiesen sein wollten. 1896 wurde für die Reichsrat- und Landtagswahlen eine „5. Kurie“, eine „Kurie des allgemeinen Wahlrechts“, eine „allgemeine Wählerklasse“ bewilligt, nachdem der Druck der politischen Lager zu groß geworden war. Das Gesetz war ab 1897 in Kraft. Für die Reichsratswahl 1897 waren seit der Badenischen Wahlrechtsreform 1896 innerhalb einer „fünften Kurie“ sämtliche heimatberechtigten Männer über 24 Jahre wahlberechtigt. Parallel wurde auf kommunaler Ebene ebenfalls eine „Kurie des allgemeinen Wahlrechts“ innerhalb der dritten und vierten Kurie (Stadt- und Landgemeinden) geschaffen. Somit waren bei der Gemeindeausschusswahl 1900 in Amstetten 1.205 Männer bei einer Einwohnerzahl von 5.670 wahlberechtigt. Zieht man die Zahl der Steuerpflichtigen ab, so ist ersichtlich, dass die überwiegende Zahl der Männer, nämlich 885, keine 630 fl = 1.260 Kronen im Jahr verdienten. Alle Jahreseinkünfte über 630 fl = 1.260 Kronen unterlagen der Einkommenssteuer, ausgenommen waren die Arbeitereinkommen. In Amstetten zahlten 320 Personen Einkommenssteuer, 265 gehörten der niedrigsten Klasse an, 52 der mittleren und nur drei der höchsten. Gemäß Wahlordnung wurden der niedrigsten Klasse aber sehr wenige Mandate zugewiesen, wobei für ein Mandat eine verhältnismäßig große Stimmenanzahl erforderlich war.¹⁸ Eine berufssoziale Zusammensetzung ist für diese Zeit aufgrund fehlender Daten nicht möglich. Repräsentativ kann die berufssoziale Zusammensetzung der Ausschussmitglieder bzw. der Wahlberechtigten je Kurie herangezogen werden.

Zu beachten sind die schrittweisen Änderungen in der Wahlberechtigung, im Wahlvorgang und in der zeitlichen Dauer der Legislaturperioden. Auf Gemeindeausschussebene wurde bis 1894 alle drei Jahre gewählt, wahlberechtigt waren nur Männer, als Mindestalter war das vollendete 24. Lebensjahr (für aktives und passives Wahlrecht) vorgeschrieben. Es bestanden weiterhin drei Wahlkörper (nach Zensus/Steuerleistung) und vier Wählerklassen/Kurien. Der Zuordnung zu Wahlkörpern, die sich nach der jeweiligen Steuerleistung der Gemeindemitglieder zusammensetzten, lag ein kompliziertes Verfahren zugrunde: Man reihte die Gemeindemitglieder nach ihrer

¹⁷ Hasenmayer, Göhring, Neuzeit, a.a.O., S. 150; Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 175 ff.

¹⁸ Ebenda, S. 175 Einkommensverhältnisse 175; ebenda, S. 181 Wahlen. Auf der Kommunalebene galt folgende Kurieneinteilung: 1. Grundbesitzer, 2. Handels- und Gewerbetreibenden, 3. Stadtgemeinden, 4. Landgemeinden.

Steuerleistung und ermittelte den Gesamtbetrag der Gemeinde an der direkten staatlichen Steuer. Dieser wurde gedrittelt: die Wohlhabenden, die zusammen das erste Drittel aufbrachten, bildeten den ersten Wahlkörper, die größere Anzahl derer, die in der Steuerleistung folgten, den zweiten und der große Rest bildete den dritten Wahlkörper, wenn auch mit ungleicher Stimmengewichtung. Dies setzte voraus, dass bei gleichem Anteil des Steuerertrags je Wahlkörper für dessen Aufbringung im zweiten und dritten Wahlkörper entsprechend mehr Zahlende notwendig waren.

Die Reichen hatten im Verhältnis zu den anderen einen großen Rechtsvorteil, der ihnen gemäß Vermögen bzw. Steuerleistung durch diese Zuordnung in Wählerklassen/Kurien und Wahlkörper/Zensusgruppen zugestanden wurde. Es war ein System, das die Massen, abblockte. Wer nicht Steuer zahlte (Gesellen, Dienstboten, Arbeiter, Tagelöhner etc.), besaß kein Wahlrecht. Jeder der Wahlkörper wählte ein Drittel der Ausschussmitglieder. Der Ausschuss wählte den Gemeindevorstand aus seinen Mitgliedern, der sich aus dem Bürgermeister und den Gemeinderäten zusammensetzte. Er war das beschließende und überwachende Organ in allen Belangen¹⁹, die im Interesse der Gemeinde lagen. Der Bürgermeister besorgte auch die Geschäfte des „übertragenen Wirkungsbereichs“, wie es 1862 festgelegt worden war, d.h. alle Agenden, die der Gemeinde zum Zweck der öffentlichen Verwaltung zugeteilt waren: direkte Steuern und Strafgelder, Mitwirkung bei der militärischen Verwaltung und das Fremdenwesen.

Eine kleine Gruppe von sog. Honoratioren aus den oberen gutsituierten Gesellschaftsschichten bestimmte somit lange Zeit kontinuierlich die Gemeindepolitik: Hotelbesitzer, Cafehausbesitzer, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Anwälte. Auf den ersten Blick amtierten sie vor allem aufgrund ihres Vermögens und ihrer Reputation in der Einwohnerschaft, natürlich hatten sie auch eine politische Einstellung, wie sie sich damals im cisleithanischen Teil der Monarchie auch auf der kommunalpolitischen Ebene widerspiegelte.

Besonders seit der Zeit Bürgermeisters Innerhuber (1867-1887) änderten sich die Ausschüsse in ihrer personellen Zusammensetzung nur wenig. Es rückten die jeweils erfolgreichsten Männer (in der Regel Gewerbetreibende) als Honoratioren nach, wenn jemand wie der Rechtsanwalt Dr. Gustav Daghofer 1891 sein Mandat zurücklegte oder das langjährige Gemeinderatsmitglied Bartholomäus Winkler 1893 verstarb. Schon 1884 war Eisenhändler Friedrich Kroiss, Sohn des verstorbenen Altbürgermeisters, Mitglied des Ausschusses geworden, 1885 trat der Hotelier und Saalbesitzer Heinrich Ripka in den Gemeindevorstand ein, in der Folge kamen der Bahnhofshotelier Hofmann und der Rohproduktenhändler Carl Kubasta²⁰ dazu, um nur einige aus der Gruppe der „Besserbemittelten“ zu nennen.

¹⁹ Ebenda, S. 13 Vom Gemeindevermögen bis zur Armenfürsorge und öffentlichen Schule.

²⁰ Carl Kubasta hat seit 1893 Gemeindekasse verwaltet. Er war 1887 aus Wallsee nach Amstetten gekommen, wo er einen ausgedehnten Rohproduktenhandel aufbaute. Er sollte die Gemeinde als Bürgermeister (1903-1924) in die neue Zeit, in die Erste Republik führen.

Der Ausschuss war eine eingeschulte, erfahrene Arbeitsgemeinschaft. Seine Mitglieder waren unter Bürgermeister Wagmeister fast immer vollzählig zu Sitzungen erschienen, nicht wie bei seinem Vorgänger Innerhuber und seinem Nachfolger Schmidl, wo Sitzungen mangels Teilnahme beschlussunfähig waren. Die Sitzungen bei Wagmeister zeichneten sich durch „lebhaft Debatten“ aus, also Ansätze zu demokratischen Spielregeln, persönliche Anteilnahme und gründliche Beratung galten als Voraussetzung. Bei den anderen Bürgermeistern wurde vorgegebenen Anträgen nur zugestimmt. Wagmeister erhöhte zu Beginn seiner Amtszeit die Wirksamkeit des Gemeindeausschusses durch die Bildung von ständigen Sektionen. Sie wurden je nach persönlicher Eignung besetzt, indem ständige Betreuung und rasche Einsatzbereitschaft im Vordergrund standen.

6.1.1. Reichsrats- und Gemeindeausschusswahl 1891

Am 2. März 1891 gab es Wahlen zum Reichsrat. Sie brachte einen gewaltigen Mandatsgewinn der liberal-nationalen Partei der Jungtschechen (übernahmen 70% der Altschechen-Mandate). Sie wollten die Loslösung von der Monarchie. Ministerpräsident Eduard Taaffe verlor seine konservativ-slawische Regierungsmehrheit. Er zog die „Vereinigte Linke“ heran und lavierte auf diese Weise bis zum 29. Oktober 1893, als er aufgrund seines gescheiterten Wahlrechtsreformvorstoßes in Richtung Mobilisierung breiter Wählerschichten zurücktrat.

Seit den 1860er Jahren gab es zwei große politische Gruppierungen im Reichsrat. Die „Rechte“ bestand aus dem rechten Zentrum (vorwiegend deutschkonservativ Klerikale), den Polen und Tschechen. Die „Linke“ bestand aus den Deutschliberalen und der Vereinigten Fortschrittspartei. Sie schlossen sich im November 1881 zur „Vereinigten Linken“ zusammen. In der Folge standen den Deutschliberalen, Deutschnationalen und Schönerianern, Deutschkonservativen, inklusive Slowenen, die Deutschen Christlichsozialen gegenüber. Dazu kamen andere Völker wie Tschechen, Polen, Ruthenen, Südslawen, Italiener, Rumänen. Zuletzt waren ab der Reichsratswahl 1897 auch die Sozialdemokraten vertreten.

Zur gleichen Zeit fand 1891 auch eine Gemeindeausschusswahl statt. Es wurden Plakate in der Gemeinde affiziert, aus denen die Namen der „Wahlberechtigten“ der drei Wahlkörper ersichtlich waren. Damals erfolgte die Information der Wahlberechtigten in Plakatform.²¹

Gemeindeausschusswahlen fanden zu diesem Zeitpunkt nur im kleinen Kreis statt. Der große Teil der Einwohnerschaft war ausgeschlossen. Diese „Besserbemittelten“ machten die Kommunalpolitik unter sich aus, so wollte es die liberale Idee.

Im „Verzeichnis sämtlicher Wahlberechtigter der Marktgemeinde Amstetten 1891“ sind die Wahlberechtigten angeführt. Es hatte Plakatform und dürfte öffentlich affiziert worden sein. Es werden abgesehen von den sonstigen Wahlberechtigten, an denen sich in der Folge die personelle

²¹ STA GRP 5. 3.1891 (Protokoll mit unsicherer Datumsangabe); STA Plakatsammlung Josef Freihammer.

Kontinuität im Gemeindevorstand für die folgende Zeit nachvollziehen lässt, auch Frauen und jüdische Mitbürger namentlich angeführt. Es findet sich eine interessante gesellschaftliche Mischung, dominierend die vermögende bürgerliche Oberschicht und die obere Mittelschicht der Einwohnerschaft, dazu einige Vertreter des Mittelstands, besonders auffallend aus dem Lehrerstand, darunter auch Frauen. Prinzipiell waren Frauen bereits im Revolutionsjahr 1848²² und besonders seit dem Februarpatent 1861 nicht vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen. Es hing auf der kommunalen Ebene sicherlich vom amtierenden männerbesetzten Gemeindevorstand ab, ob sie aufgrund ihrer ökonomischen Verhältnisse wahlberechtigt waren. Dieses zugestandene Recht auf Stimmabgabe dürfte aber als Sonderprivileg die Ausnahme gewesen sein. In der Marktgemeinde Amstetten war dies anlässlich der Gemeindevorstandswahl 1891 jedenfalls möglich. Das damals geltende Kuri- und Zensuswahlrecht ermöglichte es Frauen, das Privileg des aktiven Wahlrechts für sich zu beanspruchen. Wie die politische Praxis bzw. der tatsächliche Vollzug des grundsätzlich Frauen zugestandenen Wahlrechts in Amstetten damals ausgesehen hat, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. In der Regel wurden sie an der realen Ausübung ihres Rechts gehindert, weil sie das Wahllokal nicht betreten durften und einen Mann mit der Stimmabgabe bevollmächtigen mussten. Im gewählten Gemeindevorstand war jedenfalls keine Frau vertreten-übrigens bis einschließlich der letzten Gemeindevorstandswahl vor dem Ersten Weltkrieg 1911. Die folgenden Wahlrechtsreformen engten nämlich das Wahlrecht immer mehr ein, sodass letztendlich die Beteiligung an Wahlen für Frauen gänzlich verschwand. Bereits 1867 verbot das Vereinsgesetz (Paragraf 30) die Aufnahme von „Frauenspersonen“ in politische Vereine, wie es die Parteien waren. Ab 1907 galt nur mehr das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht, womit der Ausschluss der Frauen von jeder politischen Berechtigung seinen Höhepunkt erreichte. Mit der Abschaffung des Kuriensystems wurde auch den wenigen Großgrundbesitzerinnen, die seit der Wahlrechtsreform 1907 noch wahlberechtigt waren, ihr Recht entzogen.²³

²² Die Wahlordnung zum konstituierenden Reichstag schloss Frauen nicht aus, sie konnten aber in der Realität aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Beschränkungen-es wurde ihnen keine Eigenständigkeit zugestanden-nicht teilnehmen.

²³ Ab 1907 verstärkte die österreichische Sozialdemokratie den Kampf um das Frauenwahlrecht, konform gehend mit der internationalen sozialistischen Frauenstimmrechtsbewegung, die 1910 die Einführung eines internationalen Frauentags beschloss, der jedes Jahr auf den Kampf um das Frauenwahlrecht öffentlich aufmerksam machen sollte. In der Habsburgermonarchie wurde er ab 1911 mit einer machtvollen Frauendemonstration in Wien begangen. Ab diesem Zeitpunkt wurden sowohl am 1. Mai als auch am Frauentag Massendemonstrationen in Wien abgehalten. In Amstetten engagierte sich ab diesem Zeitpunkt die „Hausfrau“ Katharina Graf, Gattin eines Bahnbeamten, bereits als jugendliche Kämpferin (geb. 1873 in Capodistria in Istrien). Erste Erfolge hatte sie in ihrem Kampf um politische Gleichberechtigung, als sie am 28. Dezember 1918 als einzige Frau ohne vorangegangene Wahl im Amstettner Gemeinderat aufschien. Wie sie sich in dieses Männergremium hineinreklamiert hatte, muss offen bleiben. Jedenfalls musste ihr damals als deklarierte Sozialdemokratin trotz traditioneller Männerdominanz dieses Recht mit Zustimmung des amtierenden christlichsozialen Bürgermeisters Carl Kubasta eingeräumt worden sein. Katharina Graf war auch

Die Mehrheit der öffentlich ausgewiesenen wahlberechtigten Frauen schien entweder mit der Bezeichnung „ohne Berufsangabe“ auf oder gehörten der Kategorie „Hausfrau“ oder „Witwe“ an. Da das Recht der politischen Betätigung das Privileg der Besitzenden und Gebildeten war, wobei es in erster Linie um die Repräsentation von Vermögen und Grund und Boden ging, ist anzunehmen, dass es sich bei den drei ausgewiesenen Kategorien um vermögende Amstettner Frauen handelte. Sie waren wie auch die Männer seit dem Februarpatent 1861 Wählerklassen (Kurien) zugeordnet, in denen Wahlkörper (Zensus: Steuerleistung) den Ausschlag gaben. Es überrascht, dass auch Lehrerinnen, die in Ausübung ihres Berufs damals unverheiratet sein mussten, als wahlberechtigt aufscheinen. Angehörige des Kleinbürgertums, die den nötigen Zensus aufbringen konnten, sind eher selten zu finden. Wenn „Buchdrucker“, „Fleischerei“ oder „Goldarbeiter“ angegeben wurde, war in der Regel der Meister bzw. Geschäftsinhaber gemeint.

Im ersten Wahlkörper gab es 37 Wahlberechtigte, darunter auch die Adeligen wie Karl Freiherr von Kiellmannsegg, Gutsbesitzer in Hainstetten, Ehrenbürger, Friedrich Freiherr von Bourguignon Baumberg, „Statthalterei-Vizepräsident“ Wien, Ehrenbürger, Cäsar Freiherr von Lattermann, k. k. Bezirkshauptmann, auch Freiberufler wie Dr. Gustav Daghofer, Advokat, Dr. Alois Paris, k. k. Notar, Dr. Carl Teutschmann, Advokat, sonstige und Gewerbetreibende wie Ignaz Innerhuber, Hausbesitzer, Thomas Kamarith, Dechant und Pfarrer, Alois Hofmann, Restaurateur und Hotelier, Anton Schmidl, Hotelbesitzer, Johann Rußkefer, Kaufmann, Carl Dunkl, Kaufmann und Hausbesitzer, Franz Jetzinger, „Wirtschaftsbesitzer“, Friedrich Kroiß, Eisenhändler und Hausbesitzer, Franz Kroiß, Kaufmann und Hausbesitzer, Ignaz Sippmeyer, ohne Berufsangabe, Hausbesitzer, auch jüdische Mitbürger wie Simon Sommer, Kaufmann und Hausbesitzer.

Im zweiten Wahlkörper 76, alle Wahlberechtigten als „Hausbesitzer“ angeführt, beginnt die Liste mit Beamten aller Rangstufen, es folgen vor allem Gewerbetreibende und Lehrer, darunter Ignaz Putz, „Caffeehausbesitzer“, Carl Kubasta, Produkthändler, Stefan Hopferwieser, Zimmermeister, Josef Hopferwieser, Brunnenmeister, Ferdinand Kosler, Kupferschmied, Kaufmann, Anton Boißl, ohne Berufsangabe, Johann Wagmeister, Eisenhändler, Avenarius und Schranzhofer, Carbolineum-Fabrik, Karl Kroiß Erben, Johann Refenner, „Gastwirth“, Michael Bachinger, „Gastwirth“, Ernest Matzke, „Magister der Pharmacie und Apotheker“, Johann Seidenschwann, „Gastwirth“, Johann Schreihöfer, Maurermeister, Anton Gollonitsch, „Gastwirth“, Cölestine Schöller, Bürgerschullehrer (noch drei

während des Ersten Weltkriegs seit 1917 im ebenfalls männerdominierten Gemeindevirtschaftsrat als einzige Frau vertreten. Sie war auch Mitglied des sozialdemokratischen Wirtschafts- und Arbeiterrats in Amstetten. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sie ihre Aktivitäten nicht als Politikerin, sondern auch für die SDAP als Leiterin der sozialdemokratischen Frauenorganisation in Niederösterreich bis zum Verbot im Februar 1934 fort. Zu ihren Aktivitäten s. Teil I.1.2.4.3 und 1.7.
<http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratieentwicklung/frauenwahlrecht/maennerwahlrecht.html>, 15.3.2018.

Bürgerschullehrer und der Schulleiter), Anton Hanl, Volksschullehrer (noch vier Volksschullehrer und der Schulleiter).

Es werden neun Frauen angeführt: Johann Kaiblinger's Witwe, Bäckerei, Michael Tungl Witwe, Aloisia Kroiß, ohne Berufsangabe, Josefine Kintzl, Lehrerin, Anna Kimpan, „Gastwirthin“, Maria Gruber, Fleischerei, Franziska Gensweider, ohne Berufsabgabe, Rosina Blaschek, ohne Berufsangabe, Barbara Gruber, ohne Berufsangabe.

Außerdem sind jüdische Mitbürger verzeichnet: Leopold Sommer, Kaufmann.

Im dritten Wahlkörper 57, ebenfalls alle Wahlberechtigten als „Hausbesitzer“ bzw. „Hausbesitzerin“ angeführt, darunter auch 12 Frauen: Theresia Patzak, Sodawassererzeugung, Josefa Pampl, keine Berufsangabe, Theresia Reisinger, „Gastwirthin“, Theresia Langmann, ohne Berufsangabe, Antonia Aspalter, ohne Berufsangabe, Therese Brumbauer, ohne Berufsangabe, Aloisia Kroiß, „Konfection“, Josefa Sonnleitner, ohne Berufsangabe, Anton Schalhas Witwe, Grund- und Hausbesitzerin in Eggersdorf, Charlotte Plank, ohne Berufsangabe, Rosalia Murko, ohne Berufsangabe, Magdalena Steiner, Greißlerin.

Außerdem finden sich drei jüdische Mitbürger: Moses Popper, Krämer, Hermann Wozasek, Produktenhändler, Samuel Kerpen, Spirituosenhandel.

Bekannte, in der Kommunalpolitik tätige Amstettner Gewerbetreibende scheinen auf: Josef Gruber, Wagner, Heinrich Ripka, Hotelier, Karl Silewinaz, Lederhändler, Adalbert Queiser, Buchdrucker, Johann Kicking, „Gastwirth“, Ferdinand Ruthensteiner, Hutmacher, Franz Mayerhofer, Schuhmacher, Rudolf Schuller, Goldarbeiter.

Bei der Gemeindeausschusswahl 1891 ist auffallend, dass Frauen im zweiten und dritten Wahlkörper das aktive Wahlrecht zugestanden wurde, was grundsätzlich bis zur Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 unüblich war, und dass auch jüdische Mitbürger unter den Wahlberechtigten aufscheinen. Es findet sich außer diesem „Verzeichnis“ die folgenden Wahlen betreffend kein weiterer Hinweis auf diese beiden Tatsachen. Es gab realiter kein Frauenwahlrecht, kein aktives und passives Wahlrecht aller eigenberechtigten volljährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts bis zur Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich am 12. November 1918, bei der die Zuerkennung dieses Rechts beschlossen wurde. Es gab aber kurzzeitige Ausnahmen, die ab dem Februarpatent 1861 (Regierungsentwurf für eine Reichsverfassung nach dem Neoabsolutismus) möglich waren, indem in einer neuen Wahlordnung für Länder und Gemeinden für eigenberechtigte steuerzahlende Frauen das aktive Wahlrecht vorgesehen war (vom niederösterreichischen Landtag angenommen). Amstetten gehörte jedenfalls

1891 zu den Gemeinden, die dieses Wahlrecht unabhängig von Geschlecht und Nachweis einer Mindeststeuer realisiert haben.²⁴

In der der Gemeindeausschusswahl unmittelbar nachfolgenden konstituierenden Sitzung des Gemeindeausschusses, höchstwahrscheinlich am 5. März 1891, wurde Bürgermeister Wagmeister bestätigt. Laut Gemeindeausschussprotokollen fand erst nach einem längeren Zeitraum eine weitere konstituierende Sitzung des Gemeindeausschusses unter dem bereits gewählten Bürgermeister Wagmeister am 24. August 1891 statt, in der die Sektionen konstituiert und der Gemeindevorstand gewählt wurden. Anton Schmidl, der nachfolgende Bürgermeister, wurde zum ersten Gemeinderat gewählt, zum zweiten Gemeinderat Bartolomäus Winkler, Ignaz Putz zum dritten Gemeinderat. Während im Reichsrat Frauen überhaupt nicht wahlberechtigt waren, konnten bei Kommunalwahlen Frauen an der Gemeindeausschusswahl das aktive Wahlrecht mit Einschränkungen ausüben, indem sie vermögend, zumindest Hausbesitzerin, sein und sich einen Vormund für die Stimmabgabe beschaffen mussten. Es überrascht, dass eine Lehrerin und eine Greißlerin so vermögend waren, dass sie den entsprechenden Zensus aufbringen konnten.

Dass der Gemeindeausschuss weiter eine Domäne der Männer blieb, beweist dessen Zusammensetzung: Mit Akklamation wurden zur Bildung der einzelnen Sektionen folgende Mitglieder gewählt: Finanzsektion: Bartholomäus Winkler, Ernst Matzke, Rudolf Schuller. Bausektion: Anton Schmidl, Ignaz Putz, Friedrich Kroiss. Polizei- und Sanitäts-Sektion: Franz Lechner, Ignaz Sippmeier, Ernst Matzke, Franz Wildner. Armensektion: Johann Rußkefer, Ferdinand Ruthensteiner, Heinrich Ripka. Der alte neue Bürgermeister war schon gewählt worden.²⁵

Es gab vorerst keine parteipolitischen Bezeichnungen für die wahlwerbenden Gruppierungen, aber oft persönliche Animositäten, die sogar zu Racheakten innerhalb der Honoratiorenschicht ausarten konnten. Es trat häufig der amtierende Bürgermeister gegen den abgetretenen Bürgermeister („Altbürgermeister“) mit der jeweiligen Anhängerschaft an: Diese wahltaktischen Kombinationen wiederholten sich einige Male.

²⁴ Als mit der Wahlrechtsreform 1873 die direkte Volkswahl zum Abgeordnetenhaus (mit Ausnahme der vierten Wählerklasse) eingeführt wurde, wurde auch den eigenberechtigten Frauen mit vollendetem 24. Lebensjahr, die Grundbesitzerinnen waren, in der ersten Kurie, der Großgrundbesitzerkurie, das aktive Wahlrecht zugestanden. In der Folgezeit wurden den Frauen trotz ständiger Urgenzen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauenbewegung diese zugestandenen Rechte mehr oder weniger wieder entzogen. Als 1907 das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht eingeführt wurde, wurde argumentiert, dass es als Äquivalent für die Militärpflicht und andere öffentliche Pflichten gelte.

<https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Frauenwahlrecht>, 7.11.2018.

Das Frauenstimmrecht war auch nach dem Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 nicht selbstverständlich: Die christlichsoziale Partei verlangte 1920 die Einführung der Wahlpflicht als Gegenleistung für die Zusage des Frauenstimmrechts.

²⁵ STA GRP v. 5.3.1891 (Protokoll mit unsicherer Datumsangabe) und GRP v. 24.8.1891.

6.1.2. *Gemeindeausschusswahl 1894*

Die Gemeindeausschusswahl vom 23. August 1894²⁶ endete mit der Wahl von Bürgermeister Anton Schmidl (1894-1903). Es gab damals noch keine ideologisch festgelegten bzw. abgegrenzten politischen Lager, sondern Honoratiorenparteien bestimmten, wenn auch schon mit sichtbarem ideologischen Hintergrund, die Wahlbewegung. Es findet sich bei dieser Wahl eine typisch liberale Bezeichnung für die wahlwerbende Honoratiorenplattform, die letztlich doch sehr allgemein, jedenfalls ohne einen expliziten ideologischen Hinweis gehalten ist. Ein „Comite der Freunde des Fortschritts und des Friedens in der Gemeinde“, dem auch Schmidl angehörte, hatte für die Gemeindeausschusswahl 1894 eine Kandidatenliste von 18 Männern erstellt, in der Deutschliberale, „Freisinnige“, und Christlichsoziale gemeinsam vertreten waren. 12 von ihnen hatten den beiden Ausschüssen unter dem vorangegangenen Bürgermeister Wagmeister angehört. Diese Liste hatte einen vollen Erfolg errungen, „bei lebhafter Wahlbeteiligung“. Die abgelehnte Gegenliste stand mit fast ausschließlich neuen Namen unter der Führung des Altbürgermeisters Innerhuber.

In der Folge kristallisierte sich eine Art parteipolitisch-ideologische Zuordnung heraus, indem diese Wahlliste das entstehende deutschnationale Lager für sich beanspruchte. Es gab bereits bei der Gemeinderatswahl geteilte Meinungen über den für das Bürgermeisteramt kandidierenden Schmidl, dessen parteipolitische Ausrichtung von taktischen Überlegungen bestimmt war. Zum Zeitpunkt der Wahl gab er sich, selbst deutschliberal bzw. deutschnational gesinnt, als Kandidat des „Comites“ „unpolitisch“, über den sich formierenden politischen Lagern der Deutschliberalen/Deutschnationalen und Christlichsozialen stehend. Jedenfalls scheint er in der Folgezeit aufseiten der Christlichsozialen auf, kandidierte aber bei der Landtagswahl 1902 für Deutschnationalen. Er bekam bei der Gemeindeausschusswahl 1894 im ersten Wahlkörper, wo er als Kandidat aufgestellt war, nur so viele Stimmen, dass er in der Reihung gemäß den abgegebenen Stimmen der letzte der Gewählten war. Aus folgendem Vorgehen sind deutliche Präferenzen für ein bestimmtes politisches Lager, im vorliegenden Fall für die Deutschnationalen, zu ersehen, wobei aber durch politische Manipulation gegen die Gemeindeordnung verstoßen wurde: Um im Nachhinein den dem deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager zuzuordnenden Rechtsanwalt Dr. Carl Teutschmann, der aus Linz zugewandert war, in den Gemeindeausschuss zu bringen, musste ein „in engerer Wahl“ (Nachtrags- bzw. Stichwahl) gewähltes Mitglied in den Ausschussersatz verwiesen werden. Es hätte der Bürgermeister-Stellvertreter Schmidl laut Stimmenergebnis sein müssen, womit für ihn die Bürgermeisterwahl von vornherein verloren gewesen wäre. Der Gemeindeausschuss wollte aber Schmidl als Bürgermeister. Man entfernte den Christlichsozialen Johann Schreihöfer in

²⁶ Entsprechend der Novelle des Gemeindegesetzes 1894 dauerte die Ausschussperiode in den Gemeinden ab diesem Zeitpunkt sechs Jahre, 1900 war die erste sechsjährige Periode zu Ende. Pelzl, Bürgermeister, a.a.O. S. 172.

den Ausschussersatz, der mit einer Wahlstimme vor Schmidl gelegen war. Schreihöfer sollte sich später dafür rächen, weil er diese Zurücksetzung niemals verwunden hatte. Im versammelten Ausschuss war die Sachlage anders: Schmidl wurde mit 16 gegen 2 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Es kamen damals auch Kandidaten von der gegnerischen Innerhuber-Liste in den Gemeindeausschuss, in der vorwiegend christlichsozial gesinnte Anwärter vertreten waren, was eine gewisse Abweichung von der bisherigen Honoratiorenlinie bedeutete und einen zögernden Demokratisierungsprozess andeutete. Lehrer wie Anton Hanl gehörten im kleinstädtischen Milieu ebenfalls zu den Honoratioren (wie auch der Pfarrer, der Richter, Ärzte, der Postmeister, der reichste Bauer), waren aber als Gemeindebeiräte eher selten. In der 1894 gewählten Gemeindevertretung waren nicht nur der Rechtsanwalt Dr. Carl Teutschmann und der Wagnermeister Josef Gruber neu, sondern auch der Lehrer Anton Hanl, der bald Verwalter des Friedhofs und Leiter des Verschönerungsvereins wurde. Der wichtigste Mann war der Notar Dr. Alois Paris, bereits unter Bürgermeister Wagmeister mit dem Wasserleitungsbau und der Kanalisation, als Nachfolger von Dr. Andreas von Hofer, betraut. Er übernahm auch das Referat im Finanz- und Rechtsausschuss und war Mitglied im Bauausschuss.

Die Neuwahlen für den Gemeindeausschuss vom Amstetten wurden am 23. August 1894 unter Leitung des Bürgermeister-Stellvertreters Anton Schmidl durchgeführt. In der Voranzeige hieß es: „Die Gemeindevorstandswahl wird in den nächsten 8 Tagen (wenn kein Einspruch) vom an Jahren ältesten Mitglied des neuen Ausschusses, Franz Lechner ausgeschrieben und geleitet.“ Im „AW“ vom 12. August 1894 wurde zwecks Information der Einwohnerschaft eine „Kundmachung über die Wahl des Gemeinde-Ausschusses“ gebracht, mit den Wählerlisten der Wahlberechtigten für den dritten, zweiten und ersten Wahlkörper. Die Wahl fand im Hotel des Bürgermeisters Schmidl statt, der es aber schon vorher einem seiner Söhne übergeben hatte. Dies sollte ihm trotzdem zum Verhängnis werden. Jeder Wahlkörper hatte sechs Ausschussmitglieder und zwei Ersatzmänner zu wählen. Es wurde immer mit dem dritten Wahlkörper begonnen. Die wahlberechtigten Gemeindemitglieder des dritten Wahlkörpers hatten am 23. August 1894 8-10 Uhr vormittags, des zweiten Wahlkörpers am 23. August 1894 2-4 Uhr nachmittags und des ersten Wahlkörpers am 23. August 1894 um 4 Uhr nachmittags zu erscheinen.²⁷

Hier ist auch die „Liste der zur Wahl in den Gemeinde-Ausschuß in Amstetten Vorgeschlagenen“ angeführt, woraus sich die Vermögensverhältnisse ableiten lassen, die berufsmäßige Zuordnung und die daraus resultierende vermögensrelevante Zuordnung der Kandidaten zu ersehen ist:

²⁷ AW 33 12.8.1894 S. 2.

„1. Wahlkörper: Zu Ausschüssen: Schmidl Anton sen., Grundbesitzer, Hofmann Alois, Hotelier, Kubasta Carl, Produkthändler, Paris Alois, k. k. Notar, Maier Franz, k. k. Steuereinnehmer, Schreihöfer Johann, Cementwaren-Erzeuger.

Zu Ersatzmännern: Schmidl Georg, Hotelier, Seidenschwann Johann, Gasthausbesitzer.

2. Wahlkörper: Zu Ausschüssen: Putz Ignaz, Cafetier, Wildner Franz, n.-ö. Landes Bez.

-Thierarzt, Rußkefer Johann, Kaufmann und Hausbesitzer, Ripka Heinrich, Hotelier, Matzke Heinrich, Hotelier, Queiser Adalbert, Buchdruckereibesitzer.

Zu Ersatzmännern: Hanl Anton, Lehrer, Silewinaz Carl, Lederfabrikant

3. Wahlkörper: Zu Ausschüssen: Sippmeier Ignaz, Hausbesitzer, Lechner Franz, Sattler und Hausbesitzer, Hopferwieser Stefan, Zimmermeister, Kraschnigg Carl, Uhrmachermeister,

Zu Ersatzmännern: Schuller Rudolf, Gold- und Silberarbeiter, Gaßberger Heinrich, Brauereibesitzer.“

Die Wahllisten für die Kandidaten des politischen Gegners, vorwiegend Christlichsoziale der weniger reichen Gesellschaftsschichte, schienen in der „AW“ gar nicht auf, was auf die damalige Linie des Blattes schließen lässt.

Es wurden abgegeben: im 3. Wahlkörper (237 Wahlberechtigte) 207 Stimmen, im 2. Wahlkörper (80 Wahlberechtigte) 74 Stimmen, im 1. Wahlkörper (39 Wahlberechtigte) 32 Stimmen. Der Rest der Einwohnerschaft war nicht wahlberechtigt.

Die Wahlen für den Gemeindeausschuss der Liste „Comite der Freunde des Fortschritts und des Friedens in der Gemeinde Amstetten“ hatten folgendes Ergebnis:²⁸

„Im 3. Wahlkörper : Als Ausschüsse (Stimmen): Lechner Franz, Sattlermeister 135, Sippmeier Ignaz, Privat 133, Hopferwieser Stefan, Zimmermeister 130, Kraschnigg Carl, Uhrmachermeister 130, Gruber Josef, Wagnermeister 127, Kosler Ferdinand, Kupferschmiedmeister 126.

Als Ersatzmänner: Eblinger Johann, Wirtschaftsbesitzer 93, Schuller Rudolf, Juwelier 92.

Im 2. Wahlkörper: Als Ausschüsse: Ripka Heinrich, Hotelier 53, Wildner Franz, Landesthierarzt 52, Putz Ignaz, Cafetier 51, Queiser Adalbert, Buchdruckereibesitzer 49, Hanl Anton, Lehrer 47, Rußkefer Johann, 42.

Als Ersatzmänner: Silewinaz Carl, Lederermeister 41, Gaßberger Heinrich, Brauereibesitzer 32.

Im 1. Wahlkörper: Als Ausschüsse: Kubasta Carl, Produkthändler 25, Maier Franz, k. k. Steuereinnehmer 25, Hofmann Alois, Hotelier 24, Dr. Paris Alois, k. k. Notar 23, Schmidl Anton sen. Grundbesitzer 21, Dr. Deutschmann Carl, Advocat 16 (durch engere Wahl).

Als Ersatzmänner: Schreihöfer Johann, Cementwarenerzeuger 22, Schmidl Georg, Hotelier (durch Los).“

Das Ergebnis entsprach der in der letzten Nummer des „AW“ verlautbarten Kandidatenliste des „Comite der Freunde des Fortschritts und des Friedens in der Gemeinde Amstetten“, der Liste der Deutschnationalen.

Die gegnerischen Kandidaten, die Liste der Christlichsozialen, erreichten folgende Stimmenzahlen:

²⁸ AW 34 26.8.1894 S. 3. AW 33 12.8.1894 S. 2 und S. 3.

„Im 3. Wahlkörper: Als Ausschüsse: Halois Franz, Fruchthändler 73, Pommer Franz, Gemischtwarenhändler 73, Ruthensteiner Ferdinand, Hutmachermeister 72, Innerhuber Ignaz, Privat 70, Gollonitsch Anton, Gastwirth 70, Schnetzinger Michael, Privat 63,
 Als Ersatzmänner: Schillhuber Anton, Gastwirth 13, Schaupp Ferdinand, Zimmermeister 12
 Im 2. Wahlkörper: Als Ausschüsse: Kroiß Franz, Kaufmann 22, Zehetner Johann, Lehrer 22, Breit Anton, Kunstmühlbesitzer 18, Schedl Franz, pens. Oberlehrer 10, Schmid Jacob, Privat 3, Achleitner Stefan, Getreidehändler, 1
 Als Ersatzmänner: Zehetner Johann, Lehrer 9, Matzke Ernst, Apotheker 6
 Im 1. Wahlkörper: Als Ausschüsse: Kroiß Friedrich, Eisenhändler 9
 Gaßberger Heinrich, Bräuhausbesitzer 8, Innerhuber Ignaz, Privat 6, Matzke Ernst, Apotheker 6, Langen Alfons, Fotograf 5, Placzek Theobald, Privat 5
 Als Ersatzmänner: Kroiß Friedrich, Eisenhändler 7, Innerhuber Ignaz, Privat 6.“

Das Ergebnis der am 1. September 1894 stattgefundenen Bürgermeisterwahl der Gemeinde Amstetten sah folgendermaßen aus:²⁹

„Gewählt wurden
 Zum Bürgermeister Schmidl Anton senior
 Zu Gemeinderäthen:
 1. Kubasta Carl
 2. Rußkefer Johann
 3. Lechner Franz
 4. Putz Ignaz
 5. Sippmeier Ignaz
 Als Ausschüsse verbleiben:
 Maier Franz, Hofmann Alois, Dr. Paris Alois, Dr. Teutschmann Carl, Ripka Heinrich, Wildner Franz, Queiser Adalbert, Hanl Anton, Hopferwieser Stefan, Kraschnigg Carl, Gruber Josef, Kosler Ferdinand
 Ersatzmänner: Schreihöfer Johann, Schmidl Georg, Silewinaz Carl, Gaßberger Heinrich, Eblinger Johann, Schuller Adolf.“³⁰

Aus einem Auszug des „Sitzungs-Protokolls“ der Gemeindeausschusssitzung am 5. September 1894 unter dem Vorsitz Bürgermeisters Anton Schmidl ist die Wahl der Funktionäre der Sparkasse und der Leiter der einzelnen Sektionen ersichtlich.³¹

Es war eine immer stärkere Differenzierung in Ressorts aufgrund der gestiegenen Aufgabenfelder der Gemeinde notwendig, wie aus der „Geschäftseinteilung für die gemeindeämtlichen Kommissionen oder Sektionen und Funktionäre“ ersichtlich ist.³²

„Per Akklamation wurden die Leiter der Sektionen gewählt:

1. Finanz- und Rechtssektion
2. 2. Sanitätssektion
3. 3. Bausektion

²⁹ AW 35 2.9.1894 S. 3.

³⁰ AW 35 2.9.1894 S. 3; Amtsblatt BHA 18 3.5.1894 S.1 Hinweis auf legistische Voraussetzungen; AW 33 19.8.1894 S. 2 Kandidaten; AW 34 26.8.1894 S. 3 Ergebnis.

³¹ AW Nr.35 2.9.1894 S.3 S. 18 Bürgermeisterwahl; AW 9.9.1894 Nr.36 S. 7.

³² AW 36 9.9.1894, S. 4.

4. 4. Archivsektion
5. 5. Polizeikommissär und dessen Stellvertreter
6. 6. Gemeindegeldverwalter
7. Einquartierungskommissär
8. 8. Kammeramtskassenverwalter
9. 9. Spitalsverwalter
10. Friedhofsverwalter
11. Mitglied der Ybbsregulierungsgenossenschaft“

Die ideologisch ausgerichteten politischen Lager präsentierten sich ab den 1890er Jahren. Immer stärker machten Arbeiterkreise politisch auf sich aufmerksam, nachdem generell die Konstituierungen von Parteigruppen und Vereinen erfolgt waren. Auf christlichsoziale Seite erfolgte am 4. Dezember 1894 die Konstituierung des Christlichsozialen Arbeitervereins in Wien durch den jungen Arbeiterführer Leopold Kunschak (Vereinigung der christlichen Arbeiterbewegungen).³³ Lueger hatte schon ab 1888 eine christlichsoziale Gruppierung in Wien angeführt.³⁴ Am 5. Jänner 1896 fand der erste „Christlichsoziale Arbeitertag“ unter Leopold Kunschak in Wien statt, bei dem das „christlichsoziale Arbeiter-Programm“ beschlossen wurde. Es war in der Mehrheit der Punkte auffallend ähnlich dem sozialdemokratischen Programm, oft sogar weitergehend. Die Sozialdemokraten hatten erst 1879 in Neudörfel und endgültig 1888/1889 in Hainfeld ihre Partei konstituiert.

Auf höchster Ebene sollte eine erste Reaktion erfolgen: Am 10. Oktober 1893 unterbreitete Ministerpräsident Eduard Graf von Taaffe einen Plan für eine Wahlrechtsreform: Es sollten breite Wählerschichten, besonders aus den Arbeiterkreisen, mobilisiert werden, Konservative und die damalige Vereinigte Linke waren dagegen. Dies führte zum Sturz der Regierung Taaffes nicht ganz drei Wochen später.

6.1.3. Die drei politischen Lager ab den 1890er Jahren

Sozialdemokraten

Die größte Opposition ging von den Sozialdemokraten aus. Demokratiepoltisch versuchte die sich seit Ende der 1870er Jahre formierende Sozialdemokratie ihre Ansprüche zu formulieren und durchzusetzen: Das erste Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie war das Neudörfel Programm

³³ Kleindl, Österreich, a.a.O., S. 286.

³⁴ GSK-Buch. 7.8.1895 Polizeibericht über Dr. Karl Lueger „seine vehementen Ausfälle gegen das Judentum, die staatlichen Autoritäten, gegen Ungarn und die Regierung sind oft maßlos und im Interesse des Staates höchst bedenklich“. 17.9.1895 Beginn der Wahlen zum Wiener Gemeinderat, Dauer bis 26.9., sie ergaben eine Zweidrittelmehrheit der Christlichsozialen, seit 1893 unter Lueger organisiert, Lueger sollte Bürgermeister werden, Adel und Großbürgertum dagegen. Lueger wurde einige Mal zum Bürgermeister gewählt, vom Kaiser drei Mal abgelehnt, insgesamt drei Mal verhindert, ein letztes Mal im April 1896, wo er freiwillig verzichtete: Am 8. April 1896 wurde Lueger zum vierten Mal zum Bürgermeister gewählt, trat aber das Amt nicht an, insgesamt wurde er sieben Mal gewählt (bis 1910 war er Bürgermeister).

vom 5. April 1874. Es strebte die Einheit der Sozialistischen Partei an und orientierte sich an Deutschland (Eisenacher Programm 1869).³⁵ Zu den wesentlichen Forderungen gehörten das Wahlrecht, Presse-, Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Trennung Staat-Kirche, obligatorischer Unterricht an den Volksschulen, Volkswehr, Unabhängigkeit der Richter, Normalarbeitstag, Einschränkung der Frauen-, Verbot der Kinderarbeit, Abschaffung der indirekten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten, progressiven Einkommens- und Erbschaftssteuer. Der Einigungsparteitag 1888/1889 in Hainfeld nahm diese Gedanken wieder auf. Am 25. November 1900 fand der zweite Gesamtparteitag der Sozialdemokratie in Wien statt, wo das sog. „Wiener Programm“ beschlossen wurde. Der erste hatte in Brünn vom 24.-29. September 1899 stattgefunden, bei dem nach dem Vorschlag Renners auch ein Nationalitätenprogramm beschlossen wurde.³⁶

Die Sozialdemokraten hielten nicht nur vor Wahlen eigene Versammlungen ab, die für alle zugänglich waren, sondern es ist eine Fülle von sog. „Volksversammlungen“ in Gasthäusern nachweisbar, vor allem 1896-1903, die grundsätzlich von allen politischen Parteien besucht wurden. In der Regel wurden sie vom amtierenden Bürgermeister veranstaltet. Es sollte für die Verbreitung des Parteiprogramms gesorgt werden, welches der Arbeiterschaft und den Eisenbahnern vermittelt werden sollte. Zu ihren Forderungen gehörte Folgendes: Achtstündiger Arbeitstag, weiterer Ausbau der Sozialversicherungen (Alters- und Invalidenversicherung) statt entwürdigender Armenfürsorge, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht. Sie fanden allgemeine Zustimmung: Arbeiterfeste, wozu auch die Arbeiter aus dem oberen Ybbstal geladen waren, stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl. Unter den neuen Vereinen war besonders der rührige Allgemeine Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein sozialdemokratisch ausgerichtet, sozialdemokratische Vorfeldorganisationen waren der 1902 gegründete Arbeiter-Radfahrerverein, und seit 1903 der Arbeiter-Sängerclub, seit 1903 bestand in Amstetten auch der sozialdemokratische Wählerverein „Vorwärts“. 1900 erwarben die Sozialdemokraten in Amstetten einen Hektographen, eine Vervielfältigungsmaschine, und schufen sich damit die Möglichkeit, lokale Mitteilungsblätter herauszugeben.

Am 25. November 1900 fand der zweite Gesamtparteitag der Sozialdemokratie in Wien statt. Das in Wien beschlossene Programm bedeutete einen Schritt nach rechts („Wiener Programm“)³⁷. Es beginnt mit einer umfangreichen Einleitung mit grundsätzlichen Gedanken, in der Folge werden bereits bekannte Punkte, insgesamt 13, angeführt, neu dazu kommen sechs Punkte Arbeiterschutz.

³⁵ Kleindl, Österreich, a.a.O., S. 274

³⁶ Ebenda, S. 291-292. Dieses in Wien beschlossene Programm begann in einer umfangreichen Einleitung mit grundsätzlichen Gedanken, in der Folge werden bereits bekannte Punkte (13) angeführt, neu dazu kommen sechs Punkte Arbeiterschutz.

³⁷ Kleindl, Österreich, a.a.O., S. 29-292.

Zwischen den Bürgerlichen und den Arbeitern bestand in den 1890er Jahren in Amstetten kein scharfer Gegensatz. Bezirkshauptmann von Lederer bescheinigte der Arbeiterschaft des Bezirks 1892 „ihr Bestreben nach Erhaltung gesetzmäßiger Zustände“. ³⁸ An den Arbeiterfesten nahm immer auch die Bürgerschaft in großer Zahl und bester Laune teil.

Grundsätzlich ist zur Haltung der Amstettner Sozialdemokratie festzustellen, dass kein Anzeichen eines revolutionären Potenzials zu bemerken ist, was auch immer wieder von bürgerlicher Seite bestätigt wird. Die Führer der Amstettner Sozialdemokratie entschieden sich für den evolutionären Weg, wobei sie von übergeordneter Parteistelle immer wieder anlässlich von Landtags- und Reichsratswahlen in ihrer Haltung bestärkt wurden.

Der Einfluss der Religion wurde bei der Arbeiterschaft merklich geringer, wie man aus den verhältnismäßig zahlreichen Konkubinen, ehelosen Partnerschaften, erkennen kann. Auch strebten die Arbeiter eine öffentliche Bürgerschule für Mädchen an, damit ihre Töchter nicht die Klosterschule besuchen müssten. Zu Religionsstörungen kam es bei der Amstettner Arbeiterschaft nicht, anarchistische Ideen dürften in Amstetten kaum Anhänger gefunden haben.

Christlichsoziale Partei

Einiger und Haupt der Christlichsozialen war ihr Übervater Dr. Karl Lueger, Rechtsanwalt, Volksredner, Antisemit, seit 1897 Bürgermeister von Wien, die ideelle Grundlage der Partei war der politische Katholizismus. Die katholische Welt, nun auch vom marxistischen Materialismus mit starkem säkularen Programm angegriffen, sah sich veranlasst, ihren Widerstand vor allem in einer Massenbewegung zu organisieren. Junge Geistliche traten mit Eifer dafür ein, stellten auch zum Großteil die Führungsgarnitur, ebenso in Amstetten. Das soziale Programm, in Konkurrenz zu den Sozialdemokraten damals unabdingbar notwendig, hatte Carl Freiherr von Vogelsang festgelegt: Es war christlich, antikapitalistisch und auf berufsständischer Ordnung aufgebaut. Papst Leo XIII. hatte eine entsprechende Enzyklika, „Rerum novarum“, 1891 herausgegeben, in der er die christlichsoziale Bewegung bestärkte. Die katholisch-konservative Partei der früheren Jahre (Klerikale gegen Liberale) ging nach anfänglichem Widerstand mehr und mehr in der christlichsozialen Bewegung auf, ein Spannungszustand blieb aber bestehen, auch noch in der Zwischenkriegszeit. Mit diesem Programm wollten die Christlichsozialen den Kleingewerbestand aus seiner wirtschaftlichen Bedrängnis herausholen, ebenso bot sie sich der unter schwerem Druck stehenden katholisch eingestellten Bauernschaft an.

1896 sammelte die christlichsoziale Partei ihre sicherste Hauptklientel, die Bauernschaft des Viertels ob dem Wienerwald „im Bauernverein“ und schuf der Partei eine unerschütterliche Bastion im

³⁸ ABl. k. k. BHA 22.9.1892.

bäuerlichen Umland von Amstetten, der politische Bezirk war vor allem agrarisch: 60% der Bevölkerung waren Bauern.³⁹

Für die Arbeiterschaft war schon 1894 ein Christlicher Handwerker-und Arbeiterverein gegründet worden, erhielt von den Gewerbetreibenden größere Unterstützungen, verfügte über ein reiches Angebot, besonders für den Alltag und für die Freizeit: Lehrlingsschule, Gesang, Tanz, Theaterspiel, die Arbeiterschaft konnte er nicht gewinnen. Um die christlichsoziale Sache im damaligen Mittelstand zu verankern, wurden vor allem Frauen organisiert, wobei sich eine Verquickung mit der katholischen Kirche auftat. Dies zeigte sich in einem „Christlichen Frauenverein“, dessen Leitung in den Händen von Ehefrauen angesehener Männer lag. Auch bemühte man sich durch Vereinsgründungen um die Eisenbahner und besonders um die Lehrerschaft: Ein katholischer Schulverein unterstützte die katholischen Privatschulen. Vor den Wahlen hielten die Christlichsozialen meistens allgemein zugängliche Versammlungen ab-wie alle Parteien.

Deutschliberale, Deutschnationale, Deutsch-„völkische“⁴⁰

Im Juni 1879 formulierte Georg Ritter von Schönerer in „Mein Programm“ seine alldeutschen Ideen.

⁴¹ Bei den Deutschliberalen (Deutsch-Freisinnige) mit starken liberalen Zügen trat um die Jahrhundertwende die deutsch-nationale bzw. deutsch-„völkische“ Komponente des Programms beherrschend hervor, eine Folge der jahrzehntelang von den Regierungen betriebenen slawenfreundlichen Reichspolitik. Immer stärker glaubte sich das Deutschtum in der westlichen Reichshälfte bedroht, was auch für seine Vertreter nach der Reichsratswahl 1907 tatsächlich eintrat. Es kam vor der Jahrhundertwende im Reichsrat wegen eines deutsch-tschechischen Sprachenkonflikts bereits zu tumultartigen Szenen und in Wien zu Straßendemonstrationen, die sog. Nationale Frage erregte nicht nur die Liberalen, sondern auch die gesamte Bevölkerung. Der steirische deutschnationale Schutzverein „Südmark“ gründete auch in Amstetten eine Ortsstelle. In der Folge kam es zur Ortsgruppengründung. Gemeinderat Dr. Carl Teutschmann warb mit Erfolg neuerlich für den „Deutschen Schulverein ‚Südmark‘“, für den die Gemeinde sogar eine jährliche Subvention beschloss. Der Burenkrieg um 1900 erregte ebenfalls die Amstettner aus ähnlichen Motiven, die sowohl einen nationalen als auch einen stark rassistischen Hintergrund hatten. Dass die groß inszenierte Burenfeier in Amstetten am 24. Mai 1900 bei der Bevölkerung großen Anklang fand, belegen die 2.000 Menschen, die im Bräuhausgarten zusammenkamen. Sie verglichen diesen nationalen Kampf in Südwestafrika mit ihrer eigenen Lage: „Auch Deutschösterreicher kämpfen um ihre Muttersprache.“⁴²

³⁹ AW 28 1903.

⁴⁰ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 180.

⁴¹ Kleindl, Österreich, S. 276.

⁴² Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 180.

Nicht nur der DTV, auch der Männergesangsverein 1862 und der „Radfahrverein 1886“ waren deutschnationale Verbindungen. 1901 schlossen sich die Liberalen unter Führung von Bürgern der vermögenden städtischen Oberschicht, mehrheitlich Freiberuflern, zu einem „Deutschen Volksverein für Amstetten und Umgebung“ zusammen. Es bildete sich sogar ein „Deutscher Frauenverein“. Doch die Deutsch-Liberalen Amstettens hatten noch nicht die radikale Linie eingeschlagen, die sie bald prägen sollte. Denn es machte sich der radikale kämpferische Flügel unter Georg Ritter von Schönerer (Alldeutsche) immer stärker auch in Amstetten bemerkbar. Die Ablehnung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie wurde zu einem ihrer Hauptziele. Als Schönerer um die Jahrhundertwende außer der „Los von Juda-Bewegung“ auch die „Los von Rom-Bewegung“ ins Leben rief, traten damals zwar nur drei Männer offen aus der Kirche aus, was aber kein Kriterium für die Größe der Anhängerschaft war. Sie stammten aus dem Sudetenland, aber es gab bei den nächsten Wahlen bereits eine größere Anzahl von Amstettnerern ihre Stimmen für Schönerer ab.⁴³

6.1.4. Landtagswahl 1896

Die an Zahl starke Gruppe der unteren Schichten des Mittelstands und die „Vierguldener“ gaben bei der Landtagswahl 1896 den Ausschlag. Die Marktgemeinde Amstetten wählte in der Kurie der Städte und Märkte überwiegend christlichsozial: Es gab 133 christlichsoziale Stimmen gegenüber 96 für den liberalen Kandidaten. Auch im Wahlbezirk (sowohl im Wahlbezirk 41 als auch im Wahlbezirk 46 und im ganzen Land Niederösterreich waren die Christlichsozialen Sieger und gingen im Landtag zum ersten Mal, wenn auch mit geringem Überhang, in Führung.⁴⁴

Am 7. März 1897 erfolgte der Rücktritt der Regierung Gautsch, Franz Anton Graf von Thun und Hohenstein, ein böhmischer Feudalherr, wurde Ministerpräsident. Sein Kabinett bestand aus Deutschkonservativen, Tschechen und Polen. Er regierte mit Notverordnungen aufgrund des § 14 der Verfassung. Das Mitwirken der Katholisch-Konservativen an der „Slawenregierung“ lässt besonders in den Städten eine radikale antikatholische Bewegung aufkommen, die vor allem von den „Deutsch-„völkischen“ getragen wurde. Diese „Los-von Rom-Bewegung“ der Deutschnationalen bzw. Deutsch-„völkischen“ richtete sich gegen die „Ultramontanen“ (=über das Gebirge, nach Rom, Schauenden): Auch die Christlichsozialen begaben sich in dieses Fahrwasser und traten nun gegen die Katholisch-Konservativen auf. Hier lag auch der Beginn des Aufschwungs der Deutsch-„völkischen“ in Amstetten.

Der Kampf um das Wahlrecht erlebte seine Fortsetzung, mit Auswirkungen auf die Sozialdemokratie, die sich bisher wenig, wenn überhaupt nur in Vereinen, behaupten konnte. Die Arbeiterfrage bzw.

⁴³ Ebenda. Der antislawischen Stimmung kam die Okkupation von Bosnien und Herzegowina 1878 entgegen. Die Deutschliberalen waren grundsätzlich gegen das immer weitere Vordringen des Slawentums, gegen eine weitere Eingliederung des slawisch besiedelten Raums. Die liberale Reichsregierung trat zurück. Zu den Kämpfen in Bosnien wurden auch Amstettner eingezogen.

⁴⁴ Ebenda, S. 181.

die aus ihrer prekären Situation sich ergebende soziale Frage barg in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg revolutionäres Potenzial. Möglichkeiten der politischen Partizipation über das Wahlrecht mussten erkämpft werden. Nur Leistungsträger gegenüber dem Staat (aufgrund erbrachter Steuerleistung, die aber bei der großen Mehrheit aufgrund der geringen Entlohnung nicht möglich war) und das Beharren der privilegierten Schichten auf einer auf dem überkommenen Ständeprinzip basierenden Gesellschaftsordnung, die letztlich auf der mittelalterlichen gottgewollten Ordnung beruhte, bewirkten das Weiterbestehen der bisherigen Wahlordnung. Von der Diskriminierung der Frau sprach damals grundsätzlich niemand, Zurücksetzung und Benachteiligung wurden als selbstverständlich vorausgesetzt. Der Kampf ging weiter, immer mehr auch unter Einsatz der Straße, um mehr Aufmerksamkeit zu erregen.

Die Weigerung der begüterten Oberschichten, die sich nur schrittweise ihre Privilegien abringen ließen, lässt sich am komplizierten und die Privilegien der Oberschicht und des Mittelstands weiter absichernden Wahlsystem auf der kommunalen Ebene nachvollziehen.

6.1.5. Reichsratswahl 1897

Einen weiteren Fortschritt in Richtung Demokratisierung brachte 1897 die Neuwahl zum Reichsrat, Abgeordnetenhaus. Sie brachte eine Umschichtung: Es gab eine schwere Niederlage der Deutschliberalen. Junge Parteien, die entstehenden Massenparteien, waren nun im Reichsrat vertreten: Christlichsoziale, Deutschnationale und Sozialdemokraten.

Im Reichsrat standen die Christlichsozialen dennoch einer dreimal so starken deutschliberalen/deutschnationalen Mehrheit gegenüber. In Amstetten gewann der christlichsoziale Kandidat in den Wahlkörpern mit 123 gegen 87 liberale Stimmen. Die Sozialdemokraten siegten bei dieser Reichsratswahl in Amstetten in der „fünften Kurie“ zum ersten Mal mit 271 gegen 240 christlichsoziale Stimmen. In keiner Gemeinde Niederösterreichs war die absolute Zahl ihrer Stimmen so groß. In Hausmening verhielten sich ihre Stimmen 2:1, also doppelt so viel wie die Christlichsozialen.

Im Wahlkreis (Städtewahlkreis 41 und Gerichtsbezirks-Wahlkreis 46) dominierten die Christlichsozialen in den Wahlkörpern und hatten die notwendigen stimmenmäßigen Mehrheiten, sodass der christlichsoziale Kandidat in den Reichsrat gewählt wurde. Das christlichsoziale Lager war, was die Wahlberechtigung betraf, innerlich geteilt: Ein Teil konnte sich aufgrund des erbrachten Wahlzensus innerhalb der drei Wahlkörper politisch betätigen, der restliche Teil war auf die zensuslose Kurie bzw. später auf den zensusfreien Wahlkörper angewiesen. Die Sozialdemokraten konnten bei späteren Reichsratswahlen nur in Koalitionen mit den Deutschnationalen ihren Kandidaten durchbringen.

6.1.6. *Gemeindeausschusswahl 1900*

Es blieb auf Kommunalebene bei der Gemeindeausschusswahl am 31. August 1900 weiterhin bei den drei Wahlkörpern der steuerzahlenden Bevölkerung. Diese drei Wahlkörper waren weiter den Kurien zugeteilt. Bei dieser Gemeindeausschusswahl gab es aber innerhalb der zweiten und vierten Kurie (Stadt-, Markt- und Landgemeinden) bereits eine zensusfreie allgemeine Wählerklasse. In dieser allgemeinen Kurie war die Wahlbeteiligung für Sozialdemokraten möglich. Zum ersten Mal kam es zu parteipolitischen Polarisierungen aufgrund der sich von einander immer stärker abgrenzenden Massenparteien, wobei sich eine bürgerliche Abwehrfront gegen die aufstrebenden Sozialdemokraten bildete. In der Gemeindeausschusswahl am 31. August und 1. September 1900 trat die „Vereinigte Bürgerpartei“ gegen Sozialdemokraten an, sodass kein Sozialdemokrat als Gemeindeausschussmitglied gewählt wurde. Die Christlichsozialen und Deutsch-liberalen hatten sich zu einer Wahlgemeinschaft zusammengetan.⁴⁵ Keine Chance auf ein Mandat im Gemeindeausschuss hatten die Sozialdemokraten vor allem aufgrund der Vereinigung der Bürgerlichen gegen sie, weniger wegen des Ungleichgewichts der Stimmen.

Der amtierende Bürgermeister Schmidl kandidierte im dritten Wahlkörper, in dem seit der letzten Wahlrechtsreform 1896 nur mehr ein Zensus von vier Gulden vorgeschrieben war. Es wurde am 31. August 1900 eine „große Beteiligung“ an der Wahl festgestellt. Von 9.- ½ 12 Uhr nachts konnte gewählt werden. Es siegte die vereinigte Bürgerpartei, während die Sozialdemokraten „trotz eifriger Arbeit keinen einzigen ihrer Kandidaten durchzusetzen vermochten“. Der bisherige Bürgermeister Anton Schmidl erhielt im dritten Wahlkörper 439 von 458 abgegebenen Stimmen. Von 631 Wahlberechtigten gaben 458 gültige Stimmen ab. Gewählt wurden folgende Kandidaten des dritten Wahlkörpers (mit abgegebenen gültigen Stimmen, Reihenfolge nach Größe der Zahl): Schmidl Anton 439, Sippmeier Ignaz 317, Brazda Theodor 293, Hopferwieser Stefan 279, Kraschnigg Carl 247, Zawadil Carl 242, Schreihofner Johann 241.

Es gab auch drei Ersatzmänner: Schuller Rudolf, Eblinger Johann, Refenner Johann. Refenner und Johann Adam kamen in die engere Wahl (= Nachwahl, also Stichwahl zwischen zwei Kandidaten). Ein liegt auch in der „AW“ ein Kommentar zum „Eisenbahnerort“ vor: „Allgemein Befriedigung herrschte darüber, dass auch die ‚Eisenbahner‘, welche ein so wichtiges Element in unserer Stadt bilden, in der Gemeinde ihre Vertretung finden.“ Bisher waren keine Eisenbahner im Gemeindeausschuss vertreten.

Die Wahl in den zweiten Wahlkörper fand am 1. September 1900 statt. Sie ergab ebenfalls einen Sieg der vereinten Bürgerpartei. Insgesamt wurden 102 Stimmen abgegeben.

⁴⁵ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 182 Gemeindeausschuss neu gewählt. In „engerer Wahl“ wurden bereits gewählte Kandidaten mit unklaren Mehrheiten in Stichwahl endgültig bestimmt.

Gewählt wurden folgende Kandidaten (Reihung nach der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen): Ripka Heinrich, Lachinger Alois, Gruber Josef, Pommer Franz, Hanl Anton, Lehner Franz, Kosler Ferdinand, Queiser Adalbert.

Die „Ersatzmännerwahl“ in den zweiten Wahlkörper brachte folgende Ergebnis: Seidl Josef 50, Ploberger Franz 44, Pöschl Otto 42.

Die Wahl in den ersten Wahlkörper erfolgte ebenfalls am 1. September 1900 um 5 Uhr nachmittags. Abgegeben wurden 40 Stimmen. Gewählt wurden Dr. Deutschmann Carl 40, Putz Ignaz 37, Kubasta Carl 37, Hofmann Alois 36, Schmidl Georg 34, Rußkefer Johann 33, Kroiß Friedrich 30, Dittel Albert R.v. (=Ritter von, Anm. d. Verf.) 29. Als Ersatzmänner: Jetzinger Franz (Hofbauer) 28, Schnetzinger Stefan 28, Boisl Alois 16.⁴⁶

6.1.7. Reichsratswahl 1901

Bei der Reichsratswahl 1901 vergrößerten die Sozialdemokraten in der fünften Kurie ihre bereits vorher errungene Stimmenmehrheit in Amstetten. Dies hatte aber keine konkreten politischen Auswirkungen.⁴⁷ Den gleichgebliebenen 240 christlichsozialen Stimmen standen nun 364 sozialdemokratische gegenüber, was eine auffallende Steigerung aufzeigt.

Die Wahlergebnisse im niederösterreichischen Landstädtebezirk St. Pölten sahen folgendermaßen aus (Wahlbezirk VI): Von 3.642 abgegebenen Stimmen entfielen auf Wilhelm Völkl (Deutsche Volkspartei) 2.042, womit er gewählt wurde. Der bisherige Abgeordnete Jax (christlichsozial) blieb mit 1.600 Stimmen in der Minorität.⁴⁸

Das Stimmenverhältnis sah in Amstetten folgendermaßen aus: Völkl 203 Stimmen, Jax 194 Stimmen. Die Reichsratswahl der allgemeinen Wählerklasse im Wahlbezirk VI St. Pölten brachte einen Sieg der Christlichsozialen.⁴⁹ Am 3. Jänner 1901 fanden die Wahlen in der allgemeinen Wählerklasse („fünfte Kurie“) im Wahlbezirk VI statt, die Stimmenmehrheit erhielt der Kandidat der christlichsozialen Partei Monsignore Professor Dr. Josef Scheicher (aus Waidhofen a.d.Ybbs, Antisemit).

Im Gerichtsbezirk Amstetten waren von 2.689 abgegebenen Stimmen 2.670 gültig. Von diesen entfielen auf Scheicher 1.629, auf den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei 657, auf den von keiner Partei kandidierten deutsch-freisinnigen Josef Hübl 52 Stimmen, die übrigen Stimmern zersplitterten sich.

Wahlergebnis der Gemeinden in den Gerichtsbezirken Amstetten, Haag, St. Peter i.d.Au und Waidhofen a.d.Ybbs (entspricht dem politischen Bezirk Amstetten)

⁴⁶ AW 32 12.8. 1900 S. 4 Wählerlisten, Werbung Schreihöfer; AW 35 AW 2.9.1900 S. 15; AW 37 16.9.1900 S. 7; AW 35 2.9.1900 S. 4; AW 36 9.9.1900, S. 3.

⁴⁷ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 185 ff.

⁴⁸ AW 20.1.1901 Nr. 3 S. 1.

⁴⁹ AW 6.1.1901 Nr.1 S. 2.

Amstetten: abgegebene Stimmen 624: Dr. Scheicher 240, Bretschneider 364, Hübl 5

Haag Dorf : Dr. Scheicher 30, Bretschneider 29, Hübl 0

Preinsbach: Dr. Scheicher 94, Bretschneider 85, Hübl 9

Der permanente Nationalitätenkonflikt hatte immer größeren Einfluss auf die Wahlbewegungen: Der schwere deutsch-tschechische Konflikt wirkte sich bei den Wählerstimmen in der Kurie der Städte und Märkte aus.⁵⁰

6.1.8. Nationale Ressentiments im lokalen Bereich als Widerspiegelung des monarchieweiten Nationalitätenproblems

Die nationale Frage, die wesentlich zum Zerfall der Monarchie beitrug und in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg den Reichsrat dominierte, hatte weniger Einfluss auf der kommunalen Ebene. Aufgrund der permanenten Obstruktionspolitik einzelner Nationalitäten, vor allem der Tschechen, wurde er zeitweise arbeitsunfähig. Sicherlich schauten einzelne Gruppen in Amstetten auf die Zuwanderungsquote von Nord- und Südslawen, vor allem der Tschechen und Kroaten.

Eine dieser potenten Gruppen waren die Eisenbahner des „Eisenbahnerorts“ Amstetten, die allein schon quantitativ großen Einfluss hatten.

Die Eisenbahner der Stadt Amstetten waren gespalten in eine Mehrheit, die der SDAP angehörte, und eine Minderheit der Deutschnationalen, genauso die Postangehörigen. Die Eisenbahner waren in der damaligen Gewerkschaftsbewegung stark verankert, überwiegend in den Freien Gewerkschaften. Die starke Rolle der Eisenbahner in der Stadt hatte mit der rasanten Entwicklung Amstettens als Eisenbahnort zu tun.

Nationale und damit politische Spannungen machten sich besonders seit der Jahrhundertwende bei ihnen bemerkbar. Aus der Abwehrposition gegenüber allem „Fremden“ hatten besonders die deutschnationalen Arbeitnehmervertretungen großen Zulauf. Bei diesen fand die extreme „alldeutsch“-„völkische“ Richtung Georg von Schönerers in Amstetten starke Verankerung.

Um die Jahrhundertwende hatten die Eisenbahner im Vergleich zu anderen Berufsgruppen auf jeden Fall die bessere Organisation. Besonders in den 1890er Jahren ist die Gründung von städtischen Vereinsgruppen anzusetzen, die einerseits beruflich-existentielle Bedürfnisse absicherten, andererseits die langen kulturellen Aktivitäten der Eisenbahner in der Stadt begründeten.

Am 15. Dezember 1858 wurde die „K. k. privilegierte Kaiserin Elisabeth-Westbahn“ dem allgemeinen Verkehr übergeben. Es wurde auch eine Bahnverbindung der Westbahn in den Süden hergestellt: Am 12. November 1872 wurde auf der Kronprinz Rudolf-Bahn der Verkehr aufgenommen.⁵¹ Amstetten wurde Eisenbahnknotenpunkt, was sich sowohl auf die Ausweitung des Bahnhofs, die Vergrößerung

⁵⁰ Ebenda, S. 181 ff.

⁵¹ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 52-53.

des Bahnhofsgebäudes, als auch die Zunahme des Eisenbahnpersonals auswirkte. Es folgte die Verstaatlichung beider Bahnen: der Westbahn 1882, der Rudolfs-Bahn 1884. Letztere gehörte zur Eisenbahndirektion Villach: Diese errichtete 1873 neben dem Heizhaus eine „Eisenbahn-Montur- und Reparaturwerkstätte“. Deren Belegschaft betrug zunächst in den 1870er Jahren 120, um 1900 an die 300 Beschäftigte. 1894 waren im Bahnamt Amstetten ungefähr 250 Eisenbahner, um 1900 an die 450 tätig. Noch vor dem Ersten Weltkrieg machten die Eisenbahner und ihre Familien über 1.000 Personen aus: Amstetten war zum „Eisenbahnerort“ geworden. Um die Jahrhundertwende gehörten die Eisenbahner zu den am besten verdienenden Bevölkerungsgruppen, was auch mit ihrer guten Organisation zusammenhing. Sie konnten ihre Anliegen dank eines dichten Organisationsnetzes meistens durchsetzen.⁵²

Die Organisation der Eisenbahner in Vereinen begann bereits 1892. In diesem Jahr wurde der „Fach- und Unterstützungsverein für die Eisenbahnbediensteten der k.k. Staatsbahnbetriebe“ gegründet, der der Vorläufer der späteren sozialdemokratischen „Freien Eisenbahnergewerkschaft“ werden sollte, als Gegengewicht der 1901 gegründete „Reichsbund christlicher Eisenbahner“, später die „Gewerkschaft christlicher Eisenbahner“, und die „Deutsche Verkehrsgewerkschaft“.⁵³

1898 initiierten Eisenbahner den Gesangsverein „Staatsbahn-Liederkranz“, der dem christlichsozialen Lager angehörte.⁵⁴ Außerdem bestanden ein „Österreichischer Eisenbahnerbeamtenverein, Ortsgruppe Amstetten“, ein „Eisenbahnerkonsumverein“, eine Ortsgruppe des „Reichsvereins der k. k. Post- und Telegraphenbediensteten“ und der 1899 gegründete „Aufbahrungs- und Bestattungsverein der Eisenbahner, Post- und Telegraphenbediensteten.“⁵⁵ Letzterer übernahm vor allem die finanziellen Kosten von Begräbnissen für die Hinterbliebenen und sorgte für „großartige“ Begräbnisse seiner Angehörigen.⁵⁶ Am 1. August 1902 wurde im Zuge der Umbildung des Vereins auch der Name geändert: „Leichenbestattungs-Verein der Bediensteten bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen, Post- und Telegraphen-Anstalten in Amstetten“.⁵⁷

Die politische Spaltung war bei den Eisenbahnern vor allem in der Gewerkschaftsbewegung deutlich, weniger im kulturellen Bereich, wie der Musikverein „Eisenbahner-Kapelle“ beweist, in der

⁵² Freihammer Josef, 100 Jahre Gewerkschaft der Eisenbahner Amstetten 1892-1992, Amstetten 1992, S. 12.

⁵³ Ebenda, S. 9-12; AZ 19 v. 11.5.1919, S. 5: Der christlichsoziale „Deutschösterreichische Eisenbahnbeamtenverein“ lehnte ein Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft ab.

⁵⁴ AZ 28 v. 13.7.1924, S. 6: Am 5. und 6. Juli 1924 fand das „25-jährige Gründungsfest“ statt. S. auch Auer, Musikleben, a.a.O., S. 102.

⁵⁵ AZ 6 v. 10.2.1918, S. 3; s. Freihammer, Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 5 und Freihammer, Gewerkschaft Eisenbahner, a.a.O., S. 9-12.

⁵⁶ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 178 ff.

⁵⁷ Klein Karl, Mitgliedsbuch, Buch Nr. 41, Sammlung Ziskovsky: Statuten, Paragr. 2: Zweck des Vereins, Paragr. 4: Mitglieder („Leichenbestattungs-Verein der Bediensteten bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen, Post- und Telegraphen-Anstalten in Amstetten“). Aus dem Mitgliedsbuch vor, das zum 1. August 1902 vermerkt: „Umbildung des Vereines behördlich genehmigt von der k. k. n.-ö. Statthalterei, Obmann Franz Bercic“.

Blechmusiker aller Parteirichtungen vertreten waren. Die Vielfalt der kulturellen Aktivitäten prägten die Musikkapellen der Gewerkschaftsvereine. Die „Eisenbahnerkapelle“ war seit 1901 jenseits der politischen Lagerbildung jahrzehntelang fester Bestandteil der Fest- und Feierkultur. Sie gehörte zum „Musikverein der Bediensteten der österreichischen Bundesbahnen, Post- und Telegraphen-Anstalten in Amstetten“. ⁵⁸

Die starke slawische Zuwanderung in die deutschsprechenden Teile der Monarchie in dieser Zeit, besonders seit den 1880er Jahren, bedingt durch den gestiegenen Bedarf an-möglichst billigen-Arbeitskräften, verstärkte die schon lange bestehenden Ängste des deutschsprachigen Teils der Bevölkerung, Ängste, die in zunehmendem Ausmaß den deutsch-„völkischen“ Gruppierungen in der Monarchie Aufwind gebracht hatten.

Die 1880er Jahre waren auch für den Bauernstand ungünstig, weil dessen Angehörige angesichts einer massiven Getreideeinfuhr aus Russland und Übersee zu Billigpreisen den drohenden Preisverfall ihrer Produkte fürchten mussten. Dieser Konkurrenz waren sie nicht gewachsen. Im ländlichen Bereich des Amstettner Bezirks gingen damals viele Wirtschaften zugrunde bzw. verschuldeten sich schwer. Tschechisch-national gesinnte Politiker, sahen hier eine große Chance, das Tschechentum außerhalb Böhmens zu verankern. Sie riefen zum Kauf der freiwerdenden Höfe auf. Dagegen wehrte sich die Gemeinde Amstetten mit einer ganz enormen Erwerbssteuer, die vor Käufen in größerem Ausmaß abschrecken konnte. ⁵⁹

Diese damals schon von Politikern des deutschnationalen Lagers geschürten Ängste fanden besonders in den kleinstädtischen Berufsgruppen der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten ihren Widerhall. So forderten im November 1908 die „Deutsch-Freiheitlichen“ in einer Wählerversammlung, man möge nicht zuwarten, „bis in Amstetten der letzte deutsche Eisenbahner verschwunden ist“. Beim Bahnhofsumbau 1909 waren vorwiegend Kroaten (aus dem heutigen Burgenland, dem damaligen Westungarn) beschäftigt. Als sie höhere Löhne forderten, wurden sie kurzerhand entlassen und an ihrer Stelle „heimische“, sprich deutsche, Arbeiter eingestellt.

Schon allein ein Gerücht aus einer Zeitungsnachricht genügte: So wurde 1909 kolportiert, dass das Bahnwerkstättenpersonal zu 35 Prozent aus Slawen bestünde. Um dieser Behauptung entgegenzutreten, übermittelte 1909 die k. k. Heizhausleitung der Stadtgemeinde ein Verzeichnis über die Belegschaft. Danach waren der Heizhausleitung 358 Angestellte unterstellt. Darunter waren 292 Deutsche aus Oberösterreich und Niederösterreich, der Steiermark, aus Salzburg und Tirol; aus den slawischen Bezirken Böhmens stammten 14, aus den deutschen neun, aus Mähren 15, aus Kärnten, Krain usw. 13, aus Schlesien 12, aus Ungarn zwei, aus Bayern einer. ⁶⁰

⁵⁸ Näheres zu den Vereinen s. I.17.

⁵⁹ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 121.

⁶⁰ Freihammer, Gewerkschaft Eisenbahner, a.a.O., S. 9-12.

Wenn man um 1900 von ca. 750 auf dem Bahnhof Beschäftigten ausgeht, so ist die Relation zur Einwohnerzahl Amstettens interessant. Laut Volkszählung 1869 zählte Amstetten 1.223 Einwohner, 1880 bereits 1.727.⁶¹ Nach der Eingliederung von Teilen Preinsbachs am 1. Juli 1900 waren es insgesamt 2.183 Bewohner, drei Personen hatten damals als Umgangssprache Böhmisch, Mährisch, Slowakisch angegeben.⁶² In den 1880er Jahren, besonders seit Eingemeindung von Preinsbach, nahm die Bewohnerschaft aus dem heutigen Tschechien und der Slowakei sprunghaft zu, noch größer war die Zahl von Personen mit tschechischem Namen, die aber bereits Österreicher, also eingebürgert („naturalisiert“) waren. Sie stammten meistens aus Wien und Niederösterreich. Es handelte sich vorwiegend um zugezogenes Eisenbahnpersonal. In der gehobenen Bevölkerungsschicht war die Zahl der Sudetendeutschen sehr hoch, überwiegend war der Zuzug aus Südböhmen und Südmähren.⁶³ Sonst merkte man zu dieser Zeit in Amstetten vom Nationalitätenkampf nur wenig. Die erst errichtete Zweigstelle des Deutschen Schulvereins musste sogar wegen Mangels an Mitgliedern vorübergehend aufgelöst werden. Es kamen aber weiterhin aus dem böhmisch-mährischen Raum Handwerksburschen und Arbeiter. Die Zahlen hielten sich mit der Wanderbewegung der Nieder- und Oberösterreicher die Waage. Tschechen, die sich vermehrt in Amstetten niederließen, assimilierten sich gemäß Volkszählungsergebnis 1890 rasch, weshalb sie nicht als Tschechen gezählt wurden. Sie hatten ihre Muttersprache aufgegeben und sich den heimischen Verhältnissen angeglichen. Die Volkszählung 1890 führte 2.600 Einwohner an, von denen 2.579 deutscher Muttersprache waren, der böhmischen und slowakischen Sprachgruppe gehörte je eine Person an, also überraschend wenig.⁶⁴ Die Volkszählung 1900 ergab 5.670 Einwohner, 1930 von ihnen waren neu eingemeindet. 31 gaben als Umgangssprache Böhmisch, Mährisch oder Slowakisch an, vier eine andere nichtdeutsche Sprache, ohne die eingemeindeten Gebiete hatte Amstetten 3.739 Einwohner. Die Bevölkerung hatte sich fast um ein Drittel vermehrt, von diesen 3.739 Personen waren nur 453 in Amstetten heimatberechtigt, 1.131 in anderen Gemeinden des politischen Bezirks, 1.167 in anderen Gemeinden Niederösterreichs, 910 in anderen Ländern der westlichen Reichshälfte, 62 im Gebiet der ungarischen Krone und 16 im restlichen Ausland.

Die deutsch-„völkischen“ Arbeitnehmervertretungen in der Stadt Amstetten bekamen immer mehr Einfluss in der Stadt, weil hier der Deutschnationalismus in seiner extremen „völkisch“-rassistischen Ausformung in allen Berufsgruppen starke Verankerung gefunden hatte. Am 19. Juli 1910 wurde in einer stürmisch verlaufenden Versammlung der „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ ins Leben gerufen. Als Zweck dieser Vereinigung wurde angegeben, „das Eindringen slawischer Lohndrücker“ zu verhindern und besonders die wirtschaftliche Besserstellung der deutschen Eisenbahner zu

⁶¹ AA 20 17.5.1994 S. 8.

⁶² Pelzl, Bürgermeister, a.a.O, S. 168 ff.

⁶³ Ebenda, S. 94-95.

⁶⁴ Ebenda, S. 126.

verwirklichen. Den Sozialdemokraten und ihren Gewerkschaften wurde vorgeworfen, der Slawisierung Vorschub zu leisten.

In der Versammlung protestierten die in großer Zahl anwesenden sozialdemokratischen Eisenbahner lautstark gegen die Ausführungen der Proponenten des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner.“

Diese politische Spaltung unter den Eisenbahnern, die sich in die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion, in die aktiven Deutsch-„völkischen und in eine christlichsoziale Gruppe teilten, machte sich seit der Jahrhundertwende immer mehr bemerkbar. Die deutsch-„völkische“ Gewerkschaftsgruppe sollte sich nach Kriegsende rasch wieder zusammenfinden und die erste Ortsgruppe der NS-Partei 1919 gründen.

Ressentiments und Angst vor dem Fremdländischen, aber auch rein materielle Gründe wie Konkurrenz um Arbeitsplätze („Lohndrücker“ als billigere Arbeitskraft), auch wenn sie aus Teilen der Monarchie stammten, gingen quer durch alle Gesellschaftsschichten, Berufsgruppen und Parteien. Es gab eine Reaktion der „Deutschösterreicher“ in der bereits sich auflösenden Monarchie auf die Mehrheit der slawischen Abgeordneten im letzten gewählten Reichsrat 1911, die sich in verstärktem Zulauf zu deutsch-„völkischen“ Vereinen niederschlug. Irreale Ängste vor einer Überfremdung und dem Verlust von Machtpositionen gingen in der Phase des Zusammenbruchs der Monarchie in berechnete reale Ängste über, als sich nord- und südslawische Regimenter bzw. die Mehrzahl ihrer Angehörigen aus dem Truppenverband lösten bzw. desertierten und in ihre Heimatländer zurückkehrten. Es zeichnete sich immer mehr ab, dass süd- und nordslawische Territorien der Monarchie in neuen Staaten wie dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Gründung am 1. Dezember 1918) und der Tschechoslowakei (Ausrufung der Republik am 28. Oktober 1918) aufgingen und sich loslösten und Ungarn (Ausrufung der Republik am 26. November 1918) sich selbständig erklärte, gemäß der Wilson-Doktrin bzw. seinem 14 Punkte-Programm vom 8. Jänner 1918, wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker verankert war.⁶⁵

Gerade in dieser Phase der zusammenbrechenden Monarchie kam es zu intensiven Aktivitäten der „Deutschösterreicher“ innerhalb ihrer Vereine, in denen sie noch Sicherheit zu finden glaubten.⁶⁶ So wurde eine Versammlung des „Bundes der Deutschen“ am 1. Oktober 1918 abgehalten. Dieser Bund der Deutschen in Niederösterreich traf sich im Gasthof Dingl „Stadt Wien“. Alois Hofmann begrüßte die Erschienenen, Schriftführer Zeitler sprach von der großen Not der Deutschen, besonders der Deutschen Niederösterreichs, „die von Norden her immer stärker bedroht würden“. Innerhalb eines Jahres waren mehr als 250 neue Mitglieder beigetreten. Die Ortsgruppe des „Reichsbund(s) deutscher Eisenbahner“ hielt am 3. November 1918, dem Tag des Waffenstillstands, in Amstetten im Saal Brunner eine öffentliche Versammlung ab mit dem Thema „Stellungnahme zur Entwicklung

⁶⁵ Kleindl, Österreich, a.a.O., S. 312-315.

⁶⁶ AZ 40 6.10.1918 S. 5.

Österreichs“. Es war eine Einladung „an die gesamte Bevölkerung“ ergangen, die über die „großdeutsche“ Zukunft Österreichs ohne slawischen Bevölkerungsanteil informiert werden sollte.⁶⁷ Um das Deutschtum im nichtdeutschen Gebieten kümmerte sich der „Schutzverein Deutscher Schulverein“, der seit 1880 auch eine Zweigstelle in Amstetten hatte. Der Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Slawen hatte sich auch in Niederösterreich ausgewirkt, was die Gründung dieses Vereins zur Folge hatte. Kernprogramm war zwar die Unterstützung von Einrichtungen wie deutsche Schulen im deutschsprachigen „Ausland“, vor allem im deutschen Grenzgebiet, seine Ortsgruppen wurden aber zu Drehscheiben der deutsch-„völkischen“ Agitation, quer durch alle bürgerlichen Lager. Hier gab es zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen keine Grenzen. Bezeichnend für Amstetten ist, dass die Gemeinde als ganze beitrug, dazu gab es noch 52 private Anmeldungen. Das St. Pöltner Wochenblatt vom Dezember 1880 lobte Amstetten als „kerndeutschen Ort“. Vorsitzender wurde Bürgermeister Innerhuber, Schriftführer Lehrer Anton Hanl.⁶⁸

Die tschechische Zuwanderung um die Jahrhundertwende, die die „völkische“ Struktur des deutschen Kerngebietes zu gefährden schien, wurde immer wieder im Schutzverein „Deutscher Schulverein ‚Südmark‘“ angesprochen. In Amstetten bestand eine starke Ortsgruppe, auch im gesamten Amstettner Bezirk gab es zahlreiche Ortsgruppen des Schulvereins. Besonders auf die Erhaltung „deutscher Art und Muttersprache“ legte er großen Wert.⁶⁹ Er wurde besonders von Bürgermeister Carl Kubasta unterstützt.⁷⁰

Die vermehrte Zuwanderung der Tschechen in Niederösterreich-in Amstetten wurde von der „Tschechengefahr“ gesprochen-führte dazu, dass 1900 der Anteil der Bevölkerung Niederösterreichs, vor allem im Osten und in Wien, 5,3 % Tschechen betrug. Sie wollten eine rasche Assimilation. Diese Situation führte die Wähler besonders den Deutschliberalen, der „Deutschvölkischen Partei“, zu. Diese siegte in Amstetten bei den Reichsratswahlen 1901 mit 263 zu 194 christlichsozialen Stimmen, erhielt im Wahlkreis ebenso die Mehrheit. Auch im Reichsrat selbst gaben die Christlichsozialen und Sozialdemokraten Mandate an die „Deutschvölkische“ Partei ab.

Auffallend groß war die Zuwanderung aus dem deutschen „Sudetenland“. Der slawische Zuzug nahm aber um die Jahrhundertwende merkbar ab. Nordslawen, die früher längere Zeit hier ihrem Erwerb nachgingen, dürften wieder abgewandert sein. Aufschlussreich ist das sich verändernde Verhältnis der deutschen zu den slawischen Namen in Amstetten: Zwei Stichproben bestätigen die laufende Beobachtung: 1888 kamen bei tausend Eintragungen im Einreichungsprotokoll auf sieben deutsche

⁶⁷ AZ 44 3.11.1918 S. 8-9.

⁶⁸ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 100 (St. Pöltner Wochenblatt, Dezember 1880, Nr. 52). Näheres zum „Deutschen Schulverein ‚Südmark‘“ s. I.17.

⁶⁹ Freihammer, Erste Republik, a.a.O., S. 16 ff.

⁷⁰ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 181.

zwei slawische Namen. 1902 war dieses Verhältnis bei dreitausend eingetragenen Namen zehn zu eins.⁷¹

Ein Fallbeispiel vom Februar 1914 spiegelt den Nationalitätenkonflikt in der Stadt Amstetten wider: Es kam zu einer Protestversammlung wegen des Versuchs der Errichtung einer zweiten Apotheke in der Stadt, zusätzlich zur bestehenden Stadtapotheke der Familie Mitterdorfer. Die Motive eines Teils der Amstettner waren die grundsätzliche Einstellung gegen alles „Fremdländische“. So wurde im Februar 1914 gegen den Versuch des tschechischen Magisters Gustav Sedlac, eine Apotheke zu eröffnen, beschlossen, eine Protestversammlung abzuhalten.⁷² Die Ausbreitung der Tschechen wurde als „Gefahr“ nicht nur aus „nationalen“ und rassenideologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Konkurrenzgründen empfunden. Diese immer wieder artikulierte „Gefahr“ wirkte sich auch in der Kleinstadt Amstetten und im Wirken vieler Vereine aus. Besonders die „Deutschen Schutzvereinsortsgruppen“ im politischen Bezirk, allen voran der „Deutsche Schulverein ‚Südmark‘“, sorgten in einer Solidaritätsaktion im Februar 1914 mit der Androhung der öffentlichen „Protestaktion“ für Schlagzeilen im Lokalblatt „AW“.

Dieser Versuch des tschechischen Magisters Gustav Sedlac veranlasste die deutschen Schutzvereinsortsgruppen Amstettens und Umgebung, besonders auch Mauer bei Amstetten, und die übrigen deutschnationalen Vereine, dagegen Stellung zu nehmen. Die ablehnende Haltung ging quer durch alle politischen Lager, wie die Teilnahme ihrer Funktionäre an der Protestversammlung beweist. Diese fand am Sonntag, dem 8. Februar 1914 vormittags, im Saal des Gasthofs Brunner statt, an der die Reichsrats- bzw. Landtagsabgeordneten, die christlichsozialen Zerdik und Grim, die deutschnationalen Pittner und Elz, die Landtagsabgeordneten Stöckler (christlichsozial, Bauernbund) und Polke (sozialdemokratisch) teilnahmen. Ihr Sprecher war Wiener Rechtsanwalt Dr. Förster, der einleitend auf Folgendes hinwies: „Jeder, der noch deutsch fühlt, versäumt es, an dieser Protestkundgebung nicht teilzunehmen.“ Die öffentliche Protestversammlung gegen die Verleihung der zweiten Apotheker-Konzession an einen Tschechen wurde aber überraschend abgesagt, obwohl starke „völkische“ Kreise in der Stadt dahinterstanden. In diesen Kreisen hatte sich die Überzeugung gefestigt, dass es sich um einen „planmäßigen Vorstoß des Tschechentums“ handle. Zuletzt aber hatten sich gewisse Anhaltspunkte ergeben, dass vielleicht ein Irrtum vorliegt: Gustav Sedlac hatte nämlich in einem Brief an Rechtsanwalt Dr. Förster unter Ehrenwort versichert, dass er „nicht nur deutscher Erziehung, sondern auch deutscher Gesinnung sei“. Auch „völkische“ Kreise Wiens, die informiert waren, glaubten an einen Irrtum, weshalb die deutschnationalen Einberufer der

⁷¹ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 174.

⁷² AA 6 v. 8.2.1994, S. 12. Die Verbreitung rassenideologischen Gedankenguts nahm gegen Ende des 19. Jahrhunderts und bis zum Ersten Weltkrieg stark zu. 22.3.1912 Karl May hielt (acht Tage vor seinem Tod) in den Stephaniesälen in Wien einen Vortrag mit dem Titel „Empor ins Reich der Edelmenschen“, unter den 2.000 Zuhörern befand sich auch Adolf Hitler.

Versammlung „vorläufig“ von einer weiteren öffentlichen Erörterung des Gegenstands absahen. Neben einer öffentlichen Protestaktion dachte man daran, die Angelegenheit auch in den Gemeindevausschuss zu bringen. Inzwischen waren die deutschnationalen Kreise gemeinsam mit dem „AW“ zu folgendem Schluss gekommen: Es sollte, wenn überhaupt eine zweite Konzession vergeben werden sollte, nur ein deutscher Bewerber berücksichtigt werden, dessen Abstammung und Gesinnung außer Zweifel stand. Dies sei auch der „Wille der Bevölkerung“. Folgendermaßen wurde im Lokalblatt „AW“ argumentiert: „Die Begehrlichkeit des Tschechentums nach Erwerbsmöglichkeiten in deutschen Gebieten ist eine notorische Tatsache, daß nie früh genug und nicht stark genug der Ruf erschallen kann, der alle deutsch gesinnten Männer zur gemeinsamen Abwehr zusammenschließen soll. Dasjenige, worauf es in Zeiten der Gefahr ankommt, nämlich der Zusammenschluß aller wirklich völkisch Gesinnten, ist auch in Amstetten möglich.“⁷³

6.1.9. Landtagswahl 1902⁷⁴

Anlässlich der Landtagswahl 1902 war zum ersten Mal, ausgehend von einem innerparteilichen Machtkampf, ein wüster Parteienkampf im Amstettner Gemeindevausschuss entbrannt, ausgetragen von zwei altgedienten Politikern, dem bisherigen Gemeindevausschussmitglied und damaligem Listenführer der Christlichsozialen Johann Schreihöfer und dem amtierenden Bürgermeister Anton Schmidl. Der Konflikt hatte eine Vorgeschichte. Dass Schreihöfer den Konflikt eskalieren ließ, hatte seine Ursache in seiner vorangegangenen manipulierten Nichtwahl in den Gemeindevausschuss (obwohl stimmenmäßig vor seinem Konkurrenten Schmidl gelegen) anlässlich der Gemeindevausschusswahl 1894 zugunsten des neuen Bürgermeisters Schmidl, die von Letzterem gemeinsam mit dem Gemeindevausschuss betrieben wurde. Diese Zurücksetzung hatte einen eindeutigen Racheakt zur Folge.⁷⁵ Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der Gemeinde, das bisher unter den Honoratioren in ruhigen Bahnen verlief, stockte zum ersten Mal, nachdem sich im Gemeindevausschuss in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre zwei tragende Parteien herauskristallisiert hatten: Amstetten war zum ersten Mal für alle sichtbar in zwei feindliche Lager gespalten, deren zunehmende Spannungen sich auch im Lokalmedium widerspiegeln.⁷⁶ Der Einfluss der Deutschnationalen machte sich in der Stadt stärker bemerkbar. Gemäßigte Altliberale hatten sich zur Deutschen Fortschrittspartei zusammengeschlossen. Ihr Programm beinhaltete

⁷³ Zit. nach AA 6 v. 8.2.1994, S. 12, Artikel Josef Freihammer.

⁷⁴ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 189.

⁷⁵ Ebenda, S. 190. Zum Anlass Zurücksetzung s. oben II.6.1.2 Gemeindevausschusswahl 1894. Schreihöfer wurde bei der nächsten Gemeindevausschusswahl in die Gemeindevertretung als Gemeinderat gewählt.

⁷⁶ Ebenda, S. 191. Schmidl 1908, Schreihöfer 1914 gestorben, bald auch die Söhne: Georg 1910, Anton Schmidl junior 1913: AW 43 26.10.1902 S. 1 ff; Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 192.

folgende zwei Schwerpunkte, die sich aber wenig vom politischen Gegner, den Christlichsozialen, unterschieden: deutschnationale Gesinnung und wirtschaftlicher Fortschritt.

Die Amstettner „Honoratioren“ standen bei der Landtagswahl 1902 nach einem vorangegangenen Parteiwechsel des Spitzenkandidaten Schmidl aufseiten der Deutschnationalen. Derartige Parteiübertritte innerhalb des Bürgertums waren damals wegen der im Wesentlichen noch geringen ideologischen Unterschiede zwischen Deutschnationalen (nach ihrer mehr oder weniger vollzogenen Trennung von den Deutschliberalen) und Christlichsozialen, die nach ihrer Ablösung von der Katholisch-Konservativen ihre „soziale“ Linie erst festigen mussten, jederzeit möglich. Die im kommunalen Bereich eher wenig offen gezeigte antikirchliche Haltung der Deutschnationalen (mit Ausnahme der radikalen alldeutschen Richtung Schönerers mit ihrer klar deklarierten „Los von Rom-Bewegung“) war kein Störfaktor.

Für den Wahlbezirk der Städte Amstetten, Waidhofen a.d.Ybbs und der Märkte St. Peter i.d.Au, Scheibbs und Seitenstetten war „von den deutschen und fortschrittlichen Parteien“ (so die Bezeichnung im „AW“, im Wahlaufdruck ebenfalls) „bekanntlich schon vor Monaten“ der Bürgermeister von Amstetten, Anton Schmidl Senior als Landtagskandidat aufgestellt worden. Es begann eine großangelegte Wahlkampagne Schmidls. Er stellte sich mehrmals seinen Wählern in den Zentralorten vor, am 11. Oktober in Amstetten, am 14. Oktober in Ybbs und am 19. Oktober in Waidhofen a.d.Ybbs. Die Deutschnationalen Amstettens unter Bürgermeister Schmidl traten gegen die Christlichsozialen an.

Am 11. Oktober 1902 fand im Hotel Schmidl eine sehr stark besuchte Wählerversammlung aller Parteien statt. Schmidl wurde als Landtagskandidat vorgestellt. Der deutschnationale Gemeinderat Dr. Carl Teutschmann eröffnete die Versammlung. Er wies auf die besondere Bedeutung der Landtagswahl, weil man an der Schwelle der Entscheidung stünde, ob die christlichsoziale Partei „auch weiterhin das Regiment im Lande führen wird oder ob ein Zustand des politischen Gleichgewichtes, der auf gegenseitiger Achtung und Toleranz basiert, eintreten soll“. Er bemerkte, dass sich Schmidl „im Falle seiner Wahl der Deutschen Volkspartei anschließen werde“.

Der folgende Redner, Gemeinderat Carl Kubasta, damals ebenfalls auf der Seite der Deutschnationalen bzw. „Deutschfortschrittlichen“, hob die Verdienste Schmidls um die Entwicklung der Stadt Amstetten gebührend hervor und betonte, „dass Schmidl die Triebfeder bei allen Unternehmungen der Gemeinde gewesen sei, welche unsere junge Stadt in Blüte brachten.“ Bürgermeister Schmidl hob hervor, dass er (...) jederzeit bestrebt war, nach Recht und Gerechtigkeit zu handeln.“ Er werde „sein Augenmerk auf die Minderung des Steuerdrucks legen“. Von den anwesenden Wählern sprachen außerdem Baumeister Proksch „vom Standpunkt der Baugewerbetreibenden“ und Zivilgeometer Pöschl „vom nationalen Standpunkt“. Es wurde eine Resolution gefasst: „Die heute am 11. Oktober 1902 hier stattfindende Wählerversammlung der

deutschen freiheitlichen Parteien stimmt der Kandidatur des Herrn Bürgermeisters Anton Schmidl einstimmig zu und verspricht, diese kräftigst zu unterstützen.“ Auch die Gemeinden Ybbs, Scheibbs und Waidhofen hatten zugesichert, die Kandidatur Schmidls tatkräftig zu unterstützen.

Kubasta stand eigentlich auf der Basis der christlichsozialen Ideologie. Er hielt sich in der Regel aus lokalpolitischen Auseinandersetzungen heraus, trat aber aus rein politisch-pragmatischen Gründen bei der Landtagswahl 1902 für den amtierenden Bürgermeister aufseiten der Deutschnationalen ein. Schmidl hatte einen Parteiwechsel vollzogen, Kubasta war ihm bei der Wahl gefolgt.

Schmidl wurde öffentlich von der Gegenpartei angegriffen.⁷⁷ Zum ersten Mal findet sich der Vorwurf der Wahlbeeinflussung vonseiten seiner bisherigen christlichsozialen Partei, weil Schmidl in seinem Hotel Schmidl am Hauptplatz am 11. Oktober 1902 ein Wahllokal eingerichtet hatte, wodurch er dem politischen Gegner eine offene Angriffsfläche bot. Außerdem wurde er von vielen als politischer Wendehals eingestuft, was ihm ebenfalls zu schaffen machte. Treibende Kraft der politischen Agitation gegen ihn war sein Konkurrent um das Landtagsmandat, Gemeindeausschussmitglied Schreihofer. Schmidl sah sich durch diese innerparteilichen Querelen zuungunsten seiner Person veranlasst, parteipolitische Konsequenzen zu ziehen, die ihm aber nicht schwer zu fallen schienen: Schon vorher auf der Seite der Deutschnationalen, dann Christlichsozialer, trat anlässlich der Landtagswahl zur Deutschen Fortschrittspartei über und kandidierte als deren Spitzenkandidat. Aufgrund mehrerer Denunziationen wurde gegen Schmidl Anklage erhoben. Der Rachefeldzug war noch nicht beendet. In der Folge wurde ihm von der Mehrheitspartei im Landtag, den Christlichsozialen, sein errungenes Landtagsmandat aberkannt, ohne das laufende Gerichtsverfahren abzuwarten. Damals zeigte man noch Anstand: Am 23. April 1903 trat der Amstettner Bürgermeister zurück.⁷⁸ Der bisherige erste Gemeinderat bzw. erste Vizebürgermeister Carl Kubasta wurde Bürgermeister am 6. Mai 1903.

Der Fall Schreihofer- Schmidl wirft anlässlich der Landtagswahl 1902 ein Bild auf das damalige kommunalpolitische Geschehen und speziell auf die Situation im Gemeindeausschuss. Die Konflikte auf kommunalpolitischer Ebene nahmen mit dem Aufkommen der Massenparteien aufgrund machtpolitischer Auseinandersetzungen, weniger aufgrund ideologischer Gegensätze zu. Vorher waren unter den Honoratioren in der Regel Konfliktstoffe im persönlichen Gespräch geregelt worden. Dieser Wandel zeigt auch den Übergang von „Honoratioren“ zu reinen Parteiführern auf, wenn auch der Honoratiorentypus in der Ersten Republik wenigstens auf der kommunalen Ebene weiter bestehen blieb.⁷⁹

⁷⁷ AW 44 2.11.1902 S. 1ff; Aufruf Schreihofer AW 44 2.11.1902 S. 16; Aufruf Schreihofer AW 45 9.11.1902 S. 13; AW 45 9.11.1902 S. 1ff Ergebnis. AW 43 26.10.1902 S.1; Ornazeder, Bürgermeister, S. 11-12.

⁷⁸ Freihammer Josef, Stadtzeitschrift, Nr. 2, März 2002, Geschichte S. 20.

⁷⁹ Sämtlich folgende Ausführungen zum Fall Schmidl-Schreihofer s. Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 188 ff.

Der fließende Wechsel im Honoratiorenbereich war damals auf kommunaler Ebene der Normalfall. Die politischen Ambitionen des amtierenden Bürgermeisters Schmidl scheinen folgende Ursachen gehabt zu haben: Die Amstettner hatten damals die Chance, zum ersten Mal ein Landtagsmandat zu erreichen. Obwohl die Christlichsozialen den niederösterreichischen Landtag beherrschten, war im Amstettner Bezirk die Gelegenheit bei den „Deutschfortschrittlichen“ größer, weil sie sich damals in starkem Aufwind befanden. Ob es die bereits erwähnte Trotzreaktion gegenüber der innerparteilichen Opposition oder doch eher opportunistische Gründe waren, die Schmidl veranlassten, die Partei zu wechseln, ist offen zu lassen. Eher war beides zusammen ausschlaggebend.

Schmidl hatte sich als ursprünglicher Deutschliberaler bzw. Deutschnationaler und vormaliger Christlichsozialer wiederum dieser Richtung angeschlossen. Er hatte die vorangegangene Gemeindeausschusswahl bereits mit einer „Fortschrittspartei“ gewonnen, die mehrheitlich ebenfalls deutschliberal Gesinnte vertrat. In der Zwischenzeit war er zu den Christlichsozialen übergeschwenkt. Er war der typische Vertreter der „Honoratioren“, die aus politischem Opportunismus die Parteilager wechselten, ohne prägenden ideologischen Hintergrund. Es ist bekannt, dass er abgesehen von seinen eigenen Ambitionen von Freunden gebeten wurde, sich für diese Partei zum Kandidaten für die Kurie der Städte und Märkte aufstellen zu lassen.

Er wurde von Freunden gebeten, sich für diese Partei zum Kandidaten für die Kurie der Städte und Märkte aufstellen zu lassen. Hemmend wirkte sich im Wahlkampf Folgendes aus: Die Liberalen waren keine Freunde der Kirche, was sich für ihn als Belastung herausstellte. Außerdem hatte er dem Abgeordneten Jax aus dem christlichsozialen Lager (auf dem Totenbett) versprochen, der christlichsozialen Sache treu zu bleiben. Als bisher ungewohnt im politischen Kampf auf der kommunalen Ebene der Kleinstadt kam noch Folgendes dazu: Es trat nun ein Gegner aufseiten der Christlichsozialen in einer Schärfe auf, mit der er nicht gerechnet hatte, Johann Schreihöfer. Dieser wollte ebenfalls seit einigen Jahren Abgeordneter werden und arbeitete auf eine Kandidatur bei der christlichsozialen Partei hin, der er sich als Amstettner Gegenkandidat anbot. Er hatte starken Rückhalt: Die mit der Kurie der Städte und Märkte verbundene Handels- und Gewerbekammer stellte Schreihöfer als Gegenkandidaten auf.

Es entbrannte in der Stadt eine regelrechte Wahlschlacht, in der Schreihöfer die treibende Kraft war. Es wurden Flugschriften verbreitet, was im Lokalblatt „AW“ verfolgbar ist. Schmidl wurde Verrat an der christlichsozialen Bewegung vorgeworfen. Es wurde in der Öffentlichkeit der Vorwurf kolportiert, Schmidl habe „die christliche Sache und die herrschende Mehrheit treulos“ verlassen.

Für einen demokratischen Parlamentarier wäre damals vor allem Kompromissfähigkeit notwendig gewesen, aber Schmidl amtierte in der alten Traditionslinie, die wenig Widerspruch bzw. Opposition duldete. Es hatte sich im Amstettner Gemeindeausschuss unter Vorsitz Schmidls ein autoritäres

Regime etabliert. Bei Debatten ergriffen nur wenige Mitglieder, Getreue um Schmidl, wie Kubasta, Putz, Dr. Teutschmann, Hanl, das Wort. Es geschah einfach, was Schmidl wollte. Die meisten Ausschussmitglieder sahen sich derart unwichtig, dass sie den Sitzungen fernblieben, sodass sogar einmal die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war.

Schmidl dürfte in seiner opportunistischen Haltung der Meinung gewesen sein, die Liberalen würden, wie 1901 im Reichsrat, nun auch im Landtag Mandate und eine Mehrheit gewinnen. Die nationale Frage (die im Reichsrat den Stimmengewinn gebracht hatte), war aber im Landtag nicht so entscheidend, hier zog mehr die Parole „Fortschritt“, was der führende Mann der Christlichsozialen, Dr. Karl Lueger, zusätzlich zu seiner antisemitischen Hetze dem Wählervolk in Wien zeigte. Die Christlichsozialen hatten unter seiner Führung mit volksnaher Politik breite Massen zu organisieren verstanden. Schmidl verkannte die Durchschlagskraft dieser Bewegung.

Letztlich ergab sich ein parteipolitisch taktisches Zusammengehen von Deutschnationalen und Sozialdemokraten gegen die christlichsoziale Mehrheit. Im Amstettner Wahlkreis siegte daher der von den Deutsch-Freiheitlichen und Sozialdemokraten unterstützte Bürgermeister Anton Schmidl. Die Christlichsozialen befanden sich aber zu dieser Zeit, vor allem auch durch das fortschrittliche Wirken Luegers in Wien, im Aufwind (Damals war Wien ein Teil Niederösterreichs.). Die Sozialdemokraten nutzten die Situation in ihrem Abwehrkampf gegen die christlichsozialen Mehrheiten. Bei der Wahl trat der sozialdemokratische Kandidat, der für sich selbst keine Chance sah, zu Gunsten einer einheitlichen Front der „Fortschrittlichen Parteien“ zurück. Schmidl blieb auch in Amstetten mit 269 zu 192 Stimmen Sieger. Die Christlichsozialen hatten aber landesweit einen Erdrutsch-Sieg errungen (Wien und Niederösterreich). Sie kamen auf 45 von 78 Mandaten und versuchten nun mit allen Mitteln, ihren politischen Gegner aus dem Landtag zu entfernen. Politische Fairness kannte man damals in Niederösterreich nicht, sie lancierten verschiedene Vorwürfe gegen Schmidl. Tatsächlich hatte es gewisse Unregelmäßigkeiten gegeben, die aber nicht ins Gewicht fielen. Es wurden Untersuchungen eingeleitet, auch in Amstetten. So wurde z.B. Schmidl angekreidet bzw. wurde angefechtet, dass ein Wahllokal im Hotel Schmidl eingerichtet worden war und Wähler mit unlauteren Methoden beeinflusst worden seien. Schreihöfer gab auch an, dass die Wähler „brutal gezwungen wurden, ihre Stimme für Schmidl abzugeben“. Davon wusste die ausführende Behörde nichts, sie konnte derartige Vorwürfe bei ihren Untersuchungen nicht nachweisen. Trotzdem wurden Schmidls Partei Stimmen entzogen, die Mehrheit blieb ihr aber. In Niederösterreich fielen aber insgesamt nur sechs Landtagsmandate auf die Deutsche Fortschrittspartei. Neben diesen Anschuldigungen gab es Ende 1902 noch eine als Verleumdung von Schmidl eingestufte Aussage gegen ihn. Anfang 1903 erstattete Schmidl gegen den Bezirkswegemacher Raimund Schneider eine gerichtliche Klage wegen Verleumdung. Dieser habe erklärt, dass Schmidl als Obmann des Bezirksstraßenausschusses Gelder abgezweigt habe. Diese Anschuldigung nahm er später zurück,

weil die „Gelder ohnehin wieder zum Straßenbau verwendet worden seien“. Es fehlten aber in der Kasse „tatsächlich 3.817 K 66 h“- bei den Summen, mit denen der Bezirksstraßenausschuss arbeitete, ein geringfügiger Betrag. Nun stand Schmidl selbst unter Anklage, alle, die Schmidl kannten, sprachen von Schlamperei. Schmidl hatte sich als Bürgermeister oft über gesetzliche und bürokratische Formalitäten hinweggesetzt. Schreihöfer wollte aber den Rivalen auf dem Abgeordnetensitz unbedingt ausschalten, weshalb die Angriffe weitergingen, besonders im Lokalblatt. Diese fortgesetzten Vorwürfe betrafen die Kassenbücher und Belege der Wasserbaugenossenschaft aus den letzten Jahren, in denen Schmidl Obmann war, die angeblich fehlten.

Ohne ein gerichtliches Urteil abzuwarten, erklärte der Landtag in seiner Machtvollkommenheit mit den Stimmen der Christlichsozialen Schmidl seines Mandats für verlustig. Auf eine Rechtfertigung vor dem Landtag verzichtete Schmidl. Die Auseinandersetzung zog sich während des Jahres 1903 hin. Sogleich nach den ersten Angriffen legte Schmidl die Obmannschaft im Straßenausschuss nieder. Auch im Gemeindeausschuss, wo Schreihöfer nun im Gegensatz zu vorher immer anwesend war, gab es Schwierigkeiten: 11 Mitglieder forderten Schmidl ultimativ auf, sein Bürgermeisteramt niederzulegen. Sie würden sonst nicht mehr im Ausschuss erscheinen. Schmidl des Kampfes müde, trat am 23. April 1903 als Bürgermeister zurück und legte auch sein Gemeindeausschussmandat zurück.

Schreihöfer führte die Hetze so lange weiter, bis die Landtagswahl im Wahlbezirk VI St. Pölten wiederholt wurde. Von der deutschfreiheitlichen und der sozialdemokratischen Partei erging an die Wähler der Aufruf, sich wegen des Rechtsbruchs im Landtag der Wahl zu enthalten, weshalb Schreihöfer als einziger Kandidat endgültig das gewünschte Landtagsmandat erringen konnte. Ende des Jahres 1903 stellte das beauftragte Bezirksgericht seine Erhebungen über Schmidls Amtsführung mangels eines strafbaren Tatbestands ein. Dagegen brachten der Landesausschuss und der Bezirksstraßenausschuss eine Subsidiarklage gegen Schmidl in seiner Eigenschaft als Obmann des Straßenausschusses bei der Ratskammer des Kreisgerichts ein. 1904 wurde die Klage zurückgezogen, weil er „selber sich wohl kleiner Unkorrektheiten, jedoch keiner schlechten Handlung schuldig gemacht habe“.⁸⁰ Schließlich zog der NÖ.-Landesausschuss die Klage gegen Schmidl mangels eines strafbaren Tatbestands zurück.⁸¹

Bezirkswegemacher Schneider wurde wegen Ehrenbeleidigung und Geschenkannahme in Amtssachen angeklagt. Diese Sache wurde intern geregelt: Der Fall wurde von einem der führenden Männer der christlichsozialen Partei, Prälat Dr. Scheicher, im Landesausschuss übernommen, was ein mildes Urteil zur Folge hatte. Er wurde aus dem Bezirk versetzt.⁸²

⁸⁰ Zit. nach Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 188-192, Vermerk im Postmeisterstationsbogen 1904.

⁸¹ Feigl Markus, Bürgermeister-Porträts. In: Das Jubiläumsbuch. Amstetten 100 Jahre Stadt. Werden, Wachsen, Wandel, Amstetten 1998, S. 40-41.

⁸² Pelzl, Bürgermeister, a.a.O., S. 188-192; AW 26 1904.

Amstetten war in zwei feindliche Lager gespalten. Folgendes war noch möglich: Es schaltete sich der Bezirkshauptmann Alfred Freiherr von Lederer als Mediator ein. Er nützte folgende Institution als Forum von Gesprächsmöglichkeiten auch auf politischer Ebene aus: die in Amstetten beliebten und emsig gepflegten Zimmerschützenvereine. Er gründete anlässlich des vorliegenden Falls in alter Tradition einen völlig unpolitischen Feuerschützenverein, übernahm die Leitung des eigens einberufenen Vereinskomitees und schickte Einladungen an alle politischen Lager aus, die mehrheitlich mit Zustimmung angenommen wurden. Wenigstens in diesem Schützenverein, der sofort hinter dem Hofbauerngut (Jetzinger) mit dem Bau der Schießstätte begann und diese 1905 mit einer großen Festlichkeit in Betrieb nahm, waren alle politischen Lager bereit, friedlich mit einander zu kommunizieren. Dass es auch im Gemeindeausschuss wieder friedlicher zugeht, bewirkte die besonnene und kluge Führung des neuen Bürgermeisters Carl Kubasta.⁸³

6.1.10. Gemeindeausschusswahl 1905

Aufgrund der Novellierung des Gemeindewahlrechts am 23. Juli 1904 wurde ein vierter Wahlkörper ohne Zensusvorschreibung in der Gemeinde gebildet. Die Gemeindeausschusswahl fand vom 29. Mai bis zum 5. Juni 1905 statt, an denen die Wahlberechtigten nach Wahlkörpern abgestuft teilnahmen. Öffentliche Wählerversammlungen waren damals die Regel, oft von der Stadtgemeinde bzw. dem Bürgermeister einberufen. Sie wurden aber meistens zu Propagandazwecken einseitig missbraucht, indem sog. „Rechenschaftsberichte“ gebracht wurden. Diese Methode wurde in die Erste Republik als sog. „Vollversammlungen“ übernommen. Die Parteien, die nicht den Bürgermeister stellten, waren deshalb immer im Nachteil, konnten aber in den „Volksversammlungen“ als einem offenen Forum Kritik üben.

Am 19. Mai 1905 lud die Stadtgemeinde-Vertretung alle Wähler der vier Wahlkörper zu einer Wählerversammlung in das Hotel Bauer ein. Auf der Tagesordnung stand der Rechenschaftsbericht über die abgelaufene Funktionsperiode, von Bürgermeister Kubasta selbst vorgetragen, unter dem Vorsitz von Gemeinderat Ignaz Putz. Vor allem betonte der Bürgermeister Folgendes: Es gab „bisher keinen Parteihader in der Gemeindestube, es möge so bleiben“. Gemeindeausschuss-Inspektor Brazda meinte abschließend, dass es „keinen besseren Bürgermeister“ gebe. Weil kein Antrag eingebracht wurde, wurde Versammlung geschlossen. Es wurden nicht die bevorstehenden Wahlen besprochen, was eigentlich erwartet wurde, sondern nur der Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters als

⁸³ Pelzl, Bürgermeister, a.a.O. S. 191. Schmidl zog sich mit seinem Rücktritt aus dem öffentlichen Leben zurück. Zahlreiche Liebesabenteuer hatten Schreihöfer eine Syphiliserkrankung eingebracht, welche damals nicht heilbar war. Es trat der seltene Fall einer progressiven Gehirnparalyse ein und er verfiel der Demenz. Er leistete sich Auftritte, die ihn der öffentlichen Lächerlichkeit preisgaben. 1914 verstarb er, Schmidl war bereits 1908 verstorben.

Eigenwerbung vorgetragen.⁸⁴ Auch das eher deutschnationale Lokalblatt stand aufseiten des eher christlichsozial gesinnten Bürgermeister, wenn es einen Artikel zur Gemeindeausschusswahl folgendermaßen einleitete: „In geradezu idyllischer Ruhe verharrte unsere gute Stadt Amstetten gegenüber den kommenden Gemeinderatswahlen zu einer Zeit noch, als die Wogen des Kampfes in St. Pölten und Linz bereits hoch gingen, ja sogar noch, als die Wahlen für Amstetten bereits ausgeschrieben waren.“⁸⁵

Es kam aber dennoch zum Wahlkampf, zur Wahlauseinandersetzung, wo vorwiegend wahltaktische Überlegungen eine Rolle spielten. Zum ersten Mal lässt sich ein gezieltes Parteisplitting anlässlich einer Gemeindeausschusswahl nachweisen, inszeniert von den Sozialdemokraten. Diesen wurde vom bürgerlichen „AW“ bescheinigt, dass sie als „bestorganisierte Partei (...) „schon seit Monaten zielbewusst arbeitete“, und wie der Wahlausgang lehrte, „mit glänzendem Erfolg“. Beim Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters meldete sich niemand zu Wort, „das war die Ruhe vor dem Sturm und dieser trat am Sonntag ein“. Der Sozialdemokratische Wahlverein hielt im Gastgarten des Gasthauses Atzenhofer „eine massenhaft besuchte Wählerversammlung“ ab.

Reichsratsabgeordneter Schuhmeier aus Wien hielt eine mehrstündige Rede. Am Montag hielt die bisherige Gemeindevertretung im Gasthaus Ripka eine Wahlversammlung ab. Am Dienstag wurde die neue Kandidatenliste präsentiert, wobei das „Wahlkomitee der bestandenen Gemeindevertretung“ bemerkte, dass bei der Zusammenstellung „nur an ein einheitliches Arbeiten in der neuen Gemeindevertretung auf wirtschaftlicher Basis gedacht wurde“. Fast gleichzeitig wurden die Stimmzettel der Sozialdemokraten ausgeteilt „mit einem Zirkular“, in dem die Tätigkeit der bisherigen Gemeindevertretung scharf kritisiert wurde. Gegen Ende des Wahlkampfs dürfte vonseiten der Sozialdemokraten der Versuch gestartet worden sein, die gegnerische Seite in der Art eines „Parteiensplittings“ zu überrumpeln, indem durch Stimmenabwerbung eine Schwächung des bürgerlichen Lagers, insbesondere der Christlichsozialen, probiert wurde. Es trat „plötzlich“ eine „koalierte Partei“ auf, „mit einer neuen Kandidatenliste mit zwei neuen Kandidaten. Damit war die Verwirrung vollständig“. Es kandidierte außerdem ein „Vororte-Komitee mit vier ganz neuen Kandidaten, womit der Sieg der einheitlichen und geschlossenen sozialdemokratischen Partei“ nach Auffassung des Lokalblatts „gesichert“ war. Am Wahltag war es ruhig, nur vor dem Gasthaus Gatterbauer, dem Agitationslokal der Sozialdemokraten, zeigte sich „ein regeres Leben, ein paar Fiaker fuhren hin und her und ein mit einem knallroten Parapluie, auf dem eine sozialdemokratische Wahlaufforderung gemalt war, sorgte für Heiterkeit unserer lieben Jugend.“

⁸⁴ AW 21.5.1905 S.22.

⁸⁵ AW 28.5.1905 Nr.22 S.8 2 Zitate Gemeindeausschusswahl.



Gasthaus und Hotel Ripka Einladung zum Ball für 10. Jänner 1903. (Bild 14D)

Zum ersten Mal konnten die Sozialdemokraten ihre Kandidaten durchbringen.

Von 1.123 Wählern des vierten Wahlkörpers wurden „929 gültige Stimmen abgegeben, 84 ½ % der Wählerschaft“. Die absolute Majorität betrug 464. Gewählt wurden die vier Sozialdemokraten: Johann Resch 594, Franz Schrank 521, Michael Feichtner 494 und Alois Lohner 476. In der Minderheit blieben die von der Gemeindevertretung aufgestellten Kandidaten Kubasta 424, Ignaz Sippmeier 271, Johann Denk 244 und Johann Mayerhofer 238, die „koalitierten“ Bercic 84 und Joppich 52, die „Vororte-Kandidaten“ Alois Meißner 56, Michael Riener 53, Johann Röstlthaler 40, Josef Feichtinger 72.

Die Christlichsozialen hatten keine Chance.

Die Wahlen für den dritten, zweiten und ersten Wahlkörper fanden in der nächsten Woche statt, nämlich am 29. Mai, 2. Juni und 5. Juni 1905.⁸⁶

Aufgrund des Mehrstimmenwahlrechts (Pluralstimmrecht) konnten Kandidaten in einem Wahlverfahren zweimal das aktive und passive Wahlrecht ausüben, also zweimal kandidieren und auch ihre Stimme abgeben. So konnte Kubasta, der im vierten Wahlkörper kandidiert hatte und aufgrund seiner Besitzverhältnisse eigentlich einem höheren Wahlkörper zugeteilt war, noch einmal kandidieren bzw. seine Stimme abgeben. Dieses Privileg blieb bis zum Ende der Monarchie bestehen. Kubasta kandidierte als Listenführer auch im dritten Wahlkörper. Von den Kandidaten für die einzelnen Wahlkörper werden nur die Listenführer angeführt: Dritter Wahlkörper Kubasta Karl,

⁸⁶ AW 28.5.1905 Nr.22 S.19 Aufruf Mitbürger! Wähler des III., II. und I. Wahlkörpers! Wahlen am 29.5., bzw. 2.6. und 5.6.1905.

Produktenhändler, zweiter Wahlkörper Kosler Ferdinand, erster Wahlkörper Putz Ignaz (Es werden jeweils neun Kandidaten angeführt).

Mit dem Sieg der Sozialdemokraten im vierten Wahlkörper hatte das Interesse der breiteren Schichten der Einwohnerschaft an der Fortsetzung der Wahl abgenommen. Für den dritten und zweiten Wahlkörper gab es dennoch eine lebhaftige Agitation. Für die Wahl in den dritten Wahlkörper wurde ursprünglich nur eine vom „gemeindeämtlichen Komitee“ aufgestellte Kandidatenliste ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit der Kandidaten präsentiert. Die Sozialdemokraten hatten hier keine eigenen Kandidaten aufgestellt. Später erschien eine neue, von einem „Wahlkomitee von Amstetten und der Vororte“ aufgestellte Kandidatenliste mit nur sechs Kandidaten aus der ersten Liste, wobei sie mit drei Kandidaten deutschnationaler Zuordnung ergänzt wurde. Die Wahl endete am 29. Mai 1905 mit dem Sieg der „gemeinderätlichen“ Kandidaten. Dies war eine Vertrauenskundgebung für den Bürgermeister: Für ihn hatten von „275 Wählern 224 gültig gestimmt, 82 %“. ⁸⁷

Die personelle Kontinuität in den anderen drei Wahlkörpern der begüterten Bevölkerungsteile war von vornherein gegeben, weil es nur „gemeinderätlich“ aufgestellte Listen gab. Diese Listen traten in einem vorher vereinbarten Konsens nur für den amtierenden Bürgermeister und sein politisches Lager ein.

Gewählt wurden im dritten Wahlkörper Kubasta Produktenhändler 219, Lachinger, Ziegelwerksbesitzer 219, Riener Michael Realitätenbesitzer 25, Pommer Franz Privatier 205, Schillhuber Anton, Gasthausbesitzer 200, Schreihöfer Johann Gutsbesitzer und Landtagsabgeordneter 155 Hopferwieser, Zimmermeister und Sägewerksbesitzer, Sippmeier Ignaz, Privatier.

Die Majorität betrug 113 Stimmen, in der Minderheit blieben Prokesch Adolf Architekt und Baumeister, Feichtinger Josef Ingenieur, Frank Eduard Bürgerschullehrer.

Bei der Wahl in den zweiten Wahlkörper, am 2. Juni 1905, gab es nur eine einzige Kandidatenliste, ebenfalls vom „gemeinderätlichen Wahlkomitee“ aufgestellt. Diese Kandidatenliste erlebte am Wahltag eine Korrektur, wodurch eine Stichwahl notwendig wurde.

Gewählt wurden Kosler Ferdinand, Kupferschmied 168, Ripka Heinrich, Gastwirt 174, Silewinaz Karl, Lederfabrikant 141, Gruber Josef Wagner 161, Kraschnigg Karl, Uhrmacher 164, Hanl Anton Oberlehrer 165 Ploberger Franz Eisenhändler 158, Orth Johann k. k. Ober-Postverwalter 160. In die Stichwahl kamen Josef Seidl k. k. Eichmeister, Anton Blab k.k. Postamtsdiener.

Bei der Gemeindeausschusswahl am 3. Juni 1905 als Stichwahl in den zweiten Wahlkörper wurde Anton Blab, k. k. Postexpedient, gewählt. Gegenkandidat Josef Seidl blieb mit neun Stimmen in der Minorität, hatte aber die Genugtuung, bei der Wahl im ersten Wahlkörper mit großer Majorität gewählt zu werden.

⁸⁷ AW 4.6.1905 Nr. 23 S. 4.

Bei der am 5. Juni 1905 erfolgten Wahl in den ersten Wahlkörper zeigte sich folgendes Ergebnis: Es wurden 155 Stimmen abgegeben, gewählt wurden:

Dr. Karl Teutschmann, Advokat 149, Franz Jetzinger, Realitätenbesitzer 146, Franz Lehner, Privatier 43, Friedrich Kroiss Eisenhandlung 141, Josef Seidl k.k. Eichmeister 140, Alois Hofmann, Hotelbesitzer 138, Michael Mayerhofer, Mühlenbesitzer in Eggersdorf 120, Ignaz Putz Realitätenbesitzer 119, Michael Karner, Kaufmann 79 Stimmen.⁸⁸

6.1.11. Reichsratswahl 1907

Freiherr von Beck konnte dem Kaiser das langersehnte Wahlgesetz abringen, die Wahlreform 1907. Das aktive Stimmrecht hatte jeder männliche Staatsbürger ab dem 24. Lebensjahr, der seit einem Jahr in einer österreichischen Gemeinde wohnte, das passive jeder ab dem 30. Lebensjahr, der seit drei Jahren Staatsbürger war.⁸⁹

Es herrschte weiter das Mehrstimmen- bzw. Pluralwahlrecht der österr.-ungar. Monarchie, nach dem nun ein Wahlberechtigter gemäß Zensusvorschrift und entsprechender Kurienzuteilung in der fünften Kurie noch einmal kandidieren und seine Stimme abgeben konnte.⁹⁰

Reichsratskandidaten in den Wahlbezirken 46, 47 und 41: Josef Grim, Bürgermeister und Wirtschaftsbesitzer in Preinsbach, Obmann-Stellvertreter des Bauernvereines V.O.W.W. und derzeitiger Bezirksbauernrat des n.-ö. Bauernbundes, trat als Spitzenkandidat der Christlichsozialen an: „Kandidiert auf das Programm der christlichsozialen Partei und des n.-ö. Bauernbundes. Ein Volksmann in das Volksparlament!“⁹¹ Sein Gegenspieler in der christlichsozialen Partei war Alfred Schmid, beschrieben als „Christ, Patriot, als Deutscher, für die Interessen der Staats- und Privatbeamten und der Lehrerschaft, arbeiterfreundliches Herz, berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes energischen Nachdruck geben“. Für die Sozialdemokraten kandidierte Emil Polke, Landtagsabgeordneter, aus St. Pölten. Für die Deutschnationalen trat Baron Aichelburg an.

Die Reichsratswahl fand am 14. Mai 1907 statt. Die Stadt bot am 14. Mai 1907 das ruhige Bild des gewohnten Alltagslebens, nirgends gab es eine Ansammlung, nirgends eine Agitation. Es wurden im Wahlbezirk 46, umfassend die Gerichtsbezirke Amstetten, Ybbs und Mank, der Kandidat Josef Grim, Wirtschaftsbesitzer und Bürgermeister in Preinsbach, von 9.382 abgegebenen, mit 6.969 gültigen

⁸⁸ AW 11.6.1905 Nr. 24 S. 4; ABl. BHA 43 vom 25.10.1906. AW 1906 einzelne Gemeinderatswahlen wie in Euratsfeld, Schönbichl, laut Amtsblatt 1906 im Juni 1906 zwei Mal Kritik des Bezirkshauptmanns, weil die 14-Tagefrist zwischen Wahl zum Gemeindevorstand und Wahl des Gemeindevorstands nicht eingehalten. Aufgrund des Gesetzes vom 12.9.1906, in Kraft getreten am 6.10.1906, erfolgte eine Abänderung einzelner gültiger Bestimmungen der Gemeinde-Wahlordnung, für das Erzherzogtum unter der Enns.

⁸⁹ Hasenmayer, Göhring, Neuzeit, a.a.O., S. 163

⁹⁰ Ebenda, S. 148. Die im Mai 1907 durchgeführten Neuwahlen brachten den erwarteten Sieg der Massenparteien: Die Christlichsozialen erwarben 96 Mandate, die Sozialdemokraten 87, die Partei Schönerers fiel auf drei Mandate zurück. Der Reichsrat hatte eine slowakische Mehrheit, er wies insgesamt 255 Slowaken, 243 Deutsche und 23 Romanen auf. Seit diesem Zeitpunkt vermehrte sich die Angst der Deutschen vor einer überhandnehmenden Slowakisierung, später hätte man gesagt „Überfremdung“.

⁹¹ AW 19 12.5.1907, S. 15. Neues Gesetz vom 26.1.1907 Kundmachung

Stimmen gewählt, im Wahlbezirk 47, umfassend die Gerichtsbezirke St. Peter i.d.Au, Haag und Waidhofen a.d.Ybbs der Kandidat Josef Stöckler, Landtagsabgeordneter, aus St. Valentin, von 11.596 abgegebenen, mit 9.305 gültigen Stimmen gewählt. Im Wahlbezirk 41, umfassend die Städte, Märkte und Industrieorte St. Pölten, Herzogenburg, Melk, Pöchlarn, Ybbs, Scheibbs, Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs, hatte am 14. Mai kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht. Am 23. Mai musste daher die „engere Wahl“ zwischen Schmid, Eisenhändler in St. Pölten, und Polke, Privatbeamter in Wien, stattfinden. Schmid wurde mit 3.789 Stimmen zum Reichratsabgeordneten gewählt, Polke blieb mit 3.144 Stimmen in der Minorität.⁹²

Das Wahlergebnis in den einzelnen Wahlorten des 41. Wahlbezirks: Amstetten: Schmid 621, Polke 533, Aichelburg 168.⁹³ In der Ortsgemeinde Preinsbach wurden insgesamt 193 Stimmen abgegeben, Grim erhielt 160, Sengstbratl 24, Feichtner 8 Stimmen, ein Stimmzettel war leer, Grim wurde daher gewählt.⁹⁴ Alle Orte zusammen: Schmid 3.258, Polke 2.126, Aichelburg 1.804.⁹⁵

Die Wahl im 46. Wahlbezirk, der Gerichtsbezirke Amstetten, Mank und Ybbs, hatte folgendes Ergebnis: Im Gerichtsbezirk Amstetten wurden insgesamt 3.838 Stimmen abgegeben, gültig waren 3.793, „zersplittert, leer und ungültig“ waren 45, Grim erhielt 2.050, Sengstbratl 1.483, Feichtner 247. Dazu kamen noch die Gerichtsbezirke Mank und Ybbs mit den entsprechenden Zahlen. Die Summe der abgegebenen Stimmen betrug 9.382, davon gültig waren 9.229, ungültig daher 153, Grim erhielt 6.969, Sengstbratl 1.802, Feichtner 377.

Es wird von einem „Schlachttag“ die Wahlen betreffend gesprochen:⁹⁶ Die Redaktion des „AW“ brachte einen Bericht über Reichsratswahlen, beginnend mit dem Satz „Der erste Schlachttag, das erste Ringen um die Mandate ist vorüber. Es herrschte der Eindruck, dass es gravierende Veränderungen geben werde gegenüber der bisherigen Zusammensetzung des Parlaments“. Die „Hoffnungen der Christlichsozialen, als stärkste Partei in das ‚Volkshaus‘ einziehen zu können, dürften sich erfüllen. Weniger selbstbewusst sind die Sozialdemokraten in den Wahlkampf gezogen, aber nächst den Christlichsozialen sind es die Sozialdemokraten, die die stärksten Wahlerfolge

⁹² AW 19 12.5.1907 S.8

⁹³ Wahlbezirke in der Stadt mit Wahllokalen: Volksschule Preinsbacherstraße in der Reihenfolge Schmid, Polke, Aichelburg (331 83 243), Volks- und Bürgerschule Kirchenstraße (290 85 290). Waidhofen a.d.Ybbs: Schmid 466, Aichelburg 308, Polke 206.

⁹⁴ AW 20 19.5.1907 S. 4.

⁹⁵ AW 20 19.5.1907 S. 15. Das vorläufige Schlussergebnis sah folgendermaßen aus: 367 Wahlergebnisse waren bis zum 19. Mai 1907 bekannt, und zwar 213 endgültige und 154 Stichwahlen. „Unter den Gewählten waren 56 Sozialdemokraten, darunter Adler, Neumann, Ellenbogen, Schuhmeier, 56 Christlichsoziale, darunter Dr. Lueger zweimal, 6 Deutschfortschrittliche, 4 Mitglieder der Deutschen Fortschrittspartei, 26 Mitglieder des Katholischen Zentrums, 2 Jungtschechen, 2 Alttschechen, 1 böhmischer Nationalist, 5 deutsche Agrarier. Die Sozialdemokraten kommen 60 mal gegen verschiedene Parteien in fast sämtlichen Kronländern in die Stichwahl, Jungtschechen 12 mal, Deutsche Volkspartei 22 mal, die Deutschfortschrittler 10 mal, die Christlichsozialen 18 mal und noch zahlreiche einzelne Personen.“

⁹⁶ AW 20 19.5.1907 S. 2 und S. 3.

aufzuweisen haben. Beide sind also die eigentlichen Nutznießer des allgemeinen Wahlrechts, Verlustträger sind die freiheitlichen bürgerlichen Parteien, die auf der ganzen Linie zurückgedrängt erscheinen, was zur Folge haben wird, dass der Inhalt der Gesetzgebung und die Gliederung der Parteien eingreifenden Veränderungen ausgesetzt sein werden. Das ganze parlamentarische Gefüge wird sich nach neuen Grundsätzen anordnen müssen.“ Weiter hieß es: „Die alldeutschen Führer Georg Schönerer und Franko Stein sind unterlegen, ebenso Dr. Grabmayr, der freialldeutsche Wolf kommt mit Dr. Eppinger in fast aussichtslose Stichwahl, ebenso Graf Sternberg.“

Ergebnis der Wahl im 41. Wahlbezirk nach Städten:

Amstetten Schmid 1. Wahl 621, Engere Wahl 639, Plus 18

Amstetten Polke 1. Wahl 533 Engere Wahl 653 Plus 120

Amstetten Aichelburg 1. Wahl 168

St. Pölten Schmid 1.060 Engere Wahl 1.291 Plus 231

St. Pölten Polke 1. Wahl 926 Engere Wahl 1.391 Plus 465

St. Pölten Aichelburg 1. Wahl 789

Waidhofen Schmid 1. Wahl 466 Engere Wahl 583 Plus 117

Waidhofen Polke 1. Wahl 206 Engere Wahl 354 Plus 148

Waidhofen Aichelburg 1. Wahl 308

Außerdem erfolgten noch „Engere Wahlen“ in Herzogenburg, Melk, Pöchlarn, Scheibbs, Ybbs.⁹⁷

Für den 41. Wahlbezirk St. Pölten-Amstetten gab es folgendes Wahlergebnis: Schmid (christlichsozial) war mit 3.258 Stimmen vor Polke (sozialdemokratisch) mit 2.126 Stimmen, in der Minorität blieb Baron Aichelburg (Deutsche Volkspartei) mit 1.794 Stimmen. Es kam zur Stichwahl.

Für den 46. Wahlbezirk Amstetten war Josef Grim (christlichsozial) der Sieger. Er wurde mit 6.971 Stimmen gewählt.

Für den 47. Wahlbezirk Waidhofen a.d.Ybbs wurde Stöckler (christlichsozial) mit 9.305 Stimmen gewählt, in der Minorität waren Minzer (sozialdemokratisch) mit 1.266 und Nefischer (Deutsche Volkspartei) mit 646 Stimmen.

Am Tag der Stichwahl am 23. Mai 1907 war ein „ruhiger Verlauf wie vorher“ festzustellen. Die Wahlen „bildeten die ganze Woche das Hauptgespräch in den Gasthäusern“. Es gab „lebhaft Debatten“. Am Wahltag „wurde das Straßenbild belebt durch vier von den Sozialdemokraten gemietete Landauer, in welchen säumige Genossen zur Wahlurne geführt wurden“. Die Stichwahl ergab für Amstetten einen Sieg der Sozialdemokraten mit einer Mehrheit von 14 Stimmen. Es wehte in der Folge „vom Arbeiterheim eine rote Fahne, die aber nach Bekanntwerden der Resultate der übrigen zum 41. Wahlbezirk gehörigen Städte, die einen Sieg des christlichsozialen Wahlwerbers Alfred Schmid in St. Pölten (gemeint ist der „41. Wahlbezirk St. Pölten“, Anm. d. Verf.) mit einer Mehrheit von 645 Stimmen ergaben, wieder eingezogen wurde.“⁹⁸

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ AW 21 26.5.1907 S. 14.

Das Ergebnis der „engeren Wahlen“, der Stichwahlen, in Niederösterreich, am 23. Mai 1907, lautete folgendermaßen: 170 Bezirke hatten eine Stichwahl (außerdem fanden in 17 galizischen Stadtbezirken am 23. Mai Wahlen statt). Für den 41. Wahlbezirk St. Pölten-Amstetten fand die Stichwahl zwischen Schmid (christlichsozial) und Polke (sozialdemokratisch) statt: Alfred Schmid erhielt 3.789, Emil Polke 3.144 Stimmen.

Nach einem Bericht im „AW“ waren damals im Abgeordnetenhaus folgende „Deutsche“ vertreten: „Christlichsoziale, Deutsche Volkspartei, Deutsche Fortschrittspartei, Freialldeutsche, Alldeutsche, Deutsche Agrarier, Katholische Volkspartei“. Die Sozialdemokraten wurden im „AW“ nicht als „Deutsche“ genannt. Die Tschechen waren mit acht Parteien vertreten, die Polen mit drei, die Slowenen mit zwei, dazu kamen noch Kroaten, Italiener, Rumänen, Ruthenen, Sozialdemokraten mit 4 Parteien (Deutsch, Tschechisch, Polnisch, Italienisch), außerdem gab es noch „Zionisten und Freisozialisten“.⁹⁹

Aus einem Leserbrief im „AW“ wird die politische Taktik zur Stichwahl am 23. Mai 1907 angesprochen, von einem deutsch-freiheitlichen Wähler, höchstwahrscheinlich der Herausgeber selbst. Es ist daher von einem fingierten Leserbrief auszugehen. Hier wurde das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Deutschfreiheitlichen als Notwendigkeit festgestellt: „Durch das Mißgeschick des Wahltages vom 14. d. M. wurden wir in die Zwangslage versetzt, zwischen dem christlich-sozialen und dem sozialdemokratischen Kandidaten zu entscheiden. Auch ein leerer Stimmzettel ist so gut wie eine Stimme, weil er die Erlangung der Mehrheit erleichtert.“ Es wurde die Niederlage Aichelburgs bedauert, weil er nicht in die Stichwahl gebracht wurde: „In diesem Falle würde aber die sozialdemokratische Partei voraussichtlich ihre gesamten Stimmen unserem freiheitlichen Kandidaten zugewendet haben. Ja nur unter dieser stillschweigenden Voraussetzung konnte man überhaupt noch das Wagnis einer deutschfreiheitlichen Kandidatur in diesem Wahlbezirke unternehmen. Auch in anderen Wahlkreisen werden die Sozialdemokraten Gelegenheit haben, zu Gunsten deutschfreiheitlicher Wahlwerber zu entscheiden, an ihr Zusammengehen mit den Christlichsozialen ist nirgends zu denken. Daraus ergibt sich auch für unsere Minoritätspartei die einzunehmende Haltung am 23.5. von selbst (...) wir müssen, wenn es uns je Ernst war mit der Bekämpfung der christlichsozialen Partei, unsere Stimmen dem sozialdemokratischen Wahlwerber gegen. Wir geben hiedurch keinen einzigen unserer Parteigrundsätze preis, sondern tun nur genau dasselbe, was auch die Sozialdemokraten getan hätten, wenn unserer Kandidat in die Stichwahl gekommen wäre. Parteidisziplin, politischer Anstand und logisches Denken erfordern dies. Wir hätten nicht mehr das mindeste Recht, uns freiheitlicher und fortschrittlicher Gesinnung zu rühmen, wenn wir am 23. Mai den Gang nach Canossa antreten würden, um vor den Herren Christlichsozialen dafür Buße zu tun, daß wir's gewagt, ihnen einen Kandidaten entgegenzustellen.“ Es folgte nun das

⁹⁹ AW 21 26.5.1907, S. 2.

Eingeständnis des Debakels: „In Wahlbezirken, wo die Deutschfreiheitlichen fortan in die Stelle der kleinsten Partei einrücken, und das dürfte auch unser Los im 41. Wahlkreise St. Pölten sein, werden die Wahlen überhaupt nur mehr zwischen Schwarz und Rot ausgefochten werden, als jene Parteien, welche die relativ größten Wählermassen hinter sich haben. (...) Der 14. Mai hat uns gelehrt, wohin der Weg geht. Der Traum einer großen deutschen Volkspartei wird sich nicht verwirklichen.“¹⁰⁰

Die Christlichsozialen waren immer schon christlich-deutsch, wie sich aus einem Artikel des „AW“ unter dem Titel „Dank Alfred Schmid“ vom 2. Juni 1907 entnehmen lässt:¹⁰¹ „In dem schweren Kampfe, der gegen die Sozialdemokratie und ihre Wut und Haß verblendeten Helfer geführt werden mußte, haben sich die besonnenen Elemente auch anderer Parteien der christlichsozialen Fahne angeschlossen. Ihnen gereicht dies ebenso zur Ehre, wie jenen anderen für immer das Brandmal des Verrates an dem Deutschtum aufgedrückt bleiben wird. Den zahlreichen christlichsozialen Parteifreunden, welche mit wahrer Aufopferung gearbeitet haben, damit unser urdeutscher Wahlkreis nicht an die internationale Sozialdemokratie ausgeliefert werde, gebührt die Anerkennung aller Deutschen des Wahlkreises, des gesamten deutschen Volkes. Das Bewußtsein, mitgekämpft zu haben zur Ehre des deutsch-christlichen Volkes wird ihnen der schönste Lohn sein.“¹⁰² Später wird diesen Gedanken die Regierung Dollfuß wieder aufnehmen und auch in der neuen Verfassung festhalten bzw. verschriftlichen.

6.1.12. Landtagswahl 1908¹⁰³

Seit der Landtagswahlrechtsreform von 1906 wurde in der „Zensuskurie für den Städte- und Märktebezirk (Wahlbezirk 41)“ und der allgemeinen „Kurie der Stadt- und der Landgemeinden (Wahlbezirk 46)“ gewählt. Seit der Landtagswahlordnung vom 21. Oktober 1907 gab es generell eine allgemeine Wählerklasse im Landtagswahlverfahren. Die Wahltermine für die einzelnen Kurien zogen sich in die Länge: Oktober bis Dezember 1908. Für die allgemeine Wählerklasse („fünfte Kurie“) war der Wahltag am 26. Oktober 1908. Für die Wählerklassen „der Städte (Märkte, Landgemeinden und Orte) und der Landgemeinden“ war der 5. November 1908 vorgesehen. „Alle Wahlberechtigten des Bezirks bilden einen Wahlkörper.“ Sie waren einem Zensus zugeordnet. Für den großen Grundbesitz (erste Wählerklasse, Kurie) fand die Wahl in Wien am 12. Dezember 1908 statt.

¹⁰⁰ AW 20 19.5.1907 S. 16 Stichwahl.

¹⁰¹ AW 22 2.6.1907 S. 2

¹⁰² AW 22 2.6.1907 S. 2. AW 22. 2.6.1907 S. 12 Dank Alfred Schmid.

¹⁰³ ABI BHA 13.8.1908 Nr. 33 S.129-130. Es wurde wiederum ein Gesetz für eine neue Wahlordnung am 21. Oktober 1907 erlassen. Die Kurien der Städte und Landgemeinden wurde der allgemeinen Kurie untergeordnet, im Gerichtsbezirk Amstetten gemäß Wahlbezirk 46 wurde gewählt. Es gab nun Zensuskurien, der Städte und Landgemeinden.

Bei der Landtagswahl 1908 gab das Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft auch den Hinweis heraus, dass Landtagswahlen verpflichtend sind. Diese Verordnung zur Wahlpflicht wurde mit einer Strafandrohung versehen.

Am 26. Oktober 1908 fanden die Wahlen in der allgemeinen Wählerklasse in den niederösterreichischen Landtag statt, die Stadt Wien hatte 48, die Städtekurie drei, die Landgemeinden hatten sieben Abgeordnete zu wählen. Diese Landtagswahlen brachten der Christlichsozialen Partei einen „glänzenden Erfolg“, von den 58 zur Besetzung gelangten Mandaten errang sie 52, die Sozialdemokraten sechs, die Deutschfreiheitlichen keines. Auch die Kandidaten des Deutschen Hauer- und Bauernbundes „fielen glänzend durch“.

Allgemeine Kurie Landgemeinden, Wahlbezirk 46

Nach Gerichtsbezirken	Stöckler	Ettinger	Ehmberger
Amstetten	2407	116	65

Außerdem erhielten in Amstetten Johann Mayer 14 und Franz Sengstbratl 65 Stimmen.

Allgemeine Kurie Städte, Wahlbezirk 46

Nach Gerichtsbezirken	Anderle	Bretschneider	Hübl
Amstetten	402	260	71

Aus dem „Dankschreiben der Christlich-sozialen Parteileitung. An die Wähler: An die deutsche christliche Bevölkerung Niederösterreichs“ ist ersichtlich, dass 153.000 Stimmen auf ihren Kandidaten entfielen. Dieses Dankschreiben wurde von Lueger, Kunschak u.a. unterschrieben.¹⁰⁴

Am 25. Oktober 1908 fand eine Wählerversammlung im Hotel Ginner, vom „deutschfreiheitlichen Wahlausschuss des Landtagswahlbezirks Amstetten, Zensuskurie der Städte“ veranstaltet. „Kandidat Kaufmann und Gemeinderat Franz Steinmaßl aus Waidhofen a.d.Ybbs haben ihr Programm entwickelt, dann sprach Dr. Steindl aus Waidhofen, der den Kandidaten Kaufmann empfahl.“¹⁰⁵

Vorsitzender und Obmann des Wahlausschusses, Dr. Warmbrunn, hielt die „radikalnationale Gesinnung Steinmaßls, insbesondere für Amstetten, wo man nicht zuwarten möge, bis der letzte deutsche Eisenbahner verschwunden ist“, für richtig. Reichsratsabgeordneter Hueber ließ sein Fernbleiben entschuldigen. Ängste vor der slawischen Zuwanderung und angebliche Konsequenzen für Arbeitsplätze im Bahnbereich wurden besonders von den Deutschnationalen immer wieder geschürt.

Im Wahlbezirk 41 fand die Wahl am 5. November 1908 statt: „In aller Ruhe und ohne die geringste Aufregung vollzog sich am Donnerstag den 5. d.M. die Wahl der Zensus-Kurie für den Städte und Märkte-Bezirk Amstetten-Waidhofen a.d.Ybbs-St. Peter i.d.Au-Seitenstetten-Ybbs-Scheibbs-Ybbsitz in den niederösterreichischen Landtag. (= Wahlbezirk 41, Anm. d. Verf.)“

¹⁰⁴ AW 44 1.11.1908 S. 2. Wien und Niederösterreich waren damals beisammen.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 17.

Der bisherige Abgeordnete Johann Schreihöfer ging abermals als Sieger hervor, mit großer Majorität, mit der er über „einen immerhin sehr beachtenswerten Gegner den Sieg errang“

Schreihöfer Steinmaßl

Amstetten	353	104
Summe	934	479

Die Siegesfeier wurde auf mehrere Gasthäuser verteilt.

Es erfolgte eine deutlich sichtbare Abwanderung zur Sozialdemokratie, sie hatte das bessere Angebot.¹⁰⁶

6.1.13. Gemeindeausschusswahl 22. Mai-30. Mai 1911 und Reichratswahl 13. Juni 1911

Die Gemeindeausschusswahl war auf insgesamt vier Termine aufgeteilt: Die Wahl in den vierten Wahlkörper fand am 22. Mai 1911, die Wahl in den dritten Wahlkörper 24. Mai 1911, die Wahl in den zweiten Wahlkörper 27. Mai 1911, die Wahl in den ersten Wahlkörper 30. Mai 1911 statt.

Die Reichratswahl fand am 13. Juni 1911 statt. Es wurde Amstetten betreffend weiterhin auf der Grundlage der zwei bisherigen Wahlbezirke gewählt: den 41. Wahlbezirk (Amstetten, Herzogenburg, Melk, Pöchlarn, Scheibbs, St. Pölten, Waidhofen a.d.Ybbs), und den 46. Wahlbezirk (Gerichtsbezirk Amstetten), in Niederösterreich.¹⁰⁷

Für die Gemeindeausschusswahlen fand die Stichwahl in den zweiten Wahlkörper am 29. Mai 1911 statt.¹⁰⁸

Am 9. Mai 1911 stellte der freiheitliche Kandidat der Reichratswahl, Landtagsabgeordneter Franz Pittner, in Hofmanns Hotel Bahnhof einer äußerst zahlreich besuchten Vertrauensmänner-Versammlung, deren Vorsitz Gemeinderat Ignaz Putz führte, sein „nationales und wirtschaftliches“ Programm vor. Der Obmann der „Ortsgruppe St. Pölten des Bundes deutscher Arbeiter Österreichs“, Stephan Bugar, sprach über die „nationale Arbeiterbewegung“ und fand dabei „allgemeine Zustimmung“. Die Kandidatur Franz Pittners wurde „einstimmig“ angenommen.

¹⁰⁶ AW 45 8.11.1908 S. 16 Zur Landtagswahl.

¹⁰⁷ AW 22 27.5.1911 S. 15.

¹⁰⁸ AW 23 3.6.1911 S. 17. Als Wahlvorbereitung fanden im Gemeindeausschusswahlkampf 1911 sog. „Bürgerversammlungen“ statt. In derartigen großen Bürgerversammlungen gab es immer einen Rechenschaftsbericht des Bürgermeisters, der in der Regel als unbestrittener Anwärter für die Wiederwahl präsentiert wurde. Zum Vergleich sei eine ähnliche Versammlung Ende 1918 angeführt: Die Stimmung der Bevölkerung lässt sich anhand einer sog. „Freien Volksversammlung“ ersehen, die am 14. Dezember 1918 im Gasthaus Dollfuß stattfand und an der Vertreter aller politischen Parteien teilnahmen. Den Vorsitz führte Alois Hofmann (deutschnational), alle Redner, unter ihnen Staatssekretär Zerdik, Bürgermeister Kubasta, Dr. Albrecht (deutschnational), Dr. Ursin (deutschnational), Prim. Dr. Schicklberger (deutschnational), Raidl (Sozialdemokrat) forderten den Anschluss an Deutschland. Es herrschte vollkommene Einigkeit. Am Ende legte Ludwig Resch eine Entschließung vor, in der der Anschluss Österreichs an die Deutsche Republik und die Thronentsagung der Habsburger verlangt wurde- ganz konform mit der Entwicklung auf höchster Ebene.

¹⁰⁸ Ausdrücklich wurde für ein Zusammengehen „aller deutschfühlenden bürgerlichen Kreise mit der nationalbewußten Arbeiterschaft“ eingetreten. Der Entschließungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Eine große Zahl an „Wahlaufrufen“ prägte das Lokalblatt „AW“ in dieser Zeit. Aus einem Aufruf an die „Mitbürger, Wähler“, Eugen Baron Aichelburg zu wählen: „Schließen wir uns im Hinblick auf den Ernst der Aufgabe, alle, alle, ohne Unterschied des Standes und Berufes in deutscher Treue und Festigkeit zusammen.“¹⁰⁹ Oder „An die sehr geehrten Reichsratswähler des 41. Wahlkreises. Das erste Volkshaus ist mutwilliger Obstruktion zum Opfer gefallen. Das neue Abgeordnetenhaus muß arbeitsfähig werden“ und „Weg vom kleinlichen Fraktionsgezänke und Parteihader! Alfred Schmid, Eisenhändler in St. Pölten.“¹¹⁰ Oder „Aufruf. An die sehr geehrten Herren Reichsratswähler des 41. Wahlkreises Amstetten, Herzogenburg, Melk, Pöchlarn, Scheibbs, St. Pölten, Waidhofen a.d.Ybbs. Alfred Schmid, Eisenhändler in St. Pölten. Das christ.-soz. Wahlkomitee für den 41. Reichsratswahlbezirk“.¹¹¹

Das erste Abgeordnetenhaus, nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt, war durch endlose, nichtige Debatten, mutwillige Obstruktion der Tschechen und Slowenen, den Kampf der politischen Parteien um die Machtstellung ihrer Führer vollkommen arbeitsunfähig. Bisher war die christlichsoziale Partei die stärkste Kraft des Hauses gewesen, hatte aber ihre Wahlversprechungen nicht erfüllt. Folgendes ließen die Deutschnationalen gegen sie in einem Aufruf verlauten: „Unser Export nach dem Orient, dem besten Absatzgebiet der Monarchie, ist durch die von den Gross-Agrariern diktierte Handelspolitik lahmgelegt (...) immer stärker und erfolgreicher wird der klerikale Ansturm gegen unsere fortschrittlichen Ideale. (...) Nicht dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate wollen wir nachjagen. (...) Aber auch Schleppträger der christlichsozialen Partei wollen wir nicht sein.“ Der zweiseitige Aufruf für Franz Pittner wurde folgendermaßen abgeschlossen: „Wähler! Auf ihn vereinigt Eure Stimmen. Heil! Der deutsch-freiheitliche Wahlausschuss für den 41. Wahlkreis. (= Städtewahlkreis)“.¹¹² Dagegen hielten die Christlichsozialen: „Aufruf Anton Brunner, Wirtschaftsbesitzer in Brandstetten Nr. 17, Euratsfeld“, der sich als Bauernbündler auffallend aufgeschlossen gab:¹¹³ „Dem wahren Fortschritt bin ich durchaus nicht abhold.“ Er bekannte sich dazu, „auf das Programm des Bauernbundes zu kandidieren“. In der Vorstellung seines Programms ist weiter zu lesen: „Es ist eine Torheit zu behaupten, daß der überzeugungstreue Christ den gesunden Fortschritt verdamme oder verdammen müsse. Die Welt bleibt nicht stehen. Der Menscheng Geist dringt immer rastloser vorwärts. Nur jenen Fortschritt, der da über Gott und seine Autorität, über Religion, Sittengesetz, diese Grundlagen der Ordnung, hinwegschreiten will oder Grundsätze aufstellt, die zweifellos dazu führen müssen, diese verabscheue ich. Den rechtschaffenen

¹⁰⁹ AW 19 6.5.1911 S.10.

¹¹⁰ AW 24 10.6.1911 S. 7.

¹¹¹ Ebenda. S. auch AW 19 6.5.1911 S. 15 „Aufruf Josef Grim“ (christlichsozial).

¹¹² AW 19 6.5.1911 S.8. Der Wahlausschuß der deutschfreiheitlichen Parteien für den 41. Wahlkreis“. AW 24 10.6.1911 S. 3. Aufruf Franz Pittner, Gasthofbesitzer in St. Pölten.

¹¹³ AW 24 10.6.1911 S.14; AW 21 20.5.1911 S.12 Aufruf.

Fortschritt liebe ich mit aufrichtiger Begeisterung und gewiß alle denkenden Katholiken mit mir. Dass ich immer (...) für unser erlauchtes Herrscherhaus Habsburg meine Stimme erhebe und jederzeit Hochachtung gegen Obrigkeit und gesunde Gesetze an den Tag lege (...) versteht sich wohl von selbst. In Schulfragen werde ich (...) für die allseitige Ausbildung unserer Jugend eintreten, jedoch dabei fordern, daß von keiner Seite unter welchen Vorwänden auch immer die religiösen Überzeugungen und die christlichen Grundsätze wahrer Sittlichkeit in den Herzen der Kinder geschädigt werden. Treu seinem Wahlspruch „Für Wahrheit und Recht, für Gott, Kaiser und Vaterland“. Auf der anderen Seite versuchten die Deutschnationalen Präsenz zu zeigen: „Deutscher Volksverein für St. Pölten und Umgebung. Einladung zu der Donnerstag dem 18. Mai 1911 (...) stattfindenden Versammlung im Saale des Gasthofes Goldenes Lamm (Johann Brunner) in Amstetten“. In Reden des Landtagsabgeordneten Franz Pittner, Kandidat der deutschfreiheitlichen Parteien, und Stephan Bugers, wurde über „die bevorstehenden Reichsratswahlen und das wirtschaftliche und nationale Programm“ gesprochen. Es gab „mehrere Versammlungen in der vorangegangenen Woche, die sich mit den am 13. Juni 1911 stattfindenden Reichsratswahlen und den in der kommenden Woche stattfindenden Gemeindeausschusswahlen“ beschäftigten. Am 13. Mai 1911 hatte sich der Kandidat der sozialdemokratischen Partei für das Reichsratsmandat, Emil Polke, vorgestellt, „im sehr gut besuchten Saal des Hotels Brunner“. Seine Kandidatur wurde „einstimmig“ angenommen.

Die Stadtgemeindevertretung lud die hiesige Wählerschaft für den 15. Mai 1911 zu einer Wählerversammlung „behufs Entgegennahme des Rechenschaftsberichts in den Gasthof Goldenes Lamm“ ein. Hier gab es einen Bericht von Bürgermeister Kubasta: Er sprach über verschiedene Planungen und Tätigkeiten wie die Errichtung eines Gerichtsgebäudes, die Erweiterung des E-Werks, den Bau einer Wasserleitung, die Erweiterung der Kanalisierung, die Trottoirlegung und die Pflasterung. Vorsitzender Vizebürgermeister Johann Schreihöfer sprach „im Namen der Wähler aller Parteischattierungen den herzlichsten Dank aus“. Dann stellten sich die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei für den vierten Wahlkörper der Versammlung vor.

Alle politischen Lager konnten grundsätzlich an Wählerversammlungen teilnehmen und das Wort ergreifen, selbstverständlich auch an den von der Gemeindevertretung zu diesem Zweck einberufenen, wenn auch dabei sehr viel Eigenwerbung durch „Tätigkeitsberichte“ betrieben wurde, aber auch an parteipolitischen Versammlungen des Gegners. Hier waren die Sozialdemokraten in der Regel die „Radaubröder“, jedenfalls wurde von der Redaktion des „AW“ auf diese Weise berichtet.¹¹⁴ Am 18. Mai 1911 lud der „Deutsche Volksverein St. Pölten“ die deutschfreiheitlich gesinnten Wähler Amstettens ebenfalls zu einer im Saal des Hotels Brunner stattfindenden Wählerversammlung ein, um den Reichratskandidaten, Landtagsabgeordneten und Gasthofbesitzer Franz Pittner vorzustellen.

¹¹⁴ AW 20 13.5.1911 S. 14.

Hier machte sich gemäß Bericht „AW“ die Anwesenheit von Frauen in der politischen Öffentlichkeit zum ersten Mal bemerkbar. „Die Versammlung war außerordentlich stark seitens der deutschfreiheitlichen Wählerschaft besucht, bis auf den letzten Platz gefüllt, ebenso waren viele Sozialdemokraten erschienen.“ Nach seiner Rede sprach Josef Seidl, Vorsteher der Genossenschaft der Riemer und Obmann des gewerblichen Fortbildungsschulrats St. Pölten, „über Forderungen des Gewerbestands an der Hand des Programmes des Reichshandwerkerverbands“.

„Entgegenkommenderweise ließ man in dieser Versammlung auch den Vertreter der sozialdemokratischen Partei Emil Polke zu Wort kommen, der über seine Kandidatur und die politischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Deutschfreiheitlichen sprach. Ein Genosse Herr Schneidmadl (späterer Landtagsabgeordneter) aus St. Pölten konnte nicht umhin, in seinen darauffolgenden Worten das nationale Programm mehrfachen Kritiken zu unterziehen, die natürlich Unwillen hervorrufen mussten. Durch die nachfolgenden Worte des Herrn Stephan Bugar als Vertreter der deutschfreiheitlichen Arbeiterschaft, dessen glänzende Ausführungen einen wahren Beifallssturm hervorriefen und der in denselben den Sozialdemokraten mit deren eigenen Waffen entgegentrat, war auch eine lebhafte Bewegung in die Versammlung gekommen. Die Rede des Herrn Bugar wurde wiederholt von belästigenden Zwischenrufen der Sozialdemokraten unterbrochen, die Erregung stieg zusehends und gestaltete sich in der nachfolgenden Stunde zu einem wüsten Geschrei und Durcheinander, sodaß es kaum möglich war, die Versammlung fortzuführen und die Ruhe wiederherzustellen. Ja selbst ein paar kreischende Genossinnen waren vernehmbar. Durch das taktvolle Verhalten der Deutschfreiheitlichen wurden weitere, ja vielleicht ernstere Zusammenstöße vermieden. Der Versuch hiezu war zweifellos gegeben, ja man wollte sogar die elektrische Beleuchtung im Saale abdrehen. Schließlich, es war indessen fast 1 Uhr nachts geworden, zogen die Sozialdemokraten unter Absingen des ‚Lieds der Arbeit‘ ab, während die Freiheitlichen die „Wacht am Rhein“ anstimmten. Die Verhandlungen wurden in Ruhe zu Ende geführt und die Kandidatur Pittners einstimmig angenommen.“¹¹⁵

Am 6. Juni 1911 fand im Saal des Gasthofs Goldenes Lamm eine vom christlichsozialen Reichsratswahlkomitee einberufene Wählerversammlung statt, in der sich der vormalige Reichsratsabgeordnete Alfred Schmid den Wählern neuerdings als Kandidat für den 41. Niederösterreichischen Städtewahlkreis vorstellte. Es hatte sich auch „eine erkleckliche Anzahl Deutschnationaler und besonders viel Sozialdemokraten“ eingefunden. Gegenüber der Wählerversammlung des freiheitlichen Gegenkandidaten Pittner nahm die Wählerversammlung einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf. Der Vorsitzende Landtagsabgeordnete Johann Schreihöfer eröffnete Versammlung. Schmid besprach die Ursachen der Auflösung des Abgeordnetenhauses, und zwar die Obstruktionen der Tschechen und die passive Resistenz der Sozialdemokraten. „Viele

¹¹⁵ AW 20 13.5.1911 S. 14; AW 21 20.5.1911 S. 20; AW 23 3.6.1911 S. 17.

wertvolle Gesetzesentwürfe, die in den Ausschüssen schon fertig waren, sind dadurch unerledigt geblieben.“ Dann folgte sehr viel Eigenlob aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter. Er kam „den persönlichen Wünschen der Wähler ohne Unterschied der Parteien immer entgegen“, er war außerdem „für alle Berufsschichten, auch die Arbeiter, eingetreten“: „Die anwesenden Sozialdemokraten erhoben bei diesen Worten lebhaftes Gelächter und Widerspruch, so daß Herr Schmid erregt replizierte.“ Der anwesende Malermeister Herr Peiker meldete sich hierauf zu Wort, um an der Hand von einigen Aufzeichnungen an dem Wirken der christlichsozialen Partei strenge Kritik zu üben. Er lehnte die Kandidatur Schmid ab. Der neugewählte sozialdemokratische Gemeindebeirat Herr Eisel sprach noch einige Worte für den sozialdemokratischen Kandidaten.¹¹⁶ Anlässlich der Gemeindeausschusswahl 1911 finden sich allgemeine doch sehr ironisch wenn nicht sogar stellenweise zynisch gehaltene Stellungnahmen bzw. Kritik der Redaktion, vielleicht doch auch aus einer auf den ersten Blick nicht sichtbaren parteipolitischen Perspektive, wenn man weiß, dass Adalbert Queiser gesinnungsmäßig den Deutschfreiheitlichen, die sich in Wahlbewegungen gerne nach 1918 als „Unpolitische“ präsentierten, zuzurechnen ist. Eigentlich ist es ein zeitloser Artikel über die Eignung als Politiker, wenn er auch die Vorstellungen zur damaligen politischen Situation wiedergibt: „Noch herrscht ein mystisches Dunkel, wer alles berufen sein wird, in die Gemeindestube seinen Wieder- oder seinen Neu-Einzug zu halten. Dort und da werden bereits Vertrauensmänner-Versammlungen der einzelnen Parteien abgehalten, aber über die endgültige Nominierung bestimmter Kandidaten ist noch recht wenig zu hören. Freilich werden ab und zu Stimmen laut, welche die denkbar verschiedensten Kandidaten nennen und in einer geradezu erschrecklich großen Zahl. Man weiß in der Tat nicht, sind so manche dieser Herren ernst zu nehmen oder nicht, ja man ist gewissermaßen vor die Frage gestellt, ob man über diese Listen lachen-oder weinen soll. Es ist ja überflüssig zu erklären, welche Eigenschaften für einen Mann erforderlich sind, der mitberufen ist, die Geschicke einer Stadt zu lenken, sie auf der Stufe des Blühens und Gedeihens zu erhalten und möglichst einer weiteren Fortentwicklung zuzuführen. Daß hiebei Intelligenz, Erfahrung, Ansehen und nicht zum Geringsten auch Repräsentationsfähigkeit die Hauptmomente bilden, braucht ja erst nicht gesagt zu werden. (...) Mag nun der Eine etwas mehr oder weniger den offiziellen Parteistempel tragen oder nicht-die Herren in der Gemeindestube übernehmen ja im Augenblicke ihrer Wahl in den Vertretungskörper zunächst die wichtigste Pflicht, nach besten Kräften das Wohl der Stadt zu fördern. Die Gemeindevertretung hat bekanntlich ausschließlich über wirtschaftliche Interessen zu beraten und brauchen die Mitglieder derselben gewiß nicht ausgesprochene Parteimänner zu sein. So wollen nun auch wir hoffen-und wir zweifeln nicht daran, im Sinne der gesamten Bevölkerung zu

¹¹⁶ AW 24 10.6.1911 S. 17 Wählerversammlung.

sprechen-daß in die Gemeindestube Männer entsendet werden, welche für diese Würde die volle Eignung besitzen.“¹¹⁷

Anlässlich der Gemeindeausschusswahl 1911 werden im „AW“ vom 3. Juni 1911 zum ersten Mal Unterschiede in der Funktionsdauer der Mitglieder angeführt. Es folgt das Ergebnis der „Stichwahl in den zweiten Wahlkörper“ am 29. Mai 1911 (ohne das eigentliche Wahlergebnis zu nennen): Von den 242 abgegebene Stimmen erhielten Jank Eduard 130, Hötzl Johann 123, Karner Michael 121.

Gewählt wurden die Kandidaten der deutschfreiheitlichen Partei Jank und Hötzl. Emerich Kronfellner trat von der Wahl zurück.

Die Wahl in den zweiten Wahlkörper hatte am 27. Mai 1911 stattgefunden. Gerade an der präsentierten Kandidatenliste lässt sich eine deutliche personelle Kontinuität gegenüber vorangegangenen Wahlen belegen. Ein Teil der gewählten Kandidaten wird im Gemeinderat der Ersten Republik wieder aufscheinen.

Kandidaten für den zweiten Wahlkörper:

Deutschfreiheitliche Kandidaten: Eduard Jank, Bäckermeister, Emerich Kronfellner, Uhrmacher, Alfred Kroiß, Kaufmann, Johann Hötzl, Schlossermeister, Ludwig Resch, Hausbesitzer und Lehrer, Karl Mayr, k. k. Postoffizial.

Kandidaten der christlichsozialen Partei: Hans Zerdik, niederösterreichischer Landes-Baurat, Friedrich Kroiß, Eisenhändler, Michael Karner, Kaufmann, Franz Jetzinger, Wirtschaftsbesitzer, Anton Gollonitsch, Gastwirt, Johann Grahofer, Gemischtwarenhändler.

Anschließend wurde das Ergebnis der „Wahl in 1. Wahlkörper“ vom 30. Mai 1911 gebracht, wobei bei der Funktionsdauer einzelner Kandidaten unterschieden wurde.

Abgegebene Stimmen 195

Absolute Majorität 98

Kandidaten der deutschfreiheitlichen Partei:

1. mit 6-jähriger Funktionsdauer

Hofmann Alois 114, Hopferwieser Alfred 118, Schmidl Anton 132, Korner Emil 80, Warmbrunn Carl Dr. 71

2. mit 3jähriger Funktionsdauer
Boißl Alois 113, Frimmerl Anton 94

Kandidaten der christlichsozialen Partei:

1. mit 6-jähriger Funktionsdauer
Mayerhofer Michael 104, Kroiß Friedrich 92, Schindler Johann 66, Gollonitsch Anton 94, Reisinger Johann (Tischlermeister) 64

2. mit 3jähriger Funktionsdauer
Pokorny Ignaz 68, Eder Johann 87

Gewählt wurden: Hofmann, Hopferwieser, Schmidl, Boißl, Kandidaten der deutschfreiheitlichen Partei und Mayerhofer, Kandidat der christlichsoziale Partei

¹¹⁷ AW 20 13.5.1911 S. 20.

In die Stichwahl am 31. Mai 1911 gelangten Gollonitsch und Kroiß, Anton Frimmel (deutschfreiheitlich) und Johann Eder (christlichsozial), beide 3-jährige Funktion
Abgegebene Stimmen: 186
Gollonitsch bekam 10, Kroiß 72, Frimmel 93, Eder 87.
Gewählt wurden Gollonitsch und Frimmel.¹¹⁸

Die sozialdemokratischen Mandatare wurden im „AW“ nicht gebracht, obwohl sie einen eindeutigen Sieg errungen hatten.

Die intensive Berichterstattung im „AW“ begann mit einem Artikel am 13. Mai 1911, in dem auf Folgendes hingewiesen wurde: „Kundmachung. Die Wahlhandlungen der Neu- und Ergänzungswahl 1911 von 24 Mitglieder (sic!) beginnen“. Zwischen den ablaufenden Gemeinderatswahlen („Neuwahlen“) in die einzelnen Wählerklassen („Zensuskurien“) wurden bereits die „engeren Wahlen“, Stichwahlen („Ergänzungswahlen“), eingeschoben.¹¹⁹

Anlässlich dieser Gemeindeausschusswahl wurde besonders auch auf die wichtige Rolle des Gewerbestands in der Stadt in einem Zeitungsartikel vom 27. Mai 1911 hingewiesen: „Deutscher Volksverein für St. Pölten und Umgebung Aufruf, Einladung zu der Donnerstag den 18. Mai 1911 am 8 Uhr abends stattfindenden Versammlung im Saal des Gasthofes Goldenes Lamm (Johann Brunner) in Amstetten. Die Vereinsleitung.“¹²⁰

Zur Gemeindeausschusswahl in den dritten, zweiten und ersten Wahlkörper hieß es im „AW“: „Unsere sonst so ruhige Stadt steht gegenwärtig im hitzigsten Wahlkampfe und ist die Beteiligung an den Ergänzungswahlen in die Stadtgemeindevertretung eine ungewöhnlich rege (...), da damit der Beweis erbracht ist, daß die Bevölkerung den öffentlichen Angelegenheiten in Stadt, Land und Reich das gebührende Interesse entgegenbringt. (...) Speziell auch der Gewerbestand beginnt sich zu rühren und das Indifferente abzulegen.“ Die bisherige oft gehörte Kritik, „der Geschäftsmann, weil abhängig, dürfe sich nicht politisch betätigen, sei eine irrige Ansicht.“ Gerade der Gewerbestand sei „dazu berufen, in der Gemeinde wie in anderen Vertretungskörpern ein entscheidendes Wort mitzureden, kraft der Bedeutung, welche diesem Stande durch seine Steuerleistung und als erhaltendes Element zukommt. Wenn auch der Gewerbestand aus politischer Hinsicht nicht geeint vorgeht, in wirtschaftlicher Beziehung werden sich die Vertreter desselben doch finden und ihren berechtigten Forderungen Geltung verschaffen.“

Am 19. Mai 1911 fand im Saal Brunner eine allgemein zugängliche Wählerversammlung für die Gemeindeausschusswahlen statt, die von Johann Schreihofer, F. Ploberger und M. Mayerhofer einberufen worden war. Auf der Tagesordnung stand die Vorstellung der Kandidaten für den vierten Wahlkörper. Die christlichsoziale Partei präsentierte folgende Kandidaten: „Franz Ferster, Lehrer,

¹¹⁸ AW 21 20.5.1911 S. 20; AW 23 3.6.1911 S. 17.

¹¹⁹ AW 20 13.5.1911 S. 11.

¹²⁰ AW 22 27.5.1911 S. 15; AW 21 20.5.1911 S.11 Kundmachung; AW 21 20.5.1911 S. 14; AW 21 20.5.1911 S. 18 Wähler-Versammlungen.

Johann Grahofer, Gemischtwarenhändler, Hans Sieder, Bäckermeister, Leopold Scholz, Unterbeamter der k.k. Staatsbahnen, Hans Zerdik, nö. Landes-Baurat“. Sie gaben ihr Tätigkeitsprogramm der „außerordentlich gut besuchten Versammlung“ bekannt. Es folgte eine „lebhafteste Debatte pro und kontra, in welche besonders die Rede des Malermeisters Herr Peiker eingriff. In die Ausführungen fielen besonders gelungene Zwischenrufe, die mit großer Heiterkeit aufgenommen wurden. Dann meldete sich Herr Anton Blab, um sich als selbständiger Kandidat für den 4. Wahlkörper vorzustellen und ebenfalls sein auf wirtschaftlicher parteiloser Basis gestütztes Programm zu entrollen.“

Von Seite der deutschfreiheitlichen Wähler wurden für die Wahl in den vierten Wahlkörper empfohlen: „Karl Mayr, k. k. Postoffizial, Fritz Hauer, Stationsmeister der k.k. Staatsbahnen“. Die Wahl der übrigen drei Kandidaten war „dem freien Ermessen der Wählerschaft“ überlassen. Die sozialdemokratische Partei hatte folgende Kandidaten für den vierten Wahlkörper: „Leopold Asböck, Werkmann, Franz Falk, Lokomotivführer, Georg Schmid, Oberverschieber, Hubert Fellingner, Binder, Ludwig Eisel, Hausbesitzer“.¹²¹

Es lässt sich eine auffallende Kontinuität der damaligen personellen Besetzung der Gemeindevertretung durch den Ersten Weltkrieg hindurch bis in die Erste Republik nachweisen: Es sind vielfach dieselben Personen bzw. Angehörige derselben Familien, die in der Ersten Republik wieder in irgendeiner Form politisch tätig werden, wenn auch ein späterer Parteiwechsel innerhalb mancher Familien erkennbar ist.¹²²

Aus den Ergebnissen der Gemeindeausschusswahl 1911 ist wiederum der eindeutige stimmenmäßige Sieg der Sozialdemokraten im vierten Wahlkörper ersichtlich. Die Wahl in diesen Wahlkörper am 22. Mai 1911 brachte folgendes Ergebnis: abgegebene Stimmen 1.090, die „absolute Majorität“ war bei 547 Stimmen. Von der sozialdemokratischen Partei kamen insgesamt fünf Kandidaten in den Gemeindeausschuss (Asböck, Falk, Schmid, Eisel und Fellingner¹²³), keiner schaffte es in den Gemeinderat. Somit waren auch Eisenbahner im Gemeindeausschuss vertreten.

Stimmenanteile:

Für die sozialdemokratische Partei: Asböck Leopold, Oberwerkmann 629, Falk Franz , Lokomotivführer 556, Schmid Georg, Oberverschieber 542, Eisel Ludwig, Werkmann, Fellingner Hubert, Binder.

¹²¹ AW 22 27.5.1911 S. 15.

¹²² Angehörige der Familie Asböck (sozialdemokratisch) und der Familie Schindler (christlichsozial) gingen zu den Nationalsozialisten über (Asböck: einer der zwei „Ortsgruppenleiter“ der Stadt Amstetten; Schindler: Kommandant-Stellvertreter des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau; die Familie Eisel stellte nach 1945 einen ÖVP-Stadtrat in Amstetten.

¹²³ Vgl. STA GRP 12.9.1911, AW 39 23.9.1911: In dieser Sitzung scheint Johann Heinrich Zemsky für Georg Schmid auf. S. auch I.1.7.

Für die christlichsoziale Partei: Zerdik Hans, nö. Landesbaurat 402, Sieder Hans, Bäckermeister 399, Grahofer Johann, Gemischtwarenhändler 327, Ferster Franz, Lehrer 325, Scholz Leopold, Unterbeamter der k.k. Staatsbahnen 271.

Für die Deutschfreiheitliche Partei: Mayer Karl, k. k. Postassistent 196, Hauer Fritz, Stationsmeister 182.

Auf den selbständigen Kandidaten Blab Anton, Hausbesitzer, entfielen 311 Stimmen.

Gewählt wurden für die Sozialdemokraten im vierten Wahlkörper: Asböck und Falk.

In die Stichwahl am 23. Mai 1911 kamen und erhielten folgende Stimmen: Eisel Ludwig 580, Schmid Georg 576, Fellingner Hubert 530, Zerdik Hans 474, Sieder Hans 449, Grahofer Johann 415. Gewählt wurden: Eisel, Schmid, Fellingner, alle sozialdemokratische Partei.

Die Wahl in den dritten Wahlkörper fand am 24. Mai 1911. Es wurden insgesamt 257 Stimmen abgegeben. Die „absolute Majorität“ war bei 129 Stimmen.

Stimmenanteile:

Für die christlichsoziale Partei: Ploberger Franz, Eisenhändler 152, Schillhuber Anton, Gastwirt 136, Riener Michael, Wirtschaftsbesitzer 139, Silewinaz Karl, Lederfabrikant 138, Karner Michael, Kaufmann 126, Sieder Hans, Bäckermeister (3-jährig) 129.

Für die Deutschfreiheitliche Partei: Restelthaler Johann, Wirtschaftsbesitzer 109, Joppich Alois, Bahnmeister 106, Pazelt Richard, Mechaniker 103, Sengstbratl Franz, Gastwirt 118, Exel Julius, Bäckermeister 114, Gerlinger Josef, Schuhmachemeister 103.

Gewählt wurden fünf Kandidaten: Ploberger, Schillhuber, Riener, Silewinaz, Sieder.

In der Stichwahl am 26. Mai 1911 gab es folgendes Ergebnis: Karner Michael -, Sengstbratl Franz 47, abgegebene Stimmen 48. Karner hatte die Kandidatur im dritten Wahlkörper zurückgelegt. Es war von der christlichsozialen Partei Stimmenthaltung empfohlen worden. Gewählt wurde Sengstbratl, Kandidat der deutschfreiheitlichen Partei.¹²⁴

6.2. Erste Organisationsformen auf vereinsrechtlicher Grundlage, Kernzellen der „Deutsch-völkischen Partei“ in Amstetten

Der Nährboden für den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland und für dessen Vollstrecker Adolf Hitler war vorbereitet gewesen. Neben den beiden großen politischen Blöcken der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten gab es in Österreich schon seit dem 19. Jahrhundert, in verschiedenen politischen Konstellationen sich stärker oder schwächer artikulierend, das deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Lager, immer wieder als „nationales Lager“ apostrophiert. Es bestand im damaligen Verständnis aller Deutschsprechenden nur eine Nation, ein politisches Lager, das sich zwar als Staatsnation verstand, aber seit den entstehenden Massenparteien im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wenig zentral durchorganisiert war. Dessen zahlreiche politische Gruppen von gemäßigt bis extrem (wie die „alldeutsche“ Schönerer-Bewegung) konnten niemals in einer Groß-

¹²⁴ AW 23 3.6.1911 S. 17.

und Massenpartei vereinigt werden und waren daher in eine Vielzahl von Einzelorganisationen zersplittert, die sich, wenn überhaupt, nur zu Wahlgemeinschaften zusammenfanden oder Koalitionen mit anderen bürgerlichen Parteien eingingen. Erst in der Zeit der Ersten Republik gab es ein Sammelbecken aller Strömungen, die Großdeutsche Volkspartei, die die meisten Gruppen des deutschnationalen bzw. „deutschvölkischen“ Lagers vereinen konnte, nur temporär, denn der „Landbund“ und die aufkommenden Nationalsozialisten sollten bald eigene Wege gehen.¹²⁵ In der Zeit der Monarchie war die Betonung des deutschen Volkstums ein Mittel zur Selbstbehauptung und zur Erhaltung des Führungsanspruchs im Vielvölkerstaat gewesen, hauptsächlich gegen eine vermeintliche Überfremdung durch das Slawische. Die bereits in der Monarchie bestehenden Vereine des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers, besonders der „Deutsche Turnverein“ und der „Deutsche Schulverein Südmark“, in Industriegebieten auch eine „Deutsche Arbeiterschaft“ wie in Bruckbach im Ybbstal, die sich mit diesen vermeintlichen Ängsten und Gefahren auseinandersetzten und als Argument für ihre ideologische Grundhaltung benützten, für sich oft Schutzfunktionen beanspruchten, die vorhandenen Ängste in der Bevölkerung propagandistisch ausschlachten und sie dadurch bewusst weiter schürten, waren ein Teil des viel wirksamer umgesetzten großdeutsch-„alldeutsch“-imperialistischen Gedankenspektrums, wo von Selbstbehauptung nicht mehr die Rede war, wo vor allem die Ideologie eines „Herrenmenschentums“ Eingang fand. Von den „alldeutschen“ Vereinen nahm dieses Gedankengut Eingang in deutsch-„völkische“ Parteiprogramme, aber auch in die Vereine an der Basis. Dieses deutschnationale Gemisch in seinen ideologischen Nuancierungen war die Grundlage für die „nationalen“ Parteien in der Ersten Republik, vor allem für die Großdeutsche Volkspartei, den „Landbund für Österreich“ und die NS.¹²⁶ Es fand sich aber auch deutschnationales bzw. deutsch-„völkisches“ Gedankengut in den Ideologien aller anderen politischen Richtungen mit Ausnahme der Kommunisten und Monarchisten. Gefördert wurde dieser Ideologieaspekt vor allem durch das Minderwertigkeitsgefühl, das die Haltungen der Bürger des neugeschaffenen Kleinstaates bestimmte, belegt durch die immer wieder geäußerten Zweifel an seiner Lebensfähigkeit.¹²⁷ Eine Zäsur bedeutete das Ergebnis der Pariser Friedensverträge für das deutschnationale Gesinnungsspektrum. Die staatsübergreifende Ausformung des „Alldeutschtums“ des deutsch-„völkischen“ Lagers beherrschte nun große Teile der kleinstädtischen Gesellschaft. Aus der nicht

¹²⁵ Wandruszka Adam, Das „nationale Lager“. In: Weinzierl Erika, Skalník Kurt (Hrsg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1, Wien Graz Köln 1983, S. 277.

¹²⁶ Pontesegger, Chronik Sonntagberg, a.a.O., S. 218-219, Anm. 2 (S. 485): Bote von der Ybbs Nr. 51, Jg. 1907: Weihnachtliche „Julfeier“ 1907 gemeinsam von den Vereinen „Deutscher Schulverein Südmark“ und „Deutsche Arbeiterschaft“ in Bruckbach veranstaltet, in der das ideologische Programm wie in jeder Feier ein fester Bestandteil war.

Wandruszka, Das „nationale Lager“. In: Weinzierl, Skalník, Österreich Erste Republik, a.a.O., S. 281.

¹²⁷ Kleindl Walter, Österreich Chronik, Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1978, S. 317.

mehr staatlich, sondern „völkisch“ interpretierten Gesamtheit ergab sich der „Anschluss“wunsch an Deutschland, fast alle im „nationalen“ Lager politisch Tätigen gehörten Vereinigungen an, wie Studentenverbindungen, Jugendbünden, Turnerbund, Alpenverein und deutschen „Schutzvereinen“, die sich satzungsmäßig oder in ihrer tatsächlichen Aufnahmepraxis zum „Arierparagraphen“ bekannten.¹²⁸ In weiten Teilen der Bevölkerung, quer durch alle politischen Lager, lebte der „Heim ins Reich“-Gedanke nach dem Verbot des „Anschlusses“ weiter. So hatten vorerst die großdeutschen Richtungen großen Zulauf, besonders dort, wo dieser Gedanke von einer anderen politischen Gruppierung nicht schon besetzt oder zu wenig stark artikuliert worden war. Der politische Nachwuchs der Deutsch-„völkischen“ wendete sich in der Folge nicht nur den deutsch-nationalen Parteien, der „Großdeutschen Volkspartei“ und dem „Landbund für Österreich“, zu, sondern vor allem den diesem Spektrum zugehörigen Vereinen wie dem Alpenverein, dem „Deutschen Schulverein Südmark“, dem „Deutschen Turnverein“ und schließlich auch dem fast alle diese Gruppen umfassenden deutsch-„völkischen“ bzw. nationalsozialistischen Flügel der Heimwehr.¹²⁹ Mit der Aufwärtsbewegung der NS-Partei drang aber auch der Kern der NS-Ideologie immer mehr in diese Vereine ein, sodass der Übergang zum Nationalsozialismus durch diese verschiedenen, deutsch-„völkischen“ Vereine vermittelt wurde. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang besonders der „Deutsche Turnverein“, dessen Mitglieder nachweisbar in der Folge beinahe geschlossen NS waren, die bürgerlichen Alpenvereine, die Schulvereine, wirtschaftliche und soziale Interessensvereine, besonders die gewerkschaftlichen Vereine. Einen exemplarischen Beleg für die politische Gesinnung der Mitglieder der „Deutschen Turnvereine“ enthält der Bericht über Franz Eichleiter aus Böhlerwerk/Waidhofen a.d.Ybbs, der Mitglied des Turnvereines war. Er gab als Beruf „Schlosser“ an, betreffend seine Parteizugehörigkeit war er „Illegaler“: „In der Zeit vom 1.7.1933 bis 13.3.1938 der NSDAP angehört und betätigt. (...) Vom 13.3.1938-Juni 1942 gehörte er dem der NSDAP angeschlossenen Wehrverband NSKK an“. Er war „Sturmführer“ und hatte „den Sturm 44/M88, Waidhofen a.d.Ybbs, geführt“. Vorher schon hatte er sich im „Deutschen Turnverein“ in Waidhofen a.d.Ybbs betätigt: „Die Mitglieder des Deutschen Turnvereines wurden nach der Besetzung Österreichs durch Deutschland fast ausnahmslos in die NSDAP übergeleitet und daher während des Verbotes der NSDAP sich für ihre Ziele eingesetzt haben dürften.“¹³⁰

¹²⁸ Amstädter Rainer, *Der Alpinismus. Kultur, Organisation, Politik*, Wien 1996, S. 238.

¹²⁹ Amstädter, *Alpinismus*, a.a.O., S. 214.

¹³⁰ Die „im Jahre 1933 verliehene Mitgliedsnummer“: 1,616.304.

Akt Franz Eichleiter in Karton BHA 234 Abt. Vermögenssicherung 1947, GPK Waidhofen a.d.Ybbs an Bezirksgericht Amstetten .



Deutscher Turnverein Amstetten, „Allgemeine Freiübungen“ beim Bezirksturn-fest, 8. Juni 1913, in Amstetten auf der Trabrenn-bahn. (Bild 14E)

Die Anfänge der deutschnationalen Lagers gehen in die 1870er Jahre zurück, der deutschnationalen Vereine als deren Vorfeldorganisationen bis in die 1860er Jahre. Die Zersplitterung dieses Lagers blieb eine Konstante bis 1932, nachdem sich schon 1918 bis 1920 kristallisierten drei unterschiedliche politische Richtungen herauskristallisiert hatten: die Großdeutsche Volkspartei, der Landbund und die NS. Waren die Deutschnationalen seit 1911 im Reichsrat das stärkste politische Lager gewesen, so gelangten sie (nach dem Verlust der „sudetendeutschen“ Gebiete geschwächt) als Koalitionspartner der Christlichsozialen (Großdeutsche 1920-1932, Landbund 1927-1933) in der Regierung zu neuem Einfluss.¹³¹

Einer ihrer Programmpunkte war der Kampf gegen die Tschechisierung, gegen das Vordringen der Tschechen, wie er auch in Amstetten nachweisbar ist. An erster Stelle stand in Niederösterreich der „Bund der Deutschen“, der ab 1903 den Kampf aufnahm.¹³²

Als „Volksfeinde“ galten nicht nur die Tschechen, sondern auch die Juden. Alle deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Parteien hatten den Rassenantisemitismus in ihrem Programm. Den Juden wurde prinzipiell das Recht abgesprochen, Teil der „deutschen Volksgemeinschaft“ zu sein.¹³³

Nachweisbar hatte im großen Spektrum der deutsch-„völkischen“ Vereine und Parteigruppen Amstettens die „Alldeutschtums“ideologie Georg von Schönerers den stärksten Einfluss. Die Amstettner Vereine dieser Richtung schlossen sich ab den 1890er Jahren mehrheitlich dieser

¹³¹ Klösch, „Nationales“ Lager, a.a.O., 565-566.

¹³² Ebenda, S. 567; Näheres s. dazu S. 567 f.

¹³³ Ebenda, S. 568-569.

rassistischen Variante an und behielten diese Richtung auch in der Ersten Republik bei, wenn auch das politische Sammelbecken der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppierungen seit Beginn der Ersten Republik die Großdeutschen waren. Sie standen einerseits in Konkurrenzstellung zu anderen parteipolitischen Gruppierungen, zu den christlichsozialen und sozialdemokratischen. Im bürgerlichen Lager wechselten sich aber Frontstellung und Zusammenarbeit der verschiedenen deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppierungen mit anderen politischen Gruppierungen ab, da diese ebenfalls starke deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Fraktionen im eigenen Lager hatten. Dies galt für die Christlichsozialen (vgl. die Fraktion unter Hans Zerdik) und dem Konkurrenzfaschismus der Heimwehren. Dazu kam noch der „Landbund“, die deutschnationale Wahlpartei der Bauern. In vielen Versammlungen der Großdeutschen Volkspartei als des politischen Hauptträgers dieses Gedankenguts in den 1920er Jahren, immer stärker abgelöst durch die stärker werdenden Gruppen der NSDAP in den 1930er Jahren mit der letztlich führenden Fraktion der NSDAP „Hitlerbewegung“, begleitet von vielen Feiern und Veranstaltungen der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereine, wurde dieses Gedankengut durch zwei Jahrzehnte lebendig erhalten. Die aktiven Anhänger dieser Ideologie in ihren vielen Schattierungen, aber auch die geheimen Anhänger und Sympathisanten von Teilaspekten aus anderen politischen Richtungen, letztlich die zunehmende Schar derer, die sich durch die gegen Ende der 1920er Jahre sich verschlechternde Wirtschaftslage geschädigt oder entmutigt fühlten, sahen sich jedenfalls im März 1938 am Ziel ihrer Wünsche und Hoffnungen. Dieses deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Lager wurde besonders getragen von Schichten des Mittelstands der Gewerbetreibenden, die am ehesten von Verlust- und Bedrohungsängsten in der Nachkriegszeit geplagt wurden, und von Akademikern bzw. Halbakademikern in den urbanen Ballungszentren des politischen Bezirks, in den Städten Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs. Es lässt sich die immer stärker werdende extreme Ausformung des Deutschnationalismus feststellen, einerseits die „alldutschen Schönerianer“, mit dem „Arierparagraphen“ in ihrem Parteiprogramm als einer eher die akademischen und halbakademischen Kreise ansprechende Richtung im weiten Spektrum des deutschnational-„völkischen“ Lagers, die sich auf Vereinsebene im „Alldutschen Verein“, in akademischen Tafelrunden etc. organisierten, andererseits vor allem auch-unabhängig von Schönerers „Alldutschen“-die im Sog der Parteigründung der „Deutschen Arbeiterpartei“ (DAP) im sudetendeutschen Raum Böhmens im Jahr 1903, vor allem aber seit ihrer Umbenennung in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) am Wiener Parteitag im Mai 1918 entstehenden parteipolitischen Gruppierungen, an deren Spitze die aus der deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsbewegung entstammende Parteigründung in der Stadt Amstetten (Ortsgruppe Amstetten der DNSAP) im Jahre 1919 stand, die eine stark sozialpolitisch ausgerichtete Komponente aufwies. Die „alldutschen“ Gruppen in der Nachfolge Schönerers sammelten sich zu Beginn der

Ersten Republik auf Vereinsebene in urbanen Bereichen wie der Stadt Amstetten als der radikale Flügel der Großdeutschen. Wie aus dem weiteren politischen Verhalten der Führungspersönlichkeiten des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers, dessen Vereinsgründungen in ihrer überwiegenden Mehrheit in den 1920er Jahren zum Sammelbecken des politisch führenden großdeutschen Lagers gehörten, zu erkennen ist, rekrutierte sich die Mehrheit der NS-Führer aus diesem breiten Spektrum. In der Stadt Amstetten stellten die Großdeutschen für zwei Perioden sogar den Bürgermeister, sicherlich bedingt auch durch die besondere politische Konstellation. Ludwig Resch blieb selbst immer ein Deutschliberaler. In diesem Lager ging die Mehrheit der ehemaligen „Alldutschen“ ebenfalls auf, während nur eine kleine Gruppe der ehemaligen „Alldutschen“ gleich zu Anfang der 1920er Jahre sich der NS-Partei näherte bzw. mit ihnen unter der Führerschaft Walter Riehls zusammenarbeitete. Dieser hatte gerade in der Stadt Amstetten einen größeren Anhang, was sein oftmaliges Kommen auch nach seiner Entmachtung innerhalb der Führung der DNSAP beweist.

Die personelle Kontinuität der Führungsschichten des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers ist aus der traditionellen Haltung einzelner Amstettner Familien ersichtlich. Bemerkenswert ist, dass die Angehörigen dieser zuerst großdeutsch, teilweise auch „allddeutsch“, dann nationalsozialistisch eingestellten Familien untereinander einen engen verwandtschaftlichen Zusammenhalt begründet hatten. Eheschließungen führten zu einem engen Führungskreis in der Stadt, der sich auch machtpolitisch auswirken musste. Diese „blutsmäßigen“ Verbindungsstränge als Ausdruck der „arischen“ Zusammengehörigkeit, einer „großdeutschen Elite“ in der Stadt, wurden während der gesamten Ersten Republik gepflegt und waren auch unter der NS-Herrschaft für ihre Mitglieder von großem Vorteil. Führungspositionen im Führerstaat waren reserviert, gemeinsames politisches Handeln sicherte den gesellschaftlichen Einfluss. Deutschnationale Quereinsteiger wie die Familie Mitterdorfer aus Kärnten (Apotheker), aber auch „sudetendeutsche“ und sloweniendeutsche Zuwanderer wie die Familie Bast (Rechtsanwälte), waren gerne gesehen, besonders wenn sie akademische oder halbakademische Ausbildung hatten. Ihr stark ausgeprägtes und gelebtes Deutschtum lässt sich vor allem darauf zurückzuführen, dass es in Konfrontation mit dem Slawentum gestanden ist.

Das großdeutsche Lager hatte seine Vertreter besonders in den zwei urbanen Zentren des politischen Bezirks, in der Kleinstadt Amstetten und auch in Waidhofen a.d.Ybbs, wenn man den autonomen Stadtbezirk dazurechnet. Auffallend ist, dass gerade bei den Exponenten dieses Lagers mit ganz wenigen Ausnahmen eine direkte Linie zum Nationalsozialismus führt, belegbar an der personellen Kontinuität der Führungsschicht, die sich vor allem mehrheitlich aus dem gewerblichen Mittelstand und aus den halbakademischen Bereichen der Lehrer und anderer Berufssparten des öffentlichen Dienstes rekrutierten, aber auch aus akademischen Berufen, besonders der Ärzte, Rechtsanwälte

und Notare. Gerade diese Vertreter des ehemaligen großdeutschen Lagers wurden zu den Trägern der NSDAP „Hitlerbewegung“, während die Schulz/Riehlgruppe die ursprüngliche soziale Basis der NS-Partei weiter zu repräsentieren versuchte, wobei aber die Mehrheit der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Arbeitnehmer, vor allem bei den Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes von Eisenbahn, Post und kommunaler Verwaltung bereits im Lager der „Hitlerbewegung“ war. Eine Spaltung ist im politischen Bezirk und in der Stadt Amstetten nicht nachzuweisen, es gab freilich eine gewachsene Führungsspitze der NS als SA-Angehörige, wobei die ursprüngliche NS-Richtung durch den Gründer der SA im politischen Bezirk, Hubert Koczirz, bis zu seinem frühen Übertritt zur NSDAP „Hitlerbewegung“ vertreten wurde. Die Großdeutschen verhielten sich vorerst gegenüber dieser SA-Organisation im politischen Bezirk und in der Stadt eher reserviert. Es soll die Kontinuität einer vorgegebenen Entwicklung im deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager besonders auch in personeller Hinsicht aufgezeigt werden. Nur eine verschwindende Minderheit der großdeutsch-freisinnigen Führungsschicht ließ sich nicht von den NS vereinnahmen, wie der überzeugte Großdeutsche Ludwig Resch, der bis zu seinem Tod 1937 diesem Lager gesinnungsmäßig treu blieb.

Besonders in den beginnenden 1920er Jahren kann eine zeitweilige Konsensfindung innerhalb des bürgerlichen Lagers beobachtet werden, weil eine eindeutige ideologische Abgrenzung bei vielen Themen nicht gefunden wurde, wodurch es zu einem interessenbezogenen Zusammenwirken der Vertreter aller bürgerlichen Richtungen über die Parteigrenzen hinweg unter Hintanstellung der ideologischen Divergenzen und zu einem gemeinsamen Auftreten aller bürgerlichen Vereine und Verbände in der Öffentlichkeit kam. Ihnen gegenüber standen in zunehmender Polarisierung die sozialdemokratischen Vereine. Sicherlich spielte in der Kommunalpolitik das Hereinnehmen bundesweiter Themen der österreichischen Politik eine große Rolle. In diesem politischen Agitationsfeld auf kommunaler Ebene spiegelte sich mit unterschiedlicher Schärfe der österreichische Vereins- und Verbändestaat wider. Der Kernbereich dieser Institutionen auf Vereins- und Verbandsebene kann in zwei Gruppen eingeteilt werden: einerseits in rein ideologisch motivierte, in eine Art „Schutzvereine“ für bedrohtes oder vermeintlich gefährdetes ideologisches Gedankengut mit vornehmlich defensivem, aber auch fallweise offensivem Charakter, andererseits in die aus rein sozioökonomischen Interessen agierenden verschiedenen politischen Vereine bzw. Interessens- und Berufsverbände, vor allem als Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Als äußere Manifestation der jeweiligen Berufsgruppenzugehörigkeit spielten sie gerade im engen kleinstädtischen Bereich eine nicht zu unterschätzende Rolle, dienten sie doch dazu, durch die nach außen getragene Dokumentation des parteipolitisch motivierten Zusammenhalts in der kleinstädtischen Gesellschaftspyramide durch ein von Ritualen geprägtes Vereins- und Verbändeleben sich selbst aufwertend-gegenüber dem anderen abzugrenzen und somit dem

jeweiligen Standesgefühl Ausdruck zu verleihen. Auch auf diese Weise erfuhr die Bevölkerung des politischen Bezirks und auch der kleinstädtischen Gesellschaft der Stadt ihre Politisierung. Es kommt natürlich hinzu, dass jeder dieser Vereine und Verbände neben seiner zunehmenden Vereinnahmung für die Politik eine sachbezogene, statutenmäßig verankerte Tätigkeit hatte, die auch als Zweck der Gründung ausgewiesen war. Zu diesem gesinnungsbildenden Instrument, das aber keinesfalls in seiner ideologischen Multiplikatorrolle zu unterschätzen ist, gehörten in tragender Funktion auch die Bildungs- und Kultur-, die Unterhaltungs- und reinen Sportvereine, die sich nur schwerlich der ideologischen Vereinnahmung entziehen konnten. Im Laufe der stärker werdenden Politisierung der Gesellschaft wurden diese Vereine, mit wenigen Ausnahmen eine Komponente der Ideologisierung, vielfach auch missbraucht, sodass letztlich jeder Verein bzw. Verband einer politischen Gruppierung zuzuordnen war. Gerade der Vereinspluralismus der Ersten Republik hinterließ ein buntes Bild von menschlichen Bewusstseinsprofilen in den einzelnen Gemeinden, wo sich der Bürger mit unterschiedlicher Intensität engagierte. Jedenfalls war ihm durch das offene demokratische Teilhabesystem die Möglichkeit dazu gegeben. Die Grenzen waren vorerst noch nicht so starr, dass man sich nicht zu offiziellen Anlässen gemeinsam über die politischen Grenzen hinweg zu Schau stellte, sich präsentierte oder sogar gemeinsam derartige Veranstaltungen gestaltete. In den Zwanzigerjahren sind die Lokalzeitungen voll von solchen Berichten. Erst die Polarisierung und Erstarrung der politischen Fronten gegen Ende der 1920er Jahre sowie die Bewaffnung von Teilen dieser Institutionen führten die Trennung und Abgrenzung herbei. Der Weg der einseitigen Indoktrinierung, der Einförmigkeit, der mentalen Deformierung der Gesellschaft wurde aber erst durch die gewaltsame Ausschaltung der Sozialdemokratie unter folgender politischen Zielsetzung von Bundeskanzler Dollfuß beschritten: die Errichtung des ideologisch ausgerichteten und machtpolitisch abgesicherten Einheitsstaates nach autoritär-faschistischen Grundlagen. Die Auswirkungen auf den Gesinnungspluralismus, der sich im Vereins- und Verbandsleben bis zu diesem Zeitpunkt manifestiert hatte, waren verheerend. Diese Versuche, auch die bereits belegbaren Ergebnisse eines Weges der autoritär gelenkten Sozialisation des Menschen müssen als Vorbereitung für die potentielle Anfälligkeit, die Bereitschaft und auch die Hilflosigkeit in der Abwehrhaltung gegenüber Gewaltherrschaft und totalitären Herrschaftsformen berücksichtigt werden.

6.2.1. „Freiheitlich-nationaler Volksverein Amstetten“ und „Alld deutscher Verband, Ortsgruppe Amstetten“

Die ersten öffentlichen politischen Aktivitäten der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppierungen wurden als „Volksversammlungen“ bzw. auch als „Politische Versammlungen“ abgehalten. Es wurden diese Versammlungen mit einem nach außen hin kolportiertem „unabhängigen“ Charakter abgehalten. Sie wurden auch von den anderen Parteien besucht bzw. es waren Angehörige aller politischen Richtungen als Diskussionsteilnehmer anzutreffen. Veranstaltet

wurden sie von der „Deutsch-völkischen Partei“. Sie hatten tatsächlich zu Beginn der Ersten Republik aufgrund bestimmter Themen eine Art überparteilichen Charakter, weil man sich in der Ablehnung des „Versailler Friedensdiktates“ und des Friedens von Saint Germain in einem Parteigrenzen überschreitenden Konsens traf und auch für den „Anschluss“gedanken eintrat. Erst später wurden sie immer mehr zu einer Propaganda- und Agitationsplattform der deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gruppen umfunktioniert. Vor allem wurde immer mehr gegen die politischen Anliegen der Bezirks- und Stadtorganisation der Sozialdemokratie polemisiert, die nicht nur für die republikanische Staatsform in den von ihr anlässlich des „Staatsfeiertags“ allein veranstalteten „Republikfeiern“ vehement eintrat, sondern auch gleichzeitig sich immer mehr vom „Anschluss“gedanken entfernte-gegen die Einstellung der obersten Parteiführung.¹³⁴

Vorerst bestand eine enge Zusammenarbeit innerhalb der „großdeutsch-freisinnigen“ Reihen zwischen Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs durch die gemeinsame Unterstützung der Angehörigen der deutschen Sprachgruppen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Monarchie. Gemeinsame politische Aktivitäten in der Realisierung ihres parteipolitischen Programms wurden abgesprochen. In solchen Versammlungen wurde bereits von Beginn an der Anspruch der Partei öffentlich-propagandistisch artikuliert. Die alte Defensivstellung gegenüber einem Übergewicht der Nichtdeutschen jetzt in den neugegründeten Nachfolgeländern der Monarchie war eines der integrativ-ideologischen Elemente aller dieser Richtungen, vereinsmäßig auch vertreten durch die „Südmark“- und „Schulvereine“, später durch den „Deutschen Schulverein Südmark“, der gerade im politischen Bezirk eine starke und effiziente Organisation hatte.¹³⁵ Die erste Organisation der gemäßigten Deutschnationalen auf vereinsrechtlicher Grundlage, also eine der Kernzellen der „Deutsch-völkischen Partei“ bzw. der „Großdeutschen Volkspartei“ in der Stadt Amstetten, findet sich schon etwas mehr als ein Monat nach Abschluss des Waffenstillstands vom 3. November 1918. Als Zentrum und Sammelbecken einer sich formierenden starken deutschnationalen Bewegung kam es noch gegen Ende des Jahres 1918 zur Gründung des „Freiheitlich-nationalen Volksvereins Amstetten“ durch einen der führenden Exponenten der „Deutschfreisinnigen“ in der Stadt. Am 9. Dezember 1918 fand im Hotel Hofmann eine Beratung „der Vertreter sämtlicher deutsch-freiheitlicher Parteien“ in Amstetten statt. Den Vorsitz hatte Alois Hofmann. Es wurde die „Gründung des freiheitlich-nationalen Volksvereines“ beschlossen, der in der Stadt und ihrer näheren Umgebung seinen Mitgliederrahmen abgesteckt hatte.

Das Führungsgremium wurde festgelegt. „Vorläufig mit Leitung betraut“ wurden:

Obmann: Alois Hofmann

Stellvertreter: Emil Rothleitner

¹³⁴ AZ v. 23.3.1919, S. 3.

¹³⁵ S. I.1.17.34-I.17.11.38 „Deutscher Schulverein Südmark“.

Schriftwart: Karl Enzinger

Zahlmeister: Ferdinand Knorr

Beisitzer: Dr. Karl Schicklberger, Richard Patzelt, Hans Preßl, Markus Piger, J. Lichtenberger, Ludwig Resch.

Die „Wahl des Vorstandes“ sollte „in der Hauptversammlung in Kürze“ stattfinden. Es zeigt bei einer Untersuchung der Mitglieder des Führungsstabs, dass hier bereits das deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Lager mit allen seinen späteren politischen Ausrichtungen unter der damaligen Führung von Alois Hofmann vertreten war. Die späteren NS, die auch als „illegale“ Parteimitglieder nachweislich registriert sind, waren: Hofmann, Schicklberger, Pazelt, Preßl, Piger. Bezüglich der übrigen Mitglieder ist keine Zuordnung möglich, wobei Ludwig Resch immer seiner großdeutsch-freisinnigen Haltung treu geblieben ist.¹³⁶ Dieser „nationale Volksverein“ war eine parallel zur kurze Zeit später gegründeten nationalsozialistischen Gruppe der DNSAP bestehende national-„völkische“ Organisation von Gewerbetreibenden und Akademikern mit einem radikal-„völkischen“ Programm, das von der deutsch-„völkischen“ Partei als Wahlprogramm übernommen wurde. Die Angehörigen der unteren Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes, vor allem die Eisenbahner, konnte die DNSAP als Gewerkschaftsgruppe in der Stadt Amstetten um sich sammeln. Sie entsprach also von vornherein nicht den eigentlichen ideologischen Intentionen einer national-„völkischen“ Arbeiterpartei. Es sollte sich bald diese Gruppe der Gewerbetreibenden an die Spitze der NS-Gruppe stellen und die Führung in den folgenden Wahlkämpfen übernehmen. Die „Großdeutschen“ hatten seit der Monarchie ihre Anhänger vor allem im urbanen Bereich, besonders in den zwei Städten des politischen Bezirks, Amstetten und in der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs. Eine Vereinsvertretung einer überregionalen Organisation der „Großdeutschen“ hatte bereits in der Monarchie bestanden, wie eine Versammlung in der Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs belegt, wo ein bereits seit der Monarchie niederösterreichweit aktiver Vereine in Form einer Ortsgruppe bestand. So fand Anfang Mai 1911 die „Hauptversammlung des Bundes der Deutschen in Niederösterreich“ in Waidhofen a.d.Ybbs statt. Über diesen Verein finden sich in der Ersten Republik keine Berichte mehr.¹³⁷ Eine „Volksversammlung“ wurde am 16. März 1919 im Zentrum Amstettens abgehalten. Es handelte sich um einen Aufruf der „Leitung des Freiheitlich-nationalen Volksvereines Amstetten und Umgebung“ an „alle deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Partei zu einer Volksversammlung als Protestkundgebung gegen die Unterdrückung der Deutschen in Deutschböhmen und Südmähren durch die Tschechen“. Obmann Alois Hofmann hielt zuerst „einen Appell vom Balkon des Hotels Kunze am Hauptplatz Amstetten“. Dann hielt „Direktor Hugo Scherbaum“, der Exponent der Großdeutschen in der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs und spätere Mandatar der Großdeutschen im

¹³⁶ AZ 50 v. 15.12.1918, S. 4.

¹³⁷ AWB 19 v. 7.5.1911, S. 15.

niederösterreichischen Landtag, eine Rede. Vorerst bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen überzeugten Großdeutschen wie Hugo Scherbaum, der niemals zu den NS überwechselte, und Alois Hofmann, der selbst kein NS-Parteimitglied war, dessen Familie aber später zu den führenden NS in der Stadt Amstetten gehörte.¹³⁸ Die politischen Aktivitäten der „nationalen“ Vereine lassen sich an der parteipolitischen Versammlungstätigkeit ablesen. Sie zeigt das Zusammengehen aller politischen Richtungen im deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager.¹³⁹ Unter dem Titel „Deutsch-völkische Versammlung“ wurde am 12. Jänner 1920 von der „deutsch-völkischen Partei im Saale Schillhuber eine politische Versammlung“ abgehalten, die einen „Massenbesuch“ aufwies. Als Redner traten die „Nationalräte Dr. Schönbauer und Dr. Ursin“ auf. Den Vorsitz führte „der Obmann des hiesigen nationalen Volksvereines“ Alois Hofmann (siehe oben „Freiheitlich-nationaler Volksverein“), während Dr. Josef Ursin dem „alldutschen“ Lager zuzuordnen war. Ursin trat immer wieder im politischen Bezirk als Verteidiger des Linzer Programms von Schönerer auf. Er war als einziger „völkischer“ Kandidat des Wahlbezirks bei der ersten Nationalratswahl in das österreichische Parlament gewählt worden.¹⁴⁰ Die Themen der Tagesordnung hatten einen aktuellen politischen Anlass: Man argumentierte gegen den Friedensvertrag und für den „Anschluss“. Von nun an wurden regelmäßig Versammlungen der Deutsch-„völkischen“ abgehalten. Sie hatten meistens den Titel „Deutschvölkische Versammlung“. Alle Sympathisanten dieses Lagers wurden regelmäßig von der „Deutschvölkischen Partei“ versammelt.¹⁴¹ Diese „Deutschvölkische Partei“ hatte für den 18. Jänner 1920 eine „Volksversammlung“ anberaumt. Diese musste verschoben werden „wegen wichtiger parlamentarischer Verhandlungen der Nationalräte Dr. Ursin und Dr. Schönbauer“. Derartige „Volksversammlungen“ hatten die Zielsetzung, neue Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen. Auf Vereinsebene war diese Partei einerseits im „Freiheitlich-nationalen Volksverein Amstetten“, andererseits im „Alldutschen Verband, Ortsgruppe Amstetten“, organisiert. Beide hatten durch den „Arierparagraphen“ ihren Zugang geregelt. Schönerianer befanden sich in beiden Organisationen, wie die persönlichen Beziehungen von Alois Hofmann zu Georg von Schönerer belegen. Die Aktivitäten des „Alldutschen Verbandes“ in den 1920er Jahren weisen auf sein Bestehen als Organisation hin, die sich um ganz bestimmte „völkische“ Themenkreise bemühte, wie um den Rassenantisemitismus bzw. um das Feindbild „Jude“ und die Situation der Bedrohung der Deutschen

¹³⁸ Die Kandidatur Hugo Scherbaums bei den ersten Landtagswahlen 1919: Als wahlwerbende Partei für Landtagswahlen kandidierten die Deutschnationalen als „Deutsch-völkische Partei“ mit dem Listenführer Hugo Scherbaum aus Waidhofen a.d.Ybbs für den Wahlkreis 8. Am 9. April 1919 fand eine Wählerversammlung des Bezirkswahlausschusses der „deutsch-völkischen“ Partei für das Viertel ob dem Wienerwald statt. Wahlbewerber für den Landesrat/Landtag war „Ing. Hugo Scherbaum (aus Waidhofen a.d.Ybbs)“. AZ 15 v. 13.5.1919, S. 10 Wählerversammlung.

¹³⁹ AZ 3 v. 18.1.1920, S. 8.

¹⁴⁰ Ursin war als deutsch-„völkischer“ Vertreter im Wahlkreis schon seit dem Kriegsende politisch tätig gewesen.

¹⁴¹ AZ 3 v. 18.1.1920, S. 8.

in Gebieten, wo sie Minderheitsstatus hatten. Auch aktuelle Anlässe wie die Besetzung des Ruhrgebietes im Jahr 1923 waren Themen. So wurde am 14. Juli 1923 vom „Alldeutschen Verband, Ortsgruppe Amstetten“ „ein vertriebener Ruhrdeutscher“ eingeladen, der „über das Elend seines Heimatlandes“ sprach.¹⁴²



Aufruf in der „Amstettner Zeitung“ an die „Deutschen Christen“ Ende 1919: „Pflicht“ zum Kauf von „judenreinen Zeitungen“. (Bild 14F)

Aus dem Tätigkeitsbereich des Vereins ist vor allem der ständig propagierte Antisemitismus hervorzuheben, der regelmäßig in Versammlungen als Thema auf der Tagesordnung stand und auch in einer der bürgerlichen Lokalzeitungen Amstettens propagiert wurde.¹⁴³ Unter dem Titel „Versammlung des Alldeutschen Verbandes Amstetten“ brachte die „AZ“ vom 1. November 1925 einen Bericht: Am 23. Oktober 1925 fand im Hotel Ginner eine Versammlung statt, in der gegen das Judentum polemisiert wurde. In der Hauptrede sprach Major Wrangel aus Graz über den „unheilvollen Einfluss des Judentums“, über „die Raffgier und Herrschsucht desselben und seine deutlich erkennbare Absicht, alle Völker der Welt dienstbar und zinsbar zu machen“.

Der Rassenantisemitismus blieb weiter eines der Hauptthemen. Er hatte, wie erwähnt, in der Ortsgruppe Amstetten des „Antisemitenbundes“ seine vereinsmäßige Agitationsplattform. Es bestanden insgesamt nur drei „Alldeutsche Verbände“ im politischen Bezirk einschließlich der autonomen Stadt Waidhofen a.d.Ybbs: in Amstetten, Waidhofen a.d.Ybbs und in Haag.¹⁴⁴ Unter dem Titel „Rasse und Staat“ veranstaltete die Ortsgruppe Amstetten des „Alldeutschen Vereines“ anfangs Dezember 1929 einen Vortrag. Das weitere Schicksal der „Alldeutschen“ und ihrer „Verbände“ ist

¹⁴² AZ 27 v. 8.7.1923, S. 3.

¹⁴³ AZ 44 v. 1.11.1925, S. 9.

¹⁴⁴ S. I.1.6; AZ 49 v. 7.12.1929, S. 5.

eng mit dem aufstrebenden Nationalsozialismus verknüpft. Aus einer Erhebung der „Alldeutschen Vereine“ in Niederösterreich durch den Sicherheitsdienst vom August des Jahres 1933 ist ersichtlich, dass zu diesem Zeitpunkt nur mehr zwei Vereine von den ehemals insgesamt drei bestanden: Waidhofen a.d.Ybbs und Haag. Die Ortsgruppe des Vereins in der Stadt Amstetten war bereits aufgelöst worden, höchstwahrscheinlich zu dem Zeitpunkt, als 1930 die Aufforderung zur Satzungsumbildung durch das Bundeskanzleramt zur Auflage für sein Weiterbestehen gemacht worden war. Dessen Mitglieder waren zu den NS übergetreten. Trotz Aufforderung zur Satzungsumbildung wurde nichts Entscheidendes unternommen, die alte Forderung des „Anschlusses“ aus der Satzung zu streichen. Es überrascht aber das laxer Verhalten der Sicherheitsbehörde in dieser Angelegenheit in den Jahren 1930-1933. Auch das Verwirrspiel um diesen Verein in diesen Jahren ist, wie eine Anfrage des Vereins der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs aufzeigt, bemerkenswert. Jedenfalls dürften die wenigen Ortsgruppen dieses Vereins nach dem Erstarken der NS seit dem Ende der 1920er Jahre zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sein. Im Schreiben der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich an die Bezirkshauptmannschaft Amstetten vom 16. August 1933 die „Umbildung“ betreffend wurde festgehalten: „Der Alldeutsche Verband in Wien hat im Jahre 1930 seine Satzungen geändert und besteht nunmehr auf Grund der vom Bundeskanzleramt am 21.7.1930, unter Zl. 172.646-9 ausgesprochenen Nichtuntersagung zu Recht. Die durch Änderung der Satzungen des Hauptvereines notwendig gewordene Umbildung der in Niederösterreich bestehenden Zweigvereine in (...) Haag an der Westbahn, (...) Waidhofen a.d.Ybbs, (sonst noch 12 Vereine in Niederösterreich, Anm. d. Verf.) wurde h. a. mit der am 26.4.1933 eingelangten Eingabe v. 21.4.1933, Zl. 537 angezeigt.“

Ein „Satzungsgleichstück des Haupt- und Zweigvereines“ wurde dem Schreiben angeschlossen. Unter den inkriminierten „Forderungen und Aufgaben“ stand an erster Stelle: „Eingliederung Deutschösterreichs ins Deutsche Reich“. In der ersten Hälfte 1934 wurden sämtliche „alldeutschen“ Vereine aufgelöst. Vor allem Lehrer waren als Mitglieder in verschiedenen Funktionen in diesen „Alldeutschen Verbänden“ tätig. So schrieb der Lehrer Wilhelm Seith an die Bezirkshauptmannschaft Amstetten am 28. März 1934, er habe erfahren, dass „im Radio die Auflösung des Alldeutschen Vereines verkündet worden sein“ soll. Nun stellte er die Anfrage „als Säckelwart der Ortsgruppe Waidhofen, wohin die in meinen Händen befindlichen Beträge und das Kassabuch abzuliefern wären“. Es wurde in der vorliegenden Korrespondenz die Frage der Auflösung des Vereins geklärt.¹⁴⁵ Aus der Antwort der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich an die Bezirkshauptmannschaft Amstetten vom 24. April 1934 ist hinsichtlich des Bestandes des Vereins Folgendes vermerkt: „Die

¹⁴⁵ Sicherheitsdirektor f. Niederösterreich an BHA v. 16.8.1933, Zl. S.D.7/b-992/2, BHA 1934/XI-170/229
Verein: Alldeutscher Verband in Wien; Zweigvereine in Niederösterreich, Umbildung;
Lehrer Wilhelm Seith an BHA v. 28.3.1934.

Tätigkeit des Alldt. Verbandes ist mit Bescheid v. 19.3.1934 Zl. V.B.1400 eingestellt und zugleich der Antrag auf Auflösung beim Bundessicherheitskommissar für Wien gestellt worden.“

Das Verwirrspiel um diesen Verein wurde noch prolongiert.¹⁴⁶ In einer Information der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich an die Bezirkshauptmannschaft Amstetten, die handschriftlich vorliegt, ist Folgendes enthalten: „Laut Mitteilung der Bundespolizeidirektion Wien fand eine behördliche Auflösung des Vereines ‚Alldeutscher Verband‘ in Wien bisher nicht statt.“ Weitere Meldungen liegen nicht vor.¹⁴⁷

6.2.2. Deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Gewerkschaften: auffallende Dichte der Organisation¹⁴⁸

Über die Arbeitnehmerverbände der einzelnen politischen Gruppierungen nähere Erhebungen durchzuführen, würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Nur insoweit diese für den entstehenden Nationalsozialismus und seine Zielsetzungen der „Bewegungs“phase relevant sind, sollen sie zur Untersuchung herangezogen werden. Vor allem die deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Gewerkschaftsbewegung ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, weil sich die NS-„Bewegung“ in ihrer ersten Organisationsform aus dieser Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat, wenn sie sich auch bald, nachdem sie diese schmale Ausgangsbasis aufgegeben hatte, anderen gesellschaftlichen Schichten gegenüber zu öffnen begann. Eingesetzt hatte diese Tendenz zur Öffnung nachweislich besonders mit dem Erstarken der NSDAP „Hitlerbewegung“ ab der zweiten Hälfte 1927, wenn auch regional sehr verschieden. Die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gewerkschaften waren eine Besonderheit des österreichischen Nationalsozialismus in seiner vorfaschistischen Phase, hatten aber auch weiter Einfluss bis 1931, wenn auch in abgeschwächter Form. Der überwiegende Teil ihrer lohnabhängigen Anhängerschaft dieser ersten Phase stammte aus dieser Arbeitnehmervertretung. Die einzelnen, sich als parteipolitisch unabhängig ausgebenden, in der Realität teils deutschnational bzw. deutsch-„völkisch“, teils nationalsozialistisch orientierten Verbände waren in einer gesamtösterreichischen Dachorganisation, im „Deutschen Gewerkschaftsbund für Österreich“, zusammengefasst, der seine nach Fachgruppen getrennten regionalen Unterorganisationen hatte. Viele von diesen standen jedoch in einem solchen Nahverhältnis zum Nationalsozialismus, dass sie die NS (Schulz-/Riehlgruppe) 1925 und 1926 in ihrem Jahrbuch anführten.¹⁴⁹ Zu den deutsch-

¹⁴⁶ BHA an Sicherheitsdirektor f. Niederösterreich mit der Bitte um Klärung v. 17.4.1934 und Sicherheitsdirektor f. Niederösterreich an BHA v. 24.4.1934, BHA 1934/XI-170/229.

¹⁴⁷ Sicherheitsdirektor f. Niederösterreich an BHA v. 11.12.1934, BHA 1934/XI-170/229, handschriftliche Notiz.

¹⁴⁸ S. auch I.17-I.17.10.

¹⁴⁹ Zur „sozialen Basis“ s. Botz, NSDAP-Mitglieder, a.a.O., S. 113-115; s. auch Botz Gerhard, Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik. Zur „sozialen Basis“ und propagandistischen Orientierung von Heimwehr und Nationalsozialismus. In: Sozialgeschichte. Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie, 21. Jg., März/April 1977, (Institut für Österreichkunde Hrsg.), Heft 2, S. 102 ff.

„völkischen“ Arbeitnehmerorganisationen innerhalb des „Deutschen Gewerkschaftsbundes für Österreich“ gehörten in den 1920er Jahren:¹⁵⁰

die Deutsche Verkehrsgewerkschaft (Eisenbahner und Binnenschiffer) Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband (Privatangestellte),

der Verband deutscher weiblicher Angestellter (meist Hausgehilfinnen),

die Gewerkschaft deutschvölkischer Post-, Telegraphen- und Fernsprechangestellter

Deutsche Arbeitergewerkschaft (Arbeiter aller Berufe),

der Verband jugendlicher Arbeiter Pharmazeutischer Reichsverband für Österreich (nichtselbständige Apotheker),

der Deutsche Beamtenverband,

die Deutsche Sozialversicherungsgewerkschaft (Angestellte und Beamte bei Sozialversicherungsinstituten).

Interessant für den politischen Bezirk, besonders die Stadt Amstetten, sind vor allem drei Gewerkschaftsfachgruppen der deutsch-„völkischen“ Richtung. Sie hatten auch innerhalb des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke den größten Einfluss. Dazu gehörten die Eisenbahner, die im Eisenbahnknotenpunkt Amstetten neben der politischen Mehrheit der sozialdemokratischen Eisenbahner eine überraschend aktive politische Gruppe bis zur „Machtergreifung“ hatten, die Bediensteten der Post, die ebenfalls in Amstetten eine „völkische“ Gewerkschaftsvertretung hatten, und die Berufsgruppe „Handel und Gewerbe“, die gerade im urbanen Bereich einer Kleinstadt, wie sie Amstetten war, mit einer Sozialstruktur, in der der kleingewerbliche Mittelstand stark vertreten war, eine starke Verankerung besaß, wie auch laufend in der Lokalpresse dokumentiert wurde. Diese drei Gruppen hatten einen immer größer werdenden Anteil an NS. Ihre österreichweiten Fachgruppen innerhalb des „Deutschen Gewerkschaftsbundes für Österreich“ waren: die „Deutsche Verkehrsgewerkschaft“, der „Deutsche Handels- und Industrieangestelltenverband“ und die „Gewerkschaft deutschvölkischer Post-, Telegraphen- und Fernsprechangestellter“.¹⁵¹ Die prozentualen Anteile bei Personalvertretungswahlen der Eisenbahner bzw. bei Arbeiterkammerwahlen lassen die „völkischen“ Gewerkschafter in den 1920er Jahren

Zusammen zählten nach Gerhard Botz (NSDAP-Mitglieder) die „völkischen“ Gewerkschaften, „die nie mehr als ein Zwanzigstel aller österreichischen Gewerkschaftsmitglieder erfaßten, bereits 1923 über 45.000 Mitglieder, erreichten ihr Maximum mit 51.247 Mitgliedern im Jahr 1928, pendelten sich dann in der Folge zwischen 47.000 und 49.000 Mitgliedern ein“.

Klenner Fritz, Die österreichischen Gewerkschaften, Bd. 2, Wien 1953, S. 1080-1081 und S. 1097.

¹⁵⁰ Zusammengestellt aus Nationalsozialistisches Jahrbuch, Jg. 1925 und Jg. 1926, Wien, S. 99; S. 118 ff;

Klenner, Österreichische Gewerkschaften, a.a.O., S. 1080 f und S. 1097 f.

¹⁵¹ Die in der „Deutschen Verkehrsgewerkschaft“ zusammengefassten Eisenbahner hatten österreichweit mit 23.000 bis 24.000 Personen ein deutliches Übergewicht gegenüber den anderen Arbeitnehmerorganisationen. S. Botz, NSDAP-Mitglieder, a.a.O., Tabelle S. 114.

zwischen ca. 15 bis 20 % einpendeln.¹⁵² Der „Deutsche Handels- und Industrieangestelltenverband“ umfasste österreichweit ca. 8.000 bis 10.000 Privatangestellte. Die „Berufsgruppe der Post- und Telegraphenbediensteten“ umfasste 5.000 bis 6.000 Mitglieder. Die viertgrößte Gruppe, die aber in der Stadt organisatorisch nicht nachzuweisen ist, die „Deutsche Arbeitergewerkschaft“, schwankte zwischen 3.700 und 4.000 Mitgliedern. Alle anderen Organisationen hatten deutlich weniger Mitglieder. Botz stellt fest, dass die lokale Verteilung der NS-Stimmen bei den Nationalratswahlen 1919 bis 1927 weitgehend mit den Ergebnissen der Arbeiterkammerwahlen übereinstimmte.¹⁵³ Besonders anfällig für den Nationalsozialismus waren aber gerade in seiner österreichischen Frühphase die Verkehrsbediensteten und die Handelsangestellten, wie aus den vorliegenden von Botz durchgeführten Vergleichen von Nationalrats- und Arbeiterkammerwahlen erschlossen wurde. Die Begründung liefert Botz in einer Analyse, wo er von der „Bedrohung der deutschsprechenden Österreicher in der Habsburgermonarchie durch die slawischen Nationen“ spricht. „Soziale Konflikte wurden in bedrohten Berufen durch nationale Frontstellungen überhöht. (...) Nach 1918 blieb diese Tendenz zum Nationalismus auch unter den Arbeitern in manchen Gebieten Österreichs erhalten, wurde dorthin auch durch Optanten und Einwanderer meist aus dem Gebiet der Tschechoslowakei übertragen.“ Für die Stadt Amstetten sind diese zugewanderten „Sudetendeutschen“, die einen großen Einfluss auf die Entwicklung des Nationalsozialismus hatten, ebenfalls belegt.¹⁵⁴ Bestimmte Berufsgruppen hatten einen besonderen Zulauf, was historische Ursachen hatte. Gerade jene Berufe nämlich, die in der Monarchie gegenüber den nichtdeutschen Nationalitäten eine privilegierte Stellung eingenommen hatten, waren durch den Zerfall am stärksten wirtschaftlich und sozial betroffen. Dazu gehörten vor allem neben den Staatsbeamten die Sektoren Handel und Verkehr. Sie besonders suchten den Rückhalt in der Ersten Republik in den Organisationsformen der deutsch-„völkischen“ Bewegung, die die Bereitschaft und das Begehren dieser Berufsgruppen, einen stärkeren „nationalen“ Rückhalt zu suchen, schnell erkannt hatten und auch dementsprechend reagierten. Nachweislich gehörten im politischen Bezirk und in der Stadt zu den in dieser „völkischen“ Richtung politisch aktivsten Berufsgruppen die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes aus dem Post- und Telegraphenbereich und die Bediensteten der Eisenbahn. Es waren besonders die NS, die hier ihren ersten Rückhalt im politischen Bezirk, besonders in der Stadt Amstetten fanden.¹⁵⁵

6.2.2.1. *„Gewerkschaft deutschvölkischer Post-, Telegraphen- und Fernsprechangestellter“*

Wie aus den Lokalmedien hervorgeht, waren die Fachgruppen selbst je nach örtlichen Gegebenheiten bzw. Erfordernissen noch einmal in Einzelgruppen organisiert. Anlässlich von Wahlen

¹⁵² Ebenda, S. 114, Anm. 41: s. v. a. 80 Jahre Gewerkschaft der Eisenbahner, Wien 1972, S. 376.

¹⁵³ Botz, NSDAP-Mitglieder, a.a.O., S. 114.

¹⁵⁴ Ebenda, S. 114-115.

¹⁵⁵ S. Untersuchung „Soziale Basis“ II. 1.10.5.

traten diese Arbeitnehmerorganisationen auch in der Öffentlichkeit auf.¹⁵⁶ So versuchte man, eine bezirkswelt organisierte Fachgruppe der „Gewerkschaft deutscher Postler“ zu gründen. Es wurde eine Versammlung „aus Anlass der bevorstehenden Wahlen in die Personalausschüsse“ abgehalten, die sich vor allem mit diesem Anliegen auseinandersetzen sollte. An dieser Versammlung nahmen die Bediensteten des Postamtes Amstetten, auch aus Waidhofen a.d.Ybbs, und Vertreter aus St. Valentin teil. Es wurde beschlossen, eine „Bezirksgruppe der Gewerkschaft deutscher Postler zu gründen“. Dazu wurde ein „vorbereitender Ausschluss gewählt“. Auch die „Gründung der Ortsgruppe“ Amstetten sollte „demnächst“ stattfinden. Diese „Bezirksgruppe des Gewerkschaftsverbandes der Postbediensteten Deutschösterreichs“ wurde auch tatsächlich am 25. Mai 1919 gegründet.¹⁵⁷ Am 19. Jänner 1936 fand die „konstituierende Versammlung der Zentralvereinigung christlich-deutscher Post- und Telegrafengestellten Österreichs, Bezirksgruppe Amstetten“, statt. Gleichzeitig fand die „Wahl“ des Obmannes statt: Inspektor Karl Saß.¹⁵⁸ Die letzten Meldungen in der Lokalpresse über diese Fachgruppe fanden sich in der „AZ“ vom 15. Jänner 1938 und vom 29. Jänner 1938. So hielt die „Bezirksgruppe Amstetten der Zentralvereinigung christlich-deutscher Post und Telegraphenangestellter“ ihre letzte Jahreshauptversammlung am 16. Jänner 1938 ab.¹⁵⁹ Der Bericht über die Jahreshauptversammlung der „Bezirksgruppe Amstetten der Zentralvereinigung christlich-deutscher Post- und Telegraphenangestellter“ fand sich in der „AZ“ vom 29. Jänner 1938. Interessanterweise wurden hier neben dem Obmann auch Postamtsdirektor Walter und der „Obmann der Deutschen Gewerkschaft, Ober-Offizial Schoberberger des Postamtes Amstetten“ begrüßt.¹⁶⁰

6.2.2.2. „Deutsche Verkehrsgewerkschaft“

Die „Deutsche Verkehrsgewerkschaft“ umfasste die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ „Verkehrsbediensteten“, innerhalb derer die „Eisenbahner“ die stärkste Fachgruppe waren (nach berufsständischen Kriterien waren sie der Wirtschaftsgruppe „Handel und Verkehr“ zugeordnet), und auch die Post- und Telegrafengestellten, die ebenfalls hier als eigene Fachgruppe vertreten waren. Die ersten Nachrichten über die Fachgruppe der Eisenbahnergewerkschaft lassen zum damaligen Zeitpunkt („AZ“ vom 11. Mai 1919) nur schwer eine parteipolitische Zuordnung zu, weil Angehörige aus sämtlichen bürgerlichen Lagern vertreten waren. Sie trat als „unpolitischer“ Verein auf. Die Mehrheit war den Christlichsozialen zuzuordnen.

¹⁵⁶ AZ 50 v. 14.12.1919, S. 8.

¹⁵⁷ AZ 22 v. 1.6.1919, S. 10.

¹⁵⁸ AZ 5 v. 1.2.1936, S. 11.

¹⁵⁹ AZ 3 v. 15.1.1938, S. 3.

¹⁶⁰ AZ 5 v. 29.1.1938, S. 8; Mit der „Deutsche(n) Gewerkschaft“ (verkürzte Ausdrucksweise) dürfte die „Deutsche Verkehrsgewerkschaft“ gemeint gewesen sein.

Der „Eisenbahnbeamtenverein“ hielt am 2. Mai 1919 im Gasthof Hoffmann die „Hauptversammlung der Ortsgruppe Amstetten des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereins“ ab. Der „Ortsgruppenausschuß“ wurde neu gewählt, darunter waren (ohne Vornamen angeführt): „Obmann Assistent Neu, Obmannstellvertreter Assistent Petak, Schriftführer Adjunkt Kozak, Säckelwart Revident Wimmer“.

In einer abschließenden Bemerkung hieß es: „Der von einzelnen Vereinsortgruppen angeregte Anschluß des Vereins an die sozialdemokratische Gewerkschaft fand einhellige Ablehnung, weil der Verein nur in seiner unpolitischen Verfassung seinen Aufgaben gerecht werden kann.“¹⁶¹

Dass ein derartiger Gedanke überhaupt artikuliert werden konnte, liegt in der Ursprungsphase der politischen Massenbewegungen begründet. Ende der 1880er Jahre und in den 1890er Jahren ist als Auswirkungen der Emanzipation der Massen die Gründung der ersten politischen Massenparteien zu beobachten, die sich der Anliegen und Interessen größerer Gesellschaftsschichten annahmen. Im Zuge dieser ersten Politisierung der Gesellschaft entstand auch das nach den politischen Parteien nächstwichtigste Fundament des gesellschaftlich-politischen Lebens, die Vereine, Verbände und Gesellschaften, die als Gründungsanlass jeweils verschiedene Interessen hatten. Zwischen den erstarkenden Massenbewegungen der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten behauptete sich gerade in der Kleinstadt Amstetten eine starke deutschnationale Kontinuitätslinie, die in ihrer Weiterentwicklung über die deutsch-„völkische“ Verankerung der Wegbereiter einer auffallend starken NS-Orientierung wurde. Der Versuch, in einem demokratischen System selbst zur Massenbewegung zu werden, scheiterte aber trotz verschiedener Scheinmanöver, zu denen vor allem die fortgesetzt verwendete täuschende Bezeichnung „unpolitisch“ gehörte, die eine bewusste Abhebung von den beiden anderen politischen Lagern suggerieren sollte.

Es bestand von vornherein ein grundsätzlicher Zusammenhang der Entwicklung der politischen Parteien und des Vereinswesens ab den 1880er Jahren, eine Art Wechselwirkung, wobei die vereinsmäßige Organisation breiter Bevölkerungskreis vor allem als Ersatz für fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten stand, wobei sie sowohl Ursache als auch Auswirkung der entstehenden politischen Lagerbildung war. Damals gab es noch keine klare gesellschaftliche Polarisierung zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterklasse, die erst die forcierte Industrialisierung und die soziale Frage herbeiführte. Zahlreiche sozialdemokratische Führer stammten bekanntlich aus deutschnationalen Kreisen.

Es bestand damals vielfach auch auf kommunaler Ebene noch eine Art politikfreier Raum im Sinne des Freiseins von Zuordnungen zu parteipolitischen Lagern, weil die Gesellschaft in Zeiten von sog. Honoratiorenparteien noch wenig politisiert war. Man versuchte sich einen möglichst offenen Zugang zu verschaffen: Verschiedene Vereine, am wenigsten die Sozialdemokraten, wiesen in ihren

¹⁶¹ AZ 19 v. 11.5.1919, S. 5.

Statuten explizit darauf hin, „unpolitische“ Vereine zu sein. Grundsätzlich sollte von Anfang an diesen „unpolitischen“ Vereinen der gesamte politik- und staatsfreie Raum als Betätigungsfeld offen stehen. Hier sollten sich die gesellschaftlichen Beziehungen der Staatsbürger und auch in der Folge die weltanschaulichen Lager entwickeln. Diese bedienten sich gerne und häufig des Mittels des „unpolitischen“ Vereins, um die Massenbasis organisatorisch zu sichern. So wurden vielfach diese „unpolitischen“ Vereine des 19. Jahrhunderts zu wesentlichen Instrumenten der politischen Auseinandersetzungen der folgenden Zeit.¹⁶² Letztlich aber benutzten nur mehr die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereine und Verbände diesen Terminus, mit dem sie sich als drittes „unpolitisches“ Lager zwischen den zwei großen Lagern orten wollten.

6.2.2.3. *Zusammenlegung zweier deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Gewerkschaftsvereine*

Zur Überschrift „Deutsche Verkehrsgewerkschaften“ wurde in der „AZ“ vom 1. Juni 1919 gemeldet, dass eine „Vereinigung des Eisenbahnerbeamtenvereines und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“ durchgeführt werde. Diese Berufsgruppe hatte als Fachgruppe der öffentlichen Bediensteten der Eisenbahn von allen „völkischen“ Gewerkschaften nicht nur österreichweit ein „deutliches Übergewicht“ (nach Botz „etwa 45 % aller völkischen Gewerkschaftsmitglieder“), sondern dürfte auch als deutschnationale Gewerkschaftsgruppe, in einer „Ortsgruppe“ der Stadt Amstetten organisiert war, nach der oben erwähnten Zusammenlegung im Mai 1921 ebenfalls die stärkste Fachgruppe in der Stadt gewesen sein.¹⁶³ Es dürfte nicht so einfach gewesen sein, diese geplante Zusammenlegung durchzuführen, welche Gründe auch immer es waren, die sich als hemmend zeigten. Vielleicht waren die Unterschiede zwischen Beamten und Arbeitern in einem „ständischen“ Denken bzw. Dünkel doch als zu groß empfunden worden, also soziale Barrieren zwei Jahre nicht zu überwinden gewesen. Erst in der Meldung der „AZ“ vom 15. Mai 1921 wurde unter der Schlagzeile „Deutsche Verkehrsgewerkschaften, Ortsgruppe Amstetten“ gemeldet, dass am 7. Mai die „zusammenschließende Hauptversammlung, und zwar des deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamtenvereines und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner“, stattgefunden habe. Die ehemaligen „Obmänner“ Franz Neu und Alois Weltlich traten zurück, es wurde ein neuer „Obmann“ gewählt, namens N. Wandenkastl, zu seinem Stellvertreter wurde Alois Neu gewählt.¹⁶⁴ Die österreichischen „völkischen“ Gewerkschaften zeigten bestimmungsgemäß auch ein starkes karitatives Engagement beim deutschen Nachbarn, wenn es notwendig erschien. Anlässlich der „Ruhrkrise“ wurden im Juli 1923 von der „Ortsgruppe“ Amstetten der „Deutschen Verkehrsgewerkschaft“ „Ruhrkinder“ eingeladen. So berichtete die „AZ“ vom 29. Juli 1923 unter dem

¹⁶² Amstädter, Alpinismus, a.a.O., S. 67 und 217.

¹⁶³ AZ 22 v. 1.6.1919, S. 10; Botz, NSDAP-Mitglieder, a.a.O., S. 105-107.

¹⁶⁴ AZ 20 v. 15.5.1921, S. 8.

Titel „Ruhrkinder in Amstetten“, dass die „Bemühungen“ der oben erwähnten „Ortsgruppe“, „38 Ruhrkinder unterzubringen im Bezirk erfolgreich“ waren: in Aschbach konnten „22 Kinder bei Pflegeeltern“, in Amstetten und Euratsfeld „je 8 zwei bis dreimonatige dauernde Gastfreundschaft genießen“. ¹⁶⁵

6.2.2.4. „Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband“¹⁶⁶

In dieser „völkischen“ Gewerkschaftsfachgruppe waren die Privatangestellten zusammengefasst. ¹⁶⁷ Charakteristisch war besonders für diese gewerkschaftlich organisierte Fachgruppe, dass sie als politischer Verein in der Stadt rege Aktivitäten setzte, weil gerade in der Kleinstadt Amstetten die Selbständigen des (klein)gewerblichen Mittelstands eine starke Präsenz hatten und daher die „Privatangestellten“ eine gewerkschaftliche Vertretung benötigten, die sich taktisch sehr klug als „unpolitisch“ ausgab. Übrigens ist das ein politischer Anspruch, der propagandistisch von allen „völkischen“ Gewerkschaftsgruppen vertreten wurde. Meldungen über die gewerkschaftliche Organisation von Handel- und Gewerbearbeitnehmern „Deutscher Handelsgehilfen-Verband (D. H.)“ in einer „Ortsgruppe Amstetten“ fanden sich in der Lokalpresse erst ab dem Jahre 1923. ¹⁶⁸ So hielt der „Deutsche Handelsgehilfen-Verband (D. H.)“ in Amstetten am 23. Jänner 1934 seine Jahreshauptversammlung ab. Ignaz Stöger wurde „wieder zum Obmann gewählt, zum Kassier wurden Ignaz Karl und zum Schriftführer Hans Schiefer gewählt“. Im Laufe der folgenden Jahre, der genaue Termin ist unbekannt, gab es eine Namensänderung, die mit der Ausweitung der Angehörigen dieser Berufsgruppe, die vertreten wurde, zusammenhing. Am 19. Jänner 1930 hielt der „D. H. V. (Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband), Ortsgruppe Amstetten“ seine Hauptversammlung ab. ¹⁶⁹ Laut „AZ“ vom 25. Jänner 1930 überbrachte „Kreisvorsteher“ Sepp Melber die „Grüße der Kreisleitung aus Wien“. Der „Ausschuß“ wurde neu gewählt.

Die Mitglieder: Obmann: Egbert Hochhauser Obmannstellvertreter: Hans Schönleitner Schriftführer: Anton Schießler Schriftführerstellvertreter: Josef Nemecek Rechner: Othmar Krestan Rechnerstellvertreter: Franz Brandtner Bildungsobmann: Leopold Döttelbacher Bildungsobmannstellvertreter: Hans Schönleitner Jugendführer: Fritz Rosenitz. Es fand auch gleichzeitig die Jahreshauptversammlung der „Gehilfenschaft der Handelsgenossenschaft Amstetten“, statt. Sie waren „vertreten durch Kommerzialrat Franz Ploberger, Ferdinand Edelman, Alfred Kroiß“. Es wurde der „Gehilfenausschuß“ gewählt.

¹⁶⁵ AZ 30 v. 29.7.1923, S. 3.

¹⁶⁶ Zur gewerkschaftlichen Organisation von Handels- und Gewerbearbeitnehmern s. I.18.3.11; s. auch Untersuchung "Soziale Basis" Band II.1.2.6.

¹⁶⁷ Botz, NSDAP-Mitglieder, a.a.O., S. 105-107; s. Untersuchung „Soziale Basis“ Band II, 1.10.5, wo diese Angestellten unter der Kategorie „Angestellte“ subsummiert werden.

¹⁶⁸ AZ 30 v. 29.7.1923, S. 3.

¹⁶⁹ AZ 4 v. 27.1.1924, S. 10.

Die Mitglieder:

Obmann: Fritz Rosenitz

Obmannstellvertreter: Leopold Döttelberger

Schriftführer: Anton Schießer

Schriftführerstellvertreter: Egbert Hochhauser

Kassier: Erwin Eberl

Kassierstellvertreter: Othmar Krestan

Beirat: Josef Schwarzer.

„Namens der Reichskonferenz deutsch geleiteter Gehilfenausschüsse sprach Sepp Melber (...).“ Ein

Teil der Mitglieder beider Berufsgruppen ist identisch, wie der Vergleich zeigt.¹⁷⁰

¹⁷⁰ AZ 4 v. 25.1.1930, S. 6.

7. Von der Gründung der NS-Partei bis zum Wahlerfolg 1932

7.1. Akzeptanz der nationalsozialistischen Ideologie im deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lager

Der zunehmenden Orientierung deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Kreise an ideologischen Kernelementen des Nationalsozialismus kam folgende realpolitische Tatsache entgegen: Da nach der eher unauffälligen Gründungsphase der österreichischen NS-Partei bereits in den 1920er Jahren in einem auch von der deutschen NSDAP beeinflussten Wandel der sozialen Basis die Öffnung in Richtung des bürgerlichen Lagers deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Zuordnung erfolgte, kamen aus diesem politischen Lager auch die späteren Führungspersonlichkeiten der NS. Ihre Reputation als bewährte und verdiente Politiker war in den Augen der Bevölkerung von Anfang an sehr hoch, trotz der oft zweifelhaften Methoden der Austragung politischer Konflikte und ihrer Art der politischen Aktion. Man ließ sich nicht nur durch das berufliche Ansehen der Führungsschicht in der städtischen Gesellschaft in der Meinungsbildung leiten, sondern auch durch die Tatsache, dass die späteren NS-Führer längere Zeit mit den von der großdeutsch-freisinnigen Idee überzeugten lokal bekannten Führungspersonlichkeiten zusammenarbeiteten, gemeinsam mit ihnen auftraten und immer wieder in einer Art inhaltlichen Konsenses (obwohl sie sich im Kern der Ideologie als „Deutsch-„völkische“ wesentlich unterschieden) auch medial präsentiert wurden. Dies trug zur besonderen Verharmlosung des Nationalsozialismus bei. Sehr lange waren diese potentiellen Führer des Nationalsozialismus meistens selbst als Angehörige der Großdeutschen Volkspartei in der Kommunalpolitik erfolgreich tätig, so besonders Wolfgang Mitterdorfer, der spätere NS-Bürgermeister Amstettens, sodass die Bevölkerung ihrem „Reformwillen“ Glauben schenkte, ihre Führungsqualitäten schätzte und nach dem Übertritt zur NSDAP „Hitlerbewegung“ sie wenig mit den Terroraktionen der Partei in Verbindung brachte. In diesem Sinne machte die deutschnationale Idee mit ihren fließenden Grenzen zu deutsch-„völkischen“ und nationalsozialistischen Inhalten der bewährte und verdiente Kommunalpolitiker und zweimalige Bürgermeister Ludwig Resch in Amstetten gesellschaftsfähig, der aus der aufgrund der Gemeinderatswahlen 1924 entstandenen Pattsituation der beiden Großparteien, der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen, durch einen politischen Kompromiss im Gemeinderat-wenn auch überraschend-für seine politische Richtung zum ersten Mal die Führungsposition erlangen konnte. Resch hatte auf einer bürgerlichen Einheitsliste, der „Wahlgemeinschaft der vereinigten Christlichsozialen, Großdeutschen und der Gewerbeapartei“ kandidiert.¹

¹ AZ 47 v. 23.11.1924, S. 2 und S. 10; AZ 48 v. 30.11.1924, S. 7 und S. 10; AZ 49 v. 7.12.1924, S. 1-2; AZ 51 v. 21.12.1924, S. 1-2 Der neue Bürgermeister der Stadt Amstetten.



Bürgermeister Ludwig Resch, 1920er. (Bild 15A)

Damals konnte der Machtanspruch der NS, die mit ihren zwei Mandaten das „Zünglein an der Waage“ spielen wollten und ihren Einfluss politisch geltend machen wollten, verhindert werden. Es war aber ein großer Vorteil für das deutschnational bzw. deutsch-„völkische“ Lager und folglich auch für die NS, dass der Amstettner Bürgermeister nun für zwei Legislaturperioden von der Großdeutschen Partei gestellt wurde, wobei er 1929 aufgrund seiner vorangegangenen Verdienste gewählt worden war. Diese Tatsache bedeutete eine Legitimierung und eine hohe Reputation für den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Gedanken. Sicherlich war dies vor allem der umsichtigen Politik des allgemein geschätzten Bürgermeisters Ludwig Resch zuzuschreiben, dem von allen Seiten hohe Anerkennung gezollt wurde, wie sich auch im Nachruf anlässlich seines Ablebens 1937 in der „AZ“ nachlesen lässt. Nur die Sozialdemokraten hatten ihn manchmal anlassbezogen angegriffen, wie z. B. die Kritik an der Subvention der Stadtgemeinde für den Bau der „Jahn-Turnhalle“ belegt, dem „Heiligtum“ der deutsch-„völkischen“ Bewegung.

Resch hatte als Kommunalpolitiker viel für die Akzeptanz des großdeutschen und in dessen Sog des deutsch-„völkischen“ und auch nationalsozialistischen Gedankenguts getan. Er war bis zum Ersten Weltkrieg Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule, bereits ab 1911 bekleidete er ein Mandat in der Gemeindevertretung Amstettens. Er war gesinnungsmäßig immer ein Exponent des großdeutsch-freisinnigen Flügels des deutschnational-„völkischen“ Lagers geblieben, bis zu seiner erzwungenen Enthebung durch den autoritär-faschistischen „Ständestaat“. Er wirkte aber insofern

tief in das deutsch-„völkische“ Lager hinein, als er ein besonderer Förderer der deutsch-„völkischen“ Vereine war.²

Die Akzeptanz des Nationalsozialismus in der Bevölkerung wurde dadurch noch verstärkt, dass aufgrund des Ergebnisses der Gemeinderatswahl 1929 die Christlichsozialen mit der „völkischen“ Wahlgemeinschaft, dem „Nationalen Wirtschaftsblock“ (einer Wahlplattform der Großdeutschen Volkspartei, der „Nationalen Gewerbetreibenden“, in denen die Mitglieder der NSDAP „Hitlerbewegung“ unter Dr. Richard Suchenwirth vertreten waren, und der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“, der Organisationsform der Schulz/Riehl-Gruppe), eine Koalition eingehen mussten, um eine regierungsfähige Mehrheit gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Dieses deutschnationale bzw. deutsch-„völkisch“-nationalsozialistische Zusammengehen mit anderen Bürgerlichen auf kommunalpolitischer Ebene wurde in breiten Kreisen der Einwohnerschaft als regierungsfähig anerkannt, weil vorerst noch auf NS-Seite die eher gemäßigte Richtung der Schulz/Riehl-Gruppe den größeren Einfluss hatte. Erst als die durch zunehmende Radikalität auffallende politische Agitation der NSDAP „Hitlerbewegung“ einer immer größeren Mehrheit der Bevölkerung im Fall einer Machtübernahme die einzige Alternative zu sein schien, die aus der eskalierenden Rezession, nach deutschem Vorbild, herauszuführen vorgab, und diese auch noch durch in der Kommunalpolitik bewährte Führungspersonlichkeiten wie Wolfgang Mitterdofer akzeptabel erschien, verloren die anderen politischen Richtungen des deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Lagers ihre Positionen. Geschickt hatte die neue Führungsclique die Zeichen der Zeit erkannt: Mit Hitler im Rücken glaubte man alles auf eine Karte setzen zu können. Das Feld war ideologisch vorbereitet, der „Anschluss“ das aktuelle Thema. Man berief sich auf die großdeutsche Tradition, versuchte an sie propagandistisch anzuknüpfen, eine Kontinuität aufzuzeigen, auch zu konstruieren und ideologisch nahestehende Bereiche der anderen politischen Lager des bürgerlichen Spektrums, besonders des Heimwehrlagers, anzusprechen.

² Seine zweimalige Wahl zum Bürgermeister 1924 und 1929 entsprang einem einzigen Gedanken: Die Bürgerlichen waren zu einer Koalition auf Gemeinderatsebene nur aus einem einzigen Gedanken bereit: eine Abwehrfront gegen die stimmen- und mandatsstärkste Partei der Sozialdemokratie im Gemeinderat zu bilden. Dieses gelang nur über ein politisches Zweckbündnis, sowohl 1924 als auch 1929. Freihammer Josef, Ludwig Resch, Bürgermeister von 1924 bis 1934. In: Amstettens Bürgermeister von 1903 - 1955, Amstettner Beiträge 1978 (Eigentümer, Herausgeber, Verleger Stadtgemeinde Amstetten, Kulturamt, Kühhaas Alois), Amstetten 1978, S. 35-48; Freihammer Josef, Die Erste Republik am Beispiel Amstetten. In: Amstettner Beiträge 1984, Amstetten 1984, S.17-18. Mit Verfügung der nö. Landesregierung vom 7. März 1934 wurde bekanntlich eine Reihe von Gemeindevertretungen aufgelöst, darunter auch die der Stadtgemeinde Amstetten. Zum Gemeindeverwalter wurde von diesem Tag an der bisherige Vizebg. Landtagsabg. Hans Höller bestellt und Ludwig Resch gleichzeitig seines Amtes ab diesem Tag enthoben. Zu den anerkannten Verdiensten von Bürgermeister Resch s. Anhang.

7.2. Gründung und Aufstieg der Amstettner NS-Partei



Erste Luftaufnahme Amstettens 1931, auffallend die damals attraktivste Geschäftsstraße, die Wienerstraße, und der große Lok-Schuppe. (Bild 16)

7.2.1. Gründungsphase

Die Initiative zur Ortsgruppengründung wurde von einer schon bestehenden Ortsgruppe des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner“, der Vorläuferorganisation der späteren „Deutschen Eisenbahnergewerkschaft“, ergriffen. Sicherlich orientierte man sich an bereits bestehenden NS-Parteien, am Vorbild der damaligen deutschen DAP und an der seit der Monarchie bestehenden österreichisch-böhmischen DAP.

Die Gründung der Amstettner NS-Partei, die aus der deutschnationalen bzw. eher deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsbewegung heraus erfolgte, sollte die Öffnung gegenüber Angehörigen anderer Berufsgruppen vor allem des unselbständigen Dienstleistungssektors dieser politischen Gesinnung bewirken, wobei man sich durch die besondere Betonung des rechten Gesinnungsflügels eine Ausweitung der Klientel erhoffte. In ihrem offiziellen Anspruch verstand sich diese Neugründung daher als eine „nationale“ Gesinnungsgemeinschaft der Arbeiter, Angestellten und öffentlich Bediensteten, ging sofort auf Konfrontationskurs mit dem Marxismus und dem Judentum, mit dem „Arierparagraph“ in den Parteistatuten, dem Beitrittsverbot für jüdische BürgerInnen, und vertrat besonders auch nachhaltig die „Anschluss“-idee.

Die Gründung dieser Ortsgruppe hatte auch anlassbezogene konkrete parteitaktische Gründe. Anlässlich der Gemeinderatswahl vom 22. Juni 1919 wurde sie für notwendig erachtet, weil diese Gesinnungsgemeinschaft als eigene wahlwerbende Liste kandidierte. Am 24. Mai 1919 wurde im Gasthof Hofmann die Ortsgruppe Amstetten der DNSAP gegründet. Die Zielgruppen und somit die soziale Basis dieser ersten NS-Partei sind aus den zur Gründungsversammlung eingeladenen bereits

existierenden deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereinen ersichtlich, aus denen man die Mitglieder zu rekrutieren versuchte. Die Ortsgruppe des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner“ als einberufende Organisation konnte nachstehende Vereine begrüßen: „Zweigverein Amstetten des deutschvölkischen Vereines für das V. o. W., d. ö. Eisenbahnbeamtenverein, Reichsbund deutscher Postler, deutscher Handlungsgehilfenverein, mehrere Vereine der Privat- und Staatsbeamten“.



Die Belegschaft des Bahnhof Ulmerfeld-Hausmending blieb geschlossen bei der SDAP (heute Teil Amstettens), um 1900. (Bild 16A)

Es wurde am gleichen Tag die Wahl der Ortsgruppenleitung durchgeführt, aus dessen Zusammensetzung die berufsmäßige Zuordnung der Funktionäre ersichtlich ist: Schaffner Hubert Heuberger als Obmann, Schaffner Franz Dedek, Privatbeamter Franz Platzer, Oberrevident Rudolf Prinz, Stationsmeister Alois Weltlich, Schaffner Karl Freudenschuß, Postadjunkt Hermann Kolar, Steueroberverwalter Markus Piger, Handelsangestellter Josef Schwarzer als Ausschussmitglieder. Für die Gemeinderatswahlen wurde eine „eigene Wahlwerberliste“ aufgestellt. Diese neue politische Gruppe, eine Gründung der Amstettner Eisenbahner, stand sofort in Konfrontation zur Sozialdemokratie, die die weitaus stärkste Fraktion unter den Eisenbahnern war. Außerdem ist bemerkenswert, dass kein Arbeiter vertreten war. Es waren nur Beamte und Angestellte vorwiegend der öffentlichen und privaten Dienstnehmersparte vertreten. Die baldige Öffnung dieser ersten NS-Gruppe gegenüber den verschiedenen Schichten des Mittelstandes, besonders den kleinen Gewerbetreibenden, geschah durch Einflussnahme und letztlich durch die Führungsübernahme der ehemals großdeutsch-freisinnig und deutsch-„völkisch“ gesinnten Funktionäre dieses Lagers, zu denen bald nach der Gründung die Kontakte intensiviert worden waren. In Amstetten versammelten sich die deutschnational-„völkischen“ Gewerbetreibenden unter der Führung eines Gewerbetreibenden aus renommierter großdeutsch-freisinnig gesinnter Familie, des

Gasthofbesitzers Alois Hofmann. Der bundesweite Einfluss der österreichischen NS-Gruppe des Rechtsanwalts Dr. Walter Riehl diente sicherlich als Impuls zur Öffnung der Amstettner NS-Partei, der das bürgerliche deutsch-nationale Lager mit der deutschnational-„völkischen“ Arbeiterbewegung zu verbinden suchte.

Es fällt auf, dass die berufssoziale Zuordnung der Trägerschichten der ersten NS - Gruppe sich in der Gründungsphase und der unmittelbar folgenden Zeit von denen der Sozialdemokratie noch wenig unterschied. Die NS - Gruppe in Amstetten gehörte in den Jahren nach der Gründung zu den Hauptveranstaltern, weil sie ihren Bekanntheitsgrad rasch zu vergrößern trachtete. Fast jeden Monat gab es einen "Bunten Abend", ihre beliebteste Veranstaltung neben den „Deutschen Abenden“, in großer Aufmachung oder im kleineren Rahmen, strategisch geschickt in einer breiten Streuung der Lokaltäten ausgeführt.³ Es überrascht aber, dass eine NS - Versammlung auch am Ort der Amstettner Sozialdemokratie 1920 stattfand. So veranstaltete die "Ortsgruppe Amstetten der nationalsozialistischen Partei" veranstaltete am 13. August 1920 "in der Baracke am Eislaufplatz eine öffentliche Versammlung". Ing. Jung, „Abgeordneter der tschechoslowakischen Völkerversammlung“, hielt ein Referat.⁴

7.2.2. Amstettner NS-Gruppierungen im österreichischen Kontext: Wahlverhalten und Parteibezeichnungen

Die Amstettner Parteigründung ist in folgendem Kontext zu sehen: Auf dem Parteitag in Wien am 4. und 5. Mai 1918 hatte sich die Vorläuferin aus der Habsburgermonarchie, die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP), auf Vorschlag eines ihrer Führer, Hans Krebs, in DNSAP umbenannt. Riehl, der seit 1909 Mitglied der DAP und dann Zweiter Obmann der DNSAP war, hatte 1919 den Vorsitz in der österreichischen DNSAP übernommen, nachdem sich die DNSAP nach dem Untergang der Habsburgermonarchie in einen deutschösterreichischen und tschechoslowakischen bzw. „sudetenländischen“ Flügel aufgespalten hatte. Die „sudetenländische“ Gruppe stand unter der Führung von Hans Knirsch und entwickelte sich rasch in engem Anschluss an Hitler zu einer faschistischen Bewegung, bei der österreichischen Gruppe trat vorerst die „völkische“ Ideologiekomponente unter Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl stärker hervor.⁵ Die Position Riehls wurde als Führer aller damals bestehenden NS-Parteien noch gestärkt, als er im August 1920 die Leitung der neu geschaffenen „Zwischenstaatlichen Kanzlei“ übernahm, durch die die NS-Parteien in Österreich,

³ AZ 34 v. 22. August 1920, S. 5.

⁴ AZ 22 v. 1. Juni 1919, S. 10.

⁵ Kurze Zeit später war in München eine dritte Gruppe, die deutschen NS, entstanden, zuerst als Gründung des Schriftstellers Karl Harrer seit Anfang Jänner 1919 mit der Bezeichnung „Deutsche Arbeiterpartei“, später unter Führung von Anton Drexler und Adolf Hitler, im Gegensatz zu ihnen die „Deutsche Sozialistische Partei“ unter Alfred Brunner. Hitler setzte sich bekanntlich als „Führer“ durch, indem er dieser Gruppe als NSDAP 1920 das Parteiprogramm gab und 1921 den Vorsitz übernahm.

Polen, Tschechoslowakei und im Deutschen Reich organisatorisch zusammengefasst und dadurch gestärkt wurden.

Während die „sudetenländische“ DNSAP eine klare Linie verfolgte, die ihre früheren Führer vorgaben, spiegelte sich in Deutsch-Österreich bzw. Österreich die anfängliche Zerrissenheit des deutsch-„völkischen“ Parteispektrums auch auf regionaler Ebene wider. In der Anfangsphase, ab der Nationalratswahl vom 16. Februar 1919, standen sich im Wahlkreis 8 Eisenwurzen, zu dem der politische Bezirk Amstetten gehörte, noch beide NS-Gruppen gegenüber, indem sie sich auch in der Bezeichnung unterschieden. NSP für die Riehl-Gruppe und DNSAP für die Ortsgruppe Amstetten, die sich damals noch an der „sudetenländischen“ Gruppe orientierte, wenn auch Werbe- bzw. Wahlveranstaltungen gemeinsam abgehalten wurden. Der Grund dürfte darin gelegen sein, dass die „DNSAP Deutsch-Böhmens“ unter Hans Knirsch (Hans Krebs, Rudolf Jung) nach der Trennung der sudetendeutschen Gebiete die deutlich aktivere Partei war, von vornherein engere Kontakte der mit der deutschen NS-Gruppe bestanden und somit eine klare Linie vorgab. Jung hatte ein erstes Parteiprogramm noch 1918 verkündet, das die „Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebietes in Europa im sozialen deutschen Reiche“, außerdem einen rigiden Antimarxismus und Antisemitismus verkündete. Außerdem veröffentlichte Jung die erste programmatische NS-Schrift „Der nationale Sozialismus“.⁶

Bei den anstehenden Nationalrats- und Landtagswahlen kandidierte die örtliche NS-Partei trotz der abweichenden Bezeichnung als wahlwerbende Gruppe des deutschnational-„völkischen“ Lagers aufseiten der österreichweiten NS-Gruppe unter der Bundesführung von Walter Riehl. In der Übergangsphase zur Zeit der ersten Nationalratswahl vom 16. Februar 1919 fanden sich in dieser sich damals etablierenden Riehl-Partei als einem Sammelbecken verschiedener Gesellschafts- und Berufsgruppen, die die deutschnational-„völkische“ Ideologie vereinte, von den „alldutschen“ Gruppen Schönerers bis zu der „nationalen“ Gewerkschaftsbewegung, alle Gruppen dieses Spektrums wieder. Dies schlug sich auch in der Bezeichnung der im Wahlkreis 8 Eisenwurzen kandidierenden NS-Partei als „Deutsch-völkische Partei“ nieder. In der Folgezeit, bei den Landtagswahlen vom 4. Mai 1919 und vom 14. April 1921 und bei der Nationalratswahl vom 17. Oktober 1920, kandidierte sie als Wahlpartei unter der Bezeichnung „Nationalsozialisten“, behielt aber ihre Parteinamen DNSAP und NSDAP auch unter ihrem neuen Führer Karl Schulz weiter bei. Bei der Nationalratswahl vom 24. April 1927 trat die mit der Schulz/Riehl-Gruppe konkurrierende NSDAP „Hitlerbewegung“ unter dem Namen „Völkischsoziale“ an, die nach dem vollzogenen

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Nationalsozialistische_Arbeiterpartei, 2.2.2028;
https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Riehl, 2.2.2018;
https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Suchenwirth, 2.2.2018..

Einigungsprozess bei den noch verbleibenden Wahlen, der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1930 und der Landtagswahl vom 24. April 1932 NSDAP als „Hitlerbewegung“ antrat.

Die Phase nach den ersten Wahlen ist durch eine erste Spaltbewegung gekennzeichnet. Dieses Auseinanderfallen der österreichischen NS-Partei um die Mitte der 1920er Jahre in zwei bzw. eine Zeit lang sogar drei konkurrierende Gruppen schwächt vorerst die Position der NS in der Parteienlandschaft: NSDAP bzw. auch „NSDAP Österreichs“ unter Karl Schulz (Parteiboss ab 1924), „Deutsch-sozialer Verein“ unter Walter Riehl (nach der Zurücklegung seines Amts als Parteiboss 1923 auf Druck Hitlers folgte der Ausschluss Riehls aus der DNSAP 1924) und ab dem 4. Mai 1926 „Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein (Hitlerbewegung)“ unter dem Mittelschullehrer Dr. Richard Suchenwirth bzw. ab August 1926 „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ‚Hitlerbewegung‘“. Diese stand immer deutlicher unter dem Einfluss der deutschen NS-Partei Adolf Hitlers und kann ab den 1930er Jahren endgültig sämtliche NS-Angehörigen in sich vereinigen.

Die Amstettner NS-Partei hatte unter Riehl bei der Gemeinderatswahl 1919 noch als DNSAP, die Schulz/Riehl-Gruppe bei der Gemeinderatswahl 1924 als „Nationalsozialisten“, für alle erkennbar als einheitliche Gruppe, kandidiert, wenn auch mit wenig Erfolg. Erst die Gemeinderatswahl 1929 und die zu diesem Zeitpunkt einsetzende weltweite wirtschaftliche Rezession und ihre Auswirkungen auf das regionale Wirtschaftsgeschehen brachten der NS-Gruppe als Ganzes trotz ihrer offensichtlichen Spaltung einen nachweisbaren Aufschwung, der sich in den 1930 bis 1933 fortsetzte.

Der Kampf um die Vorrangstellung war für die Schulz/Riehl-Richtung in den Jahren 1927-1930 bereits verloren. Der Parteitag 1928 wurde in Amstetten am 17. November abgehalten. Er wurde überschrieben als „Parteitag der ernsten Arbeit“. Karl Schulz wurde als Parteiboss bestätigt. Im November 1928 besaß diese NS-Gruppierung österreichweit 6.274 zahlende Mitglieder und 50 Ortsgruppen. Die „Hitlerbewegung“ unterschied sich damals bereits in der Organisationsstruktur: Sie versuchte flächendeckend ein engmaschiges Netz aufzubauen: Sie bestand zu dieser Zeit aus „etwa 7.000 Mitgliedern“, die in 130 Ortsgruppen aufgeteilt waren. 1929 schienen sich für einen kurzen Zeitraum österreichweit beide Richtungen zu vereinen. Es gab sogar eine gemeinsame Parteiführung der vereinigten NSDAP.

Amstetten befand sich nicht auf Österreichlinie: Bei den Gemeinderatswahlen 1929 traten beide NS-Fraktionen getrennt an, wenn auch innerhalb der „völkischen“ Wahlgemeinschaft „Nationaler Wirtschaftsblock“. In der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ war die Schulz/Riehl-Gruppe, in den „Nationalen Gewerbetreibenden“ waren die Mitglieder der NSDAP „Hitlerbewegung“ vertreten.⁷

⁷ AZ 42 v. 19.10.1929, S. 3 Gemeinderatswahlen, Wahlvorschläge; AZ 43 v. 26.10.1929, S. 3 Liste der Kandidaten mit Namen und Beruf; AZ 44 v. 2.11.1929, S. 3 Liste der Kandidaten; AZ 45 v. 9.11.1929, S. 5 Wahlwerber der

Die Suche nach einer NS-Identität in dieser Übergangsphase spiegeln auch die Bezeichnungen der NS-„Bewegung“ wider: Die Amstettner NS behielten als NS-Ortsgruppe die Parteibezeichnung DNSAP bei, während die Riehl-Gruppe damals im Wahlkreis unter der Bezeichnung NSP („Nationalsozialistische Partei“) als wahlwerbende Gruppe auftrat, aber als „Deutsch-völkische Partei“ kandidierte. Die Namensänderung von NSP (Riehl-Gruppe) und DNSAP („Ortsgruppe Amstetten“)-Bezeichnungen für die NS-Gruppe, die für 1919 und für die erste Hälfte 1920 nachzuweisen waren- nach dem deutschen Vorbild zu NSDAP vollzog sich im Oktober 1920, als die Amstettner NS-Partei bereits Teil der bundesweit dominierenden NS-Gruppe unter der Führung von Walter Riehl war. In dieser Zeit des Wandels tauchen aber immer wieder beide Namen auf: DNSAP und NSDAP. Im Zusammenhang mit der Frage der Kandidatur zur Nationalratswahl 1923 kam es auf dem Salzburger Parteitag im August 1923 zur Kontroverse innerhalb der österreichischen NS-Partei. Es ging um die Wahlbeteiligung. Riehl, der für ein Wahlbündnis mit den Großdeutschen zwecks gemeinsamer Kandidatur eintrat und eher den demokratisch-parlamentarischen Kurs einschlug, konnte sich gegenüber der Empfehlung Hitlers zur Wahlenthaltung nicht durchsetzen. Hitler mischte sich immer mehr in die österreichischen Angelegenheiten ein und verlangte den revolutionär-außerparlamentarischen Weg. Die NS-Partei kandidierte nicht, Riehl legte die Parteiobmannschaft nieder. Er gründete den „Deutschsozialen Verein“, der zuerst neben der von Karl Schulz geführten NS-Gruppe bestand, sich aber in der Folge mit ihr zusammenschloss (Schulz/Riehl-Gruppe). Übermächtig war ihr politischer Gegner innerhalb der NS-Gruppierungen: der von Suchenwirth in Anlehnung an die von Adolf Hitler im Februar 1925 vollzogene Wiedergründung der NS-„Bewegung“ in Deutschland gegründete NSDAP „Hitlerbewegung“. Der Konflikt war vorprogrammiert, weil Suchenwirth jede Zusammenarbeit mit der Schulz-/Riehl-Gruppe ablehnte. Die Suchenwirth-Gruppe setzte sich in der Folge in Österreich durch, weil sie politisch schlagkräftiger und effizienter agierte. Da sich die Mehrheit der österreichischen Nationalsozialisten ihr anschloss, gewann sie in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre gegenüber Schulz die Oberhand. Der weitere politische Weg war gekennzeichnet durch eine zunehmende Faschisierung der Inhalte durch den Einfluss der NSDAP „Hitlerbewegung“. Entscheidend für den Aufstieg war, dass sich die NSDAP „Hitlerbewegung“ vor allem unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 organisatorisch im politischen Bezirk und in der Stadt konsolidieren konnte, vor allem aber bezirksumfassend nachweislich auch ein langsames Eindringen in bäuerliche Kreise festzustellen ist, wie vor allem aus Berichten der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion ab dem März 1933 hervorgeht.⁸ An den Wahlergebnissen der damals abgehaltenen Gemeinde-, Landtags- und Nationalratswahlen, aber auch an den Wahlen

Christlichsozialen Partei: Christlicher Volks- und Wirtschaftsbund und Nationalsozialisten; AZ 43 v. 26.10.1929, S. 3 Die wahlwerbenden Kandidaten der Gemeinderatswahl 1929. Brandstötter, Walter Riehl, a.a.O., S. 267-269.

⁸S. I.10-I.10.3.

zu den einzelnen Interessengruppen, ist der stetige Aufstieg nachzuweisen. Der durchschlagende Erfolg gelang der NSDAP „Hitlerbewegung“ anlässlich der Landtagswahlen 1932 im politischen Bezirk.⁹ Die Methoden der politischen Artikulation außerhalb von Wahlkampfzeiten, die sonstigen politischen Aktivitäten sowohl der Amstettner NS-Gruppe selbst als auch der mit ihr eng zusammenarbeitenden Vereinigungen des deutschnational-„völkischen“ Lagers zeigen den Versuch, in breitere Kreise der Stadtbevölkerung einzudringen.

Die politischen Exponenten der NS-Gruppierungen, die sich in den Augen der Bevölkerung trotz vorerst inhaltlicher Differenzen gleichsam als NS-Führungsgremium etablierten, wobei sich ihre soziale Basis kontinuierlich erweiterte, waren-dies war für ihre Werbetätigkeit besonders wichtig, mehrheitlich als gewöhnliche Mitglieder in einzelnen diesem Lager zugehörigen Vereinen vertreten. Dieses deutsch-„völkische“ Umfeld der NS-Gruppe, mit dessen Hilfe der Agitationsradius ständig erweitert wurde, beruhte-zum Vorteil der NS-Gruppe- auf der Arbeit und dem Einfluss der zugehörigen Vereine und konnte sich auch auf Sympathisanten in einzelnen Behörden und auch im Amstettner Gemeinderat verlassen. Aus der Vielzahl der zu bestimmten Anlässen abgehaltenen Veranstaltungen, bei denen das ideologische Programm immer stärkere Konturen annahm, lässt sich das politische Agieren nachvollziehen. Gezielte Schwerpunktsetzung stand im Vordergrund. Es gab keine Veranstaltung, wo nicht der wesentliche Bestandteil der Ideologie, der programmatische Antisemitismus, im Mittelpunkt stand. Die Grundaussage lautete: die „Bedrohung“ des deutschen „Volkselements“ durch andere „minderwertige Rassen“, besonders die Angehörigen des einwandernden „Ostjudentums“, die als Konkurrenz der Kleingewerbetreibenden für das Schüren von Ängsten instrumentalisiert wurden.

7.2.3. Organisation des vorherrschenden Antisemitismus: der „Antisemitenbund“

Die systematische Vertiefung des Antisemitismus als wesentliche Ideologiekomponente des deutsch-„völkischen“ Gedankenguts, konstituierend für die NS-Gruppierungen, wurde damals in einem weiter gesteckten Umfeld, anknüpfend an den tradierten christlichen Antijudaismus, immer noch gemeinsam mit den Christlichsozialen betrieben, nicht nur durch die inhaltliche Übereinstimmung, sondern auch durch das gemeinsam organisierte Vorgehen im „Antisemitenbund“.

Der Antisemitismus, von Anfang an tragender ideologischer Bestandteil des gesamten bürgerlichen Lagers, hatte nicht nur im „Arierparagraphen“ seinen vereinsbezogenen gesetzlichen Niederschlag,

⁹ Vgl. Gliederung bei Botz, NSDAP-Mitglieder, a.a.O., S. 113. Zum Vergleich der Partei vor und nach dem „Anschluss“ s. Jagschitz Gerhard, Von der „Bewegung“ zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938 bis 1945. In: Talos Emmerich, Hanisch Ernst, Neugebauer Wolfgang, Sieder Reinhard (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2001, S. 88 ff. Zur Spaltung der NS-Gruppen s. Wandruszka Adam, Das „nationale Lager“. In: Weinzierl Erika, Skalník Kurt, Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, Graz Wien Köln 1983, Bd. 1, S. 309 ff. und Schausberger Norbert, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien München 1979, S. 220 ff.

sondern es wurde ihm auch in einer eigens begründeten bürgerlichen Vereinigung, dem „Antisemitenbund“, der Vereinsrahmen gegeben.¹⁰

Die Gründung des „Antisemitenbunds in Amstetten im Gasthaus Kronberger „Zum goldenen Hirschen“, dem späteren Amstettner „Braunen Haus“ (ab 1932), war eine unmittelbare Konsequenz auf die zunehmenden Aktivitäten der Israelitischen Kultusgemeinde Ybbs/Amstetten in der Stadt. Die „Ortsgruppe Amstetten des Antisemitenbundes“ wurde am 20. März 1920 im Gasthaus Schillhuber 1920 gegründet. Ihre vollständige Bezeichnung lautete gemäß ihrer Zweckbestimmung „Ortsgruppe des deutschösterreichischen Schutzvereines Antisemitenbund“.¹¹ Zum Obmann wurden der Amstetter Apotheker Mag. Wolfgang Mitterdorfer, damals Vertreter des deutsch-„völkischen“ Flügels der Großdeutschen (später an der Spitze der NS-„Bewegung“ als „Bezirksleiter“), zum Obmannstellvertreter Hans Höller, führender Politiker der Christlichsozialen (später Amstettner „Ständestaats“-Bürgermeister, gewählt.

Zum Programm des Vereins hieß es: „Maßgebend für die Zusammensetzung des Ausschusses war die Absicht, alle deutsch-christlich Gesinnten zum Abwehrkampf gegen das unser Elend verschuldende Judentum, ganz besonders gegen die immer stärker um sich greifende Zuwanderung der Ostjuden zusammenzufassen.“ Unter den „Zielsetzungen und Aufgaben“ wurde angeführt: Es sei eine „rastlose Aufklärungs- und Werbetätigkeit der Ortsgruppe“ notwendig, um „die breitesten Massen von der Notwendigkeit des antisemitischen Gedankens zu überzeugen (..)“.¹²

Dieser von den Christlichsozialen, oft gemeinsam mit den Großdeutschen gepredigte Antisemitismus hatte auch Folgen in den Vorfeldorganisationen des bürgerlichen Lagers. Vereine übernahmen diesen „Arierparagrafen“, und seit den frühen 1920er Jahren warben niederösterreichische Fremdenverkehrsorte mit „judenfrei“. Gerade im „Antisemitenbund“ wurden von den Christlichsozialen im Verein mit den „Deutsch-„völkischen“ wirksam Hetze gegen jüdische Mitbürger betrieben.¹³ Der „Schutzverein“ ging in dieser Angelegenheit mit der NS-Partei völlig konform.

¹⁰ Pauly Bruce F., Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien 1993, S. 124; Stuhlpfarrer Karl, Antisemitismus, Rassenpolitik und Judenverfolgung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg (V.). In: Drabek Anna, Häusler Wolfgang, Schubert Kurt, Stuhlpfarrer Karl, Vielmetti Nikolaus, Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, Wien München 1974, S. 141 ff.

¹¹ S. Vereinsregister BHA 1920; Ornazeder Karl, Hans Höller, Bürgermeister von 1934 bis 1938 und 1945. In: Amstettens Bürgermeister von 1903 - 1955, Amstettner Beiträge 1978 (Eigentümer, Herausgeber, Verleger Stadtgemeinde Amstetten, Kulturamt, Kühhaas Alois), Amstetten 1978.

¹² AZ 13 v. 28.3.1920, S. 10.

¹³ Leidinger Hannes, Mueller Wolfgang, Die Christlichsozialen und die Vaterländische Front in Niederösterreich 1918-1938. In: Eminger Stefan, Langthaler Ernst (Hrsg.) Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik, Wien Köln Weimar 2008, S. 408.

7.3. Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der Riehl-Partei: Verbreiterung der sozialen Basis

Die Aktivitäten der NS-Partei in der Stadt Amstetten unter der Bundesführung von Walter Riehl 1920-1923 weichen den Charakter einer deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“

Gewerkschaftspartei auf, für deren Zielpublikum der erste ideologische Ansatz der Partei, nämlich „sozial“ und „deutsch“, gedacht war. Zielrichtung war in der Folge die Öffnung gegenüber dem großdeutsch-deutschnational bzw. deutsch-„völkisch“ gesinnten gewerblichen Mittelstand und den halbakademischen, auch akademischen Kreisen, vor allem auch den freischaffenden Berufstätigen wie Ärzten, Juristen, besonders aber auch den Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl war einer der Garanten für diese versuchte Verbreiterung der sozialen Basis.¹⁴

Dementsprechend war auch die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in Form von zunehmenden Werbeversammlungen. Man dürfte bald erkannt haben, dass die ursprüngliche soziale Basis zu schmal war, dass dieses soziale Feld damals von den Sozialdemokraten durch eine straffe Organisationsform effizienter abgedeckt wurde. Die Chance bestand darin, dass das deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Potential anderer Gesellschafts- bzw. Berufsschichten

¹⁴ Zu Walter Riehl s. Brandstötter, Walter Riehl, a.a.O., S. 129 ff „Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei“: Am 5. Mai 1918 wurde das Parteiprogramm festgelegt, am 21. Mai 1918 wurde die erste Vollsitzung abgehalten, Obmann war der Reichsratsabgeordnete Knirsch, Obmannstellvertreter und Geschäftsführer Walter Riehl, Walter Schulz war ebenfalls im Leitungsgremium als „1. Reichsratsabgeordneter“ vertreten (S. 141).

Ebenda, 148 ff 1919-1922 Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei unter der Führung Dr. Walter Riehls; ebenda, S. 149 Bei der Nationalratswahl 1919 waren Erfolge der Partei hinter den Erwartungen der Parteileitung.

Zur Weiterentwicklung s. ebenda, S. 151 Gemeinderatswahl v. 22. Juni 1922: Die NS-Partei bekam österreichweit „einige Dutzend Gemeinderatsmandate“.

Ebenda, S. 159 Winter 1919/20: Es ist erstmals eine Verbindung zwischen der Münchner „NSDAP“ (unter Anton Drexler) und der Österreichischen Partei unter Walter Riehl nachweisbar.

Ebenda, S. 211 1924-1926 Der Ausschluss Dr. Walter Riehls aus der Nationalsozialistischen Partei. Der „Deutschsoziale Verein“. Die österreichische NSDAP unter der Führung Schulz.

Ebenda, S. 282 ff Unter NS verstand man im Jahr 1932 in der Öffentlichkeit nur mehr die Mitglieder der NSDAP „Hitlerbewegung“.

Ebenda, S. 267 ff Riehl näherte sich gegen Ende der 1920er Jahre immer mehr der „Hitlerbewegung“.

Ebenda, S. 234 ff 12. August 1926 Treffen Hitlers in Passau mit dem Parteiobmann der österreichischen NSDAP Karl Schulz, Hitler war in Begleitung von Suchenwirth und anderen Mandataren der „Hitlerbewegung“, der zweiten NS-Gruppierung in Österreich, die sich abgespalten hatte.

Ebenda, S. 238 ff So existierten in den folgenden Jahren zwei NS-Parteien und der „Deutsch-soziale Verein“ des Rechtsanwalts Walter Riehl. (s. S. 229 Gründungsversammlung des „Nationalsozialistischen Arbeitervereins (Hitlerverein)“ in Wien am 4. Mai 1926.

Ebenda, S. 331 Der Nachfolger Riehls als Parteiobmann war Karl Schulz.

Schilling Alexander, Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus, Leipzig 1933 1924 gründete der frühere Parteiobmann (Rücktritt im August 1923, Parteitag in Salzburg) Walter Riehl den „Deutschsozialen Verein“, der aber bedeutungslos blieb, S. 79 ff. S. auch Maser Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt am Main 1965, S. 243 ff.

von den bestehenden Parteigruppierungen nicht genügend abgedeckt wurde bzw. teilweise brach lag. Vorerst lief die Agitation der NS-Gruppen parallel. Die Werbeversammlungen der Riehl-Partei als NSP gegenüber der Ortsgruppe Amstetten der DNSAP hatten bereits Mitte Juni 1919 angesichts der Landtagswahl 1919 begonnen. Verschiedene Gasthäuser der Stadt dienten als Versammlungslokale für die Werbeversammlungen, wobei auffällt, dass es auch Gasthäuser waren, die im Einflussbereich der Christlichsozialen Partei, aber auch der Sozialdemokratie standen, wie das Gasthaus Leopold Dollfuß in der Wiener Straße („Zur Stadt Wien“) und die Baracke der sozialdemokratischen Kinderfreunde am Eislaufplatz. Es überrascht, dass die „Völkischen“ bzw. aufstrebenden NS als gemeinsame Versammlungsstätte anfangs nicht das Lokal der Großdeutschen, das Hotel Hofmann, wählten, sondern sich für das Gasthaus Anton Schillhuber in der Ybbsstraße („Zur Rennbahn“) entschieden. In diesem Gasthaus trafen sich aber auch die politischen Vereinigungen der christlichsozialen ArbeitnehmerInnen und der christlichsoziale Teil der Gewerbetreibenden. Die bürgerlichen Rennpferdbesitzer kannten keine parteipolitischen Grenzen. Außerdem fanden immer wieder auch Versammlungen von sozialdemokratischen Vereinen statt wie zum Beispiel der „Verein der Freunde der Feuerbestattung“ („Die Flamme“), der hier regelmäßig seine Sitzungen und Vorträge abhielt. Wie weit die damals noch bestehende Abgrenzung einer deutschnational-„völkischen“ ArbeitnehmerInnenvertretung gegenüber den bürgerlichen großdeutschen Richtungen, bei deren Klientel man sich damals wenig Chancen ausrechnete, oder die Weigerung der Großdeutschen, bei ihnen Versammlungen der deutsch-„völkischen“ Konkurrenz zuzulassen, eine Rolle spielten oder ein gezieltes Eindringen in christlichsoziale ArbeitnehmerInnengruppen und Kreise des Gewerbestands, vielleicht sogar der Amstettner Sozialdemokratie, geplant war, lässt sich nicht mehr eindeutig feststellen. Es ist anzunehmen, dass eine Mischung der angeführten Argumente den Ausschlag gab. Sicherlich bestand die berechnende Hoffnung, dass sich Angehörige anderer politischer Richtungen in ihre Versammlungen „verirrten“. Sicherlich war es vorrangiges Anliegen, in Lokalen, die auch der politische Gegner beanspruchte, bei den Christlichsozialen, aber auch bei den Sozialdemokraten, durch Präsenz das eigene Programm zu vertreten und Mitglieder zu werben. Dieses gegenseitige Tolerieren auf einem demokratischen Grundkonsens war damals noch möglich. Später sollten sich auf Grund der Polarisierung die politischen Fronten so verhärten, dass nur mehr in eigenen Lokalen derartige politische Versammlungen abgehalten werden konnten.¹⁵

In einer der ersten Werbeversammlungen der Riehl-Partei hieß es im Juni 1919: „Am 14.6. hatte im Saale Schillhuber eine Werbeversammlung der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei stattgefunden, bei welcher Landesrat Dr. Riehl aus Wien über Zweck und Ziel der Partei sprach.“ Die Riehl-Partei zeigte damals rege Versammlungsaktivitäten, wobei in den Lokalmedien die Bezeichnungen NSP und DNSAP zu finden sind. Die Bezeichnung NSDAP nach deutschem Vorbild

¹⁵ AZ 24 v. 15.6.1919, S. 11.

führte sie laut vorliegenden Quellen nachweislich seit dem Oktober 1920, wobei aber noch die alten Bezeichnungen ebenfalls weiter verwendet wurden.¹⁶ In der „AZ“ vom 22. August 1920 wurde schon von einer „Versammlung der Ortsgruppe Amstetten der Nationalsozialistischen Partei“, der NSP Walter Riehls, berichtet. Die „Ortsgruppe Amstetten der NS Partei“ hatte am 13. August 1920 in der Baracke am Eislaufplatz eine „öffentliche Versammlung abgehalten, in welcher Ing. Jung., Abg. der tschechoslowakischen Völkerversammlung“, ein Referat „über die Ziele und Zwecke der Partei“ hielt.¹⁷ Am 19. Oktober 1920 verkündete die „AZ“ bereits eine „Öffentliche Versammlung“ der „NSDAP Partei“ im „Gasthaus Dollfuß“. Die alte Bezeichnung der Riehl-Partei bestand aber noch weiter, wenn auch die Amstettner NS den Parteinamen der deutschen Hitler-Partei bereits für ihre Ortsgruppe verwendeten. Für den „Kreis Amstetten“ galt noch weiterhin der alte Name NSP, wie in einem Bericht der „AZ“ vom 12. November 1921 belegt ist. Am 6. November 1921 fand eine „Öffentliche Kreis-Versammlung der NSP“ im Gasthof Dollfuß statt. Walter Riehl sprach über „Drei Jahre Republik“.¹⁸ Der dem neuen Selbstverständnis der NS-Partei zugrundeliegende Anspruch als „Volkspartei“ kann ab der Mitte der 1920er Jahre aufgrund ihrer Aktivitäten belegt werden. Ein breites Angebot von Werbemaßnahmen quer durch das Fest- und Feierjahr, mit ideologisch bedingten Schwerpunktsetzungen, beweist nun den Versuch des Eindringens in die deutschnational bzw. deutsch-„völkisch“ gesinnten bürgerlichen Kreise. So war eine Abgrenzung nur gegenüber den deklarierten Kernschichten des katholisch-bürgerlichen Lagers erkennbar. Das Angebot gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterschaft war seit der Übernahme der Ortsgruppe durch die Riehl-Partei auffallend schwach, indem die früheren eng gehaltenen Intentionen als deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Gewerkschaftsbewegung nur mehr sehr selten zu finden waren. Erst nach der Entscheidung der Mehrheit der Amstettner NS-Gruppe für die NSDAP „Hitlerbewegung“ unter Suchenwirth kam in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre die Öffnung gegenüber Arbeiterkreisen wieder stärker zum Tragen.

Der Schwerpunkt des Tätigkeitsbereichs lag besonders im kulturellen Sektor, in der Feier- und Festgestaltung, die das gesamte christlich-katholische Normalfeierjahr berücksichtigte, wenn auch in der NS-Interpretation. Im Mittelpunkt standen die eigenen NS-Feiern mit ihrem Symbolcharakter, wie Sonnenwendfeiern, Totenappelle etc. Dafür war die Gründung von eigenen Theatergruppen, Gesangsgruppen und Orchestern/Kapellen notwendig, wobei gerade die enge Zusammenarbeit mit den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereinen der gezielt betriebenen Werbetätigkeit zu Gute kam.

¹⁶ AZ 34 v. 22.8.1920, S. 5.

¹⁷ AZ 42 v. 19.10.1920, S. 5.

¹⁸ AZ 45 v. 12.11.1921, S. 3.



Die Theaterriege des „Männergesangsvereins 1862“, „Sylvester“-Aufführung 1924 des MGV.1862 im kleinen Stadtsaal. Operette: „Die Nibelungen“, damals noch prominente Christlichsoziale und Deutsch-„völkische“ aus Amstetten unter sich als Darsteller: v.l.n.r. stehend: Emilie Wicher (Ute), Alois Wessely (Recke), Hermann Stöger (Tronje Hagen), Heinrich Sengtschmied (Recke), Markus Piger (Gunther), Hansi Kreis (Kriemhild), Eugen Adler (Siegfried), Georg Daniser (Volker von Alzey), Edmund Vogel (Recke). Sitzend v.l.n.r.: Gustav Pöschl, Josef Janowetz, Johann Purwitzer, Sepp Geyerhofer, Hans Mayerhofer (alle Recken). (Bild 16D)

Diese Vereine eigneten sich auch für die laufende Ideologisierungskampagne. Dazu gehörte vor allem der „Deutsche Turnverein“, der „Männergesangsverein 1862“ und der „Deutsche Schulverein Südmark“, mit denen die politisch-programmatische Abstimmung bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit zu beiderseitigem Vorteil sehr gut gelang, besonders in Verbindung mit einer propagandistisch geschickt vermittelten sozialkaritativen Tätigkeit in der Stadt Amstetten wie der NS-„Notstandsküche“, dem eigenen NS-„Winterhilfswerk“, und separaten, situationsgebundenen Ausspeisungen für die Arbeitslosen, die „Ausgesteuerten“ der Krisenzeit und der Spendentätigkeit für das deutsche Volk, wie es die Krise im Ruhrgebiet verlangte. Das zunehmende Zusammenwirken mit den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereinen bewirkte ein permanentes Zusammenrücken, wie besonders die jährliche Großtombola des „Deutschen Turnvereines“ auf dem Hauptplatz von Amstetten bewies.

Diese Veranstaltungen betonten den sozialen Charakter der NS-„Bewegung“, führten zu einer ständigen Präsenz in der Öffentlichkeit, wobei das soziale Handeln als eine der Konsequenzen der zugrundeliegenden Ideologie zu vermitteln versucht wurde. Das ideologische Programm und seine

öffentlichkeitswirksame Realisierung standen somit in vielfacher Hinsicht im Gleichklang mit den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereinen der Stadt, wobei ab 1924 der großdeutsch-freisinnige Bürgermeister Ludwig Resch unter dem Druck der großdeutschen und NS-Mandatare gleichsam als Förderer diese ideologische Richtung zulassen musste. Das Paradoxon bestand darin, dass sich Christlichsoziale und Sozialdemokraten aufgrund der Pattstellung im Gemeinderat auf den allseits anerkannten Lokalpolitiker Resch, Oberlehrer i. R., der auf der bürgerlichen Einheitsliste, der „Wahlgemeinschaft der vereinigten Christlichsozialen, Großdeutschen und der Gewerbeapartei“ kandidiert hatte, einigten, um den politischen Einfluss der NS auszuschalten.

Aus der deutsch-„völkischen“ Gewerkschaftsbewegung kommend etablierte sich die österreichische NS-Partei auf einer sich verbreiternden sozialen Basis als politischer Klub, der sich angesichts der aktuellen politischen Lage veranlasst sah, gemäß „völkischen“ Parteistatuten zu argumentieren. Vom faschistischen Substrat anfangs noch wenig infiltriert, kümmerte sie sich zusehends um sozialkaritative Anliegen und der deutschnational-„völkischen“ Ideologie entspringende Ziele, begann sich aber vor allem unter deutschem Einfluss zu einer programmatisch-politischen, auf der Basis faschistischer Anschauungen agierenden Partei zu wandeln, wobei die verstärkte Anwendung von Gewaltmethoden hinzukam.¹⁹

Die Wendezeit 1927-1929 als entscheidender Einschnitt im Parteigeschehen mit zunehmender Totalfaschisierung der österreichischen Partei brachte erst den Erfolg des Nationalsozialismus in Österreich. Es wurden nun im Gemeinderat der Stadt Amstetten in enger Zusammenarbeit mit den Großdeutschen von den NS-Mandataren verstärkt Lösungsmöglichkeiten für anstehende Probleme auf kommunaler Ebene eingebracht, wobei man immer mehr in Erfahrung brachte, dass nicht nur unter Heranziehung der SA-Formationen erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden, sondern dass man nur über entsprechende qualifizierte bzw. geschulte Fachleute zum erwarteten Erfolg im pluralistischen Konkurrenzkampf des demokratischen Umfeldes gelangen konnte. Da kam der NS-Partei das sich schon früher durch enge kommunale Zusammenarbeit in einzelnen Gemeinden (Amstetten, Waidhofen a.d.Ybbs, Strengberg u. a.) abzeichnende, aber doch gerade im Fall Amstetten überraschende Überschwenken von erfahrenen Politikern und Funktionären der Großdeutschen Volkspartei und des „Landbundes“ zugute. Förderlich war auch, dass die Partei aufseiten der deutschfaschistischen Heimwehren Sympathisanten erkannt hatte und die Kontakte über die Vermittlung deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Vereine immer intensiver wurden. Gerade diese Vereine dürften zum Forum von Absprachen aller Vertreter und Sympathisanten des

¹⁹ Gerhard Botz bezeichnet die Gründungsphase der NS-„Bewegung“ als „vorfascistische Phase“, weil in ihr keine oder nur wenig als fascistisch zu definierende inhaltliche Elemente nachweisbar sind, die Phase nach den ersten Wahlen, etwa nach 1921, als „frühfascistische Phase“. Botz, Österreichische NSDAP-Mitglieder, a.a.O., S. 111-113; zur Einteilung nach Botz s. Anhang.

deutschnational-„völkischen“ Lagers avanciert sein, eine Art Drehscheibe, weil aus den Mitgliederlisten der Führungsstäbe alle die Namen ersichtlich sind, die zwar noch in den 1920er Jahren zu den verschiedenen politischen Lagern dieses Spektrums gehörten, die dann in der Folge geschlossen in den Reihen der NS aufscheinen-spätestens ab den beginnenden 1930er Jahren. Es war besonders für Stadt und Bezirk Amstetten 1931 von entscheidender Bedeutung, dass der Großdeutsche Mag. Wolfgang Mitterdorfer nach dem Scheitern des Pfrimerputsches Mitte September 1931 seine vorrangigen politischen Ziele gescheitert sah und Anfang November 1931 zur NSDAP „Hitlerbewegung“ überwechselte und hier seine Erfahrungen als Kommunalpolitiker einbringen konnte.

Vorerst aber erschien es wichtig, konsequent das ideologische Programm in immer größeren Teilen der Bevölkerung der Stadt zu verbreiten und zu vertiefen. Die Multiplikatorwirkung der damals eher noch wenigen NS-Funktionäre hatte gerade in der Stadt Amstetten ein großes Echo. Neben den „völkischen“ Feiern des NS-Jahreszyklus wie besonders die auch von deutsch-„völkischen“ Vereinen jährlich veranstalteten „Julfeiern“, die von den NS und dem Deutschen Turnverein gemeinsam gefeiert wurden, ist die regelmäßige Abhaltung von sogenannten „Bunten Abenden“ interessant, die vordergründig eine auf Unterhaltung abgestellte Ausrichtung hatten, aber auch Werbeversammlungen mit Ideologievermittlung waren. Durch das vielfältige Darbietungsrepertoire gelang es, weitere Kreise der Einwohnerschaft über den Faktor Unterhaltung anzulocken und somit auch ideologisch anzusprechen. Allein der verharmlosende Titel „Bunter Abend“ sollte auf die Teilnahme weiter Kreise, vor allem neu anzusprechender Bevölkerungsschichten abzielen, schon ab 1923 in ununterbrochener Folge.²⁰

Die Lokalpresse fungierte hier als förderndes Propagandasprachrohr, sowohl die „AZ“, aber auch das Blatt des politischen Gegners, die „AN“. Auffallend waren ab 1927 immer wieder die Stellungnahmen zu tagespolitisch aktuellen Themen, die vom christlichsozial/deutschnational eingestellten Lokalblatt „AZ“ gebracht wurden. Die NS-Partei hatte in der „AZ“ als dem besonders die Gewerbeinteressen vertretenden Blatt ihr Sprachrohr. Nicht zufällig separierte sich aus diesem Blatt das NS-Blatt „AA“ ab der Mitte des Jahres 1936, wenn auch damals der Herausgeber der „AZ“ Carl Queiser sich mit einem extra artikulierten Abrücken von seinem Sohn Karl Queiser distanzierte. Aber auch im Parteiblatt der Christlichsozialen, den „AN“, fanden die NS Gehör. Die Artikel glichen sich in der Berichterstattung über die NS und die in ihrem Umfeld agierenden deutsch-„völkischen“ Vereinigungen oft sehr. Ab den beginnenden 1920er Jahren wurden in der „AZ“ regelmäßig Berichte über die „Julfeier der Nationalsozialistischen Partei, Ortsgruppe Amstetten“ gebracht. Die Veranstaltungslokale waren

²⁰ Diese Taktik ist nach dem „Anschluss“ 1938, wenn auch mit einer etwas abweichenden Zweckbestimmung, beibehalten worden, nämlich die „Euphorie“ des „Anschlusses“ emotional zu untermauern und den inszenierten „Freudentaumel“ möglichst lange zu prolongieren.

christlichsoziale und deutschnationale Lokale, das Cafe Fuchs, Hotel Ginner (Schmidl) und das Gasthaus Dollfuß.



„Julfeiern“ im Cafe Fuchs bzw. Cafe Zentral in der Wienerstraße, das Cafe in der Amstettner Hauptgeschäftsstraße (Wienerstraße) war lange Zeit Treffpunkt der Intellektuellen und des liberalen Bürgertums, Aufnahme aus der NS-Zeit, nach 1938. (Bild 17)

Die Errichtung einer Theaterriege sollte das Programm der „Bunten Abende“ ergänzen.²¹ „Bunter Abend der NSP Ortsgruppe Amstetten“ hieß es in der „AZ“ vom 9. September 1923. Unter der Regie des „Pg. Reinelt“ gab es zum ersten Mal am 1. September 1923 im Cafe Fuchs eine Aufführung der Theaterriege: Die „Schulspielertruppe“: „die Damen Mayrhofer und Kerschbaumer, Oberrevident Reichert Tenor, Kapellmeister Hopfenwieser“.²²

Zu den Aktivitäten dieser Veranstaltungen gehörten auch Gesangsabende. Ein „Bunter Abend der NSDAP“ brachte am 13. Oktober 1923 im Hotel Ginner (Schmidl) „Gesangsvorträge“ und „Theateraufführungen“. Es wurde betont, dass „Gäste aus Wien, St. Pölten, Aschbach, St. Valentin, Ulmerfeld und Waidhofen“ da waren, was auf ein weiteres Einzugsfeld und eine erfolgreiche Werbung hindeutet. Die deutsche „Auslandshilfe“ der NS gehörte ebenfalls zu den regelmäßigen Aktivitäten der Ortsgruppe.²³ Unter dem Titel „Deutschlandhilfe“ berichtete die „AZ“ vom 17. Februar 1924: „Die am 15.12.1923 abgeschlossene Sammlung der Ortsorganisation Amstetten der NS-Partei brachte ein schönes Ergebnis. Bargeld, Lebensmittel und Bekleidung wurden gespendet im Werte von 6,819.800 Kronen. Nebst den Parteigenossen von Amstetten und Waidhofen haben auch viele Geschäftsleute und Bürger von Amstetten, zahlreiche Wirtschaftsbesitzer aus Viehdorf,

²¹ AZ 51 v. 19.12.1920, S. 7.

²² AZ 36 v. 9.9.1923, S. 8.

²³ AZ 42 v. 21.10.1923, S. 9. Die „Theaterriege“: Damen: Mayrhofer, Kerschbaumer; Herren: Bier, Petak, Kerschbaumer, Hofbauer, Reinelt; Musikbegleitung durch Herrn Köstler.

Greimpersdorf, Eggersdorf, Eisenreichdornach, Preinsbach und Schilddorf bedeutende Spenden geleistet.“²⁴

Die Tätigkeit der NS-Partei stand 1924 und 1925 bereits unter dem Einfluss der deutschen NS-Partei Adolf Hitlers. Nachdem bei der Nationalratswahl 1923 auf Hitlers Verlangen keine Kandidatur erfolgt und es zu einem Konflikt innerhalb der österreichischen NS-Gruppe gekommen war, legte die NS-Gruppe in ihrer Neuorientierung verstärkt in den regelmäßig abgehaltenen öffentlichen Parteiversammlungen ihren Schwerpunkt in den ideologischen Bereich, in vielen Punkten in Anlehnung an die Programme der deutschen NSDAP Hitlers. Es ist bereits der Einfluss einer eigenen, sehr aktiven NS-Fraktion innerhalb der Gesamtpartei, einer Vorgruppe der späteren „Hitlerbewegung“, für diese Zeit bereits anzunehmen, worauf besonders ideologische Identitäten, methodische Ähnlichkeiten bei der Öffentlichkeitsarbeit und auch gegenüber der bisherigen österreichischen NS-Klientel neue Zielgruppen in der Bevölkerung hinweisen. Konkret als eigene Organisation fassbar ist diese aber auf Bezirks- bzw. Stadtebene vor 1927 noch nicht. Erst durch die getrennte Kandidatur bei der Nationalrats- und Landtagswahl 1927 können zwei selbständige Fraktionen nachgewiesen werden.

1924 war die NS-Partei noch bereit, auch in Koalitionen mit anderen bürgerlichen Gruppierungen in der Stadtregierung mitzuarbeiten. Auch die Versammlungen der NSDAP in einem der Christlichsozialen Partei zugehörigen Gasthof waren zu diesem Zeitpunkt noch immer nichts Außergewöhnliches, wie die Überschriften der Zeitungsartikel belegen.²⁵ Die „AZ“ wies am 19. Oktober 1924 auf eine „Öffentliche Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gasthof Dollfuß, Ortsgruppe Amstetten“ hin. Für die zunehmende Ideologievermittlung ab dem letzten Drittel 1924 wurden verschiedene Veranstaltungen benutzt.²⁶ Im Oktober 1924 veranstaltete die NS-Partei eine Versammlung mit dem Titel „Der Kampf um die Zukunft des Volkes“.²⁷ Beliebte als Werbe- und Unterhaltungsveranstaltungen waren die sogenannten „Deutschen Abende“, auch „Deutsche Familienabende“ der NSDAP, in denen ideologische „Unterhaltung“ geboten wurde. Ideologisch-politische Vorträge und kulturelle Aktivitäten wie die Pflege des „Deutschen Liedes“ etc. waren die Schwerpunkte. Diese NS-„Abende“ für die Amstettner Bevölkerung fanden nachweisbar ab dem November 1924 statt. Bereits aus dem ersten NS-„Abend“ ist schon aus dem Titel der Ideologietransfer als einer der Hauptzwecke dieser Veranstaltungsreihe erkennbar. Er titelte „Deutscher Abend, Rassenkunde des deutschen Volkes“.²⁸ So fand am 22. November 1925 in der Stadt ein solcher „Deutscher Abend der NSDAP“ statt. Neben der größer

²⁴ AZ 8 v. 21.2.1926, S. 3.

²⁵ AZ 7 v. 17.2.1924, S. 8.

²⁶ AZ 42 v. 19.10.1924, S. 3.

²⁷ AZ 43 v. 26.10.1924, S. 1.

²⁸ AZ 47 v. 22.11.1924 S. 8.

werdenden Mitgliedschaft von Ortsgruppe und deutschnationalen Vereinen dürfte aber auch durch Mundpropaganda der Sympathisantenkreis innerhalb des Stadtgebiets ständig gewachsen sein, wozu auch beitrug, dass die NS-Partei durch die Präsenz derartiger Aktivitäten in der Lokalpresse ständig im Gespräch war. Die Einrichtung „Deutscher Familienabend NSDAP“ blieb so während der 1920er Jahre ein wichtiges Propagandainstrument.²⁹ Mit Warnungen vor der Gegenwartssituation sollten Impulse in Richtung Nationalsozialismus gesetzt werden: „Volksregierung und der Verfall von Volksmoral und Volkscharakter“ lautete das Referatsthema eines solchen „Deutschen Familienabends“ im März 1926. Die Tradition der „Deutschen Familienabende“ wurde im Jahr 1927 weiter fortgesetzt und zu einer richtigen Ideologisierungskampagne ausgeweitet, wenn auch um kommunalpolitische Themen erweitert.³⁰

Intensiviert wurde auch in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre unter dem Einfluss der „Hitlerbewegung“ Suchenwirths die Kooperation mit den ideologisch nahestehenden Vereinen, wobei bereits damals der Gedanke des Zusammengehörens innerhalb einer Einheitsfront, der NS-„Volksgemeinschaft“³¹, immer stärker artikuliert wurde. Anlässlich der „Hindenburgfeier“ 1925 trat zum ersten Mal das deutsch-„völkische“ Lager geschlossen öffentlich auf, das sich bereits um die SA der „Hitlerbewegung“ geschart hatte. Der Einfluss der „Hitlerbewegung“ kam vor allem über die „SA des Vaterländischen Schutzbundes“ in die NS-Partei. Schon damals wussten die NS derartige Feiern gemeinsam mit den deutsch-„völkischen“ Vereinen in der Stadt zu inszenieren: „Die nationalen Vereine Amstettens veranstalteten am 14.5. abends eine Hindenburgfeier mit einem Fackelzug. An der Spitze des Zuges vom Bahnhof zum Hauptplatz schritten die Fahnenräger des M.G.V. 1862 und des Deutschen Turnvereines, dann die Eisenbahner-Musikkapelle, der Männergesangsverein 1862, der alldeutsche Verband, die Ortsgruppe des Deutschen Schulvereines Südmark, die SA-Truppe des vaterländischen Schutzbundes in Hitlerhemden, die NSDAP und der Deutsche Turnverein Amstetten.“

Immer mehr kristallisierte sich ein engerer Kern des deutsch-„völkischen“ Spektrums unter Führung der Nationalsozialisten heraus, von dem aus nicht nur verstärkt auf alle Berufsschichten Einfluss genommen wurde, sondern innerhalb dessen es durch die ständigen Kontakte zu den Großdeutschen zu einer engen Zusammenarbeit kam, die sich in Wahlbündnissen anlässlich von Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahl niederschlug. Diese interne Zusammenarbeit des deutsch-„völkischen“ Lagers wurde manchmal noch überhöht durch eine Plattform aller bürgerlichen Parteien in der gemeinsamen Abwehrstellung gegen den Marxismus, die politische „Linke“, die sich ebenfalls

²⁹ AZ 48 v. 26.11.1925, S. 3.

³⁰ AZ 11 v. 14.3.1926 S. 1; AZ 18 v. 30.4.1927, S. 5 Deutscher Familienabend (s. auch AZ 19 S. 5 und AZ 20, S. 5); AZ 18 v. 30.4.1927, S. 6 Deutscher Familienabend der NSDAP.

³¹ Die NS-„Volksgemeinschaft“ war von Anfang an einer der Kerninhalte der NS-Ideologie, s. dazu Näheres Anhang.

in Wahlgemeinschaften bzw. temporären Koalitionsbündnissen äußerte. Die NS-Feiergestaltung wurde auch auf gemeinsame bürgerliche Totenappelle und Kriegergedächtnisfeiern ausgedehnt, bei denen die „SA-NSDAP Amstetten“ mit ihrer Kapelle „Militärkonzerte“ veranstaltete. Neben den zahlreichen Blechmusikkapellen in der Stadt bildete die SA-Kapelle ebenfalls einen werbemäßig geschickt präsentierten Anziehungspunkt.³² So fand anlässlich eines „Totenappells der Nationalsozialisten Amstettens“ ein „Militärkonzert SA-NSDAP“ statt. Seit dem Jahre 1925 wird mit dem Einfluss der NSDAP „Hitlerbewegung“ der Aktionsradius der NS-Gruppe in der Stadt ausgeweitet und die Feiergestaltung intensiviert. Geschickt wurden Werbeveranstaltungen mit Feieranlässen kombiniert und inszeniert.

Erste bezirksumfassende Organisationsformen müssen damals entstanden sein, wenn auch von der „Bezirksleitung“ selbst in der Mitte der 1920er Jahre eher selten gesprochen wurde. Im November 1925 wurde sie in der „AZ“ vom 5. November 1925 erwähnt.³³ Anlässlich des Allerheiligenfestes 1925 wurden ein „Propagandaabend der Bezirksleitung der Nationalsozialisten Amstettens“ und eine „Kriegergedächtnisfeier der Nationalsozialisten“ veranstaltet. NS-Versammlungen wurden nun regelmäßig in der Stadt Amstetten abgehalten.³⁴ Ab November 1925 gab es als ständige Einrichtung die „NSDAP-Versammlung in Amstetten“. Damit begann auch eine Intensivphase in der Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt Amstetten. Dieses auffallend verstärkte Auftreten in der Öffentlichkeit ist mit der beginnenden Durchsetzung der „Hitlerbewegung“ gleichzusetzen, wenn auch noch immer mit keiner eigenen Fraktion. Auch die Zusammenarbeit mit dem „Deutschen Turnverein“ gestaltete sich derart eng, als ob dieser Verein eine NS-Institution geworden wäre. Auch mit anderen deutsch-„völkischen“ Vereinen, deren Tätigkeitsfeld im Stadtgebiet einzelne ideologische Teilaspekte des Nationalsozialismus abdeckte, wurde auffallend intensiver Kontakt gepflegt. Ebenso fallen gemeinsame Meldungen in der Lokalpresse auf.³⁵ So meldete die „AZ“ einen „Deutschen Turnverein Amstetten Langemark-Gedächtnismarsch“, und gleichzeitig wurde auch eine Meldung über eine NSDAP-Versammlung im gleichen Presseartikel gebracht. Zahlreiche Feiern des katholischen Feierzyklus wurden von den NS parallel, wenn auch oft mit germanischen Ritualaspekten versehen, werbewirksam öffentlich in der Stadt veranstaltet, auch geschickt mit sozialkaritativen Engagement versehen.³⁶

Mit der alljährlichen „Nikolofeier NSDAP“ wurde auch die „Nationalsozialistische Winterhilfe“ in Amstetten ab dem Jahr 1925 propagiert. Die „Nikolofeier beim Deutschen Turnverein“ wurde auf der gleichen Seite der „AZ“ gebracht, wo auch die „Weihnachtsfeier der Nationalsozialisten Amstettens“

³² AZ 20 v. 17.5.1925, S. 3.

³³ AZ 45 v. 5.11.1925, S. 6; AZ 46 v. 12.11.1925, S. 6.

³⁴ AZ 48 v. 26.11.1925, S. 6.

³⁵ AZ 48 v. 26.11.1925, S. 6.

³⁶ AZ 50 v. 10.12.1925, S. 6.

angekündigt wurde. Man hatte bereits eine eigene gemeinsame Werbeseite in der „AZ“.³⁷ Folgendes wurde auf der deutsch-„völkischen“ Seite der „AZ“ aufgezählt: „Nikolofeier NSDAP, NS-Winterhilfswerk in Amstetten, Weihnachtsfeier der Nationalsozialisten in Amstetten“. Eine NSDAP-Versammlung wurde „gemeinsam mit dem Deutschen Turnverein“ im Dezember 1925 abgehalten.³⁸ Die „Julfeier des Deutschen Turnvereines“ war ebenfalls eine regelmäßige Veranstaltung der deutsch-„völkischen“ Kreise der Stadt Amstetten.³⁹ Der Bericht über die „Weihnachtsfeier der NSDAP Amstetten“ wurde auch gemeinsam mit einem Abschlussbericht eines deutsch-„völkischen“ Vereins in der Stadt gebracht: Es feierte auch der „Deutsche Sprachverein“ seinen Jahresabschluss. Besonders beliebt waren die sozialkaritativen Maßnahmen in der Stadt, die von allen politischen Gruppierungen gesetzt wurden. Allen voran agierte die NS-Gruppe, die eine eigene „NS-Notstandsküche in Amstetten“ ins Leben gerufen hatte. Das Bestehen eines eigenen Hausorchesters der NS-Partei Amstettens (auf Initiative der parteiinternen Gruppe der NSDAP „Hitlerbewegung“) ab dem Jahr 1925 unterstreicht die Bedeutung der Feiergusaltung in der NS-Bewegung.⁴⁰ Anlässlich der Nikolofeier der NS-Partei am 6. Dezember 1925 „konnte das Hausorchester der NSDAP eingesetzt werden“. 1926 weitet sich der Einflussbereich der NS Amstettens auch auf Bereiche aus, die bisher vom politischen Gegner betreut worden waren. So wurde dem sozialdemokratischen Verein der Invaliden, der die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen betreute, durch einen eigenen NS-Verein, der ebenfalls die „Invaliden“ betreute, Konkurrenz gemacht.⁴¹ Die „AZ“ vom 3. Jänner 1926 brachte einen Bericht von einer „Christbaumfeier der Invaliden. Ortsgruppe Amstetten NSDAP der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen!“. Immer mehr kristallisierten sich somit die ideologisch erfolgreich von den NS besetzten Bereiche innerhalb der Kleinstadtgesellschaft heraus, vor allem waren es die Turn-, Gesangs-, Sport-, Sprachvereine und solche Vereine, die das Gedenken an den Ersten Weltkrieg in irgendeiner Form besonders durch die Betreuung von Hinterbliebenen hochhielten.⁴² Manchmal gab es auch in den regelmäßig abgehaltenen NS-„Volksversammlungen“ die Kommunalpolitik betreffende aktuelle Sachthemen. In einer solchen „Volksversammlung“ der NS im Oktober 1927 wurde über das Thema „Newag“ gesprochen, wobei die NS genauso wie die anderen Parteien für den Erhalt des Amstettner städtischen Elektrizitätswerkes eintraten.⁴³ Das Jahr 1928 unterschied sich hinsichtlich der Aktivitäten wenig vom vorangegangenen Jahr. 1929 war von den Aktivitäten der NS für die letzten möglichen Gemeinderatswahlen der Ersten Republik in Niederösterreich geprägt, die der Partei besonders in den urbanen Bereichen eine Konsolidierung der

³⁷ AZ 50 v. 10.12.1925, S. 6.

³⁸ AZ 52 v. 24.12.1925, S. 6.

³⁹ AZ 51 v. 17.12.1925, S. 6.

⁴⁰ AZ 52 v. 24.12.1925, S. 6.

⁴¹ AZ 50 v. 10.12.1925, S. 3.

⁴² AZ 1 v. 3.1.1926, S. 8.

⁴³ AZ 42 v. 15.10.1927, S. 6.

bisher erreichten Anteile der Gesellschaft brachte, sogar einige lokal bedingte Steigerungen des Wähleranteils. Erst die beginnenden 1930er Jahre brachten der NS-„Bewegung“ auf dem Hintergrund der fortschreitenden Rezession mit einer gezielt einsetzenden, populistisch geführten Agitation zur Gewinnung von Angstwählern einen verstärkten Zulauf, und zwar aus allen Gesellschafts- und Berufsschichten. Das bestätigte bereits das Ergebnis der Nationalratswahl 1930, besonders aber jenes der Landtagswahl 1932.

7.4. Folgen der Spaltung der NS-Partei

Zum Werdegang der NS-Partei in Amstetten kann festgestellt werden, dass sie als Schulz/Riehl-Gruppe ab 1924 ihre Aktivitäten in Amstetten kontinuierlich verstärkte, was ihrer Präsenz innerhalb der städtischen Einwohnerschaft zugutekam, wie besonders aus den Lokalblättern „AZ“ und „AN“ für die Jahre 1924 und 1925 nachweisbar ist. In der zweiten Jahreshälfte 1926 nahmen die NS-Aktivitäten in der Öffentlichkeit auffallend zu, wobei in der Berichterstattung der Lokalmedien nicht zwischen den nun zwei agierenden NS-Gruppierungen getrennt wurde. Die NSDAP hatte die größte Belastungsprobe ihrer Existenz aufgrund der Spaltung in die Schulz/Riehl-Gruppe und die „Hitlerbewegung“ Suchenwirths durchzustehen, wobei im politischen Bezirk und in Amstetten das vollkommene Abflauen einer NS-Agitation den Schluss zulässt, dass die NS die innerparteilichen Differenzen und die fehlende Geschlossenheit nicht nach außen tragen wollten und somit keine öffentlichen Aktivitäten setzten.

Es ist aber anzunehmen, dass die Schulz/Riehl-Gruppe anfangs fallweise mit der ständig zunehmenden Zahl der konkurrierenden Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“ zusammenarbeitete bzw. unter ihrem Einfluss stand. Bei den Berichten über die Partei stand bis 1927 die Schulz/Riehl-Gruppe weiter im Vordergrund. Der Konflikt zwischen beiden Fraktionen dürfte aber in der Folge eskaliert sein. Die fehlende Präsenz in den Lokalmedien 1928-1930 ist ein untrügliches Zeichen, dass der parteiinterne Konflikt zu einem Machtkampf ausartete. Dass die NS in dieser Konfliktphase bis zur Entscheidung eine Art politisches Schattendasein führten, bestätigt auch die zweitstärkste Stadtortsgruppe der Region, die NS-Gruppe in der autonomen Stadt Waidhofen a.d.Ybbs. Hier sind ähnliche Verhältnisse nachzuweisen.⁴⁴

Im Gemeinderat wurden ab der zweiten Jahreshälfte 1926 von den zwei gewählten NS-Gemeinderatsmandataren der Schulz/Riehl-Gruppe und von den Mandataren der „Gewerbepartei“, aus deren Reihen vor allem die Vertreter der NSDAP „Hitlerbewegung“ hervorgingen, konkrete öffentliche Stellungnahmen zu politischen Themen vermieden. Erst im Laufe des Jahres 1927 griffen die NS im Gemeinderat nach einem neuen Konzept des politischen Engagements, das wie anzunehmen ist von Vertretern der NSDAP „Hitlerbewegung“ stammte, durch scharfe

⁴⁴ S. AZ und AN 1924-1927; s. Gemeinderatsprotokolle der Stadt Amstetten, STA GRP 1925-1927; s. Der Bote von der Ybbs 1930-1931.

Stellungnahmen gegenüber aktuellen politischen Problemen der Kommunalpolitik in die Tagespolitik nachhaltig ein. Dass sich Angehörige der zur Gemeinderatswahl angetretenen „Wahlgemeinschaft der vereinigten Christlichsozialen, Großdeutschen und der Gewerbeartei“ als Hitler-Anhänger deklarierten⁴⁵, war für die in der bürgerlichen Einheitsliste vertretenen Christlichsozialen eher peinlich, für die Akzeptanz der „Hitlerbewegung“ förderlich, weil dies die mit ihr assoziierte Radikalität kaschierte. Als „Völkischsoziale“ bei der Nationalratswahl 1927 antretend erreichte die NSDAP „Hitlerbewegung“ ein mäßiges Ergebnis.⁴⁶

Im Laufe der 1930er Jahre, besonders aus Anlass der Nationalratswahl im November 1930, setzten die üblichen Berichte in der bürgerlichen Lokalpresse über die NS-Partei wieder ein, was darauf hinweist, dass der interne Kampf entschieden war und die siegreiche NSDAP „Hitlerbewegung“ das Geschehen bestimmte, wenn auch die Schulz/Riehl-Gruppe noch weiterbestand.⁴⁷ Die NS-Aktivitäten kulminierten im politischen Bezirk und in Amstetten im Herbst 1931 mit dem Ausscheiden Mitterdorfers aus dem Gemeinderat und der kurz darauf folgenden Übernahme der Partei, der NSDAP „Hitlerbewegung“. ⁴⁸

Die wieder einsetzenden Aktivitäten dokumentierten das gestiegene Selbstbewusstsein der NS-Partei, die nun vollinhaltlich als faschistische Partei auftrat und im ideologischen Gegensatz zum Konkurrenzfaschismus der Heimwehren stand. Die verbale Konfrontation mit anderen politischen Gruppen nahm zu, nachweisbar in den Lokalblättern wie der „AZ“ und auch überregionalen Blättern wie der „EW“ und der „VST“. Besonders wurden in dieser Phase die NS-Angriffe auf die politisch stark präsente Sozialdemokratie in Amstetten, aber auch gegen die Legitimisten, deren eindeutige

⁴⁵ AZ 47 v. 23.11.1924, S. 2 und S. 10; AZ 48 v. 30.11.1924, S. 7 und S. 10; AZ 49 v. 7.12.1924, S. 1-2; AZ 51 v. 21.12.1924, S. 1-2.

⁴⁶ Botz Gerhard, Die österreichischen NSDAP - Mitglieder. In: Reinhard Mann (Hrsg.), Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen (Best Heinrich, Bick Wolfgang, Mann Heinrich, Müller Paul J., Reinke Herbert, Schröder Wilhelm H. (Hrsg.) Historisch – Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 9), Stuttgart 1980, S.107: Botz führt an, dass die NSDAP „Hitlerbewegung“ österreichweit als „Völkisch-sozialer Block“ auftretend nicht einmal das Ergebnis der DNSAP von 1920 erreichte. ABl. BHA Nr. 18 v. 30.4.1927, S. 87-88 Abstimmungsergebnisse der Wahlen in den Nationalrat und den Landtag; AZ 18 v. 30.4.1927, S. 1-2 Ergebnis der Nationalrats- und Landtagswahl.

⁴⁷ S. AZ und AN 1928-1930, EW 1928-1930.

⁴⁸ STA Sektionsprotokolle Gemeinderat Amstetten v. 23.2.1933-5.3.1936, S. 11; STA Gemeinderatsprotokolle v. 4.7.1930-8.2.1935; EW 43 v. 22.10.1931, S. 10.

Bundesarchiv Berlin

SA (BOC) -

Mitterdorfer Wolfgang

"Personalfragebogen für die Anlegung der SA - Personalakte (für SA - Führer, Sanitätsführer und Verwaltungsführer).

Personalbogen für Veränderungen und Ergänzungen nach erfolgter Ausfüllung des Personalfragebogens

SA. - Personalbogen für Veränderungen und Ergänzungen nach erfolgter Ausfüllung des Personalfragebogens, v. April 1938, unterschrieben von Mitterdorfer.

Polizeimeldeamt Amstetten an BHA v. 30.7.1945, Zl. 97/45, Abschrift, BHA NS - Lagerakten 3, 215.

Antianschlusshaltung mit ihrer Berufung auf das „österreichische Kaiserhaus“ bekannt war, verstärkt. Die Sozialdemokratie konterte in zahlreichen Grundsatzartikeln in ihrer „EW“.⁴⁹ Es stieß nicht nur die bürgerliche auf die sozialdemokratische Front, sondern auch innerhalb der Bürgerlichen prallten Fronten aufeinander. Die Konflikte verschiedener bürgerlicher politischer Gruppierungen mit dem in einzelnen Gemeinden des politischen Bezirks stark verankerten Heimwehfaschismus wurden nicht so sehr über ihre Lokalmedien ausgetragen, sondern spielten sich zunehmend in der politischen Realität durch das ständige Aufeinandertreffen ihrer oft bewaffneten Einheiten ab, verstärkt noch durch den persönlichen Einfluss ihrer Führer. Die Grenzen zwischen dem Deutschfaschismus der Heimwehren und der NS waren im politischen Bezirk fließend, differenzierten sich nicht so sehr inhaltlich als vielmehr in realpolitischen Ansprüchen. Es waren vor allem die persönlichen Machtansprüche der einzelnen Führer, bestimmte Territorien des politischen Bezirks zu beherrschen, zu verteidigen und gleichsam als persönlichen Herrschaftsbereich zu besitzen. Die Aktivitäten in diesem Zusammenhang müssen oft auch als eine Art Raumverteidigung gegen Eindringlinge verstanden werden. Das Auftreten bzw. der Einsatz von österreichischen NS-Funktionären aus der Bundes- und Landesebene, auch von „Gauleitern“ aus verschiedenen „Gauen“ der „Ostmark“ im politischen Bezirk setzte Anfang der 1930er Jahre ein und sollte den politischen Versammlungen das entsprechende Gewicht verleihen. Es überrascht, in welchen politischen Institutionen des damaligen Österreichs NS-Funktionäre damals bereits vertreten waren. Die Präsenz im Bundesrat und im niederösterreichischen Landtag beweist die Erfolge der österreichischen NS-„Bewegung“ in den Wahlen.⁵⁰ NS-Funktionäre in höchsten Ämtern und Positionen, die noch weiter Karriere nach dem „Anschluss“ machen sollten, traten als Wahlkampf- und Propagandaredner im politischen Bezirk auf. Der „Kreisleiter“ für den politischen Bezirk Amstetten war seit Beginn der 1930er Jahre der spätere Bürgermeister von St. Pölten, Emmo Langer. Die publikumswirksamen Inszenierungen verschiedener Anlässe wie „Fahnenweihen“, „Fahnenübergaben“ und „Festtafeln“ (meist als Abschluss sozialkaritativer Aktionen) wurden durch die verpflichtende Teilnahme aller bereits bestehenden NS-Organisationen bzw. -Formationen und der ihnen nahestehenden Vereine jedes Mal zu einer propagandistischen Manifestation der zunehmenden Präsenz des Nationalsozialismus. Die

⁴⁹ S. AZ, EW und VST 1930-1932. S. besonders EW 46 v. 15.11.1930, S. 5. Ergebnis der Nationalratswahl 1930. Die „Schwarzen“ geschlagen. EW 47 v. 22.11.1930, S. 10-11.

⁵⁰ S. Riepl, Landtag, a.a.O., S. 298 ff; zum Begriff „Ostmark“: 1. in der Diktion der Nationalsozialisten bis zum „Anschluss“ im März 1938 bevorzugt gebrauchte Bezeichnung Österreichs, das politisch-ideologische Programm symbolisierend; 2. mit dem am 31. März 1940 zum Abschluss gekommenen Prozess der Liquidierung eines eigenständigen Österreichs (sowohl Staat als auch Land)-Begriff „Ostmark“ weiterverwendet, offiziell „Ostmark“ seit Inkrafttreten des „Ostmarkgesetzes“ vom 1. Mai 1939, nicht ganz ein Jahr später dafür offiziell „Reichsgaue der Ostmark“, aber vielfach „Ostmark“ weiterverwendet, Befehl Hitlers vom 19. Jänner 1942, „Ostmark“ nicht mehr zu verwenden, sondern in der Folge eher „Alpen- und Reichsgaue“. Zur Rolle Herbert Fabers, Krems a.d. Donau, s. Anhang.

zahlreichen deutsch-„völkischen“ Vereine der Stadt Amstetten, von den NS selbst als „völkische“ Vereine bezeichnet, arbeiteten immer enger mit den NS zusammen.



Enge Zusammen-arbeit der NS mit dem „Deutschen Turnverein“, Aufmarsch des „Deutschen Turnvereins Amstetten“ (nicht mehr verboten nach dem „Juliabkommen“ 1936) vor der Festbühne anlässlich der Eröffnung der Landesausstellung am 26. September 1937. (Bild 18)

Wenn man die jeweilige personelle Führungssituation in diesen Vereinen untersucht, kann man erkennen, dass sie alle von führenden NS der Stadt geleitet wurden, die in der Verbotszeit als „Illegale“ ohne Unterbrechung aktiv blieben.

Die von den bürgerlichen Lokalmedien präsentierte Zusammenarbeit der NS mit den Deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereinen im sozialkaritativen Bereich, aber auch mit bürgerlichen politischen Gruppen, vor allem auch im Rahmen des Winterhilfswerks, sollte die „soziale“ Komponente des Nationalsozialismus der Öffentlichkeit einer Kleinstadt in einer Krisensituation permanent vor Augen führen. Diese dauernde Medienpräsenz, die schon von 1923 bis 1926 in der auch als NS-Sprachrohr funktionierenden „AZ“ zu beobachten war, später auch in der Linzer Ausgabe der NS-„VST“, war nach der erwähnten Unterbrechung in der Aufschwungphase der 1930er Jahre wieder da. Damals übernahmen zusätzlich auch die christlichsozialen „AN“ die mediale Vermittlung der NS-Aktionen im politischen Bezirk. Die NS konnten sich auf die Amstettner Lokalblätter als Multiplikatoren verlassen.



Städtische Sicherheitswache (Polizeiamt, polizeiliches Meldeamt, Einwohner-Meldestelle) und Armenfürsorgeamt, Hauptplatz 31, 1910. (Bild 19)

Dass gerade ständige Berichte über die zunehmende Präsenz der NS-„Bewegung“ in jener Zeit von der bürgerlicher Presse als selbstverständlich angesehen wurden, war nicht überraschend, weil die Verankerung des „Völkischen“ in den bürgerlichen Kreisen Amstettens, auch im Medienbereich, eine lange Tradition hatte, welche deren Vertreter trotz oder auch wegen der Radikalität der NS-„Bewegung“ durch die NSDAP-„Hitlerbewegung“ angesichts der sich verstärkenden Krise ausnützen konnten. Die stereotyp sich wiederholenden Berichte über „Bunte Abende“ und sozialkaritative Veranstaltungen, die das Eintreten der NS für alle Volksschichten im Sinne der zu bildenden „Volksgemeinschaft“ immer wieder betonten, und die aufgrund des Versagens der staatlichen Fürsorge, wie die NS behaupteten, eigens dafür von den NS ins Leben gerufenen „Notmaßnahmen“, die vielfach auch unter Beteiligung anderer bürgerlicher Parteien unter der propagandawirksamen Bezeichnung „Fürsorge“ von den NS organisiert wurden, sollten die ideologische Komponente eines solidarischen „Volkskörpers“ der faschistischen „Volkspartei“ hervorstreichen.

Für das damals noch nicht zwanghaft verwirklichte Integrationsmodell einer „Volksgemeinschaft“ sollten vor allem die Menschen, die sich in einer existentiellen Bedrohung wähten, vor allem die Arbeitslosen, angesprochen und gewonnen werden. Geschickt wurde in all diesen Veranstaltungen die NS-Ideologie transportiert und umgesetzt, mit zeitangepassten Inhalten, besonders wenn es darum ging, Feindbilder und Vorurteile aufzubauen, diese für die eigene Sache auszunützen und populistisch auf bestimmte Phänomene zu reagieren. Wie aus den zahlreichen Leitartikeln besonders der NS-„VST“ ersichtlich ist, sollte die Regierung als Hauptschuldige dem Leser eingeredet werden.



Nachbarhaus der Städtischen Sicherheitswache, Hut- und Schuhgeschäft Ferdinand Ruthensteiner, Hauptplatz 29, Hinweisschild für Bezirksarmenrat Amstetten angebracht, Hauptplatz 31, 1910. (Bild 19A)

Die Sozialdemokratie sah sich angesichts der damals in vielen Bereichen noch zusammenarbeitenden bürgerlichen Fronten einem übermächtigen Gegner gegenüber. Um ihre politischen Vorstellungen im lokalen Bereich medial zu präsentieren, hatte sie in der „EW“ das einzige Lokalblatt, welches die NS bekämpfte.⁵¹

7.5. „Ortsgruppe“ der NSDAP in Amstetten bis zum Verbot am 19. Juni 1933

7.5.1. *Verstärkte Aktivitäten ab den 1930er Jahren*

In Amstetten können für diese Phase des Nationalsozialismus die Berichte in der bürgerlichen Lokalpresse als Gradmesser der Präsenz der Partei herangezogen werden. Seit dem Frühjahr 1931 sind in der Ortsgruppe Amstetten verstärkte Aktivitäten zu bemerken, die ab dem Herbst desselben Jahres in allen „Ortsgruppen“ des politischen Bezirks einschließlich der autonomen Stadt Waidhofen a.d.Ybbs ihren ersten Höhepunkt erleben. Es gab damals eine vorrangige Zielsetzung: die Verbreiterung der sozialen Basis zur „Volkspartei“ zwecks „Machtergreifung“ in naher Zukunft. Im Vordergrund stand in der Stadt-Ortsgruppe das besonders aktivierte sozialkaritative Engagement angesichts der wirtschaftlichen Rezessionsfolgen für die Bevölkerung, immer verbunden mit geschickt propagandistisch betriebener Öffentlichkeitsarbeit in den Lokalmedien, um eine möglichst große Breitenwirkung im gesamten politischen Bezirk zu erzielen. Die Mithilfe der bürgerlichen Amstettner Presse als Propagandasprachrohr war damals noch immer eine Selbstverständlichkeit.

⁵¹ S. AZ, AN, VST, EW 1930-1933.

Ab dem Frühjahr 1931 wurden in der Ortsgruppe Amstetten einmal monatlich öffentlich zugängliche Versammlungen abgehalten, die den Charakter von politischen Diskussionsveranstaltungen hatten. Sie waren meist von Rede und Gegenrede des politischen Gegners geprägt, falls dieser sich Gehör verschaffen konnte. Ab März 1931 sind in der „AZ“ diese „Diskussionen“ laufend erwähnt.⁵² Die Ankündigung solcher „Diskussionen“ unter dem Titel „NSDAP-Versammlung“ war eine Woche vorher regelmäßig nachzulesen. So auch in der „AZ“ vom 11. April 1931, wo angekündigt wurde, dass die NSDAP am 17. April 1931 eine „öffentliche Versammlung“ abhält. Der Bericht über die Versammlung vom 17. April 1931 wurde eine Woche später in der „AZ“ abgedruckt.⁵³

Wichtig war die mediale Präsentation einer „Sammelaktion für die Armen“, wie dies gegen Ende Oktober 1931 geschah. Zu diesem Zeitpunkt war auch die erste prominente NS-Persönlichkeit in der Stadt, Alfred Eduard Frauenfeld, der damalige „Gauleiter“ von Wien. Es fand eine Versammlung der NSDAP in Amstetten statt, die Frauenfeld leitete.⁵⁴ Die Fraktion der „Hitlerbewegung“ innerhalb der NSDAP wies in der Stadt Amstetten seit der Gemeinderatswahl 1929 die überwiegende Zahl der Anhänger auf. Ob die Schulz/Riehl-Gruppe im Oktober 1931 noch bestand, ist nicht mehr nachzuweisen, zweifelsohne sind sämtliche NS-Aktivitäten damals von der NSDAP „Hitlerbewegung“ ausgegangen. Damals trat auch der ehemalige Parteiführer der DNSAP, Dr. Walter Riehl, als Werberedner für die NSDAP „Hitlerbewegung“ in der Stadt Amstetten aufseiten der NSDAP „Hitlerbewegung“ auf. Sein Auftreten im Rahmen der Propagandakampagne gegen die Sozialdemokraten, die im ganzen politischen Bezirk lief, versammelte eine beachtliche Zahl von Zuhörern in der Stadt. Unter der Überschrift „Dr. Riehl in Amstetten“ wurde am 30. September 1931 eine „öffentliche Versammlung (...) mit Pg. Dr. Walter Riehl aus Wien, Schwarz und Aufreiter aus St. Pölten“ abgehalten. Ein „geradezu glänzender Besuch von etwa 400 Personen aus allen Schichten der Bevölkerung“ wurde gemeldet. „In der Wechselrede sprach der Amstettner Kommunist Kramer.“ Oft verzichtete der politische Gegner jedoch auf eine Teilnahme.⁵⁵ So hieß es Ende November zu einer NSDAP Versammlung: „keine Gegner im Saal“.⁵⁶

Ab Spätherbst 1931 begann überhaupt eine intensive Phase der NS-Werbetätigkeit, die beweist, dass man sich unter dem Einfluss der Führerpersönlichkeit Mitterdorfers in der Parteiführung im gesamten Amstettner Bezirk (einschließlich der autonomen Stadt Waidhofen a.d.Ybbs) verhältnismäßig rasch zu neuen Strategien durchgerungen und sie noch im gleichen Jahr in die Tat umzusetzen begonnen hatte.⁵⁷

⁵² AZ 12 v. 21.3.1931, S. 3 NSDAP-Versammlung.

⁵³ AZ 15 v. 11.4.1931, S. 6; AZ 17 v. 25.4.1931, S. 3.

⁵⁴ AZ 43 v. 24.10.1931, S. 3; AZ 44 v. 31.10.1931, S. 3.

⁵⁵ VST 7 v. 17.10.1931, S. 4.

⁵⁶ AZ 48 v. 28.11.1931, S. 3.

⁵⁷ S. unten Veranstaltungen gegen Ende 1931 in der „Ortsgruppe Amstetten“.

Damals bereits bestehende „Gliederungen“ und „Verbände“ der Partei kümmerten sich von Anfang an um bestimmte Gesellschaftsschichten bzw. Berufsgruppen. Außer NSF und HJ nahm auch der Einsatz verschiedener berufsspezifischer Organisationen zu: Vor allem NSLB und NSBO wurden in den Lokalmedien vorgestellt. Durch die Versuche, in die Herrschaftsbereiche der Sozialdemokratie und der Kommunisten über entsprechende Werbetätigkeit und Organisationsformen, vor allem in Betrieben, einzudringen, aber auch über Wahlversammlungen die Industriearbeiterschaft zu gewinnen, traf man verstärkt auf den politische Gegner und seine Abwehrmaßnahmen bzw. auch auf Angriffspositionen, die zuerst verbaler Natur waren, aber auch bereits gewaltsame Konfrontationen zur Folge hatten.

Der bürgerliche gewerbliche Mittelstand blieb weiterhin der Hauptadressat der NS-Propagandabemühungen. In dessen Kreise stärker einzudringen, vor allem in den urbanen Bereichen, dürfte in der Phase des allgemeinen Zusammenbruchs deutschnationaler bzw. deutsch-„völkischer“ Positionen seit den 1930er Jahren nicht schwer gefallen sein.⁵⁸ Ein besonderes Bemühen der NS um das mittelständische Gewerbe ist anlässlich der letzten freien Wahl 1932 festzustellen. Gerade in Wahlkampfzeiten finden sich ideologisch-programmatische Erklärungen in den NS-Medien, die die Öffnung der Partei gegenüber dem gewerblichen Mittelstand bestätigen. Mit der Schlagzeile „Adolf Hitler und der Mittelstand“ wird die NS-„Mittelstandspartei“ vorgestellt, indem tatsächliche und vorgetäuschte Ängste, besonders Abstiegsängste dieser Berufsgruppe artikuliert werden und ein „bedrohliches“ Bild vor Augen gestellt wird: „Die bewußte Verproletarisierung der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, die Vernichtung des kleinen Geschäftes und der sonstigen kleinen selbständigen Existenzen, wie des Handwerks, führt in ihrer letzten Auswirkung dahin, dass am Ende nur eine verschwindend kleine Anzahl von Menschen am Eigentumsbegriff interessiert ist, und dass die Mehrheit, jeder eigenen Aufstiegsmöglichkeit beraubt, zum Feind des Eigentumsbegriffes werden muß. Daher ist der Kampf gegen den Kommunismus, der Kampf gegen den Bolschewismus zu führen. Die Erhaltung eines breitesten Mittelstandes ist ebenso nötig für einen in sich ausgeglichenen Volksorganismus, wie sie eine nötige Voraussetzung zu der Aufrechterhaltung des Eigentums bildet.“ Es folgte der suggestive Wahlauf Ruf: „Der Mittelstand wählt nur Nationalsozialisten!“⁵⁹

Ab Herbst 1931 sind ausgeklügelte Maßnahmen zur Ausweitung der zu gewinnenden Gesellschaftsschichten zu beobachten. Unter Vorspiegelung des „Unpolitischen“, der „Nichtparteinahme“ versuchte man vor allem unter der Lehrerschaft des politischen Bezirks Werbung zu machen. Hier ist zu trennen zwischen der NS-Organisation für Pflichtschullehrer und der für Mittelschullehrer, die nur an den spärlich fließenden Quellen für die Staatliche Realschule

⁵⁸ Dies belegen feststellbare Stimmenverlagerungen zu den NS gerade in den Städten und großen Marktgemeinden, besonders bei der Landtagswahl 1932, aber schon bei der Nationalratswahl 1930.

⁵⁹ VST 17 v. 23.4.1932, S. 4.

Waidhofen an der Ybbs nachgewiesen werden kann.⁶⁰ Mit der Schlagzeile „NSLB und Gewerkschaften“ sollten „Informationen“ geboten werden, meist in Bezugnahme auf angeblich bestehende „Unklarheiten“ der Zuordnung, gleichzeitig aber auch die NS-Organisationen vorgestellt werden. So stand in einem Artikel der „VST“ vom 12. September 1931: „Der NSLB hat mit Gewerkschaftsfragen nichts zu tun, er ist ein Kampfbund auf weltanschaulicher Grundlage.“ Die „Unpolitische Lehrergewerkschaft“ für die Volks- und Hauptschullehrer und der „V. d. M.“ (Verband der Mittelschullehrer, Anm. d. Verf.) für die Lehrer an Mittelschulen „steht (stehen, Anm. d. Verf.) hinsichtlich ihrer weltanschaulichen Einstellung dem nationalsozialistischen Lehrerbund näher als jede andere Lehrergewerkschaft, woraus zwangsläufig folgt, dass für den Nationalsozialisten dieser Schularten nur diese beiden Gewerkschaften in Betracht kommen.“ Die anderen Gewerkschaften, die „Freie Lehrergewerkschaft“ und die „Christliche Lehrergewerkschaft“, „stehen in weltanschaulicher Hinsicht in derart schroffem Gegensatz zum Nationalsozialismus, dass es kein Nationalsozialist mit seinem Gewissen vereinbaren kann, dem NS-Lehrerbund und einer dieser Gewerkschaften auf die Dauer anzugehören“. Der Artikel stammte von „Prof. G. Metzger aus Krems a.d. Donau“.⁶¹ Die Zielsetzungen des NSLB wurden auf einer „Kreistagung des Gauess Niederösterreich“ in der Stadt Amstetten ausgeführt. Dazu hieß es auf der „Kreistagung“ in der Stadt Amstetten am 12. November 1931 in einem Referat von „Pg. Schulrat Prof. G. Metzger: Der Nationalsozialistische Lehrerbund ist ein Kampfbund um die Lebensform des deutschen Menschen. Wir nationalsozialistischen Lehrer haben uns für die rassische Erhaltung unseres Volkstums entschieden; Der Nationalsozialistische Lehrerbund ist der weithin leuchtende Ausdruck dieses unseres Erhaltungswillens, und alle Lehrer, von der Hochschule angefangen bis zur Volksschule, haben sich in dieser Kampffront vereinigt.“⁶² Besonders die deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereine als Vorfeldorganisationen der NS boten damals das Reservoir für Übertritte zu den NS. Eine Feststellung in der „VST“ bestätigte die Übertrittsbewegung, wie sie auch für den politischen Bezirk Amstetten an Einzelmeldungen erkennbar ist. „Sehr viele SA-Führer sind aus dem Deutschen Turnerbund hervorgegangen.“ Vor allem „in Oberösterreich“ wurde diese Tatsache beobachtet. Es gab generell „viele Übertritte zur NSDAP“. Auch deutschnationale Jugendorganisationen brachten ihre Angehörigen geschlossen zu den NS. „Der deutsche Pfadfinderbund Oesterreichs hat seinen Beitritt zur HJ erklärt.“ Auch akademische Kreise in Amstetten hatten ihre Vorfeldorganisation im deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Bereich. Der Anteil der Akademiker als Träger dieses Gedankenguts dokumentiert sich besonders in den „Tafelrunden“ als städtischen Vereinen, die meist seit den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie als Abwehrbastionen der deutsch-„völkischen“

⁶⁰ Zur Situation in der „Oberschule für Jungen Waidhofen a.d. Ybbs“ in der „illegalen“ Zeit“ s. Anhang.

⁶¹ VST 2 v. 12.9.1931, S. 5.

⁶² VST 16 v. 19.12.1931, S. 2 Nationalsozialistischer Lehrerbund, Kreistagungen des Gauess Niederösterreich.

Akademiker gegenüber der drohenden „Slawisierung“ fungierten. Auch zugewanderte „Sudetendeutsche“ und Angehörige von sonstigen deutschen Sprachinseln der ehemaligen Monarchie (Amstetten betreffend besonders auch aus Slowenien) waren in ihnen vornehmlich vertreten. Sie waren in der Regel Schönerer-Anhänger. Ein solcher Verein bestand in der Stadt Amstetten seit 1901, wo die seit 25 Jahren bestehende Akademikerrunde ihr Gründungsjubiläum im Jahre 1926 feierte.⁶³

Ein entscheidender Schritt in Richtung Verankerung der zentralistischen Führungsstruktur der NS-Partei in der Stadt Amstetten war die Erklärung des Gasthauses Kronberger am Hauptplatz zur offiziellen Parteizentrale für die „Bezirksleitung Amstetten“ und gleichzeitig auch die „Ortsgruppenleitung Amstetten“ im Juni 1932. Kronberger war schon seit den 1920er Jahren das Parteilokal gewesen, jetzt hatte man aber nach dem Münchner Vorbild auch ein „Braunes Haus“ in der Stadt Amstetten. Der Hinweis, dass dieses Haus der Parteizentrale auch die „Unterkunft“ für die NS-Formationen sei, bestätigt die Tatsache, dass in Amstetten im Juni 1932 eine durchorganisierte „Ortsgruppe der NSDAP“ und die dazugehörigen „Gliederungen und angeschlossenen Verbände“ fertig aufgebaut waren. Die Schlagzeile „Ein ‚Braunes Heim‘ in Amstetten“ in der „VST“ vom 25. Juni 1932 wies stolz auf diese Erwerbung der NS-Führung von Amstetten hin: „Nun ist es auch der NSDAP in Bezirk und Stadt gelungen, gleich anderen Städten ein ‚Parteiheim‘ einzurichten. Im 1. Stock des Hauses Hauptplatz 24 (Gasthof Kronberger) wurden zwei Kanzleiräume und ein geräumiger Saal gemietet, für Stadt und Bezirk.“



Amstettner „Braunes Haus“, Gasthaus Ferdinand Kronberger, „Zum goldenen Hirschen“,

⁶³ VST 14 v. 1.4.1932, S. 6; AZ 20 v. 16.5.1926, S. 7 Deutsch-akademische Tafelrunde Amstetten feiert ihr 25-jähriges Stiftungsfest.

am Adolf Hitler-Platz, links das Nachbarhaus die von den NS neugebaute Gewerbebank, („Nazibank“), 1942. (Bild 20)

Folgender Hinweis zur Zweckbestimmung dieser wichtigen Erwerbung folgte: „Sowohl die politischen Abteilungen, die SS, SA, NSF, NSBO und HJ haben eine Unterkunft erhalten“, die die Grundlage für die weitere „ersprießliche Arbeit“ sein sollte. Hier sollten zukünftig „Mitgliedsanmeldungen, Aufklärungsschriften abgegeben und Auskünfte erteilt werden. (...) Die Amtswalter, Gemeindevertreter, Mitglieder im Bezirksfürsorgerat und Straßenausschuß halten dort ihre Sprechstunden ab.“⁶⁴

7.5.2. Amstetten profiliert sich als NS-Zentrum: „1. Kreistag“ in Amstetten, „Gliederungen und Verbände“ der NS-Partei im Einsatz

Amstetten als Zentrum der „Bezirks“-parteioorganisation mit starkem Einfluss auf die anderen damals bestehenden „Bezirksleitungen“ im politischen Bezirk konzentrierte die Parteitätigkeit ab Spätherbst 1931 bis zum Verbot im Juni 1933 im „Braunen Haus“. Vor allem die „Gliederungen“ und „Verbände“ der Partei, soweit sie damals bereits bestanden, hatten hier ihre Treffen, ihre „Bezirks“-versammlungen. Außerdem war die Stadt selbst Sitz von NS-Organisationen, die durch ihre Aufmärsche und Feiern bezirksweite Propagandawirkung zu erzielen versuchten.⁶⁵ „Bezirksleiter“ Wilhelm Grunert mit tatkräftiger Unterstützung des seit November 1931 hinzugekommenen Parteimitglieds Wolfgang Mitterdorfer, der sich immer mehr zum NS-Führer an der Seite seines Lehrmeisters profilierte, ging es um die rasche Verbreitung NS-Gedankenguts. Ihr gemeinsames Bemühen um die ständige Präsenz verschiedener NS-Organisationen in der Stadt wurde auch dadurch bestätigt, dass anlässlich des „Kreistages“ in der Stadt zum ersten Mal eine „Kreistagung des NSLB“ stattfand. Im Jahr 1932 wurde die Stadt im Sog des „1. Kreistages“ zu einem Zentrum von Parteiveranstaltungen, die den gesamten politischen Bezirk, also auch die benachbarten „Bezirksleitungen“, umfassten. Die „gau“-weite Propagandaoffensive ab Juli/August 1932 ging besonders von Amstetten aus, indem hier eines ihrer Zentren war, in dem besonders Funktionäre und Funktionärinnen des „Gaus Niederösterreich“ ihre politischen Aktivitäten, auch zur Unterstützung der einheimischen NS-Funktionäre, entfalteten.

Die zunehmende Versammlungstätigkeit der Partei ab Spätherbst 1931 wurde sowohl von der Stadt-Ortsgruppe allein als auch von der „Bezirksleitung“ in enger Zusammenarbeit mit dieser abgehalten. Vielfach waren die Führungsfunktionäre beider Parteiinstitutionen identisch. Anlässlich einer

⁶⁴ VST 26 v. 25.6.1932, S. 6; VST 31 v. 6.8.1932, S. 5. Die Versammlungen der NS-Partei der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs, der „NSDAP Ortsgruppe Waidhofen“, fanden im Brauhaus der Stadt Waidhofen a.d.Ybbs statt, wie eine derartige Versammlung am 24. Juli 1932 in der „VST“ erwähnt wurde, an der die gesamte „Ortsgruppenführung“ Waidhofen a.d.Ybbs teilgenommen hatte. Den „Vorsitz“ hatten „Ortsgruppenführer Pg. Kopelent“ und „Ortsgruppenleiterin Pgn. Ria Schiel“.

⁶⁵ EW 27 v. 1.7.1932, S. 4; vgl. EW 25 v. 18.6.1932, S. 4.

Versammlung in Amstetten am 13. November 1931 sprach „Ortsgruppenführer Kolar“ (= Hermann Kolar, späterer „Ortsgruppenleiter“ der „Ortsgruppe Amstetten Ost“, Anm. d. Verf.). Es gab eine „große Anzahl von Besuchern“. Es hielt auch ein „Pg. Ludwig Erber“ eine Rede. Wieder gab es Erfolgsmeldungen: Erwähnt wurden ein „ansehnlicher Zeitungsverkauf“, eine „reichliche Kampfspende“ und „Neubeitritte“. Amstetten war auch die Stadt der „Kreistage“ im „Kreis Mostviertel“. Unter „Kreistag“ verstand man damals Folgendes: An einem „Kreistag“ im „Kreis Mostviertel“, der im Gebiet einer NS-„Bezirksleitung“, die durch ihre Aktivitäten besonders auffiel, gleichsam als Belohnung abgehalten wurde, nahmen in der Regel nur die verschiedenen NS-Gruppen dieser „Bezirksleitung“ und der benachbarten „Bezirksleitungen“ teil. Selbstverständlich waren Führungsmitglieder der „Kreis“- und „Gau“-ebene, aber auch Gäste aus anderen Bundesländern dabei.⁶⁶ Die regionale Abgrenzung des jeweiligen „Kreises“ war damals noch nicht endgültig festgelegt: Jedenfalls gehörten die politischen Bezirke Amstetten, Melk und Scheibbs dazu, er muss sich aber bis St. Pölten erstreckt haben, weil diese Stadt der Hauptsitz des „Kreises Mostviertel“ war.⁶⁷

Der erste groß inszenierte „Kreistag“ der Partei wurde im politischen Bezirk in der „Bezirksleitung“ Amstetten 1932 abgehalten. Die Eröffnung der Propagandaoffensive in der zweiten Hälfte 1932 geschah durch ein anlässlich des „Kreistags“ in der Stadt abgehaltenes Führertreffen bedeutender NS-Funktionäre des Landes Niederösterreich im Rahmen des „Kreistages“ in Amstetten. Die Inszenierung dieses „Kreistages“ am 25. und 26. Juni 1932 fand auch Beachtung in der gegnerischen sozialdemokratischen Presse: Unter dem Titel „Nazitreffen in Amstetten“ wurde in der „EW“ vom 1. Juli 1932 über den „Kreistag“ berichtet. Eine Art Hierarchie in der NS-Führungsgruppe der Stadt bzw. der „Bezirksleitung“ des Gerichtsbezirks Amstetten ist anlässlich eines Führertreffens in der Stadt 1932 ersichtlich. Es wurde aus diesem Anlass die gesamte Führungsspitze der Stadtpartei bzw. der „Bezirksleitung“ genannt: Koczirz, Kolar, Mitterdorfer, Grunert. Insgesamt waren „645 Mann aus Wien, Niederösterreich und Oberösterreich“ versammelt. Die Redner waren „LAbg. Emmerich Langer und Josef Leopold“, der „Kreisleiter“ des „Kreises Mostviertel“ und der „Gauleiter“ von Niederösterreich. Auch von Sozialdemokraten wurde, wie die „EW“ selbst berichtet, diese Versammlung besucht.

Der „Kreistag“ vom 25./26. Juni 1932 war auch Beweis für die fortgeschrittene Organisationsstruktur im politischen Bezirk Amstetten, besonders der Amstettner SA. Es wurde von einem „SA-Sturm 1/X“ und einer „HJ“-Gruppe in der Stadt berichtet.

Die Weiterentwicklung der SA-Gruppe, auch ihr Fortbestehen in der „illegalen“ Phase, wurde besonders von zwei Amstettnern betrieben: Wolfgang Mitterdorfer und Hubert Koczirz.

⁶⁶ Zur „Kreis“einteilung s. I.9.1.5, I.9.1.6; VST 13 v. 28.11.1931, S. 4.

⁶⁷ Ebenda.

Mitterdorfer trat am 20. April 1933 in die „Jäger Standarte X, Standort: Amstetten“ ein, war gewöhnliches Mitglied der Standarte vom 20. April 1933 bis zum 16. Jänner 1935, wurde in der „illegalen“ Zeit ab Jänner 1935 „beauftragt mit der Führung der Standarte X“, ab Herbst 1933 bis 15. Jänner 1934 war er auch „beauftragt mit der Führung der Untergruppe Niederösterreich“, konnte diese Funktion ab diesem Zeitpunkt nicht mehr ausführen, weil er ab 15. Jänner bis Mai 1934 im „Anhaltelager“ Kaisersteinbruch interniert war, am 20. April 1933 wurde er zum „Sturmbannführer“ ernannt, er wurde „glaublich Standartenführer 9.11.1933 gemäß Verfügung von Obergruppenführer Reschny“. ⁶⁸ Der Postbeamte Koczirz wurde als "Verbotszeitkämpfer" und „Führer der Standarte J 10“, außerdem als "SA – Standartenführer" und Angehöriger der "SA - Gruppe Donau" bezeichnet. Seine "Parteidienszeit verlief ehrenamtlich vom 1. November 1930 bis 31.3.1938, hauptberuflich vom 1. April 1938 bis 22. Juni 1941". Letzteres Datum war der Tag, an dem er an der Ostfront fiel. Ob hier mit „Parteidienszeit“ die Zugehörigkeit und Tätigkeit als Parteimitglied oder als SA-Mitglied oder beides gemeint ist, muss offengelassen werden. ⁶⁹



Turnhalle des Deutschen Turnvereines Amstetten

Neue Turnhalle des Deutschen Turnvereines Amstetten, später „Jahn-Turnhalle“, 1929 eröffnet. (Bild 21)

⁶⁸ Zur Biografie Wolfgang Mitterdorfer s. Anhang; zu Hermann Reschny s. Anhang.

⁶⁹ Systematische Erfassung der NS – Funktionäre, BHA 210 (grüne Mappe). Registrierung der SA - Führer bzw. Funktionäre der SA - Standarte J 10 Amstetten (Muster D)
Bundesarchiv Berlin
PK 106 0020264
Hubert Koczirz
Reichsschatzmeister Zentral - Personalamt
Kriegshinterbliebenenversorgung, Berechnungsbogen für Hinterbliebenenversorgung, Zl. V 219/41
geb. 21.6.1907 in St. Valentin, gef. 22.6.1941 im Osten; Verfügung (Anordnung 9/40 des Reichsschatzmeisters)
v. 21.3.1942.

Die Feierfolge des „Kreistages“ im Juni 1932 nahm die für solche Ereignisse typischen NS-Feierinszenierungen nach dem „Anschluss“ 1938 bereits vorweg.⁷⁰ Der „Kreistag“ wurde am 25. und 26. Juni abgehalten. In der „VST“ vom 18. Juni 1932 wurde auch auf die NS-Feiern der „Fahnenübergaben“ besonders hingewiesen. Außer der „Gaufahnenübergabe an die HJ Niederösterreichs“ in Krems, dem „Sitz der Gauleitung von ‚Österreich unter der Enns‘“ am Pfingstsonntag, dem 12. Juni 1932, und der „Fahnenübergabe an die Wiener HJ“ am selben Tag fand auch eine „Fahnenübergabe an den SA-Sturm 1/X“ in Amstetten am „Kreistag“, und zwar am Sonntag, dem 26. Juni 1932, statt. Folgendes Feierritual wurde angeführt: Am 25. Juni abends fand der „Begrüßungsabend“ in der deutschen Turnhalle statt. Der Redner war Landtagsabgeordneter Emmo Langer, die Musik bot die „NS-Kapelle Amstetten“. Am 26. Juni vormittags fand ein Konzert der „gesamten SA-Kapelle Wien“ auf dem Hauptplatz statt. Nachmittags wurde die eigentliche „Festversammlung am Turnplatz des Deutschen Turnvereins Amstetten, F. L. Jahn-Straße 10“, abgehalten./ Die „Vortragsordnung“ sah folgendermaßen aus:⁷¹

1. Musikstück der SA-Kapelle
2. Einmarsch der SA
3. Musikeinlage der SA-Kapelle
4. Übergabe der Fahne an den SA-Sturm 1/X Amstetten durch den Gruppenführer Österreichs Bundesrat Reschny
5. Kreuzritter-Fanfare 6. Festrede, gehalten von Gauleiter Landesrat Josef Leopold, Krems
7. Musikeinlage der SA-Kapelle
8. Sprechchöre der HJ
9. Musikeinlage der SA-Kapelle 1
10. Abmarsch der SA
11. Konzert

Die Propagandaberichterstattung in der NS-Presse zog sich über mehrere Wochen hin. Die ritualisierte, nach typischem NS-Muster inszenierte Feiergestaltung des „Kreistages“ bzw. der „Bezirksführertagung“ fand ihren Abschluss in der „VST“ vom 9. Juli 1932: Unter den Schlagzeilen „SA-Fahnenübergabe in Amstetten am 25. und 26.6.1932 (Samstag und Sonntag)“ und „Amstetten im Zeichen des Hakenkreuzes und der Braunhemden“ wurde das „Ergebnis“ dieser Parteiversammlung präsentiert.

Im Rahmen solcher Parteitage wurden auch die „Sprechtage“ der Partei, besonders wenn Parteiprominenz anwesend war, abgehalten. Am 25. Juni wurde von „Labg. Pg. Emmo Langer“ im „Parteiheim“ ein Sprechtag abgehalten, der „sehr gut“ besucht war. Den „Begrüßungsabend“ am 25.

⁷⁰ Vgl. den ersten „Kreistag“ nach der „Machtergreifung“ der NS II.20.2. Der erste und gleichzeitig letzte „Kreistag“ nach der „Machtergreifung“ fand ebenfalls im selben Monat, am 10. und 11. Juni 1939, statt.

⁷¹ VST 25 v. 18.6.1932, S. 4.

Juni gestaltete (siehe Ankündigung oben) der „SA-Gruppenführer Österreichs Bundesrat Reschny, Stabsführer Türk, der Adjutant des Stabschefs Graf Du Moulin und Eckart hatten sich eingefunden“. Die Versammlung wurde in der Turnhalle des „Deutschen Turnvereines Amstetten“ abgehalten und mit Lautsprechern nach außen übertragen, weil der Saal „überfüllt“ war. Die „neugegründete NS-Kapelle“ sorgte für die musikalische Begleitung. Die Begrüßung der Gäste führte „Bezirksleiter Mitterdorfer“ durch. Die Hauptrede hielt Emmo Langer. Der „Höhepunkt des Abends“ war die Aufführung des Festspiels „Volk in Not“, „lebende Bilder aus der deutschen Freiheitsbewegung, verfasst und vorgetragen von Pg. Rechnungsrat Wilhelm Grunert“. Zum Text hatte der „SS-Scharführer Pazelt eine Reihe lebender Bilder gestellt. (...) Am Sonntag beherrschte Hitlers braune Armee (...) die Straßen der Stadt. Einem Heerlager glich der Hauptplatz. Lastautos, dicht besetzt mit SA und SS rollten heran. Pg. Langer hielt wieder einen Sprechtag ab.“ Die „Bezirksführertagung“ fand im Parteiheim statt, „welche Gauleiter Leopold eröffnete.“ Dieser war „inzwischen“ eingetroffen. Der Parteitag bewies auch, dass bereits NS-Formationen in der Stadt bestanden: „Zur selben Zeit fand im Hotel Hofmann eine öffentliche nationalsozialistische Lehrerversammlung statt, in der Professor Metzger über Aufgaben des nationalsozialistischen Lehrerbundes sprach. Inzwischen konzertierte auf dem Hauptplatz die gesamte SA-Kapelle Wiens, deren Darbietungen eine dichtgedrängte Menschenmenge lauschte. Nachmittags formierte sich ein Festzug, der von einer SS-Abteilung eröffnet wurde, es folgten die politischen Führer, die SA mit ihren Fahnen, die HJ, der BDM und die SS.“

Es folgte eine Rede des „Gruppenführers Reschny über die Aufgaben der SA“. Dann wurde das Ritual der „Fahnenhissung“ durchgeführt: Die „Fahne des Sturmes 1/10“ wurde aufgezogen, der „Fahneneid (...) vom Sturmführer“ geschworen. Der „Sturmführer leistete die feierliche Angelobung“, die „Rede des Gauleiters Landesrat Leopold“ beendete den „Kreistag“. Auffällig ist, dass kein Amstettner Parteiführer bzw. Ortsgruppenleiter explizit erwähnt wurde. In der Lokalberichterstattung zu diesem „Kreistag“ wurde Wilhelm Grunert auffallend oft genannt, er trat laufend – ohne nähere Bezeichnung seiner Funktion – als „Führer“ an vorderster Front auf. Es ist anzunehmen, dass er die Ortsgruppe Amstetten leitete. Die tatsächliche Machtübernahme durch Mitterdorfer als „Bezirksleiter“ dürfte damals noch nicht von allen NS akzeptiert worden sein, Grunert dürfte noch eine starke Anhängerschaft in der Partei und in den Lokalmedien gehabt haben.⁷²

Auch die Amstettner Lokalpresse berichtete von der „SA-Fahnenübergabe in Amstetten“ sehr ausführlich. So wurden in der „AZ“ vom 9. Juli 1932 von der Aufführung „Volk in Not“ und vom

⁷² VST 28 v. 9.7.1932, S. 6.

„Sturm 1/X SA“ entsprechende Informationen gebracht. Auf Seite 3 der „AZ“ vom 9. Juli 1932 wurden die „NS-Mandatare für die öffentlichen Körperschaften“ vorgestellt.⁷³

Der politische Gegner der Sozialdemokratie blieb aber nicht inaktiv. In der „EW“ vom 1. Juli 1932 erfolgte die Ankündigung einer nachträglich abzuhaltenden „Gegendemonstration“ für den 7. August 1932 durch die Sozialdemokraten in Amstetten.⁷⁴

7.5.3. „Versammlungsstürme“

Nach jener Eröffnungsveranstaltung des „Kreistages“ im August 1932 begannen die sogenannten „Versammlungsstürme“, in deren dicht abgehaltenen Veranstaltungsfolge alle bereits bestehenden NS-Organisationen gezielt eingesetzt wurden, um ein möglichst breites Adressatenfeld zu erreichen. Unter dem Titel „Versammlungssturm“ war in der „VST“ vom 6. August 1932 bezüglich Amstetten zu lesen: „Die hiesige Ortsgruppe veranstaltete am 23.7. im Gasthof Todt unter dem Vorsitz von Ortsgruppenführer Pg. Kolar eine Frauenversammlung, in der Gau-Frauenschaftsführerin Pgn. Emma Ratzenberger über die Notwendigkeit der nationalsozialistischen Einstellung der Frau sprach.“ „Rechnungsrat Pg. Grunert“ brachte „Ergänzungen“. „Frauenschaftsführerin der Ortsgruppe Pgn. Dienstl“ erließ eine „Aufforderung zum Beitritt“. „Ortsgruppenleiterin Pgn. Ria Schiel“ sprach über die NSF. Zudem waren wie immer „viele Neubetritte“ zu verzeichnen. Die Erwähnung in derselben Ausgabe der „VST“ vom 6. August 1932, dass in Niederösterreich „60 niederösterreichische Gemeinderäte“ aus anderen Parteien zur NSDAP „in der letzten Zeit“ übergetreten seien (sie waren in diesem Artikel nach Parteien aufgeschlüsselt), sollte allgemein zu ähnlichem Handeln bzw. zu den dafür notwendigen Aktivitäten der NS-Funktionäre gegenüber den Gemeinderäten der anderen politischen Gruppierungen motivieren.⁷⁵ Die angekündigte „Gegendemonstration“ der Amstettner Sozialdemokratie hatte auch tatsächlich stattgefunden. Die Reaktionen des politischen Gegners auf die NS-Propagandaoffensive waren in der „VST“ vom 20. August 1932 unter dem Titel „Der Schutzbundaufmarsch in Amstetten“ nachzulesen. Zum „Aufmarsch des Schutzbundes“ am 7. August 1932 in der Stadt Amstetten hieß es aus der Sicht des NS-Berichterstatters hämisch in einer Gegenüberstellung mit der SA: „Aus den angekündigten 12.000 Mann, mit den man den Amstettnern

⁷³ AZ 27 v. 2.7.1932, S. 2; AZ 28 v. 9.7.1932, S. 2.

⁷⁴ EW 27 v. 1.7.1932, S. 4.

⁷⁵ VST 31 v. 6.8.1932, S. 5; Emma Ratzenberger stammte aus der Ortsgruppe Amstetten, Ria Schiel leitete die Ortsgruppe Waidhofen. Vgl. „Ortsgruppe“ Waidhofen a.d.Ybbs. Ebenda, S. 5 „Im Brauhaus fand am 24.7. unter Vorsitz des „Ortsgruppenführers“ Pg. Kopelent eine Frauenversammlung statt, zu der ca. 160 Frauen aus allen Ständen erschienen waren.“ „Gaufrauenschaftsführerin Pgn. Emma Ratzenberger“ hielt die Hauptrede. Die Versammlungstätigkeit hatte bereits im Juli zugenommen, wenn auch nicht als „Versammlungsstürme“, sie fand ihren Niederschlag in der bürgerlichen Lokalpresse: „AZ“ vom 23. Juli 1932: „NSDAP-Versammlungen im Bezirk Amstetten“, „AZ“ vom 30. Juli 1932: „NS Frauenversammlung“. Die „Versammlungsstürme“ betreffend berichtet die „VST“ am 3. September 1932: „Versammlung in Amstetten“ AZ 30 v. 23.7.1932, S. 4; AZ 31 v. 30.7.1932, S. 4; VST 34 v. 3.9.1932, S. 6.

zu imponieren hoffte, waren nur 297 uniformierte Schutzbündler gekommen.“ Die Sozialdemokratische Partei habe sich „mit diesem Aufmarsch eine arge Schlappe zugezogen, zumal den Amstettern das letzte SA-Treffen vom 25. und 26. Juni und die straffe, wohldisziplinierte Haltung der braunen Truppen noch in allzu lebhafter Erinnerung ist“. Die „Schutzbündler“ seien „in nicht gerade soldatischer Haltung“ aufgetreten. Die Hauptredner waren „General Maier und Stadtrat Speiser“. Es habe damals auch „Drohungen gegen das nationalsozialistische Parteiheim“ gegeben. Man „unterließ es aber, gegen das stark geschützte Parteiheim“ vorzugehen.⁷⁶

7.5.4. *Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des NS-„Kulturbetriebes“*⁷⁷

Dazu gehörten der Einsatz der SA und der SS anlässlich von Feierinszenierungen, der Einsatz speziell ausgewählter Literatur und Bühnenstücke aus aktuellen Gründen, zeit- und ortsgebunden, oft der eigentlichen literarischen Intention völlig entfremdet, als Instrument der Propaganda, eine Strategie, die die NS nicht mehr aufgeben sollten. Dazu war die Beschaffung der notwendigen Mittel erforderlich. In kurzer Zeit gab es eine Theatergruppe, eine Musikkapelle etc. Die Inszenierungen von als wichtig erachteten, besonders für die Propaganda nicht wegzudenkenden Ereignissen wurden ab der zweiten Jahreshälfte 1932 in möglichst dichter Abfolge veranstaltet. Die sogenannten „Bunten Abende“ waren neben den weitergeführten „Familienabenden“ beliebte Kulturveranstaltungen der NSDAP, die sich- geschickt-gesteuert großen Zulaufs erfreuten und sich im Bewusstsein der Bevölkerung verankerten. Auch sonstige Aufführungen im Rahmen des „Kulturbetriebes“ erreichten viel Zustimmung in einer Zeit der Krisenerscheinungen und der Notlage.

Die Berichterstattung erfolgte nun regelmäßig in der „VST“, wobei ein positives Lebensgefühl vermittelt werden sollte: Die Betitelung „Bunter Abend in Amstetten“ und „Familienabend“ herrschten vor.⁷⁸ Unter der Devise „Beim Heurigen in Grinzing“ hielt die „Ortsgruppe der NSDAP“ am 9. Juli 1932 im Gasthof Todt „einen massenhaft besuchten Familienabend“ ab. Es fanden „Darbietungen der NS-Kapelle unter Leitung des Musikfeldwebels Karl Braun“ statt. „Der heimatliche Mundartdichter Karl Pschorn wurde stürmisch gefeiert“. Er hatte mit „ernsten völkischen Vorträgen“ zur Vermittlung der NS-Ideologie beigetragen. Weitere mitwirkende Amstettnen waren „Fr. Preßl mit Lautenliedern, die Damen Roll und Fellner mit Gesangsdarbietungen, Frl. Köppl am Klavier, Pg. Hans Fellner mit Dialektvorträgen“. Abschließend hieß es: „Die Ortsgruppe Amstetten hat die Absicht, die zahlreichen Freunde und Gönner der Bewegung auch in familiärer Weise miteinander zu verbinden.“ Der nächste „Familienabend in Amstetten“ fand am 24. September 1932 statt.⁷⁹ Andere Aktionen der NS-Kulturaktivitäten waren Bühnenaufführungen populärer Volksstücke, aber auch heimatbezogener

⁷⁶ VST 34 v. 20.8.1932, S. 5 Der Schutzbundaufmarsch in Amstetten.

⁷⁷ S. auch oben das „Festspiel 'Volk in Not'“.

⁷⁸ VST 29 v. 16.7.1932, S. 4.

⁷⁹ VST 39 v. 24.9.1932, S. 7; zu den „Bunten Abenden“ s. II.9.

Ideologietransfer wurde betrieben. Anfangs Juli 1932 hatten kulturelle Aktivitäten dieser Kategorie begonnen: „NSDAP Ortsgruppe Amstetten, Bühnenaufführung in Greinsfurt“.⁸⁰

Schon damals erschien es den NS opportun, ihre Ideologie in kleinen Portionen zu verabreichen. Die gezielt ausgewählten Stücke müssen unter diesem Aspekt gesehen werden. Dazwischen wurden verschiedene bekannte Symbole aus der näheren und weiteren Region für den NS ideologisch vereinnahmt. So wurde auch der Ötscher in die NS-Ideologie als Symbol des deutsch-„völkischen“ Nationalismus miteinbezogen. Wenn es in der „AZ“ vom 6. Juli 1932 hieß: „Ötscher, der stolze Wächter der alten Ostmark“, so wurde dieser symbolisch als „Bollwerk“ gegen die aus südöstlicher Richtung „heranrückenden“ Slawen verstanden.⁸¹ Alle Anlässe des täglichen Lebens wurden zur propagandistischen Demonstration für den NS umfunktioniert. Besonders geeignet erschienen für NS-Demonstrationen Begräbnisse. Die Begräbnisse von verstorbenen Parteiangehörigen wurden zu einem geschickt benützten Instrument propagandistischer Inszenierungen. Parteimitglied Wilhelm Grunert, ehemals großdeutscher Gemeinderat und zuletzt NS-Parteiführer, „Bezirksleiter Amstetten“, war im Oktober 1932 gestorben. Er hatte genauso wie Mitterdorfer auf der Liste der Großdeutschen Volkspartei für den Gemeinderat bei der letzten Gemeinderatswahl 1929 kandidiert, hatte nach dem Ausscheiden Mitterdorfers seine Funktionen übernommen, war auch Mitglied des bedeutendsten deutsch-„völkischen“ Vereins in der Stadt, des „Deutschen Turnvereines“, gewesen. Außerdem hatte er nach seinem Übertritt in die NS-Partei NSDAP „Hitlerbewegung“ noch weitere Funktionen in dieser Gruppe bekleidet. Mitterdorfer hat unmittelbar nach dem Ableben Grunerts die „Bezirksleiter“-stelle übernommen.⁸² Anlässlich des Leichenbegängnisses am 15. Oktober 1932 waren alle bereits bestehenden Formationen der NSDAP aufmarschiert. Es nahmen an den Begräbnisfeierlichkeiten des ehemaligen Gemeinderats die Angehörigen anderer politischer Gruppierungen, Vertreter der Stadt und der Bezirksverwaltung teil, was die Wertschätzung des NS-Kollegen belegt. Anlässlich dieses Aufmarsches war das Partei Umfeld der Amstettner NSDAP aus dem gesamten politischen Bezirk vertreten, vor allem die „Gliederungen“ der SA. Die Bedeutung des „Parteigenossen“ war auch an der Tatsache zu erkennen, dass prominente NS des „Kreises“ teilnahmen. Der Trauerzug zeigt das deutsch-„völkisch“-nationalsozialistische Lager: „Es eröffneten der Deutsche Turnverein Amstetten und Abordnungen der Turnvereine aus der Umgebung, dann folgten Vertreter des M.G.V. Amstetten 1862, die SA-Reserve und die NSF, hierauf die SA-Abordnungen der Stürme 1/X, 7/X und 8/X mit der Sturmflagge 1/X, die politische Leitung mit Abgeordnetem Emmo Langer, Bezirksleiter Mag. Mitterdorfer und Hauptortgruppenleiter Kolar an

⁸⁰ AZ 32 v. 6.7.1932, S. 7. Auffallend ist, dass ab der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Dollfuß die Berichterstattung über NS-Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte 1932 in den Amstettner Lokalmedien stark abnahm. Erst ab Jahresanfang 1933 nahm sie wieder zu.

⁸¹ AZ 32 v. 6.7.1932, S. 5; s. Katalog des Dokumentationszentrums Neuhofen a.d.Ybbs.

⁸² Zu Wilhelm Grunert s. AZ 42 v. 15.10.1932, S. 4.

der Spitze. Den imposanten Zug der Braunhemden schloß die SS Amstetten.“ Dann folgten den Amstettner NS die Gemeindevertretung mit Bürgermeister Ludwig Resch, die Beamtschaft der Bezirkssteuerbehörde und des Steueramtes (dort war er als „Rechnungsrat“ zuletzt beruflich tätig gewesen, Anm. d. Verf.). Bezirksleiter Wilhelm Schramm hielt „namens der Turnvereine (DTV)“ die Leichenrede. Für den „Gau Niederösterreich der NSDAP“ sprach Abgeordneter Emmo Langer aus St. Pölten, in Vertretung von „Gauleiter“ Leopold. Er „würdigte die Verdienste des Verstorbenen um die Hitlerbewegung als Gauredner, Wahlkreisleiter und Gemeinderat“. ⁸³

Jede der parteipolitischen Gruppierungen betrieb Mitgliederwerbung und Indoktrination, die auch vor unlauteren Mitteln nicht zurückschreckte, wobei in der Wahl der Methoden unterschieden werden muss. Schwere Vorwürfe wurden in der sozialdemokratischen Lokalpresse („EW“ vom 12. Februar 1933) erhoben. Unter der Schlagzeile „Nationalsozialistischer Kinderfang“ wurde die „Agitation der Nazis, die von ihnen unter Kindern betrieben wird seit neuester Zeit, auch unter Minderjährigen“, schwer kritisiert. Zur Vorgangsweise der NS hieß es dazu grundsätzlich: „Ein Kind kann überhaupt keine rechtsgültigen Erklärungen abgeben.“ Nach folgendem ausgeklügelten System wurde bei der „Mitgliederwerbung“ zur HJ verfahren: „Vorsichtshalber werden in die Aufnahmeerklärung zur HJ die Unterschrift des Vaters oder des Vormundes aufgenommen. Die Erklärungen werden den Schülern direkt in der Schule eingehändigt, dort werden sie bearbeitet, und viele Kinder erklären sich dann in Unkenntnis, was man eigentlich von ihnen verlangt, zum Beitritt bereit, füllen die Erklärung aus oder lassen sie ausfüllen, noch bevor sie mit ihren Eltern überhaupt darüber gesprochen haben.“ ⁸⁴

Die propagandistischen Werbeveranstaltungen der NSDAP umfassten seit Ende 1931 nachweislich immer alle deutsch-„völkischen“ Vereine der Stadt, in denen die große Mehrheit der Parteiangehörigen als aktive Mitglieder vertreten war. Demokratiepolitisch interessant ist, dass an den von der NSDAP „Hitlerbewegung“ organisierten Veranstaltungen der politische Gegner selbst vertreten war und bei Vereinsveranstaltungen alle anderen von der Sache her angesprochenen Vereine es als eine Selbstverständlichkeit ansahen, an der Veranstaltung der Einladung entsprechend teilzunehmen. Dieses Verhalten lässt sich bis zur Regierungsübernahme durch Dollfuß im Mai 1932 aus der Berichterstattung der Lokalzeitungen nachweisen, gegen Ende 1932 nahmen die Konflikte zwischen den politischen Lagern zu, ab der Ausschaltung der Demokratie durch Dollfuß am 4. März 1933 gab es keine demokratischen Spielregeln mehr.

7.5.5. Ein neuer politischer Gegner im Parteienspektrum

Der unaufhaltsame Aufstieg der österreichischen Nationalsozialisten war absehbar, wenn man den Kontext berücksichtigt. Nicht nur bot die christlichsoziale Lokalpresse das Sprachrohr für die NS-

⁸³ AZ 43 v. 22.10.1932, S. 3.

⁸⁴ EW 7 v. 17.2.1933, S. 3.

Aktivitäten und förderte somit den Aufstieg der NS-Partei, sondern immer mehr war auch zu beobachten, wie die deutschnational bzw. deutsch-„völkisch“ ausgerichteten Vereine zu Mithelfern in der Aufbauphase der NS-„Bewegung“ und zu einem mitgestaltenden Bestandteil wurden. Dabei überrascht, dass die Aufbauhilfe ohne irgendwelche Bedenken leisteten, weil doch in vielen deutschnationalen Vereinen auch Angehörige gemäßigter Richtungen oder überhaupt des politischen Gegners des bürgerlichen Lagers aktiv tätig waren. Zum damaligen Zeitpunkt leisteten sie für die NS-„Bewegung“ besonders durch ihre gemeinsame sozialkaritative Tätigkeit und auch durch ihre ideologische Vorarbeit in Einzelbereichen wertvolle Dienste, was die NS für Propagandazwecke ausnützten. Diese Vereine arbeiteten als nützliche Institutionen der NSDAP „Hitlerbewegung“ voraus, verstärkt dadurch, dass ihre jeweils in den Vereinsstatuten festgehaltenen programmatischen Ziele oft Teilzielen der NS-Ideologie entsprachen. Somit wurden sie auch das Rekrutierungsfeld für viele NS-Parteigenossen. Besonders in der Verbotszeit waren sie die wichtigste Existenzgrundlage der NS-Partei, weil sie Rückzugsgebiete für ihre „illegalen“ Parteiangehörigen brauchte, wo sie ihre politisch-ideologischen Aktivitäten fortsetzen konnten. Viele dieser österreichischen „nationalen“ Vereine fielen aber nach der „Machtergreifung“ den NS-„Gleichschaltungs“maßnahmen zum Opfer, d. h. sie wurden den bereits bestehenden reichsdeutschen Vereinen trotz oft heftiger Gegenwehr, wie auch in Amstetten erkennbar war, auch unter Aufgabe ihrer Vereinsidentität zwangseingegliedert. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan, wurden als selbständiger Verein nicht mehr benötigt und auch gemäß dem NS-Zentralismus bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht mehr geduldet.

Die Intensität der NS-Veranstaltungen nahm ab Ende 1932 zu. Die Konfliktsituation zwischen den politischen Lagern hatte sich verschärft. NS-Veranstaltungen und die der politischen Gegner konnten zu Silvester 1932 nur mehr nach einem behördlich verordneten politischen „Weihnachtsfrieden“, der auch eingehalten wurde, abgehalten werden. Über die Silvesterfeier der NSDAP Amstetten wurde berichtet: „Die Partei veranstaltete in ihrem Parteiheim in Amstetten, Gasthaus Kronberger, Hauptplatz 24, eine sehr gut besuchte Silvesterfeier.“ Ein Teil der in Amstetten bestehenden parteieigenen „N.S.-Kapelle“ sorgte für die musikalische Unterhaltung. Zur Charakteristik der Feier meinte man aus NS-Sicht im Vergleich zu den anderen Feiern: „Fern von jeder, der Zeit nicht mehr angepaßten Tamtam-Silvesterfeier war diese mehr im familiären Rahmen gehaltene Silvesterfeier dem Abschlusse des Jahres 1932 angepasst.“⁸⁵

Jede parteipolitische Gruppierung konnte damals, zum letzten Mal, ihre Feier mit ihren eigenen Vereinen in der Stadt abhalten. Im großen Ginnersaal hielt der Männergesangsverein „Liederhort“, der Gesangsverein der Sozialdemokraten, seine Feier ab, „im Saal Todt der Christlich-deutsche Turnverein, im Gasthof Brandstötter der Oe.T.C., im Clubheim Dingl der Oe.M.V., im Vereinsheim Hotel Hofmann der Männergesangsverein Amstetten 1862, im Vereinsheim Todt der M.G.V.

⁸⁵ AZ 2 v. 7.1.1933, S. 3.

„Liederkranz“ Amstetten, im Hotel Hofmann der Österreichische Touring-Club, Sektion Amstetten, im Vereinsheim Gasthof Weinbacher die M.G.V. Sängerrunde Reiter, Amstetten und im Hotel Hofmann der Deutsche Turnverein“.⁸⁶

Obwohl keine Wahlen zu schlagen waren, ist eine auffallend rege Parteitätigkeit ab Jänner 1933 nach Ablauf des „Weihnachtsfriedens“ nachzuweisen. Die NS starteten eine Art Großoffensive zu Umsetzung ihres ideologischen Programms, worauf sowohl die Intensität als auch die Variationsbreite der Veranstaltungen hinwiesen. In dieser Zeit der vermehrten Beitritte zur Partei von Jänner bis Juni 1933 verbuchten sie ihre letzten großen Erfolge vor dem Parteiverbot. Die Werbetätigkeit des vergangenen Jahres zeigte seit Beginn 1933 ihre konkreten Auswirkungen, besonders verstärkt durch die propagandistische Großoffensive seit Jänner 1933. Auf den Parteiversammlungen, die eine ständig steigende Besucherzahl aus allen Gesellschaftsschichten aufwiesen, konnten Einbrüche auch in bisher eher abseits stehende Berufsgruppen erzielt werden. Diese Tatsache blieb dem politischen Gegner natürlich nicht verborgen. Handlungsbedarf war das Gebot der Stunde, als Erfolgsmeldung auf Erfolgsmeldung die Lokalzeitungen füllte. Augenzeugenberichte bestätigen diese Tendenz.⁸⁷ Diese Aktivitäten wurden von NS-Führern aus Linz und aus Deutschland unterstützt, wobei psychologisch-taktisch geschickt der Aufwind der Machtübernahme Adolf Hitlers benutzt wurde. Wo es notwendig erschien, wurde gegen den politischen Gegner heftig polemisiert. Dieser neue Aktivismus, der den politischen Anspruch auf gesellschaftliche und politische Kompetenz der NS aufzeigen sollte, wurde unterlegt mit einer zunehmenden, parallel verlaufenden politischen Gewaltanwendung, die vorerst ein abruptes Ende der Tätigkeiten herbeiführen sollte.

Eine der Voraussetzungen für den Erfolg der NS war die Möglichkeit der Benutzung der städtischen Infrastruktur. Bereitwillig stellte die Stadtverwaltung den größten Saal der Stadt zur Verfügung, wenn hochrangige Funktionäre aus Deutschland ihre Propagandaoffensiven führten. Neues ständiges Versammlungslokal neben dem „Braunen Haus“ der Stadt Amstetten war der Gasthof Todt. Die Amstettner Gewerbebank, deren Leitung sich in der Hand der NS befand, stellte sich als Geldinstitut dem Geldbedarf und -verkehr zur Verfügung und bildete das notwendige finanzielle Rückgrat der Partei. Besonderes Kennzeichen aller Veranstaltungen war die geschickte Kombinationsfähigkeit von Ideologietransfer, sozialkaritativer Tätigkeit und Unterhaltung als untrennbare Einheit, besonders in der öffentlichen Präsentation, wodurch der „Volksgemeinschafts“-charakter für jeden sichtbar inszeniert werden konnte. Laufend veröffentlichtes Zahlenmaterial über die vielen Spendenaktionen

⁸⁶ AZ 3 v. 14.1.1933, S. 2.

⁸⁷ S. Gesprächsprotokolle, Bondereva Helene, Amstetten (Tochter des „Kreishauptmanns“ Franz Gruber, v. 27.7.1994, Braunshofer Karl, Ortsvorsteher Preinsbach, v. 2.7.1994, Freihammer Josef, Amstetten, v. 27.7.1998, Kühn Alfons, Amstetten, v. 2.6.1994, Rameis Franz, Waidhofen a.d.Ybbs, v. 17.6.1992, Reikersdorfer Leopold, Amstetten, v. 17.6.1994, alle Sammlung Ziskovsky.

sollte vor allem das Bemühen um die Menschen, die durch das soziale Netz zu fallen schienen, eindringlich vor Augen führen. Dieser populistisch vermittelte Aspekt der Propaganda war ein Gebot der Stunde und sehr werbewirksam, vor allem in dem für alle leicht überschaubaren Bereich der Stadt. Sozialkaritative Dauereinrichtungen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen sollten von der Ehrlichkeit des Anliegens künden. Die stereotype Wiederholung wurde zum Prinzip der propagandistischen Vermittlung gemacht. Wichtig für den Erfolg war, dass die beiden Amstettner Lokalblätter des politischen Gegners, „AZ und „AN“, mitspielten, indem sie die NS in ihre Berichterstattung weiterhin miteinbezogen.

Die politische Agitation wurde bereits gegen Ende 1932 immer heftiger und hektischer, sodass bereits zu Weihnachten eine Art politischer Waffenstillstand in Form eines „Weihnachtsfriedens“ erlassen worden war, der zeitlich begrenzt war. Innerhalb dieser Zeit war jede Art politischer Versammlungen verboten. Zu Ostern des folgenden Jahres sollte sich dieser verordnete Stillstand wiederholen.

Nach dieser verordneten Friedenszeit ging das Gegeneinander gleichsam aufgestaut wieder mit äußerster Vehemenz los. Im großen Ginnersaal fand die erste Vollversammlung der Partei „nach dem Fey'schen Weihnachtsfriedensdiktat“ statt. „Reichsredner Ing. Vogl“ aus München sprach über Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienstpflcht, sowie über die allgemeine politische Lage. Wichtig war immer das propagandistisch motivierte Selbstlob, wie es anlässlich des großen Erfolgs der „Winterhilfreaktion der NSDAP, Bezirksleitung Amstetten“ medial präsentiert wurde: „Diese Leistung konnte nur durch die aufopferungsvolle Tätigkeit unserer Frauenschaft, sowie durch die übrigen Mitarbeiter der Winterhilfe Amstetten erbracht werden. Wesentlich unterstützt und ermöglicht wird diese soziale Hilfe durch die edelmütigen Gönner und Freunde unserer Bewegung, die diese in unserer Stadt einzig dastehende Winterhilfe Amstetten tatkräftig unterstützten.“ Das „praktische soziale Wirken“ sollte weiter unterstützt werden, Naturalspenden sollten in der Parteikanzlei, Amstetten, Hauptplatz 24, Geldspenden bei der Gewerbebank Amstetten auf „N.S.-Winterhilfekonto“ gegeben werden. Gegen innere Gegner wurde konsequent vorgegangen: Ein „Ausschluß aus der NSDAP“ wurde über Adolf Mach ausgesprochen, der sich nach Meinung der NS „Verleumdungen gegen die Partei“ zu Schulden kommen hatte lassen. Von der Firma Ita wurden Beträge für eine Weihnachtsbescherung der Arbeiter zur Verfügung gestellt, diese sollen „unrechtmäßig verwendet und vertrunken worden sein, (...) die von Herrn Ita mit der Verteilung betrauten Personen werden Mach zur Verantwortung wegen dieser Verleumdung bei Gericht zur Verantwortung ziehen.“ Von einem Gerichtsverfahren wurde nichts in Erfahrung gebracht, es dürfte sich entweder nach internen Streitigkeiten um einen Racheakt des später Ausgeschlossenen gehandelt haben oder dieser hatte tatsächlich eine Betrugssache aufgedeckt und sie

unerlaubterweise öffentlich gemeldet.⁸⁸ Gerade ab Beginn 1933 sind neben den zunehmenden terroristischen Aktivitäten der NS auch sonstige intensive Bemühungen um eine breitere Verankerung in der Bevölkerung zu beobachten. Es sieht daher nach einem eigenartigen Widerspruch im taktischen Vorgehen aus, dass diese destruktiven Gewaltaktionen gleichzeitig mit konträren Werbe- und Akzeptanzgewinnungsaktionen gesetzt wurden. Sie fanden auch ein mehrheitlich negatives Echo in der Bevölkerung. Es hat den Anschein, dass das parallele Vorgehen separierten Gruppen, besonders einzelnen SA-Einheiten, die ohne Zustimmung der lokalen NS-Führung handelten, zuzuschreiben war.

Die erste für die städtische Öffentlichkeit bestimmte Großveranstaltung der NSDAP im Jahr 1933 fand am 20. Jänner 1933 im Amstettner Stadtsaal, dem Ginnersaal, statt. Es sprach „Ing. Vogl aus München drei Stunden über die positive, wiederaufbauende Tendenz des NS“.⁸⁹ Auch die „AN“ vom 15. Jänner 1933 hatten auf diese NSDAP Versammlung in Amstetten am 20. Jänner 1933 im Ginnersaal hingewiesen. Es war die „1. Versammlung der NSDAP“ in diesem Jahr. Die „Bezirksleitung der NSDAP“ hatte zugunsten der Winterhilfsaktion einen Tanzabend im Saale Todt veranstaltet. Es wurde auch eine der beliebten „Bilanzen“ gebracht: „2.400 vollständige Mittagessen in 45 Tagen“ wurden „seit dem 5.12.1932 für Ausgesteuerte und Arbeitslose und deren Familien durch die NSF, durch Natural- und Geldspenden verabreicht“. Gleichzeitig wurde ein „Aufruf für Geldspenden bei der Gewerbebank Amstetten“ erlassen.⁹⁰ Zur Tätigkeit der „N.S.-Notstandsküche“ in Amstetten hieß es im Jänner 1933: „Zur Ausspeisung armer Volksgenossen“ erhielten 70 Menschen in Amstetten täglich ein „kräftiges Mittagessen“.

Die Verbreiterung der sozialen Basis wurde regelmäßig in den Berichten der Lokalpresse kolportiert, indem laufend auf Übertritte hingewiesen wurde. Die NSDAP selbst hatte ihre „große Hauptversammlung am 22. Jänner 1933 im Gasthof Todt“. Es wurde „gegen Verelendung in der Heimat und Steuerdruck“ polemisiert. Gleichzeitig verabreichte die „NS-Notstandsküche“ im Rahmen einer Ausspeisung für 70 Personen ein warmes Essen. Zum 22. Jänner 1933 wurde verlautbart: „Im Todtsaal fand eine gutbesuchte Versammlung der Partei statt. Der Redner, Major Doppelmayer sprach so zündend und überzeugend, dass selbst bis zu dieser Versammlung gewesene christlich-soziale Bauern zur NSDAP beigetreten sind.“ An diesen propagandistischen Veranstaltungen nahmen Interessierte aus allen politischen Lagern teil, meistens kam es im Anschluss zu den spontanen Parteibeitritten.⁹¹ Die Betonung der NS-Propaganda lag von Jahresbeginn an ihrem sozialkaritativen Engagement. Dies gaben auch die Lokalblätter des politischen Gegners wieder. Die „NS-Notstandsküche versorgt täglich 74 Personen“, hieß es in einem Artikel der „AN“ vom 29. Jänner

⁸⁸ AZ 4 v. 21.1.1933, S. 3.

⁸⁹ AZ 5 v. 28.1.1933, S. 3.

⁹⁰ AN 3 v. 15.1.1933, S. 3.

⁹¹ AZ 5 v. 28.1.1933, S. 3; AN 4 v. 22.1.1933, S. 3.

1933. Gleichzeitig erließ der „Winterhilfsausschuß der NSDAP“ einen Spendenaufruf.⁹² Auch das Ende des eigenen NS-„Winterhilfswerkes“ wurde gefeiert. In der letzten Märzwoche fand die „Festtafel der NS-Winterhilfsküche“ statt. Die „NS-Kapelle Amstetten“ spielte auf.⁹³

Ein weiteres Anliegen der NS-Partei war schon immer die Bekämpfung bzw. Linderung der herrschenden Arbeitslosigkeit. Die „NSDAP Bezirksleitung Amstetten“ präsentierte laut „AN“ vom 29. Jänner 1933 ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ in einer eigens abgehaltenen Versammlung. Am 1. Februar 1933 hielt die NSDAP im Ginnersaal diese Versammlung ab, zu der auch der Amstettner Heimwehrführer Josef Wallner und der Waidhofner Heimwehrführer Eduard Seeger eingeladen waren. Als Redner aus München war wieder „Ing. Vogl“ angesagt. Es dürfte sich um den nochmaligen Versuch gehandelt haben, die bestehende Konfliktsituation zwischen NS und „Heimatschutz“ zu bereinigen und wenigstens Teile der wenn auch österreichtreuen faschistischen Heimwehr doch noch auf die NS-Seite zu bringen.

Verschiedene Anlässe wurden von den NS für ihre Propagandaaktionen wahrgenommen. Besonders aktiv wurde man, wenn man auf die Ereignisse im „Deutschen Reich“ in der Stadt reagierte. Die gesamte NS-Riege der Stadt trat zu den öffentlichkeitswirksam inszenierten „Siegesfeiern“ an.⁹⁴

Das Zusammenwirken von NS und deutsch-„völkischen“ bzw. Vereinen, die als Vorfeldorganisationen zu betrachten waren, war Bestandteil der damaligen Politisierung der Gesellschaft. Alle politischen Gruppierungen benützten ihre Vereine für ihre politisch-ideologischen Anliegen. Gegenseitige Störaktionen und Polemiken waren auf der Tagesordnung. Manchmal waren die Inhalte solcher den NS nahestehender Vereine zu wenig radikal, sodass es zu Protestaktionen der Vertreter des NS-Lagers kam. Der „Tannenberg-Bund“ hielt im Jänner 1933 eine Versammlung im Gasthaus Todt ab. Einer bestimmten politischen Richtung war dieser „Tannenberg-Bund“ nicht zuzuordnen. Er war auf jeden Fall deutsch-national ausgerichtet, es waren aber auch Monarchisten vertreten. Die Amstettner NS verhielten sich gegenüber dem „Tannenbergbund“ ablehnend. Es sollte „ein gewisser Armin Roth aus München“ als Hauptredner sprechen. Er dürfte ein NS gewesen sein. Die Amstettner NS selbst hatten aber ihren eigenen Redner mitgenommen. Als „Redner der NSDAP“ trat der im Bezirk schon bekannte Major Doppelmayer aus Linz auf. Diese Versammlung des „Tannenbergbundes“ war am 22. Jänner 1933 im Saal Todt festgesetzt. Die bei der Versammlung erschienenen NS nahmen gegen die Abhaltung der Versammlung Stellung und ließen den Redner nicht zu Wort kommen: „Grund dieses Verhaltens war insbesondere auch, weil (sic!) der Inhalt

⁹² AN 5 v. 29.1.1933, S. 3.

⁹³ AN 13 v. 26.3.1933, S. 4.

⁹⁴ AN 5 v. 29.1.1933, S. 3; vgl. auch die Demonstration zur „Machtergreifung“ am 11. März 1938 am späten Nachmittag, s. Kap. „Anschluss“ I.19 ff.

aufgelegter Flugschriften sich nicht im Sinne des Programms ‚Gegen Rom und Juda‘ richtete, sondern gegen die Nationalsozialisten“.⁹⁵

Entscheidenden Auftrieb bekamen die österreichischen NS durch die „Machtergreifung“ Hitlers im „Deutschen Reich“ am 30. Jänner 1933. Die Reaktion auf die „Machtergreifung“ Hitlers in Deutschland war eine Verschärfung der politischen Auseinandersetzung auch in Amstetten. Die Amstettner NS setzten aus diesem Anlass sofort eine „Versammlung der NSDAP“ fest, in der gleichzeitig auch die in der Stadt bestehende NS-Organisation der Öffentlichkeit als treue „Hitlerbewegung“ präsentiert wurde.

7.5.6. Reaktion auf die „Machtergreifung“ Adolf Hitlers in Deutschland

Bereits bestehende Formationen der Partei waren schon bisher laufend zu Veranstaltungen herangezogen worden, die Unterscheidung in „Wehrverbände“ bzw. „Kampfverbände“ und „Zivilparteigenossenschaft“ versuchte die einzelnen Aufgabenbereiche innerhalb der „Bewegung“ zu klären. Gemäß diesen veröffentlichten inhaltlichen Erklärungen sollte sich die Bevölkerung die Grundstrukturen der zukünftigen NS-Gesellschaft vorstellen können. Zu Beginn 1933 war die NS-„Bewegung“ in Amstetten in allen ihren Formationen durchorganisiert. Die Auftritte zu bestimmten Anlässen zeigen die Organisationsstrukturen der „Bewegung“.

Aus Anlass der „Machtergreifung“ in Deutschland wurden am 1. Februar 1933 „Fackelzug und Versammlung der NSDAP“ in der Stadt abgehalten. Der Bericht in der Lokalpresse war ganz auf der Linie der NS: „Kein Wunder, dass der Aufruf der Bezirksleitung, dieses historische Geschehen (Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler des Deutschen Reiches) mit einem Fackelzuge zu feiern, in der ganzen Stadt Begeisterung auslöste. Am 1.2. halb 8 Uhr abends setzte sich der Zug durch die von hunderten Menschen umsäumten Straßen vom Bahnhofe bis zum Hauptplatze in Bewegung.“ Eine Schilderung der Teilnehmer des Aufmarsches zeigt den Organisationsgrad mit Stand Februar 1933, die Zahl der sonstigen Teilnehmer die Stärke des Zulaufs, der Akzeptanz in der Stadt, wobei bemerkenswert ist, dass die späteren „Pimpfe“ unter „Jungvolk“ mitzogen: „Es marschierten mit: Bundesbahnkapelle, Sturm 1/X der SA, HJ, Jungvolk, politische Leitung mit Standartenführer Major Doppelmayr aus Linz, SS, die Zivilparteigenossenschaft gegenüber den Wehrverbänden, Betriebszellenmitglieder.“

Zur Feier selbst hieß es: „Über 400 Personen marschierten zur Feier des geschichtlichen Tages. Auf dem Kreuzberg wurde ein Höhenfeuer entzündet. Im großen Saal des Hotels Ginner fand anschließend eine Versammlung statt, an der mehr als 800 Personen teilnahmen.“ „Pg. Major Doppelmayr“ sprach über „die geschichtliche Bedeutung der Ernennung Hitlers“.

⁹⁵ AZ 5 v. 28.1.1933, S. 3; AN 5 v. 29.1.1933, S. 3.

Ursprünglich war diese Versammlung zur Erwiderung auf die Angriffe des „Heimatschutzes“ einberufen worden, hatte aber durch den aktuellen Anlass ihren Charakter geändert. Es wurde auf die geplante politische Konfrontation verzichtet und nur kurz auf den „Heimatschutz“ hingewiesen, was bei der „Weihe des Tages“ auch „nicht überraschte“. Um 22 Uhr wurde der Versammlung die „Rede Hitlers an die deutsche Nation“ durch das Radio übertragen. Das Absingen des Deutschlandliedes beendete die Versammlung.⁹⁶ Als ein starkes Lebenszeichen der Amstettner NS nach der „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Jänner 1933 bewertete auch die „EW“ dieses Ereignis in Deutschland. Über „Die ‚Siegesfeier‘ der Nazis“ schrieben die Sozialdemokraten: „123 Dreierreihen, Kinder und Frauen mit eingerechnet, bildeten die Heerschau der neuesten Volksbewegung.“ Hakenkreuzgeschmückte Plakate auf den Anschlagtafeln wiesen „schon Tage vorher“ darauf hin, „dass an diesem Abend Abrechnung mit der Heimwehr gehalten werden wird“. Die gesamte Belegschaft der Hutfabrik Ita wurde mit mehr oder weniger „sanftem“ Druck „für den kurzen Spaziergang zu interessieren“ versucht. Als „Konkurrenz für die Heimwehr“ war ebenfalls der Fackelzug in Amstetten gedacht.⁹⁷ Die Reaktion der NS auf die „Machtergreifung“ Hitlers wurde auch in den „AN“ wiedergegeben. So wurde aus diesem Anlass von der NSDAP-„Bezirksleitung“ verlautbart: „Tanzabend zugunsten der NSDAP-Waidhofen, NSDAP Bezirksleitung Amstetten“. In Amstetten fand ein „ein Fackelzug anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler“ statt. Der Aufmarsch hatte folgende Ordnung: Dem „Vorantritt der Bundesbahnmusikkapelle“ folgte ein „langer Zug von Parteiangehörigen und der Mitglieder nationaler Vereine zum Hotel Ginner“. Die Ansprache Adolf Hitlers wurde um 22 Uhr im deutschen Rundfunk übertragen und auch im Ginneraal gesendet.⁹⁸

7.5.7. Rivalitäten mit dem Amstettner „Heimatschutz“ angesichts wachsender NS-„Volksgemeinschaft“

Seit längerer Zeit gab es einen Konflikt der Amstettner NS mit dem „Heimatschutz“ in Amstetten und Waidhofen a.d.Ybbs, der vor allem die Haltung der beiden Führungsfunktionäre Wallner und Seeger gegenüber dem erstarkenden Nationalsozialismus betraf. Die Konfrontation „Heimatschutz“-NS wurde auch über die Lokalmedien ausgetragen. „Bezirkspropagandaleiter“ Platzer hatte in einem Artikel der „AZ“ Ende Jänner gegen die Vorwürfe der letzten „Heimatschutz“-versammlung, „gegen die Behauptungen in einem ‚Offenen Brief‘“ Stellung genommen.⁹⁹ Die „Antwort der NSDAP“ auf die Vorkommnisse in der „Heimatschutz“-versammlung vom 21. Jänner 1933, „in der wir in der gemeinsten Art und Weise verleumdet wurden, ohne dass man unserem Redner die Wortergreifung

⁹⁶ AZ 6 4.2.1933, S. 3.

⁹⁷ EW 6 v. 10.2.1933, S. 5.

⁹⁸ AN 6 v. 5.2.1933, S. 4.

⁹⁹ AZ 5 v. 28.1.1933, S. 3

zugestanden hat“, zeigte den Machtkampf in den Städten um den Einfluss auf die Lokalpolitik auf, nachdem ein Teil der Heimwehr nach dem „Pfrimerputsch“ bereits zu den NS übergetreten war. Am 1. Februar 1933 hätte der „gewesene Heimatschutzführer Pg. Major Doppelmayer“ im großen Ginnersaal über „Der Heimatschutz und die Regierungspolitik im Dienste der Erbfeinde unserer Heimat“ sprechen sollen. Die Heimwehrführer Wallner und Seeger waren schriftlich aufgefordert worden, ihre „unwahren Anwürfe zu wiederholen und für dieselben Rede zu stehen“. Über den Inhalt der Angriffe wurde nichts verlautbart. Die Antwort der NS-Partei wurde in Form einer Flugschrift verbreitet. Dieser für den 1. Februar 1933 angesetzten Versammlung sah man in politischen Kreisen in Amstetten „mit größter Spannung“ entgegen.¹⁰⁰

Hatten sich die Funktionäre der politischen Gegner aus dem bürgerlichen Lager damals bereits gegenüber den NS auf Distanz begeben, so zeigte sich der großdeutsch gesinnte Bürgermeister Ludwig Resch, der zwar gesinnungsmäßig immer in gewisser Distanz zum Nationalsozialismus gestanden war, weiterhin auf Einladung der NS bei Veranstaltungen mit karitativer Zweckbestimmung. Am 4. Februar 1933 fand im Saal des Gasthofes Todt „unter zahlreicher Beteiligung aller Bevölkerungskreise“ ein Tanzabend zugunsten der „N.S.-Notstandsküche der Bezirksleitung der NSDAP Amstetten“ statt. „Unter den Gästen war auch Bürgermeister Resch anwesend.“ Die NS vereinnahmten sofort dessen Anwesenheit für ihre ideologischen Ziele, wie sie überhaupt auf die ihrer Meinung nach wachsende NS-„Volksgemeinschaft“ ständig hinwiesen: „Dadurch, dass alle Stände vertreten waren, hatte dieser Abend ein besonderes Gepräge der Volksgemeinschaft erhalten. (...) Durch den großen Reingewinn konnte die ursprüngliche Kontingenziffer der täglichen Ausspeisung für 40 Personen mehr als verdoppelt werden.“ „80 Personen bekamen täglich ein Mittagessen“, wurde besonders hervorgehoben.

Gleichzeitig wurde eine „verstärkte Versammlungs- und Werbetätigkeit für die nächste Zeit im Bezirk“ angekündigt. Als „Bezirksredner in den Stützpunkten“ waren vorgesehen: die „Abgeordneten Langer und Rentmeister, Bauernkammerrat Graf Hardegg“.¹⁰¹

Auch über die „Hauskrankenpflege Amstetten“ gab es immer wieder Berichte in den Lokalmedien. Diese stand unter der Leitung der NS, und es wurde ständig an den Maßnahmen der Stadtgemeinde auf diesem Gebiet Kritik geübt, gleichsam als wäre die NS-„Hauskrankenpflege“ der eigentliche Ersatz für fehlende kommunale Maßnahmen.¹⁰² Im Herbst 1932 war das Werk der Hauskrankenhilfe in Amstetten gegründet worden. „Über 400 Mitglieder standen in der Liste zur Unterstützung dieses Werkes. Seit September 1932 waren zirka 32 Patienten in Pflege (bei 1450 Besuchen und durch 33 Nächtepflügen). Mit Recht weist die ‚Amstettner Zeitung‘ darauf hin, dass damit die Notwendigkeit

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ AN 7 v. 12.2.1933, S. 3-4.

¹⁰² Zur „Hauskrankenpflege“ s. I.18.3.2 ff.

dieses Werkes dokumentiert wird. Ursache für die Missstände in der sozialkaritativen Betreuung von Betroffenen innerhalb der Stadt Amstetten ist sicherlich die verfehlte Sparpolitik durch die verantwortlichen Stadtpolitiker.“ Dieser Missstand hatte zur Selbsthilfe bzw. Selbstorganisation innerhalb der Stadt geführt. Man hat den Eindruck, dass sich die Politiker in ihren Konzepten auf Maßnahmen dieser Art verließen bzw. aus Geldmangel verlassen mussten.

7.5.8. „Anschluss“hoffnungen im März 1933

Im März 1933 steuerte die großangelegte Werbekampagne der NS, die als unmittelbare Folge der „Machtergreifung“ in Deutschland gestartet wurde, vor dem Verbot am 19. Juni 1933 ihrem Höhepunkt zu. Die österreichischen NS hatten durch dieses Ereignis sicherlich die Erfüllung ihrer Hoffnungen und Erwartungen in nächste Nähe gerückt gesehen und durch diese Propagandaoffensive auch für Österreich die endgültige Entscheidung zu ihren Gunsten herbeiführen wollen, wozu die Erfolge der NS im Deutschen Reich den Anlass gaben. Diese Absicht ist aus den Lokalberichten herauszulesen. Die Reaktion der österreichischen Regierung durch Dollfuß, die auch den NS das demokratische Agitationsfeld seit Anfang März schrittweise entzog, sollte gerade in diesem Punkt der völlig falsche Weg sein, denn erst dadurch beschritten die NS, die sich in ihren Hoffnungen getäuscht sahen, verschärft den Weg der gewaltsamen Auseinandersetzung. Die Betonung der „Volksgemeinschaft“ war Schwerpunkt der Kampagne, zu deren effizienter Realisierung in der Öffentlichkeit die „Ortsgruppen“, die „Gliederungen“ und „Verbände“, alle deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Vereine gemeinsam bei jeder Veranstaltung gleichsam als eine „Volksgemeinschaft“ im Kleinformformat präsentiert werden sollten. Immer wieder wurden alle „Mitglieder“ der „Volksgemeinschaft“ angeführt, mussten aufmarschieren, so auch bei der großen „Anschlusskundgebung“ in der Stadt Amstetten am 6. März 1933. Die „AN“ brachten eine detaillierte Ankündigung des NS-Großereignisses. Unter der Devise „NSDAP Ein Volk, ein Reich“, dem Thema der großen „Anschlusskundgebung“, sollte ein Fackelzug in der Stadt abgehalten werden, Johannes Hardegg war als Hauptredner in Amstetten eingeladen.

Es wurden „Preise der Eintrittskarten“ zwecks Auffüllung der Parteikasse angeführt, man konnte bereits Eintritt verlangen, was auf einen großen Zulauf hinweist. Die gesamte Partei aus dem politischen Bezirk war anwesend. Die „SA, die SS, die Betriebszellenmitglieder“ wurden angekündigt. Die „völkischen“ Vereine sollten ebenfalls in Amstetten anwesend sein, besonders genannt wurden: „M.G.B. 1862, Deutscher Turnverein, Verein der Sudetendeutschen, Deutscher Alpenverein, D.B.G. Deutsche Bundesbahngewerkschaft, Deutsche Postgewerkschaft“.¹⁰³ Eine Woche später gab es noch einmal einen Bericht in den „AN“ über diese NS-Großveranstaltung. Der Bericht der „AN“ vom 10. März 1933 bestätigte die großspurige Ankündigung. Es überrascht, dass gerade das Lokalblatt des

¹⁰³ AN 10 v. 5.3.1933, S. 3; s. auch einschlägige Kap. zu deutsch-„völkischen“ Vereinen, bes. I.17 ff.

politischen Gegners, das der Heimwehr sehr nahe stand, so ausführlich über das NS-Geschehen in der Stadt berichtete: „Ein Volk-ein Reich‘. Unter diesem Leitwort veranstaltete die Bezirksleitung der NSDAP Amstetten am 6. März 1933 eine Anschlußkundgebung, bestehend aus Fackelzug und Massenversammlung. Um halb 8 Uhr abends versammelten sich die Formationen der NSDAP, wie SS, SA, HJ, politische Gruppe usw. sowie die Abordnungen der örtlichen völkisch gesinnten Körperschaften, wie Deutscher Turnverein, Männergesangsverein 1862 u. a. auf dem Bahnhofplatz. (...) Voran marschierte die musizierende Bundesbahnerkapelle, dann folgte der Zug der Fackelträger, in welchem große Aufschriften mit ‚Deutschösterreicher erwache auch Du‘ getragen wurden, durch die dicht von Menschen gesäumte Wienerstraße und über den Hauptplatz zum Hotel Ginner, wo im großen Saale, der den Andrang nicht restlos zu fassen vermochte, die Versammlung stattfand, in welcher Bauernkammerrat Dr. Johannes Hardegg sprach.“¹⁰⁴

Seit den Massenversammlungen der NS-„Bewegung“ war der Ginnersaal der Schauplatz der Veranstaltungen. Nach der „Machtergreifung“ 1938 wurde er neu adaptiert und vorerst als Stadtsaal vor allem für Propagandazwecke bzw. für kulturelle Aktivitäten verwendet. Diese letzte „Anschluss“kundgebung wurde zu diesem Zeitpunkt nur mehr von den NS abgehalten, gemeinsam mit den deutschnationalen bzw. deutsch-„völkischen“ Organisationen.¹⁰⁵

7.5.9. Wirksame NS-Propaganda: Leistungsbericht des NS-Winterhilfswerkes in der Öffentlichkeit

Eine wichtige Propagandastrategie war die mediale Übermittlung von Bilanzen verschiedener Art, wobei es gemäß der Auflage für die NS-Berichterstattung nur positive Bilanzen zu geben hatte. Danksagungsaktionen wurden ebenfalls nach Plan inszeniert. Berichte von „Festtafeln“ galten besonders dem Einsatz der bei den sozialkaritativen Aktionen engagierten NS. Es ist anzunehmen, dass bezüglich der Empfänger nach einer bestimmten Auswahl bzw. unter gewissen Bedingungen vorgegangen wurde, also nur NS oder wenigstens Sympathisanten bzw. Aspiranten der „Bewegung“ in den Genuss der Unterstützungen gekommen sind. Verschiedene Bemerkungen in den Lokalmedien weisen darauf hin, dass alle Parteien ihre eigene unterstützte Klientel hatten. Belegt ist dieses Verhalten bei den Christlichsozialen/Vaterländischen im autoritär-faschistischen „Ständestaat“, wo der Amstettner Gemeinderat/Gemeindetag bei der Umsetzung der durch die Regierung geförderten Arbeitsbeschaffungsprogramme nur diejenigen berücksichtigte, die die vorgeschriebenen „Bedingungen“ erfüllten. Bei der Vergabe der Arbeitsplätze wurde entweder die Angehörigkeit zum „Schutzkorps“ oder der Beitritt zur VF zur Voraussetzung gemacht.

Die Amstettner NS hatte neben dem offiziellen Winterhilfswerk der „Ständetsaats“regierung ein eigenes „Winterhilfswerk“ eingerichtet, dessen Organisator Mitterdorfer selbst war. Das Ende dieser

¹⁰⁴ AN 11 v. 10.3.1933, S. 4.

¹⁰⁵ AZ 11 v. 11.3.1933, S. 3.

separaten NS-„Winterhilfswerk“aktion wurde wie immer im exklusiven NS-Kreis entsprechend gefeiert. Der Abschluss der NS-„Notstandsküche“ erfolgte durch eine „Festtafel“ im Gasthaus Todt, bei welcher nicht nur die Teilnehmer an der „Winterhilfssküche“, nämlich „die während der vier Monate verpflegten arbeitslosen und ausgesteuerten 80 Volksgenossen“, sondern auch die Parteifunktionäre „und sonstige Freunde der Winterhilfsaktion teilnehmen werden“. Die NSDAP Amstetten dankte „der Deutschen Verkehrsgewerkschaft (Aktive und Ruheständler) für eine Spende von 100 S für die Notstandsküche“. Die Ausspeisung wurde nach viermonatiger Dauer mit Ende März beendet.¹⁰⁶ Für das NS-Winterhilfswerk bestand eine eigene „N.S.-Küche“, auch „Notstandsküche“ genannt, die das Essen für die tägliche Ausspeisung bereitete.

Am Sonntag, dem 2. April 1933, veranstaltete die „Bezirksleitung der NSDAP Hitlerbewegung“ diese „Festtafel“. Die Veranstaltung wurde abgehalten „zu Ehren all jener, die uneigennützig an dem großen Winterhilfswerke der Partei in Amstetten mitgewirkt hatten. Die N.S.-Musik konzertierte vor mehr als 170 Festgästen, unter denen alle Berufsstände Amstettens vertreten waren. Die 82 Arbeitslosen, die während des Winters im Genusse der N.S.-Winterhilfe standen, saßen unter allen anderen Festgästen an den Tischen. Es war ein erhebendes Bild echter und wahrer Volksgemeinschaft.“

„Bezirksleiter Mitterdorfer“ sprach die Dankesworte. Besonders dankte er der NSF, „die uneigennützig unzählige Arbeitsstunden leistete und es ermöglichte, dass dieses große Winterhilfswerk ohne Personalspesen durchgeführt werden konnte. (...) Es wurden 8.330 Mittagessen, bestehend aus Suppe, Fleisch und Beilagen bei einem anfänglichen Verpflegungsstand von 40 Personen und einem schließlichen (sic!) von 82 Personen verabreicht. Die Bezirksleitung bescherte unterstützungsbedürftigen Volksgenossen 200 Pakete zu Weihnachten 1932, SA und SS Männer erhielten über 40 neue Pullover, für obdachlose Parteigenossen wurden 6 Schlafstellen geschaffen, der Gesamtselbstkostenwert der Leistungen betrug über 10.000 Schilling. Aufgebaut wurde dieses Hilfswerk auf dem Ertrage der Tombola im Herbst 1932 per 1.500 Schilling.“ Damals wurde die beliebte Tombola des DTV, die auch als Wahlwerbung für die NS gedacht war, von den anderen politischen Gruppierungen der Stadt bereits gemieden, obwohl der Andrang wie immer sehr groß gewesen war: „Angesichts der hohen sozialen Fürsorgeleistungen der N.S.D.A.P. muß neuerdings betont werden, dass die Sabotageakte gegen die damalige Tombola Niederträchtigkeiten gewesen sind, die dem hohen Ansehen der N.S.D.A.P. nichts anhaben konnten, sondern leider nur die Aermsten der Volksgenossen schädigten.“

„Vier Monate Küchenbetrieb“ wurde „von den Frauen aufrechterhalten“, „das Winterhilfswerk wurde von Bezirksleiter Mitterdorfer organisiert, anschließend hat die HJ ein Gedicht vorgetragen, das die NSF, insbesondere die Leiterin der Küche, Frau Hendl, ehrte.“ Auch „Gemeinderat Kolar“

¹⁰⁶ AZ 12 v. 18.3.1933, S. 5.

sagte „Dankesworte an Mitterdorfer und an die Leiterin der Küche, Frau Hendl, von der NSF. Bezirkspropagandaleiter Platzer sprach über die Lage in Österreich“. Seine Rede enthielt die Aufforderung, „überall für Neuwahlen einzutreten, mit denen ein System weggefeigt werden kann, das Österreich dem Untergange entgegenreibt“.¹⁰⁷

7.5.10. „Adolf Hitler-Geburtstagsfeier“ und andere Propagandaaktionen im April 1933

„Führers Geburtstag“ wurde nach der „Machtergreifung“ in Deutschland zum ersten Mal auch in Österreich ausgiebig gefeiert. So lud die „NSDAP Bezirksleitung in der Stadt Amstetten“ zur „Hitler-Geburtstagsfeier“ am 20. April 1933 ein. Es fand eine „Festversammlung“ statt, bei der „Bezirkspropagandaleiter“ Platzer auftrat und „Dr. Tavs aus Wien“ als „Festredner“ geladen war. Das Leben Adolf Hitlers war das Thema der Propagandarede. Außerdem wurde ein „Weihespiel“ von BdM und HJ aufgeführt. Die NS-Kapelle Amstetten spielte unter der Leitung von Robert Fleck. Ein weiterer Bericht in der „AZ“ belegt, dass die Amstettner NS bis zu diesem Zeitpunkt keine eigene Kommunalzeitung gebraucht hatten. Sie wurden bestens von den bestehenden Lokalzeitungen des bürgerlichen Lagers bedient.

„Die Bezirksleitung der NSDAP (Hitlerbewegung) Amstetten beging am 20.4. im großen Saal des Hotels Ginner die Feier des 44. Geburtstags Adolf Hitlers.“ Die Inszenierung der NS-Feier im damaligen Amstetten unterschied sich wenig von den späteren Feiern nach dem „Anschluss“.¹⁰⁸ Verschiedene Veranstaltungen wurden von den NS in Amstetten benützt, um fortgesetzt auch „Anschluss“-Propaganda für den Nationalsozialismus zu machen. In einem Vortrag am 4. April 1933 mit dem Thema „Kampf und Untergang der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte“ wurde gegen die Habsburgermonarchie losgezogen und vor allem auf die damaligen Probleme der „Deutschen“ eingegangen. Zielrichtung des Vortrags, in dem auch Lichtbilder gezeigt wurden, für die Mitterdorfer den Vorführungsapparat zur Verfügung gestellt hatte, war der „Anschluss“. Unter anderem kam der Vortragende darauf zu sprechen, „dass nur der Zusammenschluß aller deutschsprachigen Gebiete in Mitteleuropa zu einem Staatenverband das deutsche Volk, zu dem auch wir Österreicher gehören, vor seinem Untergang retten kann“.

Das letzte Bild zeigte den mitteleuropäischen Siedlungsraum des deutschen Volkes, durchbrochen von einer „schwierigen Männerfaust, das Hakenkreuzbanner schwingend“. Beim Erscheinen dieses Bildes erhoben sich alle Anwesenden von ihren Sitzen, die Hände zum Hitlergruß erhoben, und sangen das Horst-Wessellied. „Dieser Vortrag (...) zeigte mit der Begeisterung, die er unter den Zuhörern auslöste, dass das deutsche Volk in Österreich deutsch geblieben ist, trotz der Maßnahmen der Regierung Dollfuß-Starhemberg.“¹⁰⁹

¹⁰⁷ AN 16 v. 16.4.1933, S. 3; Ankündigung in der AZ 14 v. 1.4.1933, S. 3; AZ 15 v. 8.4.1933, S. 3.

¹⁰⁸ AZ 17 v. 22.4.1933, S. 2; AN 17 v. 23.4.1933, S. 2.

¹⁰⁹ AZ 14 v. 8.4.1933, S. 3.

Der Einsatz der Medien wurde damals von den NS verstärkt, um der angeblichen Erwartungshaltung der Amstettner Bevölkerung entgegenzukommen. Auch die Osterfeiertage blieben davor nicht verschont. So wurden am 17. und 18. April 1933, „am Ostermontag und Osterdienstag, (...) einem Wunsche des größten Teiles der Bevölkerung Amstettens und Umgebung Rechnung tragend“, folgende Filme gezeigt: „Die Reichsgründungsfeier in Potsdam“, „Kundgebungen gegen die Friedensverträge am Heldenplatze in Wien“, „Grenzlandtagung in Kärnten“, „Dr. Goebbels in Wien“, „Freiwilliger Arbeitsdienst in Österreich“, „Feuerüberfall auf Nationalsozialisten in Simmering“, „Schischule des Amstettner S.S.-Mannes Fellner auf der Plannerhütte“. ¹¹⁰ Auch das Theater wurde für Propagandazwecke eingesetzt. So konnte die „Waldviertler Volksbühne“ für ein zweitägiges Gastspiel am 6. und 7. Mai 1933 in Amstetten mit dem „großen Bühnenwerk ‚Ein Volk erwacht‘“ gewonnen werden. ¹¹¹

7.5.11. Folgen der Beseitigung der österreichischen Demokratie durch Dollfuß für die NS

Die Auswirkungen auf das politische Geschehen, den politischen Alltag einer Kleinstadt nach dem ersten entscheidenden Schritt zur Ausschaltung der Demokratie in Österreich durch die Regierung Dollfuß waren für die NS folgenreich. Die behördlich verfügte Einschränkung der Veranstaltungen nahm den NS die Möglichkeit der wirksamen Öffentlichkeitsarbeit. Man konnte sich nur mehr nach behördlicher Anmeldung bzw. Genehmigung in geschlossenen Veranstaltungen, sogenannten „Par. 2-Veranstaltungen“, treffen. ¹¹² Der 1. Mai konnte nach dem 4. März 1933 von den NS nur als eine solche „Paragraph 2-Versammlung“ abgehalten werden, also in einem geschlossenen Raum mit geladenen Gästen. Aber die Lokalpresse blieb den NS treu und berichtete trotzdem: „Die österreichischen Nationalsozialisten feierten den 1. Mai nach reichsdeutschem Vorbild als ‚Tag der nationalen Arbeit‘.“ Von der NSDAP Amstetten wurde dieser 1. Mai 1933 als „Tag der deutschen Arbeit“ mit einer Feier im großen Ginnersaal begangen, bei der die Rede Hitlers mittels Radio übertragen wurde. „Da die derzeitigen Bestimmungen eine öffentliche Kundgebung unmöglich machten, wurde die Feier als ‚Paragraph-2-Veranstaltung‘ durchgeführt.“ Die Feier fand 8 Uhr abends statt, nachdem die „Sozialdemokratische Partei, Lokalorganisation Amstetten“, im großen Ginnersaal vormittags ihre Feier abgehalten hatte. ¹¹³ Es fällt wiederum auf, dass die regierungstreuen Amstettner Lokalblätter, wie die „AZ“, ausführlich über die NS-Veranstaltung berichteten: „Am 1. Mai wurde der ‚Tag der nationalen Arbeit‘ durch die Ortsgruppe in überaus wirkungsvoller Weise begangen in Form einer Festversammlung im großen Ginnersaal um halb 8 Uhr abends, wo die Rede Hitlers mit Lautsprecher übertragen wurde.“ „Pg. Koschek“, (...) „der uns schon gut bekannte Redner

¹¹⁰ AZ 15 v. 8.4.1933, S. 8.

¹¹¹ AZ 17 v. 22.4.1933, S. 3.

¹¹² Verordnungen zu Abschaffung der österreichischen Demokratie s. Anhang.

¹¹³ AZ 18 v. 29.4.1933, S. 3.

aus Wien“, hielt die Propagandarede, in der besonders auf die soziale Komponente des NS hingewiesen wurde, „wie Adolf Hitler in früheren Jahren in Wien sein karges Brot verdiente, dass er nun auch in der Lage ist, die Nöte unserer Armen aus eigener Erfahrung zu kennen“. Die Berichterstattung der Zeitung „AN“ zum „Tag der nationalen Arbeit“ fand ebenfalls ganz im nationalsozialistischen Sinn statt. Es wurde von der „große(n) Rede des Führers“ gesprochen, die mit Lautsprechern übertragen wurde, „im Ginnersaal wurde eine Rede von Herrn Koschek aus Wien über Adolf Hitler gehalten“. Auffallend ist, dass es keine andere Berichterstattung über den 1. Mai in den bürgerlichen Lokalblättern gibt, einzig die diesbezüglichen Aktivitäten der NS wurden ganz in ihrem Sinne beschrieben.¹¹⁴ Eine sozialdemokratische Feier gab es für die bürgerliche Presse nicht. Der Pressebericht erweckte den Eindruck, als ob die Regierungsparteien die 1. Mai-Feier der NS zu der ihren gemacht hätten. So hatte die Presse gewollt oder ungewollt zur Propaganda für die NS entscheidend beigetragen.

7.5.12. Öffentlichkeitswirksame NS-Aktionen vor dem Parteiverbot: „Jugendaustausch“

Aber auch für die Amstettner deutschnationale bzw. deutsch-„völkische“ Jugend waren die NS-Partei und ihre Angehörigen tätig. Es gab bereits damals eine Art „Austausch“ von Jugendlichen zwischen Österreich und Deutschland, wie dies später die NS-„Kinderlandverschickung“ praktizierte. Es mussten die Teilnehmerlisten aufgestellt werden, worum sich die Hauptschule Amstetten unter dem später „illegalen“ Direktor Walter Unterberger kümmerte. Auch hier boten sich die bürgerlichen Lokalblätter für den von der SS organisierten „Jugendaustausch“ als Sprachrohr an.

„Am 12.5. wurde die Teilnehmerliste abgeschlossen, die an den Gruppenführer (SS) K. Fellner, Hauptschule, Waidhofen a.d.Ybbs, einzusenden war, der sie an die reichsdeutsche Tauschstelle weitervermittelte.“ Es ging hier um die NS-Aktion „Jugendaustausch Alpenland-Deutscher Strand“, zu der sich nach einem Aufruf in der „AZ“ bei Hauptschuldirektor Walter Unterberger „mehrere Schüler und Schülerinnen aus Amstetten für den Jugendaustausch nach Elbing in Ostpreußen“ in diesem Jahr gemeldet hatten.¹¹⁵

Reisen der Amstettner NS zu Parteiveranstaltungen im „Altreich“ wurden als Belohnung für eine „bestqualifizierte Bezirksleitung“ veranstaltet. Amstettner NS-Funktionäre der „Bezirksleitung“ nahmen auch regelmäßig an Veranstaltungen im „Deutschen Reich“ teil. 59 Vertretungen der „bestqualifizierten Bezirksleitungen Österreichs“, zu denen auch die Amstettner gehörten, wurden nach Berlin zur Feier des 1. Mai entsendet. Als Delegierter Amstettens nahm „Bezirkspropagandaleiter Platzer“ teil.¹¹⁶

¹¹⁴ AN 19 v. 7.5.1933, S. 4.

¹¹⁵ AZ 19 v. 6.5.1933, S. 3.

¹¹⁶ 19 v. 6.5.1933, S. 8.

Die Parteimitglieder Amstettens und auch des NS-„Bezirks“, besonders die Führungsfunktionäre, veranstalteten selbst ebenfalls „Ausflüge“ ins Deutsche Reich. Vom 16. bis 19. Mai 1933 „veranstaltete die Bezirksleitung Amstetten eine Fahrt nach München“. Die Bewilligung zur Besichtigung des „Braunen Hauses“ war durch die „Reichsleitung“ erteilt worden.

Teilnahmeberechtigt waren nur Mitglieder der NSDAP und deren Frauen. Anmeldungen waren zu richten „an die Reiseleitung in Amstetten, Hitlerplatz 24 (sic!)“, oder an Propagandaleiter Platzer.¹¹⁷

Die Abfahrt war vorerst nicht klar terminisiert gewesen. Unter der Devise „Auf nach München!“ fand die Fahrt „im Einvernehmen mit der Gauleitung München endgültig“ vom 17. bis 20. Mai 1933 statt. Es gab ein umfangreiches Besichtigungsprogramm, der offizielle Begrüßungsabend fand „im Festsaal des Hofbräuhauses durch die Gauleitung München“ statt. Am 20. Mai 1933 stand eine Fahrt nach Passau auf dem Programm zwecks „Teilnahme an der Eröffnung des Ostmarkmuseums“. Es hatte in der Einladung geheißen: „Die Parteigenossen wollen tunlichst die Parteiuniform mitnehmen.“¹¹⁸

Die Reise der Amstettner Parteimitglieder wurde durch das Autobusunternehmen Hintersteiner, selbst Parteimitglied, genauso wie später in der „illegalen“ Zeit durchgeführt.

Damals waren Fahrten ins Deutsche Reich noch allen Österreichern erlaubt, nach dem Parteiverbot wurden sie stadtbekannten NS untersagt bzw. erschwert, aber dennoch weiter durchgeführt.¹¹⁹

7.5.13. Ein NS-„Gewerbering“ in der Stadt Amstetten

In der Stadt Amstetten muss mindestens seit Beginn der 1930er Jahre ein sehr aktiver NS-„Gewerbering“ tätig gewesen sein. Die Leitung hatte der Kaufmann Rudolf Handlos inne, NS-Parteimitglied (später auch „illegal“). Ihm zur Seite standen in der Führungsarbeit ebenfalls zwei Parteimitglieder, auch in der „illegalen“ Zeit: Stefan Schwartz und Hans Stern. Der Gewerbering dürfte auch in der „illegalen“ Zeit seine Aktivitäten fortgesetzt haben. Stefan Schwartz, einer der führenden NS und Gemeinderat der Stadt Amstetten, gab anlässlich seiner Verhaftung nach dem Ende der NS-Herrschaft zu seinem Parteieintritt an, dass dies zu dem Zeitpunkt gewesen sei, „als der Gewerbering in den Jahren 1932 oder 1933 gegründet wurde“.¹²⁰

¹¹⁷ AZ v. 6.5.1933, S. 8.

¹¹⁸ Die Planung eines „Ostmarkmuseums“ verfolgten die Amstettner noch längere Zeit, das letzte Mal 1959 im Gemeinderat (Kulturausschuss).

¹¹⁹ AZ v. 13.5.1933, S. 8.

¹²⁰ Zu Rudolf Handlos: Kaufmann, war „illegales“ Parteimitglied und Mitglied der „Kreisleitung: „Kreisausbildungsleiter“, Kreisführer des NS-Reichskriegerbundes, „Ortsgruppenleiter“ der „Ortsgruppe Amstetten Ost“ ab dem 8. April 1945, „Ortsbeauftragter“ der DAF; s. II.14 ff; II.1.2.7.5 ff; zu Stefan Schwartz: Schwartz war „illegales“ Parteimitglied, „Ortsgruppenleiter“ der „Ortsgruppe Amstetten West“ Jänner bis Juni 1944, NSKK-Sturmführer, „Ostmarkmedaille“, nach dem „Anschluss“ Stadtrat, Gründer des NS-Gewerberings Amstetten 1932, Obmann der Gewerbebank Amstetten („Nazibank“) ab 1935. BHA NS-Lagerakten, 1947/I-17/214/BHA 210 amtliche Registrierungsliste/Gemeindeliste/Personalakte; zur persönlichen Aussage: Niederschrift am 21. Oktober 1945 am Gend.Posten Schörfing durch den Leiter der Erhebungsabteilung der

Hans Stern war Maler- und Anstreichermeister in Amstetten. Der NSDAP gehörte er „ab dem 1.6.1933, Mitgliedsnummer 1.531.909“ an. 1933 war er „dem NS-Gewerbering in Amstetten beigetreten, dessen Mitglieder geschlossen in die NSDAP übergeführt wurden“. Hans Stern war „damals dem Gewerbering beigetreten, welcher damals von Kaufmann Handlos geführt wurde“. Der NSDAP sei er nach seiner Aussage im Rahmen der „Entnazifizierung“ „nicht beigetreten“, obwohl alle Akten das Gegenteil bewiesen. Die „graue Mitgliedskarte“ hatte er 1938 nach seinen Angaben erhalten. Er hatte sie angeblich 1942, als er einrückte, vernichtet.¹²¹ Er hatte die Mitgliedschaft von „DAF, NSV, ELB, RK, Feuerschutzpolizei, NS-Kriegerbund“, außerdem war er in „Berufsverbänden als Mitglied führend tätig“.¹²² „Am 1.6.1933 ist er der NSDAP Ortsgruppe Amstetten, Block 07, Zelle 05 beigetreten.“ Zeugen sagten aus, dass er als „Kassenleiter“ nur „vertretungsweise“ der Ortsgruppe Amstetten-West“ angehört hatte. Seine Nummer war „aus der Vorverbotszeit bzw. Verbotszeit, nicht aus dem Illegalen Block“ genommen. Es erfolgte die „Wiederbelebung der alten Parteinummer nach Wiederaufnahmeantrag, Wiedererfassungsantrag. (...) So hat die Kreisleitung zum Ausdruck gebracht, dass er nicht untreu geworden ist.“ Er behauptete, eine „niedere Parteinummer durch Protegierung von Julius Kraus bekommen zu haben, dem er einmal (arbeitslos) geholfen hat“.¹²³ „Sowohl seine NS-Gewerberingnummer Nr. 1.531 als auch NSDAP Mitgliedsnummer 1.629.314 ist nachgewiesen.“ Dazu gab er an, „sie wurde verwechselt mit der Gewerberingnummer“, die man für die Mitgliedsnummer gehalten hatte.¹²⁴

7.5.14. Beschlagnahme von Zeitungen

Die erste Beschlagnahme von Lokalzeitungen, die zum deutschnational-„völkischen“ Spektrum gehörten und für die NS arbeiteten, ist im politischen Bezirk anfangs Mai nachweisbar und betraf das Waidhofner Lokalblatt „Der „Bote von der Ybbs“, der in Waidhofen a.d.Ybbs von der Druckerei Stummer herausgegeben wurde. Durch „Bescheid des Kommissärs für Waidhofen a.d.Ybbs“ wurde

Gendarmerie Amstetten Geretschläger; BHA I 17-5A, 4, 215 (Aus den Vernehmungsprotokollen der Beschuldigten bzgl. der Misshandlung von amerikanischen Kriegsgefangenen am 20. März 1945).

¹²¹ Städtische Sicherheitswache an Bezirksgericht Amstetten v. 31.3.1946, Nr. 894, beiliegend Niederschrift

¹²² Parteistatistische Erhebung des Jahres 1939 (BHA an LG f. Strafsachen Wien v. 6.8.1947, Zl. I/17-NS-St/103; Auszug aus der parteistatistischen Erhebung beiliegend).

¹²³ Stadtpolizeiamt Amstetten Abt. Sicherheitswache v. 7.7.1939 eigene Angaben

Stadtpolizeiamt Amstetten Abt. Sicherheitswache an LG f. Strafsachen. Wien v. 15.7.1947, Nr. 3628/47.

¹²⁴ Auskunft: BM f. I. v. 12.1.1948 (BIZl. 71)

verurteilt wegen Betrugs nach Paragr. 8, falsche Angaben

Urteil v. 23.3.1948

7 Monate schwerer Kerker

Stern Hans, Vg 12f Vr 2703/47 Hv 246/47

Außer in Amstetten dürfte noch in Aschbach Markt und in Großhollenstein a.d.Ybbs ein NS-„Gewerbering“ bestanden haben. S. dazu I.9.1.6 (Die Statutarstadt Waidhofen a.d.Ybbs wurde dabei nicht in die Untersuchungen miteinbezogen.)

die Folge 18 vom 5. Mai 1933 beschlagnahmt. Laut Bescheid des Bezirksgerichts Waidhofen a.d.Ybbs, unterschrieben auch vom Bürgermeister von Waidhofen a.d.Ybbs, „wird der ‚Bote von der Ybbs‘ Folge 18 v. 5.5.1933 gemäß Paragraph 37 Abs. 2 des Pressegesetzes v. 7.4.1922 BGBl. Nr. 218 vorläufig in Beschlag genommen“.

In der Begründung ist neben den inkriminierten Zitaten aus dieser Nummer u. a. Folgendes zu lesen:

„(...) da durch denselben (Artikel) Anordnungen der Regierung herabgewürdigt werden und die Gründe, die zu den verzerrt dargestellten Maßnahmen veranlaßten, entstellt wiedergegeben werden“. Zur Zahl der beschlagnahmten Exemplare liegt die Meldung der Stadtsicherheitswache Waidhofen a.d.Ybbs vom 5. Mai 1933 vor: „zufolge Auftrag des Regierungsoberkommissärs“ wurde „am 5.5.1933 das an jedem Freitag erscheinende Wochenblatt ‚Bote von der Ybbs‘ Folge 18 beschlagnahmt. Dies betraf die Beschlagnahmung von insgesamt 500 Exemplaren.“

Nach den Meldungen vom 7. Mai 1933 in den „AN“ über die NS-Feier des 1. Mai und den obengenannten Meldungen in der „AZ“ brach die Berichterstattung über die NS vollends in der Lokalpresse ab. Es gab ab diesem Zeitpunkt keine einzige Meldung mehr über NSDAP-Versammlungen und weitere NS-Aktivitäten in der Stadt und im sonstigen politischen Bezirk.¹²⁵

¹²⁵ Bescheid des Kommissärs für Waidhofen a.d.Ybbs, Zl. II-82/26, BHA 1937/I-II/130.

Zeitungsbeschlagnahme; Meldung der Stadtsicherheitswache Waidhofen a.d.Ybbs an BHA vom 5.5.1933, Zl. 1167, BHA 1937/I-II/130 Zeitungsbeschlagnahme; s. auch Kap. Presse I.22 ff.

